Weltentwicklungsbericht 1985

Auslandskapital und Entwicklung Kennzahlen der Weltentwicklung

10895



Weltentwicklungsbericht 1985

Weltbank Washington, D.C., USA

Copyright © 1985 Internationale Bank fur Wiederaufbau und Entwicklung/Weltbank 1818 H Street, N. W., Washington, D. C. 20433 USA

Erste Auflage, August 1985

Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation darf ohne vorherige Genehmigung der Weltbank weder vollständig noch auszugsweise reproduziert, auf Datenträgern erfaßt oder in jeglicher Form oder Art ubertragen werden, sei es elektronisch, mechanisch, durch Fotokopie, Tonbandaufzeichnung oder auf andere Weise.

Mit den Bezeichnungen, **Gruppierungen**, Grenzen und Farben, die in den Karten **des** *Weltentwicklungsberichts* verwendet werden, **verbinden** die **Weltbank** und **ihre** Tochterinstitute keinerlei Urteil uber den rechtlichen oder sonstigen Status irgendwelcher **Territo**rien **und** ebensowenig irgendeine **Bekräftigung** oder Anerkennung jeglicher Grenzen.

ISBN 3-7819-0342-7 ISSN 0271 - 1745

Die Kongreßbücherei (USA) hat die englische Ausgabe dieser Veroffentlichungsreihe wie folgt katalogisiert:

World development report. 1978 — [New York] Oxford University Press. v. 27 cm. annual.

Published for The World Bank.

1. Underdeveloped areas-Periodicals. 2. Economic development-Periodicals. I. International Bank for Reconstruction and Development.

HC59.7.W659

330.9'172'4

78-67086

Gesamtherstellung: Kern & Birner Werrastraße 4 D-6000 Frankfurt 90

Für die Weltbank vertrieben von

UNO-Verlag Simrockstraße 23 D-5300 Bonn 1 Verlag Fritz Knapp Postfach 11 11 5 1 D-6000 Frankfurt 1

Gerold & Co. Graben 31 A-1011 Wien Librairie Payot 6, rue Grenus CH 1211 Genève 11

Vorwort

Dies ist der achte Weltentwicklungsbericht. Sein Thema ist der Beitrag des Auslandskapitals zur wirtschaftlichen Entwicklung — eine Frage, die angesichts der internationalen Bedeutung des Verschuldungsproblems in den letzten Jahren von aktuellem Interesse ist. Der vorliegende Bericht widmet zwar den Ereignissen der jungsten Vergangenheit besondere Aufmerksamkeit, doch wird die Verwendung von Auslandskapital zugleich auch in einer ubergreifenden und langfristigen Perspektive dargestellt.

Mit dieser Blickrichtung zeigt der Bericht, wie Länder auf verschiedenen Stufen der Entwicklung Auslandsmittel produktiv eingesetzt haben, wie die institutionellen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen Umfang und Zusammensetzung der Kapitalstrome in die Entwicklungslanderbeeinflussen und wie die internationale Gemeinschaft Finanzkrisen bewaltigte.

Die finanziellen Beziehungen zwischen Industrieund Entwicklungslandem sind zu einem ebenso unverzichtbaren Bestandteil der Weltwirtschaft geworden wie der Außenhandel. Diese zunehmende Interdependenz stellt eine Entwicklung von grundsatzlicher Bedeutung dar. So wie die Regierungen sich der internationalen Auswirkungen ihrer Handelspolitik bewußt sind, beginnen sie nun zu realisieren, daß auch ihre Maßnahmen im finanziellen Bereich uber die Grenzen ihrer Lander hinauswirken. Ihre Finanz- und Geldpolitik, ihre Eingriffe in den Kapitalverkehr und ihre Haltung gegenuber dem Auslandskapital sind nicht bloß Teil der heimischen Wirtschaftspolitik, sondern bestimmen auch daruber, mit welcher Effizienz das Sparaufkommen weltweit genutzt wird.

Nichts konnte diese neue Interdependenz besser illustrieren als die Erfahrung der jüngsten Vergangenheit. Die Ausweitung der internationalen Finanzstrome half den Entwicklungsländern, ein hohes Investitionsniveau durchzuhalten und ermoglichte ihnen die Glattung struktureller Anpassungsprozesse. Als Schwierigkeiten auftraten, ha-

ben die einzelnen Regierungen, die Zentralbanken, die internationalen Institutionen und die Geschäftsbanken zur Stabilisierung des internationalen Finanzsystems beigetragen. Dabei ging man pragmatisch vor und entwickelte jeweils Losungen, die auf die Probleme des betreffenden Landes zugeschnitten waren. Diese Bemuhungen wurden durch die von den Schuldnerlandem durchgeführten sehr schmerzhaften Anpassungsmaßnahmen vervollstandigt. So wurde mehr erreicht, als viele Beobachter auf dem Tiefpunkt der Rezession fur moglich halten wollten.

Wir befinden uns gegenwartig in einer Übergangsperiode — einer notwendigen Zwischenphase vor der Wiederherstellung eines dauerhaften Wirtschaftswachstums und normaler Geschäftsbeziehungen zwischen Schuldnern und Glaubigern. Für einen erfolgreichen Übergang sind kontinuierliche Bemuhungen seitens der Regierungen, der internationalen Institutionen und der Geschaftsbanken notwendig. Alle an den Umschuldungen der letzten drei Jahre Beteiligten werden weiterhin Geduld und Einfallsreichtum aufbringen müssen, um die Häufung von Kreditfalligkeiten in den nachsten fünf Jahren zu entzerren, in deren Verlauf etwa zwei Drittel aller Schulden der Entwicklungslanderfallig werden, und die Schulden auf eine solide langfristige Grundlage zu stellen.

Stabiles und inflationsfreies Wachstum in den Industrielandern ist für den Erfolg der Übergangsphase unentbehrlich. Eine Wirtschaftspolitik, die zu sinkenden Zinssatzen fuhrt und den Protektionismus zurückdrängt, wurde die Erholung des Wachstums in den Entwicklungslandern erleichtern und die Wiederherstellung ihrer Kreditwurdigkeit fördern, ohne die sie das zusätzliche Auslandskapital, das sie zum Vorantreiben ihres Entwicklungsprozesses benotigen, nicht erhalten konnen.

Der Umfang des Kapitalzuflusses wird hauptsachlich von ihrem Erfolgbei der Wiedergewinnung der Kreditwiirdigkeit abhängen, uber den wiederum die von ihnen eingeschlagene Politik entscheidet. Im vorliegenden Bericht wird immer wieder darauf verwiesen, daß es sich bei den Ländern mit Schuldenproblemen nicht notwendigerweise um jene handelt, die am hochsten verschuldet sind oder den heftigsten außenwirtschaftlichen Schocks ausgesetzt waren. Über die Kreditwiirdigkeit eines Landes und seine Schuldendienstfahigkeitentscheiden vor allem die Qualität und Flexibilität seiner Wirtschaftspolitik, seine Fahigkeit, solide Investitionsprojekte auszuwählen und durchzuführen, und die Qualität seines Schuldenmanagements. Auslandsgeld ergänzt die eigenen Anstrengungen, kann sie aber nicht ersetzen.

Diese Handlungsanweisungen gelten grundsätzlich für jedes Land in gleicher Weise. Der vorliegende Bericht unterstreicht allerdings die besonderen Zwänge, mit denen die Länder Afrikas siidlich der Sahara konfrontiert sind. Fur die absehbare Zukunft werden die meisten afrikanischen Länder den ganz überwiegenden Teil ihres externen Finanzbedarfs weiterhin durch konzessionäre Mittel der Entwicklungshilfe decken müssen. Ihr Bedarf ist bereits groß und nimmt laufend zu. Verbunden mit wirtschaftspolitischer Anpassung konnten zusätzliche Entwicklungshilfeleistungen insbesondere in den ärmsten Ländern dem weiteren Absinken des Lebensstandards Einhalt gebieten.

Der vorliegende Bericht **gelangt** zu dem **Schluß**, **daß** die Entwicklungslander auch in Zukunft **Aus**landsgelder benotigen werden. Es wird gezeigt, **daß**

viele der wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die zur Beschaffung externer Mittel und zur Förderung des Wachstums notwendig sind, bereits durchgeführt oder in Angriff genommen werden. Von keiner Regierung — sei es die eines Industrielandes oder eines Entwicklungslandes — wird erwartet, daß sie ihren eigenen langfristigen Interessen zuwiderhandelt. Wenn jedes Land dem hier umrissenen Kurs folgt, dann konnen und werden alle von einer prosperierenden und stabilen Weltwirtschaft profitieren. So lautet die vorsichtig optimistische Schlußfolgerung dieses Berichtes.

Wie seine Vorganger ist auch der diesjährige Weltentwicklungsbericht eine Untersuchung des Mitarbeiterstabsder Weltbank; die hier vertretenen Ansichten brauchen nicht mit den Auffassungen unseres Exekutivdirektoriums oder der von ihm vertretenen Regierungen übereinzustimmen.

A. W. Clausen
Prasident der Weltbank

24. Mai 1985

Dieser Bericht wurde unter Leitung von Francis Colaço von einer Arbeitsgruppeverfaßt, der Alexander Fleming, James Hanson, Chandra Hardy, Keith Jay, John Johnson, Andrew Steer, Sweder van Wijnbergen und K. Tanju Yürükoğlu angehorten, denen Oliver Adler, Nadeem Burney, Sandra Gain, Shahrzad Gohari, Tina Jacobsen, Tani Maher, Hossein Ali Partoazam, Kesavan Pushpangadan und James Rosen zuarbeiteten. Die Abteilung für Wirtschaftsanalysen und Prognosen, unter Leitung von Jean Baneth, lieferte Daten fur den Bericht. Enzo Grilli und Peter Miovic koordinierten die Prognosearbeiten der Abteilung für Wirtschaftsanalyse und Prognosen. Ramesh Chander, assistiert von David Cieslikowski, überwachte die Erstellung der Kennzahlen der Weltentwicklung; Shaida Badiee war fur die Systementwicklung verantwortlich. Die Autoren möchten an dieser Stelle auch Mitarbeitern aus verschiedenen anderen Bereichen der Weltbank danken, ebenso für Beiträge und kritische Stellungnahmen von außerhalb. Auch dem Produktionspersonal, insbesondere Joyce Eisen, die den Umschlag entwarf, Pensri Kimpitak und Carol Cole Rosen gebührt Dank. Besonderer Dank gilt auch den technischen Mitarbeitern unter Leitung von Rhoda Blade-Charest, zu denen Banjonglak Duangrat, Jaunianne Fawkes, Pamela Holmes, Carlina Jones und Patricia Smith gehorten. Die Arbeit wurde unter der allgemeinen Leitung von Anne O. Krueger und Costas Michalopoulos durchgefiihrt, mit Rupert Pennant-Rea als Chefredakteur.

Inhaltsiibersicht

Definitionen und statistische Anmerkungen IX

Teil I Überblick und geschichtliche Perspektive

1 Überblick 1

Der historische Zusammenhang 2 Die Wirtschaftspolitik der Industrielander 6 Die Wirtschaftspolitik der Entwicklungslander 7 Finanzierungsmechanismen 10 Aussichten und Optionen 11

2 Eine geschichtliche Perspektive 14

Die Zeit vor 1945 14 Die Zeit nach 1945 18 Schlußfolgerungen 33

Teil II Die Bedeutung der Wirtschaftspolitik

3 Die Wirtschafts- und Handelspolitik der Industrielander:

Die Sicht der Entwicklungslander 36

Gesamtwirtschaftliche Hemmnisse und Wirkungen auf den Kapitalverkehr 37 Protektionismus 44 Schlußfolgerungen 48

4 Auslandsverschuldung und Wirtschaftspolitik der Entwicklungslander 51

Landererfahrungen im Verlauf von zwei Jahrzehnten 51 Kapitalzuflusse und Investitionen 56 Kapitalzufliisse und wirtschaftliche Anpassung 65 Schlußfolgerungen 81

5 Steuerung der Auslandsfinanzierung 83

Steuerung der Hohe des Kapitalimports 83 Steuerung der Zusammensetzung von Kapitalzuflussen 89 Das Management der Wahrungsreserven 97 Dex Informationsbedarf 98

Teil III Die Mechanismen internationaler Finanzierung

6 Das internationale Finanzsystem und die Dritte Welt 100 Funktionen und Inanspruchnahme des Finanzsystems 100 Die Herausbildung der institutionellen Struktur 101 Bewertung der institutionellen Struktur 107

7 Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen 110

Gewandelte Auffassungen vom Entwicklungsprozeß 114 Prinzipien der offentlichen Entwicklungshilfe 116 Ziele der Geber 119 Fordert Entwicklungshilfe den Entwicklungsprozeß? 120 Verbesserung der Effektivitat der Entwicklungshilfe 125

8 Internationale Bankkredite und Wertpapiermärkte 130

Die Beziehungen zu den **Banken** 130 Weltwirtschaftliche Ungleichgewichte und **Anlageentscheidungen** 132 Das Angebot der **Banken** 135

Probleme zwischen Banken und Entwicklungslandem 137

Umschuldung und die Banken 139

Zugang zu den Wertpapiermarkten 142

Fazit 146

9 Direkt- und Portfolioinvestitionen 148

Merkmale und **Bedeutung** der Direktinvestitionen **148 Verbesserung** der **Rahmenbedingungen** für Direktinvestitionen **153 Ausländische** Portfolioinvestitionen **157**Fazit **160**

Teil IV Aussichten und kiinftige Politik

10 Ausblick und wirtschaftspolitische Agenda 161

Die nachsten zehn Jahre 161 Eine Zeit des Übergangs, 1985 bis 1990 163 Wirtschaftspolitische Prioritaten 171 Die Rolle der Weltbank 172

Statistischer Anhang 174

Anmerkungen zu den verwendeten Quellen 182

Kennzahlen der Weltentwicklung 189

Text-Tabellen

- 1.1 Struktur und Konditionen der Kapitalzuflüsse zu den Entwicklungsländern, ausgewahlte Zeitraume 5
- 2.1 **Leistungsbilanzsaldo** in Prozent des BSP fiir **ausgewählte** Landergruppen und Jahre, 1960 bis 1984 20
- 2.2 Leistungsbilanz und ihre Finanzierung in ausgewahlten Jahren, 1970 bis 1984 22/23
- 2.3 Netto-Mittelaufkommen der Entwicklungsländer aus allen Kapitalquellen in ausgewahlten Jahren, 1970 bis 1983 25
- 2.4 Variabel verzinsliche Kredite in Prozent der offentlichen Schulden; ausgewählte Jahre, 1974 bis 1983 25
- 2.5 Währungsstruktur langfristiger offentlicher Schulden, 1974 bis 1983 26
- 2.6 Schuldenkennzahlen der Entwicklungslander in ausgewahlten Jahren, 1970 bis 1984 28
- 3.1 Leistungsbilanzsalden der Industrie- und der Entwicklungsländer, 1970 bis 1984 38
- 3,2 Öffentlicher Haushaltssaldo, inflationsbereinigt, in Prozent des Volkseinkommens in ausgewahlten Ländern, 1965 bis 1984 42
- 3.3 Anteil der Importe der Industrielander, der nichttarifären Handelshemmnissen unterliegt, 1983 46
- 4.1 Preisverzerrungen, Umschuldungen und Exportwachstum in ausgewahlten Entwicklungsländern 64
- 4.2 **Wirkung außenwirtschaftlicher** Schocks **auf** die Leistungsbilanz ausgewahlter Entwicklungslander 66
- 4.3 Kreditkennziffern ausgewahlter Entwicklungsliinder, 1972, 1979 und 1982 70
- 4.4 Kapitalflucht und Brutto-Kapitalimporte in ausgewahlten Ländern, 1979 bis 1982 75
- 5.1 Eine Übersicht über die Kontrollen der Auslandsverschuldung 86
- 5.2 Instmmente zur Beeinflussung der privaten Auslandsverschuldung in ausgewahlten Entwicklungsländern 87
- 5.3 Kennzahlen der "Verwundbarkeit" durch steigende Zinsen 92
- 8.1 Internationale Anleiheemissionen und -plazierungen, 1965, 1970 und 1975 bis 1984 144
- 9.1 Ausländische Direktinvestitionen in ausgewählten Ländergruppen, 1965 bis 1983 749
- 9.2 **Renditen** von Investitionen auf den neuen **Märkten**, 1976 bis 1983 **159**
- 10.1 Durchschnittsergebnisse für Industrie- und Entwicklungslander, 1960 bis 1995 162
- 10.2 Wachstum des Pro-Kopf-BIP, 1960 bis 1995 162
- 10.3 Durchschnittsergebnisse für Industrie- und Entwicklungsliinder, 1980 bis 1990 164
- 10.4 Wachstum des Handels der Entwicklungsländer, 1980 bis 1990 165
- 10.5 Leistungsbilanzen der Entwicklungslander und ihre Finanzierung, 1984 und 1990 167
- 10.6 Netto-Mittelzuflüsse zu den Entwicklungslandern in ausgewahlten Jahren, 1980 bis 1990 170

Statistischer Anhang

- A.1 Bevolkerungswachstum, 1965 bis 1984 und Projektion bis zum Jahr 2000 174
- A.2 Bevolkerung und BSP pro Kopf (1980) und Wachstumsraten, 1965 bis 1984 174
- A.3 BIP (1980) und Wachstumsraten, 1965 bis 1984 175
- A.4 Bevölkerung und Zusammensetzung des BIP in ausgewahlten Jahren, 1965 bis 1984 175
- A.5 Produktionsstruktur des BIP in ausgewahlten Jahren, 1965 bis 1982 176
- A.6 Wachstumsraten einzelner Wirtschaftssektoren, 1965 bis 1982 176
- A.7 Kennzahlen fur Verbrauch, Ersparnis und Investitionen in ausgewahlten Jahren, 1965 bis 1983 177
- A.8 Exportwachstum, 1965 bis 1984 178
- **A.9** Veranderung der Exportpreise und der Terms of Trade, 1965 bis 1984 179
- A.10 Wachstum der langfristigen Schulden der Entwicklungsländer, 1970 bis 1984 179
- A.11 Ersparnis, Investionen und Leistungsbilanzsaldo, 1965 bis 1983 180
- A.12 Zusammensetzung der ausstehenden Schulden, 1970 bis 1983 181

Schaubilder

- 1.1 Netto-Kapitalzuflüsse und Schulden, 1970 bis 1984 2
- 1.2 Entwicklung ausgewahlter Verschuldungskennzahlen, 1970 bis 1984 3
- 1.3 Multilaterale Umschuldungen, 1975 bis 1984 4
- 1.4 Langfristige Zinssatze in den Vereinigten Staaten, 1965 bis 1984 5
- 2.1 Zusammensetzung der Netto-Mittelzuflüsse zu den Entwicklungslandern, 1960, 1970, 1980 und 1983 24
- 2.2 Zinssatze neu zugesagter Kredite an offentliche Schuldner, 1975 bis 1983 24
- 3.1 Inflationsraten in den Vereinigten Staaten, der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, 1965 bis 1984 39
- 3.2 Differenz zwischen lang- und kurzfristigen Zinssatzen in den Vereinigten Staaten und in Deutschland, 1965 bis 1983 40
- 3.3 Korperschaftssteuer in Prozent der Unternehmensgewinne in den Vereinigten Staaten, 1950 bis 1989 40
- 3.4 Staatsausgaben in Prozent des Volkseinkommens in Europa, den Vereinigten Staaten und Japan, 1965 bis 1984 42
- 3.5 Veränderungen der Leistungsbilanzen zwischen 1981 und 1984 43
- 3.6 Indizes der realen Rohstoffpreise, 1965 bis 1984 45
- 4.1 Die Stufenleiter der Schulden 52
- 4.2 Einkommensniveau und Zugang zu offentlichen und privaten Kreditquellen 54
- 4.3 Investition, Ersparnis und Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Landergruppen, 1960 bis 1983 57
- 4.4 Verschuldung und Investitionen in ausgewahlten Entwicklungsländern, 1965 bis 1983 58
- 4.5 Verschuldung und Wachstum in ausgewahlten Entwicklungsländern, 1965 bis 1983 59
- 4.6 Veranderung der Investitionen, Ersparnis und Terms of Trade in ausgewahlten Ländern, 1965 bis 1983 69
- 4.7 Struktur des Kreditvolumens in zehn Ländern, 1972, 1978 und 1982 71
- 4.8 Anstieg der Schulden und der staatlichen Haushaltsdefizite in **ausgewählten** Entwicklungslandern, 1972 bis 1982 72
- 4.9 **Defizit** des offentlichen Sektors und Leistungsbilanzdefizit in drei **Ländern**, 1970 bis 1983 **73**
- 5.1 Kurzfristige Schulden, ausgedriickt in Monatseinfuhren der Entwicklungslander, 1978 bis 1983 95
- 5.2 Kurzfristige Verschuldung ausgewahlter lateinamerikanischer Länder, ausgedriickt in Monatseinfuhren, 1978 bis 1983 95
- 5.3 **Währungsreserven** ausgewahlter **Länder** und Landergruppen, ausgedriickt in Monatseinfuhren 1965 bis 1983 97
- 6.1 Private Kapitalzuflusse zu Industrie- und Entwicklungsländern, Jahresdurchschnitte 1978 bis 1983 101
- 6.2 Nettokapitalzufliisse zu den Entwicklungslandern in ausgewahlten Jahren, 1970 bis 1983 101
- 6.3 Brutto-Âuszahlungen mittel- und langfristiger Darlehen aus offentlichen und privaten Quellen nach Landergruppen in ausgewahlten Jahren, 1970 bis 1983 103
- 7.1 **Netto-Zuflüsse** offentlicher Entwicklungshilfe nach Herkunft, 1970 bis 1983 113
- 7.2 Volumen und Wachstum der Auszahlungen von ÖEH nach Geberlandern, 1983 119
- 8.1 Nettoposition der Entwicklungslander gegeniiber Geschaftsbanken, 1974, 1979 und 1983 131
- 8.2 Internationale Bankkredite, 1973 bis 1984 132
- 8.3 Ausstehende Forderungen der Banken gegeniiber Entwicklungslandern, 1978 bis 1983 135
- 8.4 Eigenkapitalquoten der Banken in wichtigen Finanzzentren, 1977 bis 1983 137
- 8.5 Netto-Geldanlage und -Kreditaufnahme bei Banken durch ausgewählte Landergruppen, 1979 bis 1983 142

- 9.1 Auslandische Direktinvestitionen in Prozent der Auslandsverbindlichkeitenvon sieben Hauptschuldnerlandern, 1983 149
- 9.2 Sektorale Zusammensetzung der Direktinvestionen in Entwicklungslandern, nach vier Herkunftsländern, 1980 152
- 10.1 Leistungsbilanz, Kapitalzuflüsse und Schulden der Entwicklungslander, Giinstige und Ungiinstige Projektion für 1990 169
- 10.2 Netto-Mittelzuflüsse zu den Entwicklungslandern, Gunstige und Ungiinstige Projektion fur 1990 169

Sonderbeitrage

- 2.1 Die Konferenz von Bretton Woods und ihre beiden Institutionen 18
- 2.2 Auslandsverbindlichkeiten der Entwicklungslander 26
- 2.3 Wie die Inflation die Tilgung von Krediten beeinflußt 29
- 2.4 Umschuldungsverhandlungen im Wandel 31
- 2.5 Neuere Vorschläge fur die Behandlung von Schuldendienstproblemen 34
- 3.1 Rohstoffpreise, Konjunkturzyklen und der reale Wechselkurs des Dollars 37
- 3.2 Zinsschwankungen, Risikoverlagerung und variabel verzinsliche Schulden 39
- 3.3 Die Berechnung des Staatsdefizits 41
- 3.4 Die Kosten protektionistischer Mafinahmen bei Zucker und Rindfleisch 47
- 3.5 Veränderungen der Zinssatze, der Terms of Trade und des Wachstums in den Industrielandern und ihre Konsequenzen fur die Entwicklungsländer 49
- 4.1 Die Schuldenzyklus-Hypothese 55/56
- **4.2** Vorsichtige Kreditaufnahme und Risikovermeidung: Der Fall Indien 60
- **4.3** Kreditaufnahmen im Ausland und Wirtschaftlichkeit von Investitionen auf den Philippinen, in **Argentinien** und **Marokko** *61*
- 4.4 Leitlinien der Kreditaufnahme 62
- **4.5** Zufallsgewinne und Auslandsverschuldung *66/67*
- 4.6 Kapitalflucht in den Ländern der Südspitze Lateinamerikas 76
- **4.7** Stabilisierung und Anpassung 77
- 4.8 Anpassungsdarlehen der Weltbank 78
- 4.9 Kreditaufnahmen zur Anpassung: Der Fall Korea 80
- **5.1** Kreditaufnahmeregeln: Der Fall der Philippinen 84
- 5.2 Integriertes Schuldenmanagement Der Fall Thailand 85
- **5.3** Die Bewertung des Zuschufielements **91**
- 5.4 Drei neue Finanzierungsinstrumente und ihre Nutzung durch die Entwicklungslander 93
- 5.5 Währungs- und Zinssatzswaps 94
- 5.6 Automatisierte Schuldenmanagement-Systeme 96
- 6.1 Wachstum und Verteilung der Weltbankausleihungen 102
- 6.2 Die Anlage der OPEC-Überschüsse 105
- **6.3** Der internationale Interbankenmarkt **107**
- 6.4 Das staatliche Risiko und seine Konsequenzen für das internationale Kreditgeschaft 108
- 7.1 Eine kurze Chronik der offentlichen Entwicklungshilfeleistungen 110
- 7.2 Exportkredite 112
- 7.3 Nichtstaatliche Organisationen 114
- 7.4 Wirtschaftliche Unterstützung durch die OPEC 118
- 7.5 Mischfinanzierungen 121
- 7.6 Die Kreditgewährung des IWF, ihre Rolle und ihr Volumen 124
- 7.7 IDA 126
- 7.8 Koordinierung der Entwicklungshilfe 128
- 8.1 Banken der Entwicklungsländer 131
- 8.2 Arabische Banken und das internationale Geschaft 133
- 8.3 Die Entstehung der Euromärkte 134
- 8.4 Die Bankenaufsicht und ihr Einfluß auf die Kreditgewahrung an Entwicklungslander 136
- 8.5 Liberalisierung der japanischen Finanzmärkte: einige Konsequenzen für die Entwicklungsländer 139
- **8.6** Aufstieg und Niedergang des Konsortialkredits 140
- 8.7 Größere Flexibilitat im Kreditgeschäft der Banken 143
- 8.8 Variabel verzinsliche Anleihen 144
- 8.9 Kofinanzierung der Weltbank 145
- 9.1 Ausländische Direktinvestitionen in Brasilien 150
- 9.2 Ausländische Direktinvestitionen in Indien 151
- 9.3 Japanische Direktinvestitionen in der Verarbeitenden Industrie 153
- 9.4 Die Saatgutproduktion in der Türkei 154
- 9.5 Eine multilaterale Investitionsgarantie-Agentur 156
- 9.6 Die IFC und auslandische Portfolioinvestitionen: Das Beispiel Korea 158

Definitionen und statistische Anmerkungen

Kapitalbewegungen

- Arten von Kapitalbewegungen. Internationale Kapitalstrome konnen entweder aus offiziellen oder aus privaten Quellen stammen. Offizielle Quellen sind (a) Regierungen und offentliche Stellen (auch bilaterale Geldgeber genannt) und (b) internationale Organisationen (multilaterale Geldgeber). Zu den privaten Quellen gehoren: (a) kommerzielle Lieferanten und Hersteller, die Exportkredite zum Ankauf ihrer Guter anbieten, (b) Geschaftsbanken, die Exportkredite oder Barkredite gewahren, (c) andere private Anleger, die in auslandischen Unternehmen mit dem Ziel einer dauerhaften Beteiligung investieren (Direktinvestition) oder Aktien und Anleihen kaufen, die von auslandischen Gesellschaften oder Regierungen emittiert werden (Portfolioinvestition) sowie (d) Wohltätigkeitsorganisationen, die finanzielle Mittel, Guter und Dienstleistungen als Zuschusse zur Verfugung stellen.
- Beteiligungsfinanzierung. Eine Investition, durch die ein Unternehmen ganz oder teilweise erworben und der Investor am Gewinn des Unternehmens beteiligt wird. Internationale Beteiligungsfinanzierungen konnen entweder zu den ausländischen Direktinvestitionen oder den Portfolioinvestitionen gehoren.
- Direktinvestition im Ausland. Eine Investition, durch die der Investor eine dauerhafte Beteiligung an einem Unternehmen erwirbt, das in einem anderen Land tätig ist, wobei der Investor einen maßgeblichen Einfluß auf die Geschäftsführung nehmen will.
- Exportkredite. Finanzierungen, die von Geldgebern eines bestimmten Landes im Zusammenhang mit Exporten von Gütern oder Diensten zur Verfügung gestellt werden. Üblicherweise unterscheidet man zwischen privaten und offentlichen Exportkrediten. Zu den privaten Exportkrediten gehoren (a) Lieferantenkredite, die vom Exporteur an den auslandischen Kaufer gewahrt werden, und (b) Bestellerkredite, die von einer Geschaftsbank des Expor-

- teurlandes im Auftrag des Exporteurs gewahrt werden. Öffentliche Exportkredite werden von einer offentlichen Stelle des Exporteurlandes gewahrt.
- Konzessionäre Mittel. Auslandskredite, die der Kreditnehmer zu gunstigeren Konditionen erhalt, als sie am Markt ublich sind. Von konzessionaren Mitteln wird hier dann gesprochen, wenn Kredite ein Zuschußelement von mindestens 25 Prozent enthalten.
- *Netto-Kreditgewährung*. Mittelauszahlungen abzüglich der geleisteten Ruckzahlungen.
- Nichtkonzessionare *Mittel*, Kredite, die **zu** den Konditionen der privaten Kapitalmarkte oder in **Anlehnung** an diese Konditionen vergeben werden.
- Öffentliche Entwicklungshilfe. Zuschusse und konzessionare Kredite, die von offentlichen Stellen vergeben werden, um die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und den Lebensstandard zu heben. Hierzu rechnet auch der Wert der technischen Zusammenarbeit und Hilfe.
- Öffentliche und offentlich garantierte Schulden. Öffentliche Schulden sind Auslandsverbindlichkeiten der offentlichen Hand, d. h. der Regierung, ihrer Einrichtungen und der selbstandigen Sondervermögen. Öffentlich garantierte Schulden sind Auslandsverbindlichkeiten privater Schuldner, deren Rückzahlung von einer offentlichen Stelle des Schuldnerlandes garantiert wird.
- Private nichtgarantierte Schulden. **Auslandsver**bindlichkeiten privater Schuldner, deren **Rückzah**lung nicht von einer offentlichen Stelle des **Schuld**nerlandes garantiert wird.
- Zuschuß. Eine laufende Übertragung von Kapital, Gütern oder Dienstleistungen auf ein anderes Land, die weder eine gegenwartige noch eine zukunftige Verpflichtung zu einem entsprechenden Rucktransfer vom Empfangerland auf den Geber zur Folge hat.
- Zuschußelement. Der Umfang, in dem ein Kredit einen Zuschuß darstellt, wird durch das Zuschußelement bestimmt das ist die Differenz

zwischen dem Nennbetrag des Kredits und dern abgezinsten Gegenwartswert des Schuldendienstes, ausgedriickt als Prozentsatz des Kreditbetrages. Ein echter Zuschuß weist somit ein Zuschußelement von 100 Prozent auf. Bei der Berechnung wird iiblicherweise ein Rechnungszins von 10 Prozent angewendet. Das Zuschußelement dient dazu, das Ausmaß der Konzessionalität von Entwicklungshilfegeldern zu vergleichen, die zu unterschiedlichen Laufzeiten und Konditionen vergeben werden.

Außenhandel und Finanzierung

- Auslandsschulden. Die gegenuber Gebietsansässigen anderer Länder bestehenden Schulden. Soweit nicht anders angegeben, erfassen die Daten der Weltbank Auslandsschulden mit einer ursprünglichen oder verlangerten Laufzeit von einem Jahr oder mehr, die in Devisen, Gütern oder Dienstleistungen zurückzuzahlen sind. Verbindlichkeiten gegeniiber dern Internationalen Währungsfonds werden nicht beriicksichtigt (ausgenommen Darlehen aus dem Treuhandfonds). Innerhalb der mittel- und langfristigen Schulden wird zwischen privaten nichtgarantierten und öffentlichen und öffentlich garantierten Schulden unterschieden.
- Handelsbilanz. Der Saldo zwischen Warenausfuhr (fob) und Wareneinfuhr (fob).
- *Kreditvermittlung*. Die Hereinnahme von Geldern durch eine private oder offentliche **Finanzin**stitution und die Weiterleitung dieser **Gelder** an **Kreditnehmer**.
- Laufzeit. Bei einem Kredit die Zeit bis zur letzten Tilgungszahlung. Kurzfristige Kredite weisen eine ursprüngliche Laufzeit von bis zu einem Jahr auf; mittel- und langfristige Kredite weisen eine ursprüngliche oder verlangerte Laufzeit von mehr als einem Jahr auf.
- Leistungsbilanzsaldo. Eine Zusammenfassung der Transaktionen, die das Netto-Auslandsvermögen eines Landes verändern. Der Saldo ergibt sich als Summe der Netto-Exporte von Gütern und Dienstleistungen (ohne Faktoreinkommen) zuzüglich des Saldos der Faktoreinkommen und der Netto-Übertragungen. Öffentliche Kapitalübertragungen werden dabei ausgeschlossen.
- Neuordnung der Schulden. Jede Veränderung der Zahlungsbedingungen für bestehende Schulden, die zwischen Schuldner und Gläubiger vereinbart wird. Bei einer Refinanzierung der Schulden werden neue Kredite zur Finanzierung des Schuldendienstes auf die bestehenden Schulden gewährt.

Bei einer *Umschuldung* werden Vereinbarungen getroffen, durch die Tilgungs- oder *Zinszahlungen* aufgeschobenbzw. Tilgung oder Verzinsung anderweitig abgeändert werden.

- Ressourcensaldo. Der Saldo zwischen den Exporten von Giitem und Dienstleistungen (ohne Faktoreinkommen) und den Importen von Gütern und Dienstleistungen (ohne Faktoreinkommen).
- Schuldendienst. Die Summe der Zins- und Tilgungszahlungen auf die Auslandsschulden. Die Schuldendienstquote ist die Verhältniszahl, die durch Division des gesamten Schuldendienstes durch den Export von Gütern und Dienstleistungen gebildet wird.
- Terms of Trade. Ein Maß für die Preisrelation zwischen Exporten und Importen. Als Quotient aus den Ausfuhrdurchschnittswertenund den Einfuhrdurchschnittswerten eines Landes berechnet, geben die Terms of Trade an, wie sich die Exportpreise, ausgedrückt in Prozent der Importpreise, gegenüber einem Basisjahr verändert haben.
- Währungsreserven. Zu den Währungsreserven eines Landes gehoren: der offizielle Goldbestand und der Bestand an Sonderziehungsrechten; die Reserveposition im Internationalen Währungsfonds; der offizielle Devisenbestand; sowie vorhandene Forderungen gegen das Ausland, auf die die Währungsbehörden zurückgreifen konnen. Die Währungsreserven werden auch als Vielfaches der monatlichen Importe von Gittern und Dienstleistungen ausgedriickt, die mit den Reserven bezahlt werden konnten.
- Zahlungsbilanz. Die systematische Aufzeichnung aller Transaktionen zwischen den Gebietsansässigen eines Landes und Gebietsfremden während einer bestimmten Periode, iiblicherweise eines Kalender- oder Fiskaljahres. Sie enthält die grenzüberschreitenden Bewegungen von realen Ressourcen (einschließlich der Faktorleistungen wie der Dienstleistungen der Faktoren Arbeit und Kapital), die Veränderungen von Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten durch wirtschaftliche Transaktionen sowie die unentgeltlichen Übertragungen zwischen dem Inland und dern Rest der Welt. Die Konten der Zahlungsbilanz lassen sich in zwei große Gruppen einteilen: einerseits die Leistungsbilanz, die den Außenhandel, die Faktoreinkommen und sonstigen Dienstleistungen sowie die erhaltenen und geleisteten Übertragungen erfaßt, andererseits die Kapitalbilanz, in der die Veränderungen der Fordemngen und Verbindlichkeiten gegenuber dern Ausland erfaßt werden.

- Zinssatze. Der nominale Zinssatz eines bestimmten Kredites ist der im Kreditvertrag vereinbarte Zins, der entweder als Festzins, d.h. als wahrend der Laufzeit des Kredites unveranderlicher Zinssatz, ausgedrückt ist oder als variabler bzw. gleitender Zins, der in regelmäßigen Abständen (etwa alle sechs Monate) neu bestimmt wird. Variable Zinssatze setzen sich zusammen aus einem Referenzzins (wie dern Angebotssatz für Sechsmonatsgeld am Londoner Interbankenmarkt) zuzüglich einer Marge oder Zinsspanne. Die Marktzinssake sind die jeweils auf den privaten Kapitalmärkten geltenden Konditionen; dabei wird üblicherweise unterschieden zwischen langfristigen Zinssätzen - die im jeweiligen Zeitpunkt fur Finanzierungen rnit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr, wie etwa fur Anleihen, zu zahlen sind – und kurzfristigen Zinssatzen - die fiir Finanzierungen rnit einer Laufzeit bis zu einem Jahr gelten. Der reale Zinssatz ergibt sich, wenn der nominale Zinssatz um die Veranderung des Preisniveaus bereinigt wird.
- Zinsspanne. Die Differenz zwischen einem Referenzzins, der zur Zinsfestsetzung verwendet wird, und dern Zins, zu dern Gelder an Endkreditnehmer ausgeliehen werden. Als Referenzzins wird haufig der Angebotssatzam Londoner Interbankenmarkt (London interbank offered rate, LIBOR) verwendet; zu diesem Zinssatz sind die Banken am Londoner Markt bereit, Gelder an erstklassige andere Banken auszuleihen. Ein anderer Referenzzins ist der Zinssatz für erste Adressen (prime rate) in den Vereinigten Staaten.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

- Bruttoinlandsprodukt. Die gesamte Endproduktion von Gütern und Dienstleistungen, die in einer Volkswirtschaft erbracht wird und zwar durch Inländer und Ausländer, unabhängig von der Zurechnung der Einkommensanspriiche auf Inländer oder Ausländer. Abschreibungen werden dabei nicht abgezogen.
- Bruttosozialprodukt. Das im Inland oder Ausland erstellte Gesamtprodukt, auf das Inlander Anspruch haben. Es entspricht dern Bruttoinlandsprodukt, bereinigt um den Saldo der Faktoreinkommen zwischen In- und Ausland. Zum Faktoreinkommen gehoren die Einkunfte, die Inländer für Faktorleistungen (Arbeit, Investitionen und Zinsen) aus dern Ausland beziehen, abzüglich der entsprechenden Zahlungen an Ausländer. Abschreibungen werden dabei nicht abgezogen.

- Ersparnis. Die Bruttoinlandsersparnis ist definiert als Differenz zwischen dem Bruttoinlandsprodukt und dern gesamten Konsum; die Bruttoersparnis der Inländer ergibt sich durch Addition des Saldos der Faktoreinkommen zwischen In- und Ausland und der Netto-Übertragungen zur Bruttoinlandsersparnis.
- Investitionen. Die Summe der inländischen Bruttoanlageinvestitionen und der Veränderung der Lagerbestände. Die Bruttoinlandsinvestitionen umfassen alle Aufwendungen des privaten und des öffentlichen Sektors für die Aufstockung des Anlagenbestandes der Volkswirtschaft sowie den Wert der Lagerveränderung.

Ländergruppen

- Die Entwicklungsländer werden untergliedert in Volkswirtschaften mit niedrigem Einkommen mit einem Bruttosozialprodukt (BSP)pro Kopf im Jahre 1983 von weniger als 400 Dollar und in Volkswirtschaften mit mittlerem Einkommen mit einem BSP pro Kopf von 400 Dollar oder mehr. Die Länder mit mittlerem Einkommen werden darüber hinaus, wie nachfolgend aufgefuhrt, in Ölexporteure und Ölimporteure unterteilt.
- Zu den Ölexporteuren rnit mittlerem Einkommen gehoren Ägypten, Algerien, Angola, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Kamerun, Kongo, Malaysia, Mexiko, Nigeria, Peru, Syrien, Trinidad und Tobago, Tunesien und Venezuela.
- Zu den *Ölimporteuren* rnit mittlerem Einkommen zählen alle ubrigen Entwicklungslander rnit mittlerem Einkommen, die nicht als *Ölexporteure* erfaßt werden. Eine Untergruppe die *Hauptex*-porteure von *Industrieprodukten* enthalt **Argenti**nien, Brasilien, Griechenland, Hongkong, Israel, Jugoslawien, die Republik Korea, die Philippinen, Portugal, Singapur, **Südafrika** und Thailand.
- Die *Ölexporteure* rnit *hohem* Einkommen (die hier nicht zu den Entwicklungslandern **rechnen**) **umfassen** Bahrain, Brunei, Katar, Kuwait, **Libyen**, Oman, Saudi-Arabien und die Vereinigten **Arabi**schen Emirate.
- Marktwirtschaftliche Industrieländer sind die Mitglieder der Organisation fur wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ohne Griechenland, Portugal und die Turkei, die zu den Entwicklungsländern rnit mittlerem Einkommen zahlen. Diese Ländergruppe wird im Text normalerweise als Industrieländer oder industrialisierte Volkswirtschaften bezeichnet.

Zu den *osteuropaischen Staatshandelsländern* gehoren Albanien, Bulgarien, Deutsche Demokratische Republik, Polen, Rumanien, Tschechoslowakei, Ungarn und die UdSSR. Diese Gruppe wird manchmal auch als *Planwirtschaften* bezeichnet.

- Afrika südlich der Sahara umfafit alle neununddreißig Entwicklungsländer Afrikas südlich der Sahara, ohne die Republik Sudafrika, wie im einzelnen ausgewiesen in Toward Sustained Development in Sub-Saharan Africa: A Joint Program of Action (Weltbank, 1984).
- Der Nahe Osten und Nordafrika umfaßt Afghanistan, Ägypten, Algerien, Iran, Irak, Israel, Arabische Republik Jemen, Jemen (VR), Jordanien, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Oman, Saudi-Arabien, Syrien, Tunesien, die Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate.
- Zu *Ostasien* gehoren alle Lander mit niedrigem und mittlerem Einkommen Ost- und Sudostasiens und des Pazifik, die ostlich von Birma, China und der Mongolischen VR liegen, einschliefilich dieser drei Lander.
- Zu *Südasien* gehoren Bangladesch, Butan, Indien, Nepal, Pakistan und Sri Lanka.
- Lateinamerika und Karibik umfassen alle amerikanischen und karibischen Lander sudlich der Vereinigten Staaten.
- Hauptschuldnerländer sind die Lander, deren ausgezahlte und ausstehende Schulden per Ende 1983 auf mehr als 15 Mrd Dollar geschatzt werden; hierzu gehören Ägypten, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Israel, Jugoslawien, Mexiko, die Republik Korea, die Turkei und Venezuela.

Kurzwörter und Abkiirzungen

BIE Bruttoinlandsersparnis.

BII Bruttoinlandsinvestition.

BIP Bruttoinlandsprodukt.

BIZ Bank fur Internationalen Zahlungsausgleich.

BSE Bruttoersparnis der Inlander (Teil des BSP).

BSP Bruttosozialprodukt.

DAC Der Ausschuß fur Entwicklungshilfe (Development Assistance Committee) der OECD (siehe unten) umfafit Australien, Belgien, Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen,

Österreich, Schweden, die Schweiz, die Vereinigten Staaten und die Kommission der Europaischen Gemeinschaften.

EG Die Europaischen Gemeinschaften umfassen Belgien, Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg und die Niederlande.

FAO Organisation für Ernahrung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organization).

GATT Das Allgemeine Zoll- und **Handelsabkom**men (General Agreement on Tariffs and Trade).

IBRD Internationale Bank fur Wiederaufbau und Entwicklung (International Bank for Reconstruction and Development).

IDA Internationale Entwicklungsorganisation (International Development Association).

IFC Internationale Finanz-Corporation (International Finance Corporation).

ILO Internationales Arbeitsamt (International Labour Office).

IWF Internationaler Währungsfonds.

LIBOR Londoner Interbanken-Angebotssatz (London interbank offered rate).

NSO Nichtstaatliche Organisation.

OECD Mitgliedslanderder Organisation fur wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development) sind Australien, Belgien, Danemark, die Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, die Schweiz, Spanien, die Tiirkei und die Vereinigten Staaten.

ÖEH Öffentliche Entwicklungshilfe.

OPEC Die Organisation erdolexportierender Lander (Organization of Petroleum Exporting Countries) setzt sich zusammen aus Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, **Libyen**, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela und den Vereinigten Arabischen Emiraten.

SZR Sonderziehungsrecht.

UNCTAD Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (United Nations Conference on Trade and Development).

UNDP Entwicklungsprogramm der Vereinten **Nationen** (United Nations Development Programme).

UNESCO Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (United Nations Educational, Scientific, and Cultural Organization).

UNICEF Weltkinderhilfswerk der Vereinten Nationen (United Nations Children's Fund).

VN Vereinte Nationen.

Statistische Anmerkungen

Tonnen-Angaben beziehen sich auf metrische Tonnen (t) gleich 1000 Kilogramm (kg) oder 2204.06 Pfund.

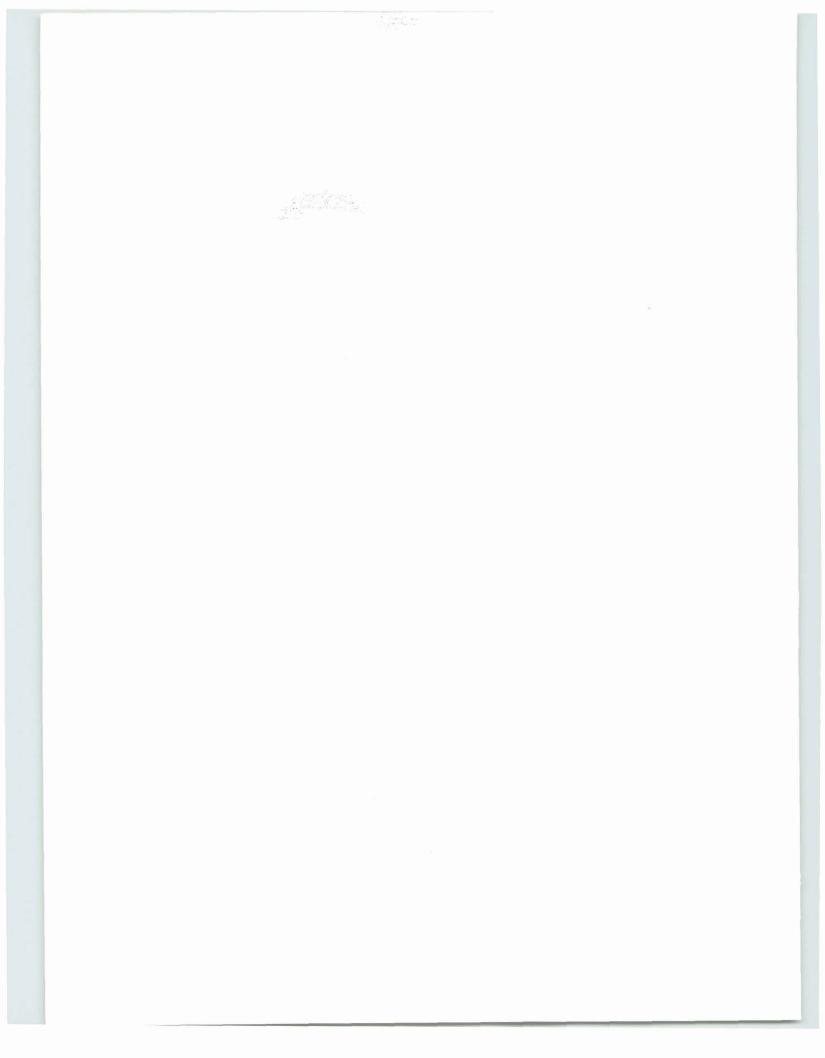
Zuwachsraten beruhen, soweit nichts anderes envahnt, auf realen Größen. Die Zuwachsraten fur mehrjahrige Zeitabschnitte in den Tabellen beziehen sich auf den Zeitraum, der mit dem Ausgangsjahr beginnt und bis zum Ende des letzten angegebenen Jahres reicht.

Dollar sind US-Dollar zu jeweiligen Preisen, sofern nichts anderes angegeben.

Das Zeichen .. in Tabellen bedeutet, daß keine Daten verfugbar sind.

Allen **Tabellen** und Schaubildern liegen **Welt**bank-Daten zugrunde, **soweit** nichts anderes angemerkt wird. Die Weltbank-Daten über Auslandsschulden beziehen sich durchweg, falls nichts anderes angemerkt wird, auf mittel- und langfristige offentliche und offentlich garantierte sowie private nichtgarantierte, ausstehende und ausgezahlte Schulden. Angaben uber die kurzfristigen Schulden wurden vom Stab der Weltbank auf Grundlage der veroffentlichten halbjährlichen Statistik der Bank fur Internationalen Zahlungsausgleich uber die Fälligkeitsverteilung der internationalen Bankausleihungen geschatzt; dabei wurden die langfristig umgeschuldeten Beträge — soweit bekannt — aus den Daten der BIZ ausgeschaltet. Fur die Kennzahlen der Weltentwicklung am Ende dieses Bandes werden die obigen Landergruppierungen verwendet, doch werden nur Lander mit einer Bevolkerung von mindestens 1 Million beriicksichtigt.

Angaben aus dritten Quellen liegen nicht immer bis einschließlich 1983 vor. Die Zahlen, die im vorliegenden Weltentwicklungsbericht für Vergangenheitswerte ausgewiesen werden, konnen von den Angaben in früheren Berichten abweichen, da sie, sobald bessere Daten verfügbar sind, laufend aktualisiert werden und bestimmte Angaben für eine Auswahl von neunzig Ländern neu zusammengestellt wurden. Letzteres war erforderlich, um die Neugruppierung von Ländern, auf denen die Projektionen berühen, flexibler durchführen zu können.



Teil I Überblick und geschichtliche Perspektive

1 Überblick

Die wirtschaftlichen Turbulenzen der letzten Jahre haben sich gelegt. Die Erholung in den Industriestaaten in den Jahren 1983/84, wirtschaftspolitische Anpassungsmaßnahmen in vielen Entwicklungsländern und die flexible Behandlung der Schuldendienstprobleme durch die Geschaftsbanken trugen gleichermaßen zur Beruhigung der krisenhaften Stimmung bei. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Weltwirtschaft die Dynamik der sechziger Jahre zuriickgewonnen hat oder die wirtschaftliche Entwicklung wieder schnell voranschreitet. In den meisten Entwicklungslandern, die sich mit Schuldendienstproblemen konfrontiert sahen, und auch in vielen anderen Ländern der Dritten Welt hat sich das Wachstum verlangsamt. Das durchschnittliche Realeinkommen pro Kopf der Bevolkerung ist im größten Teil Afrikas nicht hoher als im Jahr1970; in vielen Ländern Lateinamerikasist es auf das Niveau von Mitte der siebziger Jahre zurückgefallen. Dutzende von Staaten haben ein Jahrzehnt ihrer Entwicklung — oder gar mehr — verloren.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben viele Fragen zur Rolle des Auslandskapitals in der wirtschaftlichen Entwicklung aufgeworfen. Vor nur wenigen Jahren bestand noch eine generelle Übereinstimmung darüber, daß die weiter fortgeschrittenen Entwicklungslander mehr kommerzielle Mittel im Ausland aufnehmen konnten und sollten. Dieser Konsens ist verlorengegangen. Einerseits wird die Auffassung vertreten, daß sich durch das fallweise Herangehen an die Verschuldungsprobleme auf Dauer ein Gleichgewicht zwischen Wirtschaftswachstum und Schuldendienst herstellen läßt, wodurch mit der Zeit auch wieder eine hohere Kreditgewahrung, insbesondere seitens der Banken, stimuliert wurde. Andere halten neue Ansatze fur notwendig, wenn die Entwicklungslander ihre Schulden bedienen und die wirtschaftliche Expansion wieder aufnehmen sollen. Wie so haufig bei einem Umschwung in der "herrschenden Lehre" erscheinen sowohl die neuen als auch die alten Argumente oftmals stark vereinfacht und überpointiert. Wichtig ist, daß die Grundlagen der internationalen Finanzbeziehungen nicht aus den Augen verloren werden.

Seit langem fließt Kapital von den reicheren zu den ärmeren Ländern. Dies geschieht, weil Kapital in den Volkswirtschaften, die sich in einem weniger fortgeschrittenen Entwicklungsstadium befinden, relativ knapper ist und dort die erwarteten Renditen tendenziellentsprechend hoher sind. Zu diskutieren ist die Art der Kapitalbewegungen, ihre Bedingungen und die Verwendung der Gelder. Diese Fragen waren bereits im neunzehnten Jahrhundert von Bedeutung, und sie sind es bis heute geblieben.

Der vorliegende Bericht enthalt einen umfassenden und langfristigen Überblick uber die Rolle des Auslandskapitals im Entwicklungsprozeß. Er betont, daß internationale Kapitalstrome die Effizienz der Weltwirtschaftsteigern und Defizitliinder in die Lage versetzen konnen, zwischen dem Abbau ihrer Defizite und deren Finanzierung das richtige Gleichgewicht zu finden. Die Verfiigbarkeit von Auslandsgeld bringt jedoch auch Risiken mit sich: Zum einen kann sie die für die Anpassung erforderlichen wirtschaftspolitischen Reformen verzogern, zum anderen konnen sich Länder zu hoch verschulden, wenn sie die kiinftige Wirtschaftsentwicklung im Ausland falsch einschatzen.

Nutzen wie Kosten konnen anhand der jiingsten Erfahrungen illustriert werden. Auf der Aktivseite steht, daß die meisten Entwicklungsliinder im Verlaufe der vergangenen zwanzig Jahre betrachtliche wirtschaftliche Fortschritte gemacht haben: Ihr Bruttoinlandsprodukt wuchs im Zeitraum 1960 bis 1980 um durchschnittlich 6,0 Prozent pro Jahr. Die Lebenserwartung ihrer Bevolkerung stieg von durchschnittlich zweiundvierzig Lebensjahren in 1960 auf neunundfiinzig Jahre in 1982, wahrend sich die Kindersterblichkeit halbierte und die Einschulungsquote an Grundschulen von 50 auf 94 Prozent zunahm. Diese Fortschritte spiegeln hauptsachlich die eigenen Anstrengungen der Entwicklungslander wider. Es gibt jedoch deutliche Anzei-

chen dafur, daß auch Kapitalzuflusse, oftmals begleitet von technischem "Know-how", eine Rolle gespielt haben.

Ausländisches Kapital hat in den einzelnen Ländern auch dazu beigetragen, wirtschaftliche "Schocks" abzufangen — seien es interne Schocks (wie Mißernten) oder externe, wie starke Bewegungen der Rohstoffpreise oder Rezessionen in den Industriestaaten. Ausländisches Kapital kann dabei als Stoßdämpfer wirken, da es den Ländern eine allmahliche Anpassung ihrer Ausgaben sowie eine Umverteilung ihrer Ressourcen entsprechend den veranderten Rahrnendaten ermöglicht. In den siebziger Jahren waren viele Entwicklungslander zunachst in der Lage, das verteuerte Erdöl zu bezahlen, indem sie mehr Kredite aufnahmen, Diejenigen Länder, in denen die Verschuldung mit einer wirtschaftspolitischen Anpassung einherging, konnten wieder auf den Wachstumspfad zurückkehren und Schuldendienstproblemevermeiden. In anderen Fallen diente die Kreditaufnahme dazu,

Schaueng 1.1 Netto-Kapitalzuflüsse und Schulden, 1970 bis 1984 Netto-Mittelzuflüsse zu den Entwicklungslandern Mrd \$ Öffentliche 40 Entwicklungshilfe Kredite an Geschäftsbanken 30 nichtkonzessionäre Kredite Ausländische Direktinvestition.en Multilaterale nichtkonzessionäre Kredite Sonstiges 1970 1974 1978 1982 Ausstehende und ausbezahlte Schulden Mrd \$ Entwicklungsländer 600 Ölimporteure 400 mit mitderem Einkommen Ölexporteure 200 mit mittlerem Einkommen Länder mit niedrigem Einkommen 1970 1974 Quelle: Für Netto-Mittelzuflüsse; OECD Development Co-operation; für Schulden Weltbank

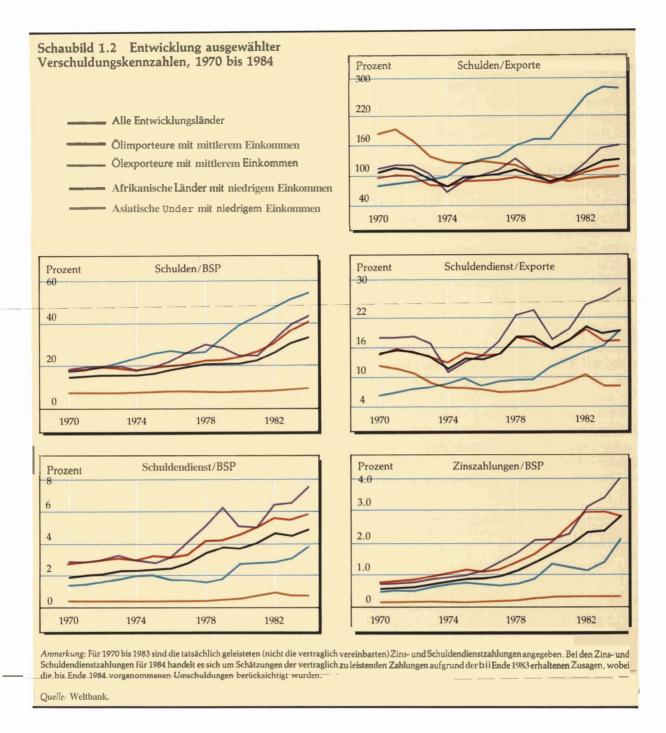
den notwendigen Anpassungsmaßnahmen aus dem Wege zu gehen. Viele dieser Länder gerieten spater mit ihrem Schuldendienst in Schwierigkeiten und mußten sich noch drastischeren und kostspieligeren Anpassungen unterziehen.

Diese gegensatzlichen Erfahrungen unterstreichen, daß die Auslandsverschuldung keine schmerz- oder risikolose Alternative zur Anpassungspolitik darstellt. Die Anhäufung von Schulden läßt ein Land fur Schwankungen an den internationalen Finanzmarkten anfälliger werden, wie der Umschwung von negativen Realzinssätzen zu beispiellos hohen positiven Zinsen nur allzu deutlich machte. Eine schnelle Anpassung wurde dadurch um so notwendiger. Kreditnehmer und Kreditgeber versaumen es oft, den institutionellen, sozialen und politischen Starrheiten, die die Fähigkeit eines Landes zur Anpassung begrenzen, voll Rechnung zu tragen.

Der historische Zusammenhang

Das Jahrzehnt von 1973 bis 1982 brachte ein starkes Wachstum der Auslandskredite an Entwicklungslander. Als Ergebnis stiegen sowohl die **Brutto-** als auch die Nettoschulden der Entwicklungslander steil an. Zwischen 1970 und 1984 haben sich ihre **mittel-** und langfristigen Schulden beinahe verzehnfacht, und zwar auf 686 Mrd Dollar (vgl. Schaubild 1.1), ungeachtet des Ruckgangs der **Kapitalzuflüsse** seit 1981. Das auffallendste Merkmal dieses Wachstums war die **sprunghafte** Zunahme der Kreditgewährung durch Geschaftsbanken; ihr Anteil an den gesamten Kapitalimporten der Entwicklungslander stieg von 15 Prozent im Jahr 1970 auf 36 Prozent im Jahr 1983.

Allen Kennziffern zufolge hat sich die Fähigkeit der Entwicklungslander, ihren Schuldendienstverpflichtungen nachzukommen, mit zunehmender Schuldenhohe, insbesondere seit 1974, verschlechtert. Die Relation zwischen Schulden und BSP hat sich mehr als verdoppelt, und zwar von 14 Prozent 1970 auf nahezu 34 Prozent im Jahr 1984. Die Relation zwischen Schuldendienst und Ausfuhren stieg von 14,7 Prozent 1970 auf einen Hochststand von 20,5 Prozent im Jahr 1982, ging dann auf 19,7 Prozent in 1984 zuruck. Die Zinszahlungen auf die Schulden erhohten sich von 0,5 Prozent des BSP im Jahre 1970 auf 2,8 Prozent 1984, womit sie mehr als der Halfte der gesamten Schuldendienstzahlungen in diesem Jahr entsprachen. Diese Durchschnittszahlen verdecken betrachtliche Unterschiede zwischen Regionen und Ländern.



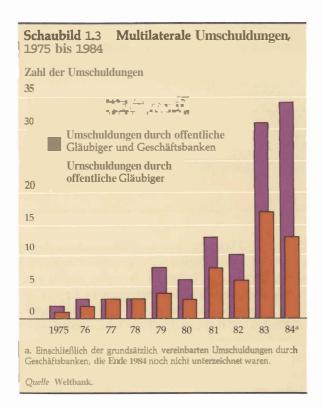
So dramatisch das **jüngste** Wachstum der **Kredit**aufnahme im Ausland **auch** verlief, beispiellos war es nicht. Im **Kapitel 2 wird** gezeigt:

• Relativ gesehen haben die internationalen Kapitalstrome oftmals einen größeren Umfang gehabt als in den siebziger Jahren. Großbritannien investiertezwischen 1870 und 1913 durchschnittlich 5 Prozent seines BSP im Ausland; unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg stieg dieser Anteil auf fast 10 Prozent. Für Frankreich und Deutschland lagen die

Zahlen bei 2 bis 3 Prozent des BSP. Auch als Anteil am BSP des Empfängerlandes gemessen waren die Kapitalimporte in früheren Perioden haufii umfangreicher. Beispielsweisebetrugen die Kapitalimporte Kanadas zwischen 1870 und 1910 durchschnittlich 7,5 Prozent des BSP und entsprachen 30 bis 50 Prozent der inländischen Investitionen. Während des Investitionsbooms in Argentinien und Australien machte das Auslandskapital etwa die Hälfte der gesamten inländischen Bruttoinvestitio-

nen aus. Demgegenüber beliefen sich die Nettokapitalimporte aller Entwicklungslander zwischen 1960 und 1973 im Durchschnitt auf 2 bis 3 Prozent des BSP, womit sie 10 bis 12 Prozent der Bruttoinvestitionen dieser Lander finanzierten; seitdem betrugen sie zwischen 3 und 6 Prozent des BSP und finanzierten 10 bis 20 Prozent der Bruttoinvestitionen

• Die Struktur der Finanzierungsstrome in die Entwicklungslander hat sich wiederholt geandert. In den Jahren vor dem ersten Weltkrieg waren die privaten Anleihemarkte die wichtigste Kapitalquelle. In den dreißiger Jahren kam im Gefolge der großen Depression und der verbreiteten Zahlungseinstellung von Kreditnehmern in Industrie- wie Entwicklungsländern die private Kreditgewahrung praktisch zum Stillstand. Sie wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch eine Ausweitung der offentlichen Kapitalstrome, hauptsächlich zu konzessionaren Bedingungen, ersetzt; der größte Teil entfiel auf bilaterale Hilfe, jedoch wurde ein Teil auch uber die neugeschaffenen multilateralen Einrichtungen geleitet, wie die Weltbank und spater die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA). Bis zum Ende der sechziger Jahre, als die Geschäftsbanken begannen, eine fuhrende Rolle zu spielen, bildeten offentliche Finanzierungen — neben privaten Direktinvestitionen und Lieferantenkrediten -



die hauptsachliche Quelle von Auslandskapital fur die Entwicklungslander.

• Schuldendienstprobleme waren nicht ungewohnlich; in der Regel wurden sie durch das Zusammentreffen wirtschaftspolitischer Fehlleistungen in den jeweiligen Ländern mit einer Verschlechterung des weltwirtschaftlichen Umfelds verursacht. In den funfzig Jahren vor dem Ersten Weltkrieg haben verschiedene Regierungen die Erfüllung der bestehenden Staatsschulden verweigert, so etwa Peru und die Turkei in den siebziger Jahren, sowie Argentinien und Brasilien in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, Die Fälle von Zahlungseinstellungen beschrankten sich jedoch nicht auf Entwicklungsländer; zum Beispiel stellten in diesen Jahren einige Kreditnehmer in den Vereinigten Staaten die Zahlungen ein. In den dreifliger Jahren dieses Jahrhunderts waren Zahlungsschwierigkeiten, angefangen mit Deutschland im Jahr 1932, weit verbreitet. Als einziges Land Lateinamerikas bediente Argentinien in diesen Jahren seine Schulden vereinbarungsgemäß. Sieht man von den dreißiger Jahren ab, so waren die Schuldner nach einer Anpassung ihrer Wirtschaftspolitik durchaus in der Lage, neue Kredite aufzunehmen (wenn auch zu ungunstigeren Konditionen).

An historischen Maßstäben gemessen, erscheinen die Schuldendienstprobleme der sechziger und siebziger Jahre nicht übermäßig schwenviegend. Zwischen 1955 und 1970 waren sieben Entwicklungslander (Argentinien, Brasilien, Chile, Ghana, Indonesien, Peru und die Turkei) an siebzehn Umschuldungsaktionenbeteiligt. Zwar gab es auch für Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen, insbesonderefur Indien, einige Umschuldungsmaßnahmen, diese hatten jedoch zum Ziel, zusatzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, als offentliche Kreditgeber nicht in der Lage waren, ihre Kreditgewahrung zu steigern. In den siebziger Jahren führten im Durchschnitt pro Jahr drei Entwicklungslander Umschuldungsmaßnahmen durch — ungeachtet des scharfen Riickgangs ihrer Terms of Trade in den Jahren 1973/74.

Erst in den achtziger Jahren haben sich die Schuldenprobleme vervielfacht. Die Zahl der Umschuldungen stieg von dreizehn im Jahre 1981 auf einunddreißig (bei einundzwanzig beteiligten Ländern) im Jahre 1983 und erreichte 1984 eine ähnliche Größenordnung (vgl. Schaubild 1.3). Im Zusammenhang mit Vereinbarungen uber wirtschaftspolitische Reformen haben diese Länder die Falligkeiten ihrer Schulden umstrukturiert, manch-

mal fur mehrere Jahre gleichzeitig. Entwicklungslander rnit niedrigem Einkommen, insbesondere in Afrika, konnten bisher jedoch mehrjahrige Umschuldungsabkommen, wie sie einige Großschuldner ausgehandelt haben, noch nicht erreichen.

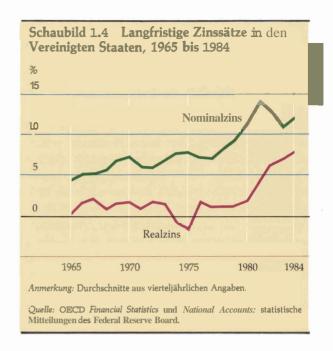
Die Ähnlichkeit mit Entwicklungen in der Vergangenheit sollte allerdings nicht uber einige Unterschiede hinwegtauschen. Die Entwicklungsländer sind aus drei miteinander verbundenen Grunden für Schuldendienstproblemeanfälliger geworden. Zurn ersten hat die Finanzierung durch Kredite die Beteiligungsfinanzierung weit hinter sich gelassen. Zum zweiten erhohte sich der Anteil der variabel verzinslichen Schulden dramatisch, so daß die Kreditnehmer von steigenden Zinssatzen direkt betroffen werden. Zum dritten haben sich die Laufzeiten grofienteils wegen des sinkenden Anteils der öffentlichen Kapitalstrome und der offentlichen Schulden - betrachtlich verkiirzt, und zwar noch stärker, als aus Tabelle 1.1 ersichtlich, wenn man namlich in Rechnung stellt, wie hohere Inflationsraten und Zinssatze effektiv zu einer zeitlichen Vorverlagerung der Tilgung fiihrten.

Fur die gegenwartige Situation ist aber auch der — besorgniserregende — Umstand charakteristisch, dafi viele Staaten mit Schuldendienstproblemen zur Gruppe der Entwicklungslander mit niedrigem Einkommen gehoren. Dies hangt zum Teil damit zusammen, daß ihnen die Entwicklungshilfegelder unregelmafiig zufließen. Der Dollarwert der Nettozuflusse an offentlicher Entwicklungshilfe (ÖEH) erreichte 1975 bei den Entwicklungslandern insgesamt das Zweieinhalbfache des Betrages von 1970, stagnierte dann zwischen 1975 und 1977, stieg darauf von 1977 bis 1980 nahezu auf das Doppelte und ist seitdem wieder gesunken. Auch real betrachtet ergibt sich — freilich rnit weniger ausge-

TABELLE 1 Struktur und Konditionen der **Kapitalzuflüsse zu** den Entwicklungslandern, **ausgewählte** Zeitraume

Komponente/Konditionen	1960-65	1975-80	1980-83
Direktinvestitionen des Aus-			
lands in Prozent der gesamten			
Netto-Kapitalzuflüsse	19,8	15,5	12,9
Variabel verzinsliche Kredite in			
Prozent der gesamten mittel-			
und langfristigen offentlichen			
Schulden		26,5	37,9
Durchschnittliche Laufzeit neu			
aufgenommener Kredite der			
offentlichen Hand, in Jahren	18,0	15,0	14,0

Quelle: Für Direktinvestitionen: OECD Development Co-operation, für Konditionen: Weltbank.



pragten Schwankungen — ein ahnliches Verlaufsmuster. Es erklart sich jeweils durch die Schwankungen der bilateralen ÖEH, besonders der Kapitalstrome aus OPEC-Landern, wahrend die multilaterale ÖEH von 1973 bis 1980 ständig gestiegen ist und seither nur leicht rucklaufig war. Zahlreiche Entwicklungslanderrnit niedrigem Einkommen und solche im unteren Bereich der mittleren Einkommensgruppe nahmen kommerzielle Kredite auf und hauften große Schuldenbetrage an. In früheren Jahren dagegen erhielten die ärmsten Lander praktisch ihr gesamtes Auslandskapital entweder durch Direktinvestitionen — insbesondere im Exportsektor — oder in Form offentlicher Gelder zu nichtkonzessionaren Bedingungen.

Der historische Überblick zeigt einige allgemeine Charakteristika der Schuldendienstproblematik. Auf die Finanzbeziehungen zwischen Industriestaaten und Entwicklungslandem wirken drei Faktoren ein: (a) die Wirtschaftspolitik der Industrielander, (b) die Wirtschaftspolitik der Entwicklungslander und (c) die finanziellen Mechanismen, durch die Kapital in die Entwicklungslander fließt. Keine Analyse der internationalen Finanzprobleme kann vollstandig sein, solange sie nicht alle diese Faktoren beriicksichtigt. Auf diese Weise wird das volle Spektrum der Erfahrungen verschiedener Lander sichtbar und es wird deutlich, warum einige Staaten sich verschuldet haben und rnit Schuldendienstproblemen konfrontiert wurden, andere aber nicht. Damit wird auch augenfallig, daß die wirtschaftlichen Probleme zu Anfang der achtziger Jahre das

Ergebnis individueller wirtschaftspolitischer Entscheidungen waren, die — als sie getroffen wurden — rational schienen.

Die Wirtschaftspolitik der Industrieliinder

Wie Kapitel 3 zeigt, bestimmt die Finanz-, Geldund Handelspolitik der Industriestaaten weitgehend das außenwirtschaftliche Klima für die Entwicklungsländer. Der Zusammenhang besteht jedoch nicht einfach darin, daß ein schnelles Wirtschaftswachstum in der industrialisierten Welt das Wachstum der Entwicklungslander "hochzieht", wenngleich es sicher dazu beitragt. Auch geht es nicht bloß darum, daß anhaltende Konjunkturschwache und wachsender Protektionismus in den Industriestaaten fir die Entwicklungslander Schwierigkeiten mit sich bringen. Die Übertragungsmechanismen sind in wachsendem Maße finanzieller Art, namlich Schwankungen im Kreditangebot sowie Zins- und Wechselkursbewegungen.

Dies wurde beispielsweise 1979/80 deutlich, als die Geldpolitik in den Vereinigten Staaten von Zinssätzen als Zielgröße zu Geldmengenzielen überging. Dies zog starke Zinsschwankungen nach sich. Die Länder Lateinamerikas, bei denen ein größerer Teil der Schulden mit variabler Verzinsung ausgestattet ist, wurden von diesem Verfahrenswechsel mehr betroffen als die Staaten Ostasiens oder Afrikas. Das Ergebnis waren abrupt steigende Schuldendienstzahlungen. Entwicklungsländern fällt es aber schwer, von heute auf morgen bedeutend hohere Schuldendienstzahlungenzu leisten. Der auf vielen Ländern lastende Druck wurde zu Anfang der achtziger Jahre durch die Rezession in den Industrieländern noch verschärft, die das Exportvolumen und die Rohstoffpreise zu einer Zeit sinken ließ, als die realen Zinssatze stiegen (vgl. Schaubild 1.4 und Kapitel 3, Schaubild 3.6). Es ist nicht uberraschend, daß das Zusammenwirken dieser Einflusse zahlreichen Ländern die Bedienung ihrer Schulden sehr erschwerte.

Die Erholung in den Industriestaaten hat dazu beigetragen, die Liquiditatsanspannung der Entwicklungsländer etwas zu lockern. Der Welthandel expandierte 1984 um etwa 8,5 Prozent und die Weltproduktion nahm um 4,2 Prozent zu. Das BSP der Entwicklungsländer wuchs um 4,1 Prozent, wobei ihr Ausfuhrvolumen um schatzungsweise 8,9 Prozent stieg, verglichen mit weniger als 4 Prozent p. a. in den Jahren 1981 und 1982. Die Realzinsen sind leicht gesunken, bleiben aber auf einem histo-

risch hohen Niveau. Allerdings brachte die Erholung der Weltkonjunktur in den Jahren 1983/84 nicht den normalen zyklischen Anstieg der Rohstoffpreise auf Dollar-Basis. Dies war teilweise auf die anhaltende Aufwertung des US-Dollars zurückzufiihren, hing aber auch mit technischen und sonstigen Faktoren zusammen, die die Nachfrage nach Rohstoffen beeinflussen. So wurden Länder, die Nettoexporteure von Rohstoffen sind (wie Brasilien), weniger begiinstigt als Nettoimporteure solcher Guter (wie Korea). Außerdem werden alle Entwicklungslander weiterhin durch protektionistische Maßnahmen in den Industrielandern in Mitleidenschaft gezogen.

Die wirtschaftlichen Impulse, die von Industrieländern auf die Entwicklungslander ausgehen, werden in Zukunft hauptsächlich von der Entwicklung in zwei wirtschaftspolitischen Bereichen abhangen: bei den Realzinsen und auf dem Gebiet des Protektionismus. Die Zinsentwicklung wird im Kapitel 3 detailliert erortert. Die dortige Analyse kommt zu dem Schluß, daß umfangreiche Budgetdefizite in den Industrielandern ein Hindernis auf dem Weg zu niedrigeren Zinsen bilden. Als Anteil am Volkseinkommen gemessen, ist von 1979 bis 1984 das Gesamtdefizit der offentlichen Hand in neun größeren Industriestaaten betrachtlich gestiegen - die Bundesrepublik Deutschland und Japan ausgenommen. Im Jahr 1984 belief sich das aggregierte Defizit, bereinigt um die eingetretene Geldentwertung, auf 2,3 Prozent des Volkseinkommens dieser Industrieländer. In den Vereinigten Staaten nahm das Defizit während der letzten fünf Jahre am schnellsten zu. Überzeugende Maßnahmen sind in diesen Ländern erforderlich, um die Inanspruchnahme der inländischen und auslandischen Ersparnis durch die offentliche Hand zu verringern; dies komte die Zinsen senken und das Wachstum stimulieren. Die Vereinigten Staaten haben in jüngster Zeit Schritte angekundigt, die, falls sie in die Tat umgesetzt werden, eine betrachtliche Verringerung ihrer Haushaltsdefizitein den nachsten Jahren ermoglichen komten. Um rezessive Anstoßwirkungen einer solchen Kursanderung zu vermeiden, wird eine sorgfaltige Koordinierung rnit der monetären Politik in den USA sowie rnit der Geld- und Finanzpolitik der übrigen großen Industrielander erforderlich sein.

Der zweite Problembereich von vitaler Bedeutung fur die Entwicklungslander ist der Protektionismus. Um ihre Auslandsschulden bedienen zu konnen, müssen die größten Schuldnerlander in den nachsten Jahren hohe Handelsbilanzüberschüs-

se erzielen. Viele Einfuhrbeschrankungen — etwa fur Stahl, Zucker und Rindfleisch — haben aber hauptsachlich die Großschuldner, darunter Argentinien, Brasilien, Korea und Mexiko, getroffen. Andere Restriktionen, wie das Multifaserabkommen, tangieren einen weiteren Kreis von Ländern. Je schwerer es den großen Schuldnerlandern fallt, ihre Schulden zu bedienen, desto größer sind die Belastungen fur das internationale Bankensystem.

Wenn die Entwicklungslander keine Devisen zur Ausweitung ihrer Einfuhren verdienen konnen, werden auch die Exporteure der Industrielander in Mitleidenschaft gezogen. Um ein Beispiel anzuführen: Dies war ein wichtiger Grund, warum die Ausfuhren der USA von Industrieprodukten in die größeren Schuldnerlander zwischen 1980/81 und 1983/84 um 40 Prozent fielen. Zu solchen Einbußen kommt es ganz allgemein, da die Industriestaaten im Austausch von Industrieerzeugnissen mit der Dritten Welt einen Überschuß erwirtschaften. Protektionismus wirkt zudem als Bremse fur den Anpassungsprozeß und das Wirtschaftswachstum, das die Industriestaaten selbst so dringend benötigen.

Längerfristig betrachtet, konnen protektionistische Schranken in der industrialisierten Welt die Entwicklungsstrategie auf fundamentale Weise beeinflussen. Bei den Regierungen der Entwicklungslander erwecken sie den Eindruck, daß eine exportorientierte Wachstumsstrategie sehr risikoreich ist, und verfuhren dazu, zur binnenwirtschaftlich orientierten Politik friiherer Jahre zurückzukehren. Es gibt eine Fulle von Beweisen dafür, daß solche wirtschaftspolitischen Strategien Wachstum und Beschaftigung in den Entwicklungslandern beeintrachtigen und auch in den Industrielandern den Spielraum fur Produktivitatsfortschritte in den eigenen Volkswirtschaften einengen.

Die Wirtschaftspolitik der Entwicklungslander

Wie im Kapitel 4 erortert wird, haben die Erfahrungen der vergangenen zwolf Jahre die zentrale Bedeutung der nationalen Politik fur den wirtschaftlichen Erfolg der Entwicklungslander unterstrichen; dies gilt ganz besonders fur die Verwendung ausländischer Gelder. Auslandskapital kann das Wirtschaftswachstum durch hohere Investitionen und den Transfer von Technologie fördern. Es ermöglicht den Ländern eine allmähliche Anpassung an veranderte weltwirtschaftliche Bedingungen. Aber es kann auch falsch eingesetzt werden, so daß

Entwicklungslander schließlich mit hoherer Verschuldung dastehen, ohne daß ihre Fahigkeit, die Schulden bedienen zu konnen, entsprechend gewachsen ist.

In den siebziger Jahren, bei niedrigen oder gar negativen Realzinsen, war die Kreditaufnahme fur die Entwicklungslander sinnvoll — aber nur, wenn sie eine angemessene Wirtschaftspolitik verfolgten und die Mittel in okonomisch gerechtfertigte Projekte investierten. Eine vorsichtige Definition der Verschuldungsgrenze war angebracht. Es war aber ein Fehler anzunehmen, daß niedrige Zinsen von Dauer sein wurden, und es ist immer kostspielig, Investitionsentscheidungen zu revidieren. Solche Fehlentscheidungen werden schnell offenkundig, wenn sich das weltwirtschaftliche Umfeld verschlechtert, wie dies zu Anfang der achtziger Jahre der Fall war.

Die Entwicklungslander wurden in den Jahren 1979 bis 1984 vom gleichzeitigen Auftreten hoherer Erdolpreise, historisch hoher Realzinssatze, einer langanhaltenden Rezession in den Industriestaaten und wachsenden Handelsschranken schwer getroffen. Gleichwohl setzten nicht weniger als 100 Lander die Bedienung ihrer Auslandsschuldenohne Unterbrechung fort. Einige mußten nur leichte Schocks hinnehmen (wie beispielsweise die Ölexporteure) oder sie konnten von Gastarbeiterüberweisungen profitieren (beispielsweise bestimmte Lander in Asien oder im Nahen Osten). Einige hatten in den siebziger Jahren nur wenige Kredite aufgenommen oder sich hauptsachlich zu konzessionaren Bedingungen verschuldet (etwa China, Indien und Kolumbien). Andere nahmen zwar Kredite auf, leiteten aber wirtschaftspolitische Reformen ein, die ihnen die Bedienungder Schulden erleichterten (etwa Indonesien und Korea).

Bei den Ländern, die mit ihrem Schuldendienstin Schwierigkeiten gerieten, handelte es sich jedoch nicht notwendigerweise um jene, die den starksten Schocks ausgesetzt waren. Diese Entwicklungsländer hatten Kredite aufgenommen, es dann aber unterlassen, Anpassungsmaßnahmen durchzuführen, oder hatten die neuen Probleme nicht entschlossen genug in Angriff genommen. Zu diesem Kreis gehorten die afrikanischen Lander mit niedrigem Einkommen, deren Entwicklung in einem langfristigen, durch schwache Institutionen, niedrigen Ausbildungsstand und oft auch (wie in den vergangenen zehn Jahren) durch Naturkatastrophen behinderten Prozeß ablauft. Diese Länder haben traditionell konzessionares Auslandskapital eingesetzt, um den Großteil ihrer Investitionen zu

finanzieren. In den siebziger Jahren wurden sie mit hoheren Importrechnungen konfrontiert. Zahlreiche afrikanische Rohstoffexporteure konnten sich angesichts der steigenden Rohstoffpreise zu Marktbedingungen verschulden, als die Zinsen niedrig waren. Die Auslandsgelder flossen zum Teil in den Konsum oder wurden fur Investitionen in staatliche Großprojekte verwendet, von denen viele nur wenig zum Wirtschaftswachstum und zu der fur die Bedienung der Schulden notwendigen Exportsteigerung beitrugen. Kapitalimporte ermoglichten es einigen Ländern, wirtschaftspolitische Reformen hinauszuschieben. Schuldendienstprobleme konnten dann erwartet werden und traten auch ein. Im Endergebnis kam es zu einem weiteren Riickschlag in der wirtschaftlichen Entwicklung.

Zur zweiten Gruppe der Länder mit Schuldendienstproblemen gehoren viele Staaten Lateinamerikas und einige Großschuldner. Ihre finanziellen Probleme sind auf komplexere Ursachen zurückzufuhren, doch weisen sie drei gemeinsame Merkmale auf: (a) Finanz- und Geldpolitik waren fur ein dauerhaftes außenwirtschaftliches Gleichgewicht zu expansiv angelegt; (b) überbewertete Währungen ließen die Exportproduktion auf den Weltmärkten nicht zum Zuge kommen und forderten die Kapitalflucht und (c) verstärkten inlandischen Sparanstrengungen stand eine noch stärkere Ausweitung der Investitionen gegenuber. Einige Länder, wie Chile und Uruguay, versuchten umfassende Wirtschaftsreformen einzuleiten, ihre Programme waren aber teilweise falsch angelegt, und die zeitliche Abstimmung der Einzelmaßnahmen ließ zu wiinschen ubrig. Andere verschuldeten sich in großem Umfang und modifizierten ihre Wirtschaftspolitik teilweise (zum Beispiel Brasilien, die Elfenbeinkuste und die Philippinen). Sie unterschatzten jedoch Dauer und Tiefe der Rezession sowie den starken Zinsanstieg zu Beginn der achtziger Jahre. Viele dieser Länder sind jetzt dabei, ihre Wirtschaftspolitik zu reformieren und haben damit bislang ermutigende Ergebnisse erzielt.

Aus den unterschiedlichen Erfahrungen der Entwicklungsländer lassen sich einige grundsatzliche Erkenntnisse zur wirtschaftspolitischen Strategie gewinnen. Eine Erkenntnis betrifft, kurz zusammengefafit, die Notwendigkeit der Flexibilitat. Es ist ein Charakteristikum der Auslandsfinanzierung, daß sie Kreditnehmer und -geber zwingt, unerwartete Entwicklungen in Rechnung zu stellen. Dies geschieht am besten dadurch, daß man in der Lage bleibt, flexibel a d Änderungen des außenwirtschaftlichen Umfelds zu reagieren. So unterschied-

liche Staaten wie Indien, Indonesien, Korea und die Turkei haben ihre Wirtschaftspolitik den gewandelten Urnstanden angepaßt. Kurzfristig gesehen, sind vor allem die Moglichkeiten zum Abbau des Staatsdefizits und zur Anpassung des realen Wechselkurses sowie der realen Zinssätze entscheidend. Falls Entwicklungslander aus politischen oder anderen Griinden ihre Wirtschaftspolitik nicht rasch anpassen konnen, sollten sie eine bewußt konservative Verschuldungspolitik verfolgen.

Zweitens zeigt sich, daß die zur bestmoglichen Nutzung von Auslandskapital erforderliche Wirtschaftspolitik weitgehend identisch ist mit einer Politik, die auch die inlandischen Ressourcen am besten nutzt. Ein Land muß aus seinen Investitionen Ertrage erwirtschaften, die hoher sind als die Kosten der dabei eingesetzten Ressourcen. Falls es sich im Ausland verschuldet, muß ein Land jedoch auch genugend Devisen erlosen, um die Zinszahlungen sowie die Überweisungen von Dividenden und Gewinnen an das Ausland leisten zu können. Diese Fahigkeit wird von drei Bereichen der Wirtschaftspolitik entscheidend beeinflußt:

- Preise mit volkswirtschaftlicher Lenkungsfunktion müssen an den Opportunitatskosten ausgerichtet werden. Dies fordert wirtschaftliche Aktivitäten, bei denen das jeweilige Land einen komparativen Kostenvorteil besitzt und erhoht auch die Flexibilitat der Produktionsstrukturen. Eventuelle Subventionen sollten sorgfaltig auf die jeweilige Zielgruppe, etwa die ärmsten Gesellschaftsschichten, ausgerichtet werden. Als die Erdolpreise in den Jahren 1973/74 stiegen, schoben viele Lander und zwar sowohl Ölimporteure als auch Ölexporteure — die Erhohung ihrer inlandischen Energiepreise auf, wodurch sie ihre Zahlungsbilanzen zusatzlich belasteten. Zahlreiche andere Länder vermieden diese Belastungen dadurch, daß sie die Energiepreise friiher anhoben. Außerdem hat die Preisstruktur, einschließlich des Zinsniveaus, Auswirkungen auf die Investitionsentscheidungen. Regierungen sollten ihre eigenen Investitionsprogramme sorgfältig evaluieren sowie ein System von Investitionsanreizen schaffen, das zu einer möglichst effizienten Ressourcenallokation durch die privaten Investoren fiihrt. In Ländern wie Brasilien, Ecuador, der Elfenbeinkuste, Nigeria, Peru und der Türkei gingen negative Realzinssatze mit allzu ehrgeizigen oder unwirtschaftlichen Investitionsprogrammen einher. Kolumbien und Malaysia dagegen wiesen ein angemesseneres Zinsniveau und zielgerechtere Investitionsanreize auf.
 - Wechselkurse und Außenhandelspolitik spie-

len ebenfalls eine gewichtige Rolle. In den siebziger Jahren und zu Anfang der achtziger Jahre ließen viele Lander — insbesondere Argentinien, Chile, Mexiko, sowohl Nigeria, die Philippinen, die Türkei und Uruguay eine Überbewertung ihrer Währungen als auch Verzerrungen in ihrer Handelspolitik zu. Dies fuhrte zu einer einseitigen Ausrichtung der Produktion auf den Binnenmarkt, stimulierte den Import und forderte zur Kapitalflucht heraus. Umfassende Außenhandels- und Preisreformen in der Turkei, die im Anschluß an die Ende der siebziger Jahre aufgetretenen Schwierigkeiten durchgeführt wurden, zeitigten gute Ergebnisse.

• Ungeachtet der Verfiigbarkeit von Auslandskapital sollten verstarkte Anstrengungen zur Steigerung der inlandischen Ersparnis unternommen werden. Richtig gesehen, besteht die Rolle der Auslandsfinanzierung darin, die inlandische Ersparnis zu erganzen, nicht sie zu ersetzen. Die Gefahr eines ungenügenden Sparaufkommens wurde von vielen Regierungen richtig erkannt. Zahlreichen Entwicklungslandern gelang in den siebziger Jahren tatsachlich eine bemerkenswerte Ersparnisbildung; innerhalb einer Auswahl von vierundvierzig Staaten konnten immerhin zwei Drittel ihre inlandische Sparquote erhohen. Diese Gruppe umfaßte so verschiedenartige Volkswirtschaften wie Indien, Kamerun, Korea, Malawi, Malaysia und Tunesien. In anderen Fallen — etwa in Argentinien, Marokko, Nigeria und Portugal - trugen unzureichende Sparanstrengungen zur uberhohten Kreditaufnahme bei. Eine Steigerung der Ersparnis erfordert MaBnahmen im offentlichen und im privaten Sektor einer Volkswirtschaft. Im offentlichen Sektor sind steuerliche MaBnahmen, eine realistische Preisgestaltung fur offentliche Giiter und Dienstleistungen und Ausgabenkurzungen erforderlich, um die Haushaltsdefizite abzubauen und die staatliche Ersparnis zu erhohen. Werden hohere Staatsausgaben durch eine vermehrte Kreditaufnahme im Ausland anstatt durch steigende Steuereinnahmen finanziert, so belastet dies in zunehmendem Maße den Haushalt (da der Staat Schuldzinsen zahlen muß) und die Zahlungsbilanz. Die Vorgange in Mexiko in den Jahren 1981/82 legten den Keim für seine Schuldenkrise von 1982; wegen des wachsenden Staatsverbrauchs hatte sich damals das Budgetdefizit im Verhaltnis zum BSP mehr als verdoppelt und wurde zum Teil mit Auslandskapital finanziert. Was die private Ersparnis betrifft, so schmalern niedrig gehaltene Inlandszinssätze die Ersparnisbildung, tragen zur Kapitalflucht bei, führen zur Kreditrationierung und zwingen zunehmend zur Kreditaufnahme im Ausland. Werden die Wechselkurse langsamer angepaßt als es der heimischen Inflationsrate entsprache und wird die Auslandsverschuldung subventioniert, so kommt es — in heimischer Wahrung gerechnet — zu einer künstlichen Verbilligung der Kreditaufnahme im Ausland, was Kapitalimporte auslost. Dies war in Argentinien, Chile und Uruguay der Fall.

Steuerung der Auslandsverschuldung und der Auslandsschulden

Wirtschaftspolitische MaBnahmen, die das Niveau von Ersparnis und Investition im Inland bestimmen, entscheiden damit zugleich uber den Bedarf an Auslandskapital; deswegen sollte die Steuerung der Kapitalstrome ein integrierter Teil der gesamten Wirtschaftspolitik sein. Bestimmte Aspekte der Schuldenpolitik, die im Kapitel 5 erortert werden, verdienen besondere Aufmerksamkeit.

Es geht zunachst darum, ob und wie der Staat die Kreditaufnahme im Ausland bzw. die Kreditgewährung an das Ausland seitens privater und staatlicher Unternehmen regeln soll. Die Antwort hangt grundsatzlich von der gesamtwirtschaftlichen Politik der Regierung sowie den staatlichen Wirtschaftsanreizen ab; im allgemeinen gilt, daß staatliche Eingriffe um so weniger erforderlich sind, je besser Preise, Zinssatze und Wechselkurse die Opportunitatskosten wiedergeben. Zwar haben einige Lander im Bereich des Kapitalverkehrs komplizierte Kontrollmechanismen geschaffen, doch zeigt die Erfahrung deutlich, daß solche Eingriffe eine vernunftige makrookonomische Politik nicht ersetzen konnen. Gleichwohl haben sich manchmal bestimmte Maßnahmen zur Steuerung der Kapitalströme - wie eine Genehmigungspflicht fur Kreditaufnahmen, Vorschriften iiber Mindestlaufzeiten, Bardepot-Regelungen oder Quellensteuern — als hilfreiche Erganzung von finanz-, geld- und handelspolitischen MaBnahmen enviesen.

Der zweite große Problemkreis betrifft die Zusammensetzung der Kapitalstrome und der Schulden. Hier geht es um Entscheidungen iiber: (a) die Konditionen der Auslandsverschuldung — Zinssatz, Laufzeit und Zeitprofil des Zahlungsstromes, (b) die Währungen, in denen die Verbindlichkeiten eingegangen werden, (c) das Verhaltnis zwischen fest- und variabel verzinslichen Schulden, (d) die Art der Risikoverteilung zwischen Geldgebern und -nehmern (einschließlich des Verhaltnisses zwischen Kredit- und Beteiligungsfinanzierung)

und (e) die Hohe und Zusammensetzung der Währungsreserven eines Landes. Präzise Handlungsanweisungen fur die Schuldenpolitik, die fur alle Länder anwendbar sind, lassen sich nicht aufstellen. Die Erfahrung der letzten Jahre spricht jedoch dafur, daß Entwicklungslhder bei der Entscheidung uber den Umfang und die Zusammensetzung ihrer Auslandsschulden Umsicht und Vorsicht walten lassen sowie ausreichende Währungsreserven vorhalten, um bei binnen- oder weltwirtschaftlichen Storungen über Zeit zur Anpassung zu verfügen, so daß der Wachstumsprozeß nicht aufs Spiel gesetzt wird. Wird die Verschuldungsfahigkeit im Ausland nicht bis an die Grenze ausgenutzt, bleibt ein Polster fur besondere Notzeiten erhalten.

In vielen Ländern fehlt es an einer wirksamen Steuerung der Kapitalstrome — sei es wegen unzulanglicher Daten, mangelnder Kenntnis der verschiedenen Finanzierungsmoglichkeiten oder mangels institutioneller Vorkehrungen zur Einbeziehung des Schuldenrnanagementsin die gesamtwirtschaftliche Entscheidungsfindung. Auf allen diesen Gebieten ist die Entwicklung der Institutionen von erstrangiger Bedeutung.

Finanzierungsmechanismen

Auf die Entwicklungslander entfällt nur ein geringer Anteil der weltweiten Kapitalstrome, so daß ihr Einfluß auf das internationale Finanzsystem begrenzt ist. Dieses System verandert sich seinerseits in Abhangigkeit von drei wichtigen Einflußfaktoren. Der erste Faktor ist das äußere Umfeld. Beispielsweise fuhrten veranderte Vorschriften. finanzielle Innovationen sowie hohe und stark schwankende Inflationsraten in den siebziger Jahren dazu, daß Anleger eher zu variablen als zu festen Konditionen Geld ausliehen. Den zweiten Faktor bildet die Nachfrage nach den Dienstleistungen der Finanzmarkte und Finanzinstitutionen, die von weltweiten Zahlungsbilanzungleichgewichten stark beeinflußt wird. So bevorzugten die OPEC-Lander in den siebziger und fruhen achtziger Jahren zunachst hochliquide Anlageformen für ihre Überschusse, so daß die Einlagen und das Kreditgeschiift der Geschaftsbanken expandierten. In neuerer Zeit gewannen durch die hohen Leistungsbilanzdefizite der Vereinigten Staaten, denen Überschüsse von Japan und anderen Industrielandern gegenüberstehen, die internationalen Wertpapiermarkte stark an Bedeutung. Als dritter Faktor ist die Geschäftspolitik der Finanzinstitutionen zu nennen. In den siebziger Jahren wandten sich beispielsweise die Geschiiftsbanken verstarkt dem internationalen Kreditgeschaft zu, um ihre eigenen Ziele hinsichtlich Portfoliostruktur und Rentabilitat zu verwirklichen (vgl. Kapitel 8).

Kurzfristig betrachtet ist es Sache der Entwicklungsliinder, aus den Moglichkeiten, die ihnen das
internationale Finanzsystem bietet, das Beste zu
machen. In einer liingerfristigen Sicht stellen sich
die folgenden wirtschaftspolitisch entscheidenden
Fragen: Wie kann die Stetigkeit der internationalen
Kapitalstrome gefordert und die Bereitschaft der
Banken zur Kreditgewahrung wiederhergestellt
werden? Welche Vorkehrungen konnen hinsichtlich der künftigen Kapitalimporte getroffen werden, wozu auch ein Angebot an Finanzhilfen zu
konzessionaren Bedingungen gehort, das dem
Bedarf der Länder mit niedrigem Einkommen
gerecht wird?

Die Lösungen finden sich in fünf Bereichen:

- Längere Laufzeiten. Entwicklungslhder können sich langfristig verschulden, allerdings nur selten direkt am Markt; sie sind nahezu ausschließlich auf die Kreditvermittlung durch die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken angewiesen. Diese Institutionen werden in den nachsten Jahren die wichtigste Quelle von langfristigem Kapital fur die Entwicklungslander bleiben. Sie müssen in der Lage sein, fur die Dritte Welt mehr Finanzmittel bereitzustellen, da die Aussichten auf eine Expansion der privaten Kreditgewahrungnicht gunstig sind. Finanzielle Innovationen, die den fur Entwicklungslander verfugbaren Laufzeitenbereich ausweiten, wurden ihnen das Schuldenmanagement erleichtern und die Refinanzierungsrisiken verringern helfen.
- Absicherung der Risiken. Die in den siebziger Jahren gebrauchlichen Finanzierungsinstrumente biirdeten den Schuldnerlandern die Risiken ungünstiger weltwirtschaftlicher Entwicklungen auf. Eine der zentralen Aufgaben jedes Finanzsystems die wirksame Risikoverteilung wurde nicht voll erfullt. Instrumente zur Absicherung von Risiken existieren bereits auf vielen Finanzmärkten: Es ware wiinschenswert, wenn davon bei der Kreditgewährung an Entwicklungsliinder mehr Gebrauch gemacht wiirde.
- Teilhabe am wirtschaftlichen Risiko. Wahrend herkömmliche Bankdarlehen nicht mit einer Teilhabe am Unternehmensrisiko einhergehen, ist dies bei ausländischen Direkt- und Portfolioinvestitionen der Fall (vgl. Kapitel 9). Bei der Einführung von Beteiligungspapieren in die Finanzierung von Ent-

wicklungslandern konnten ebenfalls noch Fortschritte erzielt werden.

- Sekundärmärkte. Da die private Kreditgewährung an Entwicklungslander in den siebziger Jahren zumeist durch die Banken erfolgte, kames durch die Konzentration der Forderungen bei einer einzigen Glaubigergruppe tendenziell zu steigenden Risiken. Wachsende Sekundarmarkte für bestimmte Arten von Verbindlichkeiten der Entwicklungslijnder konnten den Kreis der Glaubiger vergrößern und damit zur Verstetigung der Kreditgewahrung beitragen. Eine solche — durchaus wiinschenswerte — Entwicklung sollte jedoch ein schrittweiser und gesteuerter Prozeß sein. Langerfristig betrachtet konnten Sekundarmarkte auch einen zusatzlichen Indikator fiir die Kreditwurdigkeit von Schuldnerländern liefern und den Geldgebern die Diversifikation ihrer Risiken erleichtern.
- Umfang und Effektivitat der Entwicklungshilfe. Die Lander rnit niedrigem Einkommen benotigen in betrachtlichem Umfang Entwicklungshilfe mehr als gegenwartig verfugbar ist. Sie müssen die Entwicklungshilfe aber auch nutzbringend verwenden (vgl. Kapitel 7). Die Geber ihrerseits konnen die Wirksamkeit ihrer Hilfe verbessern, wenn sie ihre Leistungen primar an den entwicklungspolitischen Zielen orientieren und durch Programme, die rnit den Empfangerliindern abgestimmt sind, ihre Bemuhungen untereinander koordinieren.

Aussichten und Optionen

In welchem Umfang und in welcher Form werden die Entwicklungslander in den kommenden Jahren Auslandskapital benotigenl Diese Frage kann nur durch eine Analyse der weltwirtschaftlichen Perspektiven fur Wachstum, Außenhandel, Zinsen usw. beantwortet werden. Der Weltentwicklungsbericht legt traditionell alternative Szenarien für die Zukunft vor. Dies sind – das muß betont werden - keine Voraussagen; die tatsachlichen Ergebnisse hängen von der Wirtschaftspolitik der Industrieund der Entwicklungsländer ab. Auch können die Szenarien exogenen weltwirtschaftlichen Schocks nicht Rechnung tragen. Der Bericht des vergangenen Jahres enthielt Szenarien bis zum Jahr 1995. Die Diskussion im Kapitel 10 des diesjahrigen Berichts geht von den Szenarien des letzten Jahres aus, doch wird den kommenden funf Jahren größere Aufmerksamkeit gewidmet.

Die nachsten funf Jahre sind eine Periode des Übergangs. In diesem Zeitraum sind uber zwei Drittel der Schulden der Entwicklungslander durch neue Kredite abzulosen oder zu tilgen. Die konstruktive Zusammenarbeit der letzten Jahre zwischen Schuldnern, Glaubigern und internationalen Einrichtungen muß weiter fortgefuhrt werden. Das Ziel ist, die Wiederherstellung der Kreditwurdigkeit solcher Lander zu beschleunigen, die eine solide Wirtschaftspolitik verfolgen, jedoch betrachtliche kurz- bis mittelfristige Schuldendienstverpflichtungen aufweisen. Es ist besonders notwendig, auch Lander in diese Zusammenarbeit einzubeziehen, in denen Schulden- und Entwicklungsprobleme eng miteinander verknupft sind — so in verschiedenen rohstoffexportierenden Ländern mit mittlerem Einkommen und vielen afrikanischen Ländern mit niedrigem Einkommen. Es muß auch überlegt werden, inwieweit mehrjahrige Umschuldungen fur offentliche Kredite und andere Vereinbarungen von Fall zu Fall und im Rahmen umfassender Finanzierungspakete zur Unterstutzung von Stabilisierungsund Anpassungsmaßnahmen in Frage kommen: dies betrifft insbesondere Lander rnit niedrigem Einkommen südlich der Sahara, die zu einer energischen Anpassung bereit sind. Darüber hinaus wird viel davon abhangen, ob Industrie- und Entwicklungsländer eine erfolgreiche Politik der Strukturanpassung betreiben.

Im Laufe der letzten Jahre machten zahlreiche Entwicklungslander Fortschritte in der Bewaltigung ihrer finanziellen Probleme. Die wirtschaftliche Lage blieb jedoch weiterhin in vielen **Ländern** labil. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im Zeitraum 1980/85 war nach gegenwartigen Schätzungen nur wenig mehr als halb so hoch wie von 1973 bis 1980. Die Exporte stiegen um fast 6 Prozent pro Jahr, aber die Belastung durch die anhaltend hohen Zinszahlungen hatte zur Folge, daß die Importe um kaum mehr als 1 Prozent pro Jahr zunehmen konnten. Betrachtliche Handelsbilanzuberschiisse, wie sie viele Entwicklungslander erzielten, wurden zur Bezahlung des stark gestiegenen Zinsaufwands verwendet. Das hohe Niveau der Realzinsen bildet daher eine kritische Größe, deren Verlauf die tatsachliche Entwicklung in den nachsten funf Jahren beeinflussen wird. Wenn die wichtigsten Verschuldungskennziffern auf ein tragbares Niveau zuruckfinden sollen, müssen die Exporterlose der Entwicklungslander mit einer den Zinssatz übersteigenden Rate wachsen, und zwar auch dann, wenn die Leistungsbilanz - ohne Zinszahlungen gerechnet - ausgeglichen ist. Dies wird nicht nur von ihrer eigenen Wirtschaftspolitik abhängen, sondern aber auch von der Wachstumsrate in den Industrieländern und davon, ob protektionistische Handelsschranken abgebaut werden.

Zwei Szenarien - ein "ungünstiges" und ein "günstiges" — wurden fur den Zeitraum 1985 bis 1990 erstellt; sie werden im einzelnen im Kapitel 10 erortert. Beide Simulationsrechnungen unterstellen, dafi die Entwicklungslander ihren gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Kurs fortsetzen, was in vielen Fallen (beispielsweise fur einige asiatische Volkswirtschaften mit niedrigem Einkommen) substantielle Reformen und Anpassungsmaßnahmen beinhaltet. Wirtschaftspolitische Fortschritte soll es auf drei Hauptgebieten geben: bei den Preisen mit volkswirtschaftlicher Lenkungsfunktion, bei der Handelspolitik sowie bei der inlandischen Ersparnis. Diese Verbesserungen tragen zur Effizienz in der Ressourcenverwendung und zur Konkurrenzfähigkeit im Export bei. Was die Industrieländer betrifft, so wird in der ungiinstigen Version angenommen, dafi die Wirtschaftspolitik dieser Ländergruppe den aktuellen Problemen zu wenig Aufmerksarnkeit schenkt und damit zu zusatzlichen Problemen führt, wahrend die giinstige Version wirtschaftspolitische Kursanderungen mit größeren Anpassungserfolgen beinhaltet. Die ungiinstige Simulationsrechnung beruht auf drei Grundannahmen: Der Abbau der Haushaltsdefizite macht keine Fortschritte und die unausgewogene Rollenverteilung zwischen Geldpolitik und Finanzpolitik wird nicht verbessert, so daß das Realzinsniveau hoch bleibt; die Rigiditaten des Arbeitsmarktes werden nicht in Angriff genommen, so daß die Arbeitslosigkeit auf hohem Stand verharrt und die realen Lohnkosten weiter steigen; schließlich nimmt der Protektionismus betrachtlich zu. Im Gegensatz dazu unterstellt die gunstige Variante niedrigere Haushaltsdefizite als in der ersten Version, wodurch eine ausgewogenere Kombination von Geld- und Finanzpolitik ermoglicht wird, die zu einem Rückgang der Realzinsen fuhrt; Rigiditaten auf dem Arbeitsmarkt werden in dieser Variante abgebaut, so daß sich die Arbeitslosigkeit verringert und die realen Lohnkosten langsamer steigen; wachsende Erfolge bei Anpassungsmaßnahmen fuhren zu einem stetigen Rückzug des Protektionis-

Fur die Entwicklungslander haben diese Annahmen weitreichende Konsequenzen. Im giinstigen Szenario wachst ihre Produktion um ansehnliche 5,5 Prozent pro Jahr (oder um 3,7 Prozent pro Kopf), und alle wichtigen Verschuldungskennziffern verbessern sich. Die ungunstigere Variante fuhrt zu einem anderen, problematischeren Ergebnis. Das

jahrliche Wachstum verlangsamt sich auf 4,1 Prozent (oder 2,3 Prozent pro Kopf); noch bemerkenswerter als dieser Verlust an wirtschaftlicher Dynamik sind aber die Auswirkungen auf den Schuldendienst. Die Kombination hoher Realzinsen und protektionistischer Mafinahmen macht es erheblich schwieriger, den Schuldendienst zu leisten. Die wichtigsten Verschuldungskennziffern verschlechtern sich; bei einer großen Zahl von Ländern steigen die Schuldendienstquoten auf ein hohes Niveau. Der Umfang der konzessionaren Entwicklungshilfe geht als Folge des langsameren Wachstums in den Industrielandern zurück, und angesichts der verminderten Kreditwurdigkeit bleibt weiterhin eine "unfreiwillige" Kreditvergabe notwendig.

Die zwei Simulationsrechnungen zeichnen fur viele afrikanische Länder mit niedrigem Einkommen eine weiterhin trube Perspektive. In der günstigen Version stagnieren ihre durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen auf dem gegenwartigen gedruckten Niveau: in der ungunstigen Simulationsrechnung dauert die Periode sinkender Pro-Kopf-Einkommen weiter an. Im Hinblick auf diese Aussichten, sind daher besondere Anstrengungen erforderlich. Zusatzliche auslandische Entwicklungshilfe bildet als solche nicht die Lösung der Probleme Afrikas. Sie muß wichtige Änderungen bei den afrikanischen Entwicklungsprogrammen und der dort betriebenen Wirtschaftspolitik zur Grundlage haben. Gleichwohl ist es unwahrscheinlich, dafi solche Reformen ohne auslandische Hilfe, die über das hinausgeht, was im gunstigen Szenario vorausgeschatzt wird, durchgehalten werden können.

Es ist die Herausforderung der kommenden funf Jahre, weltweit die Bedingungen fur die Verwirklichung des giinstigen Szenarios zu schaffen. Wie dies zu erreichen ware, wird in vielen Kapiteln dieses Berichts indirekt angesprochen und im Kapitel 10 aufgezeigt. Ohne Zweifel wird dem Auslandskapitel bei der Bewaltigungdieser Aufgabe eine wichtige Rolle zukommen; es ist aber auch moglich, daß die finanzielle Erblast der vergangenen zehn Jahre als Wachstumsbremse wirkt, wenn sich Gläubiger, Schuldner und die internationale Gemeinschaft nicht weiterhin bemiihen, den Druck der Schulden zu erleichtern.

Durch ihren Beitrag zur Belebung der Wachstumskräfte und zur Wiederherstellung der Kreditwurdigkeit der Entwicklungslander nimmt sich die Weltbank jener Problemfelder im Bereich der Investitionen und der institutionellen Entwicklung an, denen für die Aufrechterhaltung eines längerfristi-

gen Fortschritts entscheidende Bedeutung zukommt. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Festigung der inlandischen Institutionen in den Schuldnerlandern und einer viel größeren Knappheit an finanziellen Ressourcen als in den sechziger und siebziger Jahren, unterstutzt die Weltbank die Regierungen dabei, das richtige Gleichgewicht zwischen Erweiterungs- und Ersatzinvestitionen zu finden, eine bessere Auslese und hohere Effektivitat der offentlichen Investitionen zu erreichen und wirtschaftspolitische sowie institutionelle Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Wachstum der Aktivitaten im privatwirtschaftlichen Sektor fördern.

Die finanziellen Mittel, die von der Bank selbst zur Verfugung gestellt werden, tragen wesentlich dazu bei, die Dynamik des Wachstums und der Entwicklung zuruckzugewinnen; sie konnen aber niemals mehr sein als ein Bruchteil dessen, was an Mitteln erforderlich ist. Die Weltbank verstarkt daher ihre Funktion als "Katalysator", insbesondere bei der Koordinierung der Entwicklungshilfefur Afrika sudlich der Sahara, bei der Kofinanzierung mit Geschaftsbanken und Exportkrediteinrichtungen und bei der Forderung der privaten Investitionen. Neben ihrer direkten Kreditvergabe wird auch die Aufgabe, die aus anderen Quellen stammenden Kapitalstrome zu erganzen und — im Rahmen des Moglichen — das Aufkommen dieser Mittel kon-

struktiv zu beeinflussen, einen gestaltenden Faktor fur die kunftige Rolle der Bank bilden.

Bei der Erorterung all dieser Fragen beginnt der Bericht mit einem geschichtlichen Überblick uber die Rolle der internationalen Finanzierung im Entwicklungsprozeß (Kapitel 2). Es folgt eine Würdigung der Wirtschaftspolitik der Industrienationen aus der Sicht der Entwicklungslander (Kapitel 3). Mit der Bedeutung der Wirtschaftspolitik der Entwicklungslander fur die erfolgreiche Nutzung des Auslandskapitals befaßt sich Kapitel 4; Probleme der Steuerung der Kapitalstrome werden in Kapite15 erortert. Der Bericht diskutiert dann die wichtigsten Mechanismen der Übertragung von Auslandskapital auf die Entwicklungsländer. Kapitel 6 gibt einen Überblick uber das internationale Finanzsystem und seine Beziehungen zur Dritten Welt. In Kapitel 7 werden die Probleme der offentlichen Entwicklungsfinanzierung untersucht. Kapitel 8 skizziert die im Fluß befindliche Beziehung zwischen den Entwicklungslandern und den internationalen Kapitalmarkten und Kapitel 9 untersucht die Moglichkeiten einer verstarkten Rolle von Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen in der Dritten Welt. Der Bericht schließt mit einem Blick auf die Zukunftsperspektiven und auf die zur Beschleunigung des Wachstums notwendige Wirtschaftspolitik.

2 Eine geschichtliche Perspektive

Die Geschichte des internationalen Finanzwesens bietet eine Fulle von Beispielen fur dessen produktive Beiträge zur wirtschaftlichen Entwicklung. In einer Reihe von Staaten traten jedoch gelegentlich auch Finanzkrisen sowie — wesentlich haufiger — Schuldendienstprobleme auf. Dieses Kapitel untersucht zunachst die Bedeutung des internationalen Kapitals seit dem späten neunzehnten Jahrhundert. Ohne eine detaillierte Beschreibungdes geschichtlichen Ablaufs zu geben, sollen relevante Erfahrungen herausgearbeitet werden, die zur Analyse der Entwicklung in den siebziger und achtziger Jahren beitragen konnen. Das Kapitel beschäftigt sich dann naher mit der Nachkriegsperiode und insbesondere den letzten zwei Jahrzehnten.

Die Zeit vor 1945

Die Jahre vor 1945 lassen sich zweckmäßigerweise in zwei Zeitraume einteilen, namlich in die Jahre 1870 bis 1914 und in die Zwischenkriegszeit, wobei jede Periode ihre eigenen charakteristischen Merkmale aufweist.

Von 1870 bis 1914

In dieser Periode spielte der Londoner Finanzmarkt als wichtigste Kapitalquelle fur andere Länder eine dominierende Rolle. Europas industrielle Revolution ging mit einer starken Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Rohstoffen einher, die nur durch Investitionen in anderen Teilen der Welt befriedigt werden konnte. Die Ausweitung des Eisenbahnnetzes und andere Infrastrukturmaßnahmen wurden mit Auslandsgeld finanziert, und die auslandischen Investoren wurden spater aus den erzielten Exporterlosen bezahlt. Einige der Länder, in denen diese Investitionen vorgenommen wurden — wie Argentinien, Australien, Kanada und die Vereinigten Staaten —, waren dadurch in der Lage, Importe von

Industrieerzeugnissen aus den hoher industrialisierten Staaten Europas zu kaufen. Damals wie heute wurde die wachsende wirtschaftliche Interdependenz durch die internationalen Finanzstrome erleichtert.

Einzigartig an der Entwicklung in den Jahren 1870 bis 1914 war der Umfang der internationalen Finanzstrome. GroBbritannien investierte innerhalb dieses gesamten Zeitraums 5 Prozent seines BSP im Ausland, wobei mit einem Anteil von 10 Prozent der Hohepunkt unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg erreicht wurde. Seine Nettoeinkunfte aus auslandischen Kapitalertragen bewegten sich in einer Spanne zwischen 5 und 8 Prozent des BSP, was bedeutet, daß die Neuanlagen im Ausland etwas hinter den Zins- und Dividendeneinnahmen aus dem Ausland zurückblieben. Die Kapitalexporte betrugen zwischen 25 und 40 Prozent der britischen Gesamtersparnis. Auch Frankreich und Deutschland investierten betrachtlich im Ausland. wenngleich nicht so stark wie Großbritannien. Ende des neunzehnten Jahrhunderts beliefen sich die franzosischen sowie die deutschen Bruttokapitalexporte auf durchschnittlich 2 bis 3 Prozent des

Der Charakter der Kapitalstrome variierte in der Periode von 1870 bis 1914 betrachtlich. Die bedeutendste Einzelkategorie bildeten die am Markt orientierten Investitionen, die vornehmlich von Großbritannien in den an Ressourcen reichen Ländern Nordamerikas, Lateinamerikas und Ozeaniens getatigt wurden. Im Jahre 1914 entfielen hierauf 70 Prozent der gesamten Auslandsinvestitionen und mehr als die Halfte des gesamten Bruttoauslandsvermogens Großbritanniens. Zu einer zweiten Kategorie, die ein Viertel der Auslandsinvestitionen ausmachte, gehorten Investitionen in Rußland und anderen osteuropaischen Ländern sowie in Skandinavien; hier waren Frankreich und Deutschland die bedeutendsten Kapitalgeber. Eine dritte Kategorie bildeten die im wesentlichen politisch motivierten Investitionen in China, Ägypten, Indien, der Turkei

und in einigen afrikanischen Kolonien. Diesen drei Landergruppen flossen die Finanzmittel zu unterschiedlichen Zeitpunkten zu, so daß die finanzielle Integration neuer Regionen in die Weltwirtschaft nur schrittweise voranging.

Fur die großen Schuldnerlander des neunzehnten Jahrhunderts hatten die Kapitalzuflusse, gesamtwirtschaftlich gesehen, nur ein bescheidenes Gewicht. In den meisten Jahrzehnten betrugen die Kapitalimporte in die Vereinigten Staaten nur rund 1 Prozent des BSP und gingen nie über 6 Prozent der inlandischen Investitionen hinaus. Bei den kleineren Schuldnerlandern waren die Mittelzuflusse, als Anteil am BSP gemessen, jedoch umfangreicher, als sie heutzutage bei vielen Entwicklungslandern sind. Kanadas Kapitalimporte betrugen im Durchschnitt 7,5 Prozent des BSP und beliefen sich von 1870 bis 1910 damit auf 30 bis 50 Prozent der jahrlichen Investitionen. Ähnliche Relationen galten fur Australien und die skandinavischen Lander. Der bemerkenswerteste Fall war Argentinien, wo die Mittelzuflüsse aus dem Ausland wahrend der ersten zwei Jahrzehnte des zwanzigsten Jahrhunderts durchschnittlich zwischen 12 und 15 Prozent des BSP betrugen und über 40 Prozent der gesamten Investitionen finanzierten. Im Gegensatz dazu beliefen sich zwischen 1960 und 1973 die Kapitalzuflusse in alle Entwicklungslander durchschnittlich auf 2 bis 3 Prozent des BIP. Seit 1973 ubertrafen sie zu keiner Zeit 6 Prozent des BIP und finanzierten zwischen 12 und 20 Prozent der Bruttoinvestitionen.

Die Unterschiede beschranken sich gegenuber den heutigen Verhaltnissen nicht auf die Ziellander oder den relativen Umfang der Kapitalstrome. In den Jahren 1870 bis 1914

• stammte nahezu die gesamte Mittelvergabe aus privaten Quellen, und zwar in Form von Aktienund Anleiheemissionen:

waren die Kreditvergaben langfristiger Natur: Laufzeiten von bis zu neunundneunzig Jahren waren nicht unublich;

• wurden nahezu zwei Drittel des Auslandskapitals zur Finanzierung von Eisenbahnen und öffentlichen Versorgungsbetrieben verwendet;

floß ein großer Teil des Kapitals in Lander mit damals vergleichweise hohem Einkommen. Nordamerika, Lateinamerika und Australien empfingen mehr als die Halfte der gesamten Mittel, Armeren Ländern verschaffte der internationale Kapitalmarkt des neunzehnten Jahrhunderts keinen Zugang zu Auslandskapital — er war dafür auch nicht bestimmt. So konnte selbst Indien — trotz

seiner bevorzugten Stellung auf den britischen Kapitalmarkten — sehr wenig Auslandsinvestitionen an sich ziehen. Das Kapital floß in Investitionsvorhaben, die hohere Ertrage brachten, als in der heimischen Wirtschaft zu erzielen waren. So wirkte es selektiv und kam den Schuldnern mit hohem Einkommen zugute; zwar gab es durchaus einige politisch motivierte Investitionen mit nur marginalen wirtschaftlichen Ertragen, doch schlugen diese Kapitalbewegungen quantitativ kaum zu Buche.

Neben solchen Unterschieden gab es jedoch auch einige Parallelen zu Entwicklungen der jungsten Vergangenheit, namlich die periodisch aufgetretenen Schuldendienstprobleme und eine frühe Version dessen, was gegenwartig als Konditionalitat bekannt ist. Kreditgeber und -nehmer agierten vor dem Hintergrund ausgepragter konjunktureller Schwankungen der Weltwirtschaft, die durch Aufstande und Kriege verscharft wurden. Hin und wieder gerieten Schuldner in Zahlungsverzug, wobei man im großen und ganzen zwischen zwei Kategorien unterscheiden kann. Zum einen erlitten Lander wie Argentinien und Brasilien, deren Volkswirtschaften durch das Auslandskapital in eine expandierende Weltwirtschaft integriert wurden, konjunkturelle Riickschlage durch abrupte Rückgange ihrer Deviseneinnahmen. Auslandskredite wurden dazu verwendet, um im Zusammenwirken mit binnenwirtschaftlichen Maßnahmen die Liquiditatskrise solange zu mildern, bis der Export sich wieder erholt hatte. In einigen Fallen wurden die auslandischen Glaubiger in Angelegenheiten der heimischen Wirtschaftspolitik verwickelt. In der Brasilienkrise der neunziger Jahre beispielsweise verpfandete die Regierung ihre gesamten Zolleinnahmen und verpflichtete sich, keinerleineue Schulden (im Inland oder im Ausland) einzugehen.

Schuldenkrisen der zweiten Kategorie waren das Ergebnis stagnierender inländischer Staatseinnahmen und wachsender Budgetdefizite. Zu den Ländern dieser Gruppe zahlen zum Beispiel Ägypten, Peru und die Turkei in den siebziger sowie Griechenland in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Die Kapitalimporte konnten die Defizite nicht auf Dauer finanzieren und wurden zunehmend kostspieliger. Der Zahlungsverzug wurde dann dadurch ausgelost, daß sich das Exportwachstum dieser Lander betrachtlich abschwachte. In diesen Fallen intervenierten die Kreditgeber nicht erst zum Zeitpunkt des Zahlungsverzuges, sondern manchmal schon viel fruher. Wahrend der Turkeikrise beispielsweise wurde in London eine Auslandsanleihe (die erste einer ganzen Serie) mit

Unterstutzung der britischen Regierung aufgelegt. Eine Anleihebedingung war, daß Beauftragte der Glaubiger die Verausgabung der Mittel vor Ort uberwachen sollten.

Ungeachtet solcher Schwierigkeiten zeigt die Entwicklung bis zum Jahre 1914, dafi Auslandsinvestitionen für die Anleger in Großbritannien und auf dem europaischen Kontinent vorteilhaft waren. Auslandsanlagen erzielten Renditen, die Berechnungen zufolge 1,6 bis 3,9 Prozentpunkte hoher waren als die inländischer Kapitalanlagen. Innerhalb dieser Spanne waren Investitionen in Eisenbahnprojekten in den Vereinigten Staaten - ungeachtet mehrerer Fälle von Zahlungseinstellungen am gewinnbringendsten. Wenngleich sich die lukrativen Renditen dieser Investitionen nicht verallgemeinern lassen, so trugen sie doch dazu bei, ein fur auslandische Kapitalanlagen generell günstiges Marktklima zu schaffen. In die gleiche Richtung wirkte, daß die Darlehensmittel fur den Kauf britischer Exportguter verwendet wurden. Finanzund Guterstrome sich also erganzten. Wenn Schuldner in Schwierigkeiten gerieten, stellten sie fest, dafi der Londoner Kapitalmarkt kein unnachgiebiger Zuchtmeister war.

Die Zwischenkriegszeit

In den Jahren zwischen den Weltkriegen anderte sich die Struktur der internationalen Kapitalstrome dramatisch. Die Vereinigten Staaten traten nun nicht nur als Nettoglaubigerland in Erscheinung, sie wurden sogar zum wichtigsten Kapitalexporteur. In gewisser Hinsicht spielten sie eine ahnliche Rolle wie frijher Großbritannien. Sie finanzierten zahlreiche langfristige Anleiheemissionen: Von den 1700 Dollaremissionen, die in den Vereinigten Staaten in den zwanziger Jahren aufgelegt wurden, war nahezu die Halfte mit einer durchschnittlichen Laufzeit von zwanzig Jahren ausgestattet. Etwa 4 Prozent besaßen eine durchschnittliche Laufzeit von vierzig Jahren und 1 Prozent von uber fiinfzig Jahren. Mindestens dreiundvierzig Regierungen nahmen in den zwanziger Jahren Kredite auf und keine von ihnen geriet in Zahlungsverzug. Auf dem Höhepunkt der Emissionstatigkeit, namlich von 1924 bis 1928, wiesen neu aufgelegte Auslandsanleihen einen Zinsvorteil von 1,7 bis 1,9 Prozentpunkten auf. Die Vereinigten Staaten tatigten auch in erheblichem Umfang Direktinvestitionen, und zwar hauptsachlich in Kanada und Lateinamerika; ihre Direktinvestitionen stiegen im Laufe der zwanziger

Jahre um fast **4** Mrd Dollar, wovon zwei Drittel in Lander der westlichen Hemisphare gingen.

Die zwanziger Jahre unterschieden sich jedoch von friiheren Jahrzehnten in mehreren entscheidenden Aspekten. Zum einen war der Umfang der offentlichen Mittelaufnahme und -vergabe ungleich größer. Auf die Kreditaufnahme von Regierungen entfiel nahezu die Halfte der ausländischen Dollaremissionen in den Vereinigten Staaten. Von nicht geringerer Bedeutung war der Umstand, daß der Erste Weltkrieg eine Erblast offentlicher Schulden hinterlassen hatte. Nahezu die gesamten Schulden, die zwischen den Alliierten aufgelaufen waren — insgesamt uber 16 Mrd Dollar — waren Verpflichtungen gegenuber den USA. Zusatzlich besaßen die Verbundeten hohe Reparationsanspruche gegenuber Deutschland.

Zum anderen war das Auslandskapital nicht mehr Teil eines Integrationsprozesses der Weltwirtschaft. Um die Mitte der zwanziger Jahre fielen die Rohstoffpreise, und einige Lander nahmen zur Finanzierung wachsender Lagerbestände von unverkauflichen Rohstoffen Kredite auf. Brasilien beispielsweise finanzierte so in den zwanziger Jahren seine Kaffeevorrate. Die Rohstofflager nahmen Mitte der zwanziger Jahre um 75 Prozent zu; sie waren indirekt durch Auslandskapital finanziert worden.

Der dritte Unterschied gegeniiber der Zeit vor Weltkrieg bestand Ersten Außenhandelspolitik des wichtigsten Gläubigerlandes. Die britische Freihandelspolitik hatte den Schuldnerlandern einen Absatzmarkt für ihre Erzeugnisse garantiert. Die Vereinigten Staaten waren dagegen mehr protektionistisch orientiert und ihr Außenhandel machte nur einen relativ geringen Teil ihres BIP aus. Nach der Rezession von 1920/21 erhohten sie die Zolle wieder auf das Niveau, das vor der Liberalisierung von 1913 bestanden hatte. Da die Schuldnerlander keine Exportüberschüsse erwirtschaften konnten, benötigten sie weitere Kapitalimporte, um die vorhandenen Schulden bedienen zu konnen. So stiegen ihre Schulden unausweichlich weiter an.

Die große Depression von 1929 bis 1932 ließ aus einer drohenden Gefahr eine Katastrophe werden. Zwischen 1929 und 1932 fiel die Produktion der Industriestaaten um 17 Prozent und der reale Welthandel schrumpfte um über ein Viertel. Das internationale Währungssystem zerfiel. Es gab keinen "Lender of Last Resort", der Liquiditat bereitgestellt hatte — eine Funktion, die das Vereinigte Konigreich friiher wahrgenommen hatte. Das libe-

rale Handelssystem der Vorkriegszeit verschwand praktisch von der Szene. Die meisten Länder erhöhten die Zolle und fuhrten Importkontingentierungen und Devisenkontrollen ein. Devisenmangel trug zur Schrumpfung des internationalen Handels bei, wodurch Devisen noch knapper wurden.

Mehrere Industrielander gerieten mit ihren Schuldendienst- und Reparationszahlungen in Verzug. Deutschland, das sich mit rucklaufiger Produktion, sinkender Ausfuhr und fallenden Preisen konfrontiert sah, wurde 1931 zunachst ein einjähriges Moratorium eingeraumt; 1932 stellte es dann die Zahlungen auf seine gesamten Auslandsschulden ein. Auch Entwicklungslander waren nicht in der Lage, ihren Schuldendienst zu leisten. Bolivien geriet 1931 mit der Bedienung seiner Dollar-Verbindlichkeiten in Verzug und bald folgten ihm die meisten ubrigen lateinamerikanischen Staaten. Ende 1933 hielt Argentinien als einziges Land Lateinamerikas die Bedienung seiner Auslandsschulden in voller Hohe aufrecht. Bis zum Ende der sechziger Jahre waren die Entwicklungslander praktisch von den privaten Kreditmärkten ausgeschlos-

Zwar bildete die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage den unmittelbaren Anlaß fur die Zahlungseinstellungen der Zwischenkriegszeit, doch war dies nicht der einzige Grund. Andere Faktoren waren eine exzessive Verschuldung insbesondere in den Jahren 1925 bis 1929; eine allzu unbekummerte Kreditvergabe; eine sich ausbreitende Panikstimmung und das plotzliche Ausbleiben von Krediten unmittelbar vor dem Eintritt der Zahlungseinstellung. Im allgemeinen waren die finanziellen Konsequenzen der Zahlungseinstellung in den dreifiiger Jahren relativ unerheblich. Es gab die Präzedenzfälle offentlicher Schuldner, die ihre Zahlungen eingestellt hatten, und die in Verzug geratenen privaten Kreditnehmer waren zu zahlreich, um Sanktionen gegen sie einleiten zu konnen. Die Kosten der binnenwirtschaftlichen Anpassung konnten jedoch hoch sein. Bei den grofieren lateinamerikanischen Ländern bewegten sich die maximalen Produktionsverluste in den Jahren von 1929 bis 1938, gemessen vom oberen zum unteren Wendepunkt, zwischen 7 Prozent im Falle Brasiliens und 26 Prozent im Falle von Peru.

Einige historische Erkenntnisse

Aus den Erfahrungen der internationalen Finanzbeziehungen zwischen 1870 und 1939 lassen sich drei allgemeine Erkenntnisse gewinnen.

- Kapital sucht gewinnbringende Anlagen: Im allgemeinen wurden die hochsten Renditen bei Investitionen erzielt, die direkt oder indirekt natürliche Ressourcen ausbeuteten. Auch technische Neuerungen - wie der Ausbau des Eisenbahnnetzes im neunzehnten Jahrhundert — absorbierten in hohem Maße Kapital, insbesondere Auslandskapital. Wenn die Investitionen zu wachsenden Exporten fiihrten (wie dies generell vor 1914 der Fall war), war die Chance der Rückzahlung größer, als wenn die Exportfahigkeit (wie in der Zwischenkriegszeit) durch protektionistische Mafinahmen der kapitalexportierenden Lander eingeschrankt wurde. Politische Risiken wurden dadurch minimiert, daß man in Kolonien oder in Ländern investierte, die durch Handels- oder Finanzbeziehungen mit den Kapitalgeberlandern eng verbunden waren.
- Umfang und Struktur der Finanzbeziehungen wandeln sich im Gefolge von Strukturverschiebungen der Weltwirtschaft. Vor dem ersten Weltkrieg waren die privaten Kapitalmarkte dominierend; in der Zwischenkriegszeiterlangte die offentliche Kreditgewahrung und Verschuldung eine wesentlich grofiere Bedeutung. Finanzielle Innovationen spielen ebenfalls eine Rolle: Im neunzehnten Jahrhundert entstanden beispielsweise die Investmentfonds, die die Funktion der Verwaltung des Wertpapiervermogens vom Eigentum trennten und zu einer breiteren Risikostreuung beitrugen.
- Umschuldung und Zahlungseinstellungen waren das Ergebnis unzulanglicher wirtschaftspolitischer Reaktionen der Schuldnerlander auf Verschlechterungen der Terms of Trade. In der Regel wurden Zahlungseinstellungen in Verhandlungen mit einem Ausschuß der Anleiheglaubiger beigelegt, wobei selten mehr als ein Bruchteil des ursprunglichen Kapitalbetrages gerettet werden konnte. Bei den Verhandlungen wurde die Fahigkeit des Schuldners zur Durchfuhrung wirtschaftspolitischer Reformen explizit abgeschatzt; diese "Rückzahlungskapazitat" bildete die Grundlage für die Entscheidung uber die Hohe des Schuldennachlasses. In den meisten Fallen wurde die bestehende Schuld konsolidiert und die Laufzeit verlangert, wobei die urspriingliche Kapitalsumme und die Zinsen betrachtlich herabgesetzt wurden; auf ausstehende Zinszahlungen verzichtete man oft vollig. Auslandische Interventionen, auch militarischer Art, kamen haufig dann vor, wenn Kredite aus politischen Erwagungen vergeben worden waren. Falls ein Land in eine Liquiditatskrise geriet, war es bei einer Änderung seines wirtschaftspolitischen Kurses durchaus in der Lage, sich weiter zu ver-

schulden, um die Zeit bis zur Erholung seiner Exporterlose zu uberbriicken.

Die Zeit nach 1945

Die Bretton-Woods-Konferenzvom Juli 1944 (siehe Sonderbeitrag 2.1) schuf die Grundlagen fur das Weltwirtschaftssystem der Nachkriegszeit und fuhrte zur Errichtung des Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Bank fur Wiederaufbau und Entwicklung. Fur die folgenden Ausfuhrungen wird die Nachkriegszeit in zwei Perioden unterteilt: 1945 bis 1972 und 1973 bis 1984.

Wiederaufbau der vom Krieg verwüsteten europäischen Lander dienen sollte. Von 1948 bis 1951 stellte das Programm Westeuropa uber 11 Mrd Dollar zur Verfugung und weitere 2,6 Mrd Dollar von 1951 bis Mitte 1953. Die Hilfsleistungen umfaßten hauptsachlich unentgeltliche Warenlieferungen. Die Gegenwerte fur die empfangenen Hilfen wurden zur Finanzierung von Investitionen verwendet. Dies trug dazu bei, daß Europa einen dramatischen Wiederaufschwung erlebte: Die vom Marshallplan begiinstigten Länder steigerten von 1948 bis 1952 ihre Industrieproduktion um 39 Prozent.

Die Beendigung der Marshallplanhilfe hatte in der US-Zahlungsbilanzkeinen **großen** Umschwung zur Folge. Vielmehr stiegen die Auslandsanlagen

Sonderbeitrag 2.1 Die Konferenz von Bretton Woods und ihre beiden Institutionen

Die Internationale Währungs- und Finanzkonferenz der Vereinten und Assoziierten Nationen wurde am 1. Juli 1944 in Bretton Woods, New Hampshire, einberufen. Bis zur Beendigung der Konferenzam 22. Juli 1944 wurden — auf der Grundlage umfangreicher Vorarbeiten — die Grundzüge der Weltwirtschaftsordnung der Nachkriegszeit festgelegt. Die Konferenz fiihrte auch zur Griindung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD oder Weltbank) — der "Zwillinge von Bretton Woods".

Die Weltbank sollte den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung dadurch unterstützen, daß sie die Aufnahme und Verwendung von Kapital für produktive Zwecke forderte. Der Internationale Währungsfonds sollte ein ausgeglichenes Wachstum des internationalen Handels fördern und dadurch dazu beitragen, daß Beschäftigung und Realeinkommen ein hohes Niveau erreichen und beibehalten. In Bretton Woods wurden auch Pläne zur Griindung einer Internationalen Handelsorganisation(ITO) diskutiert. Diese Institution wurde zwar nicht verwirklicht, aber einigeder für sie vorgesehenen Funktionen werden durch das Allgemeine Zoll- und Handelsabkomrnen (GATT) erfüllt, das 1947 abgeschlossen wurde.

Die Diskussionen in Bretton Woods fanden vor dem Hintergrund der in der Zwischenkriegszeitgemachten Erfahrungen statt. In den dreißiger Jahren hatte jedes größere Land

nach Auswegen gesucht, um dem von außen kommenden Deflationsdruck zu entgehen — einige versuchten es durch die Abwertung**ihrer Währungen**, **andere** durch die Freigabe ihres Wechselkursesoder die Einführung multipler Kurse und wieder andere durch direkte Kontrollen der Importe und sonstiger internationaler Transaktionen. Die katastrophalen Folgen dieser Politik - wirtschaftliche Depression, verbunden mit sehr hoher Arbeitslosigkeit - sind bekannt. Die Teilnehmer der Bretton-Woods-Konferenzwaren entschlossen, eine Weltwirtschaftsordnungzu entwerfen, in der eine "Politik zu Lasten des Nachbarn", wie sie für das internationale Wirtschaftssystem am Vorabend des Zweiten Weltkriegs charakteristischgewesen war, sich nicht mehr wiederholen sollte. Weitverbreitetwar auch die Furcht, daß auf die Beendigung des Zweiten Weltkriegs ein wirtschaftlicher Einbruch folgen würde, wie es nach dem Ersten Weltkrieg der Fall gewesen war.

Die wichtigsten Elemente der in Bretton Woods umrissenen Weltwirtschaftsordnungwaren somit die Herstellung der Währungskonvertibilität, die Einfiihrung fester, aber anpassungsfähiger Wechselkurse und die Forderung der internationalen Kapitalstrome zur Finanzierung produktiver Investitionen. Der IWF und die Weltbank sollten dazu beitragen, diese Ziele zu erreichen. Die wirtschaftlichen Erfolge der Nachkriegszeit sind zum Teil das Ergebnis der Effektivitat dieser Institutionen.

Von 1945 bis 1972

Nach dem Zweiten Weltkrieg blieben die Vereinigten Staaten das Hauptglaubigerland, und der Dollar wurde zur wichtigsten Reservewahrung. Im Jahr 1947 verkundeten die USA das Hilfsprogramm fur Europa (auch Marshallplan genannt), das dem

der USA weiter an, wobei die Attraktivitat von Auslandsinvestitionen fur amerikanische Banken und Unternehmen ebenso eine Rolle spielte, wie die 1949 erfolgte massive Abwertung der europaischen Währungen gegenüber dem Dollar und die starke militarische Prasenz der USA in Europa. Die Vereinigten Staaten erhohten auch ihre Kredite und

Zuschusse an Entwicklungsliinder, und die privaten Direktinvestitionen in Lateinamerika wurden kräftig ausgeweitet. Die gesamte Zahlungsbilanz der USA geriet 1950 ins Minus und blieb fur viele Jahre defizitar. In den fiinfziger Jahren erweckte dies keine große Besorgnis. Es war eine weitverbreitete Ansicht, daß eine "Dollarknappheit" bestande und daß solche Defizite fur das größte Gläubigerland der Welt angemessen seien.

Die Zahlungsbilanzen der europaischen Lander verbesserten sich 1958 betrachtlich, so daß ihre Währungsreserven zunahmen. Die meisten europäischen Staaten erklarten Ende 1958 ihre Wahrungen für konvertibel (Japan erst 1964). Die Kapitalmärkte in Europa und den USA integrierten sich zunehmend, und die privaten Kapitalbewegungen wurden von der Zinsentwicklung abhängig. Gegen Ende der funfziger Jahre begannen die europaischen Banken vor allem in London und in der Schweiz mit Dollargeschäften. Dies bedeutete den Beginn der sogenannten Euromarkte (die in Kapitel 8, Sonderbeitrag 8.8, beschrieben werden). Das Jahrzehnt hatte mit offentlichen Kapitalstromen begonnen, die zur Forderung des Wirtschaftswachstums und der Außenhandelsexpansion beigetragen hatten, und endete rnit wachsenden privaten Kapitalbewegungen zwischen den Industrielandern.

Die Nachkriegszeit war auch durch den Prozeß einer zunehmenden Entkolonialisierung der Entwicklungsliinder gepragt. Die Vereinigten Staaten und spater auch andere Industriestaaten legten ihre ersten offiziellen Entwicklungshilfeprogramme auf. In den friihen funfziger Jahren verlagerte die Weltbank den Schwerpunkt ihrer Tatigkeit von der Forderung des Wiederaufbaus auf die Entwicklungshilfe, auch wenn sie wahrend der fiinfziger und sechziger Jahre weiterhin Kredite an Industrieländer, wie beispielsweise an Japan, gewahrte. Im Jahr 1956 wurde die Internationale Finanz-Corporation (IFC) gegründet, um die Privatwirtschaft in den Entwicklungslandern durch Kredite und Kapitalbeteiligungen zu fördern. Als multilaterale Finanzierungsquelle fur konzessionäre Kredite an Liinder rnit niedrigem Einkommen wurde 1960 von den Regierungen die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) geschaffen. In diesen Jahren erfolgte auch die Gründung verschiedener regionaler Entwicklungsbanken, so zum Beispiel der Interamerikanischen Entwicklungsbank (1959), der Afrikanischen Entwicklungsbank (1964) und der Asiatischen Entwicklungsbank (1966).

Wahrend des größten Teils der sechziger Jahre erfreute sich die Weltwirtschaft einer Periode weit-

gehend ungestorten Wachstums. Die Volkswirtschaften der Industrielander expandierten mit durchschnittlich 5 Prozent pro Jahr, bei nur geringen jahrlichen Schwankungen der Wachstumsraten. Der Welthandel wuchs mit einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 8,4 Prozent sogar noch starker, gefordert durch die fortschreitende Liberalisierung des Außenhandels, die im Rahmen des GATT verfolgt wurde. Die durchschnittliche Inflationsrate in den Industrielandern bewegte sich zwischen 2 und 4 Prozent jahrlich, wenngleich es in einzelnen Ländern zeitweise auch zu starkeren Preissteigerungen kam. Das Realzinsniveau, d.h. das um den Preisanstieg bereinigte nominale Zinsniveau, lag in der Regel zwischen 2 und 3 Prozent.

Die Entwicklungsliinder profitierten von diesen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Ihre gesamte Produktion stieg jahrlich um **über** 5 Prozent. Einige Länder der Dritten Welt wuchsen beträchtlich schneller als andere, so daß sich die Einkommensunterschiede akzentuierten. Leistungsbilanzdefizite wurden hauptsachlich durch offentliche Mittel (in Form von Krediten oder Zuschussen). durch private Direktinvestitionen und durch Handelskredite finanziert. Die offentliche Entwicklungshilfe stieg im Zeitraum 1950 bis 1965 — real betrachtet — um etwa 3 Prozent pro Jahr. Auch die Direktinvestitionenexpandierten kräftig, da multinationale Unternehmen sich neue Rohstoffquellen in den Entwicklungslandern erschlossen. Exportkredite gewannen als Finanzierungsquelle fur Entwicklungsliinderwieder an Bedeutung – was nicht unbedingt von Vorteil war, da ihre relativ kurzen Laufzeiten **zu** den Schuldendienstproblemen vieler Länder mit beitrugen.

Verschiedene Entwicklungslander gerieten in den funfziger und sechziger Jahren in Schuldenprobleme. Zwischen 1956 und 1970 gab es insgesamt siebzehn Falle von Umschuldungen, an denen sieben Lander — jeweils mehrmals — beteiligt waren (Argentinien, Brasilien, Chile, Ghana, Indonesien, Peru und die Turkei). Hinter ihren Schwierigkeiten standen unterschiedliche Ursachen. Argentinien, Brasilien, Chile, Peru und die Türkei litten unter einigen gemeinsamen Problemen: große Haushaltsdefizite; starke Inflation und verzögerte Anpassung der Wechselkurse; Verschlechterung der Terms of Trade; rückläufige Exporterlose und ein wachsender Berg kurzfristiger Auslandsschulden. Ghana und Indonesien litten ebenfalls unter diesen Problemen - doch waren sie hier akuter, weil diese Länder langfristige Großprojekte in Angriff nahmen, die sie mit kurzfristigen Geldern finanzierten und obendrein ineffizient abwickelten. In mehreren anderen Fallen, so im Falle Indiens, diente die Umschuldung zur Bereitstellung von zusatzlichem Kapital fur Lander mit niedrigem Einkommen, wenn die Vergabe konzessionarer Mittel durch die Industrieländer nicht ausgeweitet werden konnte.

Von den Glaubigern wurden Umschuldungen im Rahmen fallweise zusammentretender multilateraler Gremien, wie etwa im Pariser Klub, vorgenommen. Auch der Internationale Wiihrungsfonds beteiligte sich mit der Bereitstellung zusatzlichen Kapitals zur Unterstutzung wirtschaftspolitischer Reformen. Im allgemeinen erlitten die Glaubiger keine Kapitalverluste; die Laufzeiten wurden zwar verlängert, die Zinszahlungen erfolgten aber nach den ursprünglichen Vereinbarungen. Die Schuldnerländer paßten ihre Wirtschaftspolitik an, um ihre Zahlungsbilanzen besser ins Gleichgewicht zu bringen und die Wachstumsgrundlagen zu festigen.

Ungeachtet des raschen Wachstums von Welt-

produktion und Welthandel in den sechziger Jahren, begannen sich internationale Währungsprobleme abzuzeichnen. Die Vereinigten Staaten unternahmen Anstrengungen zur Eindammung des Kapitalexports. Viele Länder konnten ihre Wechselkurse nur unter Schwierigkeiten aufrechterhalten, insbesondere Großbritannien Mitte der sechziger Jahre und Frankreich wenige Jahre spater. Bereits 1963 hatte man die Notwendigkeit einer Reform des internationalen Währungssystems offiziell anerkannt.

Gegen Ende der sechziger Jahre schwachte sich das Wirtschaftswachstum in den Industrielandern ab und der Inflationsdruck nahm zu (vgl. Kapitel 3). Anhaltenden Zahlungsbilanzdefiziten der USA standen Überschüsse in Europa und Japan gegenuber. Der Wechselkursdes Dollars geriet allmahlich unter Druck. Im August 1971 hoben die Vereinigten Staaten voriibergehend die Goldkonvertibilitat des Dollars auf. Im Dezember 1971 werteten sie den Dollar im Rahmen einer allgemeinen Neuordnung der Wechselkurse ab. Anhaltende Ungleichgewich-

TABELLE 2.1 Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BSP für ausgewahlte Ländergruppen und Jahre, 1960 bis 1984

Datenbasis und Ländergruppe	1960 ^a	1965 ^a	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Auf Basis der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen																	
Entwicklungsländer mit																	
niedrigem Einkommen	-1,6	-1.8	-1,1	-1,6	-1,0	-0,9	-1.7	-2,1	-0,9	-0,7	-1,2	-1,4	-2,2	-1,4	-0,9	-1,0	-1,3
Asien	-14	- 16	-0,9	-10	-0,5	-0,6	-11	- 2	2-0,1	0.4	-0,1	6	-14	5	0,2	4,2	4,6
Afrika	−3,3	-4,1	-3,4	-7,3	5,6	-4,4	-7,8	-10,2	-7,3	<i>−</i> 7,6	4,3	-7,7	-9 ,8	-10.5	-12,0	-10,0	-9,4
Ölimporteure mit																	
mittlerem Einkommen	-2,9	-2,0	-3,2	-3,6	-1,2	-0,8	-4.8	-5,3	-2,9	-2,3	-2,2	-3,2	-4,1	− 5,2	-4,7	-4,4	-2,7
Hauptexporteure von																	
Industrieprodukten	-2,7	-2,0	-3,2	-3,5	-0,9	-0,9	-5,7	-5,5	-2,8	-1,6	-1,7	-3,1	-3,6	-4 ,2	-4.0	-3,1	-1 ,3
Sonstige	-3,5	-2,0	-3,0	-4,0	-2.2	4,2	-1,8	-4,5	-3,4	-4,5	-3,9	-3,7	-5,9	4,3	-7,3	4,6	-7,4
Ölexporteure mit																	
mittlerem Einkommen	-1,6	-2,4	-3,0	-3,0	-2,4	-1,1	3,3	-3,4	-2,4	-3,6	-5,1	-0,2	0,8	-3,8	-4,4	-2,1	-0,7
Alle Entwicklungsländer	-2,2	-2,0	-2,3	-2,7	-1.4	-0,9	-1,9	-3,9	-2,2	-2,2	-2,6	-2,0	-2,3	-3,9	-3,7	-2,8	-1,8
Ölimportierende																	
Entwicklungsländer	-2,3	-1,9	-2,2	-2,7	-1,1	-0,8	-3,5	-4,0	-2,2	-1,7	-1,8	-2,6	-3,4	-3,9	-3.4	-3,1	-2,1
Ölexporteure mit																	
hohem Einkommen	9,7	20,9	15,7	26,2	22,5	21,2	51,5	40,2	35,0	26,3	15,5	21,2	31,4	32,2	20,1	-4,7	
Industrieländer	1,0	0,9	0,8	1,0	0,9	0,7	-0,2	0,6	0,1	0,1	0,7	0,0	-0,5	0,0	0,0	0,3	-0,4
Auf Basis der Zahlungsbilanz ^b																	
Alle Entwicklungsländer			-2,6	-3,0	-1,7	-1,3	-2,3	-4,2	-2,8	-2,6	-3,3	-2,9	-3,3	-4,9	-4,8	-2,8	-1,8
Ölimportierende				•													
Entwicklungsländer			-2,5	-3,0	-1,5	-1,1	-3,9	-4,3	-2,6	-2,1	-2,5	-3,4	4,6	5,1	-4,2	-3,1	-2,1

^a Daten für 1960 und 1965 ohne private Nettoübertragungen. ^b Ohne öffentliche Übertragungen. Quelle: Weltbank.

te an den **Devisenmärkten** fuhrten 1973 zur **gene**rellen Freigabe der Wechselkurse, dem Floating. Im gleichen Jahrereignete sich der erste **Ölpreisschock**. Die Welt hatte sich gewandelt.

Von 1973 bis 1984

Die Ölpreissteigerungen konfrontierten das internationale Finanzsystem mit wichtigen Veränderungen im weltweiten Leistungsbilanzgefüge. Die Industrieländer gerieten 1974 ins Defizit, konnten jedoch 1975 wieder einen Überschuß erzielen. Die ölimportierenden Entwicklungslander hatten in den sechziger Jahren Leistungsbilanzdefizite von durchschnittlich gut 2 Prozent des BSP aufgewiesen, die 1973 auf einen Tiefstand von 0,8 Prozent des BSP gesunken waren. Im Jahr 1974 erreichten diese Defizite 3,5 Prozent des BSP und stiegen 1975 sogar auf 4,0 Prozent an (vgl. Tabelle 2.1, Volkwirtschaftliche Gesamtrechnungen). Erst in den Jahren 1976/78, als die Entwicklungslander vom Aufschwung in den Industrielandern und ihrer eigenen wirtschaftspolitischen Anpassung profitierten, gingen ihre Leistungsbilanzdefizite wieder auf das friihere Niveau zuriick.

In den Jahren von 1979 bis 1983 wurden die Entwicklungslander von einer zweiten Serie größerer externer Schocks getroffen. Die Ölpreise stiegen 1979/80 abrupt an. Die Realzinsen erhohten sich 1980/81 drastisch (vgl. Schaubild 1.4) und erreichten historisch hohe Niveaus. In den Industrielandern kam es 1981 bis 1983 zu einer langanhaltenden Rezession. 1984 trat ein konjunktureller Aufschwung ein; das Wachstum in den Industrielandern betrug in diesem Jahr 4,8 Prozent und in den Entwicklungslandern 4,1 Prozent. Am starksten war die Wachstumsdynamik in Ost- und Sudasien; demgegenuber setzte sich in den afrikanischen Ländern sudlich der Sahara der Abschwung fort. Das zusammengefafite Leistungsbilanzdefizit aller olimportierenden Entwicklungslander erreichte 1981 rnit 78 Mrd Dollar bzw. mehr als 5 Prozent ihres BSP einen Hochststand - verglichen mit einem Defizit von 33 Mrd Dollar bzw. von 4,3 Prozent des BSP im Jahre 1975 (vgl. Tabelle 2.1, Zahlungsbilanzen). Das Gesamtdefizit aller Entwicklungslander belief sich 1981 auf 105 Mrd Dollar oder 4,9 Prozent ihres BSP (Tabelle 2.2).

Die Finanzierung dieser betrachtlichen Defizite erfolgte ohne besondere Schwierigkeiten, bis im Jahr 1982 die Schuldendienstprobleme Mexikos zu einem **abrupten Rückgang** der Bankkredite fuhrten. Die Entwicklungslander waren nun gezwungen, ihre Leistungsbilanzdefizite abzubauen, was in der Regel durch Einschränkung der Importe geschah. Im Jahr 1984 stiegen jedoch die Exporte der Entwicklungslander wieder um 8,9 Prozent, und zahlreiche Liinder enielten Handelsbilanzuberschusse. Die Leistungsbilanzdefizite haben sich, gemessen als Anteil am BSP, seit 1981 kontinuierlich verringert. Für die Entwicklungslanderals Gruppe betrug im Jahr 1984 der Passivsaldo der Leistungsbilanz 1,8 Prozent ihres BIP. Die Zinszahlungen aller Liinder der Dritten Welt beliefen sich 1984 jedoch auf 58 Mrd Dollar, womit sie das aggregierte Leistungsbilanzdefizit von 36 Mrd Dollar ubertrafen (Tabelle 2,2).

Die veränderte Struktur des Kapitals

In den vergangenen zwei Jahnehnten ergaben sich bei den internationalen Kapitalstromen zwei bedeutsame Gewichtsverlagerungen: Von der Beteiligungsfinanzierung zur Kreditfinanzierung und von der offentlichen zur privaten Kreditgewahrung (vgl. Schaubild 2.1). Den fortgeschritteneren Entwicklungsländern floß offensichtlich der Großteil des kornmerziellen Kapitals zu. Aber sogar in den Ländern rnit niedrigem Einkommenerhohte sich der Anteil der privaten Kapitalzuflüsse (einschließlich der Handelskredite). In den afrikanischen Ländern rnit niedrigem Einkommen geschah dies Mitte der siebziger Jahre, in den asiatischen Ländern rnit niedrigem Einkommen dagegen erst nach 1979.

Im Jahr 1970 machte das von offentlichen Geldern — zu konzessionaren wie nichtkonzessionaren Bedingungen — bereitgestellte Auslandskapital 50 Prozent des gesamten Kapitalimports der Entwicklungsliinder aus; in den Ländern rnit niedrigem Einkommen belief sich der Anteil dieser Mittel auf 78 Prozent. Bis 1983 sind diese Quoten auf 46 bzw. 45 Prozent zurückgegangen (vgl. Tabelle 2.3). Die offentlichen Entwicklungshilfeleistungen sind seit 1980 **sogar** nominal gesunken; demgegenuber waren sie nach dem ersten Ölpreisschock kraftig gestiegen, namlich von 1973 bis 1976 um fast 80 Prozent (oder jahrlich 21 Prozent). Der Anteil der bilateralen ÖEH an den gesamten Kapitalimporten hat in den siebziger Jahren bei allen Gruppen von Entwicklungsliindern abgenommen — am deutlichsten bei den Ländern rnit niedrigem Einkommen. Der riicklaufige Anteil der bilateralen Hilfe wurde teilweise - insbesondere bei den Ländern mit niedrigem Einkommen - durch zusatzliche multi-

TABELLE 2.2 **Leistungsbilanz** und **ihre** Finanzierung in **ausgewählten** Jahren, **1970** bis **1984** (in Mio \$)

Ländergruppe und Position	1970	1973	1980	1981	1982	1983 ^a	1984 ^b
Asiatische Länder mit niedrigern Einkommen							
Netto-Exporte von Gütern und Dienstleistungen							
(ohne Faktoreinkommen)	-1.358	-879	-15.755	-11.498	-6.831	-7.246	-8.688
Netto-Faktoreinkommen	-390	-427	78	-212	-983	-522	-604
Zinszahlungen auf mittel-							
und langfristige Kredite	286	375	1.363	1.560	1.515	1.598	1.833
Leistungsbilanzsaldo	-1.551	-972	-9.685	-6.166	-1.363	-1.001	-3.083
Finanzierung							
Öffentliche Übertragungen	370	569	1.952	2.084	1.885	2.011	1.953
Mittel- und langfristige Kredite	987	1.145	4.878	3.227	3.957	4.199	6.541
Öffentlich	971	1.189	3.410	3.452	3.883	3.542	4.222
Privat	16	-44	1.468	-225	74	657	2.319
Netto-Direktinvestitionen	29	-16	159	422	488	546	643
Veränderung der Währungsreserven (Zunahme:-)	—28	1	1.152	882	-4.127	-4.224	-3.184
Afrikanische Länder mit niedrigem Einkommen							
Netto-Exporte von Gütern und Dienstleistungen							
(ohne Faktoreinkomrnen)	-381	-607	-5.385	-5.901	-4.590	-4.359	-3,78
Netto-Faktoreinkommen	-161	-274	-901	-1.098	-1.004	-1.029	-1.291
Zinszahlungen auf mittel-							
und langfristige Kredite	80	143	698	643	567	662	1.000
Leistungsbilanzsaldo	679	—998	-5.837	-6.419	-5.432	-4.900	-4.594
Finanzierung							
Öffentliche Übertragungen	377	649	2.109	1.813	1.515	2.008	1.925
Mittel- und langfristige Kredite	277	911	3.349	2.863	2.198	1.910	2.025
Öffentlich	247	412	2.366	2.249	1.858	1.922	2.231
Privat	30	499	983	614	340	-12	-206
Netto-Direktinvestitionen	173	164	236	221	223	211	86
Veränderung der Währungsreserven (Zunahme:-)	—38	-381	781	555	945	171	607
Ölimporteure rnit mittlerem Einkommen							
Netto-Exporte von Gütern und Dienstleistungen							
(ohne Faktoreinkommen)	-7.064	-6.572	-47.071	-50.500	-35.135	-12.234	-9.972
Netto-Faktoreinkommen	-2.728	-4.364	-22.246	-31.510	-38.583	-42.035	-49.049
Zinszahlungen auf mittel-							
und langfristige Kredite	1.565	3.272	19.337	25.055	29.272	26.872	33.841
Leistungsbilanzsaldo	-7.423	-4.508	-53.823	-65.758	-57.894	-39.712	-24.367
Finanzierung							
Öffentliche Übertragungen	1.085	2.237	5.569	5.829	5.840	5.833	6.273
Mittel- und langfristige Kredite	5.337	8.882	33.190	42.027	36.917	24.535	28.272
							(Fortsetzung)

laterale Kapitalzuflusse kompensiert. In den achtziger Jahren führte dann die Kurzung der Investitionsprogramme in der Dritten Welt zu geringeren Auszahlungen an multilateraler Entwicklungshilfe.

In den siebziger Jahren gewann die Auslandsverschuldung im Rahmen des Kapitalimports eine besondere Bedeutung. Fur die gesamten Entwicklungslander beliefen sich in diesem Jahrzehnt die mittel- und langfristigen Kreditaufnahmen auf durchschnittlich 4,4 Prozent des BSP, wobei sie

stetig von 3,1 Prozent im Jahr 1970 auf 5,7 Prozent in 1979 stiegen. Diese Mittel finanzierten damals zwischen 10 und 21 Prozent der inlandischen Bruttoinvestitionen. Es gab jedoch betrachtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländergruppen. Bei den asiatischen Ländern mit niedrigem Einkommen beliefen sich die schuldenwirksamen Kapitalzuflüsse im Durchschnitt auf etwas über 1 Prozent des BSP und 4 Prozent der inlandischen Bruttoinvestitionen. In den afrikanischen Ländern mit niedrigem Einkommen, die wesentlich starker

Ländergruppe und Position	1970	1973	1980	1981	1982	1983 ^a	1984 ^b
Ölimporteure mit mittlerem Einkommen (Fortsetzung)							
Öffentlich	1.667	2.939	10.996	11.258	10.732	11.685	12.959
Privat	3.670	5.943	22.194	30.769	26.185	12.850	15.314
Netto-Direktinvestitionen	1.225	2.976	6.009	7.981	7.244	5.868	5.732
Veränderung der Währungsreserven (Zunahme:-)	-1.160	—7.547	488	126	13.547	7.372	-9. 092
Ölexporteure mit mittlerem Einkommen							
Netto-Exporte von Giitern und Dienstleistungen							
(ohne Faktoreinkommen)	—915	1.286	-14.628	-10.713	-13.701	7.854	16.666
Netto-Faktoreinkommen	-2.207	-4.313	-16.186	-19.008	-23.982	-22.631	-24.692
Zinszahlungen auf mittel-							
und langfristige Kredite	693	1.296	11.454	13.903	16.660	17.463	21.252
Leistungsbilanzsaldo	-2.930	-2.652	1.501	-27.302	-35.683	-11.052	-3.543
Finanzierung							
Öffentliche Übertragungen	595	1.213	2.008	2.483	1.919	1.918	1.809
Mittel- und langfristige Kredite	1.643	5.396	16.998	23.559	20.503	18.133	13.323
Öffentlich	762	1.433	4.800	4.706	5.314	3.660	6.194
Privat	881	3.963	12.198	18.853	15.190	14.473	7.129
Netto-Direktinvestitionen	890	1.312	4.192	6.369	5.283	3.717	2.922
Veränderung der Währungsreserven (Zunahme:-)	—309	-2.884	-15.602	4.730	17.542	3.549	-7.339
Alle Entwicklungsländer							
Netto-Exporte von Giitern und Dienstleistungen							
(ohne Faktoreinkommen)	-9.717	-6.772	-53.582	-78.612	-60.256	-15.966	-14.168
Netto-Faktoreinkommen	-5.486	-9.378	-39.255	-51.828	-64.553	-66.238	-75.640
Zinszahlungen auf mittel-							
und langfristige Kredite	2.624	5.086	32.851	41.161	48.014	46.596	57.925
Leistungsbilanzsaldo	-12.583	-9.130	-67.844	-105.645	-100.373	-56.665	-35.588
Finanzierung							
Öffentliche Übertragungen	2.427	4.668	11.638	12.208	11.159	11.768	11.960
Mittel- und langfristige Kredite	8.243	16.333	58.414	71.675	63.575	48.778	50.162
Öffentlich	3.646	5.972	21.572	21.665	21.786	20.810	25.606
Privat	4.596	10.361	36.842	50.011	11.788	27.969	24.556
Netto-Direktinvestitionen	2.317	4.426	10.595	14.992	13.237	10.342	9.383
Veränderung der Währungsreserven (Zunahme:-)	-1.534	-10.811	-13.180	6.292	27.907	6.868	-19.008

Anmerkung: Berechnungen beruhen auf einer Auswahl von neunzig Entwicklungsländern. Leistungsbilanzen ohne öffentliche Übertragungen.

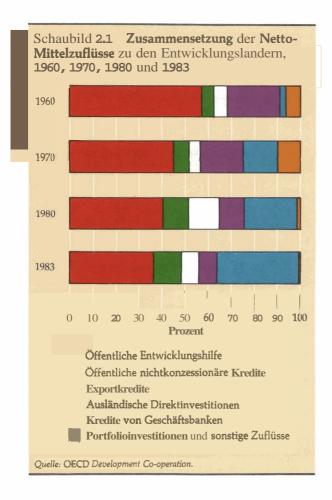
auf Auslandskapital angewiesen sind, betrugen diese Quoten 5 beziehungsweise 30 Prozent. In der Gruppe der Länder mit mittlerem Einkommen finanzierten die bedeutenden Fertigwarenexporteure weniger als 20 Prozent ihrer Investitionen mit derartigen Mitteln. Bei den übrigen Ölimporteuren mit mittlerem Einkommen betrug dieser Anteil 25 Prozent und stieg zu Anfang der achtziger Jahre auf uber 35 Prozent.

Die zunehmende Kreditgewahrung durch Geschaftsbanken war die Hauptursache für den dra-

matischen Anstieg der Auslandsfinanzierung. Entsprechend ging der Anteil der privaten Direktinvestitionen am gesamten Kapitalimport von 20 Prozent im Jahr 1970 auf weniger als 9 Prozent 1983 zurick, obwohl die Direktinvestitionen, nominal betrachtet, kontinuierlich zunahmen. Die Ausweitung der Kreditvergabe durch Geschaftsbanken ging einher mit einer betrachtlichen Zunahme der Exportkredite, die ihren Anteil an der gesamten Auslandsfinanzierung zwischen 1970 und 1980 halten konnten. In den frühen achtziger Jahren fielen

a. Vorläufig.b. Geschätzt.

Ouelle: Weltbank.



die Exportkredite jedoch deutlich zurück.

Die wachsende Kreditaufnahme während der vergangenen zehn bis fünfzehn Jahre hatte einen entsprechenden Anstieg der Auslandsschulden zur Folge. Von 1970 bis 1984 stiegen die mittel- und langfristigen Schulden der Entwicklungsländer, dem Schuldenberichtssystem der Weltbank (Debtor Reporting System, DRS) zufolge, von 68 Mrd Dollar auf 686 Mrd Dollar, was einer durchschnittlichen jahrlichen Zunahme um 16,7 Prozent entspricht. In der Zahl fur 1984 sind kurzfristige Verbindlichkeiten in Hohe von schätzungsweise 25 Mrd Dollar enthalten, die durch Umschuldungen langfristig konsolidiert worden sind. Einschließlich der im DRS nicht erfaßten Lander sowie der kurzfristigen Verschuldung und der Kredite vom Internationalen Wahrungsfonds erreichten die gesamten Auslandsverbindlichkeitenaller Entwicklungsländer im Jahre 1984 fast 900 Mrd Dollar (siehe Sonderbeitrag 2.2).

Die Schuldendienstzahlungen stiegen von 9,3 Mrd Dollar im Jahr 1970 a d 100 Mrd Dollar in



1984. Die Zinszahlungen, die **1970** etwa ein Drittel des gesamten Schuldendienstes ausmachten, **belie**fen sich **1984 auf** uber die Halfte. Die Zunahme resultiert sowohl aus den hoheren Gesamtschulden als **auch** aus dem gestiegenen Zinsniveau.

Die Konditionen, zu denen die Entwicklungsländer mittel- und langfristige Finanzierungsmittel erhielten, haben sich im Laufe der siebziger Jahre betrachtlich verandert. Die mittlere Laufzeit ihrer gesamten offentlichen Schulden verkurzte sich von 20,4 Jahren in 1970 auf 14,2 Jahre 1982, weil die Kredite aus privaten Quellen (die am starksten wachsende Komponente) kurzere Laufzeiten aufwiesen — 1983 betrugen sie durchschnittlich 8,2 Jahre. Die tilgungsfreien Zeiten verkurzten sich nicht so dramatisch; sie gingen von durchschnittlich 5,5 Jahren 1970 auf 3,9 Jahre 1983 zuriick. Im Jahr 1983 wiesen die neu gewährten Kredite an Entwicklungslander die kürzesten Durchschnittslaufzeiten und die geringste Zahl von Freijahren auf, die je verzeichnet wurden.

Zu den bedeutsamen **Strukturänderungen** in der Auslandsverschuldung der Entwicklungslander**ge**horten die zunehmende Verbreitung variabel **ver**zinslicher Kredite sowie des Dollars als **Kreditwäh**rung.

• Der Anteil der variabel verzinslichen Schulden an den ausstehenden offentlichen Gesamtschulden stieg von 16 Prozent im Jahr 1973 auf 43 Prozent in 1983. Die Zunahme konzentrierte sich auf die Lander mit mittlerem Einkommen, besonders in

TABELLE 2.3
Netto-Mittelaufkommen der Entwicklungslander aus **allen Kapitalquellen** in ausgewahlten Jahren, **1970** bis **1983** (in Mrd \$)

Aufkommensart	1970	1975	1980	1981	1982	1983
dffentliche Entwicklungshilfe	8,1	20,1	37,5	37,3	34,7	33,6
Bilateral	7,0	16,2	29,7	29,4	27,2	26,1
Multilateral	1,1	3,9	7,8	7,9	7,5	7,5
Zuschüsse privater Hilfsorganisationen	0,9	1,3	2,3	2,0	2,3	2,2
Nichtkonzessionäre Mittel	10,9	34,3	59,4	70,5	60,4	63,9
dffentliche oder offentlich geforderte Mittel	3,9	10,5	24,5	22,2	22,0	19,6
Private Exportkredite	2,1	4,4	11,1	11,3	7,1	5,5
dffentliche Exportkredite	0,6	1,2	2,5	2,0	2,7	2,1
Multilaterale Mittel	0,7	2,5	4,9	5 <i>,7</i>	6,6	7,0
Sonstige offentliche und private Mittel	0,2	0,8	2,2	2,0	2,6	3,0
Finanzhilfen sonstiger Geberlhder	0,3	1,6	3,8	1,2	3,0	2,0
Private Mittel	7,0	23,8	34,9	48,3	38,4	44,3
Direktinvestitionen	3,7	11,4	10,5	17,2	11,9	7,8
Bankkredite ^a	3,0	12,0	23,0	30,0	26,0	36,0
Anleihefinanzierungen	0,3	0,4	1,4	1,1	0,5	0,5
Insgesamt	19,9	55,7	99,2	109,8	97,4	99,7
Nachrichtlich:						
Kurzfristige Bankkredite			26,0	22,0	15,0	2,0
IWF-Kreditgewährung (netto)	0,3	3,2	2,6	6,2	6,4	12,4

a. Ohne Anleihefinanzierungen und ohne von Banken gewährte Exportkredite, die in den privaten Exportkrediten enthalten sind. Quelle: OECD 1984.

TABELLE 2.4

Variabel verzinsliche Kredite in Prozent der offentlichen Schulden; ausgewählte Jahre, 1974 bis 1983

Ländergruppe	1974	1976	1978	1979	1980	1981	1982	1983
Asiatische Länder mit niedrigem Einkommen	0,0	0,0	0,4	0,6	1,8	2,9	3,7	3,9
Afrikanische Länder mit niedrigem Einkommen	8,5	8,1	6,7	6,8	7,0	9,4	9,1	7,6
Länder mit mittlerem Einkommen Ölimporteure Ölexporteure	18,5 23,9	26,6 30,4	30,3 34,9	35,2 40,1	36,5 41,7	40,2 45,2	41,4 48,3	43,7 54,6
Entwicklungslhder insgesamt	16,2	23,0	27,3	31,8	33,2	36,7	38,7	42,7
Nachrichtlich: Großschuldner	18,4	26,8	32,5	39,0	40,5	45,0	46,7	51,2

 $\label{lem:ang:ang} Anmerkung: \mbox{ Angaben beziehen sich auf die ausstehenden und ausgezahlten \"{o}ffentlichen Schulden.} \\ Quelle: \mbox{ Weltbank.}$

Lateinamerika, die umfangreiche Mittel aus privaten Quellen aufgenommen hatten. Bei den Ländern mit niedrigem Einkommen erhohte sich der Anteil der variabel verzinslichen Schulden kaum (vgl. Tabelle 2.4). Die Zinssatze für langfristige Kredite an offentliche Schuldner, die zwischen 1974 und 1976 bei durchschnittlich 7,0 Prozent lagen, stiegen in den Jahren 1980 bis 1982 auf 10,5 Prozent, bevor

sie **1983** wieder geringfiigig **unter 10** Prozent sanken (vgl. Schaubild **2.2)**.

• Der Anteil der dollar-denominierten langfristigen offentlichen und offentlich garantierten Schulden stieg von 65 Prozent im Jahr 1974 auf 76 Prozent in 1983 (vgl. Tabelle 2.5). Auch hier gab es regionale Unterschiede: Im Jahr 1983 erreichte dieser Anteil in Lateinamerika fast 90 Prozent, in

Sonderbeitrag 2.2 Auslandsverbindlichkeiten der Entwicklungsländer

Das Datenmaterial uber die internationalen **Finanzbeziehun**gen ist in den letzten **Jahren** quantitativ wie qualitativ betrachtlich verbessert **worden**. Die wichtigsten **Informa**tionsquellen sind:

• Das Schuldenberichtssystem der Weltbank (DRS). Das DRS ist eine umfassende Datensammlungüber Schulden mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr, sowie jährlicher Angaben über Kreditzusagen, Auszahlungen, Tilgungen und Zinszahlungen. Publikation: World Debt Tables (erscheint jahrlich).

Die Regierungen der Entwicklungslander melden öffentliche und offentlichgarantierte Schulden auf Basis der einzelnen Kredite. Die Angaben uber private nicht-garantierte Schulden sind unvollständig, so daß sie durch Schatzungen der Weltbank ergänzt werden. Nach iiblicher Abgrenzung werden vom DRS IWF-Kredite nicht beriicksichtigt, die als "Transaktionen der Währungsbehörden" und nicht als mittelfristige Darlehen gelten. Bei einigen Ländern mit niedrigem Einkommen bilden jedoch die Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF einen erheblichen Teil ihrer nichtkonzessionaren Auslandsschulden.

• IWF-Zahlungsbilanzstatbtiken. Umfassende Zahlungsbilanzdaten werden entsprechend den Regeln des Balance of Payments Manual des IWF zusammengestellt und dem IWF periodisch ubermittelt. Dazu gehoren international vergleichbare Daten uber private und offentliche unentgeltliche Leistungen sowie uber sämtliche Kapitalstrome, wie Direktinvestitionen, langfristige Kredite. kurzfristige Kredite und Reservebewegungen. Publikation: International Financial Statistics, Supplement on Balance of Payments (friiher: Balance of Payments Yearbook; erscheint jährlich).

Sowohl die Daten des DRS als auch die des IWF sind von den Fähigkeiten des statistischen Personals in den Entwicklungslandern abhangig. Jedoch haben in jiingster Zeit beide statistische Quellen an Aussagefähigkeit gewonnen, wozu auch die den Mitgliedslandern gewährte intensive technische Unterstutzungdurch den IWF und die Weltbank beigetragen hat.

Informationen uber Schuldnerlanderkönnen durch Anga-

ben uber Glaubigerlander und uber Bankkredite sinnvoll erganzt werden. Solche **Angabenstammen** hauptsachlich aus folgenden **Quellen:**

• OECD-Jahresprüfung der Entwicklungshilfe und Gläubiger-Berichtsystem. Die jahrlichen Entwicklungshilfe-Memoranden der siebzehn Mitgliedsländer des Ausschusses fur Entwicklungshilfe (Development Assistance Committee, DAC) enthalten Angaben über die jahrlichen Auszahlungen und Rückflüsse offentlicher unentgeltlicher Leistungen und Kredite an jedes Entwicklungsland. Das Gläubiger-Berichtssystem stellt Einzelangaben über alle offentlichen langfristigen Kredite sowie Globalinformationen über Exportkredite zur Verfügung. Auf Grundlage der DRS-Daten schätzt die OECD die Mittelzuflüsse aus OPEC- und Staatshandelsländern. Schließlich werden Schatzungen der Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer erstellt. Publikationen: Development Co-operation und External Debt of Developing Countries (erscheinen jeweils jährlich).

Die OECD-Angaben uber langfristige zwischenstaatliche Kredite stellen eine wertvolle Kontrolle der DRS-Daten dar. Jedoch enthalten die Angaben uber offentlich verbiirgte Exportkredite in manchen Fallen erst in Zukunft fällig werdende Zinsen und schließen Exportkredite aus, die nicht im Glaubigerland verburgt worden sind. Ein mehr genereller Nachteil besteht darin, daß die OECD-Primarstatistik die Daten nicht auf weltweiter Basis erfaßt, wenn auch die DAC-Länder fur die Entwicklungslander die wichtigste Quelle internationaler Kapitalstrome bilden.

• Bankenstatistik der BIZ. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleichstellt Angaben über die Forderungen der Banken in fünfzehn Ländern zusammen. Eine vierteliahrliche Statistik bemht auf einer Klassifizierung der Banken nach dem Residenzprinzip, eine halbjahrliche auf dem Nationalitatsprinzip (das heißt, als "Kredite der Vereinigten Staaten" gelten die Kredite der heimischen Zentralen der US-Banken sowie ihrer Offshore-Filialen). Die Halbjahresstatistik schlüsselt die Bankkredite nach der Laufzeit auf und liefert damit die wichtigsten Schätzangaben fur die kurzfristige Verschuldung der Entwicklungslander. Unglucklicherweise

TABELLE 2.5

Nahrungsstruktur langfristiger offentlicher Schulden, 1974 bis 1983

(Prozent)

(a a owners)										
Währung	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
US-Dollar ^a	65,1	69,0	70,3	67,8	64,8	66,8	68,1	71,8	73,4	76,3
Deutsche Mark	8,8	7,3	7,6	8,2	9,2	8,6	7,3	6,3	6,0	4,8
Japanischer Yen	3,8	3,8	4,1	5,4	7,2	5,9	6,9	6,2	6,0	6,0
Französischer Franc	4,3	4,3	4,1	4,4	4,8	4,9	4,6	3,8	3,6	2,9
Pfund Sterling	5,6	4,3	3,3	3,1	2,7	2,5	2,3	1,9	1,6	1,5
Schweizer Franken	0,8	0,7	0,8	1,1	1,6	1,5	1,3	1,4	1,3	1,0
Kanadischer Dollar	1,5	1,5	1,5	1,3	1,1	1,1	1,1	1,1	1,0	0,9
Sonstige	10,1	8,9	8,4	8,6	8,7	8,8	8,4	7,6	7,2	6,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Anmerkung: Die Angaben beziehen sich auf Denominationswährungen, nicht auf die Währungen, in denen die Rückzahlung erfolgt.

a. Der Dollaranteil umfaßt auch Kredite mit "Währungsoption", die hauptsächlich auf Dollar lauten, variabel verzinslich sind und im Zeitraum 1974 bis 1983 einen Anteil von 8 bis 10 Prozent an der Auslandsschuld aufwiesen. Der auf den US-Dollar entfallende Anteil liegt daher an der oberen Grenze, was aber den Trend nicht beeinflußt, wonach der Dollaranteil in einem Jahrzehnt um elf Prozentpunkte gestiegen ist.

Ouelle: Weltbank.

wird das Zahlenmaterial nach der Restlaufzeit erhoben, so daß es nicht mit den DRS- und OECD-Statistiken vergleichbar ist, welche die Kredite nach der ursprünglichen Laufzeit erfassen. Publikationen: International Banking Developments (erscheint vierteljährlich); Maturity Distribution of International Bank Lending (erscheint halbjährlich).

• IWF-Bankenstatistik. Diese stellt Forderungen und Verbindlichkeiten des internationalen Bankensystems zusammen. Sie ist mit der Statistik der BIZ vergleichbar, soll aber letztlich einen größeren Kreis von Bankplätzen erfassen. Die Daten wurden 1984 zum erstenmal veroffentlicht, als erste Stufe eines Projektes, das alle Daten iiber die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer zusammenfassen soll. Publikation: International Financial Statistics (erscheint monatlich).

• Gemeinsames OECD/BIZ-Projekt iiber die Auslandsverschuldung. Dieses Projekt soll die Daten iiber a) offentlich verbürgte Handelskredite der Banken nach der OECD Statistik und b) die Verschuldung der Entwicklungsländer gegenüber den Geschäftsbanken zusammenführen. Ein Ergebnis des Projekts ist, daß die Doppelzählung der öffentlich garantierten und von Banken herausgelegten Exportkredite, die in beiden Statistiken erfaßt werden, beseitigt wurde. Publikation: OECD, Development Co-operation (1984) Review).

Die Zusammenfassung all dieser statistischen Quellen gibt eine brauchbare Schätzung der Auslandsverbindlichkeiten der Entwicklungsländer (Tabelle 2.2A).

TABELLE 2.2A

Auslandsverbindlichkeiten der Entwicklungsländer, 1980 bis 1984 (Mrd Dollar, falls nicht anders angegeben)

1984b

Ländergruppe	1980	1981	1982	1983 ^a	
DRS-Berichtsländer ^c	540	629	699	761 ^e	810 [§]
Mittel- und langfristige Verschuldungd	412	470	525	598e	655 ^f
Öffentliche Kredite	160	174	191	209	225
Private Kredtte	252	296	334	388 ^e	430f
Kurzfritige Verschuldung ^g	119	145	155	134 ^e	122 ^f
IWF-Kredite ^h	9	14	19	29	33
Andere Entwicklungsländer	70	73	76	82	85
Mittel- und langfristige Verschuldungd	59	58	57	60	62
Öffentliche Kredite	17	18	19	20	20
Private Kredite	42	40	38	40	42
Kurzfristige Verschuldung ⁸	11	15	16	20	20
IWF-Krediteh	0	0	3	2	3
Insgesamt	610	702	775	843	895
Nachrichtlich					
Zunahme der Gesamtverbindlichkeiten					
(Prozent)		15,1	10,4	8,8	6.2

a. Vorläufig.

Ostasien betrug er 68 Prozent und bei den afrikanischen Ländern siidlich der Sahara nur 54 Prozent. In vielen Ländern nahm durch die Dollarstarke die reale, in inlandischen Giitern gemessene Belastung durch den Schuldendienst zu. Die Zweckmäßigkeit einer Diversifikation der Wahrungsstruktur von Kreditaufnahmen und Schulden der Entwicklungslander wird in Kapitel 5 erortert.

Außenhandels- und Schuldenkennzahlen

Insgesamt gesehen konnten Lander der Dritten Welt in den siebziger Jahren ihre Exporte betrachtlich ausweiten, namlich von rund 13 Prozent ihres BIP im Jahr 1970 auf iiber 23 Prozent in 1983. In den afrikanischen Ländern mit niedrigem Einkommen fiel jedoch der Exportanteil am BIP scharf ab. Die weltweite Rezession der Jahre 1981/82 führte dann zu sinkenden Rohstoffpreisen und verlangsamte das Wachstum des Exportvolumens der Entwicklungslander. Die Erdölausfuhren gingen ebenso wie die Ölpreise zurück, was die Ölexporteure mit mittlerem Einkommen belastete. Die wirtschaftliche Erholung seit 1983 hat zwar das Ausfuhrwachstum wieder beschleunigt, doch haben sich die Terms of Trade der Entwicklungslander seit 1980 verschlechtert (nahere Angaben zum Außenhandel enthalten die Tabellen A.8 und A.9 des Statistischen Anhangs).

Auch die Exportstruktur der Entwicklungslander

b. Geschätzt.

Angaben für 104 Entwicklungsländer, die im Rahmen des Schuldenberichtssystems der Weltbank (DRS) regulär und vollständig berichten.

d. Schulden mit ursprünglicher Laufzeit von Iber einem lahr. e. Beeinflußt durch die 1983 erfolgte Umschuldung von 22 Mrd Dollar kurzfristiger Bankverbindlichkeiten in langfristige Schulden

f. Beeinflußt durch die 1984 erfolgte Umschuldung von 25 Mrd Dollar kurzfristiger Bankverbindlichkeiten in langfristige Schulden.
g. Schulden mit ursprünglicher Laufzeit bis zu einem Jahr (einschließlich). Geschätzt aufgrund der von der EIZ erfaßten Bankforderungen an Entwicklungsländer, ergänzt

durch Angaben einzelner Entwicklungsländer über ihre kurzfristige Verschuldung.
h. Ohne Darlehen aus dem Treuhandfonds des IWF; diese sind in der mittel- und langfristigen Verschuldung enthalten.

i. Umfaßt Angaben fiir Entwicklungsländer, die nicht im Rahmen des DRS berichten, sowie für solche Länder, die im Rahmen des DRS entweder unvollständig berichten oder in einer Form, die eine Publikation in den Standardtabellen ausschließt. Ohne Verschuldung der Ölexporteure mit hohem Einkommen, aber einschließlich geschätzter Angaben für Entwicklungsländer, die nicht Mitglied der Weltbank sind, in der weltwirtschaftlichen Analyse des Weltentwicklungsberichts jedoch enthalten sind

TABELLE 2.6

Schuldenkennzahlen der Entwicklungslander in ausgewahlten **Jahren**, 1970 bis 1984 (*Kennzahlen* in %; *Beträge* in *Mrd* Dollar)

Ländergruppe und Kennzahl	1970	1974	1976	1978	1980	1981	1982	1983	1984
Asiatische Länder mit niedrigem Einkommen									
Verhältnis Schulden zu BSP	7,0	7,2	8,2	7,8	7,8	8,1	8,8	9,0	9,7
Verhältnis Schulden zu Ausfuhren	183,6	128,4	131,6	123,1	96,7	89,5	95,1	98,9	100,0
Schuldendienstquote	12,4	7,8	7,7	7,2	8,0	9,3	10,9	8,3	8,4
Verhaltnis Zinsdienst zu BSP	0,2	0,1	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Insgesamt ausstehende und ausgezahlte Schulden	12,0	18,0	22,0	29,0	38,0	40,0	43,0	46,0	53,0
Private Schulden in % der Gesamtschulden	6,9	5,4	4,1	5,6	17,3	14,7	13,6	13,9	16,7
Afrikanische Länder rnit niedrigem Einkommen									
Verhältnis Schulden zu BSP	17,5	23,8	27,7	26,9	39,8	43,4	47,7	52,0	54,5
Verhältnis Schulden zu Ausfuhren	75,2	99,5	135,3	162,3	175,8	216,5	260,6		278,1
Schuldendienstquote	6,1	8,6	8,5	9,6	12,5	13,8	15,7	16,5	19,9
Verhaltnis Zinsdienst zu BSP	0,5	0,7	0,6	0,7	1,3	1,2	1,1	1,4	2,1
Insgesamt ausstehende und ausgezahlte Schulden	3,0	7,0	10,0	15,0	21,0	23,0	25,0	25,0	27,0
Private Schulden in % der Gesamtschulden	33,5	39,3	36,6	38,9	29,8	29,3	26,9	22,4	18,4
Bedeutende Fertigwarenexporteure									
Verhaltnis Schulden zu BSP	16,2	18,0	20,1	22,1	22,8	24,7	27,9	34,4	37,6
Verhaltnis Schulden zu Ausfuhren	91,5	76,0	90,9	92,4	77,3	81,7	97,1	105,2	109,1
Schuldendienstquote	15,1	13,7	14,2	17,7	16,1	17,1	19,3	16,2	16,0
Verhältnis Zinsdienst zu BSP	0,7	1,1	1,1	1,4	2,0	2,5	2,9	2,9	3,6
Insgesamt ausstehende und ausgezahlte Schulden	24,0	57,0	82,0	124,0	167,0	191,0	216,0	242,0	
Private Schulden in % der Gesamtschulden	73,2	75,5	75,9	76,7	77,0	77,8	78,6	78,5	76,9
Sonstige Ölimporteure mit mittlerem Einkommen									
Verhältnis Schulden zu BSP	21,4	20,3	21,1	24,9	29,7	33,4	40,2	47,5	53,0
Verhältnis Schulden zu Ausfuhren	111,0	88,7	98,3	122,7	120,7		155,4		183,9
Schuldendienstquote	13,6	11,4	14,8	20,9	17,2	20,8	22,7	23,1	24,9
Verhaltnis Zinsdienst zu BSP	0,8	0,9	1,0	1,3	1,9	2,4	3,1	3,3	3,9
Insgesamt ausstehende und ausgezahlte Schulden	12,0	21,0	27,0	43,0	68,0	79,0	89,0	98,0	108,0
Private Schulden in % der Gesamtschulden	42,9	42,1	43,8	47,8	51,0	51,6	51,5	49,6	49,3
Ölexporteure rnit mittlerem Einkommen									
Verhältnis Schulden zu BSP	18,4	18,0	22,4	30,1	24,7	24,9	32,0	39,9	43,8
Verhältnis Schulden zu Ausfuhren	115,3	67,2	102,1	136,0	87,4	98,5	123,7	157,8	164,2
Schuldendienstquote	18,1	11,0	14,5	22,9	17,8	19,8	25,0	26,1	28,1
Verhaltnis Zinsdienst zu BSP	0,7	0,9	1,1	1,6	2,1	2,2	3,1	3,3	4,0
Insgesamt ausstehende und ausgezahlte Schulden	18,0	38,0	63,0	103,0	136,0	155,0	174,0	208,0	232,0
Private Schulden in % der Gesamtschulden	57,2	63,3	66,5	67,7	69,4	71,2	71,8	75,3	75,1
Entwicklungsländer insgesamt									
Verhältnis Schulden zu BSP	14,1	15,4	18,1	21,0	20,9	22,4	26,3	31,3	33,8
Verhältnis Schulden zu Ausfuhren	108,9	80,0	100,2		89,8		115,0		135,4
Schuldendienstquote	14,7	11,8	13,6	18,4		17,6		19,0	
Verhaltnis Zinsdienst zu BSP	0,5	0,8	0,8	1,1	1,6	1,9	2,3	2,2	2,8
Insgesamt ausstehende und ausgezahlte Schulden	68,0	141,0	204,0	313,0	430,0	488,0	546,0	620,0	686,0
Private Schulden in % der Gesamtschulden	50,9	56,5	59,0	61,5	62,9	64,1	64,6	65,8	65,0

Anmerkung: Bei Zinszahlungen und Schuldendienst für die Jahre1970 bis 1983 handelt es sich um effektiv geleistete (nicht vertragliche) Zahlungen in dieser Periode. Bei Zinszahlungen und Schuldendienst für 1984 handelt es sich um Schätzungen aufgrund der bis Ende 1983 erhaltenen Zusagen, wobei bis Ende 1984 erfolgte Umschuldungen berücksichtigt wurden.

Quelle: Weltbank.

hat sich im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte betrachtlich verandert. Der Anteil der **Industrieerzeugnisse** an den Gesamtausfuhren stieg von 15 Prozent zu **Anfang** der sechziger Jahre auf fast 50 Prozent zu **Anfang** der achtziger Jahre, wahrend die Rohstoffedurchweg an relativer Bedeutung einbüßten. Wenngleich diese größere Vielfalt ihrer Exporte die Entwicklungslander gegenuber Weltrezessionen weniger empfindlich macht, so bedeutet der hohere Anteil der Industrieprodukte doch auch eine größe-

Sonderbeitrag 2.3 Wie die Inflation die Tilgung von Krediten beeinflußt

In den vergangenen Jahren wiesen die Inflationsraten und die Zinssätze betrachtliche Schwankungen auf. Inflationsraten und Zinssatze beeinflussen die Verschuldungskennzahlen, die üblicherweise zur Beurteilung der Kreditwiirdiieit von Schuldnerländern herangezogen werden. Erstens muß der Nominalwert der Verschuldung mit Hilfe eines Preisindikators deflationiert werden, um ihren Realwert realistisch einschatzen zu konnen. Zweitens kommt es zu einem realen Ressourcentransfer, falls die Preissteigerungsrate den Anstieg der Nominalzinssatze übertrifft oder hinter diesem zuriickbleibt - ein Transfer zugunsten des Schuldners im ersteren Fall und zugunsten des Gläubigers im letzteren. Schließlich wird die reale Schuldenlast durch die Inflation nicht verandert, wenn die Nominalzinssätze gerade im Ausmaß der Inflation steigen. In diesem Fall wird der tatsachliche Kredit gleichwohl schneller getilgt, als durch die ursprünglichen Kreditbedingungen angezeigt wird.

Wenn die Inflation sich beschleunigt, und die Nominalzinssatze in gleichem Ausmaß steigen, enthalten die Zinszahlungen eine Komponente, die den realen Wertverlust eines Kredits fur den Kreditgeber kompensiert. Obgleich dieser Effekt den Realwert aller Tilgungszahlungennicht verandert, beschleunigt er doch die reale Tilgung: Die Inflationskomponente des Nominalzinssatzes kommt zu der regulären nominalen Tilgungszahlung hinzu. So steigern bei einer gegebenen

Kreditlaufzeit hohere Inflationsraten die reale Schuldentilgung in der Anfangsphase und verringern die reale Schuldenrückzahlunggegen Ende des Tilgungszeitraums. Die reale Tilgungslast wird um so mehr nach vorne verlagert (Frontloading), je länger die ursprüngliche Laufzeit eines Kredits ist

Die Tabelle 2.3A zeigt, wie sich die verschiedenen Komponenten des gesamten Schuldendienstes im Zeitverlauf entwickelt haben. Fur diese Berechnungen konnten unterschiedliche Preisindizes herangezogen werden. Hier werden die Exportpreise der Entwicklungsländer (Warenhandel, ohne Öl, fob) verwendet. Dies bedeutet, daß der Wert der Schuldendienstleistungen in heimischen Gütern, die zur Bedienung der Schulden exportiert werden müssen, ausgedrückt wird. Die Schuldendienstquoteweist von Jahr zu Jahr nur sehr geringe Schwankungen auf, aber die gesamten Tilgungszahlungenverandern sich wegen der Inflationskomponente in den Zinszahlungen betrachtlich. Der Anteil des Schuldendienstes an den Exporterlösen sank im Zeitraum 1971 bis 1973, die inflationsbereinigten Tilgungszahlungen erreichten jedoch 1973 ihren Höchststand, Ähnlich erhohte sich in der Periode 1980 bis 1982 die Schuldendienstquote, während der Anteil der inflationsbereinigten Tilgungszahlungen einen deutlichen Rückgang aufwies.

TABELLE 2.3A
Einfluß der Inflation auf den Schuldendienst

	Schuldendienst/ =	Inflat	ionsbereinigte Tilg	ung/Exporte	+ Inflationsbereinigte
Jahr	Exporte	Plan- mäßige Tilgung	+ Inflations- bedingte Tilgung	= Gesamt- tilgung	Zinszahlungen/ Exporte
1970	14,7	10,6	3,0	13,6	1,2
1971	15,6	11,2	-4,2	7,0	8,6
1972	15,2	10,9	5,9	16,8	-1,6
1973	14,1	9,9	32,4	42,3	-28,1
1974	11,8	7,9	19,1	27,0	-15,1
1975	13,9	9,0	-8,6	0,4	13,5
1976	13,6	8,9	8,2	17,2	-3,5
1977	14,8	9,7	10,0	19,7	-5,0
1978	18,4	12,3	6,0	18,3	0,1
1979	18,4	11,7	13,5	25,2	-6,8
1980	16,0	9,2	12,5	21,7	-5,6
1981	17,6	9,4	-6,8	2,6	15,0
1982	20,5	10,4	-7,4	3,0	17,5
1983	19,0	9,1	0,5	9,6	9,3
1984	19.7	8.2	-0.4	7.8	11 9

Anmerkung: Die Zerlegung der Schuldendienstquote in inflationsbereinigte Zinszahlungen und inflationsbereinigte Tilgungen basiert auf folgenden Identitätsgleichungen:

$$SD = Z + T$$

$$Z = (i - p) \cdot S + p \cdot S$$

hierbei bezeichnet SD den Schuldendienst. Z die Zinszahlungen, T die Tilgung, i den Nominalzins, berechnet als Verhältnis der Zinszahlungen der laufenden Periode (Z) zur ausstehenden und ausgezahlten Verschuldung der vergangenen Periode (S); p ist die jährliche Inflationsrate auf Basis des Preisindex für Außenhandelsgüter ohne Öl (fob).

$$SD = (i - p) \cdot S + p \cdot S + T$$

wobei (i - p) S die inflationsbereinigte Zinsbelastung angibt und p . S $^{+}$ T die inflationsbereinigte T-i . Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Weltbank

re Verwundbarkeit durch den Protektionismus in den Industrieliindern,der hauptsachlichindustrielle Fertigerzeugnisse betrifft.

Trotz dieses kräftigen Exportanstiegs führte die rasch wachsende Verschuldung, zusammen mit starken Zinssteigerungen, zu einer Verschlechterung der wichtigsten Schuldenkennzahlen (vgl. Tabelle 2.6). Im Durchschnitt aller Entwicklungsländer erhohte sich das Verhaltnis der Schuldendienstzahlungen zu den Exporten von 15 Prozent im Jahr 1970 auf 21 Prozent in 1982 und ging dann leicht auf 20 Prozent im Jahr 1984 zuriick; die Relation der Schulden zum BSP stieg von 14 Prozent im Jahr 1970 auf 34 Prozent in 1984 (vgl. Sonderbeitrag 2.3). Auch die Relation der Schulden zu den Exporten nahm zu, und zwar von 109 Prozent (1970) auf 135 Prozent (1984). Das Verhältnis der Zinszahlungen zum BSP hat sich mehr als verfunffacht, narnlich von 0,5 Prozent im Jahr 1970 auf 2.8 Prozent in 1984.

Zwischen den Entwicklungsländern gab es jedoch im einzelnen große Unterschiede. Mit Ausnahme der asiatischen Länder mit niedrigem Einkommen nahm die Relation Schulden/BSP in allen Ländergruppen betrachtlich zu. Am starksten erhohte sie sich in den afrikanischen Liindern mit niedrigem Einkommen, wo sie von 18 Prozent im Jahr 1970 auf 55 Prozent in 1984 stieg. Obgleich die Verschuldung der afrikanischen Lander absolut gesehen — mit 27 Mrd Dollar im Jahr 1984 — gering ist, weisen diese Länder relativ zu ihrem Einkommen und ihren Exporten die hochste Verschuldung aller Entwicklungslander auf.

Umschuldungen

Zwar haben in den achtziger Jahren etwa einhundert Entwicklungslander akute Schuldendienstprobleme bislang vermeiden konnen, gleichwohl ging die Verschlechterung der Schuldenkennzahlen rnit einer Flut von Umschuldungsaktionen einher. Die Zahl der formellen Umschuldungen von Mitgliedslandern der Weltbank stieg von durchschnittlich funf pro Jahr im Zeitraum 1975 bis 1980 auf dreizehn in 1981 und einunddreißig (mit einundzwanzig betroffenen Ländern) im Jahr 1983. Mindestens ebenso viele Umschuldungsverhandlungen fanden 1984 statt, jedoch wurden bis Ende des Jahres nur in einundzwanzig Fallen formelle Vereinbarungen erreicht, die sechzehn Länder mit einer Schuldensumme von gut 11 Mrd Dollar betrafen. Im Laufe des Jahres 1984 wurde zwar uber die Umschuldung von insgesamt 115 Mrd Dollar verhandelt, doch entfielen allein 93 Mrd Dollar bzw. vier Fünftel der Gesamtsumme auf drei Länder, namlich Argentinien, Mexiko und Venezuela.

Die Glaubigerlanderhaben die Strategie verfolgt, die Schuldenprobleme "von Fall zu Fall" zu lösen, wobei im wesentlichen bewährte Verfahrensweisen zur Anwendung gelangten (vgl. Sonderbeitrag 2.4). Die Umschuldungsmodalitaten waren im Jahr 1984 meistens großzügiger als 1982 und 1983. Die Laufzeiten und die tilgungsfreien Jahre waren langer; die Zinsaufschlage auf die Londoner Interbankrate (LIBOR) betrugen 1982 und 1983 für umgeschuldete Kredite zwischen 1% und 2½ Prozentpunkte, gingen jedoch 1984 auf 1% bis 2 Punkte zuriick. Auch die für Umschuldungsaktionen in Rechnung gestellten Gebuhren sind gesunken.

Vor allem in Reaktion auf Besorgnisse der Geschäftsbanken, die Garantien fur die Soliditat der Wirtschaftspolitik der Schuldnerlander verlangten, hat sich die Behandlung der Umschuldungsfalle gewandelt. Internationale Organisationen - insbesondere der IWF - haben an der Ausarbeitung von Sanierungsprogrammen mitgewirkt, die wirtschaftspolitische Reformen, Schuldenumstrukturierung und die Zufuhrung neuer Mittel beinhalteten. Auch Zentralbanken haben wichtige Beiträge geleistet, sei es indirekt durch die Bank fur Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), sei es auf direktem Wege wie der Federal Reserve Board. Diese Vorgehensweise kam besonders den lateinamerikanischen Schuldnerlandern zugute. Wegbereitend war ein - im wesentlichen 1984 abgeschlossenes - mehrjähriges Umschuldungsprogramm fur Bankschulden Mexikos in Hohe von 49 Mrd Dollar; diesem folgte ein mehrjähriges Umschuldungsprogramm fur Venezuela uber ein Kreditvolumen von fast 21 Mrd Dollar. Ende 1984 war eine mehrjahrige Umschuldungsaktion fur Brasilien in der Diskussion, wodurch ein Volumen von etwa 50 Mrd Dollar konsolidiert werden soll. Durch diese und andere Abkommen konnten die von der Verschuldung herrührenden Wachstumsbeschränkungen fur einige Hauptschuldnerländer gelockert werden. Gleichwohl wurde vereinzelt die Auffassung vertreten, daß eine radikalere Lösung der Schuldenprobleme notwendig sei (vgl. Sonderbeitrag 2.5).

Von den Fallen weniger Großschuldner abgesehen, wurden jeweils nur die Falligkeiten eines Jahres umgeschuldet. In unterschiedlichem Umfang waren dabei neben den privaten Krediten auch offentliche Kredite aus bilateralen Quellen (einschließlich

Sonderbeitrag 2.4 Umschuldungsverhandlungen im Wandel

Verhandlungen iiber Schuldenerleichterungen werden hauptsächlich im Rahmen folgender zwei Eiichtungen durchgeführt: des Pariser Klubs für Schulden gegeniiber Regierungen oder für von Regierungen verbiirgte Kredite sowie der Ad-hoc-Konsortien von Geschäftsbanken (manchmal auch Londoner Klub genannt) für nichtversicherte Schulden gegenuber Finzinstituten.

Der Pariser Klub

Der Pariser Klub entstand 1956, als eine Gruppe von Gläubigerländern in Paris zusammentrat, um iiber die Schulden Argentiniens gegeniiber Exportkreditinstituten zu verhandeln, die private Kreditgeber entschädigt hatten, nachdem Argentinien mit der Bedienung seiner Schulden in Verzug geraten war. Zwar besitzt der Klub keine geschriebene Satzung, doch hat sich auf der Grundlage von Erfahrung und Präzedenzfällen ein standardisiertes Verfahren herausgebildet, um eine Gleichbehandlung aller Gläubigerländer zu gewährleisten.

Die Verhandlungeniiber Schuldenerleichterungenerstrekken sich auf alle bilateralen offentlichen Darlehen, einschließlich der konzessionären Kredite und der offentlich verbiirgten Exportkredite. Die Konsolidierungsperiodebeträgt in der Regel ein Jahr, häufig gibt es aber auch aufeinanderfolgende Vereinbarungen: Schuldenerleichterungen für Liberia, Senegal, den Sudan, Togo und Zaire wurden in den letzten zehn Jahren mehr oder weniger kontinuierlicherneuert. Bereits zuvor umgeschuldete Kredite sind, falls erforderlich, ebenfalls konsolidiert worden.

Schuldenerleichterungensind in der Regel auf die laufenden Fälligkeiten beschränkt, wobei in der Regel zwischen 80 und 100 Prozent der Fälligkeiten umgeschuldet werden. Dieser konsolidierte Anteil ist nach einer tilgungsfreien Zeit von vier bii fünf Jahreninnerhalb von acht bis zehn Jahrenzu tilgen. Fur Länder mit schwerwiegenden Zahlungsbilanzproblemen kann der nicht kowolidierte Teil der Fälligkeiten in der tilgungsfreien Zeit amortisiert werden, in diesen Fällen erstreckt sich die Umschuldung auf 100 Prozent der in Frage kommenden Fälligkeiten. Zahlungsrückstände werden gelegentlich umgeschuldet, in der Regel sind sie aber rascher zurückzuzahlen.

Die Vereinbarungen des Pariser Klubs tragen dazu bei, die normale Außenhandels- und Projektfinanzierung in Schuldnerländern aufrechtzuerhalten. Wenn Schuldnerlander unter schwerwiegenden internationalen Liquiditatsproblemen leiden, die eine Folge des Zusammenbruchs der Beziehungen zu ihren Glaubigern sind, dann bildet eine Vereinbarung mit dem Pariser Klub den Rahmen für Verhandlungen mit offentlichen Glaubigern iiber die Umschuldung von Zahlungsrückständen, wodurch der Weg für neue Direktkredite oder verbiirgte Darlehen bereitet wird. Daraufhin erfolgen bilaterale Verhandlungen mit jedem Mitgliedsland im Rahmen der vereinbarten Gesamtlösung. Nachdem diese bilateralen Obereinkommen abgeschlossen worden sind (ein oftmals langwieriger Prozeß), nimmt jede betroffene Behörde den Versicherungsschutz für Exportkredite an die umgeschuldeten Länder wieder auf. Natiirlich konnen Schuldnerlander an den Pariser Klub auch herantreten. bevor sie in Liquiditatsprobleme geraten, die zu einer Storung der Außenhandelsfinanzierung führen; im Idealfall sollten sie dies auch tun. Der Pariser Klub fordert von den Schuldnerländern schnelle und ernsthafte Anstrengungen, um die grundlegenden Wirtschaftsprobleme in Angriff zu nehmen; ein vom IWF unterstiitztes wirtschaftspolitisches Anpassungsprogramm, das dem Land Ziehungen im Rahmen der hoheren Kredittranchen ermöglicht, ist eine typische Vorbedingung für eine Übereinkunft mit dem Pariser Klub. Obgleich der Pariser Klub Schuldenerleichterungen immer noch hauptsächlich unter dem Aspekt kurzfristiger Liquiditätsengpässe behandelt, hat er doch bei Schuldendienstproblemen von Entwicklungsländern, die ernsthafte Schritte unternehmen, um ihre Probleme zu meistern, eine grundsätzlich flexible Haltung bewiesen.

Der Pariser Klub war besonders erfolgreich bei Ländern, wo die aktuellen Liquiditatsprobleme primär durch die zeitliche Akkumulierung von Schuldendienstzahlungen entstanden sind. Er war jedoch wenigererfolgreich, wenn es um die Lösung der Probleme derjenigen Länder ging, bei denen wie in den afrikanischen Staaten südlich der Sahara — die Schuldendienstprobleme auf strukturelle Ursachen zurückzuführen sind. Wem die Aussichtenfiir die Wiederaufnahme des normalen Schuldendienstesiiber Jahre hinaus ungünstig sind, haben aufeinanderfolgende jährliche Umschuldungen uber ein Jahrzehnthin die Probleme oft nur zeitlich verschoben. Die flexible Haltung, die der Pariser Klub in der Vergangenheit bewiesen hat, gibt Grund zu der Annahme, daß er seine Tätigkeit weiterhin flexibel ausübt, um auch diese Probleme in den Griff zu bekommen.

Kommerzielle Bankschulden

Im Gegensatz zum Pariser Klub haben sich Umschuldungsverhandlungen mit Geschäftsbanken erst gegen Ende der siebziger Jahre entwickelt (vgl. Schaubild 2.4Å). Da der Grofiteil dieser Schulden aus Konsortialkrediten und nichtversicherten Außenhandels- oder Projektfinanzierungen besteht, und die Zahl der Gläubigerbanken in die Hunderte gehen kam, werden die Banken durch einen "Lenkungsausschuß" vertreten, der mit der Regierung des Schuldnerlandes Verhandlungenaufnimmt. Wenn ein Obereinkommenerzielt wird, muß es von jeder einzelnen Gläubigerbank gebilligt werden. Das Vorgehen ist im Laufe der siebziger Jahre rationell weiterentwickelt worden, wobei kleine Lenkungsausschüsse nun die Regel sind und koordinierte Mafinahmen ergriffen werden, um eine schnelle Vereinbarung mit allen beteiligten Banken herbeiführen zu können.

Geschaftsbanken schulden hauptsächlich die laufenden Fälligkeiten langfristiger Kredite um, gelegentlich auch Tilgungsrückstände. Zinsen werden nicht umgeschuldet; die Zinsrückstände müssen beglichen sein, bevor Umschuldungsvereinbarungen in Kraft treten konnen. Einije Verträge erstreckten sich auch auf die Konsolidierung kurzfristiger Schulden. Bei vielen Umschuldungen sind in jüngerer Zeit neue langfristige Kredite und Handelskreditfazilitäten als Teil eines Umschuldungspakets eingeraumt worden, womit im Endergebnis die **Zinszahlungen** kompensiert wurden. Die Verhandlungensind flexibel **geführt worden**; einige führten zu einem Zahlungsaufschub von einem Jahr auf das andere, wahrend umfassende langfristige Obereinkommen noch diskutiert wurden. Die Tilgung konsolidierter Schulden erstreckt sich in der Regel iiber sechs bis neun Jahre, wovon zwei bis vier tilgungsfrei sind. Der Zinsaufschlag gegeniiber (Fortsetzung)

Land	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Argentinien Bolivien Brasilien		■970					444		4 ,532	■23,24 ■536 ■5,350
Zentralafrikan. Rep. Chile	8216						5 55		83,478 813 3,400	
Costa Rica								The second	97	
Dominikanische Rep. Ecuador									■1,240 ■497 ■200 ■1,835	■4,475 ■590
Gabun Guyana				■105 ^a	29			1 4	1,000	■24
Honduras	1 57	1169	8110	- March	29			= 14		148
Elfenbeinküste			00							153
Jamaika					126		1 03			306 8106
Liberia						830	2 5	27	818	148 17
Madagaskar							142	8103		■71 □195 ■120
Malawi		and the same						1 24	3 0	4 120
Mexiko Sch		Jmschuldung Jmschuldung		Klub häftsbanken icklungshilfeko	menetium				■59 ■1,550 ^b	48,72
Marokko Mosambik		Grundsätzlich	vereinbart						■23,625 ■1,225	■530 8200
Nicaragua	T. Comb					■582	■188	■102		
Niger									3 3	■22 ■28
Nigeria							263		1 ,920	
Pakistan Peru				478					450	1 ,000
Pakistan				■ 478	■821				■450 ■380	■1,000 ■1,415 ■4,904 ■685
Pakistan Peru	1.			478				8234 1 598	■380 ■195 ^d	■1,415 ■4,904
Pakistan ezru Philippinen			■27		821	4 1	877	8234 ■1,598 ■84	■380	1,415 4,904 685
Pakistan Peru Philippinen Rumänien Senegal Sierra Leone Sudan		П				4 1	877	1 ,598	■380 ■195 ^d ■567	■1,415 ■4,904 ■685
Pakistan Peru Philippinen Rumänien Senegal Sierra Leone Sudan					334.	41		■1,598 ■84	■195 ^d ■567 064	1,415 4,904 685
Pakistan Peru Philippinen Rumänien Senegal Sierra Leone Sudan Togo				4-	373 170	■68	638	■1,598 ■84	■ 195 ^d ■ 567 0 6 4	1,415 4,904 685 197 225 88 8245
Pakistan Peru Philippinen Rumänien Senegal Sierra Leone Sudan Togo Türkei Uganda		B			373 170		892	■1,598 ■84	■ 195 ^d ■ 567 0 6 4 ■ 502 8 11 4 W74	1,415 4,904 685 197 225 88 8245
Pakistan Peru Philippinen Rumänien Senegal Sierra Leone Sudan Togo				4-	373 170	■68	■638 892 ■3,100	1,598 84 1174	■ 195 ^d ■ 567 0 6 4	1,415 4,904 685 197 25 88 8245 55
Pakistan Peru Philippinen Rumänien Senegal Sierra Leone Sudan Togo Türkei Uganda Uruguay Venezuela				4-	373 170	■68	■638 892 ■3,100	1,598 84 1174	■ 195 ^d ■ 567 0 6 4 ■ 502 8 11 4 W74	1,415 4,904 685 197 25 88 8245 55
Pakistan Peru Philippinen Rumänien Senegal Sierra Leone Sudan Togo Türkei Uganda Uruguay		211		4-	373 170	■68	■638 892 ■3,100	1,598 84 1174	■ 195 ^d ■ 567 0 6 4 ■ 502 8114 W74	1,415 4,904 685 197 25 88 8245 55

LIBOR liegt zwischen 1% und 2½ Prozentpunkten. Die Umschuldung der Kredite kostet in der Regel eine Gebühr von 1¼ bis 1½ Prozent.

Durch die jährlichen Umschuldungen wurden die unmittelbaren Schuldendienstprobleme erfolgreich uberwunden, doch blieb die Unsicherheit über die zukiinftige Position des Schuldners bestehen, was die Rückkehr zu einer normalen Finanzierung zu Marktbedingungen verhindern kann. Im Falle Mexikos unterzeichneten die Geschäftsbanken im März 1985 ein Abkommen zur Konsolidierung der in den Jahren 1985 bis 1990 falligen Staatsschulden, in dem die Banken eine Tilgungsstreckung über vierzehn Jahre akzeptierten, geringere Zinsmargen in den ersten Tilgungsjahren vereinbarten und auf Gebühren fiir die Umschuldung verzichteten. In jüngster Zeit wurde mit Ecuador ein mehrjähriges Umschuldungsabkommen abgeschlossen. Über ein ähnliches Abkommen wurde gegen Ende 1984 mit Venezuela grundsätzliche Über-

einstimmung erzielt, und eine Vereinbarung mit Brasilien befindet sich im fortgeschrittenen Verhandlungsstadium. Diese mehrjährigen Abkommen sind mit Ländern abgeschlossen worden, die substantielle Fortschritte bei der Anpassung ihrer Zahlungsbilanzen erreicht haben und glaubwürdige Strategien fiir ihre zukünftige Wirtschaftspolitik vorweisen können.

Jährliche Umschuldungen, ob von öffentlichen Schulden oder von kommerziellen Bankschulden, sind hiiichtlich des Zeitaufwands, den sie den leitenden Verhandlungsführern in Entwicklungsländern und den Instituten der Gläubiger abverlangen, sehr aufwendig. Sie führen auch dazu, daß das Hauptaugenmerk auf die fiianziellen Problemegelenkt wird, zum Nachteil der wirtschaftspolitischen Reformen. Mehrjährige Vereinbarungen auf Basis fallweiser Entscheidungen, die wirtschaftspolitische Reformen unterstützen, sind daher eine bevorzugte Verfahrensweise.

garantierter Exportkredite) betroffen. Öffentliche Kredite wurden im Rahmen des Pariser Klubs umgeschuldet, oft zusammen mit kommerziellen Krediten. Dieses Vorgehen garantierte die annähernde Gleichbehandlung der Glaubiger. Es war auch am besten dazu geeignet, auftretende Liquiditatsprobleme in den Griff zu bekommen und die ordnungsgemäße Bedienung der Schulden wiederherzustellen, wenn davon ausgegangen werden konnte, daß sich die Exporte eines Schuldnerlandes wieder erholen wurden.

Jahrliche Umschuldungen werfen jedoch auch gewisse Probleme auf. Allein in den Jahren 1983/84 haben fünfundzwanzig Länder (einschließlich Kuba und Polen) umgeschuldet - und zwar hauptsächlich die von staatlichen Stellen garantierten oder versicherten Exportkredite, die ursprünglich von privaten Kreditgebem gewahrt worden waren. Diese Umschuldungsaktionen bedeuteten eine große Belastung für die finanziellen Reserven und die Zahlungsfahigkeit der Exportkredit- und Exportversicherungsgesellschaften in . den Gläubigerländern. Außerdem haben zahlreiche afrikanische Lander Umschuldungen durchgefuhrt. Ihre Schwierigkeiten resultieren haufig aus strukturellen Problemen, die durch kurzfristige Liquiditatsengpasse verschärft werden. Fur diese Lander sowie fur Lander mit mittlerern Einkommen, die in starkem Maße vom Rohstoffexport abhangen, brachten die Umschuldungennicht die Vorteile, die einige lateinamerikanische Staaten daraus ziehen konnten. Nur im Falle Sudans haben Gläubiger- und Geberlander, auf einer von der Weltbank und vom IWF organisierten Konferenz, den langfristigen Finanzierungsbedarf des Landes in Rechnung gestellt. Spater gewahrten die Länder des Pariser Klubs einen längerfristigen Schuldenaufschub. Dem war jedoch kein Erfolg beschieden, da der Umfang der Umschuldung unzureichend und das Land nicht in der Lage war, den geforderten wirtschaftspolitischen Kurs einzuhalten.

Schlußfolgerungen

In Zeiten international stabiler Wirtschaftsverhältnisse, wie in den funfziger und sechziger Jahren, hat Auslandskapital betrachtlich zur wirtschaftlichen Expansion beigetragen. In Perioden, die durch heftige Schwankungen der Wirtschaftsaktivitat gekennzeichnetwaren, so in den vergangenen fünfzehn Jahren, spielte es eine ambivalente Rolle. Einerseits half es den Entwicklungslandern bei der Anpassung an externe Schocks, etwa in der Rezession 1974/75. Andererseits — so in der Rezession von 1981 bis 1983 — war es ein zusatzliches Medium der Übertragung von außen kommender Schocks.

Im Rahmen des gesamten Kapitalimports der Entwicklungslander konnten vielleicht die Gewichtsverlagerungen von der Beteiligungsfinanzierung zur Kreditfinanzierung und von offentlichen zu privaten Kapitalquellen erwartet werden. Mit der wirtschaftlichen Expansion der Entwicklungslander und der Veranderung ihrer Strukturen wurden ihre Beziehungen zur Weltwirtschaft zuneh-

Sonderbeitrag 2.5 Neuere Vorschlage für die Behandlung von Schuldendienstproblemen

Zahlreiche Lösungen sind für die Schuldenkrise bereits angeboten worden. Die Vorschliige spiegeln die Meinungsvielfalt über die Art der Schuldendienstprobleme und die adaquate Antwort darauf wider. Sie erstrecken sich auf finanzielle Ad-hoc-Vereinbarungen, fallweise Umschuldungen, die Kapitalisierung von Zinsen, offizielle Versicherungssysteme, Stabilisierungsfonds, die Schaffung neuer Instrumente, wie der Erwerb von Kapitalanteilen an offentlichen Untemehmen in **Schuldnerländern** oder Swap-Geschaftemit ausstehenden Schulden, sowie umfassende Umstrukturierungen der Schulden, einschließlich der Abschreibung von Auslandsfordemngen. Ziel dieser Lösungsvorschläge ist es, die Ruckkehr auf den Wachstumspfad zu ermoglichen, die Kreditwürdigkeit der Entwicklungsländer wiederherzustellen und die "spontane" Kreditgewährung durch Geschäftsbanken wieder in Gang zu setzen. Es wird hier nicht die Absicht verfolgt, die einzelnen Vorschliige zu erortem. Die vorgeschlagenen Lösungen lassen sich am besten beurteilen, indem vier Gesichtspunkte, die fur die Beziehungen zwischen Schuldnem und Glaubigem fundamentale Bedeutung haben, in Betracht gezogen werden.

- Die Unterscheidung zwischen den kollektiven und den individuellen Interessen der Gläubiger. Wenn den Glaubigem der volle Schuldendienst nicht geleistet werden kann, liegt es in ihrem kollektiven Interesse, die Zahlungen aufzuschieben - vielleicht sogar auf Teile der Zahlungen zu verzichten statt ein Moratorium oder eine Zahlungsverweigerung des Schuldnerszu provozieren. Einzelne Gläubiger haben jedoch ein Interesse daran, auf Zahlung zu bestehen, um letztlich von den anderen Beteiligten abgefunden zu werden. Jeder Reformvorschlag zur Schuldenkrise muß eine Antwort auf dieses Problem der "Trittbrettfahrer" finden. Einige der Vorschlage befürworten eine einmalige und endgültige Umwandlung der Schulden der Dritten Welt in langfristige, niedrigverzinsliche Kredite. Meistens wird dafür eingetreten, daß die Schulden von einer neuen internationalen Organisation übernommen werden sollen, womit sich die Frage stellt, ob fiir diesen Zweck zusatzliche offentliche Mittel verfügbar sind.
- Die Grenzen des Schuldendienstes. Die Schuldnerltinder haben nunmehr unter Beweis gestellt, daß sie in der Lage sind, hohe Handelsbilanziiberschussefür die Bedienung ihrer Schulden zu erwirtschaften. Fur einige Länder mag es bei ihrem gegenwartigen Entwicklungsstand schwierig sein, auf Dauer Exportuberschussezu erzielen, die zur Bezahlung ihrer gesamten Zinsen ausreichen, besonders dann, wenn die Zinssatze stiegen. Ein durchführbarer Reformplan muß somit nicht nur die Umschuldung der gesamten offenstehenden Verbindlichkeiten beinhalten; in einigen Fallen muß er wohl auch eine Vemngerung der laufenden Zinslast vorsehen.

Um die bestehenden Verbindlichkeiten umzuschulden, wird meist vorgeschlagen, die Bankkreditein andere langfristige Forderungen, insbesondere in langfristige Anleihekredite umzuwandeln. Um die Last der Zinszahlungen abzubauen, wird vorgeschlagen, daß die bezahlten Zinsen von den Banken wieder ausgeliehen werden; andere Vorschliigesehen

eine automatische Kreditierung der Zisen durch deren Kapitalisierung vor. Vereinzelt werden neue Kreditinstrumente befürwortet — wie die Umwandlung feststehender Forderungen gegenuber einem Land in Anteile an dessen Deviseneinnahmen oder am Kapital offentlicher Unternehmen.

• Anhaltende Unsicherheit. Jeder Plan zur Lösung des Schuldenproblems "auf einen Schlag" muß entweder die voraussichtliche Schuldenlast der Länder so weit verringem, daß ein zweiter Rettungsversuch nicht notwendig wird, oder er stellt kunftige Eventualitaten, wie eine Weltrezession oder hohere Zinssatze, in Rechnung. Er muß zudem Anreize für die Banken bieten, die Kreditvergabe auch in Zukunft fortzusetzen.

Verschiedene Projekte beinhalten Maßnahmen zur Bewältigung des Unsicherheitsproblems; sie reichen von Stabilisierungsfonds bei Schwankungen der Ölpreise oder Zinssatze bis zur Errichtung eines formellen Versicherungssystemszur Abwehr einer weiteren Krise. Es ist weniger gut ersichtlich, wie diese Vorschlage die zukünftige Kreditgewährung durch Banken sicherstellen; der dabei eingeschlagene Weg hat erhebliche Konsequenzen fur die Verteilung der Lasten und den zukunftigen Zugang zu den intemationalen Kapitalmärkten.

• Aufrechterhaltung der Solvenz des Bankensystems. GroBe Banken halten Forderungen gegen Entwicklungslander,
die einem Mehrfachen ihres Eigenkapitalsentsprechen. Jeder
Plan, der darauf hinauslauft, daß die Schulden in großem
Umfang abgeschrieben werden, muß das Fortbestehen dieser
Banken sicherstellen. Die meisten Vorschliige versuchen, die
Abschreibungen moglichst gering zu halten, so daß die
Banken zahlungsfähig bleiben. Andere Pläne sehen auch den
teilweisen Ankauf der Forderungengegenuber Entwicklungsländern mit offentlichen Geldern vor.

Das gegenwartige Vorgehen, das die Umstrukturierung des Schuldendienstes mit wirtschaftspolitischen Anpassungsmaßnahmen der Schuldnerlander kombiniert, hat eine Antwort fur jedes dieser Probleme. Von wichtigen Details einmal abgesehen, wird die Frage der "Trittbrettfahrer" durch gelegentlichen Druck auf die Banken sowie durch gütliches Zureden gelöst; wird die Zinslast durch erneute Kreditvergabe im Rahmen konventioneller Umschuldungsaktionen reduziert; wird das Problem der Unsicherheit bewaltigt, indem die Banken nicht aus ihrer Mitverantwortung entlassen werden und es damit weiterhin moglich bleibt, von den Glaubigem zusätzliche Kredite zu erhalten, und schließlich wird das Problem der Zahlungsunfahigkeit umgangen, indem man einen hohen Abschreibungsbedarf vermeidet. Eine stärkere Anwendung von mehrjährigen Schuldenumstrukturierungen auf fallweiser Basis, als Teil eines umfassenden finanziellen Maßnahmenbündels zur Förderung von Stabilitat und Anpassung, vor allem in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara, wird jedoch dazu beitragen, die Schuldendienstprobleme zu mildern. Bislang hat diese Methode besser funktioniert, als viele erwartet hatten.

mend denen der Industriestaaten ähnlich. Mit einem abnehmenden Anteil der Infrastrukturprojekte an den Investitionen, mit wachsender Industrialisierung, mit der Veranderung der Exportstruktur — von Rohstoffen hin zu Fertigerzeugnissen — und mit dem Ausbau des inlandischen Finanzsystems wachst auch die Fahigkeit der Entwicklungslander, die auf den internationalen Finanzmärkten gebotenen Chancen zu nutzen.

Der Zuflufl privaten Auslandskapitals zu den Entwicklungslandern stieg jedoch nicht allmahlich, parallel zu ihrem wirtschaftlichen Fortschritt. In den siebziger Jahren kam es zu einer plotzlichen Expansion des Kapitalimports, die von beispiellosen Ungleichgewichten im internationalen Zahlungsbilanzgefuge begleitet wurde. Das fur die Ausweitung der Investitionen zur Verfügung stehende Auslandskapital wurde deshalb durch den unmittelbaren Finanzbedarf fur die Bezahlung des teurer gewordenen Öls begrenzt.

Ungeachtet der wirtschaftlichen Erschutterungen in den letzten **zwölf** Jahren **haben** einige Lander der

Dritten Welt ausreichende Fortschritte erzielt, um unter "normalen" Bedingungen verstarkt Mittel an den internationalen Finanzmarkten aufnehmen zu konnen. Lander, denen es gelungen war, zu Anfang der achtziger Jahre eine Schuldenkrise zu vermeiden, erfullten weitgehend die wichtigsten Vorbedingungen fur eine kommerzielle Kreditaufnahme. Sie durchliefen vor dem Gang zu den Kreditmarkten eine ausgedehnte Wachstumsphase, hatten ihren Auflenhandelssektor erweitert und ihre Exporte diversifiziert. Obgleich sie sich in den siebziger Jahren betrachtlich verschuldet hatten, konnten sie dem beispiellosen Anstieg der Realzinssatze, der Weltrezession und den starken Wechselkursschwankungen zu Anfang der achtziger Jahre relativ erfolgreich standhalten. Im Zentrum der historischen Erfahrungen sowie des Ausblicks auf die Zukunft steht deshalb die Wirtschaftspolitik sowohl der Industrie- als auch der Entwicklungsländer. Die Rolle der Wirtschaftspolitik wird in den zwei folgenden Kapiteln behandelt.

Teil II Die Bedeutung der Wirtschaftspolitik

3 Die Wirtschafts- und Handelspolitik der Industrieländer: Die Sicht der Entwicklungsländer

Der internationale Handel und der internationale Kapitalverkehr bilden die wichtigsten ökonomischen Bindeglieder zwischen Industrie- und Entwicklungslandern. Die Wirtschaftspolitik der Industrielander — ihre Finanz-, Geld- und Außenhandelspolitik — bestimmt weitgehend das weltwirtschaftliche Umfeld der Entwicklungsliinder. Diese Zusammenhänge sind zumeist bekannt. Das Tempo der wirtschaftlichen Expansion in den Industrielandern beeinflußt ebenso den Export der Entwicklungsländer wie das Ausmaß des Protektionismus; die Zinssatze und Wechselkursein den Industrielandern bestimmen die Kosten der Verschuldung fur viele Entwicklungslander — diese Aufzahlung ließe sich weiter fortsetzen.

Weniger bekannt ist das Ausmaß, in dern die Industrielander vom Geschehen in der Dritten Welt beeinflußt werden. Etwa 30 Prozent ihrer gesamten Exporte gingen 1983 in die Entwicklungsliinder. Der Rückgang der Exporte der Vereinigten Staaten in die funf großen lateinamerikanischen Schuldnerlander um 48 Prozent im Zeitraum 1981 bis 1983 trug maßgeblich zur damaligen Verschlechterung der amerikanischen Handelsbilanz bei. In den letzten Jahren, als die Schuldnerlander der Dritten Welt mit der Bedienung ihrer Schulden in Schwierigkeiten gerieten, sind auch die Risiken für das Bankensystem der Industrielander deutlich sichtbar geworden. Wie vielen Klischees, so liegen auch dern Schlagwort von der "weltwirtschaftlichen Interdependenz" handfeste Fakten zugrunde.

Die jungsten wirtschaftlichen Tendenzen haben dies erneut bestatigt. Die kräftige Erholung in den Vereinigten Staaten war die Hauptursache fur die Expansion des Welthandels. Das Welthandelsvolumen war 1982, parallel zur Abschwachung der amerikanischen Wirtschaft, um 2,5 Prozent zurückgegangen, erholte sich aber kraftig und erreichte 1984 eine Zuwachsrate von schatzungsweise 8,5 Prozent. Die Entwicklungslander profitierten hiervon: Ihre Exporte stiegen 1984 um schatzungsweise 9 Prozent, nach nur 1,7 Prozent im Jahr 1982. Zwar

erhohten die meisten großen Schuldnerlander ihr Exportangebot, indem sie die Inlandsnachfrage drosselten und ihr Außenhandelssystem reformierten, doch spielte auch die Expansion der Auslandsnachfrage eine wichtige Rolle. Dies zeigt sich daran, daß die Exportpreise der Entwicklungslinder starker stiegen als die Außenhandelspreise insgesamt.

Die wirtschaftliche Erholung in den Industrieländern verlief jedoch in mancher Hinsicht atypisch, was dazu fuhrte, daß sich ihr Nutzen fur die iibrige Welt in Grenzen hielt. Beunruhigend an ihr sind das außergewöhnlich hohe Niveau der Realzinssatze, vor allem in den Vereinigten Staaten, und die starke Aufwertung des US-Dollars. Hohe Realzinssatze steigern die Schuldendienstlast der Schuldnerländer. Der hohe reale Wechselkurs des Dollars hat dazu beigetragen, daß die Rohstoffpreise relativ zu den Preisen von Importgutern aus den Vereinigten Staaten unter Druck gerieten, wodurch Netto-Exporteure von Rohstoffen, die wie Brasilien in erheblichem Umfang aus den Vereinigten Staaten importieren, vom Konjunkturaufschwung in den Industrielandern weniger profitierten, als üblicherweise in diesem Stadium des Konjunkturzyklus (vgl. Sonderbeitrag 3.1). Gleichwohl diirfte der Wechselkurs des Dollars die hohen US-Handelsbilanzdefizite mitverursacht haben, die in verschiedenen Entwicklungsliindernzu einem raschen Wachstum des Exportvolumens fiihrten.

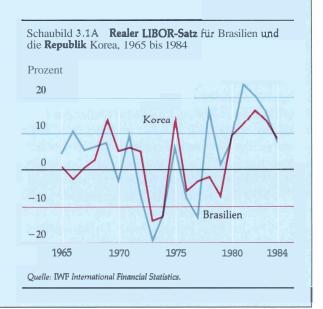
Dieses Kapitel beschreibt zunachst in großen Zugen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Industrielander in den vergangenen fiinfzehn Jahren, um die strukturellen Wandlungen des Kapitalverkehrs zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu beleuchten. Anschließend werden wirtschaftspolitische Fragen untersucht; das besondere Augenmerk gilt dabei dern Einfluß der Wirtschaftspolitik auf das internationale Zinsniveau, die Wechselkurse und das Angebot von Finanzmitteln fur die Entwicklungslander sowie den Auswirkungen des Protektionismus auf den Außenhandel und die Fahigkeit der wichtigen Schuldnerliinder, ihren Schuldendienst zu leisten.

Sonderbeitrag 3.1 Rohstoffpreise, Konjunkturzyklen und der reale Wechselkurs des Dollars

Die Rohstoffpreise wurden immer stark durch die Konjunktur in den Industrieländern beeinflußt. Ökonometrische Berechnungen kommen zu dem Ergebnis, daß ein Anstieg der Arbeitslosenquotein den OECD-Undem um einen Prozentpunkt mit einem Rückgang der realen Rohstoffpreise um 15 Prozent einhergeht. Dieser Zusammenhang scheint sich jedoch im gegenwärtigen Konjunkturaufschwung verandert zu haben. Real gerechnet — was hier bedeutet, daß die jeweiligen Preise mit dem Preisindex des BIP der Vereinigten Staaten deflationiertwurden — fielen die Rohstoffpreise von 1979 bis 1982 um 44 Prozent, ungeachtet der wirtschaftlichen Erholung sind sie aber seit Mitte 1984, nach einem Anstieg im Jahr 1983, ständig weiter zurückgegangen.

Zum Teil ist die Erklärung für den scharfen Fall im Zeitraum 1980 bis 1982 und für den atypischen Rückgang seit Mitte 1984 in der starken realen Aufwertungdes Dollars seit 1980 zu suchen. Ein Anstieg des realen Außenwerts des Dollars gegenuber anderen Industrieländern verteuert die amerikanischen Produkte, gemessen an den Gütern dieser anderen Under. Bei gegebenen Rohstoffpreisen wird die Nachfrage nach Rohstoffen in den Vereinigten Staaten steigen, da ihre Preise relativ zu denen amerikanischer Güter gefallen sind. Dies wird einen Teil der Rohstoffexporte von den anderen Industrieländern in die Vereinigten Staaten umlenken und auch ein gewisses zusatzliches Angebot hervorbringen. Per saldo werden die Rohstoffpreise - in amerikanischen Gütern gemessen - fallen, während sie gemessen in Gütern anderer Industrieländer - steigen. Wenn die Vereinigten Staaten am gesamten Welthandel stärker partizipieren als an den Rohstoffimporten der OECD-Länder, werden nach einer Aufwertung des Dollars die Rohstoffpreise - gemessen an den gesamten Außenhandelsgütern — zurückgehen. Empirische Untersuchungen zeigen, daß eine reale Aufwertung des Dollars um 10 Prozent die realen Rohstoffpreise – gemessen in amerikanischen Gütern - um 6 Prozent drückt.

Dieser **Zusammenhang** hat fur h d e r wie Brasilien **offen**sichtliche Konsequenzen: Brasilien ist ein Nettoexporteur von Rohstoffen, aber ein **großer** Teil seiner **Importe** stammt aus den Vereinigten Staaten. Fiir **Länder** wie Brasilien lief in den Jahren **1981/82** vieles gleichzeitig falsch. Die Zinsen stiegen, während die **Rezession** die Rohstoffpreise **drückte**; die **Dollaraufwertung führte** zu einem **zusätzlichen Druck** auf die Rohstoffpreise und verteuerte die Importe. **Nettoimpor**teure von **Grundstoffen** wie Korea profitierten zumindest von den billigeren **Einfuhren**. Das Schaubild **3.1A** zeigt dies für Korea und Brasilien **anhand** der an den Exportpreisen gemessenen **Realzinsen** — d. h. des **Libor-Satzes** abzuglich der Steigerungsrate der Exportpreise in Dollar.



Gesamtwirtschaftliche Hemmnisse und Wirkungen auf den Kapitalverkehr

Die Strukturbruche der Jahre 1969 bis 1973 hatten gravierende Ungleichgewichte im intemationalen Leistungsbilanzgefüge zur Folge. Hohere Ölpreise führten zu einem Einkommenstransfer von Ländern mit mäßiger oder niedriger gesamtwirtschaftlicher Ersparnis (Industrie- und Entwicklungsländern) zu den olexportierenden Ländern mit (damals) hoher Erspamis. Daraus ergab sich ein weltweites Überangebot an Sparkapital, das die Weltproduktion und das internationale Zinsniveau unter Druck setzte. Real betrachtet stellten sich fur mehrere Jahre negative Zinssatze ein, offenkundig eine Situation, die zur Fehlleitung von Ressourcenfuhrte und nicht aufrechterhalten werden konnte.

Obgleich im Nachhinein die Entwicklung der Leistungsbilanzen zur Mitte der siebziger Jahre unschwer zu erklaren ist, trat sie damals unerwartet ein. Die erste Überraschung war, daß das "Recycling" der OPEC-Überschüsse so leicht vor sich ging, wozu vor allem das Wachstum des Eurodollar-Marktes beitrug (vgl. Kapitel 6); die zweite Überraschung war die sich herausbildende Struktur der Leistungsbilanzdefizite.

Man envartete, daß die Industrielander — als größte Ölimporteure — Defizite aufweisen wurden, welche die OPEC-Oberschusse ausglichen, während die Entwicklungslander beim Recycling nur eine Nebenrolle spielen sollten. Die meisten Beobachter waren der Ansicht, daß ein finanzieller Apparat, wie er fur die Ruckschleusung der Oberschusse zu den Entwicklungslandern benotigt wür-

TABELLE 3.1 **Leistungsbilanzsalden** der Industrie- und der Entwicklungsländer, 1970 bis 1984 (Mrd Dollar)

Ländergruppe	1970—72 ^a	1973	1974	1975—78ª	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Industrieländer	7,0	10,3	-14.6	12,1	-5,6	-38,8	3,1	1,2	2,2	-34,2
Vereinigte Staaten	0,4	9,1	7,6	1,2	2,6	6,6	10,7	-3.8	-35,5	-93,4
Sechs übrige große Industrieländer	9,3	0,6	-10,4	19,0	4,6	18,7	8,8	17,7	39,0	53,2
Ölexporteure im Nahen Osten	2,0	6,5	55,9	33,8	61,9	99,6	56,3	3 3	-111	-6,0
Entwicklungsländer	—12,8	-9,1	— 21,0	-39,5	51,7	-68,0	-105,1	-99,2	— 56,7	35,6

Quelle: IWF und Weltbank.

de, einfach nicht existiere. Die Tabelle 3.1. zeigt, wie sich die Dinge tatsächlich entwickelten. Die sieben größten Industrieländer kehrten alsbald wieder zu der vor 1973 bestehenden Leistungsbilanzsituation zuruck. Im Jahr 1974 wiesen sie ein Defizit in Hohe von 2,8 Mrd Dollar auf, danach erzielten sie im Zeitraum 1975 bis 1978 wieder einen Überschuß von durchschnittlich 20 Mrd Dollar pro Jahr, verglichen mit 9,7 Mrd Dollar im Jahr 1973. Zwar wiesen einige kleinere Industrieliinder Defizite auf, insgesamt erreichte die Ländergruppe aber in den Jahren 1975 bis 1978 Überschüsse von durchschnittlich 12 Mrd Dollar pro Jahr. Demgegenuber gerieten die olimportierenden Entwicklungsländer 1974 und 1975 in eine betrachtliche Defizitposition. Verglichen mit dem Stand von 1973 blieben ihre Leistungsbilanzdefizitein den Jahren 1976 bis 1978 hoch, auch wenn sie relativ zum BSP dieser Ländergruppe geringfugig zuriickgingen.

Die OPEC-Überschüsse wurden daher weitgehend in die Dritte Welt und nicht in die Industrieländer zuriickgeschleust. Dies wurde durch eine wichtige strukturelle Veränderung des Kapitalverkehrs zwischen Industrie- und Entwicklungsliinder moglich, in dem die Geschäftsbanken nun eine wesentlich **größere** Bedeutung erlangten als zuvor. Zwar nahmen die offentlichen Kredite und unentgeltlichen Leistungen der Industrielander in den Jahren 1974/75 betrachtlich zu, doch stellte das Wachstum der Bankkredite an Entwicklungslander die bedeutendste Veranderung dar. Die internationalen Kapitalmarkte wurden damit zu einem wichtigen Transmissionsmechanismus, der die Effekte wirtschaftspolitischer Maßnahmen in den Industrielandern auf die Entwicklungsliinder übertrug.

Die Industrieliinder reduzierten in den siebziger Jahren ihre Spar- und Investitionsquoten. Wie Kapitel 4 zeigt, erhohten sich jedoch die Sparquoten in den meisten Entwicklungsltindern — die afrikanischen Under südlich der Sahara bilden hierbei die Ausnahme. Ein großer Teil der von den Entwicklungslandern zusatzlich erhaltenen Mittel wurde somit zur Ausweitung der Investitionen verwendet. Dies ermoglichte es ihnen, die Wachstumsraten ihres BIP aufrechtzuerhaltenoder sogar zu steigern. Ohne diese expansive Wirtschaftspolitik in den Ländern der Dritten Welt und die daraus resultierende Zunahme ihrer Importnachfrage wäre die Rezession in den Industrieliindern noch gravierender ausgefallen. Durch ihre stark gestiegenen Schulden und den hoheren Anteil variabel verzinslicher Mittel waren diese Ltinder aber in eine stärkere Abhiingigkeit von den finanz- und geldpolitischen Maßnahmen der industrialisierten Welt geraten. Die Bedeutung dieser Abhangigkeit trat Anfang der achtziger Jahre klar zu Tage.

Anfang 1980 standen die Industrielander in einer sich vertiefenden Rezession. In vielen Ländern waren die Haushaltsdefizite bereits so umfangreich, daß eine finanzpolitische Nachfragestimulierung als Ausweg aus der Rezession fur undurchführbar gehalten wurde. Zur gleichen Zeit entschlossensich die Regierungen der Industrielanderzu einer restriktiven Geldpolitik, um die Inflation zu bekampfen. Die geldpolitische Kehrtwende war in den Vereinigten Staaten am ausgepragtesten. 1979 ging der Federal Reserve Board von der Steuerung der Zinsen zur Steuerung der Geldmengenaggregate über. Die veranderte Steuerungstechnik, die mit einer stärkeren geldpolitischen Restriktion einherging, fiihrte sowohl zu hoheren als auch zu unstetigeren Zinssatzen; dies hatte erhebliche Konsequenzen für Lander, die einen betrachtlichen Teil ihrer Schulden zu variablen Zinsen aufgenommen hatten oder die einen Refinanzierungsbedarf aufwiesen. Durch die zunehmende Verbreitung der

a. Jahresdurchschnitt.

b. Auf Basis einer Auswahl von neunzig Entwicklungsländern.

Sonderbeitrag 3.2 Zinsschwankungen, Risikoverlagerung und variabel verzinsliche Schulden

Den Schuldnerländern der Dritten Welt konnte es scheinen, als ob bei einem Wechsel von festverzinslichen Krediten zu variabel verzinslichenalle Risikena d sie übergingen. Dies ist nicht notwendigenveise der Fall. Eine solche Umschichtung beeinflußt den realen Zinssatz überhaupt nicht, wenn die Bewegungen der Realzinsen mit Schwankungen der Inflationsratenzusammenhängen. Falls sich jedoch die Realzinsen aufgrund von Schwankungen der Nominalzinsen verandem, trägt bei festen Zinssätzen der Gläubiger alle Risiken, während sie bei variablen Satzen der Schuldner trägt.

Weder fest noch variabel verzinsliche Kredite gewähren einen vollkommenen Schutz vor Schwankungen der Realzinsen. Diese Absichemng kann durch Kredite erreicht werden, deren Verzinsung an die Inflationsrate gebunden ist. Solche Kreditinstrumente gibt es auf den internationalen Kapitalmärkten oder den heimischen Kapitalmarkten der meisten größeren Industrieländer praktisch nicht (eine Ausnahme bildet Großbritannien, wo ein Teil der Staatsverschuldung indexiertist). Aber sogar bei Indexierung kann der Schuldner dem Zinsrisiko ausgesetzt sein, wenn der Kredit kurzfristig ist und haufig zu eventuell hoheren Zinsen refinanziert werden muß.

Bei der Einschatzung ihrer Finanzierungsmoglichkeiten müssen Schuldner auch einen naheliegenden, gleichwohl manchmal übersehenen Gesichtspunkt beachten: Der Kredit wird teurer, wenn der Kreditgeber das Zinsrisiko teilweise oder ganz ubemimmt. Die Lage ist ähnlich wie etwa bei einer Haus- oder Autoversichemng: Um das Risiko vollstandii

abzudecken, muß eine Pramie gezahlt werden.

Außerdem sollte sich ein Land nicht nur über die Schwankungen der Zinszahlungen a d seine Auslandsschulden Gedanken machen, sondern auch über die Fluktuationen des Volkseinkommens, von dem die Zinszahlungen nur ein (negativer) Teilbetrag sind. Manchmal kompensieren sich diese Effekte gegenseitig. Als Beispiel kann ein Rohstoffexporteur mit hohen Auslandsschulden dienen.

Wenn die weltwirtschaftliche Instabilitat vor allem durch Schwankungen der Gesamtnachfrage ausgelost wird, dann werden die Zinsen zusammen mit den Rohstoffpreisen steigen und fallen. Unter diesen Umständen konnte eine Verschuldungzu variablen Realzinssätzen für einen Rohstoffexporteurattraktiv sein: Wenn die Devisenerlose im Export wegen der niedrigen Rohstoffpreise sinken, dann werden wahrscheinlich auch die Realzinssätze niedrig sein; dies verringert die Schuldendienstbelastung des Landes und tragt dazu bei, das Volkseinkommen gegenüber Schwankungen der Exporterlose abzuschirrnen.

Dieses Beispiel zeigt, daß die Verminderung der Schwankungen einer Komponente des Volkseinkommens (in diesem Fall der realen Zinszahlungen auf die Auslandsschulden) tatsachlich die Fluktuationen des Volkseinkommens selbst verstarken kann, wenn die auf die einzelnen Komponenten einwirkenden Faktoren miteinander korreliert sind. Ob indexierte Kredite fur ein Schuldnerland vorteilhaft sind, hangt daher von den Ursachen der weltwirtschaftlichen Stomngen und der Außenhandelsstruktur des Landes ab.

variabel verzinslichen Kredite wurde das Zinsrisiko voll auf die Schuldnerlander verlagert (vgl. Sonderbeitrag 3.2).

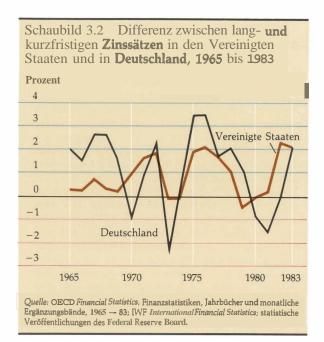
Der zweite **große Ölpreisschock** in den Jahren 1979/80 konnte den Anstieg der Realzinsen nicht



bremsen: die OPEC-Uberschusse waren nur von kurzer Dauer und die Geldpolitik in den großen Industrieländern war wesentlich restriktiver. Die Entwicklungslander hatten somit gerade dann hohere Zinsen für ihre Auslandsschulden aufzubringen, als die Nachfrage auf ihren Hauptexportmärkten zurückging.

Wirtschaftspolitik, Zinsen und Wechselkurse

Bis zum Sommer 1982 fuhrte die Wirtschaftspolitik in den Industrielandern zu vorhersehbaren Ergebnissen. Ein zeitweise hohes Realzinsniveauwar eine unvermeidliche Begleiterscheinung der geldpolitischen Inflationsbekampfung. Am ausgepragtesten war die restriktive Geldpolitik in den Vereinigten Staaten. Dies trug sowohl zur Aufwertung des Dollars bei als auch zu dem Umstand, daß der Konjunktureinbruch in den Vereinigten Staaten starker ausfiel als in den anderen größeren Industrielandern, obwohl die Finanzpolitik in den meisten europaischen Staaten und in Japan restriktiver war. Außerdem legte die expansive Finanzpolitik, die 1981 in den Vereinigten Staaten Gestalt



annahm, eindeutig die Grundlagen für die konjunkturelle Erholung, da sie sowohl die personlichen verfiigbaren Einkommen als auch die Netto-Rendite auf Unternehmensinvestitionen verbesserte.

Seit Mitte 1982 nahm die Entwicklung in den Industrielandern einen weniger voraussehbaren Verlauf. In den Vereinigten Staaten hatten veränderte Bankengesetze starke erratische Schwankungen der Geldnachfrage zur Folge, die von der amerikanischen Notenbank akkomodiert wurden. Zur gleichen Zeit begann sich die vorausgegangene Restriktionspolitik auszuzahlen: Im Laufe des Jahres 1982 ging die Inflationsrate zurück und verharrte seitdem bei etwa 4 bis 5 Prozent (vgl. Schaubild 3.1). Die Nominalzinsen sanken jedoch nicht im Einklang mit der Inflationsrate; real gerechnet (d. h. nach Abzug der tatsachlichen Inflationsrate)stiegen sie daher weiter an (vgl. Schaubild 1.4). Außerdem erhöhten sich die langfristigen Zinssatze stärker alr die Zinsen am kurzen Ende des Marktes (vgl. Schaubild 3.2). Dieser steilere Anstieg der Zinsstruktur ist für die Entwicklungsländer von erheblicher Relevanz: Da die langfristigen Zinsen die Erwartungen iiber die kiinftige Entwicklung der kurzfristigen Zinsen widerspiegeln, bedeuten hohe langfristige Zinssatze, daß die Schuldnerlander mit anhaltend hohen Schuldendienstverpflichtungen rechnen müssen.

Zumindest vier Bestimmungsfaktoren sind **zur** Erklarung der höheren Realzinsen in den Vereinigten Staaten herangezogen worden.

• Restriktive Geldpolitik. Die Politik des knappen

Geldes hilft, die Entwicklung bis einschließlich 1982 zu erklaren. Wie bei einer solchen Politik zu erwarten ist, gingen die Inflationsrate und die Produktion zuriick, fielen die Aktienkurse und stiegen die Realzinsen. Die Geldpolitik war in den Vereinigten Staaten restriktiver als im Ausland, so daß sie zur realen Aufwertung des Dollars beitrug. Solche Effekte sind jedoch voriibergehender Natur und sollten daher die kurzfristigen Zinssatze zunachst nach oben treiben, bevor sie wieder an Wirkung verlieren. Dementsprechend sollten bei einer Geldverknappungdie kurzfristigen Satze stärker steigen als die langfristigen. Tatdichlich aber stiegen die kurzfristigen Satze weniger als die langfristigen. Deshalb müssen auch andere Faktoren zur Erklärung der anhaltend hohen Realzinssätze nach 1982 herangezogen werden.

- Hohe Inflationserwartungen. Wenn erwartet wird, daß die kiinftige Inflationsratesehr viel hoher ausfallt als die gegenwartige, sind die langfristigen Zinssatze zwar nominal gesehen hoch, nicht jedoch real betrachtet. Ein solches Argument läßt sich nicht mit dem hohen realen Wechselkurs des Dollars vereinbaren; eine hohe erwartete Inflationsrate sollte unter sonst gleichen Bedingungen zu einer Abwertung des Dollar führen, nicht aber zu der tatsachlich eingetretenen Aufwertung. Daher konnen die Erwartungen allein den Anstieg des amerikanischen Zinsniveaus nicht erklaren.
- Ein steuerlich induzierter Investitionsboom. Im Jahr 1981 traten in den Vereinigten Staaten veränderte Steuergesetze in Kraft, die die Investitionen begiinstigten. Diese Reform hatte zur Folge: a) eine kräftige Erholung der amerikanischen Aktienmärk-



Sonderbeitrag 3.3 Die Berechnung des Staatsdefizits

Die Berechnung des Staatsdefizits wirft sowohl statistische Abgrenzungsprobleme als auch Fragen der okonomischen Analyse auf.

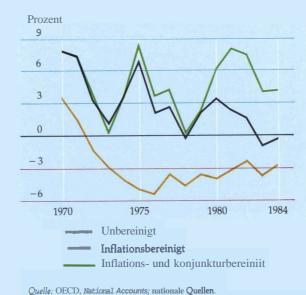
• Statistische Fragen. Die meisten Staaten weisen verschiedene Ebenen staatlicher Aktivität auf — die nationale, die einzelstaatliche und die kommunale. Die relative Bedeutung der nationalen Regierungsebene ist von Land zu Land, entsprechend dem jeweiligen Umfang ihrer Funktionen, verschieden. In die Berechnung des Defuits der offentlichen Hand sollten die Haushalte aller Ebenen einbezogen werden, da das Gesamtdefiiit finanziert werden muß.

Abgrenzungsprobleme treten auch bei der Berücksichtigung der Inflation auf. Wenn zum Beispiel die Preise um jährlich 10 Prozent steigen, wird eine Schuld in Hohe von 100 Dollar nach einem Jahr nur noch einen realen Wert von 90 Dollar haben. Die Inflation wirkt wie eine versteckte Kapitalabgabe auf die ausstehende Schuld. In Kenntnis dieser Tatsache verlangen die Kreditgeber einen Ausgleich in Form höherer Zinsen. Ein Teil der staatlichen Zinslast stellt daher eigentlich eine Rückzahlung von Schulden dar und nicht realen Aufwand für die Staatsschuld. Die ubliche Berechnung des Staatsdefizitserfaßt jedoch die gesamten Zinszahlungen für die Staatsschulden bei den laufenden Staatsausgaben. Sie überschätzt daher die realen Kosten der Bedienung der Staatsschulden. Im inflationsbereinigten Defizit (von dem in diesem Kapitel die Rede ist) werden nur die realen Zinskosten der Staatsschuldals Teil der laufenden Ausgaben der offentlichen Hand beriicksichtigt.

Das Schaubild **3.3A** zeigt beide Konzepte im Falle **Groß**-britanniens. Die Differenz zwischen dem unkorrigierten Defizit und dem inflationsbereinigten Saldo **verringert** sich in den achtziger Jahren betrachtlich — ein Reflex der sinkenden Inflationsrate. Es erscheint bemerkenswert, **daß Großbritan**nien **während** der **siebziger** Jahre und der **frühen** achtziger Jahre tatsachlich zumeist **Haushaltsüberschüsse aufwies**.

• Analytische Fragen. Jede Analyse der okonomischen Wirkungen von Haushaltsdefiziten muß zunächst die Ursachen ihrer Entstehung herausfinden. So wirkt sich eine Kürzung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (durchdie im Prinzip die Lohnsumme besteuert wird) anders auf die Gesamtwirtschaft aus als eine Steigerung der Verteidigungsausgaben, auch wenn beide den gleichen Anstieg des Defizitsnach sich ziehen. Mit einem einzigen Maßstab lassen sich nicht alle relevanten Merkmale der komplexen Ausgaben- und Einnahmenstrukturen erfassen, aus denen sich die Finanzpolitik zusammensetzt.

Ein zweites Problem betrifft die Konjunkturbereinigung des Defizits. Der Staatshaushalt wird von der konjunkturellen Lage der Wirtschaft beeinfldt, und zwar fiihrt steigende Schaubild **3.3A** Finanzierungssaldo der offentlichen Hand in Großbritannien in Prozent des Volkseinkommens, 1970 bis 1984



Arbeitslosigkeit zu einem wachsenden Defizit, weil die Steuereinnahmen zurückgehen, während die Ausgaben fiir die Arbeitslosenunterstützung zunehmen. Um die Grund-

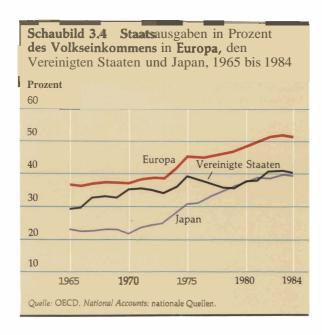
richtung der Finanzpolitik festzustellen, werden bei haushaltspolitischen Analysen solche konjunkturellen Einflüsse häufig ausgeschaltet. Das Schaubild zeigt, daß sich in Großbritannien die Lucke zwischen dem inflations- aber nicht konjunkturbereinigten Defizit und dem zusätzlich konjunkturbereinigten Defizit im Zuge steigender Arbeitslo-

sigkeit nach 1979/80 dramatisch vergrößert hat.

Das Konzept eines konjunkturbereinigten Defizits versucht, den Teil des Defizits zu eliminieren, der durch andere Faktoren als durch Änderungen der Finanzpolitikentstanden ist. Jedoch müssen auch die durch andere Faktoren entstandenen Defizite finanziert werden, und zwar durch eine ausgleichende Bewegung entweder der privaten oder ausländischen Erspamis oder der Investitionen. Geht es daher um die Auswirkungen eines veranderten Staatsdefizits auf das Gleichgewicht zwischen Erspamis und Investition und somit auf das Zinsniveau, aber nicht um den Kurs der Finanzpolitik selbst, so ist das Konzept des konjunkturbereinigten Defiiits weniger nützlich.

te in den Jahren 1983/84 und b) einen starken Anstieg der Investitionen, der trotz hoher Realzinsen ausgepragter war als sonst im fruhen Stadium eines Konjunkturzyklus. Wie Schaubild 3.3 zeigt, ist in der Tat die durchschnittliche Steuerbelastung der Unternehmensgewinne betrachtlich gesunken. Der Rückgang der effektiven Gewinnbelastung um 7 Prozent kann jedoch, auf Basis aktueller Schät-

zungen uber die Grenzproduktivität des Kapitals, nur einen Anstieg des langfristigen Zinssatzes um weniger als einen Prozentpunkt erklaren. Daruber hinaus ware zu erwarten, daß sich die niedrigere Steuerbelastung im Zeitablauf immer weniger auf die Kapitalverzinsung auswirkt, weil zusatzliche Investitionen — als Folge der gestiegenen Nettogewinne — die Rentabilitat des Kapitaleinsatzes wie-



der sinken lassen. Dies müßte sich in einer Abflachung der Zinsstruktur niederschlagen – das heißt, die langfristigen Zinssätze wurden weniger steigen als die kurzfristigen; dazu kam es aber nicht. Zudem war — gemessen an früheren Jahren — die Investitionsquote nicht besonders hoch: 1983 betrug sie 14,7 Prozent des BSP der Vereinigten Staaten, verglichen mit 15,5 Prozent im Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1979. Deshalb scheinen auch die Steueranderungen nur zu einem Teil zum Anstieg der Realzinsen beigetragen zu haben.

• Haushaltsdefizite. Der Meinungsstreit uber die Rolle der offentlichen Defizite beginnt bereits mit ihrer Definition (diskutiert im Sonderbeitrag 3.3).

Unstrittig ist jedoch, daß es starke Krafte gibt, die auf ein Anwachsen der Defizite hinwirken; in allen Industrielandern sind die offentlichen Ausgaben ständig gestiegen (vgl. Schaubild 3.4), wahrend sich die Steuern und Sozialabgaben sehr viel weniger erhoht haben. In den Vereinigten Staaten gingen die staatlichen Nettoeinnahmen (d.h. die gesamten Staatseinnahmen abzuglich der Ausgaben für die Sozialversicherung) tatsächlich von 23,7 Prozent des Volkseinkommens im Jahre 1965 auf 23 Prozent in 1984 zurück. Die staatlichen Ausgaben für Guter und Dienste (einschließlich der Zinszahlungen aber ohne Ausgaben fur die Sozialversicherung)stiegen dagegen von 23,3 Prozent des Volkseinkommensim Jahr 1965 und 23,9 Prozent im Jahr 1979 auf 27,4 Prozent im Jahr 1984.

Die Haushaltsdefizite haben in allen größeren Industriestaaten zugenommen (vgl. Tabelle 3.2, die einen Überblick uber die inflationsbereinigten Defizite des Gesamtstaates gibt). Nur Deutschland und Japan gelang es, im Zeitraum 1979 bis 1984 ihr inflationsbereinigtes Defizit abzubauen. Der größte Umschwung trat in den Vereinigten Staaten ein, namlich von einem inflationsbereinigten Überschuß in Hohe von 3,6 Prozent des Volkseinkommens im Jahr 1979 auf ein Defizit von 2,7 Prozent in 1984. Mit weiterhin hohen Defiziten ist zu rechnen, wenn die gegenwartige Wirtschaftspolitik fortgeführt wird.

Bei der Beurteilung der Frage, ob die Ausweitung der Haushaltsdefizite zum Anstieg der **realen Zinssätze** beigetragen hat, kam die Analyse nicht **damit enden**, **daß** gezeigt wird, wie hoch die staatlichen Defizite in Prozent des Volkseinkommenssind. Da die Weltersparnis den Weltinvestitionen entspricht,

TABELLE 3.2 **Öffentlicher** Haushaltssaldo, inflationsbereinigt, in Prozent des Volkseinkommensin **ausgewählten Ländern**, 1965 bis 1984

							Neun Industr	große ieländer	
Jahr	Groβ- britannien	Deutschland	Italien	Frankreich	Japan	Vereinigte Staaten	einschließlich Vereinigte Staaten	ohne Vereinigte Staaten	
1965—73	3,8	1,0	-3,6	1,8	1,8	1,6	1,5	1,4	
1974—78	2,7	-2,4	0,3	0,5	2,4	1,0	0,1	-0,6	
1979	2,1	-1,9	-0.7	0,8	-4,4	3,6	0,7	-1,3	
1980	3,4	-2,1	4,5	2,2	-3,6	2,0	0,7	-0,2	
1981	2,2	-2,5	2,0	0,5	-3,3	2,4	0,6	-0,8	
1982	1,5	-1,9	-0.3	-0,4	-2,8	-2,0	-1,6	-1,3	
1983	-1,1	-1,7	-0.4	-1,5	-3,4	-3,0	-2,7	-2,4	
1984	-0,3	-0,4	-4.7	-1,9	-1.7	-2.7	-2.3	-1,9	

Anmerkung: Negatives Vorzeichen bedeutet Defizit.
Quelle: OECD, National Accounts: nationale Quellen.



kann ein steigendes Staatsdefizit auf zwei Wegen ausgeglichen werden: entweder durch sinkende Investitionen oder durch eine steigende Ersparnis im In- und Ausland. Eine verbreitete Theorie behauptet, daß eine Senkung der Steuereinnahmen vollumfanglich durch eine Zunahme der privaten Ersparnis ausgeglichen wird, so daß sich eine Anpassung der Investitionen, der Leistungsbilanz oder des internationalen Zinsniveaus eriibrigt. Diese Hypothese wird von der Erfahrung nicht gestutzt. Die private Ersparnis ist in den Vereinigten Staaten seit Mitte der sechziger Jahre ständig zuriickgegangen, und nahm erstmals nach 1982 wieder zu, als die Wirtschaft die Rezession durchschritten hatte. Das Haushaltsdefizit in Hohe von 2,7 Prozent des Volkseinkommens entspricht mehr als der Halfte der privaten Nettosparquote (von Unternehmen und Haushalten), und zwar inflationsbereinigt betrachtet (vgl. Sonderbeitrag 3.3). Auch wurde der Umschwung des inflationsbereinigten Haushaltsdefizits – um 6,3 Prozentpunkte des Volkseinkommens zwischen 1979 und 1984 – durch den Anstieg der privaten Sparquote um zwei Prozentpunkte seit 1979 bei weitem nicht ausgeglichen. Außerdem haben die Steueranderungen des Jahres 1981 den negativen Einfluß der hohen Realzinsen auf die Kapitalkosten kompensiert, so daß die Investitionen seit 1979 kaum zurückgegangen sind. Das Ergebnis ist, daß die Vereinigten Staaten

in betrachtlichem **Umfang** Ersparnisse aus anderen Teilen der Welt an sich ziehen. Das Leistungsbilanzdefizit der USA war 1984 mehr als zweimal so **groß** wie das aller Entwicklungslander **zusammengenom**men.

Von einer solchen Entwicklung ist zu erwarten, daß das internationale Zinsniveau in die Hohe getrieben wird, damit sich wieder ein Gleichgewicht zwischen der weltweiten Ersparnis und den Investitionen einstellt. Hohere Zinsen lockten ausländische Ersparnisse in die Vereinigten Staaten. Der stark verschlechterten außenwirtschaftlichen Position der Vereinigten Staaten und — in geringerem Ausmaß — der Ölexporteure des Nahen Ostens standen dramatisch verbesserte Leistungsbilanzen der olimportierenden Entwicklungslander und der anderen Industrielander gegenuber (vgl. Schaubild 3.5).

Zwischen 1979 und 1984 erhohte sich das amerikanische Haushaltsdefizit, inflationsbereinigt betrachtet, um 162 Mrd Dollar (vgl. Sonderbeitrag 3.3); dieser Umschwung war weitaus größer als beispielsweise die gleichzeitige Verschlechterung der Leistungsbilanzender olexportierenden Lander um 70 Mrd Dollar. Um dies in die richtige Relation zu stellen: Die Brutto-Ersparnis der gesamten Welt wird fur 1979 auf 2060 Mrd Dollar geschatzt, so daß die Zunahme des Defizits um 162 Mrd Dollar 8 Prozent der Weltersparnis im Jahr 1979 entspricht. Budgetveranderungen solcher Größenordnung konnen den Anstieg der Realzinsen zu einem betrachtlichen Teil erklaren. Mit den Finanzierungsdefiziten der offentlichen Hand kann auch die steiler gewordene Zinsstruktur begriindet werden. Da man envartet, daß das amerikanische Haushaltsdefizit hoch bleibt, wird fur die Zukunft mit anhaltend hohen kurzfristigen Zinsen gerechnet eine Erwartung, die mit dem gegenwartigen Niveau der langfristigen Zinsen in Einklang steht.

Um das reale Zinsniveau nachhaltig zu senken, ist es daher wiinschenswert, daß die Haushaltspolitik in den Vereinigten Staaten eine glaubwurdige Wende vollzieht. Der hohe Wechselkurs des Dollars hat die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten stimuliert und damit zur Produktionssteigerung in anderen Ländern beigetragen. Damit bei einem Kurswechsel der amerikanischen Haushaltspolitik nachteilige Wirkungen auf die Weltkonjunktur vermieden werden, ist eine sorgfaltige Koordinierung mit der dortigen Geldpolitik und ebenso mit der Geld- und Finanzpolitik anderer Industriestaaten erforderlich. Sollte eine solche Wende jedoch nicht eintreten, wurden hohe Realzinsen und ein anhaltend starker

Dollar auf langere Sicht das Wachstum in den Industrielandern tendenziell verlangsamen und weiterhin die Weltersparnis an den Entwicklungsländern vorbeilenken. Darüber hinaus werden fortdauernde Ungleichgewichte im AuBenhandel und Wechselkursverzerrungen in den Industrielandern zu wachsendem protektionistischen Druck fuhren. Unter solchen Umstiinden wiirde es fur die Entwicklungslander immer schwieriger werden, ihre Exporte zu steigern und ihre Schulden zu bedienen.

Protektionismus

Wachsende protektionistische Barrieren der Industrielander gegenüber den Ausfuhren von Entwicklungsländern schmalern die Exporterlose, die von den Ländern der Dritten Welt sonst erzielt werden konnten. Dies beeintrachtigt ihre Importkapazitat und ihre Fahigkeit, den Schuldendienst aufzubringen. Der Protektionismus ist daher eine Gefahr für einen reibungslosen Ablauf des Wachstumsprozesses und eine zufriedenstellende Lösung der Schuldenprobleme, vor denen viele Entwicklungslinder stehen.

Insgesamt betrachtet sind die realen Ausfuhren der olimportierenden Entwicklungsliinderseit 1974 allerdings schneller gestiegen als das Welthandelsvolumen. Hatte es weniger Protektionismus gegeben, wären sie noch starker expandiert. Außerdem sind die Exportpreise der Entwicklungslinder seit 1974 schwacher gestiegen (um fast einen Prozentpunkt pro Jahr) als die Durchschnittswerte im Außenhandel insgesamt.

Welche wirtschaftlichen Nachteile sich die Industrielander durch ihre protektionistischen Maßnahmen selbst zufugten, ist gut belegt. Die Verluste, die dadurch den Entwicklungsliindern entstehen, können ebenfalls betrachtlich sein. Wachsender Protektionismus in Industrieliindern wiirde das Exportvolumen der Entwicklungslander verringern und deren Terms of Trade verschlechtern. Um dies an einem Beispiel zu illustrieren: Eine durch zunehmenden Protektionismus herbeigefuhrte Verschlechterung der Terms of Trade Lateinamerikas um 10 Prozent wiirde diese Region ebenso viel kosten wie der reale Zinsaufwand für ihre gesarnten Auslandsschulden.¹)

Gegenwartig richten sich fast alle der gravierendsten Handelseingriffe der Industrielander vis-à-vis Entwicklungslandern primar gegen die Hauptschuldnerlander (das Multifaserabkommen bildet eine Ausnahme). Abwehrmaßnahmen gegen Stahl-

importe in Japan, in den Vereinigten Staaten und der EG beeinflussen die Exporte dieser Liinder untereinander, aber auch die Exporte Koreas, Brasiliens und — in geringerem Ausmaß — Mexikos, die zu den größten Schuldnerliindern der Dritten Welt gehoren. Beschränkungen des Zuckerimports in Europa, Japan und den Vereinigten Staaten treffen Lateinamerika und die Philippinen, ein weiteres Land mit Schuldendienstproblemen. Importrestriktionen bei Rindfleisch in Japan und der EG verschlechtern die Terms of Trade Argentiniens. Die Liste ist lang und wird immer linger.

In den nachsten Jahren werden die großen Schuldnerlander — ohne eine nennenswerte Ausweitung ihrer Kapitalimporte - betrachtliche Überschüsse im Außenhandel erwirtschaften müssen. Dies erfordert eine Steigerung ihrer inländischen Ersparnis. Die hohere Ersparnis muß jedoch auch in wachsende Exporterlose umgesetzt werden konnen: technisch ausgedriickt, der "geplante" Handelsbilanzüberschuß muß mit dem "geplanten" Überschuß der Inlandsproduktion uber die Ausgaben ubereinstimmen. Wenn die Industriestaaten hohere Handelsschranken gegen die Exporte der Entwicklungslinder errichten, macht dies eine viel stärkere reale Abwertung der Wahrungen erforderlich - oder eine viel hohere Arbeitslosigkeit. Ein niedrigeres Niveau des Außenhandels ist daher mit hoheren sozialen Kosten der Anpassungsprogramme der Entwicklungslander verbunden. Dies wiederum stellt die weitere Durchführung solcher Programme ernsthaft in Frage und gefährdet ganz generell die Kreditwiirdigkeit dieser Lander sowie die Stabilitat des internationalen Finanzsystems, wenn die Fahigkeit der größeren Schuldnerliinder zur Ruckzahlung ihrer Schulden zu sehr belastet wird.

Die Wurzeln des Protektionisrnus

Der zunehmende protektionistische Druck in den vergangenen fünfzehn Jahren hingt eng zusammen

¹) Die Rechnung lautet folgendermaßen: 1983 entsprachen die Auslandsschulden (einschließlich der kurzfristigen Schulden) 54.8 Prozent des BIP Lateinarnerikas. Unter der Annahme, daß der erwartete Realzins auf lange Sicht 3,5 Prozent beträgt (vgl. Kapitel 10), führt ein derartiges Verhältnis von Schulden zu BIP zu realen Zinszahlungen von jährlich 1.9 Prozent des BIP. Die Exporte betrugen 19 Prozent des BIP, so daß eine dauerhafte Verschlechterung der Terms of Trade um 10 Prozent ebenfalls einern jährlichen Verlust von 1,9 Prozent des BIP gleichkäme. Ein Anstieg des Protektionismus in den industrialisierten Volkswirtschaften, der das reale Austauschverhältnis für Lateinarnerika auf Dauer um 10 Prozent verschlechtern wiirde, entzoge damit dieser Region einen Einkommensbetrag, dessen Wert (abgezinst) ebenso hoch ist wie ihre gesamten Auslandsschulden.

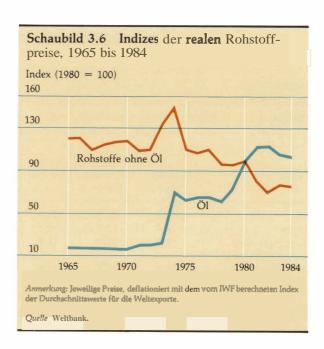
mit der veranderten Struktur der weltwirtschaftlichen Storungen, die in dieser Zeit auftraten. Ein Beispiel ist der veranderte konjunkturelle Ablauf der Preisbewegung. Der Konjunkturzyklus 1970-1973-1975 (oberer Wendepunkt — unterer Wendepunkt — oberer Wendepunkt) ist der einzige wichtigere Zyklus in der amerikanischen Wirtschaftsgeschichte, in dem die Preise wahrend der Rezessionsphase starker stiegen als im Aufschwung, und zwar um 8,4 Prozentpunkte starker. Bis dahin war die Inflation von Nachfrageschwankungen bestimmt worden: Ein Anstieg der Gesamtnachfrage fuhrte zu hoherer Produktion, aber auch (nach einiger Zeit) zu hoheren Preisen. Schocks auf der Angebotsseite, wie eine Verteuerung der Rohstoffe, ließen jedoch sowohl die Produktion sinken als auch die Preise steigen. Die gesamtwirtschaftliche Nachfragesteuerung kann mit dem einen oder dem anderen Problem fertig werden, jedoch nicht mit beiden gleichzeitig. Um das Wirtschaftswachstum wieder in Gang zu setzen, ware eine raschere strukturelle Anpassung erforderlich gewesen, die jedoch nur selten erzielt wurde. Das Resultat war eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums.

Viele Kommentatoren und Regierungen haben diese nachlassende Dynamik dem starken Ölpreisanstieg in den Jahren 1973/74 zugeschrieben. Das ist jedoch nicht die ganze Wahrheit. Die Schwierigkeiten waren schon früher entstanden. In den Vereinigten Staaten lösten Ende der sechziger Jahre große Haushaltsdefizite eine Hochkonjunktur und beschleunigte Preissteigerungen aus. In den europaischen Ländern begannen die Reallohne schneller zu steigen als die Arbeitsproduktivitat. Die Strukturen der Arbeitsmarkte verharteten sich zunehmend. Die Gewinne gerieten unter Druck und die Investitionstatigkeit ließ nach. Die Hausse der Rohstoffpreise setzte 1972 ein, gefordert durch die nahezu gleichzeitige Expansion in den Industrielandern (vgl. Schaubild 3.6). Die Endphase bildete der sprunghafte Anstieg der Ölpreise in den Jahren 1973/74. Da die Reallohne sich nicht ausreichend anpaßten, sanken die Gewinne abrupt. Die Investitionen gingen daher zuriick, obgleich die hoheren Ölpreise einen großen Teil des bestehenden Kapitalstocks obsolet werden ließen. Als Teil eines strukturellen Anpassungsprozesses wären mehr Investitionen, nicht weniger notig gewesen. Die wachsende okonomische Überalterung des Kapitalstocks bedeutete, daß die Schwachen auf der Angebotsseite in die Zukunft projiziert wurden, da die Struktur des Kapitalstocks immer weniger mit den neuen Faktorpreisen ubereinstimmte.

Die Zusammenhange zwischen Schocks auf der Angebotsseite, steigender Arbeitslosigkeit und zunehmender Überalterung des Kapitalbestandes tragen dazu bei, das Wiederaufleben protektionistischer Neigungen zu erklären. Als die Volkswirtschaften stark expandierten, konnte man die zunehmenden Exporte aus den Entwicklungslandern leicht aufnehmen. Fur notwendige Veranderungen der Allokation des Kapitalstocks boten die Bruttoinvestitionen einen Spielraum; im Zeichen der Vollbeschäftigung leisteten die Gewerkschaften nur begrenzten Widerstand gegen Strukturanderungen, und so weiter. Angesichts der Notwendigkeit, eine langfristige Umstrukturierung bei nachlassendem Wachstum und zunehmender Inflation durchzufuhren, wurden jedoch steigende Einfuhren als eine zusatzliche Belastung ernpfunden. Sie boten eine bequeme Entschuldigung fur wirtschaftspolitische Versaumnisse, vor allem, wenn zur Aufnahme der Einfuhren eine zusatzliche Strukturanpassung erforderlich geworden ware (der Stahlbereich ist ein gutes Beispiel).

Außerdem gibt es eine Fulle von Belegen dafür, daß Einfuhrrestriktionen keine Arbeitsplatze erhalten, die Handelsbilanzsalden nicht verbessern und den realen Außenwert zusatzlich unter Druck bringen. Dies illustriert den Widersinn des Protektionismus. Er ist nicht nur in einer fehlenden Anpassungsbereitschaft begriindet, sondern er tragt auch selbst noch dazu bei, diese Haltung zu verfestigen.

Japan und die Vereinigten Staaten bieten gute Beispiele dafur, was bei zunehmendem Protektio-



nismus geschehen kann. Beide Lander sollen nach den derzeitigen Prognosen 1985 ihre natiirliche Arbeitslosenquote erreichen. Die Definition der naturlichen Arbeitslosenquote ist selbstverständlich mit großen Schwierigkeiten verbunden. Hier wird sie als jenes Niveau der Arbeitslosigkeit definiert, bei dessen Unterschreitung die Lohn-Preis-Spirale wieder in Gang kommt, weil zusatzliche Arbeitsplatze nicht ohne Abwerbung von Beschäftigten aus anderen Bereichen der Wirtschaft geschaffen werden können. Wenn daher die Einfuhren beschrankt werden, bedeutet daher jeder Arbeitsplatz, der in importkonkurrierenden Branchen erhalten wird, den Verlust eines Arbeitsplatzes in der Exportindustrie. Der Protektionismus mag Arbeitsplatze beispielsweise in der Stahlindustrie retten, aber er vermag sie nicht in der Gesamtwirtschaft zu erhalten, da das Lohnniveau hoher gehalten wird, als es sonst der Fall ware. Kapital, das in hochtechnologische Industriezweige oder in die Landwirtschaft geflossen ware, wird statt dessen in die geschutzten Sektoren gelenkt. Werden den importkonkurrierenden Branchen Schutzmaßnahmen gewahrt, so ist dies gleichbedeutend mit einem Entzug von Unterstutzung fur die Exportindustrie. Importrestriktionen haben daher eine ahnliche Wirkung wie eine Exportsteuer: Sie drosseln Importe und Exporte, nicht nur die Importe allein. Aus dem gleichen Grund konnen Eingriffe in den Außenhandel die Handelsbilanz eines Landes nicht verbessern, da die Exporte im gleichen Ausmaß wie die Importe sinken werden. Entwicklungsliinder, denen beispielsweise der Zugang zu den Märkten der Vereinigten Staaten verwehrt wird — den sie brauchen, um Devisen für den Kauf amerikanischer

TABELLE 3.3 Anteil der Importe der **Industrieländer**, der nicht**tarifären** Handelshemmnissen unterliegt, 1983

	Pro	zent der Importe	aus:
Import- markt	Industrie- ländern	allen Entwicklungs- ländern	Haupt- schuldner- ländern
EG	10,2	21,8	24,9
Japan Vereinigte Staaten Industrielander	9,3 7,7	10,5 12,9	9,6 14,5
insgesamt	10,5	19,8	21,9

Anmerkung: Die Angaben basieren auf gewogenen Durchschnitten für den gesamten Welthandel in allen Produkten außer Brennstoffen, 1981.

Quelle: Weltbank.

Erzeugnisse zu erlösen — werden ihre entsprechenden Einfuhren kürzen.

In Europa ist die Vollbeschaftigung naturlich bei weitem noch nicht erreicht. Dies bedeutet jedoch nicht, daß hier ein zunehmender Protektionismus Arbeitsplatze erhalten würde. Die Reallohne sind im Verhaltnis zu den Preisen aller Konsumgüter starr. Schutzmaßnahmen, die auslandische Giiter verteuern, schmalern die Kaufkraft der Lohne, gemessen in Importgutern. Um das Reallohnniveau, bzw. die Kaufkraft an Konsumgiitern generell zu erhalten, müssen deshalb die Lohne relativ zu den Preisen der Inlandserzeugnisse steigen. So durfte es sogar zu einem Rückgang der Beschäftigung kommen. Soweit es dabei nur zu vorübergehenden Beschaftigungsverlusten kommt, bis sich die Lohne angepaßt haben, wird der Protektionismus zudem einen zeitweiligen Einkommensruckgang bewirken. Dies konnte zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanz fuhren, da die Verbraucher bei einem voriibergehenden Einkommensruckgang ihre Ausgaben nicht im Verhaltnis eins zu eins einschränken werden.

Der neue Protektionismus

Die nach dem zweiten Weltkrieg durchgefuhrten Zollsenkungen fanden ihre Fortsetzung in den Verhandlungen der Tokio-Runde, die die Zolle auf ein in diesem Jahrhundert noch nicht verzeichnetes Niveau senkten. Zwar wurden die Zollsenkungen aufgrund des Prinzips der Meistbegünstigung auch den Entwicklungslandern gewahrt, doch hat man die Zölle auf Erzeugnisse, die fur Entwicklungsländer von besonderem Interesse sind, nur unterdurchschnittlich gesenkt. Ferner bedeutet der Umstand, daß die Zollbelastung mit zunehmendem Verarbeitungsgrad der Grundstoffe steigt, daß das bestehende Handelssystem fur die weiterverarbeitende Industrie in den Entwicklungslandern abtraglich ist.

Eine noch ernsthaftere Gefahr für die Exporte der Lander der Dritten Welt bildet die wachsende Anwendung nichttarifarer Handelshemmnisse (NTH). Gemessen am Anteil der hiervon betroffenen Einfuhren, hat sich der Umfang der NTH von 1980 bis 1983 in den Vereinigten Staaten verdoppelt und in der EG um 38 Prozent erhoht. Die Einfuhren der Industrieliinder aus Entwicklungslandern werden von den NTH anteilmäßig viel starker belastet als die Importe aus anderen Industrielandern (vgl. Tabelle 3.3). Von derartigen Prozentsätzen wird die Verscharfung bereits bestehender NTH nicht erfaßt

Sonderbeitrag 3.4 Die Kosten protektionistischer Maßnahmen bei Zucker und Rindfleisch

Im Agrarbereich sind Zucker und Rindfleisch die am stärksten von Handelsbarrieren der Industrielander betroffenen Erzeugnisse. Auf sie entfällt etwa die Hälfte der Einnahmeverluste im Export der Entwicklungsliinder, die durch Eingriffe in den Agrarhandel entstanden. Die Tabellen 3.4A und 3.4B zeigen Schatzungen der einschlägigen Kosten, die von einer Studie errechnet wurden.

Unter Wohlfahrtsverlusten versteht man denjenigen Geldbetrag, der einem Exporteur zufließen müßte, damit er sich bei den gegebenen protektionistischen Maßnahmen der Industrieländerebensogut stellt wie ohne diese Maßnahmen. Diese Verluste wurden anhand von Modellen des Weltmarktes für Zucker (roh und raffiniert) und des Weltmarktes für Rindfleisch abgeleitet. Die Untersuchung beriicksichtigte siebzehn Industrie- und achtundfiinfzigEntwicklungsländer. Sie unterschied zwischen verschiedenen Formen von Handelsbeschränkungen und berücksichtigte die Präferenzabkommen, die zwischen der EG und verschiedenen Gruppen von Entwicklungsländern bestehen.

Für die Zuckerexporteure in den Entwicklungsländern addierten sich die Devisenverluste aufgrund dieser Handelsbeschränkungen im Jahr 1983 auf fast 7,4 Mrd Dollar (zu Preisen und Wechselkursen von 1980). Zum Vergleich: Die Entwicklungshilfeprogramme aller Industrieländer beliefen

TABELLE 3.4A Geschatzte Auswirkungen von Handelsschranken **auf** die Zuckerexporteure (in Mio Dollar von 1980)

	Jahres- durchschnitte		
Effekt/Exporteur	1979 bis 1981	1983	
Wohlfahrtsverluste			
Lateinamerika	670,4	1111,0	
Afrika	76,7	130,9	
Andere Entwicklungsländer	507,3	886,2	
Insgesamt	1254,4	2128,1	
Einnahmeverluste im Export			
Lateinamerika	2 224,2	3 391,0	
Afrika	269,2	421,9	
Andere Entwicklungsltinder	2614,9	3578,1	
Insgesamt	5108,3	7391,0	

Quelle: Zietz und Valdez (Hintergrundpapier).

TABELLE 3.4B

Geschätzte Auswirkungen von Handelsschranken auf die Exporteure von Rind- und Kalbfleisch (in Mio Dollar von 1980)

Effekt/Exporteur	Jahresdurchschnitte 1979 bis 1981		
Wohlfahrtsverluste			
Lateinamerika	506,4		
Afrika (siidlich der Sahara)	7,6		
Andere Entwicklungslander	21,7		
Insgesamt	535,7		
Einnahmeuerluste im Export			
Lateinamerika	4.692,6		
Afrika (südlich der Sahara)	99,0		
Andere Entwicklungsltinder	303,5		
Insgesamt	5.095,1		

Quelle: Zietz und Valdez (Hintergrundpapier).

sich **1983** auf insgesamt **22,5** Mrd Dollar (ebenfallszu Preisen **und** Wechselkursen von **1980).**

Die Wohlfahrtsverluste und die Einnahmeverluste im Export konzentrieren sich vor allem auf Lateinamerika (insbesondere auf Argentinien, Brasilien, die Dominikanische Republik und Mexiko) sowie auf die Philippinen und Indien. Alle diese Länder gehoren zum Kreis der großen Schuldnerlander. Die afrikanischen Landersiidlich der Sahara, wenngleich auch Nettoverlierer, sind nicht so stark betroffen wie Lateinamerika — zum einen, weil sich unter ihnen kein bedeutender Zuckererzeuger befindet, und zum anderen, weil vielen afrikanischen Staaten a d den EG-Märkten eine Vorzugsbehandlung eingeraumt wurde.

Die Handelsschrankengegeniiber Exporteuren von Rindund Kalbfleisch hatten für die Entwicklungsländer ebenfalls beträchtliche Wohlfahrtsverluste und Einnahmeverluste im Export zur Folge (vgl. Tabelle 3.4B). Diese Verluste entstanden außerdem nahezu vollständig bei Rindfleischerzeugern in Lateinamerika, vor allem in Argentinien und — in geringerem Ausmaß — in Brasilien.

Wiederum gehören die vom Protektionismus der Industrielander am schwersten geschadigten Entwicklungslander zugleich zu den Staaten, denen gegenwartig ihre Auslandsschulden zu schaffen machen.

und damit ihre steigende Anwendung wohl unterschätzt. Ein Beispiel ist die fortschreitende Verscharfung des Multifaserabkommens mit jeder Neuverhandlung des Abkommens. Welche Warengruppe man auch betrachtet, überall richten die NTH betrachtlichen Schaden an:

• Landwirtschaft. Den Handelsbarrieren, die gegen die Fertigwarenexporte der Entwicklungsländer errichtet wurden, wird zwar große Aufmerksamkeit geschenkt, doch sind sie tatsachlich weniger weit verbreitet als die Handelshemmnisse im Agrarbereich. Im Jahr1983 waren die Agrarexporte der Entwicklungslander in die Industriestaaten zu 29 Prozent von NTH betroffen, bei den Exporten von Industrieprodukten betrug dieser Anteil 18 Prozent. Der fortgesetzte Protektionismus der größeren Industrieländer hat zu Überschüssen gefuhrt, die oft zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkten

verkauft werden. Dies behindert die eigene Produktion in den Entwicklungslandern, auch wenn diese oftmals kostengünstiger ware als die Erzeugung in den Industrielandern. Die Zölle und NTH, die zum Schutz der Zuckerproduzenten in den Industrieländern angewendet werden, führen bei den Zuckerexporteuren der Entwicklungslander zu Einkommensverlusten, die etwa 10 Prozent der gesamten Entwicklungshilfe der Industrielander für alle Lander der Dritten Welt entsprechen. Der Verlust an Devisenerlosen wird sogar auf fast 30 Prozent der gesamten Entwicklungshilfe geschatzt (vgl. Sonderbeitrag 3.4).

- Stahl. Das Volumen des Stahlimports in die Vereinigten Staaten fiel im Zeitraum 1971 bis 1973 um jährlich 3,3 Prozent, nachdem der Import kontingentiert worden war. Nach Anhebung der Kontingente stieg es dann Mitte der siebziger Jahre mit einer Jahresrate von 8,3 Prozent. Als aber 1977 das System der Preisschwellen eingefuhrt wurde, verlangsamte sich der Anstieg a d jährlich 2,6 Prozent.
- Schuhwaren. Die koreanischen Exporte von Schuhwaren nach Großbritannien stiegen von 1973 bis 1979 dem Volumen nach um jahrlich 57,5 Prozent, fielen jedoch nach Einführung nichttarifärer Handelshemmnisse im Zeitraum 1979/80 um jahrlich 19,1 Prozent.

Nichttarifare Handelshemmnisse verzerren die Wettbewerbsstruktur eines Marktes sehr viel mehr als Zölle. Sobald die Kontingente voll ausgeschopft sind, bleibt der Markt zusatzlichen ausliindischen Anbietern verschlossen — so wird die Monopolmacht der inlandischen Firmen gestarkt. Zolle verdrängen dagegen die zusatzlichen auslandischen Anbieter nicht, sondern belasten sie nur mit höheren Kosten. Vom Standpunkt der Exporteure aus betrachtet, sind Exportselbstbeschränkungsabkommen (ESA) den von den Importeuren verwalteten Kontingenten vorzuziehen; unter einem ESA kann der Exporteur seine Produkte wenigstens zu den Marktpreisen des Importlandes statt zu den niedrigeren Weltmarktpreisen verkaufen. Langfristig gesehen richten die ESA aber wahrscheinlich einen hoheren Schaden an als die von Importeuren angewendeten Kontingente: Der bestehende Kreis von Anbietern wird nach außen geschlossen und potentielle neue Anbieter, die zu niedrigeren Kosten produzieren, werden ferngehalten. Nimmt man einmal das Multifaserabkommen auf dem Textilsektor als Beispiel fur ein ESA, so mogen Korea und Hongkong dadurch nicht allzu viel einbüßen -

sicherlich aber Newcomer wie China oder Sri Lanka.

Noch nachteiliger als die direkten Kosten von Handelsbeschrankungen konnte die Botschaft sein, die sie den Entwicklungslandern beziiglich der Vorund Nachteile einer exportorientierten Wirtschaftspolitik vermitteln. Eine weitere Ausbreitung der nichttarifaren Handelshemmnissekonnte sehr wohl (und zu Recht) den Exportpessimismus wiederaufleben lassen, der in den dreißiger und vierziger Jahren in vielen **Ländern** der Dritten Welt verbreitet war. Es gibt jedoch unumstößliche empirische Beweise dafur, daß der Außenhandel das Wachstum fordert. Zu einer Zeit, da immer mehr Regierungen in der Dritten Welt diesen Zusammenhang akzeptieren, gehort der zunehmende Protektionismus in den Industrielandern zu den wichtigsten Wachstumsrisiken.

Schlußfolgerungen

Die Bindungen zwischen Industrie- und Entwicklungslandern, die sich mit dem Wachstum des Außenhandels in den letzten vierzig Jahren herausgebildet haben, wurden durch die rasch zunehmenden Kapitalimporte weiter gefestigt. In der Dritten Welt macht man sich zu Recht Gedanken iber den Protektionismus und das Niveau der wirtschaftlichen Aktivitat in den Industrieländern, denn davon werden die Exporte und die Terms of Trade beeinflußt. Solche Sorgen bleiben bestehen, zusatzlich aber sind durch die wachsende Verflechtung der Entwicklungslander mit den Weltfinanzmarkten weitere wichtige Kanale entstanden, durch die gesamtwirtschaftliche Entwicklungen in den Industrielandern auf die Lander der Dritten Welt iibertragen werden.

Die Bedeutung dieser Situation wurde in den letzten Jahren offensichtlich. Die gesamtwirtschaftliche und die Handelspolitik der Industriestaaten beeinflussen unmittelbar die Kosten des Schuldendienstes, das Volumen der Kapitalimporte und die Fahigkeit der Entwicklungslander, Devisen zu erlösen. Hohe Realzinsen haben die Schuldendienstlast der Lander der Dritten Welt dramatisch erhoht, die Aufwertung des Dollars hat die Rohstoffpreise gedriickt — und so fort. Strukturelle Anpassung, eine solide Finanzpolitik und eine stetige und koordinierte Politik des knappen Geldes in den Industrieländern, welche die Realzinsen senken und angemessenere Wechselkursrelationen herstellen, sind von allergrößter Bedeutung, wenn die Anpas-

Sonderbeitrag 3.5 Veränderungen der Zinssatze, der Terms of Trade und des Wachstums in den Industrielandern und ihre Konsequenzen für die Entwicklungslander

Die Leistungsbilanzen der Dritten Welt werden von der Wirtschaftsentwicklung in den Industrieländern beeinflußt. In Tabelle 3.5A wird versucht, diese Einflüsse zu quantifizieren. Es werden dabei nur die "Primäreffekte" berucksichtigt, d. h. eine wirtschaftspolitische Reaktion der Entwicklungslander wird außer acht gelassen ("Sekundäreffekte" werden im Kapitel 10 untersucht). Dies ist ein geeignetes Maß für die Wohlfahrtsverluste, denn, falls die Entwicklungsländer Mittel in Hohe dieser Primäreffekte erhielten, wären sie in der Tat in der Lage, ihre bisherige Politik fortzusetzen und wurden sich damit ebenso gut stellen, wie bei einem Ausbleiben solcher Entwicklungen in den Industrielandern.

- Zinssatze. Hohere Zinsen fuhren unmittelbar zu einer hoheren Zinsbelastung für die variabel verzinslichen Schulden, hierauf entfielen Anfang 1984 37 Prozent der gesamten Schulden der Entwicklungsländer, einschließlich der noch nicht ausgezahlten Kredite. Da außerdem festverzinsliche Kreditelaufendgetilgt und refinanziert werden müssen, wird die Zinslast auf diese Schulden ebenfalls steigen. Dies gilt ebenso für die Neuverschuldung. Daher beläuft sich die zusatzliche Belastung der Dritten Welt zunachst nur auf 2,3 Mrd Dollar, steigt aber bis 1990 auf 8 Mrd Dollar,
- Die Terms of Trade. Eine Verbesserung der Terms of Trade der Entwicklungslander gegenuber den Industrieländern um einen Prozentpunkt hatte ihnen im Jahr 1984 Mehreinnahmen in Hohe von 2,2 Mrd Dollar gebracht. Mit

zunehmendem Außenhandel wird dieser Vorteil im Jahr 1990 auf 4,8 Mrd Dollar steigen.

• Wachstum, Ein rascheres Wachstum der Industrielander wird das Exportvolumen der Entwicklungsländer erhohen und ihre Terms of Trade verbessern. Die Auswirkungen der gunstigeren Terms of Trade werden für das wirtschaftliche Wohl der Dritten Welt das größte Gewicht haben, es sei denn, das zusatzliche Exportvolumen wird mit Ressourcen erstellt, die sonst brachliegen wiirden. Dies ist in der letzten Zeit nicht der Fall gewesen, da die Steigerung der Ausfuhren weitgehend zu Lasten der inlandischen Verwendung ging. Im Mittelpunkt stehen daher die Terms-of-Trade-Effekte, die von Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkt sowie in besonderem Maße von der Wechselkursentwicklung des Dollars abhangen. Wenn der Dollar sich aufwertet, durften die Entwicklungsländer nur eine geringe oder gar keine Verbesserung ihrer Terms of Trade erzielen, da die Preise ihrer Rohstoffexporte sinken (vgl. Sonderbeitrag 3.1), die Preise ihrer in Dollar fakturierten Importe dagegen steigen würden. Die zweite Version der Schätzung unterstellt eine Dollaraufwertung, die ausreicht, einen realen Anstieg der Rohstoffpreise zu verhindem - wie dies wahrend des Aufschwungs der Jahre 1983 bis 1985 geschah. Ohne einen realen Anstieg der Rohstoffpreise geht die Leistungsbilanzverbesserung im Jahr 1990 von 7,7 Mrd Dollar auf nur noch 2.9 Mrd Dollar zurück.

TABELLE 3.5A

Geschätzte Auswirkungen weltwirtschaftlicher Datenänderungen auf die Leistungsbilanz aller Entwicklungsländer (in Mrd Dollar von 1984)

Art <i>der</i> Veranderung	1984	1990
Zinserhöhung um einen Prozentpunkt		
Bestehende variabel verzinsliche Schulden	-2,3	-2,3
Bestehende festverzinsliche Schulden, die zu		
hoheren Zinsen refinanziert werden	0,0	-1,6
Neuverschuldung	0,0	4,1
Insgesamt	2,3	8,0
Verbesserung der Terms of Trade um einen Prozentpunkt	2,2	4,8
Steigerung des BSP-Wachstums der Industrieländer um einen Proze A. Ohne Dollaraufwertung	ntpunkt	
Terms-of-Trade-Effekt hoherer Rohstoffpreise	2,2	4,8
Direkter Terms-of-Trade-Effekt	1,3	2,9
Insgesamt	3,5	7.5
B. Mit Dollaraufwertung		
Terms-of-Trade-Effekthoherer Rohstoffpreise	0,0	0,0
Direkter Terms-of-Trade-Effekt	1,3	2,9
Insgesamt	1,3	2,9

sungsmaßnahmen der Entwicklungslander das Wachstum wieder in Gang setzen und die Kreditwurdigkeit erneuern sollen (vgl. Sonderbeitrag 3.5).

Es gibt jedoch neuen Grund zur Besorgnis über

die aufkommenden protektionistischen Tendenzen in den Industriestaaten. Die Kosten einer solchen Politik fur die Verbraucher in den Industrieländern und die Exporteure der Entwicklungsländer sind hinreichend belegt. Die jungsten Schuldendienstprobleme haben solchen Befürchtungen eine neue Dimension verliehen. Kapitalimporte ermöglichen eine wirkungsvollere Nutzung der internationalen Ersparnis, wenn die Schuldnerlander eine vernünftige Wirtschaftspolitik verfolgen. Die Bedienung der daraus resultierenden Auslandsschulden wiirde jedoch gravierend behindert, sollte wachsender Protektionismus seitens der Industrieländer für die Entwicklungslander den Zugang zu deren Märkten versperren. Dies wiederum wiirde die Funktionsfä-

higkeit des internationalen Finanzsystems gefährden.

Eine Wirtschaftspolitik der Industrielander, wie sie als vorteilhaft fur die Entwicklungsländer herausgearbeitet wurde, wurde auch ein stetiges und inflationsfreies Wachstum in den Industrielandern selbst fördern und eine liberalere Außenhandelsordnung schaffen. Die Industrielander wurden also von dieser Politik nicht weniger profitieren als die Entwicklungslander.

4 Auslandsverschuldung und Wirtschaftspolitik der Entwicklungslander

Die Kreditaufnahme im Ausland hat fur ein Entwicklungsland zwei potentielle Vorteile. Zum einen kann sie das Wachstum fördern und zum anderen kann sie dazu beitragen, die Wirtschaft an interne oder externe Schocks anzupassen. Die jungste Entwicklung hat jedoch anschaulich klargemacht, daß eine Kreditaufnahme auch potentielle Nachteile in sich birgt. Sie kann fur unproduktive Investitionen fehlgeleitet werden. Sie kann es einer Regierung ermoglichen, substantielle wirtschaftliche Reformen zu verzogern. Und schließlich kann eine übermäßige Verschuldung eine Volkswirtschaft für von der Weltwirtschaft ausgehende finanzielle Störungen verwundbarer machen.

Wie kann ein Entwicklungsland die Vorteile von Kapitalimporten in Anspruch nehmen und zugleich angemessene Vorkehrungen treffen, um Schuldendienstprobleme zu vermeiden? Dieses Kapitel greift auf die Erfahrungen der vergangenen zwei Jahrzehnte zuruck, um die Erfolgskriterien fur die Inanspruchnahme auslandischen Kapitals zu ergrunden. Das Kapital befaßt sich hauptsachlich mit der Kreditfinanzierung; die Fragen der Beteiligungsfinanzierung werden in den Kapiteln 5 und 9 erortert. Die Hauptaussage dieses Kapitels lautet, daß die Wirtschaftspolitik der Entwicklungslander die entscheidende Bestimmungsgröße ist fur das Niveau der Kapitalimporte, die Effektivitat ihrer Verwendung und die Kapazitat eines Landes zur Bedienung seiner Schulden.

Dies soll jedoch nicht besagen, daß allein wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen die jungsten Schuldendienstprobleme verursacht haben. Noch soll unterstellt werden, daß eine solide Wirtschaftspolitik und eine geringere Kreditaufnahme diese Probleme hätten vermeiden konnen. In Kapitel 3 wurde gezeigt, daß das Zusammenwirken der Weltrezession und die steigenden Realzinsen zu Anfang der achtziger Jahre außergewöhnlich und schwerwiegend waren; es ist nicht eindeutig, ob Entwicklungslander versuchen sollten, sich gegen alle Risiken vollig abzusichern, auch gegen solche, die nur mit geringer Wahrscheinlichkeit einmal eintreten

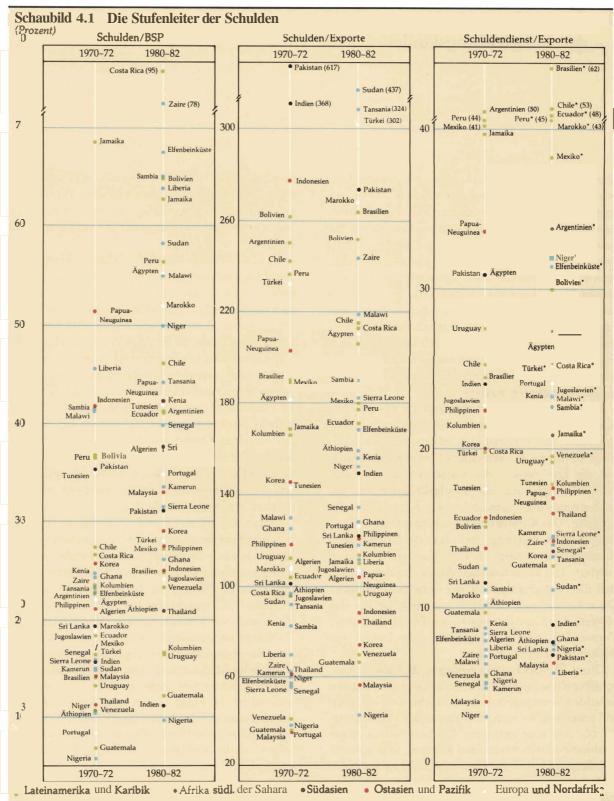
werden. Jedoch kann mit Hilfe einer flexiblen Wirtschaftspolitik und durch flexible Wirtschaftsstrukturen der Einfluß außenwirtschaftlicher Schocks gedampft werden, wie schwer sie auch sein mogen.

Es gibt selbstverstandlich nicht nur ein einziges wirtschaftspolitisches Maßnahmenbündel, das fur jedes Land das geeignete ist. Der Umfang, in dem sich ein Entwicklungsland im Ausland verschulden sollte, hangt ab von seinem außenwirtschaftlichen Umfeld, mit dem es im Welthandel und a d den Kapitalmarkten konfrontiert ist, von seinen natürlichen und menschlichen Ressourcen sowie von seinen wirtschaftlichen und politischen Strukturen. Im Hinblick darauf beginnt dieses Kapitel rnit einer kurzen Beschreibung der vielfaltigen Erfahrungen der einzelnen Lander mit Auslandskapital im Verlauf der letzten zwanzig Jahre, basierend auf einer Auswahl von vierundvierzig Entwicklungslandern (ein Verzeichnis dieser Lander findet sich im Statistischen Anhang, Tabelle A.11).

Daran schließt sich eine Erorterung uber die zwei Hauptverwendungsarten von Auslandsmitteln an. Einmal konnen sie gezielt dazu verwendet werden, die Investitionen und das Wirtschaftswachstum auf ein hoheres Niveau zu heben, als es aus der inlandischen Ersparnis heraus zu finanzieren ware. Zum anderen konnen sie zur Finanzierung der Zahlungsbilanzungleichgewichte verwendet werden, die entweder durch ungeeignete binnenwirtschaftliche Maßnahmen oder durch externe oder interne Schocks entstanden sind. Diese Diskussion untersucht die Frage, wann eine Kreditaufnahme zum Zwecke der Zahlungsbilanzfinanzierungangebracht ist und wie sich die Regierungen verschulden sollen, um die Anpassung zu erleichtern, statt sie zu verzogern.

Ländererfahrungen im Verlauf von zwei Jahrzehnten

Wie mannigfaltig die Erfahrungen der Entwicklungslander rnit Auslandskapital sind, wird in



Anmerkung: Die Schuldensind definiert als der ausstehende und ausgezahlte Betrag der öffentlichen und öffentlich garantierten mittel- und langfristigen Schulden zuzüglich der nichtgarantierten privata Schulden. Kurzfristige Schulden sind nicht berücksichtigt. Bei den Hauptschuldnerländern würde die Berücksichtigung der kurzfristigen Schulden ie für 1980b'i 1982 angegebenen Auslandsschulden um etwa 30 Prozent steigen lassen. Die Schuldendienstzahlen beziehen sich auf die tatsächlichen (nicht auf die vertraglich vereinbarten) Schuldendienstzahlungen in der jeweiligen Periode. Exporte umfassen Güter und Dienstleistungen. Ein Stem (*) bedeutet, daß das Land zwischen 1975 und 1984 seine Verbindlichkeiten umschuldete. Quelle: Weltbank.

Schaubild 4.1 dargestellt. Die Rangordnung der Länder ist je nach dem gewählten Indikator unterschiedlich. Zum Beispiel konnen Länder mit ähnlichen Relationen von Schulden zu BSP stark voneinander abweichende Schulden/Export-Relationen oder Schuldendienstquoten aufweisen. Diese Differenzen erklaren sich zum einen durch das unterschiedliche Ausmaß der außenwirtschaftlichen Verflechtungder Volkswirtschaften und zum anderen durch die Struktur ihrer Schulden. In den Jahren 1980 bis 1982 hatten beispielsweise Länder mit relativ "geschlossenen" Volkswirtschaften — gro-Re Teile Lateinamerikas, aber auch **andere** Lander wie Jugoslawien oder Pakistan — vergleichsweise niedrige Relationen von Schulden zu BSP, aber hohe Relationen von Schulden zu Exporten. Länder rnit einem hohen Exportanteil - einige ostasiatische Staaten (Korea, Malaysia und Thailand), Ölund Gasexporteure (wie Algerien, Indonesien und Venezuela) und wichtige Rohstoffexporteure in Afrika (Elfenbeinkuste) - wiesen tendenziell vergleichsweise niedrige Relationen von Schulden zu **Exporten** auf.

Eine hohe Relation von Schulden zu BSP oder Schulden zu Exporten muß jedoch nicht notwendigerweise auch eine hohe Schuldendienstquote bedeuten. Lander rnit niedrigem Einkommen wie Indien, Sri Lanka, Sudan und Tansania, ebenso Lander wie Ägypten, erhalten tendenziell einen Großteil ihrer Kapitalimporte in Form von niedrigverzinslichen langfristigen Krediten (vgl. Kennzahlen der Weltentwicklung, Tabelle 17). Demgegenuber sind Länder im oberen Bereich der mittleren Einkommensgruppe — zum Beispiel Algerien, Portugal und Venezuela — gewohnlich weniger in der Lage, hohe Verschuldungskennzahlen durchzuhalten, weil die Kosten fur die Bedienung ihrer Schulden hoch sind.

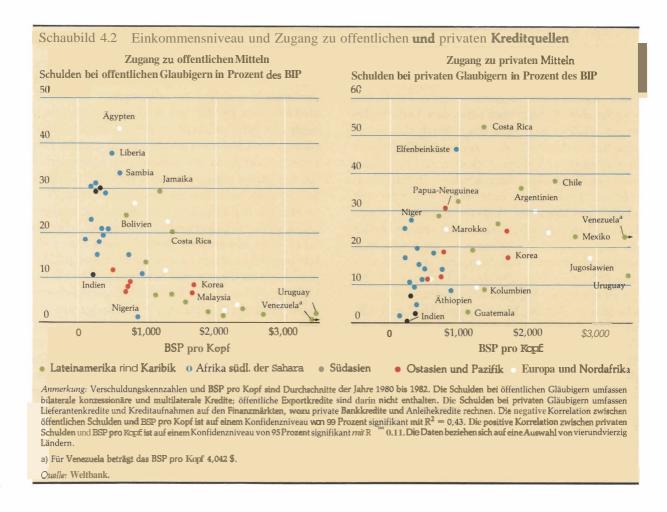
Die Schuldendienstquote wird iiblicherweise als guter Indikator fur ein Schuldenproblem eines Landes angesehen. Wie jedoch die Stufenleiter der Schulden im Schaubild 4.1 zeigt, besteht keine eindeutige Verbindung zwischen hohen Schuldendienstquoten und Ländern, die Umschuldungen durchfuhren mußten. Die Erfahrung hat bewiesen, daß hohe Schuldendienstquotenum so weniger ein Grund zur Beunruhigung sind, je flexibler die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftsstrukturen auf veranderte Anforderungen reagieren konnen. Eine inflexible Volkswirtschaft mit einer niedrigen Schuldendienstquotedurfte eher einer Krise ausgesetzt sein als eine mit hoherer Quote, deren Regierung aber rasch Gegenmaßnahmen einleitet, wenn

Wachstum und Exporte bedroht sind.

Dieser Punkt kann durch einen Vergleich der beiden Hauptgruppen von Umschuldungsländern, die in den Kapiteln 1 und 2 beschrieben sind, verdeutlicht werden. Im allgemeinen hatten die afrikanischen Lander mit niedrigem Einkommen niedrigere Schuldendienstquoten als die lateinamerikanischen Lander mit mittlerem Einkommen. Dies konnte zu der Annahme verleiten, die afrikanischen Länder hätten weniger ernste Probleme. Tatsächlich ist jedoch das genaue Gegenteil richtig. Zwar war die Wirtschaftspolitikin beiden Landergruppen während der siebziger und zu Anfang der achtziger Jahre nicht hinreichend flexibel, doch hätten die lateinamerikanischen Länder die notwendigen Anpassungen an die extemen Schwierigkeiten leichter vollziehen konnen. Ihre hoheren Einkommen bieten einen größeren Spielraum für die Steigerung der Erspamis; ihre besser entwickelten Volkswirtschaften konnen schneller auf Preisveranderungen und Änderungen der Marktchancen reagieren. Die afrikanischen Lander mit niedrigem Einkommen, die uber unzureichende institutionelle Strukturen und begrenzte menschliche und natiirliche Ressourcen verfügen, sehen sich viel beangstigenderen Problemen gegenuber.

Drei Hauptfaktoren haben das **Schuldenwachs**turn in den letzten Jahren bestimmt. **Alle** stehen in Beziehung zur Wirtschaftspolitikder **Entwicklungs**lander.

 Verschuldungsstrategie. Einige Regierungen haben den Weg der Auslandsverschuldung gewahlt, um die Investitionen zu steigern und das inlandische Wachstum zu fördern. So erhohten Brasilien und Korea ihre Kreditaufnahmein den sechziger Jahren; beide wiesen anfänglich hohe Schuldenkennzahlen auf. Beide Länder expandierten und verschuldeten sich auch in den siebziger Jahren kräftig, wobei sie von den niedrigen oder negativen realen Zinssatzen profitierten. Ihre Schuldenkennzahlen entwickelten sich jedoch entgegengesetzt, da Korea hinsichtlich des Produktions- und Exportwachstums Brasilien überflügelte. Andere Länder entschieden sich fur eine relativ geringe Kreditaufnahme und zogen es vor, sich auf die inländische Ersparnis und andere Mittelzuflüsse zu stutzen, die nicht schuldenwirksam sind (wie beispielsweise Gastarbeiterüberweisungen). Indien war hierfür in den siebziger Jahren ein Beispiel. Auch Thailand nahm wahrend des größten Teils dieser Periode nur wenig kommerzielle Mittel auf. Kolumbien, das wahrend der sechziger und zu Anfang der siebziger Jahre ein bedeutendes Empfangerland von Entwicklungshilfe war,



verzichtete 1974 auf weitere Hilfe zu konzessionären Bedingungen. Es stutzte sich in den siebziger Jahrennur in begrenztem Umfang auf Auslandskredite, obwohl ihm rasch steigende Erlose in nichttraditionellen Exportbereichen zugute kamen.

• Verfügbarkeit von Auslandsgeldern. Offensichtlich haben nicht alle Entwicklungsländer zu allen Formen des Auslandskapitals Zugang. Dies beeinflußte ihre Verschuldungspraxis und die gegenwartige Hohe und Zusammensetzung ihrer Schulden. Die Moglichkeiten eines Landes zu kommerziellen Kreditaufnahmen nehmen tendenziell rnit seinem wirtschaftlichen Fortschritt zu: Hohere Pro-Kopf-Einkommen gehen in der Regel Hand in Hand mit einer "Höherqualifizierung" — weg von konzessionaren Mitteln und hin zu einem erweiterten Zugang von privaten Finanzquellen (vgl. Schaubild 4.2 und Statistischer Anhang, Tabelle A.12). Aber auch andere Faktoren als die Einkommenshöhe sind wichtige Bestimmungsgründe für den Zugang eines Landes zu kommerziellen Finanzierungen. Wahrend des Rohstoffbooms in den siebziger Jahren war es vielen Ländern mit mittlerem Einkommen — und sogar Ländern mit niedrigem Einkommen wie Niger und dem Sudan — moglich, bei auslandischen Banken Mittel aufzunehmen, obgleich die Kredite zur wirtschaftlichen Rentabilitat der finanzierten Projekte oft nur einen marginalen Bezug hatten. Als diese Projekte in Schwierigkeiten gerieten und die Rohstoffpreise fielen, stoppten die Banken die Kreditvergabe.

• Gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte. Die Verschuldung im Ausland ist oft die unbeabsichtigte Folge der sonstigen Wirtschaftspolitik. Hohe Haushaltsdefizite, eine iiberbewertete Wahrung und Maßnahmen, die das inländische Sparaufkommen schwachen, beeinflussen die Wirtschaft in einer Weise, die auf eine Inanspruchnahme von Auslandskapital hinausläuft. Solche Fehlentwicklungen waren in einigen Ländern an der Spitze der Stufenleiter der Schulden verbreitet — beispielsweise in Argentinien, Peru und der Turkei. Demgegenüber haben Malaysia und verschiedene andere Lander in Ostasien große Finanzierungsdefiziteder offentlichen Hand sowie Preis- und Wechselkursverzerrungen bewußt vermieden; sie befinden sich

Sonderbeitrag 4.1 Die Schuldenzyklus-Hypothese

Im Zuge des Entwicklungsprozesses ist zu erwarten, daß Veränderungen des Inlandseinkommens, der Sparquoten, der Kapitalakkumulation und der Investitionserträge Ausmaß und Richtung der internationalen Kapitalbewegungen ändern. Dies hat zur Formulierung der Schuldenzyklus-Hypothese geführt: Die Länder durchlaufen typische Zahlungsbilanz- und Schuldenstadien, wie sie im Schaubild 4.1 A dargestellt sind. Die einzelnen Stadien lassen sich wie folgt charakterisieren:

I. Stadium:

Junges Schuldnerland

- Handelsbilanzdefizit.
- Netto-Abfluß von Zinszahlungen.
- Netto-Kapitalzufluß.
- Wachsende Schulden.

II. Stadium:

Reifes Schuldnerland

- Rückläufiges Handelsbilanzdefizitund Übergang zu Überschussen
- Netto-Abfluß von Zinszahlungen.
- Abnehmender Netto-Kapitalimport.
- Langsamerer Anstieg der Schulden.

III. Stadium:

Schuldentilgendes Land

- Steigender Handelsbilanzüberschuß.
- Abnehmender Netto-Abfluß von Zinszahlungen.
- Netto-Kapitalabfluß.
- Sinkende Netto-Auslandsschuld.

IV. Stadium:

lunges Gläubigerland

- Abnehmender Handelsbilanzüberschuß und Übergang zu Defiziten.
- Netto-Abfluß von Zinszahlungen, dann Zufluß.
- Abnehmender Kapitalabfluß.
- Aufbau von Netto-Auslandsforderungen.

V. Stadium:

Reifes Gläubigerland

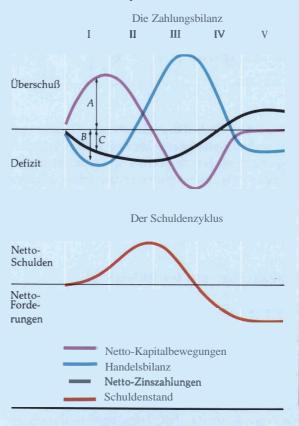
- Handelsbilanzdefizit.
- Netto-Zufluß von Zinszahlungen.
- Abnehmende Netto-Kapitalbewegungen.
- Mäßig wachsende oder konstante Netto-Auslandsforderungen

Alle Länder zusammengenommenkonnen natiirlich weder eine Schuldner- noch eine Gläubigerposition aufweisen. Deshalb dürfte die relative Hohe der Gläubigerpositionen tendenziell abnehmen, je mehr Länder sich auf das Stadium des reifen Glaubigers zubewegen. Die Tatsache, daß die zusammengefaßte Netto-Forderungsposition der Industrieländer im Verhältnis zu ihrem BSP relativ gering ist, obwohl die Brutto-Kapitalbewegungen sehr groß sind, stimmt mit der Schuldenzyklus-Hypothese gut uberein. Dies gilt auch für das Verlaufsmuster der strukturellen Zahlungsbilanzentwicklung in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten während der vergangenen 150 Jahre. Bis in die allerjüngste Zeit entwickelten sich die Zahlungsbilanzen dieser beiden Länder weitgehend gemäß den fünf Stadien.

Bei den Entwicklungsländern sind diese Zusammenhänge nicht so eindeutig: Während der Kolonialzeit wiesen viele Länder, insbesondere Rohstoffexporteure, Leistungsbilanzüberschüsse auf und entwickelten sich im Endeffekt zu Kapitalexporteuren. Eine kleine Gruppe fortgeschrittener Entwicklungsländer bewegte sich zwischen 1950 und 1975 vom Stadiumdes jungen Schuldnerlandeszudem eines reifen Schuldnerlandes, aber die meisten ölimportierenden Länder verhanten bis vor kurzem im ersten Stadium. Einige wenige, wie etwa China, blieben während der gesamten oder der meisten Zeit dieser Periode Netto-Gläubiger.

Mit dem Schuldenzyklus-Modell lassen sich keine verläßlichen Voraussagen ableiten, wie lange ein Land in einem bestimmten Stadium des Schuldenzyklus bleiben diirfte. In dem hypothetischen Beispiel der Tabelle 4.1A wird ein Entwicklungsland dargestellt, das vom ersten zum zweiten Stadium des Zyklus iibergeht und dort längere Zeit verharrt. Die Handelsbilanz und die Kapitalertragsbilanz weisen anhaltende Defiite auf. Die Ertragsrate der Investitionen (näherungsweise gleichgesetzt mit dem Kehrwert des marginalen Kapitalkoeffiiienten) ist hoher als in Überschußländem und gewahrleistet einen für beide Seiten vorteilhaften Ersparnistransfer zu den Entwicklungsländern. Im ersten Jahrzehnt ist die reale Zuwachsrate der Exporte niedriger als der reale Zinssatz, was rasch steigende Leistungsbilanzdefi-

Schaubild 4.1A Zahlungsbilanzsalden und Schuldenstand im Verlauf des Schuldenzyklus



Sonderbeitrag 4.1 (Fortsetzung)

zite und Auslandsschuldenzur Folge hat; letztere steigen von 0 im ersten Jahr auf 100 Mio Dollar nach zehn Jahren. Wenn die Relation des Schuldendienstes und der Schulden zum BIP das als maximal tragbar angesehene Niveau von 30 bzw. 40 Prozent erreichen, ist ein Ausfuhrschub erforderlich, um Zinszahlungen und Tilgungen zu finanzieren. Im fünfzehnten Jahr spielen sich die Wachstumsraten von Exporten und BIP sowie die Schuldenrelationen auf ihre langfristig stabilen Werte ein. Das Exportwachstum ist auf 6 Prozent gestiegen, was ausreicht, fortgesetzte Leistungsbilanzdefizite und ständig wachsende Auslandsschulden aufrechtzuerhalten.

Plotzliche Veränderungen wichtiger Wirtschaftsdaten, wie sie im vergangenen Jahrzehnt mit besonderer Heftigkeit aufgetreten sind, haben häufig größere Abweichungen vom prognostizierten Entwicklungspfad zur Folge. Während der zweiten Hälfte der siebziger Jahre sind viele Entwicklungs-

länder, die als reife Schuldnerländer galten, zum Stadium eines jungen Schuldnerlandes zurückgekehrt; sie importierten Kapital und wiesen zunehmende Handelsbilanzdefiite auf. In den achtziger Jahren sind viele der gleichen Länder in das dritte Stadium, das eines jungen Gläubigerlandes, einge treten, da sie durch hohe Handelsbilanzüberschüsse ihre Netto-Auslandsschulden zurückführten. Diese Entwicklung ist natürlich das Spiegelbild dessen, was in einigen Industrieländern geschehen ist. So sind die Vereinigten Staaten unlängst — in den Kategorien der Schuldenzyklus-Hypothese gesehen — in das Stadium eines jungen Gläubigerlandes zurückgekehrt, dessen zunehmende Handelsbilanzdefiiitezu einem beschleunigten Anstieg der Auslandsschulden führt. Die komplexen Ursachen solcher Verschiebungen werden in diesem Bericht erläutert.

TABELLE 4.1A **Tragbares** Schuldenwachstum: Ein hypothetischer Fall (Jahresdurchschnitt in Prozent, sofern nichts anderes angegeben)

Variable	1. bis 5. Jahr	6. bis 10. Jahr	11. bis 15. Jahr	16. bis 20 . Jahr	21. bis 30. Jahr
Zinssatz	3.75	3 <i>,7</i> 5	3,75	3.75	3,75
Exportwachstum	3,0	3,0	14,1	6,0	6.0
BIP-Wachstum	6,2	7,4	6,4	6,0	6,0
Leistungsbilanzdefizit/BIP	2,1	6,4	3,9	2,4	2,4
Schuldendienst/Exporte	2,1	17,5	32,0	31,0	31.0
Schulden/BIP	4,6	24,0	42,0	42,0	42,0
Schulden am Ende des Zeitraums (Mio Dollar)	16,5	103,0	210,0	280,0	530,0

Anmerkung: Die Berechnungen basieren auf einem Simulationsmodell, das von folgenden Annahmen ausgeht: marginaler Kapitalkoeffizient = 3,5; Verbrauchsquote 80 Prozent des BIP; Einfuhrelastizität = 1.0; Fristigkeit der Schulden = 12 Jahre. Bei Wachstumsraten und Zinssätzen handeltes sich um reale Größen.

am unteren Ende der Stufenleiter. Gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte sind auch durch starke Veränderungen der Terms of Trade verursacht worden. Viele Länder griffen in den siebziger Jahren auf Auslandskredite zuriick, um große außenwirtschaftliche Defizite, die sie fur voriibergehend hielten, zu finanzieren.

Kapitalzuflüsse und Investitionen

Das Auslandskapital versetzt ein Land in die Lage, mehr zu investieren, als es ihm möglich ware, wenn es ausschließlich auf die nationale Ersparnis zurückgreifen konnte. Im frühen Entwicklungsstadium, wenn der Kapitalstock eines Landes noch niedrig ist, sind die Ertrage der Investitionen im allgemeinen hoher als in Industrieländern. Hierin besteht für ein Entwicklungsland die grundlegende wirtschaft-

liche Rechtfertigung von Kapitalimporten aus dem Ausland; dieser Tatbestand liegt auch dem sogenannten "Schuldenzyklus" zugrunde (vgl. Sonderbeitrag 4.1). Im Zeitraum 1960 bis 1983 finanzierte die Inlandsersparnis ungefähr 90 Prozent der Investitionen in den Entwicklungsländern, in den Industrieländern dagegen übertraf die Ersparnis den inländischen Investitionsbedarf um etwa 3 Prozent

Die Verlaufsmuster von **Sparen und** Investieren in den einzelnen **Ländergruppen begannen** sich jedoch nach **1973** merklich zu verandern, wie das Schaubild **4.3** zeigt.

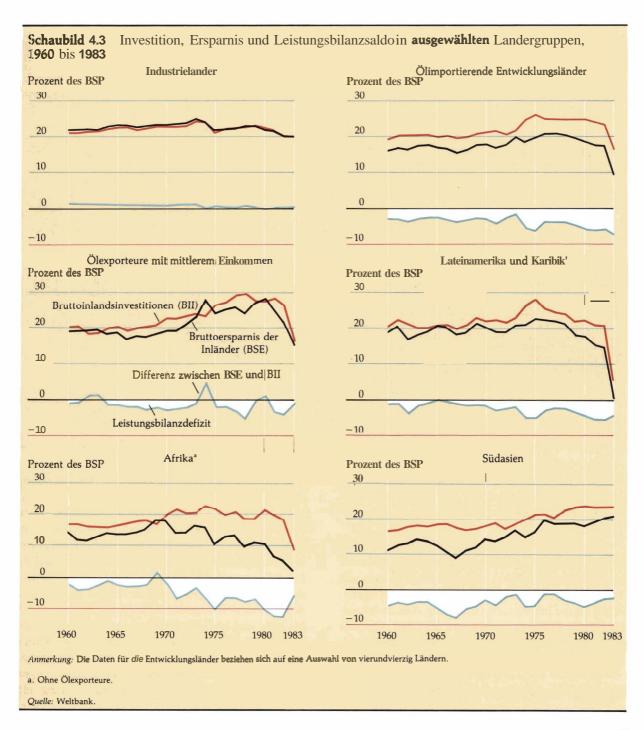
• Der in den Industrielandern iiblicherweisevorhandene Ersparnisüberschuß verringerte sich, wobei 1974 und 1979 sogar zwei kurze Defizitperioden zu verzeichnen waren.

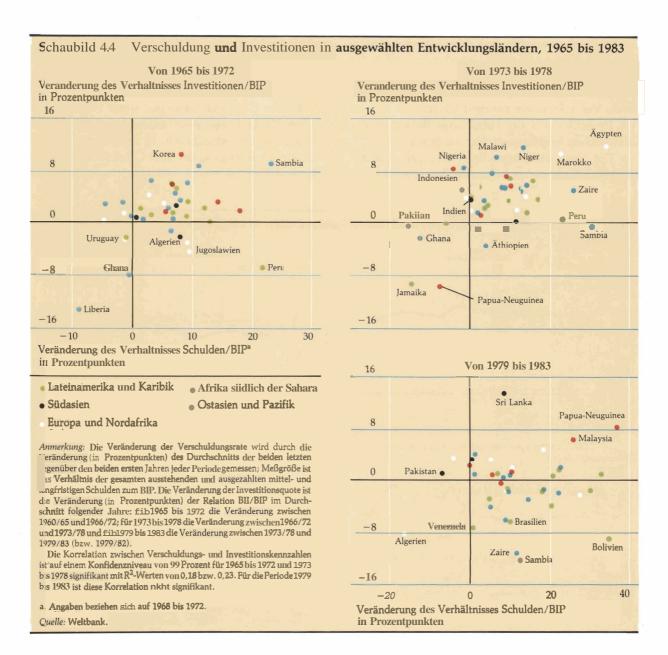
Dies **fiel** mit der wachsenden Nachfrage der olimportierenden **Entwicklungsländer** nach **Aus**-

landskapital zusammen, mit dem zunachst **zusätz-**liche Investitionenfinanziert wurden **und** spater der **Rückgang** der **inländischen** Ersparnis kompensiert wurde. Die lateinamerikanischen Staaten zeigen dieses Verlaufsmuster am deutlichsten.

- In Afrika war der langfristige **Rückgang** der inlandischen Ersparnis starker ausgepragt.
- Die olexportierenden **Entwicklungsländer** mit mittlerem Einkommen begannen ihre Investitionen

Anfang der sechziger Jahre zu steigern; die Bemühungen um eine Erhöhung der inlandischen Ersparnis machten Ende der sechziger Jahre Fortschritte. Diese Länder waren während kurzer Perioden nach den zwei Ölpreissteigerungen sogar Netto-Kreditgeber fur die iibrige Welt, ansonsten aber verschuldeten sie sich betrachtlich. In den Jahren 1981/82 führte der Rückgang der vom Ölsektor abhängigen Einkommen zu einem verringerten Sparaufkom-



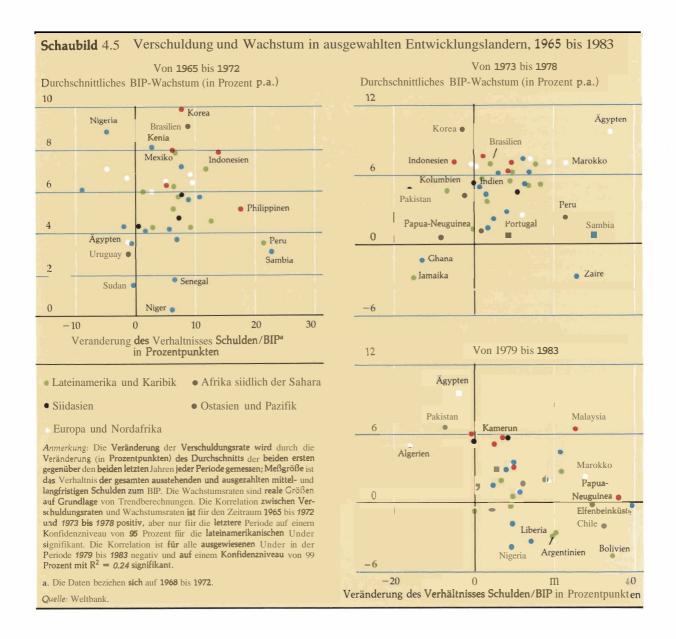


men im Inland sowie zu einem geringeren Zufluß auslandischen Sparkapitals, der zusatzliche umfangreiche Korrekturen der Investitionen erforderlich machte.

• Demgegenuber waren die sudasiatischen Länder mit niedrigem Einkommen in der Lage, seit Ende der sechziger Jahre ihre inlandische Ersparnis zur Finanzierung hoherer Investitionen zu steigern, womit sie die Inanspruchnahme von Auslandskapital, relativ gesehen, verringern konnten (Tabelle A.11 des Statistischen Anhangs zeigt weitere Einzelheiten für vierundvierzig Entwicklungslander).

Schaubild 4.4 legt den **Schluß** nahe, **daß** bis in die **jüngste** Zeit die Lander, die sich verschuldeten, ihre Investitionsquoten tendenziell erhohen konnten.

Die positive Korrelation zwischen Verschuldung und Investitionen ist fur die Zeitraume 1965 bis 1972 und 1973 bis 1978 statistisch signifikant, nicht jedoch fur die Jahre 1979 bis 1983. Die Zusammenhänge zwischen Verschuldung und Wirtschaftswachstum sind komplexerer Natur. Wie Schaubild 4.5 zeigt, war die Korrelation zwischen den Veränderungen der Relation von Schulden zu BIP und dem Wirtschaftswachstum in den Zeitraumen 1965 bis 1972 und 1973 bis 1978 zwar positiv, aber nicht signifikant. Im letzteren Zeitraum wiesen einige Länder, die sich stark verschuldeten, nur ein schwaches oder uberhaupt kein Wachstum auf. In einigen Fallen — so in Peru und Sambia — ging ein langsames Wachstum mit einer stagnierenden Inve-



stitionsquote einher; das Auslandskapital wurde zur Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten eingesetzt, die durch eine unhaltbare Wirtschaftspolitik und fallende Rohstoffpreise verursacht worden waren. In anderen Ländern — hauptsachlich in Afrika — trugen betrachtliche Kapitalimporte zum Anstieg der Investitionsquoten bei, doch die Investitionen selbst waren oft unproduktiv. Gleichwohl erzielten Lander wie Indien (vgl. Sonderbeitrag 4.2), Indonesien und Korea mittlere oder sogar sehr hohe Wachstumsraten, ohne sich verstarkt zu verschulden. In den Jahren 1979 bis 1983 war schließlich die Korrelation zwischen den Veranderungen der Relation Schulden zu BIP und dem Wachstum des BIP sogar negativ. In einem durch steigende

reale Zinssatze und weltweit sinkende Produktion gekennzeichneten Umfeld wurde eine wachsende Verschuldung nicht mehr in hoheres Wachstum umgesetzt. Abermals jedoch verlief die Entwicklung nicht in allen Ländern einheitlich. Malaysia zum Beispiel verschuldete sich betrachtlich, konnte aber auch ein beeindruckendes Wachstum erzielen.

Die unterschiedlichen Erfahrungen der einzelnen Lander beziiglich Verschuldung, Investitionen und Wachstum unterstreichen die Forderung nach einer effizienten Verwendung der gesamten Kapitalimporte. Investitionen der offentlichen Hand setzen eine sorgfältige Analyse voraus, wobei den negativen Risiken ausreichend Rechnung getragen werden

Sonderbeitrag 4.2 Vorsichtige Kreditaufnahme und Risikovermeidung: Der Fall Indien

Wahrend der sechziger und siebziger Jahre kontrollierte Indien durchweg den Zufluß ausländischen Kapitals. Wann immer es zu ernsten Zahlungsbilanzproblemen kam, schränktedie Regierung die Importe ein, und zwar kurzfristig durch eine restriktive Finanz- und Geldpolitik, durch die Genehmigungspflichtvon Investitionen sowie durch direkte Kontrollen und langfristig durch eine Politik der selektiven Importsubstitution. Soweit Auslandsmittel aufgenommen wurden, geschah dies hauptsächlich zu konzessionären Bedingungen.

Die erste Runde der Ölpreiserhöhungen in den Jahren 1973/74 verschlechterte Indiens bereits anfällige Leistungsbilanz und verschärfte die Inflation. Obwohl sich die Wirtschaft bereits in einer Rezession befand, entschied sich die Regierung gegen eine Auslandsverschuldung zur Bewältigung des neuen Schocks. Stattdessen wurde durch die Anhebung von Steuern und Zinsen, die Kürzung offentlicher Ausgaben und eine Straffung der Geldpolitik die inländische Ersparnis kräftig von 14 Prozent des BIP (im Zeitraum 1965 bis 1972) auf 19 Prozent (im Zeitraum 1973 bis 1978) gesteigert. Auch die inländischen Energiepreise wurden rasch auf das neue Weltmarktniveau angehoben. Die Rezession verschärfte sich, wodurch das Handelsbilanzdefizit beträchtlich schrumpfte. Außerdem stiegen die Einnahmen aus Gastarbeiterüberweisungen von 200 Mio Dollar im Jahre 1974 auf fast 1 Mrd Dollar in 1977, da viele Inder während des Booms in der Bauwirtschaft des Nahen Ostens beschäf-

1978 hatte Indien die außenwirtschaftliche Anpassung vollständig erreicht. Das Land war sogar zu einem Netto-Kreditgeber für den Rest der Welt geworden, wies einen kleinen Handels- und Leistungsbilanzüberschuß auf, eine

vergleichsweise niedrige Schuldenquote im Verhältnis zum BIP (etwa 15 Prozent) und hohe Währungsreserven (8,3 Mrd Dollar im Jahr 1978, was dem Gegenwert von fast elf Monatsimporten entsprach). Stabilisierung und Anpassung waren in einem Maß betont worden, daß das Wachstum der Wirtschaft gebremst worden war.

Mit dem Ziel, die Leistungsfähigkeit der Wutschaft zu steigern und das Wachstum zu beschleunigen, lockerte Indien in den frühen achtziger Jahrenstufenweise die Importkontrollen, verstärkte die Anreize fur Investitionen und nahm vermehrt Kredite im Ausland auf, die Effizienz zu steigern. Zwar wurden die meisten weiterhin zu konzessionären Bedingungen hereingenommen, doch nahmen die aus kommerziellen Quellen stammenden Auslandskredite allmahlich zu, und zwar von 3 Prozent der öffentlichen Auslandsschuld im Jahre 1979 auf etwa 8 Prozent im Jahre 1983. Die inländische Ersparnis stieg ebenfalls weiter und erreichte im Durchschnitt der Jahre 1976 bis 1983 23 Prozent des BIP — ein deutlich höheres Niveau als früher. Trotz weiterer Ölpreissteigerungen und einer schlimmen

Dürreperiode hat sich Indiens Wachstum beschleunigt. Durchschnitt der Jahre 1979 bis 1984 betrug die Wachstumsrate 5,1 Prozent, verglichen mit jährlich 3,6 Prozent in den Jahren 1950 bis 1979. Zwar Wird die Schuldendienstquote in den nächsten Jahren vermutlich etwas steigen, doch hat Indien sich durch seine verminderte Einfuhrabhängigkeit bei Nahrungsmitteln und Energie, zusammen mit seinen guten Aussichten für ein stärkeres Exportwachstum, gegenüber früheren Jahren größere Flexibilität bei der Steuerung

Auslandsverschuldung und der Zahlungsbilanz verschafft.

muß. Investitionsvorhaben im privatwirtschaftlichen Bereich erfordern ein Rahmenwerk von Leistungsanreizen — positiven und negativen — zur Förderung produktiver Investitionen. Versäumnisse in diesen beiden Bereichen waren eine Hauptursache fur das langsame Wachstum einiger Lander im vergangenen Jahrzehnt (vgl. Sonderbeitrag 4.3).

Wo Auslandskapital aufgenommen wurde, kann fur die Entwicklungslander ein "Transformationsproblem" entstehen — das heißt, die Investitionen erbringen (oder ersparen) nicht genug Devisen, um die Auslandsschulden zu bedienen. Dies kann aus mehreren Gründen passieren. Zum einen mag die Falligkeitsstruktur der Kredite nicht auf die Ausreifungszeit der Projekte abgestimmt sein — ein Problem der Steuerung der Auslandsschulden, das im folgenden Kapitel erortert wird. Andererseits mogen bestimmte Projekte zu keiner Zeit in ausreichendem Umfang Devisen erbringen oder einspa-

ren. In einer Volkswirtschaft ohne strukturelle Verwerfungen durch **überhöhte** Wechselkurse, **starken** Protektionismus und Subventionierungdes Verbrauchs oder der Investitionen wiirde dies keine Rolle **spielen**. Ob mit **Hilfe** der Investitionen **han**-delbare Guter (fur den Export oder zur **Importsub**-stitution) erzeugt werden oder aber Guter, die nicht international handelbar sind, wie Leistungen des Erziehungswesens, der Elektrizitats- oder **Wasser**-versorgung, ware irrelevant: Wenn die **Renditen** hoher sind als die Kosten fur die aufgenommenen **Mittel, würden** Produktion und Ersparnis steigen und einen zusatzlichen **Überschuß** für den Export ergeben, der zur **Rückzahlung** der Schulden ausreichen wiirde.

Wenn jedoch wirtschaftspolitische Maßnahmen, wie in vielen Entwicklungslandern, die Preisstruktur verzerren, dann ist nicht garantiert, daß genug Devisen erbracht werden. In Jamaika, Peru und der Turkei war die Anfalligkeit für Schuldendienst-

Sonderbeitrag 4.3 Kreditaufnahmen im Ausland und Wirtschaftlichkeit von Investitionen auf den Philippinen, in Argentinien und Marokko

Der Schaden, den unwirtschaftliche Investitionen anrichten, läßt sich gut anhand von drei ansonsten verschiedenartigen Ländern zeigen.

• Die Philippinen. Die Philippinen verfolgten in den sechzigerund siebziger Jahreneine investitionsorientierte Strategie des raschen Wachstums, die auf der Importsubstitution basierte. Ihre Wirtschaft wuchs rasch, aber ihre Investitionen waren weniger produktiv als in vielen benachbarten Entwicklungsländern. Viele der Investitionen flossen in Sektoren, die durch hohe und ungleiche Einfuhrschranken geschützt waren. Die Währung war überbewertet, die Zinsen wurden durch Markteingriffe niedrig gehalten und Kredite häufig nach politischen, statt nach kommerziellen Gesichtspunkten vergeben.

In den frühen siebziger Jahren verstärkten die öffentlichen Untemehmen ihre Investitionen beträchtlich. Wegen fehlender Selbstfinanzierung wurden viele Untemehmen von der Unterstützung durch die Regierung und von ausländischen Krediten abhängig. Der Verwaltungsapparat zur Projektbewertung und -beaufsichtigung blieb unzulänglich. Die Investitionen konzentrierten sich a d Infrastrukturprojekte mit langen Ausreifungszeiten. Demzufolge führte der starke Anstieg der Auslandsverschuldung nicht zu einer entsprechenden Zunahme der Schuldendienstkapazität. Der marginale Kapitalkoeffizient (MKK - die Investition je zusätzlicher Produktionseinheit) hat sich in den Jahren 1978 bis 1982 mehr als verdoppelt. Die Regierung ist nun bemüht, ihre Methoden der Auswahl und Bewertung von Investitionen zu verbessern und reformiert einige Bereiche, von denen wichtige Anreize für eine rationelle Investitionstätigkeit ausge-

• Argentinien. Bis vor kurzem wies Argentinien mit durchschnittlich rund 22 Prozent des BIP eine der höchsten Investitionsquoten in Lateinamerika auf. Nahezu zwei Drittel dieser Investitionen fanden im privaten Sektor statt. Ein Großteil war jedoch unwirtschaftlich — das Ergebnis einer unsteten und oft inkonsistenten Wirtschaftspolitik, einer Industrialisienmg mit dem Ziel der Importsubstitutionsowie hoher und stark schwankender Inflationsraten. Der gesamtwirtschaftliche MKK stieg von 4,4 (im Zeitraum 1963 bis 1972) auf rund 11 (im Zeitraum 1973 bis 1981). Dieser Koeffizient war bei weitem der höchste von allen großen lateinamerikanischen Volkswirtschaften. Von den in den Jahren 1976 bis 1982 im Ausland aufgenommenen Krediten in Höhe von 35 Mrd Dollar wurden nur wenige, wenn überhaupt, zur Finanzierung zusätzlicher Investitionen verwendet. Dieser Umstand erklärt weitgehend die Größenordnungen von Argentiniens gegenwärtiger Schuldenproblematik

• Marokko. In Marokko hat eine hohe Auslandsverschuldung während der siebziger Jahre dazu beigetragen, die Investitionen auf einem Niveau von 25 Prozent des BIP zu halten, was nahezu doppelt so hoch war wie in den sechziger Jahren. Eine zunehmende Abschirmung der inländischen Wirtschaft gegenüber der Auslandskonkurrenz - verbunden mit einer inflationären Wirtschaftspolitik, Subventionen und Preiskontrollen - verzerrten die Investitionsanreize. Der gesamtwirtschaftliche MKK stieg von 2,6 (im Zeitraum 1965 bis 1972) auf 6,7 (im **Zeitraum** 1979 bis 1982). Der offentliche Sektor, auf den der Großteil der neuen Investitionen entfiel, erzielte bei Projekten im Bewässerungs-, Verkehrs- und Erziehungswesen geringe und manchmal sogar negative Erträge. Die öffentlichen Investitionen je neu geschaffenem Arbeitsplatz waren etwa dreißigmal höher als im Durchschnitt des Landes, während die Produktionskosten einiger staatlich erzeugter Produkte, wie etwa von raffiniertem Zucker, dem 2,6fachen des Weltmarktpreises entspra-

probleme besonders in den siebziger Jahren hoch, weil wirtschaftspolitisch bedingte Verzerrungen zu einem niedrigeren Exportwachstum als in den meisten anderen Ländern mit mittlerem Einkommen fuhrten. Offensichtlich läßt sich dieses Problem am besten dadurch lösen, daß die Verzerrungen beseitigt werden. Die Turkei revidierte Anfang der achtziger Jahre ihre Wirtschaftspolitik, worauf sich das Exportwachstum eindrucksvoll beschleunigte. Lander, denen es aus politischen oder anderen Gründen nicht moglich ist, die Verzerrungen zu beseitigen, wären gut beraten, sich bei der Aufnahme von Auslandsgeld zurückzuhalten. Auch wenn keine erheblichen Verzerrungen bestehen, kann bei einigen Ländern im friihesten Stadium ihrer Entwicklung ein Transformationsproblem auftreten, weil ihre Kapazitat zur Steigerung der Produktion

international handelbarer Guter eng begrenzt sein kann. Wie in Kapitel 7 erortert wird, benotigen Lander dieser Kategorie im allgemeinen **Entwick**lungshilfe zu konzessionaren Bedingungen.

Das tragbare Schuldenniveau ist zwar von Land zu Land unterschiedlich, doch kann eine Verschuldung nur dann erfolgversprechend sein, wenn die Rendite der gesamten Investitionen die Kosten fur die aufgenommenen Mittel übersteigt. Außerdem müssen ausreichende Devisenerlöse erwirtschaftet werden, um die Schulden bedienen zu können. Wenn Leistungsbilanzdefizite im Zuge von Entwicklungsprogrammen auftreten, muß die Wachstumsrate der Produktion und des Exports auf lange Sicht hoher sein als der Zinssatz auf die Schulden, damit das Schuldenniveau nicht untragbar wird (vgl. Sonderbeitrag 4.4).

Sonderbeitrag 4.4 Leitlinien der Kreditaufnahme

Kreditaufnahmenzur Finanzierung von Importüberschüssen sowie von Zinszahlungen auf die ausstehenden Schulden lassen die Auslandsverschuldung wachsen. Länder mit einer Ressourcenliickemüssen sich mit der Entwicklung und dem Zusammenspiel einer Reihe entscheidender schuldenbezogener Größen befassen, nämlich der Wachstumsrate der Verschuldung, der Wachstumsrate von Exporten und Einkommen, dem Umfang der Ressourcenliicke im Verhältnis zu Einkommen oder den Schulden, dem Zinssatz, zu dem Kredite aufgenommen werden. Insbesondere haben sie sicherzustellen, daß weder der Zinssatz noch die Zuwachsrate der Schulden die Wachstumsrate der Exporte oder des Einkommens nachhaltig iibersteigt.

Werden diese Leitlinien mißachtet, konnen Schulden und Schuldenrelationen durchaus explosiv wachsen.' Das Beispiel 1 im Schaubild 4.4 A zeint ein hyothetisches Land. das sich an diese Leitlinien hält. Sowohl der Export als auch das BIP wachsen rasch genug, so daß das Leistungsbilanzdefizit schließlich abnimmt — und damit auch die Schulden und die Schuldenrelationen. Das Beispiel 2 zeigt ein Land, das beide Leitlinien verletzt. Die Zunahme der Schulden geht uber das Wachstum von Exporten und Eiommen hinaus, und ebenso iibersteigt der Zinssatz die Wachstumsraten des BIP wie der Exporte. Die Kapitalzuflüsse nehmen ständig zu; die Schulden und die Schuldenrelationen wachsen in einer

explosiven, unhaltbaren Weise. Beispiel 3 zeigt einen dazwischen liegenden Fall. Während die Verschuldungsquoten kontinuierlichzunehmen, flacht sich ihr Wachstum ab, und die Schuldenquotenbewegen sich auf ein stabiles Niveau zu. Ein solches Land durfte daher in der Lage sein, sowohl seine Liquidität als auch seine Zahlungsfähigkeit zu erhalten. Jenseits dieser Leitlinien, die sich a d gesamtwirtschaftliche Größen beziehen, wird ein Kreditnehmer natiirlich sicherzustellen haben, daß eine einfache Regel vorsichtiger Mittelaufnahmen befolgt wird: Die Kosten eines zusatzlichen Kredites sollten nicht iiber den Ertrag der zusatzlichen Investition hinausgehen.

1. Die Richtlinien können mathematisch wie folgt abgeleitet werden:

$$\Delta S = H + z \cdot S$$

$$h = H/S$$

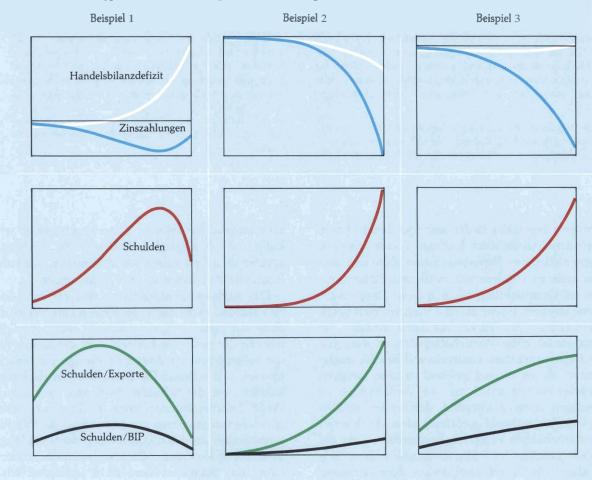
$$\Delta S/S = \dot{S} = h + z$$

dabei bezeichnet $\mathcal S$ die ausstehenden Schulden; $\mathcal H$ den Saldo der Handels- und Dienstleistungsbilanz ohne Netto-Faktoreinkommen; h die Ressourcen-Lücke als Bruchteil der Schulden und z den Zinssatz auf die Schulden. Punkte bedeuten Wachstumsraten. Danach ist

$$\begin{array}{l} (S/Y) = \dot{S} - Y = h + (z - \dot{Y}) \\ (S/X) = \dot{S} - X = h + (z - \dot{X}) \end{array}$$

dabei steht Y für das BIP und X fiir die Exporte.

Schaubild 4.4A Hypothetische Entwicklungen der Verschuldung



Die Wirtschaftlichkeit im öffentlichen Sektor ist von entscheidender Bedeutung, weil auf die öffentlichen Investitionen ein großer Teil der gesamten inländischen Investitionen der Entwicklungsländer entfällt. In vielen Ländern ging das rasche Wachstum der öffentlichen Investitionen in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre den späteren Schuldendienstproblemen voraus.

Bei der Beurteilung öffentlicher Investitionen haben viele Regierungen nicht zwischen der finanziellen Rentabilität und der wirtschaftlichen Produktivität unterschieden. Investitionen öffentlicher Unternehmen können finanziell betrachtet deshalb profitabel scheinen, weil die Industriezweige durch Zölle oder staatliche Vorschriften geschützt sind, oder weil sie von der Regierung durch niedrigverzinsliche Kredite oder Barzuschüsse subventioniert werden. Wirtschaftlich gesehen mag das Projekt jedoch unproduktiv sein und wenig oder gar nichts zum Wirtschaftswachstum beitragen. Die Diskrepanz zwischen der finanziellen und der volkswirtschaftlichen Bewertung kann überwunden werden, wenn in verstärktem Maß Verfahren wie die Schattenpreistechnik zur Beurteilung von Projekten herangezogen werden und wenn — was noch wichtiger ist — wirtschaftspolitische Reformen wie eine Liberalisierung der Importe, die Freigabe von Preisen und ein Abbau von Subventionen durchgeführt werden, welche die Kluft zwischen den Erträgen in finanzieller und in volkswirtschaftlicher Sicht verringern.

Das Problem einer unzureichenden Projektbeurteilung stellt sich in den meisten Entwicklungsländern, besonders ausgeprägt aber in Afrika. Ein vor kurzem erschienener Bericht der Weltbank, Toward Sustained Development in Sub-Saharan Africa, gelangt bei der Erörterung der umfangreichen kommerziellen Kreditaufnahmen der siebziger Jahre zu folgendem Schluß:

Zwar wurde ein Teil dieser Kreditaufnahmen zur Aufrechterhaltung des Konsums verwendet, als die Rohstoffpreise fielen (wie in Sambia), überwiegend aber dienten sie zur Finanzierung umfangreicher öffentlicher Investitionen, von denen viele zum Wirtschaftswachstum oder zum Erwerb von Devisen für die Bedienung der Schulden nur wenig beitrugen. Diese Projekte betrafen ein breites Spektrum von Sektoren und Ländern. Zu den Beispielen gehören Projekte wie große Konferenzzentren, Verwaltungsgebäude, Universitäten, Hotels und Schnellstraßen und ebenso Projekte im industriel-

len Bereich wie Öl- und Zuckerraffinerien, Stahlwerke, Textil- und Zementfabriken. Sie finden sich in Ländern mit niedrigem Einkommen ebenso wie in solchen mit mittlerem Einkommen und in den meisten ölexportierenden Ländern. Sicherlich sind Investitionen in der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Infrastruktur notwendig, ebenso wie industrielle Investitionen und Investitionen im Dienstleistungssektor (beispielsweise Hotels). Die Erfahrung zeigt jedoch, daß zu viele Investitionen in Projekten vorgenommen wurden, die nicht zu einer deutlichen Steigerung der Produktion führten. Wirkliche Fehler und Mißgeschicke können die außergewöhnlich große Zahl der "weißen Elefanten" nicht erklären. Zu viele Projekte sind entweder des politischen Prestiges wegen ausgewählt worden oder weil ihrer wahrscheinlichen volkswirtschaftlichen und finanziellen Rendite nicht genügend Beachtung geschenkt wurde (Weltbank 1984, S.24).

Demgegenüber haben die meisten ostasiatischen Länder in den vergangenen zehn Jahren öffentliche Gelder recht wirtschaftlich investiert. Der staatliche Unternehmensbereich blieb relativ klein und beschränkt sich in vielen Fällen weitgehend auf die Energiewirtschaft. Große Investitionen in der inländischen Energieerzeugung - Erdwärme-, Kohleund Wasserkraftwerke auf den Philippinen; Atomkraftwerke in Korea; Erdgas-, Braunkohle- und Wasserkraftwerke in Thailand — waren im allgemeinen mit Energiepreisen verbunden, die zur Energieeinsparung anregten. Fehler wurden gleichwohl gemacht. In einigen Fällen lagen der Auswahl der Investitionen eher politische als wirtschaftliche Kriterien zugrunde; manchmal waren die Erwartungen über zukünftige Preisentwicklungen unzutreffend. Der Aufbau einer Stahlindustrie in Indonesien Mitte der siebziger Jahre und umfangreiche, von der Regierung finanzierte Investitionen in der koreanischen Schwerindustrie gegen Ende der siebziger Jahre sind Fälle, wo die wirtschaftliche Bewertung der Projekte mit einer größeren Sorgfalt und Umsicht hätte erfolgen können.

Anreize für produktive Investitionen

Die Wirtschaftspolitik der Regierung hat einen profunden Einfluß auf Art und Umfang der privaten Investitionen in den Entwicklungsländern. Mit dem Ziel, die heimische verarbeitende Industrie zu fördern, schützen viele Regierungen sie durch Importschranken und subventionieren sie durch

kunstlich niedrig gehaltene Zinssatze und überbewertete Währungen. Diese Maßnahmen werden manchmal durch Preiskontrollen und Subventionen ergänzt, die zwar die Armen unterstutzen sollen, von denen aber hauptsiichlich jene profitieren, die mehr zahlen konnten. Der Haupteffekt dieser Maßnahmen ist eine Stimulierung des Verbrauchs, welche die heimischen Anbieter dazu ermuntert, sich auf den Inlandsmarkt zu konzentrieren. Sie vernachlassigen daher den Export und schmälern damit zusätzlich die Devisenerlose, die fur die Bedienung der Schulden benotigt werden.

DIE ROLLE DER PREISE. Frühere Weltentwicklungsberichte haben auf den Zusammenhang zwischen Preisverzerrungen und Wirtschaftswachstum hingewiesen. Der Bericht von 1983 enthielt Indizes der Preisverzerrungen in einunddreißig Ländern. denen Maßzahlen für die Verzerrungen von Wechselkursen, Faktorpreisen und Produktpreisen zugrunde lagen. Es wurde gezeigt, daß in den siebziger Jahren die Länder, deren Preisstrukturen aufgrund von staatlichen Eingriffen verzerrt waren, ein langsameres Wachstum aufwiesen. Tabelle 4.1 zeigt anhand der gleichen Klassifizierung, daß starke Verzerrungen auch ein langsameres Exportwachstum und eine hohere Wahrscheinlichkeit von Schuldendienstproblemen zur Folge haben. Die meisten Länder mit gravierenden Verzerrungen des Preisgefüges waren gezwungen umzuschulden. Falls dies nicht geschah, wie bei Bangladesch, Ghana und Tansania, war die kommerzielle Verschuldungsehr gering. Demgegeniiber haben die meisten Länder mit nur schwachen Preisverzerrungen eine Umschuldung vermieden. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet Malawi. Seine Schuldendienstprobleme rührten nicht von Preisverzerrungen her, sondern waren vor allem das Resultat von Kreditaufnahrnen mit dem Ziel, eine finanzpolitische Anpassung aufzuschieben, sowie das Ergebnis einer überhohten kommerziellen Verschuldung.

DIE BEDEUTUNG DER HANDELS- UND WECHSEL-KURSPOLITIK. Wahrend die meisten Entwicklungsländer die Schocks von Mitte der siebziger Jahre uberraschend gut uberstanden, gelang dies Ländern nicht, die — wie Argentinien, Peru und die Turkei — im allgemeinen eine ineffiziente Importsubstitutionspolitik verfolgten und ein kapitalintensives industrielles Wachstum forderten. Sie hatten eine Überbewertung ihrer Währungen zugelassen und besaßen hohe Zollmauern gegen Importe von Fertigerzeugnissen und niedrige Zolle fur Inve-

TABELLE 4.1
Preisverzerrungen, Umschuldungen und Exportwachstum in ausgewählten Entwicklungsländern

			Exportwachstum 1970—80°			
	Land	Um- schuldung 1975—1984	Jeweiliges Land	Durchschnitt der Ländergruppe		
	Malawi	ja	4,8			
	Thailand	nein	8,1			
	Kamerun	nein	3,1			
	Korea	nein	23,0			
	Malaysia	nein	8,3	= 4		
	Philippinen	ja	6,4	7,1		
	Tunesien	nein	7,3			
	Kenia	nein	0,9			
	Jugoslawien	ja	3,8			
	Kolumbien	nein	5,6			
_	Äthiopien	nein	-1,8			
lger	Indonesien	nein	9,3			
rrur	Indien	ja	8,4			
ırze	Sri Lanka	nein	-1.8			
Zunehmende Preisverzerrungen	Brasilien	ja	7,9			
Pre	Mexiko	ja	7,9	5,2		
Jde	Elfenbeinkiiste	ja	5,0			
mer	Ägypten	nein	6,9			
neh	Türkei	ja	4,3			
70	Senegal	ja	6,3			
	Pakistan	ja	-0,9			
	Jamaika	ja	-2,5			
	Uruguay	ja	9,6			
	Bolivien	ja	3,0			
	Peru	ja	-0.4			
	Argentinien	ja	7,1	1,9		
	Chile	ja	11,6	1,/		
	Tansania	nein	-4.8			
	Bangladesch	nein	2,7			
	Nigeria	ja	3,3			
ļ	Ghana	nein	-8,0			

Anmerkung: Die Analyse der Preisverzerrungen basiert auf den Devisenkursen, den Faktorpreisen und den Produktpreisen im Durchschnitt der siebziger Jahre. Aufgrund der unterschiedlichen Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder in den letzten Jahren kann eine auf neueren Daten basierende Rangordnung von der hier angegebenen beträchtlich abweichen.

a. Durchschnittliche Jahresrate des Wachstumstrends der realen Exporte von Gütern und Dienstleistungen (ohne Faktoreinkommen) in kowtanten US-Dollar.

Quelle: Für Preisverzerrungen: Weltbank, Weltentwicklungsbericht 7983, S. 62; für Exportwachstum: Weltbank; für Umschuldung: Weltbank, World Debt Tables, Ausgabe 1984/85, Tabelle 2, S. XVI.

stitionsguter. Diese Maßnahmen forderten eine besonders kapitalintensive Produktion, wodurch die Produktivitat der Investitionen zuruckging. Alle drei Länder verzeichneten während der siebziger Jahre eine markante Verschlechterung des Verhältnisses zwischen zusatzlichem Kapitalaufwand und zusatzlicher Produktion.

Die Schwierigkeiten, denen sich viele lateiname-

rikanische Länder zu Anfang der achtziger Jahre gegenubersahen, kontrastieren zu den Erfolgen der ostasiatischen Lander. Zwar setzte ihre weltmarktorientierte Politik diese asiatischen Staaten den externen Schocks stärker aus, doch ermoglichte sie es ihnen, aus dem internationalen Handel größeren Nutzen zu ziehen, so daß sie schneller wuchsen. In einer Studie wurde festgestellt, daß die am Weltmarkt orientierten Entwicklungslander im Zeitraum 1976 bis 1979 eine durchschnittliche Wachstumsrate von 6,2 Prozent pro Jahr erzielten, verglichen rnit 2,4 Prozent bei den binnenwirtschaftlich orientierten Ländern. In den Rezessionsjahren 1979 bis 1982 betrugen die entsprechenden Zuwachsraten 1,0 und 0,2 Prozent.

Die Erfahrungen der Entwicklungslander Ostasiens deuten darauf hin, daß die Aufrechterhaltung realistischer Wechselkurse und die Vermeidung einer uberzogenen Importsubstitution die sichersten Mittel sind, um die Finanzierung von Investitionen geringer Produktivitat rnit Auslandskapital zu verhindern. Eine solche Politik ermöglicht es den Investoren, die echten wirtschaftlichen Kosten und Ertrage alternativer Investitionsprojekte zu beurteilen, besonders wenn eine Kreditaufnahme im Ausland vorgesehen ist.

Kapitalzuflüsse und wirtschaftliche Anpassung

Frühere Weltentwicklungsberichte haben beschrieben, wie die Entwicklungslanderauf die drastischen Veranderungen des weltwirtschaftlichen Umfelds in den siebziger Jahren reagierten. In den Jahren 1981/82 traten erneut weltwirtschaftliche Probleme auf. Die nominalen Zinssatze stiegen; die realen Zinssatze (gemessen an der Inflation in den Industrielandern)sogar noch starker. Die Zinsverpflichtungen fur die Auslandsschulden erhohten sich bei einigen der Hauptschuldnerlander um nicht weniger als 5 Prozent des BIP (der Prozentsatz hing ab vom Verhaltnis der konzessionaren zu den nichtkonzessionaren Schulden und dem Verhältnis der langfristigen, festverzinslichen Schulden zu den kurzfristigen oder variabel verzinslichen). Gleichzeitig verschlechterten sich die Terms of Trade der Rohstoffexporteure weiter, wodurch die effektive reale Zinsbelastung zusätzlich stieg. Als Folge der Rezession sanken auch die Exportvolumina, und der Protektionismus gewann sowohl in den Industrielandern als auch in der Dritten Welt an Boden.

Die Auswirkungen dieser Schocks waren gewal-

tig, insbesondere für die Länder mit den hochsten kommerziellen Schulden. Brasiliens Netto-Zinszahlungen waren 1981 um 60 Prozent und 1982 um 80 Prozent hoher, als sie bei Konstanz der realen Zinssatze gewesen wären. Diese Zunahme entsprach 15 bzw. 25 Prozent der Exporte im jeweiligen Jahr. Gleichzeitig fielen die Terms of Trade Brasiliens um 25 Prozent unter das Niveau, das einer vorsichtigen Schatzung im Jahr 1980 entsprochen hatte. Außerdem erlitt Brasilien auf seinen wichtigen Exportmarkten in anderen Entwicklungsländern Absatzeinbußen, als diese ihre Importe drosselten, und es mußte die von ihm angebotenen Exportkredite kürzen. Im allgemeinen beeinträchtigte das Zusammentreffen hoher Zinssatze mit der Rezession in den Jahren 1981 und 1982 die Fähigkeit der Entwicklungslander, ihr Wachstum aufrechtzuerhalten und Schuldendienstprobleme zu umgehen, weitaus starker als die beiden Ölpreisschocks gegen Mitte und Ende der siebziger Jahre (vgl. Tabelle 4.2).

Die Lander mit Schuldendienstproblemen waren jedoch nicht notwendigerweise auch diejenigen, die den stärksten wirtschaftlichen Schocks ausgesetzt waren. Am härtesten wurden die Länder getroffen, die bei friiheren Schwierigkeiten eine Anpassung ihrer Wirtschaft versaumt hatten oder es unterlie-Oen, die neuen Probleme rnit der notigen Energie anzupacken. Ölimportierende Entwicklungslander die umschulden mußten, wurden im allgemeinen von keinen gravierenderen Schocks getroffen als Lander, die Umschuldungen vermeiden konnten. Einige Ölexporteure, obgleich durch hohere Ölpreise begiinstigt, fanden sich sogar in ebenso großen Schwierigkeiten wie die olimportierenden Länder. Korea beispielsweise war in allen Perioden, die in Tabelle 4.2 gezeigt werden, starken negativen Schocks ausgesetzt, während Nigeria durchweg davon profitieren konnte. Anders als Nigeria hatte Korea jedoch keine ernsthaften Schuldendienstprobleme und sein BIP wuchs im Zeitraum 1973 bis 1983 real um durchschnittlich 8 Prozent pro Jahr.

Die Bedeutung außenwirtschaftlicher Storungen als Ursache von Schuldendienstproblemen wird daher moglicherweise iiberschatzt. In den meisten Fallen hatten Länder, die in Schwierigkeiten gerieten, Anpassungsmaßnahmen unterlassen, da sie in drei wichtigen Bereichen von falschen Erwartungen ausgegangen waren:

• Viele Ölimporteure, welche die erste Ölverteuerung dank steigender Rohstoffpreise und reichlich fließender Auslandsgelder relativ leicht überwunden hatten, glaubten, den zweiten Ölpreisschock in der gleichen Weise bewältigen zu können. Sie kümmerten sich nicht in ausreichendem Maß um ernsthafte wirtschaftspolitische Reformen.

• Viele Länder unterschatzten die Tiefe und Dauer der Rezession der Jahre 1980 bis 1983. Sie verschuldeten sich stark im Vertrauen darauf, daß sie die Rezession durchstehen und ihre Wirtschaft in eine günstige Ausgangsposition bringen würden, um von dem fur 1982 erwarteten Konjunkturaufschwung zu profitieren.

Exporteure bestimmter Rohstoffe — Öl, Uran, Kaffee, Kakao — die in den siebziger Jahren von hohen Zufallsgewinnen begunstigt worden waren, hielten die folgenden Preisrückgänge fur vorübergehend und verschuldeten sich, um ehrgeizige Investitionsprogrammezu vollenden, die sie in einer Phase reichlicher Deviseneinnahmen geplant hatten (vgl. Sonderbeitrag 4.5).

Wenn sich die Leistungsbilanz eines Landes ver-

TABELLE 4.2
Wirkung außenwirtschaftlicher Schocks auf die Leistungsbilanz ausgewählter Entwicklungslander (in Prozentpunkten des BSP pro Jahr)

Land	1974/75	1979/80	1981/82
Umschuldende			
Länder ^a			
Argentinien	— 0,6	— 1,9	- 6,4
Brasilien	— 3,7	— 2,8	— 8,6
Chile	- 4,7	— 1,2	-13,3
Indien	— 2,6	— 1,6	- 4,2
Elfenbeinkiiste	0,5	— 5,6	-18,9
Jamaika	— 9,6	-13,3	-29,4
Mexiko	— 1,0	- 0,2	1,0
Peru	— 4,5	— 1,5	— 5,6
Nigeria	16,7	5,8	3,8
Marokko	0,2	- 4,0	- 9,7
Philippinen	— 6,2	— 2,4	-10,1
Jugoslawien	— 6,7	— 2,0	-10,0
Länder ohne			
Umschuldung			
Kolumbien	-1,4	— 3,6	— 8,3
Kenia	- 8,1	— 8,7	-19,0
Ägypten	— 8,7	- 0,8	— 1,2
Tunesien	-2,1	2,7	1,9
Korea	— 9,5	— 8,1	-21,7
Indonesien	12,0	5,6	5,4
Tansania	— 9,3	— 6,0	-14,3
Thailand	- 3,7	— 2,3	-10,1

Anmerkung: Als außenwirtschaftliche Schocks werden die Wirkungen folgender Faktoren auf die Leistungsbilanz definiert: (a) eine Veränderung der Terms of Trade; (b) ein Rückgang der Wachstumsrate der weltweiten Nachfrage nach den Exporten eines Landes; (c) ein Anstieg der Zinssätze. Die Angaben für 1974/75 zeigen die Veränderungengegenüber den Jahren 1971/73; die Daten für 1979/80 und 1981/82 zeigen die Veränderungen gegenüber den Jahren 1976/78.

schlechtert, wie dies bei vielen Ländern in den Jahren 1981/82 der Fall war, kann das Land auf drei verschiedene Weisen reagieren. Erstens kann es das Wirtschaftswachstum bremsen und damit die Importnachfrage kurzen. Dies ist fur Lander mit knappen Devisenreserven oft unumgänglich. Zweitens kann es sein Wachstum beibehalten, indem es

Sonderbeitrag 4.5 Zufallsgewinne und Auslandsverschuldung

Während der siebziger Jahre haben zahlreiche Länder durch steigende Rohstoffpreise große Zufallsgewinne erzielt. Viele von ihnen sind spater in Schuldenprobleme geraten. Dieser Umschwung hing teilweise mit den seit Ende der siebziger Jahre wieder sinkenden Rohstoffpreisen zusammen, spiegelt aber auch die Verwendung der Zufallsgewinne wider.

Regelmäßig waren die Länder zunachst nicht in der Lage, ihre Zufallsgewinne auszugeben und stockten deshalb ihre Währungsreserven auf. Nach ein oder zwei Jahren erhohten die Regierungendie offentlichen Ausgaben und begannen, im Vorgriff auf künftige Exporteinnahmen, Auslandskredite aufzunehmen. Bevor ihre Ausgabenprogramme abgeschlossen waren, fielen die Rohstoffpreise. In der Annahme, daß der Preisverfall nur temporär ware, verschuldeten sich die Regierungen noch mehr, um den Verlust an Export- und Staatseinnahmen auszugleichen. Innerhalb weniger Jahre hatten sie sich einen Schuldenberg aufgebürdet, der sie niederdriickte und eine sofortige und schmerzliche Anpassung erforderlich machte. Dieser Verlauf kann durch verschiedene Beispiel illustriert werden (vgl. Schaubild 4.5A).

- Nigeria profitierte von der Vervierfachung der Ölpreise in den Jahren 1973/74. Bis 1976 hatte das Land die öffentlichen Investitionen real gesehen fast verdreifacht, und die Leistungsbilanz war wieder im Defiiit. Kostenüberschreitungen bei den Investitionsprojekten und eine iiberbordende Einfuhrnachfrage trafen 1977/78 mit rückläufigen Öleinnahmen zusammen. Die Regierung strich die offentlichen Ausgaben zusammen, beschränkte das Kreditangebot und verscharftedie Einfuhrkontrollen, Diese deflationären Maßnahmen fuhrten 1978 zu einem scharfen Rückgang von Investitionen und Produktion. Nigeria geriet mit seinen Importverbindlichkeiten fast in Zahlungsverzug, als 1979 die Ölpreise verdoppelt wurden. Die Regierung schob dann die Anpassung bis Ende 1983 hinaus; zu diesem Zeitpunkt hatte das Land nahezu sämtliche Währungsreserven verloren, sein BIP war drei Jahrelang zurückgegangen und Zahlungsrückstände von 6 Mrd Dollar waren bei der Einfuhr aufgelaufen.
- Niger, ein Land mit niedrigem Einkommen, verschuldete sich in den späten siebziger Jahren stark im Ausland, um in die Uranproduktion und die Infrastruktur zu investieren. Zu dieser Zeit sagten internationale Experten voraus, daß sich die Exportpreise fiir Uran mindestens so stark erhohen wiirden wie die 01- und Erdgaspreise. Bis 1980 wurde der größte Teil der zusatzlichen offentlichen Investitionen noch aus inländischen Eiahmen fünziert, und das offentliche Investitionsprogramm war einigermaßen wirtschaftlich. Von 1975 bis 1979 stiegen jedoch die nichtgarantierten Verbindlichkeiten der privaten Banken und der Urangesellschaften von praktisch Null auf das Anderthalbfache der Staatsschuld. Diese nicht registrierte Verschuldung sollte bei

a. Under, die bis Ende 1984 umschuldeten. Quelle: Balassa 1981; Balassa und McCarthy 1984.

seine Importe durch Verschuldung im Ausland oder Riickgriff auf die Devisenreserven bezahlt. Drittens kann es aber auch Maßnahmen ergreifen, welche die Wirtschaft in Richtung auf eine hohere Exportproduktion und stärkere Importsubstitution umstrukturieren. Letzteres braucht Zeit. Das Endziel einer solchen Politik ist die Wiederherstellung des

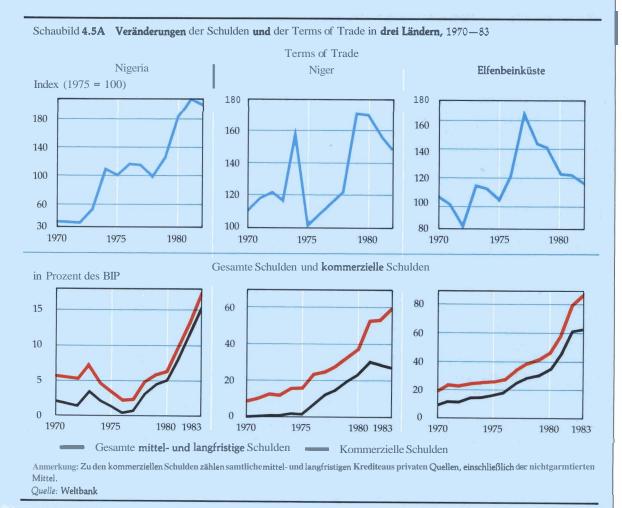
Produktionspotentials eines Landes und die Verbesserung der Leistungsbilanz durch hohere Produktion und steigende Exporte. Der Unterschied zwischen der zweiten und dritten Option vermag weitgehend das wirtschaftliche Schicksal der einzelnen Entwicklungslander in der jüngsten Vergangenheit zu erklaren.

der Schuldenkrise des Niger eine Schlüsselrolle spielen.

Als sich 1980 die Weltmärkte für Uran abschwächten, nahm die Regierung vermehrt Kredite im Ausland auf, um ihre Investitionen aufrechtzuerhalten. Dadurch stieg die Relation der offentlichen Schulden zum BIP bis 1983 auf 49 Prozent. Die Urankapazitäten waren über die Nachfrage hinaus ausgeweitet worden, obwohl nach dem Preisverfall des Jahres 1981 einige große Projekte aufgegeben worden waren. Die privaten nichtgarantierten Schulden nahmen nach 1981 ab, aber die kürzeren Laufzeiten dieser Verbindlichkeiten haben die Schuldendienstbelastung des Landes betrachtlich verschärft. Etwa 70 Prozent der nach 1975 entstandenen Auslandsschulden stammten aus kommerziellen Quellen. 1983 entsprach die Gesamtverschuldung 60 Prozent des BIP und 219 Prozent der Exporte, verglichen mit

13 Prozent beziehungsweise 51 Prozent im Jahr 1973. Niger führt nun ein Stabilisierungsprogramm durch.

• Die Elfenbeinküste erlebte 1976/77 einen Kaffee- und Kakaoboom. Von 1976 bis 1978 stiegen die offentlichen Investitionen von 15 Prozent des BIP auf 25 Prozent. Ein großer Teil dieser Investitionen wurde durch Auslandskredite finanziert und floß in Großprojekte mit hohen Kosten und geringen volkswirtschaftlichen Erträgen. Die Produktivitat der offentlichen Investitionen ging um annähernd 40 Prozent zuriick. In den Jahren 1977/78 fielen die Kaffeepreise um 31 Prozent und die Kakaopreise um 10 Prozent, während die Importpreise stiegen. So verschlechterten sich die Terms of Trade von 1977 bis 1980 um 29 Prozent und bis 1983 um uber 40 Prozent. Das Land ringt nun um Anpassung und hat 1984 seine Verbindlichkeiten umgeschuldet.



Kreditaufnahme zur Verzögerung der Anpassung

Ein Land, das von einem (internen oder externen) Schock getroffen wird, der für voriibergehend und reversibel gehalten wird, kann sich zu Recht zur Zahlungsbilanzfinanzierung im Ausland verschulden. Unter diesen Umständen sind keine Maßnahmen zur Umstrukturierung der Wirtschaft notwendig. Praktisch ist es jedoch oft schwierig, im voraus zwischen voriibergehenden und dauerhaften Störungen zu unterscheiden. Wegen der offensichtlichen politischen und sozialen Kosten der Anpassung komen Politiker zu einer allzu optimistischen Sicht der Dinge neigen. Wenn dies der Fall ist, wird spater eine um so schmerzhaftere Anpassung der Preis dafiir sein. Eine Verschuldung zu Zahlungsbilanzzwecken ist eine von Natur aus riskante Politik.

Die Art der spateren Anpassung hängt davon ab, wie die aufgenommenen Gelder verwendet werden. Wenn sie zur Steigerung der Investitionen dienen, schaffen sie Kapazitaten für eine zusatzliche Produktion, mit der die Schulden kunftig bedient werden konnen. Wird die Kreditaufnahme dagegen zur Aufrechterhaltung oder Steigerung des Verbrauchs verwendet, erhoht sie das Produktionspotential der Wirtschaft nicht, wohl aber die Schuldendienstverpflichtungen.

Welches waren in den siebziger und fruhen achtziger Jahren die wichtigsten Symptome einer verspateten Anpassung? In diesem Abschnitt werden drei miteinander in Zusammenhang stehende Problembereiche erortert: die inländische Ersparnis, das Defizit der offentlichen Hand und die Kapitalflucht.

AUSLANDSKAPITAL UND INLÄNDISCHE ERSPAR-NIS. Die richtige Funktion des Auslandskapitals besteht darin, die inländische Ersparnis zu ergänzen; dabei ist wesentlich, daß es diese nicht ersetzt. In vielen Ländern war die Auslandsverschuldung in den letzten fünfzehn Jahren jedoch eine attraktive Alternative zu einer Steigerung der Ersparnis. Wie das Schaubild 4.6 zeigt, stieg in einer Auswahl von vierundvierzig Entwicklungsländern bei drei Viertel der Lander in den Jahren 1965 bis 1972 und 1973 bis 1978 das Verhaltnis der Investitionen zum BIP, wahrend zwei Drittel dieser Länder ihre Sparquote erhohten. Aber nur in einem Viertel der ausgewählten Länder stiegen die Sparquoten mehr, beziehungsweise sanken sie weniger als die Investitionsquoten. Angesichts der in den siebziger Jahren niedrigen — teilweise sogar negativen — realen

Kosten einer Auslandsverschuldung war dies verstandlich. Aber diese Strategie wurde — wenn auch indirekt — zu einer wichtigen Ursache fur die Schuldendienstprobleme der achtziger Jahre und erzwang eine um so stärkere Kiirzung der Investitionen.

Eine Regierung kann die inlandische Ersparnis hauptsachlich auf zwei Arten steigern: Erstens kann sie die private Ersparnis fördern, insbesondere durch eine verbesserte Funktionsweise der heimischen Finanzmarkte. Zweitens kam sie die Ersparnis der offentlichen Hand durch Steuern, kostendeckende Gebuhren und durch Kurzung der Staatsausgaben erhohen.

Die geringe Inanspruchnahme der inländischen Ersparnis wahrend der siebziger Jahre traf in vielen Ländern mit einer verlangsamten Expansion der heimischen Finanzmarkte zusammen. Obwohl das Kreditvolumen in vielen Entwicklungsländern schneller zunahm als das BIP, ließ man eine Stagnation der heimischen Finanzmarkte zu; die zusätzliche Auslandsverschuldung bildete die Hauptquelle fur neue Kredite. In der Gruppe der vierundzwanzig Lander von Tabelle 4.3 machten die Auslandsmittel im Jahr 1972 zwischen 18 und 81 Prozent des gesamten Kreditvolumens aus; im Durchschnitt lag der Anteil bei 47 Prozent. Bis 1979 war der Anteil der Auslandskredite in vierzehn der vierundzwanzig Lander um fünf oder mehr Prozentpunkte gestiegen und der durchschnittliche Anteil lag bei 54 Prozent. Bis 1982 hatte der Anteil der Auslandskredite noch mehr zugenommen, und zwar auf durchschnittlich 56 Prozent. Von den Hauptschuldnern kommerzieller Mittel hatte nur Korea die Inanspruchnahme von Auslandskrediten relativ zuriickgefiihrt. In acht der zehn Hauptschuldnerliinder stieg seit 1979 der Anteil der Auslandskredite an den Gesamtkrediten um fiinf oder mehr Prozentpunkte.

Die Unterschiede zwischen den Ländern konnen zu einem großen Teil rnit dem unterschiedlichen Ruckgriff der offentlichen Hand auf Auslandskredite erklart werden. Gliedert man die Angaben über die Kredite nach der Aufkommens- und der Verwendungsseite, so ergeben sich fiinf charakteristische Strukturen (Beispiele zeigt Schaubild 4.7):

- Ein paar Lander, etwa Indonesien, griffen nach 1972 in geringerem Umfang auf Auslandskredite zuriick und schrankten die offentliche Verschuldung ein, womit sie einen größeren Teil der Finanzmittel dem privaten Sektor überließen.
- Lander wie Korea und Thailand nahmen während des größten Teils dieser Periode Kredite aller Kategorien weiterhin in etwa gleichem Verhaltnis

 $Schaubild 4.6 \quad \textit{Ver\"{a}nderung} der Investitionen, der Ersparnis und der Termsof Trade in ausgewählten L\"{a}ndern, 1965-83$

Veränderung zwischen den Periodendurchschnitten 1965 bis 1972 und 1973 bis 1978

	BIE/BIP konsta	nt oder gesunken	BIE/BIP gestiegen					
BII/BIP konstant oder gesunken	*Sri Lanka (0,0) *Chile (-1,-2) *Pakistan (-1,-3) *Sierra Leone (-1,-5)	*Sambia (-1,-11) Ghana (-2,0) Äthiopien (-4,-3) Jamaika (-9,-12)	Kolumbien (0,3) *Papua-Neuguinea ^a (– 10,16)					
BII/BIP gestiegen	Peru (1, -3) Portugal (2, -5) *Tansania (2, -6) *Uruguay (2, -1) *Jugoslawien (2, -1)	Brasilien (3,0) *Türkei (4,0) *Sudan (5, -1) *Zaire (5, -10) *Liberia (8, -8)	BII/BIP gestiegen	*Costa Rica (4,2) *Kenia (4,1) *Senegal (5,2) *Guatemala (6,4) Venezuela (7,4)	Marokko (11,1) *Niger (12,6) Ägypten (12,3) Algerien (19,13)			
			BII/BIP weniger als BIE/BIP gestiegen	*Thailand (1,3) *Indien (3,6) *Korea (5,11) Malaysia (5,7)	*Ecuador (7,10) Indonesien (8,15) Nigeria (8,13)			
			BII/BIP und BIE/BIP etwa gleich stark gestiegen	Mexiko (2,1) *Argentinien (4,5) Bolivien (4,5) Tunesien (4,4)	Elfenbeinküste (5,5) Kamerun (6,6) *Philippinen (7,6) Malawi (10,11)			

Veränderung zwischen den Periodendurchschnitten 1973 bis 1978 und 1979 bis 1981

14783	BIE/BI	P konstant oder gesunk	en		BIE/BIP gestiegen				
BII/BIP konstant oder gesunken	*Äthiopien (0, -4) *Argentinien (-1, -5) *Guatemala (-1, -3) *Nigeria (-1, -3) *Sudan (-1, -6) *Türkei (-1, -1)	*Liberia (-2,-7) *Malawi (-2,-4) *Marokko (-2,-4) *Senegal (-2,-11) *Jamaika (-3,-1) Bolivien (-6,-8)	*Brasilien (-6, -5) Ghana (-6, -6) Venezuela (-7, -6) *Sambia (-11, -14)	Ecuador (0,2) Peru (– 1,7)	Algerien (-7,2) Zaire (-11,3				
BII/BIP gestiegen	*Kolumbien (1, -1) *Pakistan (1, -2) *Sierra Leone (1, -3) *Tansania (1, -1) *Thailand (2,0)	Elfenbeinküste (3, - 3) *Kenia (3, - 3) *Uruguay (3,0)	*Chile (5,0) *Papua-Neu- guinea (6, – 4) Sri Lanka (13,0)	BII/BIP stärker gestiegen als BIE/BIP BII/BIP weniger als BIE/BIP gestiegen BII/BIP und BIE/BIP gleich stark gestiegen	*Indien (3,1) *Korea (3,1) *Philippinen (3,1) Kamerun (4,2) Indonesien (2,5) *Niger (3,7) *Costa Rica (3,3) Tunesien (3,3)	Ägypten (4,2) Malaysia (5,2) *Portugal (5,3) *Jugoslawien (4,6) Mexiko (5,5)			

Veränderung zwischen den Periodendurchschnitten 1979 bis 1981 und 1982 bis 1983

-pid Milita	The second	BIE/BIP konstant oder gesunken	BIE/BIP gestiegen		
BII/BIP konstant oder gesunken	*Ghana (0, -4) *Pakistan (0, 0) *Portugal (0, -1) *Sri Lanka (0, 0) *Sudan (0, -6) Algerien (-2, -2)	*Peru (-2, -6) *Philippinen (-3, -3) *Sambia (-3, -7) *Guatemala (-4, -3) *Sierra Leone (-4, -2) *Ecuador (-5, -2)	*Kenia (-5, 0) *Korea (-5, 0) *Thailand (-5, -3) *Bolivien (-7, -7) *Chile (-11, -5)	*Indien (0, 2) *Senegal (-1,4) *Costa Rica (-5,5)	Malawi (-5,2) Uruguay (-5,1) *Mexiko (-8,2)
BII/BIP gestiegen	*Äthiopien (1, -2) Tunesien (1, -3) Indonesien (2, -7)	*Jamaika (3, -5) *Malaysia (4, -5) *Papua-Neuguinea (7, -5)			

Anmerkung: Die in Klammern gesetzten Zahlen geben die absolute Veränderung in Prozentpunkten zwischen dm beiden Perioden an: die carte Zahl kt die Veränderung des Verhältnisses BII/BIP, die zweite die Veränderung des Verhältnisses BIE/BIP; gemessen in jeweiligen Dollars. Ein Stem kennzeichnet ein Land mit einer Verschlechterung der Terms of Trade.

Quelle: Weltbank.

TABELLE 4.3

Kreditkennziffern ausgewählter Entwicklungsländer, 1972, 1979 und 1982 (in %)

	Gesamt	es K <mark>redit</mark> volum	en/BIPª	Auslandskredi	te/Gesamtes K	reditvolumen ^a
Land	1972	1979	1982	1972	1979	1982
*Argentinien	33,0	40,6	53,0 ^b	32,6	41,7	51,7 ^b
Bangladesch	43,8°	42,4	61,2	65,0°	60,5	68,7
*Brasilien	34,9	43,7	38,5	43,5	66,9	76,9
*Chile	32,9	58,6	71,3 ^b	43,8	69,6	73,0 ^b
Kolumbien	36,4 ^d	28,4	40.6	56,4 ^d	67,6	64,8
Ecuador	54,7	57,9	63,1	65,5	72,7	68,3
Indien	44,2	49,9	57,8	36,7	22,7	22,4
*Indonesien	51,6	39,1	40,3	81,2	71,8	64.7
Elfenbeinküste	42,5	68,1	131,1	51,7		81,5
Kenia	20,3	54,6	84,4	_	53,8	66,4
*Korea	86,7	59,6	83,8	65,6	50,9	59,4
*Mexiko	61.8'	53,6	93,7	_	51,8	70,0
Marokko	58,2	78,2	112,1	50,9	51,9	70,8
Nigeria	25,7	26,5	44,5 ^b	39,9	22,5	22,7 ^b
Pakistan	105,7	79,5	77,2	58,0	48,7	50,5
Peru	69,7	66,3	71,0	71,4	89,4	83,8
Philippinen	50.6	56,7	79,7	64,3	72,3	77,9
Portugal	104,1 ^f	115,7	145,2	21,2 ^f	38,3	56,9
Sri Lanka	42,2	57,1	80,2	48,6	66,1	63,1
Thailand	40,4	55,9	73,7	32,2	38,9	41,1
Türkei	42,1	40,8	62,7	41,4	47,5	66,9
*Venezuela	27,8	67,0	81,3	39,9	69,7	60,3
 Jugoslawien 	99,6°	99,5	86,3 ^b	18,4°	20,5	36,4 ^b
Zaire	44,8	91.5	106,3 ^b	61,3	83,3	92,4 ^b

Anmerkung: Durch einen Stern werden Länder gekennzeichnet, die unter den Entwicklungsländern zu den zehn größten kommerziellen Kreditnehmern auf den internationalen Finanzmärkten gehören; gemessen in US-Dollar, Stand Ende 1982.

a) Das gesamte Kreditvolumen unfaßt das inländische Netto-Kreditvolumen zuzüglich der Kredite aus ausländischen Quellen. Das inländische Kreditvolumen gliedert sich in Netto-Forderungen von Währungsbehörden und inländischen Geschäftsbanken gegenüber der offentlichen Hand (der Zentralregierung) und gegenüber dem Privatsektor. Das inländische Netto-Kreditvolumen ist definiert als das inländische Kreditvolumen abzuglich der Verbindlichkeitender Währungsbehörden und der inlandischen Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland, Diese Auslandsverbindlichkeiten, die sowohl die langfristige Auslandsverschuldung des offentlichen und privaten Sektors als auch die kurzfristigen Verbindlichkeiten des inländischen Bankensystems umfassen, wurden zu Wechselkursen des jeweiligen Jahresendes in Inlandswährung umgerechnet und als Kredite aus ausländischen Quellen definiert.

Quelle: IWF International Financial Statistics; Morgan Guaranty Bank; Weltbank.

auf; dies bedeutete eine starke Expansion des inländischen Mittelaufkomrnens, um mit der steigenden Relation der Auslandsschulden zum BIP Schritt halten zu konnen. (Einige dieser Lander haben jedoch neuerdings ihre kurzfristigen Auslandsschulden starker erhoht als andere Formen der Kreditaufnahme.)

• Bei Ländern wie Argentinien, Portugal und der Tiirkei erhohte sich die Abhängigkeit von Auslandskrediten zu verschiedenen Zeitpunkten der Periode 1972 bis 1978. Da sie einen Rückgang des Kreditangebots für den privaten Sektor — relativ zum BIP — zuließen, veranlaßten sie private Kreditnehmer zur Aufnahme von Auslandskrediten.

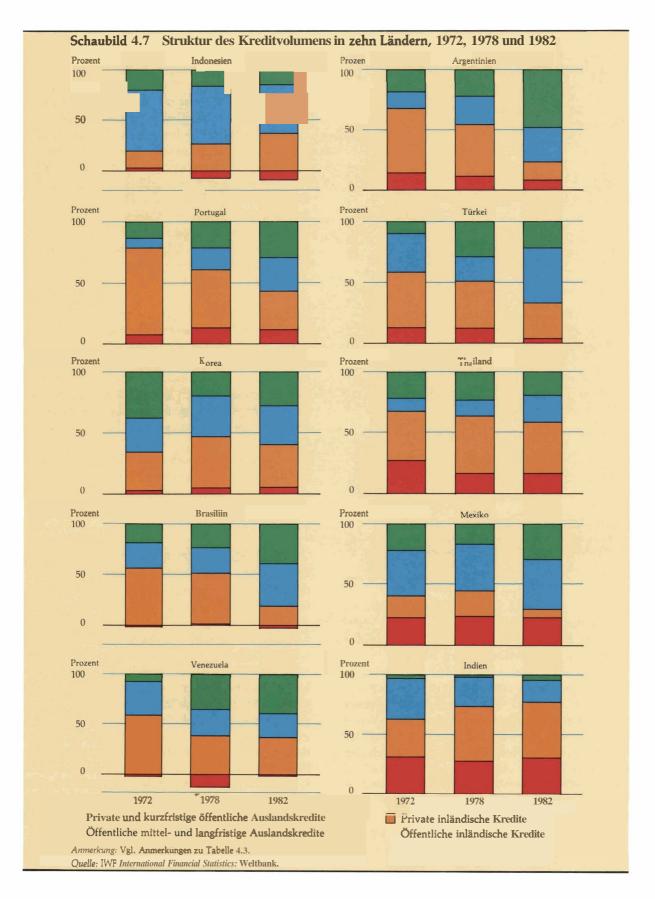
- Die meisten Regierungen der Entwicklungsländer griffen in den Jahren 1972 bis 1982 verstarkt auf offentliche und offentlich garantierte Auslandskredite zurück, wahrend der offentliche Sektor die inländischen Finanzmarkte weniger beanspruchte. Brasilien ist ein Beispiel für diese Vorgehensweise, die eine Ausweitung der offentlichen Verschuldung ermoglichte, ohne daß es zu einer entsprechenden Verdrängung des privaten Sektors kam.
- Einige Regierungen, vornehmlich von ölexportierenden Ländern, verwendeten ihre Auslandskredite sogar zu einem Aufbau von Guthaben bei inlandischen Banken, der über ihre heimische Neuverschuldung hinausging. Dies führte dazu, daß die

b. 1981.

c. 1978.d. 1973.

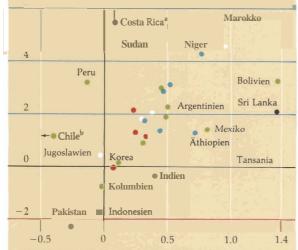
e. **1977**.

f. 1976.





Veränderung des Verhältnisses Schulden/BIP in Prozentpunkten



Veränderung des Verhältnisses Haushaltsdefizit/BIP in Prozentpunkten

- Lateinamerika und Karibik
- Afrika südl. Sahara

Südasien

- Ostasien und Pazifik
- Europa und Nordafrika

Anmerkung: Die Veränderungen in Prozentpunktm der Verhältniszahlen Schulden/BIP und Haushaltsdefizit/BIP sind jährliche Durchschnittswerte auf Grundlage von Trendberechnungen. Angaben über die Haushaltsdefizite sind nicht fiir alle Länder fiirjedes Jahr der oben ausgewiesenen Periode verfügbar. Die positive Korrelation zwischen dem Anstieg der Haushaltsdefizite und der Schulden ist a deinem Konfidenzniveau von 99 Prozent fiir eine Auswahl von fünfundzwanzig Ländern mit R² = 0,51 signifikant.

a. Die Veränderung des Verhältnisses Schulden/BIP für Costa Rica beträgt 7,0 Prozentpunkte.

b. Die Veränderung des Verhältnisses Haushaltsdefizit/BIP für Chile beträgt -1.3 Prozentpunkte.

Quelle: IWF Government Finance Statistics 1984: Weltbank,

offentliche Hand auf den inlandischen Märkten effektiv zum Kreditgeber wurde, wie das in Venezuela der Fall war. Dadurch wurde eine rasche Ausweitung der Kredite an den privaten Sektor moglich (beispielsweise in Indien). Das erlaubte diesen Regierungen aber auch, das von ihnen subventionierte und gesteuerte Kreditvolumen betrachtlich auszuweiten. Oft stieg auf diese Weise die Inanspruchnahme kurzfristiger Auslandsgelder sowohl durch den offentlichen wie auch durch den privaten Sektor. In letzter Zeit traten bei einigen dieser Länder Zahlungsbilanzprobleme auf, und sie waren gezwungen, die Expansion der Kredite an den privaten Sektor zu drosseln.

Zu einem gewissen Umfang spiegelt der steigende Anteil der Auslandsverschuldung einfach die Tatsache wider, daß diese in den siebziger Jahren relativ preiswert war. Vielfach war er aber auch das Ergebnis wirtschaftspolitischer Mafinahmen, die zu Lasten der inlandischen Finanzmärkte gingen. Einige Lander — wie Ekuador, Nigeria, Peru und die Turkei — hielten im allgemeinen die inlandischen Einlagenzinsen auf einem Niveau, das negativ war. Fur heimische Finanzinstitute war es oft wenig attraktiv, inländische Ersparnisse für ihre Kreditvergabe zu verwenden, denn die Zinsspannen von Krediten in Inlandswahrung unterlagen staatlicher Kontrolle, während im Ausland refinanzierte Kredite frei kalkulierbar waren. Das fuhrte zu dem Ergebnis, daß potentielle Anleger in vielen Ländern ihre Gelder ins Ausland schickten. Zugleich erhielten inlandische Unternehmen und Finanzinstitute oftmals verbilligte Zentralbankkredite oder subventionierte Garantien fur ihre Auslandsverschul-

Das Versaumnis, die heimischen Finanzmarkte in den siebziger Jahren zu entwickeln und zu vertiefen, hatte gravierende Konsequenzen, als sich zu Beginn der achtziger Jahre das internationale Zinsniveau erhohte und die Kapitalimporte plotzlich ausblieben. Viele Regierungen konnten ihre Haushaltsdefizite nicht schnell genug abbauen, andererseits erwiesen sich die inlandischen Kreditmarkte als zu wenig ergiebig, um zusatzlich Schuldtitel in größerem Umfang zu absorbieren. Diese Regierungen mußten auf eine inflationare Finanzierung ausweichen; insoweit wie sie sich bei inlandischen Kreditgebern verschuldeten, verdrangten sie den privaten Sektor.

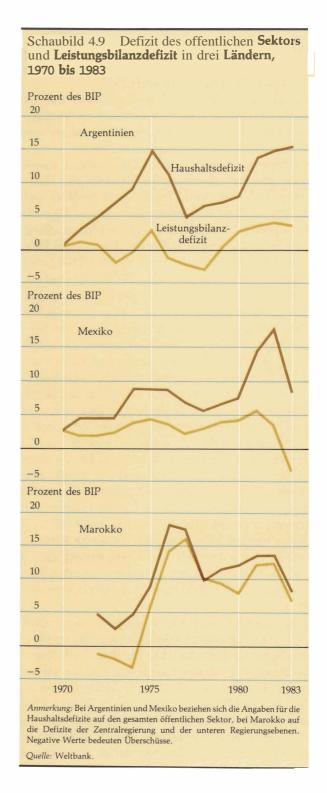
ÖFFENTLICHE DEFIZITE UND ÜBERHÖHTE VER-SCHULDUNG. Die Erfahrung zeigt, daß Lander, die einen vorsichtigen finanzpolitischen Kurs verfolgen, nur selten in länger anhaltende externe Zahlungsschwierigkeiten geraten. Praktisch jeder größeren Zahlungsbilanzkrise in den siebziger und achtziger Jahren gingen hohe und wachsende Haushaltsdefizitevoraus. In einigen Fallen waren außenwirtschaftliche Schocks die unmittelbare Ursache sowohl der Zahlungsbilanz- als auch der Finanzprobleme. In anderen Fallen entstanden die Defizite jedoch im Zuge einer bewufiten Politik der Stimulierung, um die Wirtschaft aus einer Rezession herauszuführen, oder aber weil die Regierung die Kontrolle uber den Haushalt verloren hatte. Wie Schaubild 4.8 zeigt, besteht zwischen steigenden Staatsdefiziten und wachsenden Auslandsschulden ein signifikanter positiver Zusammenhang.

Defiite werden durch jeden einzelnen oder alle der folgenden Faktoren verursacht: (a) durch uberhohte Investitionen des offentlichen Sektors; (b) durch steigenden Staatsverbrauch, oft in der Form von Subventionen an offentliche Unternehmen zur Abdeckung von Betriebsverlusten, die das Ergebnis verzogerter Preisanpassungen sind und (c) durch die Abneigung gegen Steuererhohungen bei steigenden Ausgaben. Hohe offentliche Defizite sind nicht nur auf Dauer untragbar, sie fuhren haufig auch zu einem ineffizienten Einsatz der Ressourcen.

Außerdem erfolgt eine rasche Ausweitung der Staatsausgaben nur in seltenen Fallen auf rationelle und sinnvolle Weise. In der Türkei beispielsweise stieg die Zahl der offentlichen Investitionsvorhaben von 3000 im Jahr 1976 auf fast 9000 im Jahr 1980. In Peru übernahm die Regierung die meisten industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe des Landes, investierte betrachtlich in Wirtschaftszweigen, die Importsubstitute produzieren, und ließ eine 01-Pipeline verlegen, deren Kapazitat größer war als die von Perus Ölfeldern. In der Elfenbeinkuste stieg der Anteil der offentlichen Investitionen am BIP von 15 Prozent im Jahr 1976 auf 25 Prozent im Jahr 1978. Ein **großer** Teil der landwirtschaftlichen Investitionen erfolgte in Zuckerfabriken, deren Betriebskosten je Produkteinheit sich auf das Zweibis Dreifache der Weltmarktpreise beliefen. Die Investitionen im Erziehungssektor gingen hauptsachlich in weiterfuhrende Bildungseinrichtungen, die den Bediirfnissen des Landes nicht entsprachen. Die Produktivitat der offentlichen Investitionen sank Mitte der siebziger Jahre um etwa 40 Prozent.

Die Erfahrungen Argentiniens, Mexikos und Marokkos verdeutlichen den Zusammenhang, der zwischen Haushaltsdefiziten und Mittelzuflussen aus dem Ausland besteht (vgl. Schaubild 4.9). Es ist im folgenden zu beachten, daß die Zahlen uber die Auslandsschulden kurz- und langfristige Verbindlichkeiten umfassen.

• Argentinien. Die offentlichen Ausgaben stiegen von 30 Prozent des BIP im Jahr 1969 auf 49 Prozent im Jahr 1983, wahrend sich das Haushaltsdefizit des offentlichen Sektors von 1 Prozent des BIP auf 16 Prozent erhohte. Das Defizit begann Anfang der siebziger Jahre vor allem deshalb zuzunehmen, weil die Preise der offentlichen Unternehmen zu spat angepaßt wurden, bestimmte zeitlich befristete Steuern ausliefen, eine Amnestie fur Steuerhinterziehung erlassen wurde und weil die steigende Inflation zu einer Erosion der realen Steuereinnahmen führte. Im Jahr 1973 versuchte eine neue Regierung, die Einkommen umzuverteilen und den allgemeinen Lebensstandard durch eine massive Erhohung der offentlichen Transferzahlungen, der



Subventionen sowie der Reallohne anzuheben. Gleichzeitigwurden nur vorubergehende und unzureichende Maßnahmen zur Steuererhohung getroffen. In drei Jahren stieg das Defizit von 5 Prozent des BIP auf 15 Prozent, und die Wirtschaft stand am Rande einer galoppierenden Inflation und des

Zusammenbruchs. Nach einem **Rückgang** Mitte der siebziger Jahre begannen die Defizite ab **1977** wieder zuzunehmen, um im Jahr 1983 mit 16 Prozent des BIP einen Hochststand zu erreichen.

Staatsunternehmen, offentliche Banken und die Regierung verschuldeten sich massiv im Ausland. Die offentlichen Auslandsschulden stiegen von 1975 bis 1983 jährlich um uber 30 Prozent — mehr als doppelt so stark wie im Durchschnitt irgend eines anderen Zeitraums in Argentiniens Nachkriegsgeschichte. Von 1969 bis 1983 erhohten sich die offentlichen Auslandsschulden (ohne die nicht garantierten Verbindlichkeiten, die 1983 in offentliche Schulden umgewandelt wurden) auf das Siebzehnfache, namlich auf rund 30 Mrd Dollar; sie stiegen so von 7 Prozent des BIP auf 45 Prozent.

• Mexiko. Hier ging die Regierung mit bescheidenen Haushaltsdefiziten in die siebziger Jahre. Dann begann eine neue Administration, die Subventionierung des privaten Verbrauchs, die Transfers an die staatlichen Unternehmen und die offentlichen Investitionen auszuweiten. Die Staatsausgaben stiegen von 17,6 Prozent des BIP in den Jahren 1968 bis 1970 auf fast 26 Prozent im Zeitraum 1974 bis 1976. Das Finanzierungsdefizit der offentlichen Hand wuchs stetig von 3 Prozent des BIP auf 10 Prozent. Sein Wachstum blieb angesichts der unergiebigen inländischen Kapitalmarkte hinter dem rapiden Anstieg der offentlichen Auslandsverschuldung zurück: Die Schulden verfiinffachten sich beinahe in sechs Jahren, und zwar auf 20 Mrd Dollar im Jahr 1976. Dies loste 1976 eine Vertrauenskrise aus und veranlaßte die neue Regierung, das Haushaltsdefizit deutlich abzubauen und den Peso abzuwerten. Die Zahlungsbilanz stabilisierte sich daraufhin.

Als Mexiko seine Ölförderung in den späten siebziger Jahren aufierordentlich steigerte, revidierten die auslandischen Geldgeber ihre Kreditlinien. Die Regierung gab ihre Sparpolitik auf. Die offentlichen Ausgaben schossen in die Hohe — von 30 Prozent des BIP im Jahr 1978 auf 35 Prozent 1980 und 48 Prozent im Jahr 1982. Sogar das schnelle Wachstum der Öleinnahmen konnte damit nicht Schritt halten. Das Haushaltsdefizit stieg von 8 Prozent des BIP im Jahr 1980 auf 15 Prozent 1981 und 18 Prozent im Jahr 1982. Die Auslandsverschuldung wuchs im Gleichschritt. Von 1970 bis 1982 erhohten sich die offentlichen und offentlich garantierten Schulden um 1400 Prozent auf 59 Mrd Dollar; dies entsprach 32 Prozent des BIP.

• Marokko. Ausgehend von geringen Haushaltsdefiiiten und niedrigen Auslandsschulden in den

frühen siebziger Jahren, erhohte Marokko die offentlichen Investitionen von 5 Prozent des BIP im Jahr 1973 auf 20 Prozent im Jahr 1977, um umfangreiche Investitionen in der Landwirtschaft, der Energiewirtschaft, dem Verkehrswesen, der Erziehung und der Schwerindustrie zu finanzieren. Auch die Verteidigungsausgaben stiegen kräftig. Das Land geriet 1978 in gravierende Zahlungsprobleme, worauf die Regierung mit gewissen Einsparungen reagierte. Soziale Unruhen im Jahr 1979 veranlaßten sie jedoch, die Lohnrichtlinien fur den öffentlichen Dienst aufzugeben und hohere Verbrauchersubventionen fur importierte Lebensmittel und Öl zu gewahren. Das Staatsdefizit wuchs, 1982 erreichte es 14 Prozent des BIP. Die Auslandsschulden des offentlichen Sektors stiegen von 1 Mrd Dollar im Jahr1973 auf uber 12 Mrd Dollar im Jahr1983. Dies entsprach 90 Prozent des BIP und 400 Prozent der Exporte — eine der hochsten Verschuldungsquoten der Welt. Als dieser Punkt erreicht war, hatte Marokko seine Wahrungsreserven erschopft und erhielt keine neuen Kredite mehr. Mit Hilfe einer kurzlich erfolgten Umschuldungsvereinbarungund eines IWF-Kredits konnte Marokko seine Haushaltsdefizite beträchtlich verringern.

KAPITALFLUCHT UND WECHSELKURSE. Massive Kapitalflucht war **Anfang** der achtziger Jahre ein bedeutsamer Faktor fur die Zahlungsbilanzschwierigkeiten verschiedener Lander. Kapitalflucht findet dann statt, wenn bei der Geldanlage im Ausland die erwarteten Ertrage hoher oder sicherer sind als im Inland. In der Regel stehen mehrere Faktoren im Hintergrund der Kapitalflucht: Überhöhte Wechselkurse, die den Erwerb auslandischer Aktiva billig erscheinen lassen, aber auch Befürchtungen einer Abwertung hervorrufen; hohe und schwankende Inflationsraten, die Unsicherheit erzeugen und zu sinkenden realen Zinssatzen fuhren: staatliche Eingriffe in die Finanzmarkte, welche die realen Zinssatze in Zeiten einer **starken** Inflation im negativen Bereich halten, und ein ausgepragter Protektionismus im Inland, der die Bedienung der Auslandsschulden erschwert.

Eine uberbewertete Wahrung — und die Erwartung einer scharfen Wechselkurskorrektur — ist die haufigste und wichtigste Ursache. Ab einem bestirnmten Punkt erscheint eine reale Abwertung unausweichlich; dies fordert spekulative Kapitalabfliisse, die den Wechselkurs zusatzlich unter Druck setzen. Oft werden die Devisenkontrollen verstarkt, um die Abflusse zum Stillstand zu bringen, doch in der Regel mit geringem Erfolg. Durch eine

Verschiebung der Zahlungstermine bei kommerziellen Auslandszahlungen kehrt sich der normale Zufluß von Handels- und sonstigen Krediten um, da die auslandischen Exporteure auf schnelle Zahlung dringen, während die heimischen Importeure Vorauszahlungen auf auslandische Importguter leisten. Durch Unterfakturierung der Exporte und Überfakturierung der Importe exportieren die Inlander Kapital auf illegalem Weg.

Die Attraktivitat der Auslandsverschuldung wird gesteigert, wenn die Regierung eine Verschuldung im Ausland garantiert oder Kapitalverluste infolge einer Abwertung ersetzt (wie dies in der Regel bei staatlichen Unternehmen geschah). In einigen Fallen, so in den Jahren 1980 und 1981 in Mexiko und Chile, wurden auch private Unternehmen zur Kreditaufnahme im Ausland veranlaßt. Die Schuldner spekulierten darauf (zu Recht, wie sich herausstellte), daß die Regierung weiterhin relativ billige Devisen für die Bedienung der Schulden bereitstellen wurde, selbst nach einer Abwertung. In anderen Fallen, so in Argentinien und Uruguay, bot die Regierung gunstige Termingeschafte zur Deckung des Wahrungsrisikos an.

All diese Probleme kumulierten sich in der jüngsten Tendenz der Umschuldungsverhandlungen, auch die nicht garantierten Schulden als Teil der Verbindlichkeiten der Regierung in die Umschuldung mit einzubeziehen. Der offentliche Sektor ubernimmt das Transferrisiko, das mit der Bedienung der vom privaten Sektor aufgenommenen

TABELLE 4.4
Kapitalflucht und Brutto-Kapitalimporte in ausgewahlten **Ländern**, 1979 bis 1982

Land	Kapitalflucht	Brutto-Kapital- importe (Mrd Dollar) ^b	der Brutto-
Venezuela	22,0	16,1	136,6
Argentinien	19,2	29,5	65,1
Mexiko	26,5	55,4	47,8
Uruguay	0,6	2,2	27,3
Portugal	1,8	8,6	20,9
Brasilien	3,5	43,9	8,0
Tiirkei	0,4	7,9	5,1
Korea	0,9	18,7	4,8

a. Angaben geschätzt. Kapitalflucht ist definiert als die Summe der Brutto-Kapitalimporte und des Leistungsbilanzdefizits, abzüglich der Zunahme der offiziellen Währungsreserven. Für einige Länder (besonders Argentinien und Venezuela) kann diese Schätzung den Umfang der Kapitalflucht insoweit überzeichnen, wie nicht erfaßte Importe und normale Portfolioinvestitionenim Ausland eingeschlossen sind. b. Definiert als Veränderung der Brutto-Auslandsschulden (offentliche und private) zuzüglich der Netto-Direktinvestitionen des Auslands. Ouelle: Welthank.

Auslandskredite verbunden ist, obwohl die mit diesen Schulden erworbenen Aktiva in der Regel im Ausland gehalten werden, wo sie der heimischen Wirtschaft kaum Nutzen bringen. Maßnahmen zur Förderung der Auslandsverschuldung verschlimmern das schließlich eintretende Schuldenproblem eines Landes in der Regel noch zusatzlich: Nachdem die umfangreichen Kapitalimporte die Überbewertung der Währung verstarkt haben, ist eine noch größere Anpassung notig, um die zusatzlichen Schulden bedienen zu konnen.

Die Kapitalflucht kann nicht direkt ermittelt, sondern nur ungefahr als Restgröße geschatzt werden. Wie die Schatzungen in Tabelle 4.4 zeigen, war sie in Argentinien, Mexiko und Venezuela massiv. Im Effekt wurde ein großer Teil der im Ausland aufgenommenen Gelder umgehend wieder zurückgeschleust, ohne Ertrage fur die Bedienung der Schulden zu erwirtschaften. In solchen Fallen war die Auslandsverschuldung ein Patentrezept für die Katastrophe.

Absolut gesehen war kein Land starker als Mexiko von der Kapitalflucht betroffen. Mexiko hielt seit langem einen festen Wechselkurs aufrecht, bis es 1976 zur Abwertung kam. Ende der siebziger Jahre schurte das schnelle Wachstum der öffentlichen Ausgaben und Defizite die zunehmende Inflation. Als offenkundig wurde, daß die Regierung ihren expansiven Kurs nicht schnell **ändern** wurde, geriet der Wechselkurs unter starken Druck. Der kräftige Anstieg der offentlichen Verschuldung in den Jahren 1980/81 trug dazu bei, den Kurs eine Zeitlang zu verteidigen, doch standen diesem Mittelzufluß immer neue Wellen der Kapitalflucht entgegen. Im August 1982 war Mexiko gezwungen, die Schuldendienstzahlungen einzustellen, umzuschulden und kräftig abzuwerten. Verschiedene andere lateinamerikanische Lander gerieten — auf etwas anderen Wegen - in ähnliche Wechselkursprobleme (vgl. Sonderbeitrag 4.6).

Die Kapitalflucht beschrankte sich nicht auf Lateinamerika. Die Regierung der Philippinen erhohte die Auslandsverschuldung 1981 beträchtlich, da sie davon ausging, daß die Exporte sich bald erholen und die Zinssatze sinken würden. Der erwartete Aufschwung der Weltwirtschaft trat nicht ein. Politische Unsicherheit und verzogerte wirtschaftspolitische Anpassung lösten die Kapitalflucht aus. Die Regierung mußte schließlich abwerten und umschulden. In Nigeria war die Regierung in den Jahren 1981 bis 1983 bei einer Inflationsrate von 20 Prozent pro Jahr nicht zur Abwertung bereit; dies hielt das Ausland von Direktinvestitio-

Sonderbeitrag 4.6 Kapitalflucht in den Ländern der Siidspitze Lateinamerikas

Mitte der siebziger Jahre leiteten die Länder an der Südspitze Lateinamerikas — Argentinien, Chile und Uruguay — größere Reformen ein, durch die sie aus dem chronisch schwachen Wachstum, der starken Inflation und den haufigen Zahlungsbilanzkrisen ausbrechen wollten. Bis 1978 hatten alle drei Länder ihre außenwirtschaftliche Lage verbessert und die Inflation gebremst. Uruguay und Chile erzielten auch ein rascheres Wachstum.

Trotz dieser **Erfolge** bewegten sich die **Inflationsraten** in **allen** drei **Ländern** noch deutlich **oberhalb** des **historischen** Durchschnitts. Deshalb entschieden sich die drei Regierungen in den Jahren **1978/79** für **das** wirtschaftspolitische Experiment **eines festen Wechselkurses**, der in vorbestimmten, **allmählich kleiner** werdenden **Schritten** abgewertet werden sollte. Von dieser **Strategie**, die mit einem Abbau des **Importschutzes** und einer **Öffnung** der F i a r k t e verbunden war, erhoffte man, **daß** sie die Inflation rasch brechen, die **Wirtschaftlichkeit** der Industrie verbessern und das **Zinsniveau senken würde**.

Tatsachlich ging die Inflation aber langsamer als erwartet zurück, so daß sich die realen Wechselkurse erheblich aufwerteten. Die Unsicherheit über den wirtxhaftspolitischen Kurs dauerte an und hielt das inländische Zinsniveau hoch. Von den hohen Ertragen auf dollar-denominierte Aktiva angezogen, stromte ausländisches Kapital in großem Umfang in die drei Länder. Diese Kapitalimporte wurden

zunächst nicht als bedenklich angesehen, da man allgemein erwartete, daß Auslandskrediteweiterhin billig bleiben und reichlich zur Verfügung stehen würden.

Mit zunehmender Überbewertung der Wechselkursemehrten sich die Zweifel, ob diese Wechselkurspolitik auf Dauer fortgesetzt werden komte. Diese Zweifel wurden in Argentinien und Uruguay durch wachsende Haushaltsdefizite, in Chiledurch rasch zunehmende Reallöhne bei schrumpfenden Gewinnmargen verstärkt. In allen drei Ländern arbeiteten viele Unternehmen mit Verlust, während nachlassige Kreditvergabepraktiken zum Zusammenbruch verschiedener großer Banken führten. Die Regierungen versuchten durch das Angebot von Wechselkursgarantien die Abwertungsbefürchtungen zu dämpfen, aber dies bot lediglich der Wechselkursspekulation zusätzliche Gewinnmoglichkeiten. Die Importe wuchsen in einem Rekordtempo, während die Exporteinnahmen weit dahinter zuriickblieben.

Die drei h d e r komten ihre Wechselkurse nur durch eine steigende Auslandsverschuldung aufrecht erhalten. Als sich in den Jahren 1981/82 der Kapitalzufluß wegen der restriktiveren Geldpolitik in den Industrieländern und wachsender Zweifel an der Wirtschaftspolitik der drei Länder abschwächte, erzwangen bald umfangreiche Kapitalabflusse starke Abwertungen. Die Haupthinterlassenschaft des Wechselkursexperiments waren hohe Auslandsschulden.

nen ab, forderte eine betrachtliche Kapitalflucht und regte die Firmen an, große Vorrate an Importgütern anzulegen. Nachdem die Währungsreserven und die Kreditlinien erschopft waren, ließ Nigeria bis Ende 1983 Zahlungsrückstände bei Handelskrediten von 6 Mrd Dollar auflaufen.

Verschuldung zur Erleichterung der Anpassung

Wahrend viele Regierungen sich im Ausland verschuldeten, um notwendige Anpassungen im Inland aufzuschieben, verschuldeten sich andere, um eine wirksamere Anpassung durchführen zu konnen. Diese Regierungen haben Auslandskapital dazu verwendet, die Durchführung wirtschaftspolitischer Reformen zu erleichtern und spezielle Importe fur die Umstrukturierung der Wirtschaft zu tatigen.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE REFORMEN. Gegen Ende der siebziger Jahre waren in vielen Entwicklungslandern wirtschaftspolitische Änderungen in zwei wichtigen Bereichen angezeigt. Zum einen mußten die Inlandsausgaben gedrosselt und die Devisenerlose gesteigert werden, um die wachsen-

den Auslandsschulden bedienen zu konnen. Zum anderen war es notig, die Anreize zur Steigerung der Produktivitat und der Produktionsausweitung zu verstarken, um die langfristigen Wachstumsperspektiven zu verbessern. Selbstverstandlich ergänzen sich beide Reformen. Mafinahmen zur Forderung des langfristigen Wirtschaftswachstums scheitern in der Regel, wenn es an der Stabilitat der Zahlungsbilanz fehlt; diese Stabilitat bringt aber nur kurzfristig Nutzen, wenn nicht zugleich die volkswirtschaftliche Produktivitat verbessert wird (vgl. Sonderbeitrag 4.7).

Auslandskapital kann dadurch einen wertvollen Beitrag leisten, daß es die Zeit bis zum Wirksamwerden von Reformen uberbriickt. Manche Maßnahmen zur Forderung des langfristigen Wachstums konnen zunachst zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanz eines Landes fuhren. So ist die Liberalisierung des Aufienhandels eine entscheidende Voraussetzung für die Steigerung der Produktivitat, die Erhohung des Ersatzteilangebots und die Verbesserung der Wettbewerbsfahigkeit im Export; doch steigen die Importe in der Regel fruher als die Exporte. Durch eine Kreditaufnahme im Ausland kann die Regierung eine Deflationspolitik zur Abwehr dieses Effekts vermeiden. Sie kann daher

Sonderbeitrag 4.7 Stabilisierung und Anpassung

Maßnahmen zur kurzfristigen Stabilisierung und zur längerfristigen Anpassung ergänzen sich oft. Die kurzfristigen Probleme sind jedoch manchmal so dringend, daß die Politiker der längerfristigen Umstrukturierung keine Beachtung schenken. Im Falle Argentiniens beispielsweise bestand die Reaktion auf die Schuldenkrise des Jahres 1982 in einer Rückführung des Einfuhrvolumens um 40 Prozent, wodurch die Handelsbilanzdefizite rasch von beträchtlichen Überschüssen abgelöst wurden. In Anbetracht einer jährlichen Inflationsrate, die weiterhin 600 Prozent übersteigt, und eines Haushaltsdefizits, das immer noch über 10 Prozent des BIP hinausgeht, hat die innere Stabilisierung jedoch kaum begonnen. Ein stärkeres und stabileres Wirtschaftswachstum erfordert neben anderem verschiedene strukturelle Reformen, insbesondere eine wesentlich verbesserte Kontrolle der öffentlichen Investitionen und anderer Staatsausgaben, die Schaffung einer rationellen Steuerstruktur, eine Reform des Finanzsystems und den Abbau von Handelsbeschränkun-

In anderen Ländern sind Strukturreformen durch kurzfristige Störungen unterbrochen oder verzögert worden. In den Jahren 1979 bis 1981 ergriff Rumänien Maßnahmen, die darauf abzielten, (a) die Eigenverantwortung der staatlichen Betriebe bei der Kostenkontrolle, der Produktions- und der Investitionsplanung zu stärken; (b) die Produktionsanreize zu verbessern und (c) die Übernachfrage einzudämmen. Die Regierung lockerte die Preiskontrollen bei Energie und anderen Produkten und vereinheitlichte das Wechselkurssystem. Die hohen Auslandsschulden Rumäniens - im Verein mit einer zunehmenden Besorgnis über die Kreditwürdigkeit Osteuropas im allgemeinen - veranlaßten jedoch die ausländischen Kreditgeber, Ende 1981 die Kreditgewährung weitgehend einzustellen. Die Regierung ging umgehend daran, die Verbindlichkeiten in konvertiblen Währungen umzuschulden und strenge Einfuhr- und Investitionskontrollen einzuführen. Diese Maßnahmen führten zu einer dramatischen Verbesserung der Leistungsbilanz in konvertiblen Währungen, und die Regierung hat gute Aussichten, ihr Ziel einer Halbierung der Auslandsschulden bis 1986 zu erreichen. Die Strenge ihres Sparprogramms hat aber auch die Einführung neuer Verfahren in wichtigen Exportbereichen verzögert, wodurch das langfristige Leistungspotential der Wirtschaft beeinträchtigt wird.

Eine dritte Gruppe von Ländern hat ihre Reaktion auf die

Zahlungsbilanzprobleme erfolgreich mit Maßnahmen zur längerfristigen Anpassung und Förderung des Wachstums verbunden. Indonesien, ein bedeutender Exporteur von Öl und Erdgas, zögerte die Anpassung der inländischen Ölpreise hinaus, was in den Jahren 1979 bis 1981 zu einer starken Ausweitung der Ölsubventionen führte. Das Land setzte auch ein umfangreiches neues Investitionsprogramm in Gang. Dies mußte jedoch aufgegeben werden, als die weltweite Rezession, niedrigere Ölpreise und eine umfangreiche Kapitalflucht das außenwirtschaftliche Gleichgewicht bedrohten. Anfang 1983 kürzte die Regierung die Subventionen drastisch, strich oder verschob nahezu fünfzig importintensive Investitionsprojekte, wertete die Rupia ab und ging zu einem gleitenden Wechselkurssystem über. In weniger als zwei Jahren konnte das Leistungsbilanzdefizit halbiert und der Saldo der Zahlungsbilanz von einem Defizit in Höhe von 3,2 Mrd Dollar in einen Überschuß von 2 Mrd Dollar umgewandelt werden. Diese Verbesserung wurde von einer Liberalisierung der Zinssätze und der Abschaffung von Kreditbegrenzungen durch die indonesische Regierung begleitet. In den Jahren 1983/84 gewann die Wirtschaft wieder an Schwung und wuchs um jährlich rund 5 Pro-

Ungarn nahm Ende der siebziger Jahre die Durchführung eines Programmes zur wirtschaftlichen Liberalisierung wieder auf, das zehn Jahren zuvor eingeleitet worden war. Marktorientierte Produktionsanreize wurden gestärkt, Subventionen abgebaut und die Selbständigkeit der Unternehmen erweitert. Als sich das weltwirtschaftliche Umfeld in den Jahren 1979/82 verschlechterte, beendete Ungarn die Liberalisierung nicht, sondern erreichte vielmehr durch Stabilisierungsmaßnahmen wie Abwertungen, Investitionskürzungen und kräftige Anhebungen der inländischen Energiepreise eine Umkehr der negativen Zahlungsbilanzentwicklung. Das Stabilisierungsprogramm hatte eine zeitweilige Abschwächung des Wirtschaftswachstums von 5 Prozent in den siebziger Jahren auf 2 Prozent in den Jahren 1980/83 zur Folge, doch bestehen nunmehr gute Aussichten für die Wiederherstellung eines moderaten dauerhaften Wachstums. Mittlerweile hat Ungarn seine markt- und außenwirtschaftsorientierte Entwicklungsstrategie weiter ausgebaut, die entscheidend dazu beitrug, daß das Land in den letzten Jahren Umschuldungsschwierigkeiten vermeiden konnte.

auf eine breite Unterstützung ihrer Reformpolitik bauen, die sie anderenfalls verlieren könnte, wenn die Gesamtwirtschaft eine Rezession durchlaufen müßte.

Die Reformfortschritte fielen sehr unterschiedlich aus. Einige Länder haben wirtschaftspolitische Reformen in Angriff genommen, die sie frühzeitig wieder aufgaben; andere hielten sie durch. Die Beispiele von Kenia und der Türkei — der zwei ersten Länder, die von der Weltbank ein Strukturanpassungsdarlehen (SAD) erhielten (vgl. Sonderbeitrag 4.8) — verdeutlichen diese Unterschiede.

Kenia leitete 1975 ein umfassendes Reformprogramm ein. Der starke Anstieg der Kaffeepreise in den Jahren 1976 und 1977 löste jedoch einen Boom aus, der das Programm weniger dringlich erscheinen ließ; nur wenige der geplanten Maßnahmen wurden durchgeführt. Im Jahr 1980, nach dem zweiten Ölpreisschock, beschloß die Regierung wiederum ein Reformprogramm, das durch einen Bereitschaftskredit des IWF und ein SAD unterstützt wurde. Die Maßnahmen beinhalteten eine stärker marktorientierte Preispolitik, einen Abbau des Außenschutzes der heimischen Industrie, eine

aktivere Wechselkurspolitik, höhere Leistungsanforderungen an die Staatsunternehmen, ein verbessertes Schuldenmanagement und eine restriktivere
Finanz- und Geldpolitik. Gemessen an den Stabilisierungserfolgen waren die Ergebnisse gut; die
Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite wurden
betrachtlich verringert. Aber die Fortschritte in
Richtung auf eine Verbesserung der längerfristigen
Produktivitat waren gering. Vor allem hatte die
Regierung es versaumt, die meisten ihrer Außen-

handelsreformen zu **Ende** zu **bringen**, so **daß** die dringend notwendige Exportsteigerung ausblieb.

Auch die Turkei vermied in den siebziger Jahren die Anpassung. Sie finanzierte ihre Leistungsbilanzdefizite durch eine starke Verschuldung und hielt den Schutz ihrer heimischen Industrie durch hohe Importschranken aufrecht. Dies forderte ein überhohtes Kostenniveau und eine unwirtschaftliche Industriestruktur; innerhalb eines Jahrzehnts verdreifachte sich in der Verarbeitenden Industrie das

Sonderbeitrag 4.8 Anpassungsdarlehen der Weltbank

Die Weltbank hat zur Unterstiitzung der wirtschaftlichen Umstrukturierung verschiedene neue Darlehensmechanismen eingeführt. Die wichtigsten sind die 1980 eingeführten Strukturanpassungsdarlehenund das Anfang 1983 begonnene Sonderaktionsprogramm.

Strukturanpassungsdarlehen (SAD) sollen Ländern mit fundamentalen Zahlungsbilanzproblemen helfen, ihre Witschaftspolitik umzustellen. Anders als die traditionellen Weltbankdarlehen, dienen die SAD nicht zur Finanzierung spezieller Projekte. Mit ihnen werden Devisen zur Verfügung gestellt, um einen Beitrag zu den vorübergehenden Kosten von Umstrukturierung und wirtschaftspolitischer Reform zu leisten. SAD konnen auch als Katalysator für andere Zuflüsse von Auslandskapital dienen. Da die Umstrukturierung der Wirtschaft normalerweise mehrere Jahre in Anspruch nimmt, sind die SAD auf fiinf oder mehr Jahre ausgelegt und schließen bis zu fiinf einzelne Darlehen ein.

Das erste SAD-Programm wurde im März 1980 aufgelegt. Bis Juni 1984 wurden neunundzwanzig Darlehen iiber insgesamt 4,5 Mrd Dollar zur Unterstutzung wirtschaftspolitischer Reformen in sechzehn Ländern zugesagt (siehe Tabelle 4.8A). Wenn auch die Anpassungsgeschwindigkeit im einzelnen sehr unterschiedlich war, leisten die SAD in den meisten dieser Länder nunmehr einen erheblichen Beitrag zur wirtschaftlichen Gesundung. Wieviele SAD einem Land gewährt werden, ist sowohl von seinem Bedarf als auch von seinem Fortschritt beim Erreichen der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen abhängig. So hat beispielsweise die Tiirkei bereits fiinf Darlehen erhalten, andere Länder dagegen erst eines.

Strukturanpassungsdarlehensind nur fiir Länder geeignet, die umfassenden und nachhaltigen Reformen der Wirtschaftspolitikund der Institutionenhohe Prioritat einräumen und die eine vernünftige Chance haben, ihre Programme zu verwirklichen. In anderen Ländern fordert die Weltbank die Anpassungdurch die Konzentrationihrer Darlehensvergabe

auf bestimmte Wirtschaftssektoren. Wirtschaftspolitisch orientierte Sektordarlehen haben in den letzten Jahren ebenfalls an Volumen und an Bedeutung zugenommen, insbesondere die Sektoranpassungsdarlehen.

Das Sonderaktionsprogramm beinhaltet finanzielle Maßnahmen und wirtschaftspolitische Beratung, um Ländern bei der Durchführung von Anpassungsmaßnahmen zu helfen, die zur Wiederherstellung des Wirtschaftswachstums und der Kreditwürdigkeit erforderlich sind. Die Hauptelemente des Programmes sind (a) eine erweiterte Darlehensgewährung für besonders vorrangige Aktivitaten zur Unterstutzung der Reformpolitik, (b) Maßnahmen zur Beschleunigung der Auszahlungen für bestehende oder neue, besonders vorrangige Projekte und (c) die Beratung von Regierungen bei der Neuordnung der Prioritaten von Investitionen und der Verbesserung des Managements der Auslandsschulden.

Bis Dezember 1984 haben vierundvierzig Länder von diesem Programm profitiert. Im Rahmen des Programms wurden vierzehn neue Darlehen, davon zwei SAD und zwölf Sektoranpassungsdarlehen, zur Verfiigung gestellt. Bereits laufende Projekte wurden abgeändert, um die Kostenbeteiligung zu erhohen, revolvierende Finanzierungsfonds einzurichten, den Entwurf und die Ausführung von Projekten umzugestalten, zusätzliche Mittel fiir Betriebskapital und laufende Kosten aufzubringen und **ergänzende** Darlehen in Anspruch zu nehmen. Durch die unmittelbare finanzielle Entlastung haben diese Mdnahmen die Weiterführung von 267 Projekten im Gesamtwert von rund 13 Mrd Dollar ermöglicht. Insgesamt gesehen werden durch das Sonderaktionsprogramm die Auszahlungen der Weltbank in den Fiskaljahren 1984/86 um rund 4,4 Mrd Dollar iiber das Niveau steigen, das sonst erreicht worden wäre. Das Programwurde nun offiziell beendet, aber die Instrumente, die während seiner Durchführung eingefiihrt worden sind, werden im Rahmen der allgemeinen Geschäftstätigkeit der Weltbank, je nach Bedarf, weiterhin genutzt werden.

TABELLE 4.8A
Strukturanpassungsdarlehen (SAD) der Weltbank, Geschäftsjahre 1980 bis 1984

7 717,0	6 1.070.7	7 1.284.7	6 1.081,9
717,0	1.070.7	1.284.7	1.081.9
			,
5.8	6,2	8,9	7,0
8	13	15	16
		0.0	

Verhaltnis zwischen zusatzlichem Kapitalaufwand und zusatzlicher Produktion. Um das Wachstum zu sichern, verfolgte die Regierung eine expansive Geld- und Finanzpolitik. Gleichwohl sank das Wachstum des BSP von etwa 6 Prozent pro Jahr in den Jahren 1967 bis 1972 und 1973 bis 1976 auf 2 Prozent im Zeitraum 1976 bis 1980. Ende der siebziger Jahre war die Inflationsrate auf 100 Prozent pro Jahr gestiegen und die Schuldendienstverpflichtungen (einschließlich der kurzfristigen Schulden) beliefen sich auf das Dreifache des Exportwerts. Von 1978 bis 1980 schuldete die Turkei über 9 Mrd Dollar oder etwa 80 Prozent ihrer Auslandsverbindlichkeiten um.

Im Januar 1980 kundigte die Regierung eine wirtschaftspolitische Wende in Richtung auf eine starker außenwirtschaftlich orientierte Entwicklungsstrategie an, bei der mehr auf die Marktkrafte vertraut werden sollte. Die erste Phase des Programms umfaßte eine massive Abwertung der Wahrung und den Übergang zu laufenden Wechselkursanpassungen, eine restriktive Geldpolitik, die Freigabe der Zinssatze, einen schrittweisen Abbau der Subventionierung des privaten Verbrauchs, eine Rationalisierung der offentlichen Investitionsprogramme und hohere Preise der staatlichen Unternehmen. Innerhalb von zwei Jahren traten die Erfolge deutlich zutage. Das BSP wuchs in den Jahren 1980 bis 1983 mit fast 4 Prozent pro Jahr, die Inflationsrate sank um zwei Drittel, die Warenausfuhr verdoppelte sich trotz der Weltrezession, das Leistungsbilanzdefizitging von uber 5 Prozent des BIP auf 3 Prozent zuruck und die Kreditwurdigkeit des Landes wurde wiederhergestellt.

Nach der Bewaltigung der unmittelbaren Krisensituation ist die türkische Regierung in der Lage, ihre Reformen auszubauen. Sie verringert allmahlich die Einfuhrkontingente und senkt die Zölle, verbessert das Management und die Finanzierung der Staatsbetriebe, strafft die Verwaltung der Auslandsschulden und die Aufsicht uber das heimische Bankwesen, festigt das Steuersystem und fiihrt die Energie- und Agrarpreise näher an das internationale Preisniveau heran. Zwar wurde schon viel erreicht, doch hat sich in neuerer Zeit der Anpassungsprozeß wieder verlangsamt, was daran zu erkennen ist, daß die Inflation und das Haushaltsdefizit in den Jahren 1983/84 wieder zu steigen begannen. Gleichwohl ist der in der Türkei seit 1980 insgesamt erreichte Erfolg eines der eindrucksvollsten Beispiele fur eine wirtschaftliche Wende, das bei Entwicklungslandern seit langem zu verzeichnen war.

VERSCHULDUNG UND UMSTRUKTURIERUNG. Die strukturelle Anpassung wird nur selten schon dadurch erreicht, daß man "richtige Preise" herstellt, auch wenn dies unumganglich ist. Ist ein Land zur Ausweitung seiner Importe nicht in der Lage, kam es passieren, daß seinen Landwirten und Geschaftsleuten die wichtigsten Mittel - Brennstoffe, Diingemittel, Ersatzteile, Maschinen - fehlen, die zur Exportsteigerung und Belebung des Wirtschaftswachstums notwendig sind. Sie konnen daher auch die Vorteile der richtigen Preise nicht nutzen. Unter diesen Umstanden kann die Auslandsverschuldung einen wichtigen Beitrag leisten, wie Korea gezeigt hat. Angesichts der Ölpreissteigerungen in den Jahren 1973/74 entschied sich die Regierung Koreas, das Wirtschaftswachstum nicht zu drosseln. Statt dessen wertete sie die Wahrung ab und verschuldete sich stark, um die Exportkapazitat auszubauen (vgl. Sonderbeitrag 4.9).

In den letzten Jahren hat die Weltbank vermehrt Darlehen zur Forderung der Handelsliberalisierung und der Exportsteigerung gewahrt, wenn auch ihre Rolle weitgehend die eines Katalysators ist. Brasilien beispielsweise hat Mittel aufgenommen, um die Liberalisierung seines Einfuhrzoll-Ruckvergutungssystems zu finanzieren, wodurch die Kosten in der Exportproduktion gesenkt werden. Mexiko und Ägypten nahmen Darlehen auf, um die verfiigbaren Mittel ihrer Export-Entwicklungsbankenund anderer Finanzinstitute zu erhohen, welche die Exportindustrien finanzieren. Ghana richtete ein Exportforderungsprogramm ein, durch das die technische Unterstiitzung und die Ausbildung von Fuhrungskraften im rohstoffexportierenden Sektor intensiviert werden sollen.

In vielen Ländern war die wirtschaftliche Umstrukturierung mit betrachtlichen Investitionen in der Energiewirtschaft verbunden. Diese Projekte erfordern oft erhebliche ausländische Mittel. Viel kann jedoch dadurch erreicht werden, daß die Inlandspreise auf das Niveau des Weltmarkts angehoben werden. Dies hat den doppelten Effekt, daß die Energieeinsparung gefordert und die inländische Energieerzeugung lohnender wird. Außerdem profitieren die Energieerzeuger von den hoheren Preisen, so daß sie in Anlagen und Ausriistungen investieren komen, ohne sich verschulden zu müssen. Allerdings werden dadurch Devisen nur allmahlich eingespart, wenn auch einige Länder in jungster Zeit betrachtliche Fortschritte machen konnten. Thailand hat erfolgreich damit begonnen, das importierte Erdol durch Erdgas aus inlandischer Forderung zu ersetzen. Auch Brasilien verringerte

Sonderbeitrag 4.9 Kreditaufnahmen zur Anpassung: Der Fall Korea

Bis 1960 betrieb Korea eine auf Importsubstitution ausgerichtete Industrialisierung. Danach ging es zur Exportförderung iiber. Seit 1960 hat das Wachstum des BIP durchschnittlich 9 Prozent im Jahr betragen, das Pro-Kopf-Einkommenhat sich mehrals verdreifacht, und die Zahl der Eiommensbezieher unterhalb der Armutsgrenze ist uon 40 Prozent auf 15 Prozent der Bevölkerung gefallen. Die inländische Ersparnis ist seit Mitte der sechziger Jahre ständig bis auf mnd 27 Prozent des BIP im Jahre 1984 gestiegen. Der Anteil der Investitionen nahm noch stärker zu, nämlich auf 29 Prozent des BIP.

Um dieses rasche Wachstum der Investitionen zu erreichen, forderte die Wirtschaftspolitik die Auslandsverschuldung. Die kommerziellen Auslandsverbindlichkeiten des Landes (einschließlich der kurzfristigen Schulden) stiegen von 22 Mio Dollar im Jahr 1960 (1 Prozent des BIP) auf iiber 33 Mrd Dollar im Jahr 1983 (44 Prozent des BIP). In koreanischen und auslandischen Untersuchungen wurde geschatzt, daß die Zuflüsse auslandischen Kapitals die jahrliche Wachstumsrate Koreas während der sechziger Jahre um vier Prozentpunkte und in den Jahren 1972 bis 1982 um nahezu zwei Prozentpunkte erhöhten. Diese Mittelzuflüsse, hauptsachlich in der Form kommerzieller Kredite, wurden fast gänzlich produktiven Investitionen zugeführt. In den meisten Fallen wurde das Kapital effizient genutzt. Der marginale Kapitalkoeffizient - der zusätzliche Kapitalaufwand, der je zusatdicher Produktionseinheit erforderlich ist - lag im Durchschnitt bei 3 und war damit einer der niedrigsten der Dritten Welt.

Korea gehorte zu den Entwicklungslandern, die den starksten außenwirtschaftlichen Schocks ausgesetzt waren. Als 1973/74 die Ölpreise in die Hohe gingen, führte die Verschlechterung der Terms of Trade in Korea zu einem Einkommensverlust, der rund 10 Prozent des BIP entsprach. Um den Schock abzufedern, verschuldete sich das Land im Ausland und wertete seine Währung um 22 Prozent ab. Zusammen mit der seit Iangerem verfolgten Politik der Exportförderung bereitete diese Abwertung den Boden für eine eindrucksvolle Expansion der Ausfuhr von Industrieprodukten. Außerdem waren koreanische Firmen bei der Hereinnahme von Bauaufträgen aus dem Ausland erfolgreich; bis 1978 summierten sich diese auf mehr als 15 Mrd Dollar. Der Investitionsboom fiihrte jedoch in den späten siebziger Jahren zu einer starken Überexpansion der Schwerindustrie, einer hohen Inflationsrate und einem steigenden realen Wechselkurs, der die Exportdynamik bremste.

Die Schocks der Jahre 1979/80 waren ähnlich kostspielig, denn sie führten zu einer Einkommensschmälerung aufgrund von Terms of Trade-Verlustensowie hoheren Zinszahlungen im Ausmaß von 8 Prozent des BIP. Die weltwirtschaftlichen Aussichten waren jedoch weniger günstig als Mitte der siebziger Jahre. Auslandsgeld stand nicht mehr zu den günstigen Bedingungenfrüherer Jahre zur Verfügung. Wegen des zunehmenden internationalen Protektionismus und der sich verstärkenden Weltrezession war ein so rasches Wachstum der Ausfuhren wie Mitte der siebziger Jahre unwahrscheinlich. Auch befand sich Korea selbst in einer weniger giinstigen Verfassung. Zum Problem der Inflation, der uberbewerteten Währung und der Fehlinvestitionen kamen 1979 eine katastrophale Ernte und politische Unruhen, die auf die Ermordung seines Präsidenten folgten.

Die Regierung entschied sich daher für einen anderen Weg der Anpassung. Wie in den Jahren 1974/75 erhohte sie die Verschuldung im Ausland (1978 bis 1981 um 25 Prozent pro Jahr) und wertete die Währung ab. Anders als 1974/75 wurden jedoch Investitionen und Wachstum scharf beschnitten, und zwar durch eine Verknappung des Kreditangebots für nicht-exportierende Unternehmen, einen Abbau der Reallohne, eine Kürzung der offentlichen Investitionensowie durch eine rasche Anhebung der inländischen Energiepreise.

Dies waren starke Mittel. In den Jahren 1979/80 stagnierte die Wirtschaft. Nachdem 1981 wieder ein rasches Exportwachstum in Gang gekommen war, wurde die Kreditpolitik gelockert, die restriktive Fianz- und Lohnpolitik jedoch fortgesetzt. Das BIP Koreas wuchs 1981/82 um 6 Prozent, und 1983/84 nahm es, gestützt durch den Aufschwung in den Vereinigten Staaten und Japan, um 9 Prozent zu: die Inflationsrate ging von nahezu 40 Prozent im Jahr 1980 auf 3 Prozent im Jahr 1983 zuriick; das Wachstum des Exportvolumens beschleunigte sich auf iiber 10 Prozent; das Defizit in der Leistungsbilanz wurde um zwei Drittel zuriickgefiihrt, und der Anstieg der Auslandsschulden verlangsamte sich von 5 Mrd Dollar auf 2 Mrd Dollar jährlich. Die Schuldendienstquote (einschließlich der Rückzahlung kurzfristiger Auslandsschulden)belauft sich nun auf moderate 20 Prozent der Exporterlose, und die ausländischen Finanzmarktestehen Korea zu normalen Bedingungen offen. Um jedoch den Anstieg der Schulden weiter zu verringern, ist die Regierung darum bemiiht, die inländische Ersparnis im Laufe der nachsten Jahre durch Reformen im Finanzwesen und eine verstarkte Exportfordemng um 4 Prozent des BIP zu stei-

seine Abhangigkeit von Ölimporten von 83 Prozent im Jahr 1977 auf 50 Prozent im Jahr 1984, und zwar durch verstarkte Einsparungsbemiihungen, gesteigerte inländische Ölförderung, beschleunigten Ausbau der Wasserkraftwerke und durch ein Programm zur Umwandlung von Bioalkohol in Treibstoffe.

Verwendung der Auslandskredite

Ausgehend von den unterschiedlichen Erfahrungen der einzelnen Lander konnen einige allgemeine Feststellungen iber die Verwendung von Auslandsgeldern getroffen werden. Vier Perioden lassen sich unterscheiden:

- Von Mitte der sechziger bis Anfang der siebziger Jahre uberwog die Finanzierung bestimmter Investitionsvorhaben aus offentlichen Quellen. Das Wirtschaftswachstum beschleunigte sich und die Fähigkeit zur Bedienung der Schulden blieb erhalten oder wurde verbessert. Eine Verschuldung aus Zahlungsbilanzgriinden erfolgte nur in begrenztem Umfang, weil die Entwicklungslander zu kommerziellen Bankkrediten kaum Zugang hatten.
- Von 1973 bis 1978 floß weiterhin ein großer Teil der aufgenommenen Mittel in die Investitionen. Viele Volkswirtschaften wuchsen rasch. Um sich jedoch an die hoheren Energiepreise anzupassen und die Wachstumsdynamik beizubehalten, verlagerten die Entwicklungslander den Schwerpunkt ihrer Investitionen auf energiewirtschaftliche Großprojekte und Projekte im Bereich der Schwerindustrie und der Infrastruktur. Niedrige reale Zinssatze auf den internationalen Märkten und die inlandische Wirtschaftspolitik hatten in vielen Fallen Investitionen mit geringen Ertragen zur Folge, insbesondere in Afrika und Lateinamerika. Die Verfugbarkeit billiger Auslandsmittel fuhrte auch dazu, daß ein Teil der Gelder zur Finanzierung von Leistungsbilanz-und Haushaltsdefiziten verwendet wurde, obgleich die projektbezogene Finanzierung vorherrschend blieb. Die moglichen Vorteile der Auslandsverschuldung wurden in vielen Fallen jedoch dadurch geschmalert, daß sich die Qualität der Wirtschaftspolitik und der Investitionssteuerung verschlechterten.

In den Jahren 1979 bis 1982 nahm die Nachfrage nach Zahlungsbilanz- und Haushaltsfinanzierungen stark zu. In vielen Entwicklungslandern außerhalb Asiens diente die Auslandsverschuldung primar dazu, strukturelle Anpassungen hinauszuschieben, statt dadurch Zeit fur die Anpassung zu gewinnen. Deshalb war der Wachstumsbeitrag gering, falls er uberhaupt vorhanden war.

• Seit 1982 hat sich der Netto-Zufluß von Auslandsgeldern betrachtlich verringert. Soweit Finanzierungen verfugbar waren, standen sie in vielen Fallen mit Schuldendienst- und Zahlungsbilanzproblemen in Zusammenhang. Die Finanzierung ist starker an Programme zur strukturellen Anpassung gebunden, und ihr Beitrag zur Wiederherstellung der Wachstumsgrundlagen ist im großen und ganzen positiv, vor allem bei den größten Schuldnerländern. Neue kommerzielle Kredite sind überwiegend zur Außenhandelsfinanzierung und fur projektbezogene Zwecke bestimmt und werden auch nur einer kleinen Gruppe von Entwicklungslandern

gewahrt, die eine hohe Kreditwurdigkeit aufrechterhalten konnten.

Schlußfolgerungen

Die Teilnahme an der Weltwirtschaft bietet betrachtliche Vorteile. Sie bringt aber auch einige Risiken mit sich. Je mehr ein Entwicklungsland mit dem Rest der Welt im wirtschaftlichen Austausch steht, um so mehr kann es davon profitieren — um so verwundbarer ist es aber auch gegeniiber außenwirtschaftlichen Schocks, wenn es eine falsche Politik verfolgt. Einige Beobachter stellen die Risiken in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen und meinen, die jungste Erfahrung massiver Schocks und eines weltweit schwacheren Wachstums beweise, dafi die Entwicklungslander eine am Weltmarkt orientierte Wirtschaftspolitik vermeiden und auch die Inanspruchnahme von Auslandskapital reduzieren sollten.

Der erste Teil des Arguments beruht auf einer extrem kurzfristigen Betrachtungsweise und ist selbst unter diesem Blickwinkel unangebracht. Es ist richtig, daß binnenwirtschaftlich orientierte Entwicklungslander Anfang der achtziger Jahre, absolut gesehen, geringere Wachstumseinbußen hinnehmen mußten. Aber sie wuchsen gleichwohl langsamer als weltwirtschaftlich orientierte Volkswirtschaften — und uber eine langere Periode betrachtet sogar erheblich langsamer. Was den zweiten Teil des Arguments betrifft, so läßt sich der Umfang der Auslandsverschuldung, der fur ein Land angemessen ware, nicht generell festlegen. Dieses Kapitel hat gezeigt, daß viele Faktoren die Entscheidung uber die Auslandsverschuldung beeinflussen.

Vieles hangt von der Fahigkeit eines Entwicklungslandes ab, sich angesichts externer Schocks rasch anzupassen. Je größer diese Fahigkeit ist, um so starker kann es sich im Ausland verschulden. Die Schlusselfrageist die Effektivitat der Regierung und ihre politische Starke, den Interessengruppen Widerstand zu leisten, die eine Änderung der Politik bekampfen. Die Regierungen sollten sich ein Urteil bilden, inwieweit sie willens und fahig sind, Sparmaßnahmen einzuleiten oder der Wirtschaftsentwicklung eine neue Richtung zu geben, falls sich die Umstande plotzlich ändern sollten. Sinkende Sparquoten, chronische Haushaltsdefizite oder uberhohte Wechselkurse sind eindeutige Warnsignale dafur, daß die aufgenommenen Mittel zur Verzogerung statt zur Unterstützung der Anpassung verwendet worden sind.

Die Anpassungsfähigkeit einer Volkswirtschaft wird auch durch ihre Struktur beeinflufit. Eine starke Abhangigkeit von den Devisenerlosen aus einigen wenigen Rohstoffexporten erschwert eine flexible Anpassung an einen plotzlichen Preisverfall. Demgegenuber kann eine Volkswirtschaft, die zu einem großen Teil diversifizierte und international handelbare Guter und Dienstleistungen produziert, Schuldendienstprobleme leichter vermeiden, obwohl sie ebenfalls für Verschlechterungen der Terms of Trade anfällig ist. Dies ist deshalb der Fall, weil Anpassungsmaßnahmen zur Beeinflussung der Ausgabenstruktur, wie etwa eine Abwertung, eine breitere Wirkungsgrundlage aufweisen. Ähnlich verbessern gutausgebildete, mobile Arbeitskrafte, ein leistungsfähiges Finanzsystem und funktionierende Vertriebswege ganz wesentlich die Fähigkeit einer Wirtschaft, schnell auf veranderte Bedingungen zu reagieren.

Diese Erfahrungensind in den letzten schwierigen Jahren immer wieder gemacht worden. Viele Entwicklungslander reformieren nun ihre Wirtschaftspolitik. Sofern sie damit friihzeitig begonnen und diese Politik durchgehalten haben, kommen ihnen bereits schon die Vorteile eines schnelleren und dauerhafteren Wirtschaftswachstums zugute. In anderen Ländern gehen die Reformen jedoch zu langsam voran. Der Preis einer versaumten Anpassung an die rauhe Wirklichkeit der achtziger Jahre ist hoch: Für einige Länder heißt er langsames Wachstum, fur andere zunehmende Armut.

Das vorhergehende Kapitel hat gezeigt, daß bei vernunftiger Wirtschaftspolitik Auslandskreditaufnahmen die erwarteten Ertrage bringen können. Außerdem sind Lander mit einer anpassungsfähigen Wirtschaftspolitik und flexiblen wirtschaftlichen Strukturen in der Lage, die mit der Auslandsfinanzierung verbundenen Risiken zu vermindern. In diesem Kapitel verschiebt sich die Blickrichtung von den Maßnahmen, die Hohe und Wirksamkeit der Kapitalimporte bestimmen, auf die Steuerung der Zuflusse selbst. Dabei geht es um die technischen und institutionellen Fragen der Disposition von Auslandsverbindlichkeiten und -forderungen eines Landes; das Ziel dieser Steuerung besteht darin, die bestmogliche Kombination von Risiko und Ertrag zu erreichen, die mit den Angebotsbedingungen in den Kapitalüberschußländern vereinbar ist.

Eine wirksame Steuerung der Auslandsverschuldung ist kein Ersatz fur eine gesunde Wirtschaftspolitik, sondern deren unverzichtbarer Bestandteil. Entscheidungen uber Kreditgewahrung und Kreditauhahme konnen nicht unabhangig von den gesamtwirtschaftlichen Maßnahmen gefallt werden. Die Schuldenmanager benotigen klare Vorstellungen uber die erwarteten gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen, wahrend die Wirtschaftspolitiker wiederum den kunftigen Kreditbedarf und die anfallenden Schuldendienstleistungen uberblicken müssen. Obwohl diese Grundsatze einleuchtend erscheinen, leiden doch viele Lander unter einem Kommunikationsdefizit zwischen den Schuldenmanagern (ublicherweise im Finanzministerium), den fur die Wahrungsreserven Verantwortlichen (üblicherweise in der Zentralbank) und den gesamtwirtschaftlichen Planern (haufig im Planungsministerium). Vielfach haben die Regierungen den Umfang des Kapitalimports als eine Restgröße behandelt und ihre Finanz- und Geldpolitik unabhangig von deren Auswirkungen auf Hohe und Struktur der Verschuldung gestaltet. Eine unlangst vom IWF vorgenommene Untersuchung von 20 Ländern fand

heraus, daß nur ein Funftel der Entwicklungsliinder erklärtermaßen ihre Verschuldung systematisch steuern. Einige Liinder sind gerade dabei, das Schuldenmanagement in den Gesamtprozeß der okonomischen Entscheidungsfindung zu integrieren.

Dieses Kapitel erortert zwei Arten von Problemen. Erstens: In welchem Maße sollten Regierungen, außer durch eine gesunde Wirtschaftspolitik, den Zufluß von Auslandskapital zu regulieren suchen? Zweitens: Welches ist die angemessene Zusammensetzung von Kapitalzuflussen und Verschuldung?

Steuerung der Hohe des Kapitalimports

In einer Welt, in der alle Entscheidungen allein den Marktkraften uberlassen blieben, brauchten sich die Regierungen nicht mit dem Umfang der Kreditaufnahme im Ausland zu befassen. In der Realität kommen sie an dieser Frage nicht vorbei, und zwar aus zwei wichtigen Grunden. Erstens ist in den meisten Liindern der offentliche Sektor selbst der größte Kreditnehmer. Zweitens konnen die fur die privaten Unternehmen relevanten Preise durch Regierungsmaßnahmen verzerrt sein, so daß der private Sektor verleitet wird, zu viel oder zu wenig Kredit aufzunehmen. Wahrend private Unternehmen versuchen werden sicherzustellen, daß ihre Investitionen genugend heimische Wahrung zur Ruckzahlung der Kredite erwirtschaften, ist die Verfugbarkeit ausreichender Devisenbestande Sache der Währungsbehörden.

Wieviel Mittel aufnehmen?

Jede einzelne Kreditaufnahme muß für sich genommen berechtigt sein. Erfahrungsgemäß muß aber auch das Gesamtniveau der Mittelzuflusse und der Verschuldung beachtet werden. Die dauerhaft trag-

bare Verschuldungsquote hangt von der Wachstumsrate des Volkseinkommens und ganz besonders der Exporte eines Landes ab. Sofern die Zuwachsrate des Einkommens auf lange Sicht hoher ist als der Zinssatz, bleibt das Land zahlungsfahig. Um Liquiditatsprobleme soweit wie moglich auszuschließen, muß die Wachstumsrate der Exporte das Zinsniveau übersteigen; damit wird verhindert, daß ein laufend steigender Teil der Exporteinnahmen für den Schuldendienst abzuzweigen ist (vgl. Sonderbeitrag 4.4).

Fur die Steuerung des Gesamtniveaus der Verschuldung sind eine Reihe von Faustregeln — etwa die Begrenzung der gesamten Schuldendienstquote auf 20 Prozent — vorgeschlagen worden, doch dabei ist Vorsicht am Platze. Es gibt keine einfache Regel, die unter allen Umstanden angemessen ware. Die Fahigkeit eines Landes, eine bestimmte Schuldenquote durchzuhalten, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab, insbesondere von seinen Exportaussichten, den Erwartungen bezüglich der Terms of Trade und der Zinssätze sowie von seiner Flexibilitat, sich bei Bedarf rasch anzupassen. So kann ein Land mit einer erwiesenen Fahigkeit, bei Schwierigkeiten die notwendigen Maßnahmen zu

ergreifen, in der Lage sein, eine Schuldendienstquote von 30 Prozent durchzuhalten, wahrend ein weniger flexibles Land schon bei einer Quote unter 20 Prozent in Schwierigkeiten geraten kann.

In einigen Entwicklungslandern gibt es gesetzliche Bestimmungen uber die Hohe der Kreditaufnahme des offentlichen Sektors und des Landes insgesamt; Korea ist ein Beispiel dafur. In rund einem Drittel aller Entwicklungsländer — die Zahl nimmt freilich ab — fehlen klare Verschuldungsrichtlinien; diese Lander beurteilen letztlich jede Investition nach dem eigenen wirtschaftspolitischen, kommerziellen und politischen Nutzen des Projekts sowie danach, ob ausländische Mittel verfiigbar sind. Die meisten Lander verfolgen Strategien, die zwischen diesen beiden Extremen liegen; ublicherweise werden generelle Richtlinien entweder durch Festlegung der jährlichen Neuverschuldung oder in Form von Verschuldungs- oder Schuldendienstquoten bekanntgegeben. Vielfach werden zu Beginn des Jahres von der Regierung oder dem Parlament Obergrenzen der offentlichen Schuld genehmigt, die jedoch in vielen Fallen nicht eingehalten werden. Gewohnlich werden die nichtverburgten Verpflichtungen von den Richtlinien nicht erfaßt.

Sonderbeitrag 5.1 Kreditaufnahmeregeln: Der Fall der Philippinen

Die philippinische Regierung versucht, die Auslandsverschuldung durch die Bestimmung zu begrenzen, daß die Schuldendienstzahlungen in einem bestimmten Jahr 20 Prozent der Deviseneinnahmen (einschließlich der Kapitalzuflüsse) des vorangegangenen Jahres nicht überschreiten dürfen. Diese Regel ist Teil eines Rahmenwerks für das Schuldenmanagement, das seit der Zahlungsbilanzkrise von 1969/70 betrieben wird.

Die Einhaltung der 20-Prozent-Grenze erfordert umfassende Angaben über die Schulden. Die für das Management der Auslandsschulden und der Auslandsanlagen zustandige Abteilung der Zentralbank verfiigt iiber ein monatliches Berichtssystem, das sämtliche Kreditnehmer zu detaillierten Meldungen über ihre Schulden verpflichtet. Diese Abteilung stellt auch Richtlinien fur die Verwendung und die Konditionen von Auslandskrediten auf. Zu ihren weiteren Funktionen gehören die Untemchtung der Zentralbank uber den Bedarf offentlicher und privater Stellen an Auslandskrediten und die Kontrolle einer Warteliste für sämtliche mittel- und langfristige Darlehensaufnahmen.

Zwei andere Besonderheitendes philippinischen Schuldenmanagement-Systems sind das Konsolidierte Auslandskredit-Programm (Consolidated Foreign Borrowing Program, CFBP) und der Investitions-Koordinierungsausschuß (Investment coordination Committee, ICC). Im Rahmen des CFBP werden große Beträge im Ausland aufgenommen und an Banken weitergeleitet, die damit Entwicklungsprojekte

f i i i e r e n oder bestehende Verbindlichkeiten ablosen. Der im Jahre 1978 eingesetzte ICC ist für die Genehmigung von **Projekten** und die Festlegung von Prioritaten im Rahmen des nationalen **Entwicklungsplans** verantwortlich.

Dieser institutionelle Rahmen des Schuldenmanagement hat während des größten Teils der siebziger Jahre gut funktioniert, aber die vergangenen funf Jahre haben drei Schwachstellen offenbart: (a) eine unzureichende Überwachung der kurzfristigen Verbindlichkeiten und der Bankenverschuldung; (b) eine mangelhafte Integration des Schuldenmanagements in die gesamte Wischaftspolitik und (c) eine einseitige Ausrichtung auf das laufende Jahr unter Vernachlässigung künftiger Jahre. Außerdem ist die Definition der 20-Prozent-Grenzemehrmals geändert worden, um die Schuldendienstzahlungeninnerhalb des gesetzlichen Rahmens zu halten. Es ließe sich sogar behaupten, daß die gesetzlich festgelegte Quote ein falsches Sicherheitsgefühl vermittelte und so eine rechtzeitige Krisenwarnung unterblieb, als Präventivmaßnahmen noch moglich gewesen wären. Angesichts dieser Nachteile hat die Regierung wahrend der vergangenen zwei Jahre die gesetzliche Schuldendienstquote durch andere Kontrollinstrumente zu ergänzen versucht. Beispielsweise werden die kurzfristigen Schulden nun viel strenger uberwacht, und fur die Aufnahme kurzfristiger Kredite wurde ein Genehmigungsverfahren einge-

Sonderbeitrag 5.2 Integrierter Schuldenmanagement — Der Fall Thailand

Die thailandische Regierung verfolgt bei der Aufnahme von Auslandskrediten seit langem einen vorsichtigen Kurs. Unter den Ländern mit mittlerem Einkommen weist Thailand eine der niedrigsten Schuldendienstquotenauf. Fur die Richtlinien uber die Auslandsverschuldung öffentlicher Stellen ist ein Auslandsschuldenkomitee unter dem Vorsitz des Finanzministers zuständig.

Im Jahre 1984 entschied die thailandische Regierung teilweise durch die Schuldendienstprobleme der Phiiippinen veranlaßt -, die Rolle des Auslandsschuldenkomitees aufzuwerten und das Schuldenmanagement in den gesamtwirtschaftlichen Entscheidungsprozeß zu integrieren. Insbesondere wurde bestimmt, daß die offentliche Auslandsverschuldung nicht länger unabhängig von der privaten Kreditaufnahme und der offentlichen Inlandsverschuldung betrachtet werden sollten. Diese Veränderungen spiegelt auch die Umbenennung des Komitees wider, das nun Komitee fur Nationale Schuldenpolitik heißt. Es steht unter dem Vorsitz des Finanzministers und setzt sich aus leitenden Mitarbeitem der Bank von Thailand, des National Rates fur wirtschaftliche und soziale Entwicklung und des Haushaltsbüros zusammen. Sein Sekretariat befindet sich im Fianzministerium. Der Arbeit des Komitees wird ein verbessertes System zur Datenerfassung und -verwaltung zugute kommen, das gegenwärtig im Finanzministerium eingerichtet wird, -

insbesondere, wenn die **Ausbildung** der Mitarbeiter **intensiviert ist.**

Zu den Aufgaben des Komitees gehört die gründliche Prüfung samtlicher Darlehenswünsche (einschließlich militärischer Kredite) von Regierungsstellen und offentlichen Untemehmen im Hinblick auf die Schuldendienstkapazität des Landes. Außerdem werden mogliche Richtlinien für die Auslandsverschuldung erwogen: (a) Betriebsverluste sollen nicht durch Auslandskredite finanziert werden; (b) jegliche Subventionen an offentliche Unternehmen müssen im Haushalt der Zentralregierung ausgewiesen werden und (c) die Preispolitik offentlicher Untemehmen soll bezüglich ihrer Auswirkungen auf die finanzielle Gesundheit der Unternehmen und deren Fähigkeit zur Bedienung der Auslandsschulden untersucht werden. Eine abschließende Festlegung der Richtlinien ist jedoch noch nicht erfolgt.

Das Komitee ist auch für die Überwachung und Berichterstattung über die zahlungsmäßige Abwicklung von auslandsfinanzierten Projekten verantwortlich, sowie für die Steuerung der Struktur der Auslandsschuld und für eine regelmäßige viermonatliche Berichterstattung an das Wirtschaftskabinett. Es schlägt Obergrenzen für die offentliche Verschuldung des kommenden Jahres vor und macht auf eventuelle Widerspriiche zwischen der Haushaltspolitik der Regierung und diesen Grenzen aufmerksam.

Formliche Verschuldungsregeln sind keine Garantie dafur, daß Schuldendienstprobleme vermieden werden. Die Philippinen besitzen eines der systematischsten Verfahren, das in erster Linie auf einer gesetzlichen Obergrenze von 20 Prozent fur die offentliche Schuldendienstquote beruht (vgl. Sonderbeitrag 5.1). Obwohl diese Kontrolle während des größten Teils der siebziger Jahre von Nutzen war, verhinderte sie nicht das Schuldendienstmoratorium des Jahres 1983. Dies war teils darauf zuruckzufuhren, daß die Regierung angesichts stark verschlechterter Terms of Trade finanzund geldpolitische Maßnahmen ergriff, die sich mit einer tragbaren Entwicklung der Leistungsbilanz nicht vereinbaren ließen.

Einige Lander haben jedoch Verschuldungsgrenzen als nutzliche Ergänzung des gesamtwirtschaftlichen Entscheidungsprozesseserkannt. In Thailand gibt es beispielsweise einen offiziellen Schuldenausschuß, der die Einhaltung der Richtlinien sicherzustellen hat (vgl. Sonderbeitrag 5.2). Die Richtlinien besagen, daß die Tilgungs- und Zinszahlungen auf offentliche und offentlich verburgte Schulden in einer gleitenden Funf-Jahres-Periode9 Prozent der Exporteinnahmen nicht ubersteigen sollen. Als diese Richtlinie im Jahre 1983 und erneut 1984 uber-

schritten wurde, ist der Schuldenausschuß ersucht worden, kunftige Kreditaufnahmen so zu planen, daß die offentliche Schuldendienstquote bis 1987, dem Anfangsjahr des nachsten Funf-Jahres-Planes, unter 9 Prozent gesenkt wird. Diese Obergrenze wird durch eine Regel erganzt, welche zusatzliche offentliche und öffentlich verbürgte Kreditaufnahmen auf 20 Prozent der Haushaltsbewilligungen begrenzt.

Im allgemeinen ist eine formlich festgelegte Obergrenze der Verschuldung nutzlich. Sie fordert die Budgetdisziplin und tragt dazu bei, der Regierung zentrale gesamtwirtschaftliche Fragen bewußt zu machen. Amtliche Verschuldungsregeln konnen insbesondere dann hilfreich sein, wenn sie auch fur militarische Ausgaben und Projekte gelten, die aus politischen Gründen nicht immer leicht zu kontrollieren sind. Formelle Regeln sind aber auch nicht ungefahrlich. Sie konnen ein Sicherheitsgefuhl schaffen, das nicht gerechtfertigt sein mag. Zudem erfassen sie selten **alle Arten** von Kreditaufnahmen: So kann die kurzfristige Verschuldung, die üblicherweise nicht kontrolliert wird, gefahrlich anschwellen, wie das Anfang 1982 in Mexiko der Fall war. Manchmal können partielle Kontrollen die Struktur der Gesamtverschuldung einseitig

TABELLE 5.1 Eine **Übersicht über** die Kontrollen der Auslandsverschuldung

Kreditnehmer	Ausmaß der Kontrollen	Länderbeispiele
Zentralregierung	Strenge Kontrolle im Rahmen gesetzlicher Obergrenzen der gesamten Kreditaufnahme.	Thailand, Philippinen, Brasilien.
	Die Regierungsressorts verfügen über einen gewissen Spielraum im Rahmen einer relativ lockeren Kontrolle der gesarnten Kreditaufnahme.	Die meisten Länder.
Öffentliche Unternehmen, regionale und lokale Behorden	Samtliche Kreditaufnahmensind von der Zentralregierung einzuleiten und durchzuführen.	Indonesien.
	Kreditaufnahmensind von der Zentralregierung zu genehmigen.	Mexiko, Ecuador, Korea, Portugal, Brasilien.
	Keine Kontrollen, falls keine Regierungsgarantie beantragt wird. Regionalen und lokalen Behorden ist die Kreditaufnahme ohne Beschränkungen erlaubt.	Sudan. Jugoslawien (vor 1982), Nigeria (vor 1982).
Geschäftsbanken	Selektive Beschränkungen der Kreditaufnahme im Ausland. Freizügigkeit bei der Aufnahme und Vergabe von Krediten in sämtlichen Wahrungen sowie bei der Übernahme von Wechselkursrisiken.	Brasilien, Korea. Chile, Ecuador, Argentinien (vor 1982).
Private Nichtbanken	Kreditaufnahmen sind genehmigungspflichtig; Mindestlaufzeiten und Zinsobergrenzen werden vorgeschrieben.	Türkei, Costa Rica, Philippinen, Brasilien, Korea.
	Kreditaufnahmensind genehmigungspflichtig und werden haufig bei Investitionsguterimporten verlangt, die eine bestimmte Summe ubersteigen.	Portugal.
	Kreditaufnahmen müssen gemeldet werden, werden aber fast immer bewilligt.	Thailand, Mexiko, Ecuador.
	Weder Kontrollen noch genaue Erfassung.	Indonesien.

Quelle: Eigene Unterlagen der Weltbank.

beeinflussen. In Thailand wurde beispielsweise die Kreditaufnahme des offentlichen Sektors im Ausland strikt begrenzt, jedoch nicht diejenige im Inland. Das kann dazu fuhren, daß sich die öffentliche Hand am inlandischen Markt stark verschuldet, den privaten Sektor verdrängt und zur Kreditaufnahme im Ausland zwingt — häufig zu hoheren Zinsen und mit kürzeren Laufzeiten, als sie die Regierung erhalten hatte.

Wieviel Kontrolle?

Die Kontrollen des Kapitalimports haben wahrend der achtziger Jahre im Durchschnitt zugenommen. Eine verstärkte Überwachung wurde hauptsachlich wegen der unzulanglichen Wirtschaftspolitik erforderlich. Verfolgen die Regierungen eine Finanz- und Geldpolitik, die mit einer tragbaren Zahlungsbilanzposition vereinbar ist, sowie eine Preispolitik — einschließlich der Festsetzung von Zinsen und

Wechselkursen —, die sich an den Opportunitätskosten orientiert, so wird eine aktive Steuerung des Volumens der Kapitalstrome weniger dringlich. Gleichwohl durfte es weiterhin wunschenswert sein, die Mittelaufnahme nach ihrer Struktur oder Zusammensetzung zu überwachen.

Die Intensitat, mit der die Zentralregierung die Gesamtkreditaufnahme im Ausland uberwacht, variiert von Land zu Land (vgl. Tabelle 5.1). Sogar die Verfahren der Genehmigung und Überwachung ihrer eigenen Verschuldung sind unterschiedlich. Im allgemeinen werden die Mittel vom Finanzministerium im Namen der Regierung aufgenommen. Dient das Darlehen jedoch zur Stutzung des Wechselkurses oder zur Anreicherung der Währungsreserven, kann die Zentralbank ebenso als Kreditnehmer auftreten. In einigen Fallen haben andere Regierungsstellen selbstandig Mittel im Ausland aufgenommen, gewohnlich mit kurzen Laufzeiten.

In den meisten Entwicklungsländern ist öffentli-

chen Unternehmen die Kreditaufnahme auf eigene Rechnung gestattet. Üblicherweise müssen sie ihre Verbindlichkeiten der Zentralregierung melden; in einer wachsenden Zahl von Ländern benotigen sie nun jedoch eine vorhergehende Genehmigung. So hat der Sudan unlangst eine solche Bedingung eingefuhrt, wahrend Costa Rica, die Turkei und Sambia ihre Genehmigungsverfahren verbesserten. In Mexiko wurde 1977 die Auslandsverschuldung gesetzlich geregelt; danach war bei samtlichen Kreditaufnahmen offentlicher Stellen eine schriftli**che** Genehmigung erforderlich — wenn auch einige dieser Stellen (namentlich PEMEX) gelegentlich ohne ausdriickliche Erlaubnis Kredite aufgenommen haben. In einigen Ländern verschuldet sich die Zentralregierung im Namen offentlicher Unternehmen. So hat die indonesische Regierung im Gefolge der PERTAMINA-Krise Mitte der siebziger Jahre den meisten offentlichen Unternehmen Kreditaufnahmen im Ausland untersagt; die Verschuldung der offentlichen Unternehmen läßt sich nun im allgemeinen nicht mehr von derjenigen der Zentralregierung unterscheiden.

Es ist allgemein ublich, daß Regierungen Auslandskredite an offentliche Unternehmen und auch

an den privaten Sektor garantieren (manchmal gegen eine Gebuhr, wie etwa in Pakistan). Die Vorteile einer Garantie bestehen darin, daß sie gunstigere Kreditbedingungen und eine bessere Kontrolle der Investitionsprogramme der öffentlichen Unternehmen ermoglicht. Die Garantien bedeuten jedoch fur die Zentralregierung eine zusatzliche finanzielle Last, die unter Umstanden sehr groß sein kann. Außerdem wird dadurch ein Teil der Verantwortlichkeit fur die Projektbewertung auf die Regierung ubertragen, was ihre knappe Verwaltungskapazitat zusatzlich beansprucht. Da die Garantiepolitik zur Abhangigkeit von der Regierungfuhrt, konnen die offentlichen Unternehmen unbeabsichtigterweise daran gehindert werden, bei ihren finanziellen Transaktionen mehr Sachverstand und Eigenverantwortlichkeit zu entwickeln.

In den meisten Entwicklungslandern ist es den nachgeordneten Gebietskorperschaften nicht erlaubt, unabhangig von der Zentralregierung Auslandsmittel aufzunehmen. Es hat einige wenige Ausnahmen in Bundesstaaten wie Nigeria und Jugoslawien gegeben. Die autonome Mittelbeschaffung durch lokale Verwaltungen kann beim Mana-

TABELLE 5.2
Instrumente zur **Beeinflussung** der privaten Auslandsverschuldung in ausgewahlten Entwicklungslandern

Land	Vorherige Genehmigung	Mindest- laufzeit	Bardepot- pflicht	Obergrenze für Zins oder Zins- spannen	Quellen- steuer auf Zins- zahlungen ins Ausland	Finanzierungs- abhängige Einfuhrbe- schränkungen	Wechselkurs- garantie
Argentinien	0	0	0	0	0	•	●a
Brasilien	•			•	\circ	•	
Chile		●p	•	•	\circ	0	\bigcirc
Costa Rica	•			•	Ō	O	Ö
Ecuador	\circ	\bigcirc		\circ	Ō		Ö
Indonesien	0	\circ		0	•	\circ	Ŏ
Korea	•	\circ			0		Ö
Mexiko	\circ	\bigcirc		0	O	\circ	●a
Marokko	•	\bigcirc			Ō	Ö	0
Philippinen					0	•	Ö
Sudan	•	\circ	0	\circ	0	\circ	Õ
Thailand'	\circ	\circ			•	Ŏ	Ŏ
Tiirkei	•				0	Ö	Ŏ
Jugoslawien ^d	•	\circ		\circ	Ō	•	
Sambia	•	\bigcirc	\circ	0	Ö	\bigcirc	\bigcirc

Anmerkung: ● = gegenwartig oder in der jüngsten Vergangenheit angewandte Instrumente; ○ = gegenwartig oder in der jüngsten Vergangenheit nicht angewandte Instrumente.

a. Gegenwartig werden keine neuen Garantien gewährt.

b. Z. Zt. nicht erforderlich.

c. Der Abschluß von Lieferantenkrediten bedarf der Genehmigung durch die Bank von Thailand.

d. Gilt für Kreditaufnahrnenselbstverwalteter Unternehmen des gesellschaftlichen Sektors. Quelle: Weltbank.

gement der gesamten offentlichen Verschuldung zu ernsten Komplikationen fuhren. Die Regierung Jugoslawiens hat nach den jungsten Schwierigkeiten samtliche Auslandsschulden der Republiken koordiniert.

Die Kontrolle der Auslandskreditaufnahmen des privaten Sektors wird sehr unterschiedlich gehandhabt (vgl. Tabelle 5.2). Bis vor kurzem haben einige Entwicklungslander private Unternehmen zur Mittelaufnahme im Ausland ermutigt. In Argentinien und Mexiko forderten 1981 und 1982 die Regierungen große Firmen zur Mittelbeschaffung im Ausland auf, um an den heimischen Finanzmarkten Spielraum fur zunehmende offentliche Mittelaufnahmen zu schaffen. Wechselkursgarantien sind ebenfalls ein recht verbreitetes Mittel zur Anregung privater Kreditaufnahmen gewesen, insbesondere in Lateinamerika. In den asiatischen Ländern sind im allgemeinen keine offiziellen Garantien gewahrt worden, obwohl die Zentralbanken manchmal "Swap"-Fazilitaten angeboten haben, die im Endeffekt den gleichen Zweck erfullen.

Angesichts der Schuldendienstprobleme der letzten Jahre haben die Regierungen die Auslandskreditaufnahme des privaten Sektors strenger kontrolliert. In etwa der Halfte aller Entwicklungslander benotigen private Kreditnehmer eine Erlaubnis der Regierung. Einige Lander – darunter Brasilien, Korea und die Philippinen - haben ihre Amtsgewalt aktiv eingesetzt, um Hohe und Zusammensetzung der gesamten Verschuldung zu kontrollieren. Costa Rica und die Tiirkei haben unlangst begonnen, die private Mittelaufnahme sorgsamer zu ubenvachen. In Mexiko wurde die private Auslandsverschuldung bis zur Einführung der Devisenkontrollen im Jahre 1982 weder gesteuert noch erfaßt; nunmehr müssen private Schuldner ihre Mittelaufnahmen anmelden und halbjahrlich uber samtliche Veranderungen berichten.

Ein Grund für die stärkere Beteiligung der Regierung bei der privaten Kreditaufnahme besteht darin, daß die Zentralregierung in einer Krise verpflichtet sein kann, die Verantwortung fur die privaten Schulden zu übernehmen, auch wenn sie diese urspriinglich nicht garantiert hatte. Dies war verschiedentlich der Fall, insbesondere in Mexiko und auf den Philippinen. Grundsatzlich wurde von der Regierung verlangt, die Verfiigbarkeit von Devisen fur den Schuldendienst sicherzustellen (Transferrisiko), wahrend das wirtschaftliche Risiko bei den privaten Unternehmen verblieb. In der Praxis hat sich jedoch der Unterschied zwischen dem Transfer- und dem wirtschaftlichen Risiko

verwischt. Gerade uber diese Frage ist es bei Mexikos Umschuldungsvereinbarungen zu Rechtsstreitigkeiten zwischen der Regierung und ausländischen Banken gekommen.

Einige Regierungen haben zur Steuerung der privaten Kreditaufnahmen im Ausland indirekte Maßnahmen angewandt. Dazu gehoren Quellensteuern auf Zinszahlungen (beispielsweise in Indonesien, Malaysia und Thailand) sowie Auflagen, wonach die Kreditnehmer einen Teil der Darlehen bei der Zentralbank zinslos oder zu geringem Zins einzulegen haben (zum Beispiel in Brasilien und Chile). Andere Regierungen haben Zinsobergrenzen fur die private Neuverschuldung festgesetzt, um im Umgang mit auslandischen Kreditgebern unerfahrene private Kreditnehmer zu schützen. Dabei besteht das Risiko, daß die Moglichkeiten zur Mittelbeschaffung im Ausland auf etablierte inländische Firmen begrenzt bleiben und kleinere innovative Unternehmen benachteiligt werden. Andere Maßnahmen zielen auf die Beeinflussung der Laufzeitstruktur der Verschuldung eines Landes ab, so etwa das Verbot kurzfristiger Kreditaufnahmen. Schließlich kann auch die Geldpolitik dafur eingesetzt werden, die Attraktivitat von Auslandskrediten zu beeinflussen. Viele Regierungen haben gelegentlich das inlandische Zinsniveau angehoben, um Kapitalimporte anzuregen oder Kapitalexporte zu verhindern, und in einigen Fallen sind die Zinsen gesenkt worden, um Mittelzuflusse abzuwehren.

Steuerung des Marktzugangs

Nicht alle Finanzmarkte stehen allen Entwicklungsländern offen. Ein Land mag in der Lage sein, sich Eurodollar-Kredite zu beschaffen, nicht aber Anleihefinanzierungen oder Kredite in Nicht-Dollar-Wahrungen. Einige Lander konnen vielleicht Swaptransaktionen zu geringen Kosten durchführen, wahrend sie fur andere teuer oder unmoglich sind. Es ist wichtig, daß die Schuldenmanager eine Strategie entwickeln, wie der Marktzugang zu niedrigen Kosten verbessert werden kann.

Die Steuerung des Marktzugangs schließt zwei Elemente ein. Erstens bedarf es der Koordination, denn die Mittelaufnahme kann sehr viel teurer werden, wenn verschiedene Kreditnehmer aus dem gleichen Land den selben Markt gleichzeitig in Anspruch nehmen. In einigen Ländern müssen sich offentliche Stellen in eine Warteschlange einreihen, da jeweils nur einem Kreditnehmer der Auftritt am Markt erlaubt wird. Die koreanische Regierung

bezieht in dieses System auch die koreanischen Geschaftsbanken mit ein (die wichtigsten privaten Kreditnehmer), um einen Wettbewerb der Schuldner zu vermeiden. In Portugal beispielsweise kann die Zentralbank die Genehmigung von Kreditaufnahmen ablehnen, wenn der Zinsaufschlag auf den Londoner Interbankensatz (LIBOR) oder auf den Satz fur erste Adressen in den Vereinigten Staaten ein bestimmtes Niveau ubersteigt.

Zweitens müssen sich die Lander selbst am Markt einen guten Namen erwerben. Ihre Reputation hangt teilweise vom wirtschaftlichen Erfolg sowie von der Bereitschaft zu wirtschaftspolitischen Kursanderungen ab. Indonesien kann beispielsweise Mittel zu geringeren Kosten aufnehmen als die meisten Lander mit ahnlichem Einkommensniveau, weil seine Regierung wahrend des letzten Jahrzehnts durchweg dazu bereit gewesen ist, in schwierigen Zeiten offentliche Ausgaben zu kurzen, die Einnahmen zu erhohen oder die Wahrung abzuwerten.

Wichtig ist auch, daß die Kreditgeber die Kreditnehmer kennenlernen. Die internationalen Kapitalmarkte sind segmentiert, so daß die gute Aufnahme auf einem Markt keine Garantie fur eine gleich gute Aufnahme anderswo ist. In den späten siebziger Jahren konnte sich Mexiko auf dem Markt fur Konsortialkredite zu ebenso gunstigen Margen wie Schweden verschulden; am Dollar-Anleihemarkt hatte Mexiko jedoch keinen Erfolg, weil es dort nicht eingefuhrt war. Anleihekaufer - ublicherweise Privatpersonen und Finaminstitute des Nichtbankensektors - konnen von der Kreditwurdigkeit eines Landes ganz andere Vorstellungen haben als Geschaftsbanken. Lander konnen sich allmahlich Zugang zu den Märkten verschaffen, indem sie in begrenztem Umfang Mittel aufnehmen, wenn sie keinen dringenden Bedarf haben.

Obwohl diese Ausfuhrungen in erster Linie fur die Kreditaufnahme an kommerziellen Märkten gelten, müssen die wirtschaftspolitischen Instanzen auch Strategien der Mittelinanspruchnahme aus offiziellen Quellen entwickeln. Oft konnten Lander, wenn sie dazu bereit wären, zusätzliche nichtkonzessionare offentliche Mittel aufnehmen. Die Entwicklung eines kontinuierlichen Stroms vernunftiger Projekte kostet freilich Zeit. Bilaterale und multilaterale Organisationen arbeiten ublicherweise im Rahmen gleitender drei- oder fünfjähriger Ausleiheprogramme und konnen im allgemeinen die Kreditvergabe nicht rasch ausweiten. Die Schuldenmanager müssen daher den Devisenbedarf auf mittlere Sicht ebenso wie fur das laufende Jahr im Auge behalten.

Lehren aus den jüngsten Erfahrungen

Aus den Erfahrungen der letzten Jahre ergeben sich folgende Schlußfolgerungen:

- Eine strenge Kontrolle der offentlichen Verschuldung und eine sorgfaltige Koordination und Überwachung samtlicher Kreditaufnahmen der offentlichen Unternehrnen sind unentbehrlich.
- Ob die Kontrolle der privaten Verschuldung wiinschbar oder notig ist, hangt von der Wirtschaftspolitik der Regierung ab. Jeenger sich Preise, Zinssatze und Wechselkurse an dem am Weltmarkt herrschenden Niveau orientieren, um so weniger Kontrollen sind erforderlich. Ist diese Bedingung nicht erfullt, geht ein Land das Risiko großer Kapitalzu-oder-abflüsse ein, denen wahrscheinlich auch mit Kontrollen nicht beizukommen ist.
- Wenn Regierungen die private Kreditaufnahme gezielt gefordert haben, so geschah dies fast immer im Zusammenhang mit einer Wirtschaftspolitik (etwa bei einer Überbewertung der Währung oder bei ausufernden offentlichen Defiziten), die langfristig nicht durchzuhalten war. Die daraus resultierenden Kreditaufnahmen haben notwendige Wirtschaftsreformen verzogert und zum gravierenden Ausmaß spaterer Schuldendienstprobleme beigetragen.

Belasten die Kosten und Risiken der Auslandsverschuldung die Volkswirtschaft als Ganzes starker als den privaten Sektor — wenn beispielsweise eine Regierung private Schulden zu übernehmen hat — dann ist die Erhebung einer mäßigen Steuer auf private Kreditaufnahmen im Ausland angebracht.

Steuerung der Zusammensetzung von Kapitalzufliissen

Der Schuldendienst künftiger Jahre hangt weitgehend von der Zusammensetzung der aufgenommenen Auslandskredite ab. Das Gesamtvolumen der von Jahr zu Jahr aufgenommenen Kredite ist nicht unabhangig von den Quellen, aus denen die Kredite stammen, und den Bedingungen, zu denen sie gewährt werden. Unter anderem sind Entscheidungen zu treffen uber: (a) das angemessene Gleichgewicht zwischen Kredit- und Beteiligungsfinanzierung, (b) die Gewichtsverteilung zwischen offentlichen und kommerziellen Geldgebern, (c) den Anteil der Verschuldung zu variablen und zu festen Zinsen, (d) die angemessene Falligkeitsstruktur der Verschuldung, (e) die geeignete Wahrungsstruktur der Mittelaufnahmen. Naturlich lassen sich diese

Fragen nicht strikt auseinanderhalten, auch wird ein Schuldnerland nicht immer uber einen ausreichenden Handlungsspielraum verfugen. Läßt sich die gewunschte Zusammensetzung des Kapitalimports nicht realisieren, dann muß moglicherweise der Umfang der Mittelaufnahme eingeschriinkt werden.

Die geeignete Struktur der Auslandsverbindlichkeiten ist von Land zu Land unterschiedlich und verandert sich im Laufe der Zeit. Sie ist abhängig von den außenwirtschaftlichen Bedingungen (wie Aussichten und Risiken hinsichtlich der Zins- und Wechselkursentwicklung und des Zugangs zu den internationalen Märkten) und den binnenwirtschaftlichen Verhaltnissen (so vom Wachstum der inlandischen Ersparnis und der Exporte und der Anpassungsfahigkeit im Falle einer Krise). Je flexibler die Wirtschaftspolitik und je diversifizierter die Wirtschaftsstruktur eines Landes ist, um so mehr Risiken kann es tragen.

Schuldenmanager haben zwei Hauptaufgaben. Erstens müssen sie laufend abschatzen, inwieweit die Struktur der bestehenden Netto-Verbindlichkeiten eines Landes innerhalb des Rahmens der tatsachlich nutzbaren Finanzierungstechniken optimal ist. Einige der im folgenden vorgeschlagenen Techniken zur Modifizierung der Struktur bestehender Schulden — wie etwa Zins- und Währungsswaps — stehen nicht allen Entwicklungslandern zur Verfügung, andere dagegen — wie die Anpassung der Währungsstruktur der offiziellen Devisenreserven an diejenige der Verschuldung — sind samtlichen Ländern moglich. Zweitens muß die Zusammensetzung von neuen Kapitalzuflussen sorgfaltig gesteuert werden.

Das Gleichgewicht zwischen Krediten und Beteiligungskapital

Die Bedeutung der Beteiligungsfinanzierung — der Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen — hat wahrend der siebziger Jahre abgenommen, und zwar hauptsachlich, weil Bankkredite zu niedrigen oder negativen Realzinsen leicht erhaltlich waren. Gleichwohl weisen Beteiligungsmittel gegenuber Krediten zwei Vorzüge auf. Erstens tragt der auslandische Investor sowohl das kommerzielle als auch das Wechselkursrisiko. Dies vermindert für das Empfangerland das Gesamtrisiko, so daß es größere Kapitalzuflusse und hohere Investitionen aufrechterhalten kann. Zweitens sind ausländische Direktinvestitionen im allgemeinen mit Manage-

ment und Technologie verbunden, die oftmals dem Empfiingerland zugute kommen und die Rendite des Projektes erhohen. Beteiligungsfinanzierung kann aber fur das Empfangerland teurer sein. Obwohl die Renditeermittlung bei auslandischen Direktinvestitionen äußerst schwierig ist, deuten die meisten Untersuchungen darauf hin, daß die von den ausländischen Geldgebern geforderte Durchschnittsrendite bei Direktinvestitionen mehrere Prozentpunkte hoher liegt als der Zinssatz fur kommerzielle Schulden.

Auslandische Direktinvestitionen ersetzen Kreditaufnahmen im allgemeinen nicht, sondern ergänzen sie. Sie sind ublicherweise Teil eines Finanzierungspaketes, das neben Beteiligungsmitteln kommerzielle Bankkredite und Exportkredite enthalt. In manchen Fällen konnen Lander jedoch zwischen Kredit- und Beteiligungsfinanzierungwählen, Eine bestimmte Investition kann entweder durch ein inlandisches Unternehmen vorgenommen werden, das Mittel bei auslandischen Banken aufnimmt. oder durch ein auslandisches Unternehmen, das die Finanzierung mitbringt, oder als Gemeinschaftsgründung erfolgen. Obwohl politische Überlegungen dafur sprechen mogen, die Eigentumsrechte im Inland zu behalten, gibt es triftige okonornische Griinde fur einen hoheren Anteil des auslandischen Beteiligungskapitals am gesamten Kapitalimport, namentlich bei den gegenwärtigen herrschenden hohen Realzinssatzen. Der Spielraum fur eine erweiterte Rolle der Beteiligungsfinanzierungwird in Kapitel 9 im einzelnen erortert.

Das Gleichgewicht zwischen offentlichen und kommeniellen Finanzierungsquellen

Der Anteil der kommerziell finanzierten Schulden an der Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer ist im letzten Jahrzehnt rasch gestiegen. Insgesamt gesehen hat der Zufluß offizieller Mittel sowohl konzessionarer wie auch nichtkonzessionärer – zu den Entwicklungslandern nur langsam zugenommen, wahrend sich die kommerzielle Finanzierung explosionsartig ausweitete. Die einzelnen Länder verfiigen jedoch moglicherweise uber mehr Bewegungsspielraum, als haufig angenommen wird. Offensichtlich wird ein Land im allgemeinen versuchen, das Angebot an hoch konzessionaren Mitteln voll auszuschopfen, bevor es auf die kommerziellen Markte zuriickgreift. Bei schwach konzessionaren offentlichen Mitteln und bei "gemischten" Krediten - hier werden konzessionäre

Sonderbeitrag 5.3 Die Bewertung des Zuschußelements

Das Zuschußelement eines Darlehens ist definiert als Differenz zwischen dem ursprünglichen Darlehensbetrag und dem abgezinsten Gegenwartswert des Schuldendienstes, ausgedrückt als Prozentsatz des ursprünglichen Darlehensbetrages. Wie Tabelle 5.3A zeigt, ist das Zuschußelement um so größer, je geringer der Zinssatz des Darlehens und je Ianger die Laufzeit oder die tilgungsfreie Periode ist.

TABELLE 5.3A

Das **Zuschußelement** bei **ausgewählten**Darlehenskonditionen

	Darlehenskonditionen					
	Tilgungsfreie	7				
Zuschußelement ^a	Jahre	Laufzeit	Zinssatz			
Abzinsungssatz 10 %						
77 Prozent	5	30	0			
23 Prozent	0	20	6			
15 Prozent	0	10	6			
21 Prozent	5	10	6			
Abzinsungssatz 15 %						
40 Prozent	5	10	6			

a. Unter der Annahme sofortiger Darlehensauszahlung und gleicher jihrlicher Tilgungsraten.

Theoretisch sollte der rechnerische Abzinsungssatz sorgfältig so bestimmt werden, daß er die Kapitalkosten widerspiegelt. In der Praxis wird ublicherweise für samtliche Währungen und Laufzeiten ein Abzinsungssatz von 10 Prozent unterstellt — eine Übereinkunft, die den von der OECD veröffentlichten Tabelle über das Zuschußelement zugrunde liegt. Jede Anwendung eines einheitlichen festen Abzinsungssatzes hat jedoch offensichtlicheNachteile, dem dabei werden weder Schwankungen der Marktzinsen, Zeitablauf noch große Zinsunterschiede zwischen den verschiedenen Währungen berücksichtigt.

Eine bessere Möglichkeit besteht darin, als Abzinsungssatz den Zinssatz zu verwenden, zu dem kommerzielle Mittel gleicher Laufzeit an den internationalen Märkten zum jeweiligen Zeitpunkt und in der jeweiligen Währung des betrefenden Darlehens aufgenommen werden komen. In vielen Fällen stehen naturlich kommerzielle Mittel für so lange Laufzeiten nicht zur Verfügung, was durch einen Zuschlag zum Abzinsungssatz berücksichtigt werden sollte. Ist der Abzinsungssatz je nach Währung und im Zeitablauf unterschiedlich, so fällt das Zuschußelement der offentlichen Darlehen von Ländern mit niedrigen Zinssätzen kleiner aus, wahrend sich bei Ländern mit hohen Zinssniveaus ein größeres Zuschußelement ergibt.

und nichtkonzessionare Darlehen kombiniert — ist jedoch ein sorgfaltiges Vorgehen erforderlich, dern die folgenden Erwagungen zugrunde liegen.

Erstens unterscheiden sich die wirklichen Kosten und Vorteile offentlicher Kredite je nach Geldgeber und angebotenen Konditionen. Öffentliche Gelder sind ublicherweise von technischer Unterstutzung begleitet, haben im allgemeinen eine langere Laufzeit als kommerzielle Darlehen und werden haufig zu festen Zinssatzen gewahrt. Aber selbst Zuschüsse konnen teuer sein, wenn das Geberland darauf besteht, weniger dringliche Projekte zu finanzieren. Öffentliche Kreditgeber konnen auch das Investitionsverhalten eines Landes in die falsche Richtung lenken, wenn ihre Mittel uber Exportkreditstellen geleitet werden, die einseitig bestimmte Arten von Investitionsgutern favorisieren.

Zweitens kann zwischen dern Umfang der öffentlichen Entwicklungshilfe (ÖEH) und ihrem Zuschußgehalt ein Austauschverhaltnis bestehen. Einige Geberlander mogen dazu bereit sein, mehr UEH zu geben als andere, aber zu weniger konzessionaren Bedingungen. Japan beispielsweise gewahrt ein Volumen an ÖEH, das etwa dern Durchschnitt der OECD-Länder entspricht; aber der Anteil der Zuschusse und das Zuschußelement seiner Darlehen liegen unter dern OECD-Durch-

schnitt. Das Gegenteil gilt fur Lander wie Australien, Neuseeland und Norwegen. Verfahren zur Abschatzung des ZuschuBelements eines Darlehens oder einer Mischung von Zuschussen und Darlehen werden im Sonderbeitrag 5.3 beschrieben.

Die Steuerung des Zinsrisikos

Da festverzinsliche mittel- und langfristige Darlehen im allgemeinen nur aus bilateralen offentlichen Quellen stammen, mogen Kreditnehmer keine andere Wahl haben, als sich zu variablen Zinsen zu verschulden. Auch multilaterale Institutionen wie die Weltbank konnten nicht umhin, zu Satzen auszuleihen, die wahrend der Laufzeit des Darlehens variieren (wenn auch diese Zinssatze im allgemeinen viel weniger schwanken als bei den meisten kommerziellen Krediten). Daher ist es erforderlich, die kunftigen Schuldendienstleistungen unter verschiedenen Annahmen uber die Zinsentwicklung zu untersuchen. Das Verhaltnis der kiinftigen Zinszahlungen zu den projektierten Exporteinnahmen die Zins/Export-Relation — ist ein besonders nützlicher Indikator der moglichen Gefahrdung, denn Zinszahlungen konnen im allgemeinen nicht umgeschuldet werden. Tabelle 5.3 gibt einige Anhaltspunkte fur die Gefahrdung von Kreditnehmern durch steigende Zinsen. Bei den Entwicklungsländern, die in jungster Zeit umgeschuldet haben, war der Anteil der variabel verzinslichen Schulden (34 Prozent Ende 1983) fast doppelt so hoch wie sonst bei Entwicklungslandern. Desgleichen lag die Zins/Export-Relation der Umschulder mehr als doppelt so hoch wie bei den nichtumschuldenden Ländern, und zudem ist sie zwischen 1980 und 1982 viel rascher angestiegen.

Schuldenmanager durften gelegentlich in der Lage sein, den Anteil der Verschuldung zu festen Satzen zu erhohen. Beispielsweise konnen öffentliche Exportkredite haufig kommerzielle Mittelaufnahmen ersetzen (vgl. Kapitel 7). Neue Finanzierungsinstrumente, wie Kredite mit flexibler Laufzeit und Beteiligungsdarlehen, werden für Entwicklungsländer verfugbar (vgl. Sonderbeitrag 5.4). Und einige Entwicklungslander mit mittlerem Einkommen benutzen bereits Zins-Swaps, um variabel

TABELLE 5.3

Kennzahlen der "Verwundbarkeit" durch steigende Zinsen (in %)

(in %)								
Land <i>und Kennzahl</i>	1973	1975	1977	1979	1980	1981	1982	1983
Argentinien*								
Zinszahlungen/Exporte	12,3	13,7	8,2	9,6	12,9	17,2	25,0	23,3*
Variabel verzinsliche Schulden	6,8	17,5	39,4	48,0	57,1	59,4	70,0	75,0
Brasilien*								
Zinszahlungen/Exporte	10,6	20,6	14,9	26,4	27,1	29,4	39,8	31,5*
Variabel verzinsliche Schulden	34,8	51,8	54,3	59,6	61,2	67,3	69,6	76,5
Costa Rica*								
Zinszahlungen/Exporte	5,6	6,1	5,3	10,5	14,0	11,2	9,7	45,0*
Variabel verzinsliche Schulden	19,3	29,2	32,0	46,6	46,5	52,1	51,9	57,0
Indonesien								
Zinszahlungen/Exporte	3,6	4,6	5,6	6,8	5,3	5,7	7,4	8,2
Variabel verzinsliche Schulden	4,5	19,4	18,7	14,5	16,8	17,8	20,0	22,7
Kenia								
Zinszahlungen/Exporte	4,0	4,5	3,8	7,2	8,3	9,2	11,6	10,9
Variabel verzinsliche Schulden	3,8	2,9	5,1	8,3	11,4	13,0	11,0	9,1
Korea								
Zinszahlungen/Exporte	5,9	5,3	3,8	4,7	6,0	6,4	7,2	6,2
Variabel verzinsliche Schulden	8,7	21,0	23,0	27,8	29,0	37,5	40,9	42,1
Mexiko*								
Zinszahlungen/Exporte	10,4	16,9	18,7	20,5	18,3	19,6	26,7	30,1*
Variabel verzinsliche Schulden	40,0	51,2	53,3	69,7	71,1	74,8	76,0	82,4
Philippinen*								
Zinszahlungen/Exporte	3,6	3,6	5,0	7,5	6,9	9,1	10,5	10,3
Variabel verzinsliche Schulden	8,0	21,0	21,9	24,9	29,5	30,8	36,2	36,0
Türkei*								
Zinszahlungen/Exporte	4,5	5,8	8,0	8,3*	17,2*	13,9*	12,0	15,0
Variabel verzinsliche Schulden	0,5	0,8	7,8	29,2	22,7	22,1	23,3	25,0
Entwicklungsländer ^a	,							
Zinszahlungen/Exporte	4,3	5.0	5,0	6,7	6.9	8,2	10,1	9,8
Variabel verzinsliche Schulden	6,4	9,4	11,8	15,5	17,3	19,0	20,2	21,6
Umschulder ^b		- , -		•				
Zinszahlungen/Exporte	7,0	7,4	7,0	9,9	10,5	12,4	16,5	17,0°
Variabel verzinsliche Schulden	11,9	17,2	23,1	29,9	31,2	33,2	34,9	38,3
	•			8.7	14.4	16.5	13,1	9,6
LIBOR (3 Monate)	9,2	11,0	5,6	8,7	14,4	16,5	13,1	

Anmerkung: Mit Stemchen werden die Umschulder und das Jahr der Umschuldung bezeichnet. (Die Philippinen schuldeten 1984 um.) In die Zins/Export-Relation gehen die tatsachlich auf mittel- und langfristige Schulden bezahlten Zinsen ein. Die Exporte umfassen Güter und Dienstleistungen. Der Anteil der variabel verzinslichen Schulden betrifft nur die mittel- und langfristigen offentlichen Verbindlichkeiten.

a. Arithmetisches Mittel aus neunzig Entwicklungsländern. Wegen der unterschiedlichen Durchschnittsberechnung weichen diese Angaben von denen in anderen Kapiteln ab.

b. Durchschnitt von siebenundzwanzig Ländern, die zwischen 1975 und 1984 umgeschuldet haben (dargestellt in Schaubild 4.1). Wegen Einzelheiten siehe Sonderbeitrag 2.4.

c. Geschätzt.

Quelle: Weltbank.

Sonderbeitrag 5.4 Drei neue Finanzierungsinstrumente und ihre Nutzung durch die Entwicklungsländer

Drei Finanzierungsinstrumente, die **auf** den heimischen Finanzmärkten (namentlich am Hypothekenmarkt) zunehmend angewandt werden, sind von den Entwicklungsländern noch nicht genutzt worden, konnen ihnen aber bestimmte Vorteile bieten.

- Darlehen rnit flexibler Laufzeit. Statt mit variablen Zinsen sind die Darlehen mit einer variablen Laufzeit ausgestattet. Die Schuldendienstleistungen bleiben absolut gesehen (oder etwa relativ zum Einkommen des Kreditnehmers) konstant. Steigen die Zinsen, nimmt der Tilgungsanteil des Schuldendienstes ab, und die Laufzeit des Darlehens verlangert sich entsprechend. Bei einem starken Zinsanstieg kommt es zu einer "negativen Tilgung"; die Kreditgeber stellen den Kreditnehmern dann tatsachlich neue Mittel zur Verfügung. Darlehen mit flexibler Laufzeit bieten sowohl Kreditnehmern als auch Kreditgebern Vorteile. Für die Kreditnehmer schaffen sie Gewißheit iiber ihre Schuldendienstverpflichtungen. Die Kreditgeber brauchen sich bei ihrer Ausleihpolitik weniger Sorgen uber Umschuldungen und moglicher Abschreibungen zu machen. Fur die Entwicklungslander ware es doppelt attraktiv, wenn die Schuldendienstleistungen an die Exporterlöse gekoppelt werden konnten, denn dies wurde die von schwankenden Rohstoffpreisen ausgehende Unsicherheit vermindern.
- Darlehen mit gestaffeltem Schuldendienst. Hierbei steigen die Schuldendienstleistungen, ausgehend von einem niedrigen Niveau, allmählich an. In den ersten Jahren kann die Tilgung sogar negativ sein. Dieses Instrument konnte besonders für die Projektfiianzierung geeignet sein, bei der die Erlose und die Schuldendienstkapazitatmit dem Heranreifen des Projekts zunehmen. Durch eine Abstimmung der Schuldendienstverpflichtungenauf die erwarteten Deviseneinnahmen eines Projektes wurden die Schuldenmanager die Bindung von Währungsreserven im Schuldendienst vermeiden.
- Beteiligungsdarlehen. Die Kreditgeber akzeptieren unter dem Marktniveau liegende Zinssätze als Gegenleistung für eine Kapitalbeteiligung am Projekt. Der Kreditnehmer andererseits teilt sich das mit dem Projekt verbundene Risiko mit dem Kreditgeber. Da jedoch der Ertrag eines Projektes vom Preis der hergestellten Erzeugnisse abhängt, wird ein Darlehensvertrag auch Bestimmungen über die Preisbildung enthalten müssen. Dies verschafft den Kreditgebern einen gewissen Einfluß auf die Leitung des Projekts (wenngleich dadurch auch ihre Venvaltungskosten steigen). Außerdem konnte den Kreditgebern daran gelegen sein, daß eine Entschadigungsregelungoder eine Absicherung gegen politische Risiken vereinbart wird.

verzinsliche gegen festverzinsliche Darlehen zu tauschen (vgl. Sonderbeitrag 5.5).

Die Falligkeitsstruktur der Schulden

Die jungsten Schuldendienstprobleme sind oft durch eine Verkürzung der Laufzeitstruktur der Auslandsschulden verursacht oder verscharft worden. Die durchschnittliche Laufzeit der gesamten mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten der grö-Beren Schuldnerlander sank zwischen 1972 und 1981 von 17,9 Jahren auf 12,7 Jahre. Noch kürzer war die durchschnittliche Laufzeit bei den größten Schuldnerlandern: fur Brasilien betrug sie 9,7 Jahre und fur Mexiko nur 8,7 Jahre (1981). Teilweise ging dies darauf zuruck, daß die kommerzielle Bankverschuldung viel rascher zunahm als die offentliche Entwicklungshilfe und andere offentliche Finanzierungen. Der besonders nach 1979 zu verzeichnende starke Anstieg der kurzfristigen Verbindlichkeiten hat die Falligkeitsstruktur weiter verkurzt. Bis Anfang 1983 hatten sich die kurzfristigen Verbindlichkeiten der Entwicklungslander auf schätzungsweise 130 Mrd Dollar erhoht, das war rund ein Viertel der gesamten Verschuldung der Dritten Welt.

Fur viele Lander war die Verkurzung der Laufzeiten keine bewußte Politik, die schließlich zu Schwierigkeiten führte. Haufig standen sie vor der Alternative, entweder kurzfristige oder gar keine Mittel aufzunehmen, denn die kommerziellen Kreditgeber waren nicht mehr zu langerfristigen Ausleihungen bereit. Die hohen kurzfristigen Schulden waren daher mindestens ebenso Symptom wie Ursache fur die Schwierigkeiten. In vielen Fällen hatte dies jedoch ein Signal fur einen notwendigen Kurswechsel der Wirtschaftspolitik sein müssen, bevor dieser bei Umschuldungsverhandlungen von den Kreditgebern erzwungen wurde.

Die Darlehenslaufzeiten sollten soweit wie möglich rnit den Amortisationsfristen der damit finanzierten Investitionen iibereinstimmen. Viele Lander sind durch zu kurzfristige Kreditaufnahmen in Schwierigkeiten geraten. So waren in den späten funfziger und fruhen sechziger Jahren die Schuldendienstprobleme Argentiniens, Brasiliens, Chiles, Ghanas und Indonesiens weitgehend darauf zurückzuführen, daß die fünf- bis siebenjahrigen Laufzeiten der Lieferantenkredite nicht rnit den viel langeren Ausreifungszeiten der Investitionsprogramme übereinstimmten.

Aus den jüngsten Erfahrungen konnen zwei weitere Lehren gezogen werden. Erstens ist eine "Häu-

Sonderbeitrag 5.5 Währungs- und Zinssatzswaps

Die von den Entwicklungsländern aufgenommenen Auslandsmittel lauten uberwiegend auf Dollar und sind zumeist variabel verzinslich. Da beides Nachteile hat, konnen durch Swaps besser geeignete Kombinationen erreicht werden.

Ein Währungsswap kann folgendermaßen funktionieren.

		Schweizer			
	Dollar-Kredit	Franken-Kredit			
Kreditnehmer A	13 Prozent	6 Prozent			
Kreditnehmer B	11 Prozent	5 Prozent			
Zinsspanne zwischen	200 Basis-	100 Basis-			
A und B	punkte	punkte			

Angenommen, der Kreditnehmer B ist kreditwürdiger als der Kreditnehmer A, so daß sich B sowohl in Dollar wie in Schweizer Franken billiger verschulden kann. Gleichwohl hat B einen komparativen Vorteil am US-Dollar-Markt. Weiterhinsei angenommen, daß A aus Griinden des Portfoliogleichgewichts eine Verschuldung in Dollar vorzieht, wahrend B sich lieber in Schweizer Franken verschuldet. In diesem Falle sollte B Dollar und A Schweizer Franken aufnehmen; sie konnen sich dann verstandigen, daß jeder die Verbindlichkeit des anderen erfüllt und zu ihrem beiderseitigen Vorteil ein entsprechendes Arrangement treffen. Je

nach Verhandlungsergebnis wird B zwischen 100 und 200 Basispunkten pro Jahr von A erhalten; gleichwohl erhält A die benotigten Dollar noch billiger, als wenn er sie direkt aufgenommen hatte. Nach dem gleichen Prinzip tauscht man festverzinsliche gegen variabel verzinsliche Verbindlichkeiten.

Swaps geben dem Finanzmanagement eines Landes Flexibilitat und Vielseitigkeit. Sie werden uber die bestehenden Markteinrichtungen abgewickelt, sind anonym und konnen rasch durchgeführt werden. Sie sind mit weniger Risiken verbunden als ein Direktdarlehen, da bei Zahlungsunfähigkeit die Verbindlichkeiten zu den ursprünglichen Schuldnern zurückkehren.

Die Swapmarkte in den Industrieländern sind bereits ziemlich groß (1983 schätzungsweise 60 Mrd Dollar), aber nur wenige Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen haben sie bisher in Anspruch genommen. Dies ist teilweise darauf zurückzuführen, daß die Vorteile dieser Märkte zuwenig bekannt sind. Potentielle Swappartner sind aber auch der Auffassung, daß die Teilnahme von Entwicklungsländern an diesen Märkten zu größeren Risiken führen würde. Deshalbkonnte sich eine starke Institution, die solche Risiken zugunsten Dritter "versichert", als notwendig erweisen.

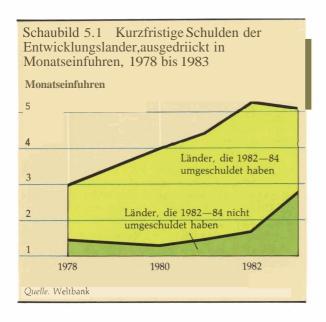
fung" von Schuldendienstverpflichtungen zu vermeiden. Dies war beispielsweise einer der Gründe fur die jungsten Probleme Argentiniens, wo die Einfuhrung von Wechselkursgarantien im Jahre 1981 zur Prolongation bestehender Darlehen um 18 Monate Anlaß gab und wo die Beseitigung des Bardepots in den Jahren 1980/81 umfangreiche kurzfristige Kreditaufnahmen zur Folge hatte; alle diese Verbindlichkeiten wurden im Jahre 1982 zu etwa der gleichen Zeit fallig. Zweitens ist es gefährlich anzunehmen, daß die kurzfristige Verschuldung laufend erneuert werden kann. Viele Länder - so Ecuador, die Philippinen, Portugal und Rumänien — haben erfahren, daß die Kundigung der Prolongationszusagen infolge ungenugender Wirtschaftsleistung zu den Schuldendienstproblemen beigetragen hat.

Die Verwendung kurzfristiger Kredite zur allgemeinen Zahlungsbilanzfinanzierung kann den Zugang eines Landes zu diesen Geldern fur legitime Zwecke der Handelsfinanzierung aufs Spiel setzen. Gelegentlich haben sich Lander erfolgreich kurzfristige Mittel beschafft, um einen Rückgang der Wahrungsreserven zu verhindern (beispielsweise Korea im Jahre 1980), und in seltenen Fallen wurden kurzfristige Gelder mit dem Ziel aufgenommen, Zeit zum Aushandeln niedrigerer Zinssatze auf

mittel- und langfristige Kredite zu gewinnen (beispielsweise Brasilien im Jahre 1980). Im allgemeinen hat sich jedoch eine umfangreiche kurzfristige Verschuldung fur andere Zwecke als zur Handelsfinanzierung als kostspielig erwiesen.

Welches Niveau der kurzfristigen Schulden ist somit angemessen? Obwohl es keine eindeutigen Regeln hierfur gibt, sind einige allgemeine Richtlinien nutzlich, die sich an der Höhe der Verbrauchsguterimporte eines Landes und dem Vorfinanzierungsbedarf des Exports orientieren. (Die Investitionsgiiterimporte, die 25 bis 35 Prozent der gesamten Importe ausmachen, werden im allgemeinen durch längerfristige Mittel finanziert.) Da Handelskredite ublicherweise 90 bis 120 Tage laufen, ergibt sich, daß die kurzfristige Verschuldung im allgemeinen drei Monatsimporte nicht iibersteigen und unter normalen Umstanden eher darunter liegen sollte. (Davon auszunehmen sind Lander mit internationalen Finanzzentren, wo die kurzfristigen Bankverbindlichkeiten hoher sein durften.) Die Schaubilder 5.1 und 5.2 bestatigen diese einfache Faustregel.

Um die kurzfristige Kreditaufnahme einzuschranken, fordern jetzt einige Entwicklungslander Mindestlaufzeiten oder erheben Bardepots auf die Auslandsverschuldung privater Unternehmen. Ei-



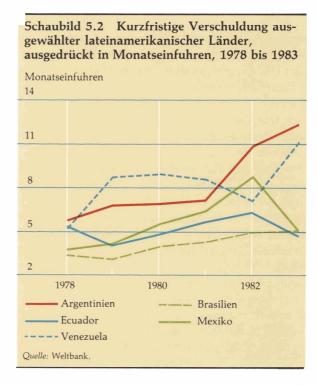
nige Lander — darunter Brasilien, Korea und die Philippinen — steuern die Inanspruchnahme von Handelskrediten durch die Festlegung von zulässigen Konditionen und von Warengruppen, bei denen Kreditaufnahmen erlaubt sind. Andere Länder — beispielsweise Costa Rica und die Turkei — kontrollieren samtliche kurzfristigen Kreditaufnahmen. In Chile mu8 bei kurzeren Laufzeiten ein hoherer Anteil der Kreditvaluta bei der Zentralbank hinterlegt werden.

Steuerung des Wechselkursrisikos

In einigen Ländern wird die Währungsstruktur der Schulden informell geregelt. Portugal beispielsweise bestand in den Jahren 1978/80 auf Dollarkrediten, obwohl die Zinssatze anderer Wahrungen viel niedriger lagen, denn man envartete auf langere Sicht eine Dollar-Abwertung. Manche Industrielander haben sich ausdriicklich bestimmte Regeln zu eigen gemacht. Einige, so etwa Schweden, haben die Zusammensetzung ihrer Schulden dadurch diversifiziert, daß sie bei der Kreditaufnahme eine größere Zahl von Wahrungen verwendeten. Andere haben das Wechselkursrisiko zu minimieren versucht, indem sie sich in Wahrungen verschuldeten, mit denen ihre eigene Wahrung verbunden ist; beispielsweise lautet in Irland fast die Halfte der Schulden auf Deutsche Mark — die dominierende Wahrung des Europaischen Wahrungssystems, dem Irland angehort.

In den letzten Jahren waren mehr als drei Viertel der von Entwicklungslandern aufgenommenen Auslandskredite in Dollar denominiert (vgl. Tabelle 2.5). Dies ging teilweise darauf zuruck, daß Dollarkredite verglichen mit anderen Wahrungen ständig verfügbar waren. In vielen Fallen sind aber in Dollar denominierte Kredite von den Schuldenmanagern ausdriicklich bevorzugt worden. Rückblickend hat dies den Kreditnehmern wegen der starken Aufwertung des Dollars haufig geschadet. Von Darlehen in anderen Wahrungen haben einige Entwicklungslander erheblich profitiert. So wird bei einigen zwischen 1978 und 1982 von der Weltbank ausgereichten Darlehen in Dollar gerechnet der Effektivzins weniger als 1 Prozent pro Jahr betragen, wenn die gegenwärtigen Wechselkurse bis zur Fälligkeit der Darlehen bestehen bleiben. Im nachhinein lassen sich freilich immer erfolgreiche Strategien entwickeln. Wichtiger erscheint, ob daraus Lehren fur das kunftige Portfoliomanagement gezogen werden konnen.

Vereinfacht ausgedriickt haben Kreditnehmer zwei Ziele: (a) die Schwankungen ihrer Schuldendienstverpflichtungen zu minimieren und (b) die Kosten der Kreditaufnahme moglichst niedrig zu halten. Diesen Zielen entsprechen zwei Elemente der Entscheidung zur Kreditaufnahme, namlich das Absicherungs- und das Spekulationselement.



Sonderbeitrag 5.6 Automatisierte Schuldenmanagement-Systeme

Etwa 28 Entwicklungsländer benutzen gegenwartig für die Analyse und das Management ihrer Schulden rechnergestutzte Systeme. Einige Länder, wie etwa Brasilien, haben eigene Systeme ohne fremde Hilfe entwickelt. Andere haben internationale Finnen engagiert, um sich ein System für ihre besonderen Bedurfnisse entwickeln zu lassen oder haben fertige Systeme gekauft.

Peru hat unlängst eines der anspruchsvollsten Systeme der Dritten Welt installiert. Es wurde von einer privaten Firma eingerichtet und durch ein Darlehen im Rahmen der technischen Hilfe finanziert, das die Weltbank im Zusammenhang mit der Untersuchung und der geplanten Neuordnung des peruanischen Schuldenmanagements gewährte. Es kostete uber 1 Mio Dollar (einschließlich der maschinellen Anlage); zu seiner Betreuung wurde peruanisches Fachpersonal ausgebildet. Das neue System leistet folgendes: Es ermittelt die kiinftigen Devisenzahlungsverpflichtungen und erledigt die taglichen Zahlungen; es erstellt Genehmigungsschreiben fur Schuldenzahlungen; es erfaßt samtliche Arten von Schulden - offentliche und private, kurz-, mittel- und langfristige sowie auslandische und inländische - und kann Darlehen mit festen oder variablen Zinsen bearbeiten. Das System kann noch nicht rationell genutzt werden, da die Anpassung gesetzlicher und administrativer Bestimmungen, die zur Sicherstellung des erforderlichen Informationsflusses zwischen den beteiligten Behorden notwendig ist, auf Schwierigkeiten stoat. Ein anderes System, das etwa ebensoviel wie das Perus kostet, basiert auf den Erfahrungen einer Beratergruppe, die einigen Ländern bei Umschuldungsverhandlungen zur Seite stand; es eignet sich daher besonders für die Analyse alternativer Verschuldungsstrategien. Dieses System wird von Mosambik benutzt, und Indonesien ist im Begriff es zu installieren.

Ein weniger anspruchsvolles System ist unlängst von der UNCTAD entwickelt worden. Es ist auf Länder zugeschnitten, die über eine gut organisierte und zentrale Kontrolle ihrer Auslandsschulden verfiigen. Dieses System klassifiziert jedes Darlehen, überwacht die taglichen Devisenverbindlichkeiten, bewertet Darlehen mit festen und variablen Zinssätzen und erstellt einfache Berichte. Das System kann auf einem Mikrocomputer gefahren werden, wobei die UNCTAD die Software kostenlos zur Verfügung stellt. Das UNCTAD-System wird gerade in Bolivien, Liberia, Madagaskar und Togo eingeführt. Ein anderes System, das den Entwicklungsländern kostenlos angeboten werden soll, wird zur Zeit vom Commonwealth-Sekretariatentwickelt.

Welches System auch immer benutzt wird, es müssen samtliche Angaben uber die Schulden dem Schuldenamt unverzüglich gemeldet werden. Dies bedeutet im wesentlichen eine zentrale Erfassung der Kreditvertrage, eine rasche Meldung der Auszahlungen durch die projektausfuhrenden Stellen und eine unverzügliche Berichterstattung über Schuldendienstzahlungen seitens der Banken. Was die Systeme selbst betrifft, so sind sie manchmal zu anspruchsvoll. Sollen sie sowohl buchhalterische als auch analytische Funktionen ubemehmen, so kann es dam kommen, daß keine der beiden Aufgaben rationell erfüllt wird. Es durfte daher besser sein, sich jeweils auf einen der beiden Bereiche zu konzentrieren, weil in vielen Ländern die Datenbasis noch unzuverlässig ist.

- Das Absicherungselement spiegelt die Wahl eines Kreditnehmers wider, dem es lediglich um Risikominimierung geht. Bei dieser Strategie werden Wahrungen gewahlt, die geeignet sind, Wechselkursschwankungen und Veränderungen der Terms of Trade von der Volkswirtschaft fernzuhalten. Das Ziel besteht darin, Wahrungen zu bestimmen, deren Realwert zusammen mit dem Realeinkommen des Kreditnehmers steigt oder fallt.
- Das Spekulationselement spiegelt die Wechselkurs- und Zinserwartungen des Kreditnehmers wider. Fur jedes einzelne Darlehen sollte der Kreditnehmer die Wahrung wahlen, bei der die erwarteten Kreditkosten bereinigt um die erwarteten Wechselkursverschiebungen am niedrigsten sind. Wenn (a) die Zinsparitat gegeben ist (das heißt, der Auf- oder Abschlag des Terminkurses gegenuber dem Kassakurs spiegelt nur die nominale Zinsdifferenz wider) und (b) der Terminkurs den kiinftigen Kassakurs im Durchschnitt richtig vorhersagt, wird sich eine spekulative Entscheidung erubrigen. Die Bedingungen eines "perfekten

Marktes" werden sicherstellen, daß die erwarteten Kreditkosten in allen Währungen identisch sind.

In der Praxis führen beide Grundsatze zu Problemen. Die Prognose von Wechselkursen und Zinssatzen stößt auf notorische Schwierigkeiten. Zudem mogen einige der erforderlichen Beziehungen — wie die positive Korrelation zwischen dem Realeinkommendes Kreditnehmers und dem Wechselkurs einer anderen Währung — nicht sonderlich stabil und so die Vergangenheit ein schlechter Ratgeber der Zukunft sein.

Angesichts dieser Schwierigkeiten besteht eine bevorzugte Strategie darin, die Wahrungsstruktur der Schulden eines Landes an der seines Außenhandels zu orientieren. Das wurde bedeuten, daß die Lander Kredite in denjenigen Wahrungen aufnehmen, die sie im Exportgeschäft erlosen, und daß sie ihre Reserven in Wahrungen halten, in denen ihre Importe denominiert sind. Wenn sich die Währung eines Exportmarktes aufwertet, dann verbessern sich wahrscheinlich die Terms of Trade des Kreditnehmers, wodurch die hoheren Kosten des in dieser

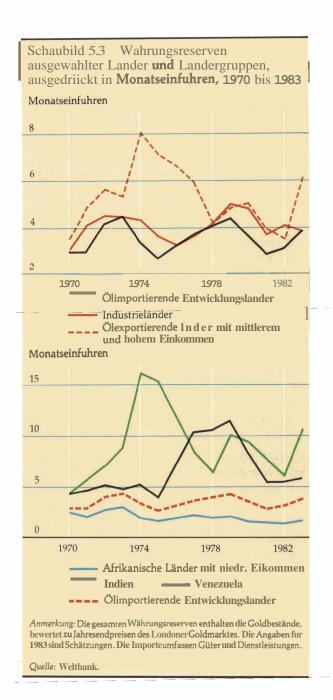
Wahrung aufzubringenden Schuldendienstes zum Teil ausgleichen werden.

An dieser Strategie besticht, daß sie einfach und praktikabel ist. Im nachhinein betrachtet, ware sie in den letzten Jahren der von den meisten Kreditnehmern praktizierten Strategie der Dollar-Verschuldung überlegen gewesen, die auf der Erwartung eines fallenden Dollars beruhte. Sie ist jedoch nicht notwendigerweisemit den Absicherungs- und Spekulationsstrategien vereinbar und wurde in einigen Fällen zu unzweckmäßigen Kreditaufnahmen fuhren. Es scheint also kaum etwas anderes ubrig zu bleiben, als sich auf pragmatische Weise ein Urteil iiber die Entwicklung des Außenhandels, der Zinssatze und der Wechselkurse zu bilden.

Technische Unterstützung

Die Steuerung der Auslandschuld und der Auslandskreditaufnahme eines Landes erfordert Fachkenntnisse und Sachverstand auf zwei speziellen Gebieten. Erstens die Fähigkeit, Kosten und Nutzen von Verschuldungs- und Reservehaltungsstrategien auf der Basis unterschiedlicher Annahmen iiber Zinssatze, Exportwachstum und dergleichen mehr zu veranschlagen. Zweitens die Vertrautheit mit den internationalen Finanzmarkten sowie die Fähigkeit, sie bestmoglich zu nutzen.

Die Regierungen vieler Entwicklungslander nehmen auf beiden Gebieten technische Hilfe in Anspruch. So stellen Weltbank und IWF im Rahmen ihrer Unterstutzung der Mitgliedslander Analysen der Wirtschaftspolitik und ihrer Konsequenzen fur das Management der Auslandsaktiva und -passiva zur Verfugung. Zusammen mit anderen tragen sie auch zum Aufbau von Schuldenmanagement-Systemen bei (vgl. Sonderbeitrag 5.6). Was die praktischen Einzelheiten der Verschuldung auf kommerziellen Märkten betrifft, so bedienen sich die meisten Entwicklungslander nunmehr der Hilfe von Finanzberatern. Diese Berater befassen sich u.a. damit, welche Finanzinstrumente angewandt, welche Beträge aufgenommen und wann die Markte beansprucht werden sollen. Auf diesem Gebiet diirfte es sich für einige Entwicklungslander kaum lohnen, eigene Experten heranzubilden. Dagegen muß auf dem Gebiet der Schuldenmanagement-Systeme und gesamtwirtschaftlichen Analysen die Hauptfunktion der technischen Unterstutzung darin bestehen, die Fahigkeiten jedes Landes zur selbstandigen Erfullung dieser Aufgaben zu stärken.



Das Management der Wahrungsreserven

Die Währungsreserven bilden einen unerläßlichen Bestandteil des gesamten Portfolios der Auslandsaktiva und -passiva eines Landes. Dabei sieht sich der Portfolio-Manager zumindest zwei Fragen gegenuber: Welcher Reservebestandist angemessen und wann sollte sich eine Regierung verschulden, um den Reservebestand zu halten oder aufzustokken? Auf keine der beiden Fragen gibt es eine eindeutige Antwort. Im allgemeinen sollte jedoch

ein Land um so hohere Reserven halten, je wechselhafter seine Exporterlose und je hoher die Risiken seiner Auslandsschuld sind, je geringer die Anpassungsfahigkeit seiner Wirtschaftspolitik und seiner Wirtschaftsstrukturen ist und je weniger es auf einen stetigen Zufluß von Auslandskapital vertrauen kann. Für die meisten Entwicklungslander ist es daher vernünftig, eine hohere Einfuhrdeckung als die Industrielander zu unterhalten. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre sind Entwicklungsliinder gut beraten, wenn sie ausreichend hohe Währungsreserven vorhalten, um sich bei binnenwirtschaftlichen oder außenwirtschaftlichen Problemen anpassen zu konnen, ohne ihr Wirtschaftswachstum uber Gebühr zu gefahrden. Eine Reservehaltung in Hohe der Einfuhren von drei Monaten wird daher gelegentlich fur Entwicklungslander als wiinschenswert angesehen, aber dies sollte nicht als unumstößliche Regel betrachtet werden.

Bei einem Rückblick auf das letzte Jahrzehnt erscheinen vier Punkte erwähnenswert; sie sind in Schaubild 5.3 illustriert. Erstens: In der Dritten Welt insgesamt sind die Währungsreserven relativ zu den Importen im Gleichklang mit den Zyklen der Rohstoffpreise in den Jahren 1973/74 und 1978/79 gestiegen und gefallen. Zweitens sind die Reserven der afrikanischen Länder mit niedrigem Einkommen auf ein besonders tiefes Niveau gesunken, namlich von 2,7 Monatsimporten (1970/73) auf 1,5 Monate (1980/82). Drittens sind die Reserven der olexportierenden Länder stark gestiegen (von 3,4 Monatseinfuhren in 1970 auf gut **8,1** Monate 1974) und danach fast ebenso dramatisch gesunken, als die Entwicklungsprogramme die Devisenbestande rasch absorbierten. Schließlich zeigen sich beim Management der Reserven betrachtliche Unterschiede zwischen den Ländern. So haben einige Lander, wie Indien (1975 bis 1980) und China, mit Bedacht hohe Reserven unterhalten, wahrend andere "dichter am Wind segelten" und ihre Reserven uber lange Zeit auf niedrigem Niveau beließen.

Niedrige Währungsreserven konnen manchmal durch Kreditaufnahmen oder Kreditlinien verstarkt werden. Dies verursacht natiirlich Kosten, denn der Zinsaufwand fur die zusatzliche Verschuldung liegt ublicherweiseum 1 oder 2 Prozentpunkte uber dem Ertrag aus der Anlage der Reserven, und nicht in Anspruch genommene Kreditlinien kosten Bereitstellungsgebuhren. Außerdem erhohen Kreditaufnahmen auch die kunftigen Schuldendienstleistungen und konnen mit den bereits erorterten Prolongationsproblemen verbunden sein. Mit diesen Einschriinkungen kann eine Verschuldung begrenzten

Umfangs zur Aufstockung der Reserven manchmal erwünscht sein. Erstens sind Kredite ublicherweise leichter und billiger zu erhalten, solange die Mittel nicht dringend benötigt werden. Zweitens ist die Hohe der Reserven ihrerseits fur die Finanzmarkte ein wichtiger Indikator der finanziellen Lage eines Landes, so daß hohere Reserven zu giinstigeren Kreditkosten fuhren konnen. Schließlich mag die Verschuldung in Zeiten eines weniger dringlichen Mittelbedarfs einer Regierung Gelegenheit bieten, sich neue Finanzierungsquellen — beispielsweise den Anleihemarkt — zu erschließen.

Der Informationsbedarf

In zahlreichen Entwicklungslandernleidet die Wirtschaftspolitik unter einem Mangel an Informationen uber die Auslandsschulden. Schuldendienstprobleme werden haufig durch fehlende Informationen gravierend verscharft. In den funfziger und sechziger Jahren kam es in Ghana und Indonesienzu Krisen, weil Daten uber den Umfang der Schulden und der Schuldendienstverpflichtungen nahezu vollstandig fehlten. In jungster Zeit gehorten beispielsweise der Sudan, Rumanien und Zaire zu den Ländern, die teilweise infolge unzureichender Daten in kostspielige und äußerst belastende Schuldenprobleme gerieten.

Die meisten Entwicklungslander sind uber ihre langfristigen offentlichen Schulden gut informiert, wenn auch einige Lander (darunter Costa Rica, die Turkei und Jugoslawien) erst unlangst herausfanden, daß ihre Angaben iiber die Verschuldung der offentlichen Unternehmen und der nachgeordneten Verwaltungsebenen unzulänglich waren, und in vielen Ländern die zur Finanzierung von Rüstungseinfuhren aufgenommenen Schulden in den Statistiken immer noch nicht enthalten sind. Was die private langfristige Verschuldung betrifft, so ist die Datenlage bei mehr als der Halfte der Entwicklungslander und in einigen Industrielandern wie Dänemark und Irland ziemlich schlecht. Viele Regierungen versuchen nun diese Mängel zu korrigieren, indem sie die Überwachungssysteme verbessern und mehr Personal einsetzen.

Noch größere Probleme bereitet die Erfassung der kurzfristigen Verschuldung. Nur eine Minderheit der Entwicklungsländer verfugt hier uber genaue Angaben, obwohl gerade das rasche Wachstum der kurzfristigen Verbindlichkeitenoftmals fur die jungsten Schuldendienstprobleme bestimmend war. Nur etwa ein Viertel aller Entwicklungslander

unterhalt eine systematische Statistik der Handelskredite, obwohl diese Angaben in der Regel den Unterlagen der Geschaftsbanken entnommen werden konnen.

Die Informationen müssen nicht nur zutreffend sein, sondern auch rechtzeitig zur Verfügung stehen. Verzogerungen beim Zusammentragen und Aufbereiten der Daten haben Schuldenmanager in ernste Schwierigkeiten gebracht. In Mexiko beispielsweisesind nach den gesetzlichen Vorschriften, Kreditaufnahmen erst 45 Tage nach dem Ende des Quartals zu melden. In den Jahren 1981/82 konnten wegen dieser Verzogerung pro Quartal 15 Mrd Dollar aufgenommen werden, die hauptsachlich der Finanzierung der Kapitalflucht dienten, obwohl nur 4,5 Mrd Dollar jahrlich genehmigt waren. In manchen Ländern mag der Bestand an Auslandsfor-

derungen und Verbindlichkeiten einmal genau erfaßt worden sein — etwa durch aufienstehende Berater —, aber die Daten wurden nicht auf den neuesten Stand gebracht. Diese Momentaufnahme bildet dann die Grundlage von Entscheidungen uber Kreditaufnahme bzw. -vergabe, obwohl sie ständig an Relevanz verliert.

Eine wachsende Zahl von Entwicklungslandern ist im Begriff, rechnergestutzte Schuldenmanagement-Systeme einzufuhren; einige dieser Systeme werden in Sonderbeitrag 5.6 beschrieben. Desgleichen nutzen viele Lander nun zentral gefuhrte Statistiken — insbesondere Daten der BIZ, des IWF, der OECD und des Schuldenberichtssystems der Weltbank —, um ihre eigenen Quellen zu erganzen und auf ihre Konsistenz zu prüfen.

Teil III: Die Mechanismen internationaler Finanzierung

6 Das internationale Finanzsystem und die Dritte Welt

Das internationale Finanzsystem hat sich in Reaktion auf die wechselnden Bediirfnisse von zumeist aus den Industrielandern stammenden Kreditnehmern und Kreditgebern herausgebildet. Es hat auch auf veranderte Zielsetzungen, Handlungsspielräume und Verhaltensweisen der in diesem System tatigen Finanzinstitutionen reagiert. Es ist also ein dynamisches System, das sich laufend an das globale wirtschaftliche und finanzielle Umfeld anpaßt. Einige Teile dieses Systems — in den letzten Jahren vor allem die Banken — wiesen eine hohere Anpassungsgeschwindigkeit auf als andere Bereiche.

Dieses Kapitel, das als Einführung zu Teil III des Berichtes dient, untersucht das internationale Finanzsystem aus der Sicht der Entwicklungsländer. Es beschreibt, wie sich das System entfaltet hat, und welche Faktoren seine Entwicklung vorangetrieben haben. Vor diesem Hintergrund werden einige Kriterien vorgeschlagen, um zu beurteilen, ob diese Mechanismen der Dritten Welt ausreichende Moglichkeiten für eine erfolgreiche Steuerung ihrer Auslandskreditaufnahme und ihrer Auslandsschulden geboten haben.

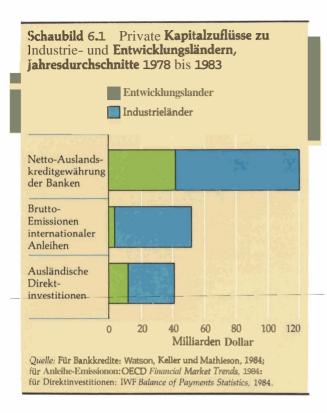
Funktionen und Inanspruchnahme des Finanzsystems

In vieler Hinsicht arbeitet das internationale Finanzsystem in weltweitem Rahmen wie ein nationales Finanzsystem. Es stellt Zahlungsverkehrsmechanismen zur Verfügung und bietet Fazilitaten fur die Kreditaufnahme und die Anlage überschussiger Mittel. Es schafft unterschiedliche Arten finanzieller Forderungen und Verbindlichkeiten, die dazu dienen, die Portfoliopräferenzen von Kreditgebern, Anlegern und Kreditnehmern zu befriedigen. Sofern es nicht durch nationale Maßnahmen, wie etwa durch Kapitalverkehrskontrollen, behindert wird, tragt es dazu bei, daß Finanzmittel weltweit auf die rationellste Weise eingesetzt werden. Es

bestimmt auch die Bewegungsmöglichkeit des Kapitals von Land zu Land, was fir den Handlungsspielraum der Regierungen bei der Anpassung an wirtschaftliche Schocks von erheblicher Bedeutung ist. Die Effizienz, mit der das internationale Finanzsystem seine verschiedenen Funktionen erfüllt, kann die Hohe der Ersparnisse und Investitionen in der Weltwirtschaft beeinflussen. Von der Funktionsweise des Systems gehen deshalb wichtige Impulse auf die Wirtschaftsaktivitat in der Dritten Welt aus.

Unter dem Begriff ,,internationales Finanzsystem" versteht man iiblicherweise die institutionelle Struktur, die den Fluß iiberschiissiger Mittel zu Ländern oder Wirtschaftseinheiten mit Defiziten weltweit sicherstellt, die fiir das internationale Wechselkursregime mafigeblichen Grundsatze und die Mechanismen zur Schaffung und Verteilung von Liquiditat. In Teil III des Berichts gilt das Hauptaugenmerk der institutionellen Struktur den Institutionen, Finanzierungsinstrumenten und Märkten —, durch die finanzielle Mittel speziell zu den Entwicklungsländern geleitet werden. An dieser Infrastruktur ist ein breites Spektrum von Stellen beteiligt — internationale Finanzinstitute, Regierungen, Geschäftsbanken und Industrieunternehmen —, die der Dritten Welt Finanzmittel zur Verfiigung stellen oder sie dorthin leiten. Verschiedentlich fließen die Gelder-unmittelbar den Entwicklungslandern zu, in anderen Fallen jedoch iiber verschiedene Vermittler und Markte. 1970 nahmen rund 40 Prozent der Netto-Zuflüsse zu den Entwicklungslandern ihren Weg uber Vermittler und Märkte, doch bis 1983 war dieser Anteil auf mehr als 60 Prozent angestiegen.

Die fiir die Entwicklungsländer maßgebende institutionelle Struktur kann in zwei Bereiche gegliedert werden. Zum offentlichen Sektor gehören die direkten Kanale fir Kapitalstrome — beispielsweise die bilaterale Entwicklungshilfe — und eine Reihe von Vermittlern, wie die Weltbank und die anderen multilateralen Entwicklungsbanken.



Im privaten Sektor gibt es ebenfalls direkte Mechanismen — beispielsweise Direktinvestitionen —, aber auch Vermittler, wie Geschaftsbanken und Markte fur internationale Anleihen und andere Wertpapiere.

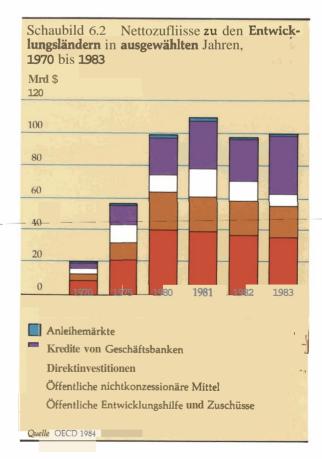
Da Vermittler aller Art bei der Versorgung der Dritten Welt mit Finanzmitteln zunehmend wichtiger geworden sind, hat sich das Spektrum der Laufzeiten, Währungen und Finanzinstrumente, die den Entwicklungslandern zur Verfiigung stehen, verbreitert. Die von den finanziellen Mittlern erzielte Kostendegression — bei der Information, den Transaktionskosten, der Analyse, der Kreditbewertung und der Portfoliodiversifikation — bringt-Produktivitätsgewinne, wodurch sich Kosten und Risiken fur Sparer und Kreditnehmer vermindern. Die Verbesserung der finanziellen Leistungsfähigkeit kann schliefllich dazu fuhren, daß die Dritte Welt mehr Kapital zu geringeren Kosten erhalt.

Die meisten internationalen Kapitalbewegungen hängen mit den ökonomischen und finanziellen Beziehungen zwischen den Industrielandern zusammen. Die Entwicklungslander haben während des vergangenen Jahrzehnts die Inanspruchnahme von Auslandskapital stark ausnedehnt, aber nach wie vor entfällt auf die Industrieländer der Löwenanteil der wichtigsten Arten privater Kapitalstrome (siehe Schaubild 6.1). Von 1978 bis 1983 partizipierten die

Entwicklungslander an der Netto-Vergabe von Auslandskrediten durch die Banken mit 36 Prozent, an den Brutto-Emissionen internationaler Anleihen mit 7 Prozent und an den Direktinvestitionen mit 27 Prozent. Die offentlichen Kapitalstrome fließen naturlich zumeist in die Entwicklungsländer.

Die Herausbildung der institutionellen Struktur

Die Entwicklung der institutionellen Struktur zur Weiterleitung von Finanzmitteln in die Dritte Welt spiegelte Veranderungen in der Weltwirtschaft wider. In der Nachkriegszeit durchlief sie drei große Phasen. Die erste Phase dauerte vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zu den späten sechziger Jahren, als öffentliche Mittel, Direktinvestitionen und Handelskredite für die Dritte Welt die Hauptformen auslandischen Kapitals darstellten. Leistungsbilanzdefizite wurden ubenviegend durch offentliche Stellen und internationale Organisationen finanziert. Finanzielle Mittler betatigten sich hauptsachlich im Inlandsgeschäft und in der Finanzierung des Außenhandels ihrer inlandischen Kundschaft. Die Auslandstransaktionen der Geschäfts-



Sonderbeitrag 6.1 Wachstum und Verteilung der Weltbankausleihungen

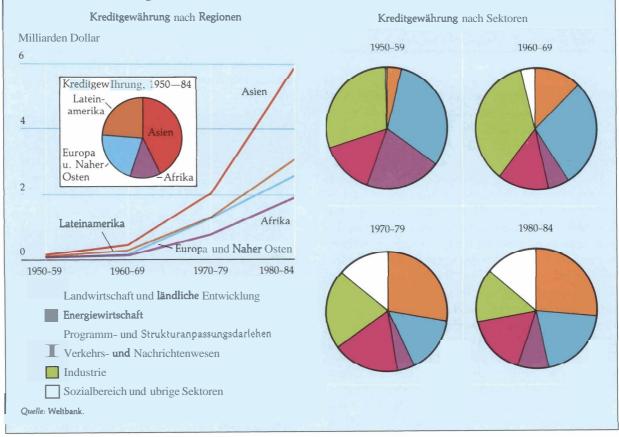
Die Weltbank hat ihre Ausleihungen an die Entwicklungsländer insbesondere seit 1970 betrachtlich ausgeweitet. Bis zum Ende des Weltbank-Finanzjahres 1984 belief sich ihre kumulative Darlehensvergabe auf insgesamt 94,2 Mrd Dollar, während die Kredite der IDA 33,6 Mrd Dollar erreichten.

Im Laufe der Zeit hat sich die sektorale Verteilung der Weltbankausleihungen markant verschoben (siehe Schaubild 6.1A). Während der fünfziger und sechziger Jahrestand in der Ausleihpolitik der Weltbank die Entwicklung der grundlegenden Infrastruktur im Vordergrund; vorherrschend waren Darlehen fiir die Elektrizitätswirtschaft und das Verkehrswesen. Während der siebziger Jahre kam es im Hinblick auf die potentiell hohen Ertragsraten solcher Vorhaben zu einer Umorientierung zugunsten landwirtschaftlicher Projekte. Da ein großer Teil der armen Bevölkerungsschichten in der Landwirtschaft tätig ist, erhöht diese Schwerpunktverlagerung unmittelbar deren Lebensstandard. Aus den gleichen Gründen wurden auch die Darlehen

für den Sozialbereich gesteigert. Der scharfe Anstieg der Ölpreise in den siebziger Jahren fuhrte zu einer verstärkten Darlehensgewahrungfür Projekte zur Steigerung der Öl- und Erdgasforderung. Seit 1980 wurde der Finanzbedarf der Entwicklungsländer im Zusammenhang mit den von ihnen durchgeführten größeren Strukturanpassungen teilweise durch die Einführung der Strukturanpassungsdarlehen gedeckt (siehe Sonderbeitrag 4.8 in Kapitel 4).

Verglichen mit der sektoralen Zusammensetzung hat sich die regionale Zusammensetzung der Ausleihungen langsamer verändert. In den achtziger Jahren vollzog sich jedoch, wenn man die IBRD und die IDA zusammen betrachtet, eine Gewichtsverlagerung zugunsten größerer Kreditvergaben nach Asien — hauptsächlich im Zusammenhang mit dem entwicklungsbedingten Finanzbedarf eines neuen Mitgliedslandes, nämlich China. Die akuten Entwicklungsprobleme der afrikanischen Länder siidlich der Sahara führten ebenfalls zu wachsenden Ausleihungen an diese Region.

Schaubiid 6.1A Kreditvergaben der Weltbank, Jahresdurchschnitt 1950 bis 1984



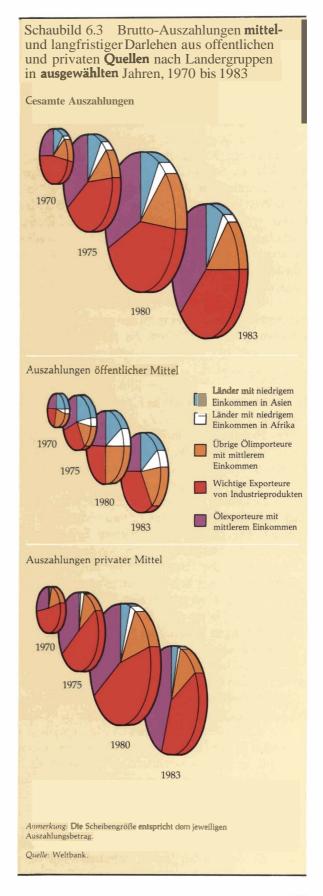
banken in den Industrieländern waren durch Devisenkontrollen und andere Bestimmungen beschränkt.

Die zweite Phase erstreckte sich vom Ende der sechziger Jahre bis 1982. Sie war durch erhebliche Schwankungen von Wechselkursen und Zinssatzen und durch weit größere Leistungsbilanzungleichgewichte gekennzeichnet. In diesem Umfeld veränderte sich die institutionelle Struktur; verschiedene neue Mechanismen kamen hinzu. Die im internatio-

nalen Bankgeschaft und an den Anleihemarkten tatigen Institutionen erwiesen sich als sehr innovativ. Das internationale Bankgeschäft entwickelte sich rasch und verlagerte sich dabei von der Handelsfinanzierung zu mehr direkten Zahlungsbilanzfinanzierungen. Angeregt durch den Abbau oder die Aufhebung von Kontrollen des Kapitalverkehrs, nahm die Zahl der am internationalen Kreditgeschäft beteiligten Banken zu, und der Kreis ihrer Herkunftsliinder erweiterte sich. Von 1970 bis 1982 ging der Anteil der Direktinvestitionenan den Nettozuflüssen zu den Entwicklungslandern von 19 auf 12 Prozent zurück. Die internationalen Anleihemarkte – besonders der Euro-Anleihemarkt – wuchsen rasch, wenngleich die Entwicklungsliinder sie nur in begrenztem Umfang beanspruchten. Wahrend dieser Phase hielt das Volumen der offiziellen Kapitalstromemit der Zunahme der privaten Kapitalbewegungen Schritt. Im offentlichen Bereich nahm die konzessionare offentliche Mittelvergabe (oder die offentliche Entwicklungshilfe, ÖEH) rasch zu; am starksten expandierten jedoch die Weltbank (siehe Sonderbeitrag 6.1) und andere multilaterale Institutionen. Diese Institutionen wurden als Kreditnehmer an den Anleihemarkten zunehmend aktiv und leiteten die aufgenommenen Mittel an die Entwicklungsliinder weiter.

Wie in Schaubild 6.2 dargestellt, fiihrte diese Entwicklung zu einer betrachtlichen Ausweitung des Kapitalzuflusses in die Dritte Welt. Von besonderer Bedeutung war die Gewichtsverlagerung von der Beteiligungsfinanzierung (hauptsachlich den Direktinvestitionen) zu schuldenwirksamen Kapitalimporten. Dies fuhrte zu einer erhohten Anfälligkeit der Entwicklungsliinder gegenuber Veränderungen des internationalen Finanzierungsumfelds.

Die dritte Phase begann 1982, als die Geschäftsbanken ihr Engagement in den Entwicklungsländern neu einzuschatzen begannen und sich die Haushaltsschwierigkeiten verschiedener Industrielander zum Nachteil der Entwicklungshilfe bemerkbar machten. Die Abnahme des Leistungsbilanzuberschusses der OPEC-Länder fiihrte ebenfalls zu einem Rückgang der Entwicklungshilfe dieser Länder. Wie Schaubild 6.2 zeigt, ist die offentliche Entwicklungshilfe seit 1981 nominal gesunken. **Andere** offentliche Kapitalstrome, namentlich von einigen multilateralen Institutionen, stagnierten. Die Direktinvestitionen verzeichneten einen nominalen Ruckgang. Ein betrachtlicher Teil der Kreditvergabe der Geschäftsbanken spiegelte "konzertierte" Kredite im Rahmen von Umschuldungsvereinbarungen wider. Vor dem Hintergrund weiterer



betrachtlicher Strukturanderungen im Bankwesen und auf den Anleihemarkten bildete sich eine vorsichtigere Einstellung gegenuber privaten Krediten an die Dritte Welt heraus. Schließlich nahm in dieser dritten Phase das Tempo der Innovationen auf den Finanzmarkten deutlich zu.

Umfang und Wachstum offentlicher wie privater mittel- und langfristiger Kapitalzuflusse zu den verschiedenen Kategorien von Entwicklungsländern konnen Schaubild 6.3 entnommen werden. Die Auszahlungen offentlicher Darlehen an die Dritte Welt beliefen sich 1970 auf insgesamt 5,2 Mrd Dollar, waren aber bis 1983 auf 31,9 Mrd Dollar gewachsen. Die Auszahlungen privater Kredite nahmen rascher zu, namlich von 9,7 Mrd Dollar im Jahr 1970 auf 73,8 Mrd Dollar in 1980, bevor sie im Zuge der Schuldenkrise auf 60,2 Mrd Dollar im Jahre 1983 sanken. Dementsprechend erhohte sich der Anteil privater Kredite an der gesamten Kreditgewahrung von 65 Prozent im Jahr 1970 auf 72 Prozent in 1980, worauf er 1983 wieder auf 65 Prozent zuriickfiel.

Die Lander mit niedrigem Einkommen waren in hohem Maße auf offentliche Finanzmittel angewiesen. 1983 stammten etwa 74 Prozent der Auszahlungen an asiatische Länder mit niedrigem Einkommen und 84 Prozent der Auszahlungen an solche in Afrika aus offentlichen Quellen. Lediglich in Jahren hoher Liquiditat auf den privaten Finanzmarkten waren die Länder mit niedrigem Einkommen in der Lage, nennenswerte Beträge privater Mittel aufzunehmen. Die Lander mit mittlerem Einkommen, vor allem die Hauptexporteure von Industrieprodukten sowie die Ölexportländer rnit mittlerem Einkommen, haben sich seit 1970 in erster Linie bei privaten Geldgebern verschuldet. Diese beiden Ländergruppen erhielten rund 80 Prozent ihrer mittelund langfristigen Kredite aus privaten Quellen.

Wahrend seiner gesamten Nachkriegsentwicklung hat das internationale Finanzsystem auf Änderungsdruck in einer Weise reagiert, die die institutionellen Strukturen für Kapitalzuflusse zu den Entwicklungsländern nicht unberührt ließ. Wandlungen des Finanzklimas haben häufig Neuerungen ausgelost. In den letzten zehn Jahren beispielsweise entstand der Innovationsdruck ganz offensichtlich durch Änderungen der staatlichen Regulierung der Finanzmarkte und aus der Erfahrung hoher und schwankender Inflationsraten. Letztere trugen zu starken Fluktuationen von Zinssatzen und Wechselkursen bei. Kreditgeber und Anleger suchten sich gegen Zinsschwankungen zu schutzen, mit dem Ergebnis, daß das Kreditgeschaft zunehmend von

festverzinslichen auf variabel verzinsliche Kredite uberging. Die rasche technische Entwicklung, die die Kosten der Informationsbeschaffung und weltweiter Handelsaktivitaten senkte, trug ebenfalls zu diesem Prozeß bei.

Das Finanzsystemwurde auch durch den Umfang und die Verteilung der Leistungsbilanzungleichgewichte beeinflußt; desgleichen reagierte es auf die Portfoliopräferenzen von Investoren und Einlegern in verschiedenen Teilen der Welt. Ein Beispiel stellten die OPEC-Lander dar, die Mitte der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre zunachst bestrebt waren, ihre Überschüsse in hochliquider Form, vorrangig in Bankguthaben, anzulegen (vgl. Sonderbeitrag 6.2). Ein anderer wichtiger Faktor war in den siebziger Jahren, daß sich führende Banken bei der Verfolgung ihrer eigenen Portfoliound Rentabilitatsziele zur Kreditvergabe an das Ausland entschlossen. Dies fuhrte zu einer größeren Bereitschaft der Geschaftsbanken, die wachsenden Leistungsbilanzdefizite der Dritten Welt zu finanzieren. In neuerer Zeit standen den großen Leistungsbilanzdefiziten der Vereinigten Staaten Überschusse Japans und anderer Industrielander gegenuber. In diesem Fall bevorzugten die Überschußländer amerikanische Regierungspapiere und Titel, die an den internationalen Anleihe- und Schuldscheinmärkten emittiert werden.

Dieser Änderungsdruck vollzieht sich innerhalb des Rahmens staatlicher Vorschriften fur inländische und internationale Finanzierungen. Bis zu den siebziger Jahren waren beispielsweise Devisenkontrollen weit verbreitet. Ihre Beseitigung in vielen Industrielandern vergrößerte wahrend der siebziger Jahre den Spielraum der Banken im Auslandskreditgeschaft betrachtlich. Daruber hinaus können geldpolitische Maßnahmen, obwohl in erster Linie auf die Begrenzung der Geldmengenexpansion oder die Beeinflussung des Zinsniveaus zielend, wichtige internationale Nebenwirkungen haben: So waren die geldpolitischen Kontrollen in den Vereinigten Staaten und einigen anderen Industrielandern ein Grund fur das Wachstum der Euromarkte (vgl. Sonderbeitrag 8.3 in Kapitel 8). Ähnlich wurde die Inanspruchnahme der Märkte fur Auslandsanleihen kontrolliert: Auf diesen Märkten gibt es formelle oder informelle Zugangsbeschränkungen und Wartesysteme. Auch die Rolle der Besteuerung als Einflußfaktor im Kapitalverkehr kann anhand der Anleihemarkte illustriert werden. Einige Regierungen haben beispielsweise Zinsausgleichssteuern eingefuhrt, um die Nachfrage nach auslandischen Anleihen zu dämpfen, oder Quellensteuern abge-

Sonderbeitrag 6.2 Die Anlage der OPEC-Überschüsse

Die starken Ölpreiserhöhungen der Jahre 1973/74 sowie 1979/80 fuhrten zu erheblichen Leistungsbilanzuberschiissen aller OPEC-Under, der bevolkerungsarmenebenso wie der bevolkerungsreichen Under.') Von 1973 bis 1982 nahmen die Netto-Auslandsforderungen der bevolkerungsarmen Under von 12 Mrd Dollar a d 32 Mrd Dollar zu, während sich bei den bevolkerungsreichen Ländern ein Umschwung von Netto-Verbindlichkeiten in Hohe von 5 Mrd Dollar zu Netto-Forderungen von 23 Mrd Dollar einstellte. Die Anlagen der OPEC-Länder haben beträchtlich fluktuiert. Sie fielen von insgesamt 57 Mrd Dollar im Jahre 1974 auf 20 Mrd Dollar im Jahre 1978, um dann 1980 einen Hochstbetrag von 100 Mrd Dollar zu erreichen. Im Zuge des folgenden Ruckgangs der Ölpreise nahmen die Anlagen betrachtlich ab.

Etwa 40 Prozent der kumulativen OPEC-Überschüsse flossen in die Vereinigten Staaten und nach Großbritannien — Under, die uber aufnahmefähige und effiziente Finanzmärkte verfügen. Auch in Deutschland, Frankreich, Japan

1) Zu den bevölkerungsarmen OPEC-Ländern gehören Katar, Kuwait, Libyen, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. In diesen Ländern führen Einnahmen nur in relativ geringem Umfang zu inländischen Ausgaben. und in der Schweiz wurden erhebliche Beträge angelegt. Die Auswahl der Instrumente oder Märkte, in denen die Mittel plaziert wurden, unterlag bemerkenswerten Änderungen (siehe Tabelle 6.2 A). Nach dem ersten Ölpreisanstieg flossen etwa 50 Prozent der Gelder in Bankeinlagen, und zwar hauptsächlich an den Euromarkten. Nach dem zweiten Ölpreisanstieg waren es 61 Prozent. In beiden Fallen investierten die OPEC-Lander ihre Überschüsse danach sukzessive in rentableren, weniger liquiden Anlagen. Ihre ursprüngliche Präferenz fur hochliquide Forderungen erklärt sich zum einen daraus, daß sie zunachst über den moglichen Umfang ihrer Überschüsse nicht voll informiert waren, zum anderen standen ihnen moglicherweise Informationen über geeignete langfristige Anlagemoglichkeiten nicht rasch genug zur Verfügung.

Neben Bankeinlagen bevorzugten die OPEC-Länder Anlagen in Papieren des amerikanischen Schatzamtes sowie in anderen Anleihen und Aktien in den Vereinigten Staaten. Außerhalb der USA und des Euromarktes erwarben die OPEC-Under Beteiligungen sowie Grundstücke und stellten den Entwicklungslandem in zunehmenden Maße private Kredite sowie offentliche Entwicklungshilfe zur Verfugung (siehe Sonderbeitrag 7.4 in Kapitel 7). Auch den internationalen Organisationen wurden Kredite gewahrt.

TABELLE 6.2A
Internationale **Anlagen** der **OPEC-Länder**, 1974 bis 1983 (Mrd \$)

Anlageart	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
Anlagen in den Vereinigten Staate	n									
Bankeinlagen	4.2	0,6	1,9	0,4	0,8	5,1	-1,3	-2,0	4,6	0,9
Sonstige	7,3	7,3	9,2	6,9	-0.4	1,9	18,4	19,8	8,1	-10,4
Bankeinlagen am Euromarkt	22,0	8,7	11,2	16,4	6.6	33,4	43,0	3,9	-16,5	11,9
Sonstige Bankeinlagen	2,4	0,6	- 0,9	1,2	0,0	2,0	2,6	0,5	- 0,4	0,0
Sonstige Anlagen ^a	20.3	26,0	21,0	20,9	18,6	19,7	37,5	40,7	18,2	11,6
Insgesamt	56,2	43,2	42,4	45,8	25,6	62,1	100,2	62.9	14,0	- 9,8
Bankeinlagen in % der										
Gesamtanlagen	50,9	22,9	28,8	39.3	28,9	65,2	44,2	3,8		

a. Sonstige Anlagen enthalten solche in den OECD-Ländern, bei internationalen Organisationen und in Entwicklungsländern. Letztere schließen die Nettogewährung konzessionärer Entwicklungshilfe, Euro-Konsortialkredite, Anleihe-Emissionen und Ditinvestitionen mit ein.

Quelle: Fiir US-Anlagen und sonstige Bankeinlagen: Bank of England , , Quarterly Bulletin", März 1985; für Euromarktanlagen: U.S. Department of the Treasury, Office of International Banking and Portfolio Investments, sowie Bank of England , , Quarterly Bulletin", März 1985; für sonstige Anlagen: Sherbiny (Hintergrundpapier).

schafft, um Kapitalimporte in Form von Anleihekaufen anzuregen. Im allgemeinen waren jedoch die siebziger Jahre eine Zeit finanzieller Liberalisierung, und dieser Umstand beeinflußte entscheidend das Tempo, in dem die Finanzinstitute ihr Geschaft internationalisierten.

Bankaufsichtliche Kontrollen haben wahrscheinlich das internationale Kreditgeschaft der Geschaftsbanken in gewissem Umfang beeinflußt (vgl. Sonderbeitrag 8.4 in Kapitel 8), wenn auch die Auswirkungen schwierig zu messen sind. In den

meisten Industrielandern wurden die Banken in jungster Zeit aufgefordert, sich gegenuber den erhohten Risiken im internationalen Kreditgeschaft vorsichtiger zu verhalten. Die Bankenaufsichtsbehorden haben die Banken dazu angehalten, ihre Kapitalrelationen zu erhohen und ihre Bilanzen zu stärken. Desgleichen drangten sie darauf, daß die Banken angemessene Methoden zur Einschatzung der Landerrisiken anwenden. Die zunehmend weltweite Betatigung der Banken hat zu einer Zusammenarbeit der Aufsichtsbehorden mit dem Ziel der

Stärkung des internationalen Bankensystems geführt.

Schließlich haben politische Faktoren zusammen mit okonomischen Problemen bestimmte Arten von Kapitalbewegungen beeintrachtigt. Das begrenzte Wählerinteresse an der Entwicklungshilfe und der geringe Haushaltsspielraum in verschiedenen Industrielandern haben in den letzten Jahren dazu gefiihrt, daß die Entwicklungshilfe gekurzt oder ihr Wachstum gebremst wurde. Einige Entwicklungslander haben die Zuflusse von Beteiligungskapital beschränkt, um zu verhindern, daß ihre inlandischen Ressourcen unter auslandische Kontrolle oder in auslandisches Eigentum geraten.

Im Finanzsystem sind verschiedene allgemeine Tendenzen erkennbar, die sich auf die kunftige Struktur der Auslandsfinanzierung der **Entwick**lungslander auswirken durften:

- Die allmähliche Zunahme des Wohlstandes hat weltweit zu einer größeren Nachfrage nach Finanzaktiva und einer Streuung der Anlagen uber sämtliche Markte und Währungen gefuhrt. Ein Maßstab für diesen Trend ist der Anteil der Auslandsforderungen der Banken an ihren Gesamtforderungen, der von 8,5 Prozent im Jahre 1973 auf 18,4 Prozent in 1983 zugenommen hat. Die Liberalisierung der heimischen Bankenmarkte und wechselnde Anlagestrategien der Banken konnen diesen Prozeß in Zukunft verlangsamen oder umkehren. Es ist jedoch moglich, daß andere Formen der Vermögensanlage eine internationale Dimension annehmen konnten: wachsende institutionelle Kaufe auslandischer Aktien und Anleihen könnten im Laufe der Zeit zu vermehrten Mittelzuflüssen in die Dritte Welt führen.
- Sowohl bei den Banken als auch auf den Anleihemärkten hat es eine Tendenz zum variabel verzinslichen Kredit gegeben. Auf den Anleihemärkten sind Emissionen mit variablen Zinsen in jungster Zeit günstig aufgenommen worden (1984 machten sie 35 Prozent der gesamten Anleihe-Emissionen aus), insbesondere weil die Banken nach größerer Marktfahigkeit ihrer Anlagen streben. Auf den Bankenmärkten scheinen sich variable Zinssatze auch dann zu behaupten, wenn Inflationsraten und Zinssatze weniger stark schwanken. An den Anleihemarkten werden die Emissionen von festverzinslichen Anleihen weiterhin periodischen Schwankungen unterworfen bleiben, die von den Inflations- und Zinserwartungen abhangen. 1983 waren ungefahr 43 Prozent der langfristigen Auslandsschulden der Entwicklungslander in der einen

oder anderen Form variabel verzinslich, verglichen mit 16 Prozent im Jahre **1974**.

- In der internationalen Finanzierunghat sich ein Trend zugunsten einer starkeren Verwendung von Anleihen und anderen Wertpapiertypen herausgebildet; das Wertpapier scheint als Kreditinstrument auf dem Vormarsch zu sein (sog. securitization). In Anbetracht der Schuldendienstprobleme vieler Entwicklungslander und der auf diesen Märkten erforderlichen hohen Kreditwurdigkeit stellt sich die Frage, in welchem Umfang diese Länder von dem Trend profitieren konnen.
- Große Fortschritte in der Informationstechnik und die Ausweitung des Spektrums der von einzelnen Finanzinstitutionen betriebenen Geschafte haben zu einer Integration der Finanzmarkte gefuhrt. Die verschiedenen nationalen Bankenmarkte sind durch den internationalen Interbankenmarkt zusammengefuhrt worden (vgl. Sonderbeitrag 6.3), da die Banken in der Lage sind, finanzielle Mittel rasch zwischen den Märkten zu bewegen. Es bestehen auch enge Beziehungen zwischen dem Marktklima an den Bankenmarkten und der Verfassung der Anleihemärkte. Die Einfiihrung von Währungs- und Zinsswaps (siehe Sonderbeitrag 5.5 in Kapitel 5) hat ebenso zur Integration der Finanzmarkte beigetragen wie das Entstehen von Mischformen, bei denen Merkmale des Bankenund Anleihemarktes kombiniert werden. Der Integrationstrend ist fur das Schuldenmanagement der Entwicklungslander insofern wichtig, als ein verändertes Klima auf einem Markt sich immer starker auf die Mittelverfugbarkeit an anderen Märkten auswirkt.
- Seit neuestem stagnieren die Zuflusse von offentlichen Mitteln und von Direktinvestitionen zu den Entwicklungslandern, und dies zu einer Zeit, da die Banken weniger Kredite geben wollen. Dies gibt zu besonderer Besorgnis Anlaß. Eine Antwort auf dieses Problem war die verstarkte Zusammenarbeit öffentlicher und privater Kreditgeber. Die Banken haben zunehmend Mittel im Zusammenhang mit IWF-Anpassungsprogrammen ausgeliehen. Auch die Weltbank hat sich bemuht, mehr Gelder für die Entwicklungslander verfügbar zu machen, indem sie ihr Kofinanzierungsprogramm ausbaute. Der offentliche Sektor spielt in mancher Hinsicht die Rolle eines Katalysators fur den privaten Sektor; ein Beispiel dafur ist die IFC mit ihrer Forderung von Kapitalbeteiligungen. Es gibt auch verschiedene Initiativen, insbesondere einen Vorschlag fur eine multilaterale Investitionsgarantie-Agentur (vgl. Sonderbeitrag 9.5 in Kapitel 9), die darauf

Sonderbeitrag 6.3 Der internationale Interbankenmarkt

Die nationalen Geldmarkte sind durch die Existenz des internationalen Interbankenmarktes eng miteinander verbunden. Mitte der siebziger Jahre nahmen nur ein paar hundert Banken am Interbankenmarkt teil. Bis Anfang der achtziger Jahre war ihre Zahl auf uber tausend Banken aus mehr als 50 Ländern gewachsen. Mitte 1984 belief sich der Umfang des Interbankenmarktes (das sind die gesamten grenzüberschreitenden Interbankforderungen) auf etwa 1950 Mrd Dollar. Das einzige Zulassungskriterium für eine Bank besteht darin, daß sie in den Augen anderer teilnehmender Banken kreditwürdig sein muß; Banken unterschiedlicher Kreditwürdigkeit erhalten unterschiedliche Kreditlinien und Konditionen.

Der Interbankenmarkt ist informell, wird uber Telefon oder Fernschreiber betrieben und handelt hauptsächlich in US-Dollar. Er ist von anderen Märkten nicht unabhängig. Die Zinssätze am Interbankenmarkt bewegen sich in engem Verbund mit denen an den heimischen Geldmärkten, wofür Geldbewegungen zwischen beiden Märkten sorgen — sofern Devisenkontrollen dies erlauben. Dieser Verbund ist dadurch bedingt, daß die meisten Banken sowohl auf ihren heimischen als auch auf den internationalen Märkten tatig sind.

Der Interbankenmarkt führt vor **allem zwei** Funktionen aus:

- Einie Banken erhalten mehr Einlagen als sie sogleich verwenden wollen, während andere mangels Finanzierungsmittel nicht in der Lage sind, Kreditmöglichkeiten zu nutzen. Der Interbankenmarkt fungiert als eine Clearing-Stelle und steigert so die Effizienz der Bankdienstleistungen.
- Er erlaubt den Banken, die in ihrem Kundengeschäft entstehenden Wechselkurs- und Zinsrisiken zu steuern, weil sie ihre Forderungen und Verbindlichkeiten genau aufeinander abstirmmen konnen.

Beide Funktionen tragen zu einer größeren Stabilität des internationalen Bankensystems bei. In den letzten Jahren ist der Markt selbst durch die Schuldenprobleme und Bankzusammenbrüche getestet worden. Dies hat die Banken gezwungen, die Qualität ihrer Interbankforderungen neu einzuschätzen, und Banken aus Lateinamerika und Osteuropa mußten bei ihren Kreditaufnahmen am Interbankenmarkt ungünstigere Konditionen in Kauf nehmen. Je stärker sich eine differenzierte Einschätzung der Banken durchsetzt, um so mehr verbessert sich die Qualität und damit die Stabilität des Interbankenmarktes.

abzielen, durch das **Angebot** eines erweiteren **Inve**stitionsschutzes die Direktinvestitionen zu **stei**gern.

Bewertung der institutionellen Struktur

Die Entwicklungslander müssen ihren Bedarf an Auslandsfinanzierung mit den verfügbaren Kapitalarten in Übereinstimmung bringen. Die meisten Lander mit niedrigem Einkommen verfügen beispielsweise nur uber einen begrenzten Zugang zur kommerziellen Finanzierung. Sie sind fast ganzlich auf konzessionare Mittelzuflusse aus offentlichen Quellen und auf offentliche oder offentlich garantierte Handelskredite angewiesen. Den Ländern mit mittlerem Einkommen steht wegen ihrer größeren Kreditwiirdigkeit eine größere Auswahl an Verschuldungsmoglichkeiten offen. Das staatliche Risiko engt aber, wie in Sonderbeitrag 6.4 dargestellt, diese Auswahl ein, namentlich im Vergleich zu offentlichen Kreditnehmern aus Industrielandern. Die Geschaftsbanken haben wegen ihrer umfassenden Geschäftsbeziehungen zu den Entwicklungslandem bei der Kreditvergabe an staatliche Stellen einen komparativen Vorteil. Regierungen verfugen durch die Bereitstellung offentlicher Mittel in manchen Fallen uber einen gewissen politischen Einfluß und damit uber einen ahnlichen Vorteil. Direktinvestoren sind hinsichtlich des staatlichen Risikos deutlich im Nachteil. Dies ist einer der Griinde dafur, daß nationale Sicherungssysteme für Investitionen geschaffen wurden und spaterhin ein privater Versicherungsmarkt entstand. Wertpapieranleger befinden sich ebenfalls im Nachteil, weshalb Anleihen in der Finanzierung der Entwicklungslander keine erhebliche Rolle spielten.

Wie Kapitel 5 deutlich machte, dürfte ein Entwicklungsland eine gemischte Struktur von Verbindlichkeiten brauchen, um bei seiner Auslandsfinanzierung eine geeignete Kombination von Kosten und Risiken zu erreichen. Je breiter gemischt ihre Verbindlichkeiten sind, desto weniger anfallig sind die Entwicklungsländer fur Unterbrechungen im Angebot oder Verteuerungen einzelner Finanzierungselemente. Die anzustrebende Kombination könnte folgendes enthalten:

- Beteiligungskapital und Verbindlichkeiten, um die kommerziellen Risiken zu verringern und sicherzustellen, daß Zins- und Dividendenzahlungen auf die Fahigkeit des Schuldners zur Bedienung des Auslandskapitals abgestimmt sind.
- Kredite in verschiedenen Währungen, um das Wechselkursrisiko fur den Kreditnehmer zu verringern.
- Finanzierungen zu festen und variablen Zinsen, um das Zinsrisiko des Kreditnehmers einzuschränken.

Sonderbeitrag 6.4 Das staatliche Risiko und seine Konsequenzen für das internationale Kreditgeschäft

Wem eine Regierung im Ausland Kredit aufnimmt oder einen Kredit garantiert, hat der Vertrag eine andere Rechtsnaturals der zwischen zwei privaten Untemehmen. Er ist viel schwieriger durchzusetzen, denn ein souveräner Schuldner kann auf seinem eigenem Territorium eine Forderung gegen sich zurückweisen. Die durch diese begrenzte Durchsetzbarkeit entstehenden Probleme werden noch dadurch kompliziert, daß Regierungen über betrachtliche Moglichkeiten verfügen, Maßnahmen zu ergreifen, die ihre eigenen Fähigkeiten zur Vertragserfüllung berühren. Viele dieser Maßnahmen — Änderungen der Geldpolitik, Beschränkungen des Devisentransfers, Änderungen der Wettbewerbspolitik sowie der Steuergesetze — können juristisch nicht die Vertragsbruch angesehen werden, auch wenn ihre Folgen dem Sinn des Kreditvertrages zuwiderlaufen mogen.

Die Fähigkeit der Regierungen, auf die Wirtschaftsentwicklung Einfluß — nehmen, in Verbindung mit den begrenzten Möglichkeiten eines Kreditgebers, rechtliche Sanktionen zu ergreifen, hat zur Folge, daß Verträge zwischen Entwicklungsländern und den privaten Märkten wirtschaftlich nahezu wertlos sind, wenn nicht beide Parteien glauben, daß die Erfüllung ihrer Verpflichtungen in ihrem langfristigen Interesse liegt. Das bedeutet, daß für einen Kreditnehrnerder okonomische Wert (alsabgezinster Gegenwartswert) der Erfüllung seiner Verpflichtungen mindestens

so groß sein muß wie der Gegenwartswert der Nichterfüllung. Kurz gesagt, diejenigen Länder werden am ehesten ihre Schulden bedienen, die am meisten verlieren würden, wenn sie dies nicht täten.

Fur einen Kreditnehmer sind die Kosten möglicher Sanktionen von der Bedeutung seiner kiinftigen Handels- und Finanzbeziehungen mit dem Kreditgeber (und der hinter ihm stehenden Regierung) abhängig. Intensiv in den internationalen Handel eingeschaltete Länder sind auf einen anhaltenden Finanzierungsfluß, die Benutzung von Transporteinrichtungen, eine reibungslose Zollabfertigung und ähnliches mehr angewiesen. Sie sind daher durch Pfändungsbeschlüsse und den Abbruch von Handelskreditbeziehungen leicht verletzbar. Ihre früheren Erfolge wurden durch das Netzwerk internationaler Handels- und Finanzbeziehungenermoglicht. Es ist unwahrscheinlich, daß sie ihre kunftigen Erfolgschancen aufs Spiel setzen, indem sie sich selbst von diesem Netzwerk ausschließen.

Die großen internationalenBanken besitzen bei der Bewältigung des staatlichen Risikos einen komparativen Vorteil, weil sie in verschiedenen Bereichen der internationalen Geschäftsbeziehungen der Entwicklungsländer eine Schlüsselstellung einnehmen. Dies trägt dazu bei, die wachsende Bedeutung der Banken als finanzieller Mittler wahrend der siebziger Jahre zu erklären.

- Langfristige Mittelaufnahmen (zur Projektfinanzierung) und kurzfristige Verschuldung (zur Handelsfinanzierung), um die Schuldendienstzahlungen zu glatten und die Refinanzierungsrisiken des Kreditnehmers zu begrenzen.
- Konzessionare und nicht-konzessionare Mittel, um die Schuldendienstlast zu erleichtern, insbesondere für Lander mit niedrigem Einkommen.

Eine Schlusselfrage für die Entwicklungsländer besteht darin, ob sie mit den zur Verfiigung stehenden Finanzierungsmoglichkeiten eine geeignete Struktur ihrer Verbindlichkeiten erreichen konnen. Bei der Beantwortung dieser Frage ist zu unterscheiden zwischen (a) den wirtschaftspolitischen Unzulanglichkeiten in den Kreditgeber- und Kreditnehmerlandern, auf die sich die institutionelle Struktur einstellt, und (b) den eigenständigen Problemen der Funktionsweise und Entwicklung der institutionellen Struktur selbst. Dem Finanzsystem konnen beispielsweise hohe und stark schwankende Zinssatze nicht angelastet werden; sie resultierenaus der Wirtschaftspolitik, die in den großen Industrieländern verfolgt wird. Ähnlich kann ein schleppender Fluß von Direktinvestitionen nicht auf einen Systemmangel zuriickgefuhrt werden; er dürfte mehr mit der Wirtschaftspolitik und der Vorgehensweise der Herkunfts- und der Gastlander zu tun haben. In vielen Fallen spiegelt ein mangelndes Angebot kommerzieller Mittel für Lander mit niedrigem Einkommen und einige mit mittlerem Einkommen eher ein angemessenes Urteil des Marktes als einen Fehler des Systems wider. Für diese Länder ergibt sich jedoch ein zusatzliches Problem daraus, daß der Umfang der offentlichen Finanzierung, und speziell der ÖEH, weitgehend von den Haushaltsprioritaten der Geberlander abhängt, denen oftmals der Bezug zur Entwicklungspolitik sowohl der Geber- als auch der Empfängerländer fehlt.

Mit diesen Vorbehalten sollte eine institutionelle Struktur, die eine wirksame Steuerung der Verbindlichkeiten ermoglicht und zu einem stetigen Wachstum in den Entwicklungsländern beiträgt, drei Eigenschaften aufweisen.

• Flexibilität. Damit ist die Fahigkeit gemeint, auf Änderungen des wirtschaftlichen und finanziellen Umfelds und insbesondereauf veranderte Finanzierungserfordernisse der Dritten Welt zu reagieren. Finanzielle Innovationen sind keine zufalligen Erscheinungen. Sie haben sich besonders ausgepragt bei den privaten Finanzinstituten vollzogen, die einem intensiven Wettbewerbsdruck ausgesetzt waren. Multilaterale Entwicklungsinstitutionen ha-

ben sich ebenfalls an die veranderten Bedurfnisse der Entwicklungslander angepaßt, insbesondere in den siebziger und Anfang der achtziger Jahre.

- Stabilitat. Damit ist die Fahigkeit gemeint, einen standigen Mittelfluflzu den Entwicklungsländern aufrechtzuerhalten, und zwar innerhalb der durch die Einschatzung der Kreditwurdigkeit gezogenen Grenzen. Die Aufrechterhaltung eines ständigen Mittelzuflusses ist bedeutsam, um eine kontinuierliche Inanspruchnahme realer Ressourcen zu erleichtern, unzumutbare Zahlungsbilanzanpassungen zu vermeiden und die Schuldendienstfähigkeit der Kreditnehmer zu erhalten. Stabilitat setzt voraus, daß bei den Kreditgebern und Anlegern keine "Herdeninstinkte" auftreten. Öffentliche Kapitalzuflüsse und Direktinvestitionen nahmen wahrend des vergangenen Jahrzehnts lange Zeit kontinuierlich zu und schufen so eine Grundlage fur andere Kapitalimporte. Die Banken trugen zwar zur Flexibilitat des Finanzierungssystems bei, doch neigten sie zu exzessiver Kreditvergabe an wenige Entwicklungslander; einige Banken haben sich dann plotzlich aus dem Kreditgeschaft mit bestimmten Ländern vollstandig zuruckgezogen, wie dies 1982 gegenuber den größten lateinamerikanischen Schuldnerlandern geschah.
- Ausgewogenheit. Damit ist eine Palette der zur Verfiigung stehenden Finanzierungsinstrumente und Fazilitaten gemeint, die es den Kreditnehmer erlaubt, ihre Risiken zu verteilen und die Währungsstruktur ihrer Schulden zu geringsten Kosten zu diversifizieren. Eine starke Abhangigkeit von einer einzelnen Institution oder einem einzelnen Instrument macht die Kreditnehmer anfallig für abrupte Änderungen des Mittelangebots oder der Kosten. Insgesamt gesehen wurden in den siebziger Jahren die Kapitalquellen vielfaltiger, wenn sie auch nicht alle samtlichen Entwicklungsliindern zu jeder Zeit zur Verfügung standen. Es gab jedoch eine Konzentration von Risiken bei einer kleinen Zahl von Großbanken, die den Finanzierungsbedarf wichtiger Schuldner befriedigten.

Nach diesen drei Kriterien, die zu einem effizienten Schuldenmanagement und einem stetigen Wirtschaftswachstum in der Dritten Welt beitragen, hat das System in den siebziger Jahren rasch und wirksam auf Schwierigkeiten reagiert. Zu Beginn der achtziger Jahre traten jedoch in der Kreditgewährung der Banken einige gravierende Schwachen zu Tage. Das rasche Wachstum der Kreditvergabe in den siebzigerJahren war nicht stabil. Sieht man in

der Zunahme dieser Kredite wahrend der siebziger Jahre eine einmalige Portfolioanpassung der Banken, dann ware es wohl auch ohne die 1979 einsetzende Verschlechterungder Weltwirtschaft zu einer Wachstumsabschwachung gekommen. Ein System, in dem eine Gruppe von Kreditgebern sich zunehmend bei relativ wenigen Kreditnehmern engagiert, diirfte von sich heraus instabil sein. Überdies wies der von den Banken hauptsachlich verwendete Kredit, der Konsortialkredit, mittelfristige Laufzeiten auf, und seine Kosten waren an kurzfristige Zinssätze gebunden. Das Risiko steigender Zinssatze wurde somit auf die Kreditnehmer abgewalzt.

Als weitere Schwache erwies sich das Verhalten der offentlichen Entwicklungshilfe. Sie war nach dem ersten Ölpreisschub in den frühen siebziger Jahren betrachtlich gestiegen, stagnierte aber zu Beginn der achtziger Jahre, und damit zu einer Zeit, als die Banken bestrebt waren, ihre Kredite einzuschranken.

Bei jeder Beurteilung der gegenwärtigen institutionellen Struktur ist daher zu bedenken, wie der Zufluß von Auslandskapital stabilisiert und die Kreditgewahrung der Geschaftsbanken wieder in Gang gebracht werden kann. Insbesondere ist zu fragen, wie kiinftig Kapitalzuflusse, einschliefllich ausreichender konzessionarer Mittel zur Deckung des Bedarfs der Länder mit niedrigem Einkommen verfügbar gemacht werden konnen. Es bedarf einer Lösung, die eine Wiederkehr der Schwierigkeiten der friihen achtziger Jahre vermeidet. Mittel zur Abhilfe finden sich in funf wichtigen Bereichen:

- Die Bereitstellung **längerfristigen** Kapitals.
- Eine marktmäßige Umverteilung von Risiken durch die Entwicklung von Sekundarmarkten fur die Schulden der Dritten Welt.
 - Eine Zunahrne der Beteiligungsfinanzierung.
- Eine Aufstockung und eine bessere Koordination der Entwicklungshilfeprogramme, um deren Wirksamkeit zu verbessern.
- Ein grofleres Angebot von Mechanismen zur Absicherung von Zins- und Wechselkursrisiken.

Die **ersten** vier Punkte werden in den Kapiteln 7, 8 und 9 eingehender behandelt; der letzte wurde in Kapitel 5 erortert. Keine dieser Veranderungen wird rasch vonstatten gehen. Aber auch langsamer Fortschritt auf jedem Felde wird **viel dazu** beitragen, die Schwachen der gegenwartigen institutionellen Struktur abzubauen und ihre Stärken auszubauen.

7 Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist eine Vielzahl von Moglichkeiten entwickelt worden, der Dritten Welt wirtschaftliche Unterstiitzung zu gewähren; diese reichen von unentgeltlichen Leistungen und hochkonzessioniiren Darlehen bis zu Krediten mit marktnahen Konditionen. Auch die Zahl der Geber hat zugenommen: Die meisten Industrielander, OPEC-Mitglieder sowie planwirtschaftliche Länder sind zu bilateralen Geberlandern geworden, wahrend zu den multilateralen Institutionen die Weltbank, die regionalen Entwicklungsbanken, die Entwicklungsfonds der OPEC und der Europaischen Gemeinschaften sowie einige VN-Organisationen gehoren. Die Entfaltung dieser entwicklungspolitisch orientierten offentlichen Wirtschaftshilfe - hier im allgemeinen einfach öffentliche Entwicklungshilfe genannt — wird in Sonderbeitrag 7.1 beschrieben. Diese Veränderungen deuten darauf hin, daß die Komplexitat des Entwicklungsprozesses zunehmenderkannt wurde und man sich bemiihte, die Entwicklungshilfe dementsprechend zu strukturieren.

Die Motive für diese offentliche Entwicklungshilfe reichen vom humanitiiren Anliegen der Bekämpfung der Armut bis zu politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen der Geldgeber. Dem allgemeinen Bemiihen der Geber, den Entwicklungsprozeß zu fördern und zu beschleunigen und die Armut zu lindern, lag die Erkenntnis zugrunde, daß viele Lander aus privaten Quellen das benotigte Auslandskapital und andere Leistungen nicht erhalten konnen. Entwicklung, insbesondere in den Ländern mit niedrigem Einkommen, ist ein langfristigerProzeß, der Investitionen in grundlegende menschliche, physische und institutionelle Infrastruktur erfordert. Wirksam genutzt, konnen offentliche Entwicklungshilfeleistungen - konzessionare wie nichtkonzessionare – die Investitionen und das Wachstum in den Entwicklungslandern steigern, die gesamtwirtschaftliche Produktion und Produktivitat erhohen sowie auf längere Sicht die Moglichkeiten der Armen verbessern, ihre eigenen Einkommen zu steigern. In diesem Prozeß erhoht

Sonderbeitrag 7.1 Eine kurze Chronik der offentlichen Entwicklungshilfeleistungen

In der Zeit **zwischen dem** Zweiten **Weltkrieg** und den **frühen** siebziger Jahren **geschah** folgendes:

Die Errichtung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, über die man 1944 auf der Konferenz von Bretton Woods erste Vereinbarungen getroffen hatte; die Gründung der Vereinten Nationen und ihrer verschiedenen Spezialorganisationen im Jahr 1945, die den Entwicklungsländern technische Hilfe gewähren, und die Verabschiedung des Marshall-Plans durch die Vereiniiten Staaten im Jahr 1947, durch den unentgeltliche Leistungen für den Wiederaufbau Europas zur Verfügung gestellt wurden. Zwischen 1947 und 1951 ließen die Vereinigten Staaten Europa Unterstützungsleistungen im Gegenwert von 2,5 Prozent des amerikanischen BIP zukommen.

• Die schrittweise Einrichtung neuer und die Ausweitung laufender bilateraler Hilfsprogramme für die Dritte Welt. Im Jahr 1951 stellten die Vereinigten Staaten das Punkt-Vier-Programm auf, das Entwicklungsländern technische Hilfe gewährte, - die Bereitstellung von Mitteln blieb anfänglich weitgehend dem Privatsektor und der Export-Importbank überlassen. Im Jahr 1957 griindeten die Vereinigten Staaten den Entwicklungsdarlehens-Fonds (den Vorgänger der heutigen Behörde für Internationale Entwicklung), der konzessionäre langfristige Darlehen für Projekte und andere Zwekke bereitstellen sollte. Bis zum Ende der fünfziger Jahre hatten die größeren europäischen Länder ebenfalls laufende Hilfsprogramme eingerichtet. Im Jahr 1961 gründeten die wichtigsten Geberländer den Entwicklungshilfeausschuß (Development Assistance Committee, DAC) der OECD als Forum fiir die Koordination der Entwicklungshilfe und die Diskussion von Entwicklungsproblemen. Die laufende Erweiterung des Kreises der bilateralen Geberländer nach Zahl und Bedeutung kommt darin zum Ausdruck, daß die Vereinigten Staaten, die in den frühen sechziger Jahren uber 60 Prozent der gesamten bilateralen Entwicklungshilfe der DAC-Mitglieder zur Verfügungstellten und auf die zusammen mit drei anderen Ländern (Frankreich, Deutschland und Großbritannien) über 90 Prozent entfielen, in den friihen siebziger Jahren weniger als 30 Prozent der Gesamthilfe bereitstellten, wobei auf die vier genannten Länder zusammen weniger als 70 Prozent entfielen.

• In den späten sechziger Jahren die Einführung eines Entwicklungshilfezieles für Geberländer in Höhe von 0,7 Prozent ihres BSP durch die Vereinten Nationen. Einige

Geberlhder unterstutzen dieses Ziel nachdriicklich, einige sahen darin mehr eine Absichtserklärung, andere lehnten es jedoch ausdriicklich ab.

- Im Jahre 1958 die Gründung des Entwicklungshilfekonsortiumsfür Indien, der ersten Entwicklungshilfe-Beratungsgruppe für ein einzelnes Land.
- Die Grundung einer Schwestergesellschaft der Weltbank fur konzessionäre Finanzierungen, der Internationalen Entwicklungsorganisation (International Development Association, IDA), im Jahr1960, worin das wachsende Bewußtsein von den Bedürfnissen der Länder mit niedrigem Einkommen zum Ausdruck kam.
- Die Errichtungder regionalen Entwicklungsbanken:der Interamerikanischen Entwicklungsbank (1959), der Afrika-

gesamten ÖEH der DAC-Geberländer von weniger als 6 Prozent im Jahr 1965 a d 15 Prozent 1970/71 und 32 Prozent in den Jahren 1977/78 anstieg. Die multilateralen Unterstützungsprogramme der Europäischen Gemeinschaftenwurden zu einer beachtlichen Finanzierungsquelle. Die VN-Organisationen weiteten ebenfallsihre Aktivitaten aus, insbesondere das VN-Entwicklungsprogramm und das Welternährungsprogramm.

• Das **fortgesetzte** Wachstum der bilateralen **ÖEH** der DAC-Under, das die **Zuflüsse** zu den Entwicklungslandern von weniger **als** 6 **Mrd** Dollar im Jahr1970 auf **über** 18 Mrd Dollar in 1980 steigen **ließ**.

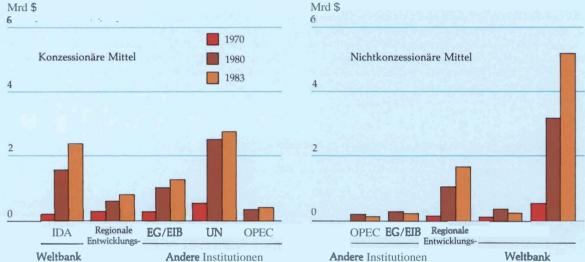
In den friihen achtziger Jahren ereigneten sich:

• Eii Rückgang der offentlichen Entwicklungshilfelei-

Schaubild **7.1A** Netto-Auszahlungen multilateraler Institutionen an Entwicklungsländer

Mrd \$

Mrd \$



Anmerkung: Angaben über die regionalen Entwicklungsbanken umfassen die Auszahlungen der Afrikanischen Entwicklungsbank, der Asiatischen Entwicklungsbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank. EG/EIB bezeichnet die Europäische Investitionsbank der Europäischen Gemeinschaften.

Quelle: OECD 1984

nischen Entwicklungsbank (1964) und der Asiatischen Entwicklungsbank (1966).

Die siebziger Jahre sahen:

- Ein rasches Wachstum der offentlichen Entwicklungshilfeleistungen von 11 Mrd Dollar im Jahr 1972 auf über 42 Mrd Dollar in 1980. Auch zu konstanten Preisen und Wechselkursen von 1982 war ein betrachtlicher Zuwachs zu verzeichnen, und zwar von 24 Mrd Dollar auf 40 Mrd Dollar.
- Die spektakulare Steigerung der Hilfsleistungen der OPEC, wodurch die Zuflusse bilateraler ÖEH der OPEC zu den Entwicklungslandern von nur 450 Mio Dollar im Jahr 1972 auf 4,2 Mrd Dollar in 1974 bis zu einem Hochstbetrag von über 8,7 Mrd Dollar im Jahr 1980 sprangen.
- Eine betrachtliche Zunahme der multilateralen Hilfsleistungen (vgl. Schaubild 7.1A), wodurch deren Anteil an der

stungen um **2** Mrd Dollar a d 41 Mrd Dollar, der eine Abnahme der **ÖEH der OPEC-Länder um über** 40 Prozent **widerspiegelte.** Die bilaterale **öffentliche** Entwicklungshilfe der DAC-Under stagnierte.

• Eine deutliche Gewichtsverlagerung bei den Geberländern zugunsten der bilateralen Hie. Zwischen 1980 und 1983 blieben die Beiträge der DAC-Länder zu den multilateralen Finanzinstituten (einschließlich derjenigen der EG) nominal betrachtet praktisch konstant. Der Anteil der multilateralen Organisationen an der gesamten offentlichen Entwicklungshilfeder DAC-Under sank nach einem Höchststand von 32 Prozent in den Jahren 1977/78 auf 28 Prozent 1982/83. Dementsprechend stagnierten die multilateralen konzessionaren Kapitalhilfen, die von den Beitragen der Geberlander abhangig sind.

Sonderbeitrag 7.2 Exportkredite

Es gibt zwei Grundformen von Exportkrediten: (a) Lieferantenkredite, die ein Exporteurseinem Kunden gewährt und (b) Bestellerkredite, das sind Kredite, die dem Käufer von einer anderen Stelle als dem Exporteur gewährt werden — üblicherweise von einer Bank. Exportkredite werden zu ,,öffentlichen'' Krediten, wenn die Regierung des Exporteurlandesan dem Kredit beteiligt ist, entweder als Kreditgeber oder als Versicherer bzw. Garantiegeber zugunsten des Kreditgebers.

Im Jahr 1980 beliefen sich die Brutto-Auszahlungen mittelund langfristiger offentlicher und offentlich geförderter
Exportkredite der DAC-Länder an die Dritte Welt a d
insgesamt 35 Mrd Dollar (vgl. Tabelle 7.2A). Die NettoAuszahlungen betrugen 14 Mrd Dollar oder 14 Prozent der
Netto-Finanzierungszuflüsse zu den Entwicklungsländern.
Auf die Exportkredite entfallen gegenwärtig etwas mehr als
20 Prozent der langfristigen Verschuldung der Dritten Welt
und fast ein Drittel ihrer jährlichen Schuldendienstzahlungen. Bei den Ländern mit niedrigem Einkommenentfallen auf
sie etwa 18 Prozent der langfristigen Schulden (der Anteil der
kommerziellen Schulden beträgt weniger als 10 Prozent) und
nahezu 40 Prozent der Schuldendienstverpflichtungen.

Seit 1981 sind die Zufliisse von Exportkrediten zur Dritten Welt stark zurückgegangen. Im Jahr 1983 beliefen sich die Exportkredite, netto gerechnet, insgesamt auf rund 8 Mrd Dollar — das waren weniger als 8 Prozent der Netto-Mittelzuflüsse zu den Entwicklungsländern. Dieser Rückgang spiegelte zum einen Kürzungen der Investitionsprogramme der Entwicklungsländer wider, zum anderen die Zurückhaltung der Exportkreditstellen selbst, die damit auf ihre Verluste reagierten. Besonders stark ausgeprägt war der Rückgang gegenuber den afrikanischen Ländern mit niedrigem Einkommen, wo die Auszahlungen neuer mittel- und langfristiger Kredite von über 1,25 Mrd Dollar im Jahr 1980 auf nur 250 Mio Dollar im Jahr 1983 sanken. Länder mit mittlerem Einkommen, die Schwierigkeiten mit ihrem Schuldendienst hatten, fiel es ebenfalls schwerer, Exportkredite zu erhalten.

Obwohl die Gewährung von Exportkrediten sich tendenziell auf die wichtigsten Märkte der Dritten Welt konzentriert, sind sie unter den Entwicklungsländern breiter gestreut, als dies bei Bankkrediten der Fall war. Annähernd 25 Prozent fließen den Ländern mit niedrigem Einkommen zu, 15 Prozent den Ländern mit mittlerem Einkommen und 60 Prozent den Ländern mit höherem Einkommen. Diese Kredite sind für viele Entwicklungsländer eine wichtige Quelle der Projektfiianzierunggewesen, wobei die Zins- und Tilgungszahlungen häufig der Eigenart und den Merkmalen

TABELLE 7.2A

Exportkredite an Entwicklungsländer, 1970 bis 1972 und 1977 bis 1983 (Mrd \$, sofern nichts anderes angemerkt)

Position	1970—72 Durch- schnitt	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
Netto-Auszahlungen durch DAC-Länder								
Öffentliche Exportkredite	0,8	1,4	2,2	1,7	2,5	2,0	2,7	2,1
Private Exportkredite	1,9	8,8	9,7	8,9	11.1	11,3	7.1	5,5
Insgesamt	2,8	10,3	11,9	10,6	13,6	13,3	9,8	7,6
Gesamte Exportkredite in % der gesamten								
Zuflüsse zu den Entwicklungsländern	15	15	14	12	14	12	10	8
Brutto-Auszahlungen der DAC-Länder	7.7	22,9	27,P	28,7	34,9	36,2	32,9	29,9

Anmerkung: Die Angaben beziehen sich auf offentliche und offentlich geförderte mittel- und langfristige Exportkredite Quelle: OECD Development Co-operation.

sich auch die Nachfrage der Entwicklungslander nach Importen aus den Industrieländern. Ein wirksamer Entwicklungsprozeß ist daher fur Geber- wie Empfangerlander von Vorteil.

Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen, insbesondere konzessionare Mittel oder offentliche Entwicklungshilfe (ÖEH), sind für Lander rnit niedrigem Einkommen besonders wichtig gewesen. Während der Jahre 1981/82 entsprachen diese Mittel 82 Prozent der gesamten Netto-Kapitalzuflüsse dieser Lander.

Mit der zunehmenden kommerziellen Kreditver-

gabe und dem "Herauswachsen" einiger Entwicklungslander aus der Entwicklungshilfe ist die relative Bedeutung dieser offentlichen Entwicklungshilfeleistungenan die Dritte Welt als ganzes zurückgegangen. Gleichwohl stellen sie weiterhin eine große und verhältnismäßig stabile Kapitalquelle dar. Im Jahr 1983 machten die offentlichen Mittel immerhin noch 40 Prozent der gesamten Netto-Kapitalzuflüsse aller Entwicklungsländer aus. Etwa 26,1 Mrd Dollar flossen ihnen als bilaterale ÖEH zu, 7,5 Mrd Dollar als multilaterale ÖEH und 7,0 Mrd Dollar als nichtkonzessionare Mittel von multilateralen Insti-

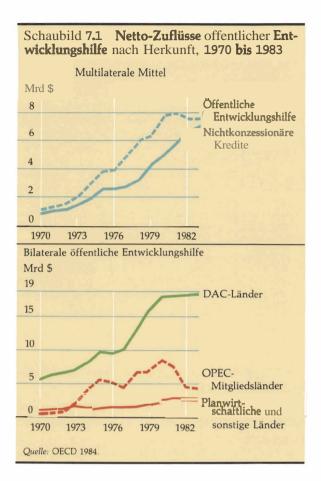
der Projekte besser entsprachen, als dies bei den meisten Bankkrediten der Fall ist.

Es hat jedoch viele Beispiele dafür gegeben, daß Exportkredite ungeeignete und mangelhaft geplante Projekte unterstutzten, eine übermäßige Verschuldung begünstigten, zu uberhohten Preisen führten oder der Korruption dienten. In den letzten Jahren haben verschiedene Entwicklungsländer kurzfristige Exportkredite zur Finanzierung ihrer langfristigen Investitionen eingesetzt, wodurch sie ihre externe Schuldensituation zusätzlich verschlechterten. Solche Probleme entstehen deshalb, weil Exportkredite grundsätzlich der Förderung der Ausfuhr und nicht des Entwicklungsprozesses dienen; zudem verfügen manche Entwicklungsländer iiber keinerlei Instrumentarium, um die Verwendung von Exportkrediten zu prüfen und zu steuem.

Um ihre Exporte zu fördern, haben Industrieländer häufig Kredite zu konzessionären Bedingungen gewährt. In den späten siebziger Jahren versuchten sie, die rasche Ausbreitung der subventionierten Darlehen zu bremsen. Im Rahmen des OECD-Konsensus vereinbarten sie Richtlinien über Laufzeiten und Konditionen der Exportkredite, darunter Mindestzinssätze und maximale Laufzeiten. Viele Entwicklungsländer sehen in dieser Vereinbarung jedoch nicht den Versuch, die Qualität der Exportkredite zu verbessern, sondem eherein Kartell, das den Ziwettbe werb beschränkt und die Kosten der Exportkredite erhoht.

Um den Beitrag zu steigern, den Exportkredite zu langfristigen Programmen für strukturelle Reformen und rascheres Wirtschaftswachstum in der Dritten Welt leisten können, sollten sämtliche Regierungen sich mit zwei Fragen auseinandersetzen: Erstens, wie können die Exportkreditinstitutionen dazu veranlaßt werden, die Gewährung von Garantien und Versicherungen gegenüber Entwicklungsländern, die Anpassungsprogramme einführen, wieder aufzunehmen; zweitens, welche Schritte sind in Anbetracht der Tatsache, daß Exportkreditinstitutionengrundsätzlich der Ausfuhrförderung dienen, zu untemehmen, um den entwicklungspolitischen Effekt von Exportkrediten zu steigern. Eine Antwort auf beide Fragen diirfte darin bestehen, mehr Informationen iiber Anpassungs- und Investitionsprogramme einzelner Entwicklungsländer verfügbar zu machen und sie intensiver zu nutzen.

tutionen. Nicht enthalten in diesen Angaben iiber offentliche Kapitalhilfen (und in diesem Kapitel auch nur kurz behandelt) sind (a) Ziehungen auf den IWF, die zwar offentliche Transaktionen sind, doch generell zu den Reservetransaktionen zählen (vgl. Sonderbeitrag 7.6), und (b) Exportkredite, die in erster Linie als kommerzielle Transaktionen betrachtet werden, obwohl sie offentlich gefordert werden (vgl. Sonderbeitrag 7.2). Eine andere wichtige Quelle der Unterstutzung für die Dritte Welt, deren Leistungen diese Zahlen nicht enthalten, sind die privaten und religiosen Wohltätigkeitsorganisa-



tionen wie CARE, das Rote Kreuz und die katholischen Hilfswerke; ihre Rolle wird im Sonderbeitrag 7.3 diskutiert.

Seit 1980 hat der Dollarwert der verschiedenen Arten von ÖEH stagniert oder ist gesunken (vgl. Schaubild 7.1). Aus gegenwartiger Sicht ist fur die absehbare Zukunft nur ein geringer oder iiberhaupt kein realer Zuwachs wahrscheinlich. Der jüngste Rückgang trat trotz eines anhaltenden erheblichen Bedarfs an Auslandskapital und eines verlangsamten Wachstums der kommerziellen Kreditgewährung ein. Dies unterstreicht, wie notwendig es ist, daß die bestmogliche Verwendung des Auslandskapitals durch die Empfanger sichergestellt wird. In dieser Beziehung hat die eigene Wirtschaftspolitik der Entwicklungslander eine wichtige Rolle zu spielen — eine Frage, die in Kapitel 4 erortert wird.

Dieses Kapitel befaßt sich vor allem mit vier Themen.

• Die grundlegenden Argumente fur offentliche Hilfsleistungen und die Wege, auf denen die Motive und Ziele der Geldgeber die Effektivitatihrer Unterstutzungsprogramme beeinflussen konnen.

Sonderbeitrag 7.3 Nichtstaatliche Organisationen

Nichtstaatliche Organisationen (NSO) haben im Wohltätigkeitswesen und in der Entwicklungshilfe eine lange Tradition. Solche NSO wie Oxfam, Rotes Kreuz und Roter Halbmond, Misereor, World Vision, Caritas und CARE sind besonders aktiv in der Unterstiitzungdes Erziehungswesens, medizinischer und bevölkerungspolitischer Dienstleistungen, der landlichen und stadtischen Entwicklung sowie der Förderung von Kleinbetrieben.

Im Jahr 1983 wurden von den NSO der Industrieländer rund 3,6 Mrd Dollar an konzessionarer Hilfe gewahrt. Sie brachten rund 2,3 Mrd Dollar von ihren eigenen Mitgliedern sowie von privaten Spendern auf und erhielten fast 1,3 Mrd Dollar in Form von Barzuschussen, Dienstleistungen und Warenlieferungen von offentlichen Entwicklungshilfegebem. Die umfangreichsten Hilfen durch NSO stammten aus den Vereinigten Staaten (1,9 Mrd Dollar), Deutschland (547 Mio Dollar), Kanada (257 Mio Dollar) und den Niederlanden (128 Mio Dollar). Diese Angaben unterschätzen den wirkli-

chen Beitrag der NSO, denn sie enthalten nicht den Gegenwert der von freiwilligen Helfern erbrachten Leistungen — oftmals ein wesentlicher Teil der Anstrengungen der NSO.

In den letztvergangenen Jahren haben die NSO ein größeres Gewicht auf Entwicklungsprogramme gelegt, wahrend die humanitare Hilfe weniger stark betont wurde. Sie versuchen Randgruppen zu erreichen, die weitverbreitete Armut an der Basis zu bekämpfen und die Bevölkerung stärker am Entwicklungsprozeß zu beteiligen. Infolgedessen schenken die NSO der Kostenwirksamkeit, der Kostendekkung und der Bewertung der Projekte zunehmend Beachtung. Sie sind sich auch der Notwendigkeit bewußt, ihre Aktivitaten mit denen anderer Geber zu koordinieren. Die engere Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und den NSO beim Entwicklungsprozeß wird von Institutionen der bilateralen Entwicklungshilfe, internationalen NSO und multilateralen Institutionen wie der EG, dem UNDP, der UNICEF und der Weltbank, unterstützt.

- Die Kritik, die gegen die Entwicklungshilfe vorgebracht wurde.
- Die Versuche, die Auswirkungen dieser öffentlichen Hilfsleistungen auf den EntwicklungsprozeB zu messen.
- Die jüngsten Bemuhungen um eine wirksamere Gestaltung der Entwicklungshilfe.

Gewandelte Auffassungen vom EntwicklungsprozeB

Die Art und Weise offentlicher Entwicklungshilfe wird wesentlich davon beeinflußt, wie Geber und Empfanger den EntwicklungsprozeB betrachten. Der Erfolg des Marshall-Plans in den vierziger und fiinfziger Jahren fuhrte bei vielen Beobachtern zu der Ansicht, daß ein ahnlicher Kapitaltransfer in die Lander der Dritten Welt trotz deren physischer, menschlicher und institutioneller Beschrankungen ahnliche Resultate bringen würde. Das erste Entwicklungsmodell betonte daher fast ausschließlich die Aufstockung des Sachkapitals, um Produktion und Einkommen zu steigern und die Armut zu lindern. Diese Strategie bedeutete, daß nicht nur in Maschinen und Anlagen, sondern auch in die physische Infrastruktur wie Straßen und Häfen investiert wurde. Die Weltbank beispielsweise widmete in ihren ersten fünfzehn Jahren Strom- und Eisenbahn-Projekten fast 50 Prozent ihrer Ausleihungen; weniger als 10 Prozent flossen in die Landwirtschaft, und den Sozialbereichen kamen

unmittelbar iiberhaupt keine Mittel zugute.

In den fiinfziger und sechziger Jahren bildete das gesamtwirtschaftliche Wachstum das Hauptziel, und die Industrialisierung wurde als das wichtigste Instrument zur Venvirklichung dieses Ziels angesehen. Viele Entwicklungsländer waren aus politischen wie okonomischen Grunden davon überzeugt, daß eine moderne Gesellschaft eine industrialisierte Gesellschaft sein müßte. Um industrielles Wachstum zu erreichen, entschieden sich viele Regierungen fur die Importsubstitution, und wehrten Importe durch hohe Zolle und mengenmäßige Beschrankungen ab. Diese Politik verzerrte die heimische Preisstruktur und führte zu einer zunehmenden Überbewertung des Wechselkurses. Dies wiederum beeintrachtigte die Exporte und begunstigte das Wachstum unwirtschaftlicher Industrien. Die Landwirtschaft wurde weitgehend vernachlässigt. Einige Regierungen verließen sich stillschweigend oder ausdriicklich auf die jederzeitige Verfügbarkeit von Nahrungsmittelhilfe, wobei sie davon ausgingen, daß die Landwirtschaft ausgebaut werden konnte, wenn erst einmal ihre industrielle Starke gesichert ware.

Je länger solche binnenwirtschaftlich orientierten Entwicklungsstrategien verfolgt wurden, um so deutlicher wurden die Kosten dieser Politik, und zwar nicht nur fur die Volkswirtschaft, sondern insbesondere auch fur die armen Bevölkerungsschichten. In einer wachsenden Zahl von Ländern begann sich zu zeigen, daß fur eine Ausweitung der Agrarproduktion und des Exports größere Mög-

lichkeiten bestanden, als man angenommen hatte. Als Resultat setzte sich ein starker außen- und marktwirtschaftlich orientierter Entwicklungsansatz immer mehr durch. Es wurde auch zunehmend anerkannt, daß der Aufbau von Humankapital beim Vorantreiben des Entwicklungsprozesses einen entscheidenden Faktor bildet.

In den fruhen siebziger Jahren begannen einige Beobachter die Zweckmäßigkeit der herkommlichen Betonung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums in Frage zu stellen. Eine Reihe wirtschaftswissenschaftlicher Studien uber den Zusammenhang zwischen Wachstum und Einkommensverteilung, wie auch vereinzelte Beobachtungen uber die Ausbreitung der Armut in einzelnen Ländern fuhrte bei manchen Ökonomen und Anhangern der Entwicklungshilfe zu dem Schluß, daß die Entwicklungsbemühungen in vielen Fallen hauptsächlich den mittleren und hoheren Einkommensgruppen zugute gekommen waren; das Wachstum war nicht bis zu den Armen "durchgesickert". Diese Beobachtungen bildeten ein wichtiges Element bei der Formulierung der Entwicklungsstrategie der sogenannten menschlichen Grundbedurfnisse. Einige Befürworter dieses Ansatzes sahen einen Widerspruch zwischen Programmen, die das Wachstum forderten, und solchen, die den Amen zu helfen suchten, und machten daher geltend, daß Entwicklungsbemuhungen direkt auf die Armen und ihre Grundbedurfnisse — Erziehung, Gesundheit und Ernahrung - abzielen müßten.

Anderen erschien dies jedoch als ein kunstlicher Gegensatz: Wirtschaftliches Wachstum und die Verbesserung der Situation der Amen schließen sich nach dieser Auffassung als Zielsetzung nicht gegenseitig aus, sondern hängen vielmehr weitgehend voneinander ab. Das langfristige Wirtschaftswachstum ist danach in hohem Maße abhangig von einer Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfahigkeit der Armen, wozu auch eine Verbesserung ihres Gesundheits- und ihres Ausbildungsstandes gehort. Zugleich wurden die Amen die zur Befriedigung ihrer Grundbedurfnisse erforderliche dauerhafte Einkommenssteigerung nur erzielen konnen, wenn die Volkswirtschaft in der Lage ware zu wachsen und dabei zusatzliche Beschaftigung zu schaffen; Umverteilung allein wurde nicht ausreichen. Aus dieser Sicht stellte sich nicht die Alternative "Gerechtigkeit oder Wachstum", sondern die Frage nach Art und Weise des Wachstums. Befürworter dieser Strategie von "Wachstum und Gerechtigkeit" haben betont, daß es kombinierter Bemiihungen bedarf, die teils direkt auf die Probleme und Zwange zielen, denen die Armen unterliegen, teils auf die Steigerung von Wachstum und Produktion sowie auf die Verbesserung wirtschaftspolitischer Maßnahmen gerichtet sind, die direkt oder indirekt den Armen zugute kommen. Das Ergebnis dieser Debatte war, daß die Bekampfung der Armut beim Entwurf und der Bewertung von Entwicklungsprogrammen stärkere Beachtung fand. In den meisten Geberlandern war der Beweis, daß die Entwicklungshilfe tatsachlich auf die Lösung grundlegender langfristiger Probleme der Amen abstellt und nicht primar den hoheren Einkommensgruppen in den Empfangerlandern zugute kommt, ein wichtiger Faktor fur die Unterstützung von Entwicklungshilfeprogrammen durch die Öffentlichkeit und die Legislative.

Die wirtschaftlichen Probleme der vergangenen zwolf Jahre haben die Komplexitat des Entwicklungsprozesses deutlich gemacht. Die unterschiedlichen Erfolge der Entwicklungslander ließen die Schlusselstellung ihrer eigenen Wirtschaftspolitik hervortreten, insbesondere (a) die Kosten einer ineffizienten Importsubstitution, von Preisverzerrungen sowie Verbrauchersubventionen und den wichtigen Wachstums- und Beschaftigungsbeitrag, den eine handelspolitische Öffnung sowie realistische Wechselkurse und Inlandspreise leisten konnen, (b) den Beitrag, den die Landwirtschaft zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und Starkung der Zahlungsbilanz, wie auch zur Anhebung des Einkommens und des Ernährungsniveaus der Armen leisten kann und (c) die Bedeutung, die der Entwicklung der institutionellen wie der physischen Infrastruktur eines Landes zukommt.

Die jüngste Vergangenheit ließ auch Zweifel an der Flexibilitat offentlicher Stellen und ihrer Mittelvergabe bei der Deckung des spezifischen Bedarfs der Entwicklungslander aufkommen. Solche Zweifel betreffen die Fahigkeit und Bereitschaft offentlicher Stellen, wirtschaftspolitische Reformbemühungen zu unterstutzen, Aufwendungen in heimischer Wahrung zu finanzieren, Mittel fur die Erhaltung und Wiederherstellung des bestehenden Kapitalstocks bereitzustellen, zur Entwicklung der institutionellen Kapazitaten der Dritten Welt beizutragen oder dringend benotigte Importe zu finanzieren. Zur Debatte steht auch das richtige Verhältnis zwischen kurzfristiger und langfristiger Hilfe und zwischen den unterschiedlichen Formen der Unterstutzung, wie allgemeinen Zahlungsbilanzhilfen, sektoralen oder projektbezogenen Unterstutzungsmaßnahmen.

Die okonomische Begründung offentlicher Entwicklungshilfeleistungenstutzt sich auf zwei grundlegende Argumente: Effizienz und Gerechtigkeit. Diese gewinnen haufig an Gewicht durch die Kenntnis dessen, was angesichts der gegebenen ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Struktur eines Landes realistischerweise moglich ist.

Das Argument der Effizienz beruht auf der Ansicht, daß die privaten Markte fur Kapital, Technologie und andere Dienstleistungen nicht das Volumen **und** die Art an Ressourcen bieten, die den spezifischen wirtschaftlichen Bedingungen und Moglichkeiten einzelner Entwicklungslander am besten entsprechen und fur eine effiziente Allokation der Weltersparnis am geeignetsten sind. Öffentliche Mafinahmen und Hilfeleistungen, welche die Mittelzuflüsse von diesen Märkten ergänzen, konnen den weltweiten Einsatz der Produktionsfaktoren verbessern. Die Investitionsertrage sind in Entwicklungslandern haufig hoher, so daß die Bereitstellung solcher Ressourcen (konzessionärer **und** nichtkonzessionarer Art) zu **einem** hoheren kunftigen Einkommen nicht nur der Nehmerländer, sondern auch der Welt insgesamt fuhren kann.

Zwar haben die privaten Kapitalmarkte in den siebziger Jahren den Ländern mit rnittlerem Einkommen große Beträge zur Verfugung gestellt, doch stand vielen Ländern, insbesondere denen mit niedrigem Einkommen, privates Kapital nur in begrenztem Umfang zur Verfugung. Fur diesen begrenzten Zugang zu privaten Mitteln sind verschiedene Faktoren mafigebend: (a) das staatliche Risiko, das die Kreditgewahrung beschränkt; (b) Kapitalmarkteingriffe in den Industrielandem, welche die Vergabe von Auslandskrediten durch bestimmte Finanzinstitute diskriminieren; (c) die Eigenschaft vieler Investitionen in Entwicklungsländern (insbesondere solcher in der grundlegenden Infrastruktur), zwar hohe soziale Ertrage, aber nicht ohne weiteres greifbaren Nutzen abzuwerfen beziehungsweise kurzfristig nur geringe oder uberhaupt keine Deviseneinnahmen zur Bedienung der kommerziellen Auslandskredite zu erbringen; (d) unzureichende Informationen der Kreditgeber über die Investitionsmoglichkeiten und die Rückzahlungskapazitat der Entwicklungslander und (e) die traditionelle Abneigung privater Banken gegeniiber langfristigen Finanzierungen.

Der letztgenannte **Punkt** ist besonders wichtig. Viele der Investitionen, die zur Schaffung der grundlegenden Voraussetzungen des Entwicklungs-

prozesses notig sind, — im Gesundheits-und Erziehungswesen, in der Agrarforschung und in einigen Infrastrukturbereichen — erzielen hohe Ertrage. Beispielsweise hat man fur Afrika den realen Ertrag der Grundschulerziehung auf 30 Prozent und der weiterfiihrenden Schulbildung auf iber 15 Prozent geschatzt. Zahlreiche Untersuchungen uber die Agrarforschung ergaben reale Ertragsraten, die deutlich hoher waren als 10 bis 15 Prozent. Aber diese Gewinne konnen erst im Laufe von dreißig bis vierzig Jahren anfallen, wobei in den Anfangsjahren keinerlei Ertrage erzielt werden. Das macht diese Investitionen für die private Finanzierung ungeeignet, so dafl zumindest in den Anfangsstadien des Entwicklungsprozesses offentliche Hilfe erforderlich ist.

Außerdem hangt die wirtschaftliche Entwicklung von mehr Faktoren ab als nur von der Akkumulation des Sachkapitals und der Verbesserung der menschlichen Ressourcen. Sie erfordert auch eine Entwicklung der Institutionen, den Transfer und die Anpassung von Technologie sowie ein geeignetes wirtschaftspolitisches System. Auslandische Privatinvestitionen konnen finanzielles und physisches Kapital, Technologietransfer und Managementleistungenals Paket zur Verfiigung stellen. Die ausländischen Investitionen verhielten sich jedoch nicht nur bei der Auswahl der Sektoren und Lander tendenziell sehr selektiv, wie in Kapitel 9 erortert. sondern standen auch nur begrenzt zur Verfugung. Auflerdem sind die benotigten Arten technischer Dienstleistungenund Mittel haufig auf den privaten Finanzmarkten nur schwer erhaltlich. Insbesondere Ländern mit niedrigem Einkommen konnte es auch an dem technischen Sachverstand fehlen, solche Mittel zu identifizieren, zu bewerten und zu erwerben. Offentliche Entwicklungshilfe kann ein Mittel sein, die von den Entwicklungslandern benötigte Kombination von Kapital, technischer Hilfe und wirtschaftspolitischer Beratung zur Verfugung zu stellen. Die Geber konnen zum Aufbau von Institutionen beitragen, die dann technische und wirtschaftspolitische Entscheidungen auf effizientere Weise treffen konnen. Durch ihre Hilfe bei der Schaffung einer grundlegenden Infrastruktur, bei der Entwicklung der Institutionen und durch die Unterstutzung einer marktorientierten Wirtschaftspolitik stimuliert die offentliche Entwicklungshilfe haufig direkt oder indirekt Zuflusse privater Mit-

Das Argument der Effizienz spricht fur ein **Tätig**werden des Staates, sagt aber wenig **darüber** aus, ob solche **Leistungen** zu konzessionaren oder nicht-

konzessionaren Bedingungen erfolgen sollen. Eine Begriindung fur offentliche Entwicklungshilfe zu konzessionaren Konditionen beruht auf Gerechtigkeitsiiberlegungen. Zwar wird konzessionare Hilfe auf freiwilliger Basis zur Verfiigung gestellt, doch läßt sie sich volkswirtschaftlich rnit einer einfachen Erweiterung des Arguments für eine progressive Besteuerung begründen, wobei ein Einkommenstransfer zwischen reichen und armen Ländern an die Stelle des Transfers zwischen hoheren und niedrigeren Einkommensgruppen innerhalb eines Geberlandes tritt. So gesehen konnen Industrielander mit hoherem Einkommen einen Teil ihrer inlandischen Steuereinnahmen zur Finanzierung von Übertragungen an Entwicklungslander mit niedrigem Einkommen verwenden, um dort den Lebensstandard der Bewohner direkt zu verbessern und auch um indirekt - durch die Ausweitung der Wirtschaftsaktivitat und des Außenhandels - die Wohlfahrt weltweit zu erhohen. Verglichen mit einem ähnlichen Zufluß von Finanzierungsmitteln zu Marktkonditionen, dient konzessionare Entwicklungshilfe diesem Ziel wirksamer, weil sie langfristig zu einem größeren Nettozufluß von Kapital führt.

Fur konzessionäre Unterstutzung kann aber auch ein praktischer Grund sprechen. In Ländern mit niedrigem Einkommen sind viele der von öffentlichen Investitionen und Dienstleistungen (beispielsweise im Gesundheits- und Erziehungswesen)direkt Begünstigten zu arm, um deren volle Kosten zu tragen — doch profitiert davon die Volkswirtschaft als ganzes. Da die Ertrage an irgendeiner Stelle der Wirtschaft auftreten, konnte argumentiert werden, daß die Regierung in der Lage sein sollte, sie sich teilweise durch Gebühren und Steuern zurückzuholen, um damit die Kreditaufnahmen zu Marktkonditionen zu bedienen. Allerdings kann die Zeitspanne, wahrend der die Ertrage anfallen, sehr lang sein, wodurch zeitliche Diskrepanzen zu den Schuldendienstleistungen fur kommerzielle Darlehen entstehen. Außerdem ist es fur Regierungen haufig aus sozialen, politischen oder administrativen Gründen schwierig, die Erträge derartiger Investitionen abzuschopfen, insbesondere wenn sie dazu bestimmt sind, das Einkommen und Wohlergehen der Armen zu verbessem. Auch wurde angefuhrt, daß in bestimmten Fallen - beispielsweise bei der Versorgung rnit sauberem Wasser und bei Immunisierungsprogrammen — der Versuch, die Dienstleistungen voll entgelten zu lassen, zu einem substantiellen Rückgang der Nachfrage der amen Bevölkerungsschichten fuhrt, was rnit volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verlusten verbunden ist.

Eine andere praktische Begriindung der konzessionären Entwicklungshilfe hängt mit der Tatsache zusammen, daß zur Bedienung der Auslandsschuld nicht nur die inlandischen Mittel aufgebracht, sondern daß sie auch in Devisen konvertiert werden müssen. Lander in einem frühen Entwicklungsstadium - in dem es einen großen Bedarf an Investitionen im Sozialbereich und in der Infrastruktur gibt - sind haufig rnit institutionellen und anderen Zwangen konfrontiert, die ihre Moglichkeiten zur raschen Ausweitung ihrer Exporteinnahmen beeintrachtigen. Da konzessionare Mittel nicht rnit einer so großen Schuldendienst- und Devisenlast verbunden sind wie Mittel zu Marktbedingungen, steigern sie die Fähigkeit dieser Lander, solche notwendigen Investitionen vorzunehmen.

Die Argumente zugunsten der konzessionaren Entwicklungshilfe gelten in erster Linie fur Länder rnit niedrigem Einkommen. Zwar müssen auch Entwicklungslander rnit mittlerem und hoherem Einkommen Investitionen in der grundlegenden offentlichen Infrastruktur tatigen, wo lange Reifungszeiten und externe Effekte vorherrschen, doch verfugen sie aufgrund ihrer starker entwickelten Volkswirtschaften über eine Basis, um vermehrt privates Kapital zu erhalten und auch die zur Bedienung kommerzieller Kredite erforderlichen Devisen zu erwirtschaften. Aber selbst in vielen Ländern rnit mittlerem Einkommen kann die öffentliche Entwicklungshilfeeine wertvolle Rolle spielen, da sie nicht nur langfristiges Kapital zu nichtkonzessionaren Bedingungen, sondern auch technische Unterstiitzung und wirtschaftspolitische Beratung zur Verfügung stellt. Sie kann auch als Katalysator fiir private Mittelflusse dienen und dazu beitragen, daß deren Volumen steigt und die Konditionen sich verbessern.

Wird davon ausgegangen, daß das okonomische Ziel der offentlichen Entwicklungshilfe letztlich darin besteht, die Allokation der Ressourcen zu verbessern und das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung zu steigern, so kann die Form der Entwicklungshilfe, die dieses Ziel am effektivsten fordert, je nach der spezifischen wirtschaftlichen Lage von Land zu Land erheblich variieren. Sie ist auch von den Moglichkeiten und Stärken des jeweiligen Geldgebers abhangig — andere Motive der Geber beeinflussen natiirlich auch die Art der Entwicklungshilfe, wie im nachsten Abschnitt erlautert wird. Im Hinblick auf den Entwicklungsprozeß lautet die zentrale Frage: Wo liegen die fundamentalen Hindernisse fur wirtschaftliches Wachstum, und wie kann die offentliche Entwick-

Sonderbeitrag 7.4 Wirtschaftliche Unterstützung durch die OPEC

Bis zum Jahr 1973 waren nur drei OPEC-Mitgliedsländer (Kuwait, Libyen und Saudi-Arabien) bedeutende Entwicklungshilfegeber. Der größte Teil ihrer Hilfsleistungen bestand in Zuschüssen zugunsten der öffentlichen Haushalte Ägyptens, Jordaniens und Syriens; in den Jahren 1970 bis 1972 betrug ihre Hilfe durchschnittlich gut 400 Mio Dollar pro Jahr. Die H i e der OPEC-Mitgliedsländer für langfristige Entwicklungsvorhaben bewegte sich vor 1973 im Jahresdurchschnitt zwischen 40 und 60 Mio Dollar und stammte nur aus zwei Quellen: dem Fonds von Kuwait und dem Fonds von Abu Dhabi.

Nach dem Anstieg der Ölpreise in den Jahren 1973/74 nahm die OPEC-Unterstützung sprunghaft zu. Während der Jahre 1974 bis 1977 betrugen die Netto-Auszahlungen im Durchschnitt jährlich 5 Mrd Dollar, daß waren fast 30 Prozent der gesamten ÖEH aus allen Quellen. Auch der Anteil dieser Hilfe am BSP der OPEC-Geberknder lag viel höher als bei den DAC-Geberländern, der in den siebziger

Jahren**zwischen 0,3** und **0,4** Prozent **des** BSP **betrug. Im** Jahr **1975 erreichte** der Anteil der ÖEH am BSP in Kuwait **7** Prozent, in Saudi-Arabien **8** Prozent, in den Vereinigten Arabiien **Emiraten** 12 Prozent **und** in Katar **16** Prozent.

Die Auszahlungen an ÖEH durch die OPEC erreichten 1980 einen Höhepunkt und sind seitdem nominal gerechnet um über 40 Prozent gesunken; sie machten im Jahr 1983 15 Prozent der weltweiten Leistungen von ÖEH aus (siehe Tabelle 7.4A). Dieser Rückgang spiegelt teilweise die sinkenden Öleinnahmen und die verschlechterte Zahlungsbilanzposition dieser Länder sowie den Konflikt in der Golfregion wider. Den stärksten Riickgang gab es im Iran, in Irak und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Kuwait und Saudi-Arabien stellten im Jahr 1983 90 Prozent der gesamten OPEC-We zur Verfügung.

Von der ÖEH der OPEC-Geber entfielen in den Jahren 1981 bis 1983 mehr als 80 Prozent auf bilaterale Programme. Über 85 Prozent der länderweise aufgeschlüsselten bilatera-

TABELLE 7.4A

Konzessionäre Entwicklungshilfeleistungen von OPEC-Ländern in ausgewählten Jahren, 1970 bis 1983
(Netto-Auszahlungen in Mio \$)

(A TOPPO A ADDINOSTINGOUS ALL ATRO WY							
Quelle	1970	1975	1980	1981	1982	1983 ^a	
Arabische Länder		A TOP AND			The state of		
Kuwait	148	946	1.140	1.154	1.168	995	
Katar		338	270	250	50	22	
Saudi-Arabien	173	2.756	5.943	5.664	4.028	3.916	
Vereinigte Arabische Emirate		1.046	909	811	402	100	
Andere OPEC-Geberländer	77	1.153	1.328	645	243	444	
Insgesamt	398	6.239	9.589	8.525	5.891	5.476	
Insgesamt in % des BSP	1,18	2,92	1,80	1,51	1,06	1,05	
Insgesamt in % aller ÖEH-Leistungen	4,8	28,3	24,0	22,7	15,9	15,1	
Arabische Länder insgesamt in % ihres BSP	4,04 ^b	8,50	4,48	3,45	2,65	2,98	

a. Vorläufig.

lungshilfe ihren Abbau oder ihre Beseitigung unterstützen? Damit vorhandene und künftige Investitionen einen wirksamen Beitrag zu einem starkeren Wirtschaftswachstum leisten konnen, sind in vielen Ländern wirtschaftspolitische Reformen erforderlich, damit volkswirtschaftliche Verzerrungen beseitigt werden, die eine effiziente Allokation der Ressourcen verhindern. Derartige wirtschaftspolitische Reformen benotigen jedoch im allgemeinen Zeit, bis sie positive Ergebnisse abwerfen, während sehr rasch zusätzliche Kosten entstehen konnen. Unter solchen Umständen kann eine nicht-projektgebundene Entwicklungshilfe sowohl die Durchfuhrung der notigen Reformen unterstutzen als

auch die während des Übergangsprozesses benötigten Mittel rasch zur Verfiigung stellen. Ahnlich konnen für Länder, die mit gravierenden Zahlungsbilanz- und Haushaltsproblemen konfrontiert sind, Beiträge zur Stabilisierung der Wirtschaft und zur Schaffung der Basis für kunftiges Wachstum und Investitionen innerhalb eines Gesamtpaketes von Maßnahmen und Programmen zur Unterstützung des Landes eine wichtige Komponente bilden. Zu solchen Beitragen gehoren: Die Finanzierung des Imports von Vorprodukten, die es erlauben, brachliegende Kapazitaten des privaten und offentlichen Sektors zu nutzen und damit das inlandische Angebot und den Export rasch auszuweiten, sowie die

b. Durchschnitt der Entwicklungshilfe gebenden Länder.

Quelle: OECD Development Co-operation.

len Auszahlungen flossen in arabische Länder und 10 Prozent in nichtarabische afrikanische Länder. Mehr als die Hälfte der gesamten biateralen OPEC-Hilfedient der allgemeinen Haushaltsfinanzierung, weniger als ein Fünftel der Projektunterstützung.

Im Rahmen ihrer bilateralen Programme haben vier der OPEC-Geberländer (Abu Dhabi, Irak, Kuwait und Saudi-Arabien) nationale Fonds errichtet, die einen bedeutsamen Teil ihrer Projekthilfe verwalten. Diese nationalen Fonds besitzen ein genehmigtes Kapital von 16 Mrd Dollar. Sie zahlten 1983 etwas weniger als 600 Mio Dollar aus, verglichen mit fast 900 Mio Dollar im Jahr 1980.

Von den 15 bis 20 Prozent der gesamten OPEC-Hilfe, die uber multilaterale Organisationen geleitet wird, fließen 40 Prozent an multilaterale Institutionen mit einer weltweiten Mitgliedschaft; IDA und IFAD sind die Hauptempfänger. Die übrigen 60 Prozent werden den von OPEC-Ländern getragenen multilateralen Institutionen zur Verfügung gestellt. Die größte ist der OPEC-Fonds, der 30 Prozent der multilateralen Beiträge der OPEC erhielt. Andere wichtige Organisationen sind der Arabische Fonds für wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die Islamische Entwicklungsbank und die Arabische Bank für wirtschaftliche Entwicklung in Afrika. Diese vier Institute verfügen über ein genehmigtes Kapital von fast 10 Mrd Dollar. Sie zahlten zwischen 1981 und 1983 netto durchschnittlich 360 Mio Dollar pro Jahr an ÖEH aus.

Die von der OPEC den Entwicklungsländern gewährte Unterstützung wird auch in Zukunft von ihrer Liquiditätssituation beeinflußt werden. Angesichts der gegenwärtigen Aussichten fiir die Ölpreise dürfte das Zusagevolumen der OPEC in den nächsten Jahren nicht nennenswert wachsen. Allerdings wird wohl das Auszahlungsvolumen an Entwicklungshilfe seitens der OPEC-Mitgliedsländer zunächst langsamer abnehmen als die Zusagen, da die Auszahlungen mit Verzögerung reagieren. Darüber hinaus dürfte die Kreditvergabe der von OPEC-Ländern gegründeten Entwicklungsinstitute wegen deren eigener Kapitalausstattung nicht so scharf zurückgehen wie die von OPEC-Ländern direkt an andere Staaten gewährten Kredite.

Finanzierung der Erhaltung und Wiederherstellung vorhandener Investitionsobjekte. Diese Formen der Unterstiitzung waren fur viele Länder mit mittlerem und niedrigem Einkommen besonders wichtig, bei denen der Zufluß privaten Kapitals mit dem Beginn von Schuldendienstschwierigkeiten iiblicherweise zurückgegangen ist.

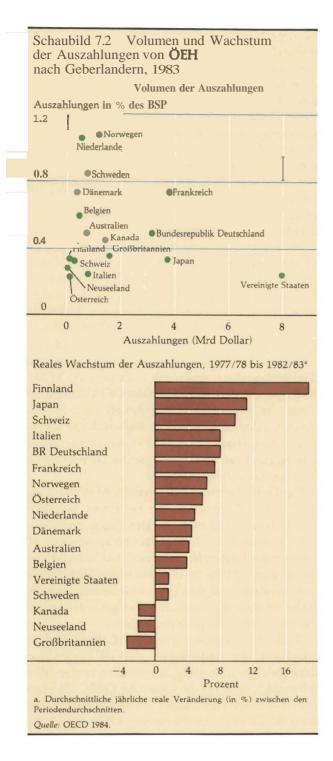
Ziele der Geber

Die Geberlander gewahren offentliche Entwicklungshilfe aus sehr verschiedenen Griinden: um die wirtschaftliche Entwicklung des Empfängerlandes zu unterstützen, um ihre eigenen strategischen, politischen und kommerziellen Interessen zu fördern, um traditionelle und kulturelle Verbindungen zu erhalten und um ihr humanitares Engagement zum Ausdruck zu bringen. Diese Biindelung von Zielen kann die Art und Weise der offentlichen Entwicklungshilfe beeinflussen — und ihre Wirksamkeit als Mittel zur Förderung der Entwicklung ernsthaft beeintrachtigen. Volumen und Wachstum der von verschiedenen Ländern bereitgestellten konzessionaren Unterstutzung (ÖEH) und deren relative Entwicklung sind in Schaubild 7.2 und im Sonderbeitrag 7.4 dargestellt.

In letzter Zeit vorgenommene Studien haben gezeigt, welche Rolle entwicklungsfremde Erwägungen bei der Verteilung von ÖEH einnehmen. Politische Interessen spielten zweifellos eine wichtige Rolle, wenn die Vereinigten Staaten in den Jahren 1981/82 39 Prozent ihrer bilateralen ÖEH an Ägypten und Israel vergaben; wenn Frankreich 38 Prozent seiner ÖEH in vier iiberseeische Provinzen und Territorien leitete, und wenn 42 Prozent der bilateralen und multilateralen ÖEH der OPEC-Mitgliedslander in zwei Lander, Jordanien und Syrien, flossen. Ähnlich werden die Bodenschatze Zaires und Sambias haufig als ein wichtiger kommerzieller Beweggrund für die amerikanische Entwicklungshilfe an diese Länder genannt.

Der Einfld entwicklungsfremder Motive auf die Entwicklungshilfe wird auch bei einem Vergleich der bilateralen und multilateralen Programme deutlich. Wahrend der Jahre 1980/82 kamen nur 40 Prozent der bilateralen Hilfe der DAC-Lander und weniger als 20 Prozent der bilateralen OPEC-Hilfe den Ländern mit niedrigem Einkommen zugute, wahrend dorthin zwei Drittel der gesamten multilateralen Entwicklungshilfe flossen.

Aderdem verlangen die DAC-Geber üblicherweise von den Empfangern, daß sie Waren und Dienstleistungen in den Geberlandern kaufen; dies gilt freilich nicht für die Geber der OPEC. Solchen Lieferbindungen unterlagen in den Jahren 1982/83 etwa 43 Prozent der bilateralen ÖEH aus DAC-Ländern, wahrend weitere 11 Prozent als teilweise gebunden klassifiziertwaren. Diese Angaben unterschatzen wahrscheinlich den Umfang der gebundenen Hilfe, da haufig formlose Absprachen bestehen, wonach Auftrage in den Geberlandern zu plazieren sind. Dies kann eine geringere Qualität der Waren und Dienstleistungen bedeuten, die haufig teurer und fur die Bedürfnisse des Empfangerlandes weniger geeignet sind. Untersuchungen uber die Kosten der Lieferbindung deuten darauf hin, daß sie den



Wert von Entwicklungskreditenum etwa 15 bis 20 Prozent, in Einzelfallen noch viel mehr, vermindert.

In den letzten Jahren haben die Geldgeber zunehmend Mischfinanzierungen angewendet, bei denen Entwicklungshilfe und Exportkredite kombiniert werden, um ihre kommerziellen Interessen zu fördern. Diese Art der Finanzierung kam die Handels-

strome verzerren und die Effektivitat der Entwicklungshilfe beeintrachtigen (vgl. Sonderbeitrag 7.5).

Im Gegensatz hierzu **erfolgen** die **meisten** aus multilateraler Hilfe resultierenden **Beschaffungen** im Rahmen internationaler **Ausschreibungswettbe**werbe. In der Tat besteht ein haufii genannter **Vorteil** der multilateralen Entwicklungshilfe darin, **daß** sie im allgemeinen **weit** weniger von **entwick**lungsfremden Interessen **beeinflußt** wird als die bilaterale Entwicklungshilfe.

Fordert Entwicklungshilfe den **Entwicklungsprozeß?**

Die Entwicklungshilfe ist immer kontrovers gewesen. Ihre Kritiker glauben entweder, daß sie häufig falsch angewendet wird, was ihre Moglichkeiten, den Entwicklungsprozeß zu fördern und die Armut zu bekampfen, gravierend beeintrachtigt, oder daß sie prinzipiell schadlich ist. Zwei unterschiedliche Auffassungen liegen der prinzipiellen Ablehnung der Entwicklungshilfe zugrunde:

Die eine Schule, die sich von der Theorie der Abhängigkeit ableitet, vertritt die Auffassung, die Unterentwicklung sei nicht allein ein Zustand fehlenden Fortschritts; vielmehr spiegele sie die aktive Ausbeutung der "Peripherie" durch die entwickelten Marktwirtschaften des "Zentrums" wider. Entwicklungshilfe ist danach ein Instrument, um die Vorherrschaft der Geberlander zu perpetuieren. Wem Entwicklungshilfe uberhaupt Vorteile brächte, dann würden diese lediglich dazu fuhren, daß Unruhen vermieden und die Entwicklungsländer im Zustand der Unterwerfung gehalten werden.

• Die andere Schule behauptet, daß Entwicklungshilfe unvermeidlich die Rolle des Staates ausweitet, die Marktsignale verzerrt und manche Investitionen finanziert, die der private Sektor vornehmen würde, wenn er die Chance dazu erhielte. Diese Kritiker argumentieren in der Tat auch damit, daß ein vom Staat unbeeinflußter privater Sektor sämtliche fiir die Entwicklung erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen konnte, so daß es fiir Entwicklungshilfe keine Rechtfertigung gibt.

Keine dieser beiden extremen Sichtweisen kann überzeugen. Die Kritiker der Entwicklungshilfe bieten wenig analytische Beweise fur ihre Auffassung und stutzen sich statt dessen auf anekdotenhafte Berichte von Fallen, in denen die Hilfe zu entwicklungsfremden Zwecken verwendet wurde oder Hilfsprojekte unzureichend geplant waren. Im

Sonderbeitrag 7.5 Mischfinanzierungen

Der Ausdruck Mischfinanzierung bezieht sich üblicherweise auf Kredite, bei denen Entwicklungshilfemittel mit offentlichen (oder Bffentlich garantierten) Handelskrediten, die der Finanzierung bestimmter Ausfuhren aus dem Kreditgeberland dienen, kombiniert werden. Bis zu den späten siebziger Jahren entfiel auf Mischfinanzierungen nur ein geringer Anteil der gesamten Entwicklungshilfeleistungen und der Exportkredite; die wichtigste Ausnahme bildete Frankreich, wo Mischfinanzierungen ein Standardelement des Entwicklungshilfeprogramms waren. Im Zuge der Rezession und der Zahlungsbilanzschwierigkeiten in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren, nahm jedoch in sämtlichen Industrieländern der Druck auf die Regierung zu, Mischfinanzierungen einzusetzen, um den Export zu fördern und mit den von anderen Geberländern angebotenen Mischfiianziemngen gleichzuziehen.

Die Angaben uber Mischfinanzierungen sind unzureichend. Das DAC bemuht sich, die Verfügbarkeit und Qualität der Angaben iiber die Verwendung der sogenannten "Verbundfinanzierung" zu verbessern; diese umfaßt sämtliche Handelsfinanzierungen, bei denen Mittel der ÖEH eingesetzt werden, besteht aber hauptsachlich aus Mischfinanzierungen. Zwar wurde das Volumen der Mischfiianzierungen für das Jahr 1975 auf insgesamt weniger als 1/4 Milliarde Dollar geschätzt, doch wurden für die Jahre 1981 bis 1983 von fünfzehn DAC-Ländern Verbundfinanzierungen in Höhe von etwa 10,5 Mrd Dollar gemeldet. Die in diesen Verbundfinanzierungen enthaltene ÖEH belief sich auf insgesamt 3.1 Mrd Dollar. Von der Gesamtsumme entfielen 45 Prozent auf Frankreich, gefolgt von Großbritannien mit 23 Prozent und Italien und Japan mit jeweils 9 Prozent.

Da Mischfinanzierungen weitgehend auf kommerziellen Überlegungen beruhen, ist es leicht möglich, daß sie die Entwicklungseffekte eines Geberprogramms verwässern. Mischfinanzierungen konnen Mittel zugunsten kapitalintensiver und importintensiver Projekte umlenken — etwa im Verkehrswesen, Fernmeldewesen und der Stromerzeugung. Sie haben eine inharente Tendenz, Projekte und Programme mit einem niedrigen Importanteil, wie etwa Projekte der ländlichen Entwicklung oder der medizinischen Grundversorgung zurückzudrängen, und erschweren insbesondere die Finanzierung von Landeswährungskosten. In den Jahren 1981 bis 1983 entfielen von den Verbundfinanzierungen 30 Prozent auf den Energiesektor, je 20 Prozent auf die Industrie und das Verkehrswesen, 10 Prozent auf den Nahrungsmittel-

und Agrarsektor, aber nur 2 Prozent auf das Gesundheitswesen und die soziale Infrastruktur. Desgleichen sind die Exporteure an einer Ausweitung der Mischfinanzierung auf Länder mit mittlerem und hohem Eikommen interessiert, wo die internationaleKonkurrenz am größten ist; dies würde Entwicklungshilfemittel zu Lasten der Under mit niedrigem Einkommen verlagern.

Die Befürworter der Mischfinanzierungen haben argumentiert, d& solche Kredite den Entwicklungsprozeß durch "Streckung" der ÖEH fördern konnen; daß sie den gesamten Mittelzufluß zu den Entwicklungsländern steigern; daß sie die Qualität der Exportkredite verbessern, da die Institutionen der Entwicklungshilfezur Beurteilung und Überwachung herangezogen werden; daß sie für Länder mit begrenzter Schuldendienstkapazität die Finanzierungskosten verringem; schließlich daß sie für Länder mit mittlerem Einkommen angemessenere, weniger konzessionäre Finanzierungsbedingungen bieten. Der sachliche Gehalt dieser Argumente ist jedoch umstritten. Nicht nur gibt es wenige Hinweise darauf, daß die Streckung der Entwicklungshilfe tatsächlich einttitt, sondern es wurde auch von Kritikern der Mischfinanzierung darauf hingewiesen, daß solche Effekte wirksamer auf andere Weise erreicht werden könnten, wie etwa durch die direkte Zuteilung eines begrenzten Hilfe-Volumens an ein Land. Das DAChat auf die Bedenken wegen möglicher Verzerrung im Bereich der Entwicklungshilfe und des Handels, die durch Mischfinanzierungen hervorgerufen werden können, reagiert und im Juni 1983, Leitsätze zur Verwendung von Entwicklungshilfegeldern im Verbund mit Exportkrediten und anderen Marktmitteln" aufgestellt. Diese Leitlinien zielten darauf ab, Verzerrungen im Bereich von Entwicklungshilfe und Handel dadurch zu vermeiden, daß eine größere Transparenz solcher Transaktionen hergestellt wurde und die Abwehrmaßnahmen gegen eine mögliche Zweckentfremdung von Hilfsgeldern für primär kommerzielle Ziele verstärkt wurden. Im Jahr 1984 beschloß das DAC Maßnahmen, urn die Meldungen der Mitgliedsländer uber Verbundfinanzierungen zu verbessern, und im April 1985 einigte sich der Rat der OECD auf ein wirksameres Melde- und Konsultationsverfahren sowie auf eine Erhöhung des bei solchen Transaktionen anzuwendenden Mindestzuschußelements. Im Sinne der Zielsetzungen des DAChat die Weltbank kürzlich mit einem Mitgliedsland eine Rahmenvereinbarung über Kofinanzierungen getroffen, die neben anderen Krediten auch Mischfinanzierungen betrifft.

Kern betrifft diese Kritik die Durchfuhrung der Entwicklungshilfe und nicht **ihre** prinzipielle Begründung.

Die Effektivitat der Entwicklungshilfekann auch als eine empirische Fragestellung untersucht werden. Ganz allgemein wäre festzuhalten, daß sich der Vorwurf, Entwicklungshilfe behindere den Entwicklungsprozeß, mit dem Fortschritt, den viele Entwicklungslander wahrend der vergangenen drei-Big Jahre gemacht haben, nicht vereinbaren läßt.

Ebensowenig stutzen die Fakten die Behauptung, daß Entwicklungshilfe den Staatseinfluß verstarke und die wirtschaftlichen Anreize untergrabt. Eine Reihe von Ländern, die bereits fruh Entwicklungshilfe erhalten haben, wie Brasilien, Kolumbien, Korea und Thailand, sind rasch gewachsen und verfugen iiber eine florierende Privatwirtschaft. Entgegen den Erwartungen der Abhängigkeitstheoretiker haben diese und andere Länder, die eine außenwirtschaftlich orientierte Strategie verfolg-

ten, bei der Steigerung des Volkseinkommens und der Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards die **größten** Erfolge erzielt.

Unbestreitbar muß in Entwicklungsländern der Staat eine zentrale Rolle ubernehmen beim Ausbau der grundlegenden Infrastruktur, der Verwaltung und der Qualifikation der Bevolkerung, wie sie fur ein langfristiges Wachstum erforderlich sind, sowie bei der Schaffung eines Umfeldes, in dem der private Sektor expandieren kann — eine Tatsache, die von den gluhenden Verfechtern der staatsfreien Wirtschaft im allgemeinen ignoriert wird. Wie bereits dargelegt, ist ein erheblicher Teil der öffentlichen Entwicklungshilfe in den Aufbau der grundlegenden Infrastruktur geflossen, die eine entscheidende Voraussetzung für eine moderne Privatwirtschaft ist. Entwicklungshilfe wurde auch eingesetzt, um Importe zu finanzieren, die eine Liberalisierung des Außenhandels des Landes erlaubten, und um andere entscheidende wirtschaftspolitische Reformen **zu** unterstutzen, mit **denen** die wirtschaftliche Leistungsfahigkeit verbessert sowie den Marktkräften und der Privatinitiative mehr Einfluß verschafft werden sollte. Außerdem kommt ein großer Teil der Entwicklungshilfe dem privaten Sektor direkt zugute: So profitieren im allgemeinen die privaten Landwirte von der Entwicklungshilfe im Agrarbereich, und ebenso wird ein Großteil der Mittel, die Institutionen der Entwicklungsfinanzierung zuflie-Ben, in private Industrieinvestitionen geleitet. Öffentliche Geldgeber, insbesondere die multilateralen Entwicklungsbanken, haben auch durch ihre Kofinanzierung mit privaten Partnern Zuflusse privater Mittel direkt gefordert.

Die Rolle der offentlichen Entwicklungshilfe bei der Unterstützung der Privatwirtschaft wird belegt durch die Analyse und die Schlußfolgerungen der 1982 erschienenen Studie des amerikanischen Schatzamtes über die multilateralen Entwicklungsbanken (MEB). Die Untersuchung ergab, daß nur-8 Prozent der Darlehen von MEB, welche Aktivitäten des offentlichen Sektors unterstiitzten, in einer Volkswirtschaft wie der amerikanischen eindeutig vom Privatsektor bereitgestellt worden wären. Die Untersuchung stellte fest, daß auch diese 8 Prozent eher noch zu hoch gegriffen seien, denn diese Aktivitaten wären angesichts des geringen Umfangs des Privatsektors in den meisten Entwicklungsländern ohne eine Finanzierung durch die MEB möglicherweise iiberhaupt nicht durchgefuhrt worden. Die Untersuchung kam auch zu der Schlußfolgerung, daß sich die wirtschaftspolitischen Auffassungen und Ratschlage der MEB im großen und

ganzen an allgemein ublichen marktwirtschaftlichen Grundsatzen orientierten.

Im Laufe der Jahre wurde in vielen Studien versucht, die Auswirkungen der Entwicklungshilfe auf den Entwicklungsprozeß präziser herauszuarbeiten und, wenn moglich, zu quantifizieren. Die umfangreichsten und systematischsten Versuche in dieser Richtung wurden mit der Prüfung einzelner Projekte unternommen. Was die Weltbank betrifft, so sind in den letzten zehn Jahren samtliche abgeschlossenen Darlehen und Kredite im Rahmen eines Projektpriifungsberichts oder eines Projektfertigstellungsberichts gepriift worden. Die Ergebnisse waren ubenviegend positiv. Von 504 Vorhaben, fiir die eine erneute Schätzung der wirtschaftlichen Ertrage durchführbar war, ließen 79 Prozent Erträge von 10 Prozent und mehr erwarten. Die durchschnittliche Ertragsrate, gemittelt mit den Projektkosten, belief sich auf fast 18 Prozent. Nach Sektoren aufgegliedert betrugen die Ertragsraten in der Landwirtschaft durchschnittlich mehr als 20 Prozent, im Verkehrswesen 18 Prozent und in der Industrie **knapp** 13 Prozent. Bei 93 Prozent von 459 Projekten, für die zum Zeitpunkt der Projektbewertung keine Erträge geschatzt wurden, lautete das Urteil, daß sie ihre wichtigsten Ziele im wesentlichen erreicht haben. Insgesamt wurden nur 14 Prozent der Projekte, die 9 Prozent der gesamten Investitionen ausmachten, im Zeitpunkt der Prüfung als unbefriedigend oder im Ergebnis unsicher bewertet. Zwar unterschieden sich die Ertragsraten bei den von der IDA an Lander mit niedrigem Einkommen herausgelegten Krediten kaum von den Ertragen der IBRD-Finanzierungen in den weniger armen Ländern, doch hat in letzter Zeit die Zahl der Projekte mit ungenugender Rendite zugenommen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Projekte in der Landwirtschaft sowie in Afrika.

Die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) und die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) haben ebenfalls eine Auswahl ihrer Darlehen ausgewertet. Die Ergebnisse waren weitgehend ähnlich: 60 Prozent und mehr ihrer Projekte haben ihre Ziele voll erreicht, rund 30 Prozent erreichten sie teilweise, und deutlich weniger als 10 Prozent erzielten unbefriedigende oder marginale Ergebnisse. Verschiedene bilaterale Geldgeber haben ebenfalls Bewertungsprogramme entwickelt. Dabei wird im allgemeinen auf die Quantifizierung der Projektergebnisse kein so großes Gewicht gelegt. Soweit aber einzelne Studien den Auswirkungen bestimmter Projekte nachgegangen sind, erwiesen sich diese zumeist als recht erfolgreich.

Dort, wo Fehlschlage auftreten, ist es wichtig, daß sie in die richtige Perspektive geriickt werden. Ein betrachtlicher Teil der Hilfe floß in Lander auf niedrigem Entwicklungsniveau, wo die Struktur der Institutionen und des Managements wenig tragfähig ist. Dort sind daher Investitionen, ob sie nun von privaten oder offentlichen Stellen vorgenommen werden, risikoreicher als in weiter fortgeschrittenen Ländern. Außerdem erhoht der innovative oder experimentelle Charakter mancher Projekte deren Risiken, aber die Lehren, die aus solchen Unternehmen gezogen werden — seien es nun Erfolge oder Fehlschlage —, konnen fur die Planung und Durchfuhrung kunftiger Vorhaben entscheidend sein.

Zur Beurteilung des Gesamteffektsaller einzelnen Projekte, und auch der Beiträge der Geldgeber zur Wirtschaftspolitik, wären Landeruntersuchungen offensichtlich besser geeignet. Auch sie sind mit Problemen verbunden, wobei die wichtigste Frage darin besteht, was ohne Entwicklungshilfe geschehen ware. Zwei neuere Studien - die eine wurde vom amerikanischen Außenministerium unterstutzt (Kruegerund Ruttan, 1983), dieandere fur den Entwicklungsausschuß von Weltbank und IWF durchgefuhrt - untersuchten die Rolle der Entwicklungshilfe bei der Forderung des Wirtschaftswachstums in zusammengenommen fast einem Dutzend Entwicklungslandern. Sie stellen fest, daß die Auswirkungen der Entwicklungshilfe von Land zu Land und im Zeitverlauf sehr unterschiedlich waren. Sie zeigen Bereiche auf, in denen die Ergebnisse hätten verbessert werden konnen. Aber beide Untersuchungen kommen zu dem Schluß, daß die Entwicklungshilfe im allgemeinen den Empfangerländern langfristigen Nutzen gebracht hat.

Eine andere zwangslaufige Schlußfolgerung dieser Untersuchungen besteht darin, daß viel von den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und der Tragfahigkeit der Institutionen der Empfangerlander abhängt - beides Bereiche, in denen sich die offentliche Entwicklungshilfe engagiert. Um einige bekannte Beispiele zu nennen: Als Korea zu einer liberaleren Handels- und Industriepolitik uberging, beschleunigte sich das Wachstum betrachtlich; die Wirtschaftsentwicklung in Ghana hat sich bis in die jungste Zeit von der des Nachbarstaates Elfenbeinkuste ebenso unterschieden wie die Wirtschaftspolitik: das raschere Wachstum in Indien resultierte in den vergangenen Jahren teilweise aus seinen wirtschaftspolitischen Reformen im Jahr 1980, und das allgemeine Ausbleiben von Fortschritten in den afrikanischen Ländern sudlich der Sahara ist zum

Teil in institutionellen und wirtschaftspolitischen Fehlern begriindet, die den dortigen Regierungen zunehmend bewußt werden.

Ein anderer Faktor, der in Landerstudien und Projektauswertungen wiederholt in Erscheinung tritt, ist die Zeit, die Investitionen brauchen, urn zu Ergebnissen zu fuhren — und damit die Bedeutung der Beharrlichkeit. In Korea schien der Ausbau des weiterfiihrenden Schulwesens in den vierziger und funfziger Jahren zunachst wenig Ertrag zu bringen; dasselbe galt fur auslandische Ausbildungsprogramme in den sechziger Jahren sowie Investitionen auf dem Verkehrs- und Stromversorgungssektor in den funfziger und friihen sechziger Jahren. Dennoch haben alle diese Programme eindeutig zu dem Mitte der sechziger Jahre einsetzenden raschen Wirtschaftswachstum des Landes beigetragen. Die indische Landwirtschaft begann bereits 1950 umfangreiche Unterstutzung zu erhalten, die jahrelang keine nutzlichen Ergebnisse hervorzubringen schien. Dadurch wurden aber die notwendigen institutionellen Voraussetzungen geschaffen, um im Zuge der grünen Revolution die sehr ertragreichen Getreidesorten einfuhren zu konnen.

Sowohl die detaillierten Bewertungen einzelner Projekte als auch die breiter angelegten Länderstudien sprechen entschieden dafiir, daß Entwicklungshilfe wirksam zum Entwicklungsprozeß beitragen kann und dies haufig auch der Fall ist. Wo sie Unzulanglichkeiten der Entwicklungshilfe aufgezeigt haben, gaben sie wertvolle Impulse fur eine effektivere Gestaltung der Hilfe - aus der Erfahrung zu lernen, war in der Tat ein wichtiger Teil des Entwicklungshilfeprozesses. Eines der Hauptziele der Bewertungsprogramme der Geberlander besteht denn auch darin, die Erfahrungen aus Erfolgen und Mißerfolgen festzuhalten und weiterzugeben. Die Effektivitat dieser Verbreitung von Erfahrungen nicht nur unter den Geldgebern, sondern auch in den Institutionen der Entwicklungshilfe, wird jedoch vielfach als unzureichend betrachtet. Die bei der Bewertung der Hilfe gesammelten Erkenntnisse müssen in viel größerem Umfang, als dies gegenwartig geschieht, zwischen den Geberlandern ausgetauscht und den Fuhrungskraften von Entwicklungsprojekten ubermittelt werden.

Es bleibt noch viel zu tun, um die beste Verwendung der Entwicklungshilfemittel sicherzustellen, insbesondere in den afrikanischen Ländern mit niedrigem Einkommen. Ein wichtiger Aspekt der Wirtschaftskrise Afrikas sind die niedrigen Ertrage der Sachinvestitionen, die weitgehend mit ausländischer Hilfe finanziert worden sind. Viele der von

Geberländern finanzierten Projekte haben bis zu ihrer Fertigstellung weit mehr Zeit als vorgesehen gebraucht und sind viel teurer gewesen. Auf diese Anlaufprobleme folgte häufig eine enttauschende Betriebsleistung, die zurückzuführen war auf einen Mangel an Personal, Ausriistungen und Materialien, eine ungenugende Instandhaltung und unzu-

langliche Verwaltung. In den schlimmsten Fallen war neue Entwicklungshilfe notig, um die Vorhaben von Grund auf zu sanieren. Im Hinblick darauf versuchen die Geldgeber ihre Hilfe so auszugestalten, daß sie den Problemen der Lander mit niedrigem Einkommen wirksamer begegnet.

Sonderbeitrag 7.6 Die Kreditgewahrung des IWF, ihre Rolle und ihr Volumen

Die erste Finanzierungstransaktion des Internationalen Währungsfonds fand im Jahr 1947 statt. Seit den friihen sechziger Jahren hat er seinen Mitgliedslandem Unterstutzung hauptsachlich durch Bereitschaftskredite gewiihrt. Im Rahmen eines Bereitschaftskreditssagt der IWF zu, während eines bestimmten Zeitraumes (üblicherweise ein Jahr, aber es komen auch bis zu drei Jahre sein) einen bestimmten Betrag seiner Mittel verfiigbar zu halten, den ein Mitgliedsland zur Unterstutzung eines vereinbarten Programms der wirtschaftlichen Anpassung verwenden kann, das auf die Wiederherstellung einer tragfähigen Zahlungsbilanzposition abzielt. Die Ziehungen verteilen sich auf die Laufzeit der Vereinbarung und hängen davon ab, wie das Land das Programm erfüllt. Seit der ersten Zusage im Jahr 1952 hat der IWF 548 Bereitschaftskredite im Gesamtbetrag von 50 Mrd SZR zugesagt (ein SZR entspricht gegenwärtig etwa einem Dol-

Während der sechziger Jahre waren die Mitgliedslander der Meinung, daß die Versorgung mit internationaler Liquiditat sich als unzureichend erweisen konnte. Sie beschlossen daher, im IWF eine Fazilitat für ein neues internationales Reservemedium zu schaffen — das Sonderziehungsrecht (SZR), das den IWF-Mitgliedern im Verhaltnis zu ihren Quoten zugeteilt wird. Seit 1969 hat der IWF Sonderziehungsrechte im Betrag von 21,4 Mrd SZR zugeteilt.

Nach dem Übergang der meisten wichtigen Industrieländer zu flexiblen Wechselkursen in den friihen siebziger Jahren und der Änderung des IWF-Übereinkommens im Jahre 1978, die den Mitgliedsländern die Wahl des Wechselkurssystems erlaubte, erhielt der IWF neue Kompetenzen hinsichtlich der strikten Überwachung der Wechselkurspolitik der Mitgliedsländer und der inländischen Wirtschaftspolitik, soweit sie die Wechselkurse beeinflußt. Der IWF ubt seine Überwachung hauptsächlich durch jährliche Konsultationen mit den meisten Mitgliedsländern aus, bei denen er sämtliche Aspekte der Wirtschafts- und Finanzpolitik eines Mitgliedslandes priift, die Auswirkungen auf die Wechselkurse haben könnten

Zusätzlich zu den Bereitschaftskrediten hat der IWF in Reaktion auf spezielle Bedürfnisse der Mitgliedsländer andere Fazilitäten eingerichtet. Im Jahre 1963 wurde die Fazilitat zur kompensierenden Finanzierung eingefuhrt, die den Mitgliedern Ziehungen auf den IWF zur Stutzung ihrer Zahlungsbilanz ermöglicht, wem sie mit zeitweiligen Exporteinb den konfrontiert sind. Diese Fazilität ist mehrere Male erweitert worden, und zwar sowohl hinsichtlichdes Zugangs zu den Mitteln als auch in Bezug auf den Katalog der kompensierbaren Einbden, zu denen nun auch Devisenausfälle im Dienstleistungsexport und durch Getreideimporte

gehoren. Wahrend der späten siebziger und friihen achtziger Jahre sind die Ziehungen im Rahmen der Fazilitat zur kompensierenden Finanzierung drastisch gestiegen auf 2,6 Mrd SZR im Jahr 1982 und 2,8 Mrd SZR in 1983. Im Jahr 1969 schuf der IWF die Fazilität zur Finanzierung von Rohstoff-Ausgleichslagern, die Mitgliedern in Zahlungsbilanzschwierigkeiten die Ziehung auf den IWF zur Finanzierung ihrer Beiträge zu internationalen Rohstoff-Ausgleichslagern ermoglicht, die bestimmte Kriterien erfüllen. Die Inanspruchnahme dieser Fazilität hielt sich sehr in Grenzen.

Der IWF hat auch erkannt, daß kurzfristige Bereitschaftskredite für Mitglieder mit tiefverwurzelten Zahlungsbilanzproblemen nicht immer die angemessenste Form der Unterstützung sind. Im Jahr 1974 richtete er die Erweiterte Fondsfazilitätein, um größere Kreditezw Unterstutzung von dreijahrigen Anpassungsprogrammen den Mitgliedern zur Verfügung zu stellen, deren Zahlungsbilanzprobleme durch Störungen der Produktions- und Handelsstrukturen verursacht waren und die verbreitete Kosten- und Preisverzerrungen aufwiesen. Bisher hat der IWF im Rahmen der Erweiterten Fondsfazilität 33 Kredite im Gesamtbetrag von 24,5 Mrd SZR zugesagt.

Angesichts spezieller weltwirtschaftlicher Probleme hat der IWF zeitweise auch besondere Maßnahmen ergriffen, wie etwa im Falle der IWF-Ölfazilitäten der Jahre 1974 und 1975. Desgleichen sind in Reaktion auf die besonders schwierigen Zahlungsbilanz- und Anpassungsprobleme vieler Mitglieder in den vergangenen fünf Jahren die Mitgliedsquoten im IWF 1980 und abermals 1983 erhöht worden. Sie belaufen sich nun auf uber 89 Mrd SZR.

Die mogliche Inanspruchnahme von IWF-Mitteln ist zunächst durch die zusatzliche Finanzierungsvorkehrung und später dann durch die Politik des erweiterten Zugangs ausgedehnt worden. Üblicherweise komten Mitglieder IWF-Mittel im Rahmen von Bereitschaftskrediten und zusätzlichen Fazilitäten während eines Jahres maximal bis zu 25 Prozent der Quote in Anspruch nehmen, wobei die kumulative Inanspruchnahme auf 100 Prozent der Quote begrenzt war. Die Ziehungen konnen nun pro Jahr 95 bis 115 Prozent der Quote ausmachen, bei einer kumulativen Obergrenze für die Netto-Ziehungen von 408 bii 450 Prozent der Quote, und zwar abhängig davon, wie schwerwiegend der Zahlungsbilanzbedarf und wie intensiv die Anpassungsanstrengungen sind. Zudem hat der IWF in letzter Zeit auch dazu beigetragen, für eine Reihe hoch verschuldeter Länder in gravierenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten zusatzliche Unterstützung aus offentlichen und kommerziellen Quellen zu mobilisieren.

Verbesserung der Effektivitat der Entwicklungshilfe

Wirtschaftliche Schwierigkeiten in den Entwicklungslandern und Haushaltsprobleme der Geberlander haben die Aufmerksamkeit auf die Erhohung der Effektivitat der offentlichen Entwicklungshilfe gerichtet. Die Geberlander reagierten darauf in dreifacher Weise: (a) durch eine stärkere Betonung wirtschaftspolitischer Reformen in den Empfängerländern, (b) durch die Entwicklungflexibler Formen der Hilfe, die auf die besonderen Bedurfnisse der Empfangerlander zugeschnitten sind und (c) durch eine bessere Koordination ihrer Hilfsprogramme.

Betonung wirtschaftspolitischer Reformen

Die Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Reformen, wie sie besonders im Zusammenhang rnit den externen Schocks zutage trat, die während der vergangenen zwolf Jahre viele Entwicklungslander getroffen haben, ist jetzt ein gemeinsames Anliegen von Geber- und Empfangerlandern. Der jungste Weltbankbericht mit dem Titel, "Toward Sustained Development in Sub-Saharan Africa" (Auf dem Wege zu einer dauerhaften Entwicklung in Afrika sudlich der Sahara) stellte fest: ,, Weder die wesentlichen Ziele der afrikanischen Entwicklung noch die wirtschaftspolitischen Erfordernisse zur Verwirklichung dieser Ziele sind umstritten, . . . der entstehende Konsens über die Wirtschaftspolitik läßt alle noch verbleibenden strittigen Fragen in den Hintergrund treten" (Seiten 2 bis 3). Es verbleiben natürlich noch Fragen zum zeitlichen Ablauf und zu den Einzelheiten dieser Reformen ebenso wie zu den Finanzmitteln, welche die Geberlander zur Unterstiitzung bereitstellen werden.

Der IWF hat bei der Forderung wirtschaftspolitischer Reformen in Ländern mit gravierenden Zahlungsbilanzproblemen haufig eine Schlusselrolle gespielt (vgl. Sonderbeitrag 7.6). Der Umfang seiner finanziellen Unterstutzung ist in den letzten fünf Jahren enorm gestiegen. Von Anfang 1981 bis Oktober 1984 beliefen sich die Nettoziehungen der Entwicklungsländer auf den IWF auf insgesamt fast 26 Mrd Dollar. Ende Oktober 1984 hatten einunddreißig Entwicklungslander Programme rnit dem IWF vereinbart, die insgesamt 13 Mrd SZR umfassen. Viele Entwicklungslander sind jedoch rnit großen und wachsenden Rückzahlungsverpflichtungen gegeniiber dem IWF konfrontiert. So werden die afrikanischen Länder sudlich der Sahara in

den nachsten Jahren rund 1 Mrd Dollar jahrlich an den IWF zuriickzahlen müssen.

Im Hinblick darauf, daß IWF-Mittel relativ kurzfristig sind, müssen sie durch langerfristige konzessionare und nichtkonzessionare Finanzierungenaus privaten und offentlichen **Quellen** erganzt werden. Um wirtschaftspolitische Reformen längerfristig zu unterstutzen, legte die Weltbank 1981 ihr Programm der Strukturanpassungsdarlehen (SAD) auf. Dieses beinhaltet eine enge Zusammenarbeit rnit den Kreditnehmern in der Entwicklungspolitik sowie bei der Umstrukturierung der Wirtschaft. Bisher sind mit sechzehn **Ländern**, darunter sechs in Afrika, SAD-Programme vereinbart worden. Andere Geber haben die Bank darin unterstutzt, im Rahmen solcher Programme rnit Entwicklungsländern zusammenzuarbeiten, und haben verschiedentlich rnit ihren eigenen bilateralen Programmen die Bemiihungen der Bank verstarkt. Im Prinzip erkennen die Geberlander an, daß nicht-projektgebundene Hilfe manchmal das wirksamste Mittel sein kann, um wirtschaftspolitische Reformen zu unterstutzen und Importe zu finanzieren, die eine Wirtschaft zur Fertigstellung, Sanierung und Instandhaltung bestehender Projekte braucht. Es wird geschatzt, daß bis zu ein Drittel der gesamten ÖEH auf nicht-projektgebundene Hilfen entfallt. Ein großer Teil dieser Hilfe ist fur besondere Zwecke bestimmt, wie Katastrophen-, Nahrungsmittel- und Entschuldungshilfen.

immer noch die Finanzierung einzelner Projekte. Projektfinanzierung ist eine sehr wirksame Form der Entwicklungshilfe. Abgesehen von der Finanzierung, bietet sie den Ländern institutionelle und andere technische Unterstutzung, die viele dringend benotigen. Die Vorliebe fur Projektfinanzierungen kann jedoch im Verein rnit einer mangelnden Koordination der Entwicklungshilfezu einer Ausuferung der Vorhaben führen, welche in den Empfängerländern die finanziellen und personellen Kapazitaten fur die Durchfuhrung, Überwachung und Erhaltung der Projekte stark belastet. Beispielsweiseversuchte Kenia zu Beginn der achtziger Jahre rnit 600 Projekten von sechzig Gebem fertig zu werden. Ähnlich verhielt es sich nach Schatzungen des UNDP in Malawi rnit 188 Projekten von funfzig Gebern, in Lesotho rnit 321 Projekten von einundsechzig Gebern sowie in Sambia rnit 614 Projekten von neunundsechzig Gebern. Bei solchen Größenordnungen kann die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe ernsthaft beeintrachtigt werden; in Afrika sudlich der Sahara durfte das Ausufern der Vorhaben sogar

Die meisten Geberlander bevorzugen jedoch

die Entwicklungsanstrengungen einzelner Länder unterminiert haben. Die Schlussel zur Lösung solcher Probleme sind die Erarbeitung klar umrissener Investitionsprogramme durch die Empfangerliinder und die Koordinierung ihrer eigenen Aktivitaten durch die Geber (wie weiter unten erortert).

Deckung des Bedarfs der Empfängerländer

Die Unterscheidung zwischen projektgebundener und nicht-projektgebundener Finanzierung sollte nicht zu weit getrieben werden. In der Tat konnen beide als Teil eines Spektrums von Hilfeleistungen betrachtet werden. Verschiedene Geldgeber, darunter die Weltbank, haben eine Vielzahl flexibler Hilfsformen entwickelt, die auf die besonderen Bedurfnisse der Empfangerlander zugeschnitten sind. Die Weltbank legte 1983 ein Sonderaktionsprogramm auf, das sich — in Reaktion auf den dringenden Bedarf der Entwicklungslander — auf eine Beschleunigung der Auszahlungen für die Wiederherstellung bestehender Kapazitaten und Fertigstellung vorrangiger Projekte konzentrierte.

Sonderbeitrag 7.7 IDA

Die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) ist gegenwärtig die größte einzelne multilaterale Quelle konzessionärer Mittel für Länder mit niedrigem Einkommen. Die IDA bietet zwar Mittel zu hochkonzessionären Bedingungen an, doch sind ihre Projekte im allgemeinen nach Reichweite und Anforderungen mit denen der IBRD identisch. Seit Gründung der IDA sind 27 Länder von IDA- zu IBRD-Kreditkunden avanciert, und 1 3 Länder einschließlich Indien erhalten eine Mischung von IBRD- und IDA-Mitteln.

Nach ihrer Errichtung im Jahre 1960 mit einer Erstzeichnung von 750 Mio Dollar sind die Mittel der IDA durch sieben Wiederauffullungen im Betrag von 40 Mrd Dollar aufgestocktworden. Wahrend der Jahre 1979 bis 1983 flossen über die Organisation 5 Prozent der Netto-Leistungen von ÖEH für die zugangsberechtigten Länder, also jene, die 1983 ein Pro-Kopf-BSP von höchstens 790 Dollar aufwiesen. Innerhalb dieser zugangsberechtigten Gruppe hat die IDA ihre Ausleihungen auf die ärmsten Länder konzentriert. Seit 1960 entfielen uber 80 Prozent der gesamten Zusagen auf Länder, die 1983 ein Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 400 Dollar erzielten. In den Jahren 1981 bis 1983 wuchs dieser Anteil der IDA-Zusagen auf 89 Prozent.

Seit Beginn der achtziger Jahre sind die Mittel der IDA zunehmend knapper geworden, weil die Beiträge zur sechsten Wiederauffüllung (IDA6) langsamer als erwartet flossen und zuletzt auch wegen des verminderten Umfangs der siebten Wiederauffüllung (IDA-7) — 9 Mrd Dollar verglichen mit 12 Mrd Dollar für IDA 6. Diese Kürzungen haben dazu geführt, daß die IDA-Ausleihungen, zu jeweiligen Preisen gerechnet, von jährlich 3.8 Mrd Dollar im Jahr 1980 auf 3,2 Mrd Dollar im Durchschnitt der drei folgenden Jahre zurückgegangen sind. Ein weiterer Rückgang der realen jährlichen Ausleihen ist fiir die nächsten Jahre zu erwarten.

Im Jahr 1980 trat China der IDA bei und wurde für IDA-Kredite zugangsberechtigt. Diese Erweiterung des Länderkreises führte, zusammen mit der gesamten Abnahme der IDA-Ausleihungen, zu einem scharfen Rückgang der Pro-Kopf-Kreditvergabe von durchschnittlich 2,24 Dollar in den Jahren 1978 bis 1980 auf einen Durchschnitt von 1,47 Dollar im Jahr 1984. In der IDA-7-Wiederauffüllungsrunde wird ein weiterer Rückgang der Pro-Kopf-Ausleihungen a d durchschnittlich 1,15 Dollar erwartet.

Damit die IDA ihre Mittel auf die ärmsten Länder konzentrieren kann, war es notwendig, Kreditobergrenzen für diejenigen Empfängerländer aufzustellen, die wirtschaftlich in der Lage sind, Kredite mit härteren Konditionen zu bedienen. Zu diesen Ländern, die eine Mischung von IDA-und IBRD-Krediten erhalten, gehoren Indien und China; bei strikter Anwendung der Zuteilungskriterien der IDA würden sie drei Viertel aller IDA-Mittel absorbieren. Durch die Obergrenze ist ihr Anteil betrachtlich unter dieses Niveau gesunken, und während der IDA-7-Runde wird er weiter zurückgehen, wobei Indiens Anteil abnimmt und Chinas Anteil steigt.

In den Jahren **1980** bis 1983 stieg **außerdem** bei einer Reihe von IDA-Empfängerländern, insbesonderein Afrika südlich der Sahara, der Bedarf an Auslandsfinanzierungen. Auf die Notlage der afrikanischen Länder südlich der Sahara hat die IDA in den letzten Jahren durch eine Umschichtung ihres Mitteleinsatzes zugunsten dieser Länder reagiert. Die Ausleihungen an diese Region erhöhten sich zwischen 1981 und 1984 auf durchschnittlich 32 Prozent der IDA-Zusagen, verglichen mit 24 Prozent in den drei Jahren zuvor. Eine weitere Steigerung ist geplant. Pro Kopf der Bevölkerung gerechnet haben die IDA-Ausleihungen an die afrikanischen Länder südlich der Sahara von durchschnittlich 2.10 Dollar in den Jahren1978 bis 1980 auf durchschnittlich 2,79 Dollar im Zeitraum 1981 bis 1984 zugenommen. Wegen der stark rückläufigen Mittel in der siebten Wiederauffüllungsperiode ist zu erwarten, daß die Pro-Kopf-Ausleihungen an die afrikanischen Länder südlich der Sahara sich ungefähr auf dem Niveau der ersten Hälfte der achtziger Jahre bewegen

In Anbetracht des Mittelbedarfs der afrikanischen Länder mit niedrigem Einkommen wurde auf einer Konferenz der Geberländer im Januar 1985 vereinbart, für diese Region eine Sonderfazilität zu schaffen. Diese Fazilität, die von der IDA verwaltet werden wird, ist ein wichtiger Beitrag zur Aufrechterhaltung eines angemessenen Niveaus konzessionärer Entwicklungshilfe für einige der ärmsten Empfangerlander der IDA. Diese Gelder werden zusammen mit den IDA-Krediten den wirtschaftspolitischen Dialog mit den Regierungen uber sektorale und institutionelle Anpassungen unterstützen, die für ihre wirtschaftliche Entwicklung von entscheidender Bedeutung sind.

In einzelnen Fallen haben bilaterale Geldgeber auch die Kosten in heimischer Währung und die laufenden Kosten von Projekten finanziert. Das DAC stellte 1979 seine "Leitlinien zur Finanzierung von Landeswährungs- und laufenden Kosten" auf und erganzte diese 1982 durch "Leitlinien zur Erhaltung und Starkung bestehender Versorgungseinrichtungen und Fazilitaten". Die direkte Finanzierung der Kosten in heimischer Wahrung durch DAC-Mitgliedsländer belauft sich bisher jedoch nur auf durchschnittlich rund 8 Prozent ihrer ÖEH.

Eine Herausforderung fur alle **Geberländer** ist es. relativ mehr konzessionare Mittel fur die Lander rnit niedrigem Einkommen zur Verfugung zu stellen. Es hat einige Fortschritte gegeben bei der Steigerung des Volumens und des Anteils der konzessionaren Hilfe zugunsten der Länder mit niedrigem Einkommen in Afrika. Ihr Anteil an der gesamten ÖEH hat sich seit Mitte der siebziger Jahre um rund 5 Prozentpunkte erhoht und beträgt nun annahernd ein Funftel der gesamten ÖEH. Bei dieser Zunahme scheint es sich jedoch weitgehend um eine Verlagerung der Entwicklungshilfe zu Lasten anderer Lander mit niedrigem Einkommen, wie etwa Indien, und nicht zu Lasten der Lander mit mittlerem Einkommen zu handeln. Indien und China, auf die 50 Prozent der Bevolkerung der Dritten Welt entfallen, erhalten gegenwartig zusammen nur 10 Prozent der gesamten Nettozuflüsse von ÖEH. Die Kurzung der IDA-Mittel, die fur die laufende Wiederauffullung zur Verfugung stehen, bedeutet eine weitere gravierende Beschrankung bei der Ausweitung der konzessionaren Mittelzuflusse zu den Ländern rnit niedrigem Einkommen (vgl. Sonderbeitrag 7.7).

Auf den Bedarf an vermehrter Entwicklungshilfe fur Afrika hat der oben **erwähnte** Weltbankbericht uber die afrikanischen Länder sudlich der Sahara deutlich hingewiesen. Der Bericht empfahl zusätzliche Hilfsmaßnahmen zur Unterstiitzung der wirtschaftspolitischen Refonnen, der strukturellen Anpassung sowie der Projektsanierung, und die Geberlander haben unlangst darauf reagiert, indem sie etwa 750 Mio Dollar an direkten Beitragen und rund 500 Mio Dollar an gemeinsamen Sonderfinanzierungen fur die Sonderfazilitat der Weltbank zugunsten Afrikas zugesagt haben. Verschiedene bilaterale Geldgeber haben ebenfalls ihre Afrika-Programme aufgestockt. Das "wirtschaftspolitische Reformprogramm" der Vereinigten Staaten soll während der nachsten funf Jahre bis zu 500 Mio Dollar an zusatzlichen Entwicklungshilfeleistungen den afrikanischen Ländern zur Verfugung stellen,

die sich verpflichten, ihre Preisstruktur und andere Bereiche der Wirtschaftspolitik zu reformieren. Die Zusagen für den afrikanischen Entwicklungsfonds der Afrikanischen Entwicklungsbank sind für die Jahre 1985 bis 1987 um 50 Prozent (500Mio Dollar) über die vorangegangene Wiederauffullung erhoht worden. Die durch diese Initiativen zur Verfiigung gestellten Mittel werden jedoch immer noch hinter dem Bedarf zuriickbleiben, und Vorausschatzungen lassen immer noch einen Rückgang der Nettozuflüsse konzessionarer Mittel zu diesen Ländern während der nachsten Jahre erkennen.

Koordinierung der Entwicklungshilfe

Eine wirksame Koordination zwischen den Gebern sowie zwischen Gebem und Empfangern ist erforderlich, um Überschneidungen und Haufungen von Projekten zu vermeiden, Infonnationen und Erfahrungen auszutauschen und die Gesamtwirkungen der Entwicklungshilfe zu verbessern. Bisher ist die Koordinierung bestenfalls oberflachlich gewesen, und viele Länder mit niedrigem Einkommen verfügen noch nicht uber ein eigenes System zur Koordination der Entwicklungshilfemittel und -programme. Geber und Empfanger haben diese Notwendigkeit zunehmend realisiert und begonnen, Abhilfe zu schaffen. Die Weltbank ist gerade im Begriff, die Zahl der Beratungsgruppen in Afrika südlich der Sahara von gegenwartig elf auf möglicherweise achtzehn zu erhohen. Die bestehenden Beratungsgruppen schenken vor allem sektoralen Problemen und der Verbesserungder Koordination innerhalb des betreffenden Landes ihre Beachtung (vgl. Sonderbeitrag 7.8).

Trotz dieser Bemuhungen um eine verbesserte Wirksamkeit der Entwicklungshilfe verbleiben noch erhebliche Hindernisse. Entwicklungsfremde Motive spielen bei den Entwicklungshilfeprogrammen immer noch eine wichtige Rolle. Sie konnen manchmal den Bemuhungen multilateraler Institutionen um einen wirtschaftspolitischen Dialog mit den Hilfeempfangern im Wege stehen. Ein hoher Anteil der Entwicklungshilfe bleibt liefergebunden; dieser Anteil nimmt keineswegs ab, sondem eher zu, insbesondere durch den Einsatz von Mischfinanzierungen. Zwar haben die Geberländer kürzlich versucht, Rahmenbedingungen zum Abbau der Mischfinanzierung zu vereinbaren, doch bleibt das Ergebnis ihrer Bemuhungen unklar.

Schließlich gibt das Gesamtvolumen der Entwicklungshilfe erheblichen Anlaß zur Besorgnis.

Sonderbeitrag 7.8 Koordinierung der Entwicklungshilfe

Die Koordinierung der Entwicklungshilfe ist seit den frühen Jahren der internationalen Hilfeanstrengungen Gegenstand von Diskussionen und zeitweise von Kontroversen gewesen. Der Ausdruck Koordinierung umschreibt ein breites Spektrum von Tätigkeiten: Es reicht von allgemeinen Diskussionen in einem internationalen Forum, uber regelmäßige Konferenzen der Geber- und Empfängerländer, die sich mit Entwicklungsproblemen und -politik der Empfänger sowie den Hilfsplänen der Geber befassen, zu eng begrenzten und sehr konkreten Maßnahmen seitens verschiedener Geber und eines Empfängerlandes im Zusammenhang mit bestimmten Projekt- oder Sektorhiien.

Auf internationaler Ebene haben die wichtigsten Geberländer von Entwicklungshilfe im Jahr 1961 den Entwicklungshilfeausschuß (DAC) der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gegründet. Dieser Ausschuß spielt eine zentrale Rolle bei (a) der Sammlung, dem Zusammentragen, der Analyse und der Verbreitung von Informationen über Programme und Politik der Entwicklungshilfe sowie (b) der Analyse und Diskussion von Entwicklungshilfefragen unter seinen Mitgliedsländern und der Formulierung allgemeiner Grundsätze der Hilfeleistung. Er hat sich jedoch im allgemeinen nicht mit der Analyse von Entwicklungsproblemen einzelner Länder befaßt oder die Programme der Geber in bestimmten Ländern zu koordinieren versucht.

Die Weltbank hat bei der finanziellen Unterstützung von Entwicklungshilfegruppen die Führung ubemommen, die vielfach Beratungsgruppenoder-konsortien genannt werden und eines der Hauptinstrumente der Koordinierung der Entwicklungshilfe für bestimmte Länder sind. Die emte Entwicklungshilfegruppe wurde 1958 für Indien eingesetzt. Seitdem gab es in etwa 30 Ländern eine oder mehrere Konferenzen dieser Entwicklungshilfegruppen, von denen zwanzig noch aktiv sind.

Die Entwicklungshilfegruppentreffen sich in der Regel im Abstand von einem oder zwei Jahren, bei einigen Ländern weniger häufig. Auf diesen Konferenzen werden im allgemeinen die Wirtschaftsanalyse des Landes durch die Weltbank, der Entwicklungsplan des Empfängerlandes und die gegenwärtigen und in Aussicht genommenen Hilfsprogramme der Geberländer besprochen. Diese Sitzungen bieten häufig praktisch die einzige Gelegenheit, Geber- und Empfängerlän-

der **zusammenzubringen** und die Entwicklungsprobleme **des** Entwicklungslandes sowie die Programme der **Geberländer** zu untersuchen.

Ein anderes Forum für die Koordinierung der Entwicklungshilfe bilden die Gesprachsrunden (Round Tables) des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP). Diese Gesprachsrunden, wenngleichnicht neu, haben seit der VN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder im Jahre 1981 eine zunehmende Bedeutung bekommen. Viele der ärmsten Länder verfügten zu dieser Zeit nicht uber offizielle Gremien zur Koordinierung der Hilfe und sahen in den Gesprachsrunden einen Weg, die Aufmerksamkeit der Geberländer auf ihre individuellen Entwicklungsprobleme zu richten; für die meisten dieser Länder hat mittlerweile eine solche Gesprächsrunde oder eine von der Weltbank geleitete Konferenz der Entwicklungshilfegruppe stattgefunden.

Andere Koordinierungsgruppensind auf internationaler, regionaler und sektoraler Ebene tätig. Dazu gehören der Sahel-Club, die Zentralamerikanische Konsultationsgruppe, eine Koordinationsgruppe fiir die arabiichen Fonds und die Konsultationsgruppe fiir internationale Agrarforschung (CGIAR). Ad hoc einberufene Konferenzen, wie die VN-Konferenz uber erneuerbare Energie und die VN-Konferenz uber Bevölkerungsfragen, haben ebenfalls Gelegenheitgeboten, Entwicklungsfragen zu diskutieren und die Koordinierung der Hilfe zu verbessern.

Alle diese Bemiihungen müssen durch engere Koordinierung vor Ort ergänzt werden. Auf verschiedenen Treffen der Entwicklungshilfegruppen kamen Geber- und Empfängerländer in letzter Zeit uberein, Parallelgruppen zu gründen oder auszubauen, die sich häufiger in den Empfängerländern treffen und sich hauptsächlich rnit Fragen der laufenden Projekte befassen sollen. Die Weltbank plant, in einigen afrikanischen Ländern Modelle der Vor-Ort-Koordinierung zu entwickeln, und zwar in Verbindung mit den Empfängerländern, dem UNDP, der Afrikanischen Entwicklungsbank und interessierten bilateralen Geberländern. In Afrika südlich der Sahara richtet sie eine Zahl neuer ständiger Missionen ein, verstarkt die bestehenden Missionen und organisiert neue Beratungsgruppen. In den meisten Fällen werden auch Untergruppen gebildet, die sich auf bestimmte Sektoren konzentrieren.

Die olimportierenden Lander mit niedrigem und mittlerem Einkommen sind gegenwartig mit schwenviegenden Schulden- und Zahlungsbilanzproblemen konfrontiert, die teilweise daraus resultieren, daß sie zur Finanzierung langfristiger Entwicklungsvorhaben wahrend der siebziger Jahre auf kommerzielle Kredite, insbesondere kurzfristige Handelskredite zurückgegriffen haben. In den afrikanischen Ländern mit niedrigem Einkommen hat der Schuldendienst rund 20 Prozent der Ausfuhrerlöse erreicht, bei den olimportierenden Ländern mit mittlerern Einkommen betragt er 25 Pro-

zent. Dies macht schwierige Stabilisierungs- und Anpassungsprogramme erforderlich. Diese Lander werden erhebliche Zuflusse an offentlicher Entwicklungshilfe benotigen, um ihre wirtschaftspolitischen Reformen durchzuführen, aufrechtzuerhalten und auszuweiten und die Bemiihungen um eine Umstrukturierung ihrer Entwicklungs- und Investitionsprogramme zu unterstutzen. Die gegenwärtigen Trends lassen jedoch folgendes erwarten: (a) einen betrachtlichen Rückgang der Netto-Kapitalzuflüsse zu den Ländern mit niedrigem Einkommen aufgrund der nominal stagnierenden Bruttozuflusse

und der erheblichen Zunahme des Schuldendienstes und (b) eine anhaltende Stagnation des Gesamtvolumens der Entwicklungshilfe oder bestenfalls eine geringe Zunahme. Im Ergebnis durften sich viele Entwicklungslander einer unerwiinschten Alternative gegeniibersehen: Entweder versuchen sie vermehrt kommerzielle Mittel aufzunehmen, wobei sie das Risiko eingehen, daß ihre Schuldendienstlast untragbar wird, oder sie schranken sich noch mehr ein, schaffen dadurch weitere wirtschaftliche Verwerfungen, verlieren die Moglichkeit, die vorhan-

denen Ressourcen besser zu nutzen und gefahrden durch die Kurzung von Investitionen ihr langfristiges Wirtschaftspotential. Für viele dieser Lander konnte dies bedeuten, daß ihr Pro-Kopf-Einkommen bis zum Ende dieses Jahrzehnts kaum oder gar nicht wachst. Beide Entwicklungen wären fur die Menschen in der Dritten Welt mit zusatzlichen Härten verbunden. Außerdem drohen sie, zu einem unnotigen Verlust an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und an weltweitem Wirtschaftswachstum zu fuhren.

8 Internationale Bankkredite und Wertpapiermärkte

In den letzten fünfzehn Jahren hat sich die Beziehung zwischen Geschäftsbanken und Entwicklungslandern gewandelt. Bis 1970 liehen die Banken den Entwicklungslandern relativ kleine Beträge zur Finanzierungdes Außenhandels und der dort ansässigen Tochtergesellschaften multinationaler Firmen. In den siebziger Jahren gingen die Banken dazu uber, als dynamischste und anpassungsfähigste Anbieter von Auslandsgeld — primär zur Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten - fiir die Entwicklungsländer bereitzustehen, bis sie Anfang der achtziger Jahre mit dem Schuldenproblem konfrontiert wurden. Die vergangenen drei Jahre waren fur viele Banken und ihre Schuldner in der Dritten Welt eine traumatische Erfahrung. Es kam zu einer Kürzung der Kreditgewahrung der Banken, die deutlich machte, auf welch unsicheren Grundlagen die Kreditbeziehungen zwischen Banken und Entwicklungslandern beruhten. Alle Beteiligten haben einige wertvolle Erfahrungen gemacht, die ihnen bei der Neuformulierung ihrer Beziehungen fur die Zukunft nutzlich sein werden. Anders als die Banken haben die Wertpapiermarkte als Geldgeber fur die Entwicklungsländer keine so große Bedeutung gehabt. In Anbetracht der Tatsache, daß die Märkte fiir traditionelle Anleihen und fur einige neue Anleiheformen in jüngster Zeit betrachtlich gewachsen sind, während die traditionelle Kreditgewahrung der Banken zuruckgegangen ist, stellt sich die Frage, ob die Anleihemarkte nicht in der Finanzierung der Entwicklungslander eine größere Rolle iibernehmen konnten.

Die Beziehungen zu den Banken

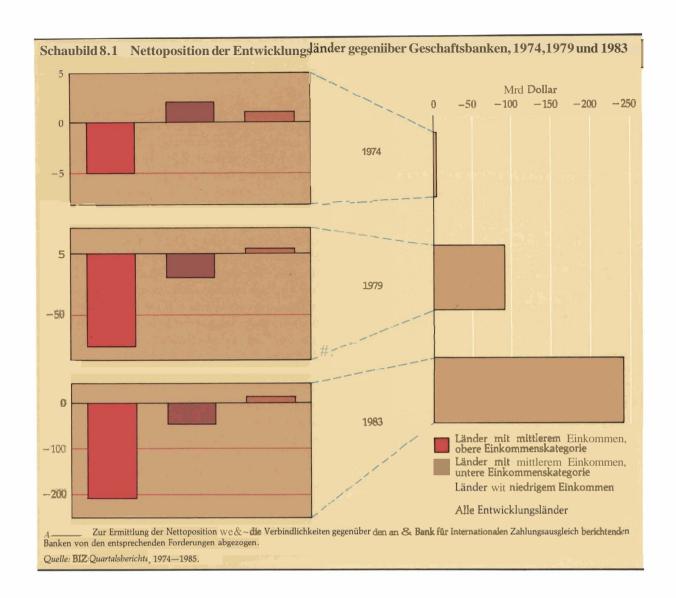
Zwischen den Banken und Entwicklungslandern bestehen umfangreiche und komplexe Geschäftsbeziehungen. Sie reichen vom bloßen Hereinnehmen von Einlagen zur kurzfristigen Kreditgewährung, zur Außenhandelsfinanzierung (sowohl rnit als auch ohne offentliche Garantien) und zur mittelfri-

stigen Darlehnsgewahrung (oft in Form des Konsortialkredits). All diese Geschafte schlagen sich in den Bilanzen der Banken nieder. Aber das bilanzneutrale Geschaft ist auch wichtig; dazu gehoren die Beratung in Fragen des Schuldenmanagements und der Reservehaltung und Bankgeschafte wie Akkreditive zur Abwicklung des Außenhandels.

Solche Geschäftsbeziehungen entstanden oft dadurch, daß die Entwicklungslander Währungsreserven bei den Banken anlegten. Wie Schaubild 8.1 zeigt, waren die Lander mit niedrigem Einkommen durchweg Nettoglaubiger der Banken, wahrend die Lander mit mittlerem Einkommen zu Nettoschuldnern geworden sind. In dieser unterschiedlichen Position spiegelt sich wider, daß die armen Länder selten kreditwurdig genug sind, um von den Banken Kredite zu bekommen.

Die Entwicklungsländer haben sowohl mit den Zentralen der internationalen Banken als auch mit ihren Niederlassungen an den Euromärkten Geschäfteabgeschlossen. Allerdingshaben viele Banken auch Niederlassungen in den Entwicklungslandernerrichtet, um übersie externe Finanzmittelins Landzuleiten, aber auch um das lokale Bankgeschaft zu betreiben. Insgesamt haben Banken rnit Sitz in den EntwicklungsländernindenletztenvierJahrenetwa36Prozent der von auslandischen Banken an die Entwicklungslander geliehenen Mittel durchgeleitet. Die heimischen Banken der Entwicklungslanderspielen bei der Beschaffung von Auslandsgeld für inlandische Kreditnehmer eine zunehmende Rolle und erweitern ständig ihren Geschaftsbereich (vgl. Sonderbeitrag 8.1).

Im Geschäft der internationalen Banken rnit den Entwicklungsländernwardie Kreditgewährungnicht nurdie wichtigste Sparte (vgl. Schaubild 8.2), sie hat auch zwischen 1973 und 1981 stark expandiert. In diesem Zeitraum nahmen die Forderungen der Banken gegenuber Entwicklungslandern durchschnittlich um 28 Prozent pro Jahr zu. Im Jahr 1973 betrug die gesamte internationale Neukreditgewahrung 33 Mrd Dollar, wovon 29 Prozent



Sonderbeitrag 8.1 Banken der Entwicklungsländer

In vielen Entwicklungsländern bedeutete die zunehmende Präsenz von Banken aus Industrielandern eine erhebliche Konkurrenz für die einheimischen Banken. Sie haben ihrerseits ihr internationales Geschäft ausgebaut, und zwar auf folgenden Gebieten:

- Eröffnung von Zweigstellen und Repräsentanzen an bedeutenden internationalen Finanzplätzen. Banken aus den Schwellenländern folgten oft einheimischen Gesellschaften ins Ausland, um deren Außenhandel und sonstige Aktivitäten zu fmanzieren. Andere Banken errichteten Niederlassungen in Ländern, wo Arbeitskrafte aus ihrem Heimatland tätig waren, um die Ersparnisse dieser Gastarbeiter zu repatrieren
- Kreditgewährung auf den Euromärkten. Ein Beispiel hierfür ist die State Bank of India, die einen großen Teil der von Indien aufgenommenen Konsortialkredite arrangierte und bei Krediten an eine Reihe anderer Länder eine Führungsrolle spielte. Mexikanische und brasilianische Banken waren

- ebenfalls als Konsortialführer aktiv, während einige arabische Banken zu bedeutenden internationalen Kreditgebern geworden sind (vgl. Sonderbeitrag 8.2).
- Geldaufnahme an den internationalen Interbankenmärkten. Durch ihre Teilnahme an internationalen Konsortien erwarben sich einige Banken aus Entwicklungsländern das Vertrauen des Interbankenmarktes und konnten dort gelegentlich Gelder zur teilweisen Refinanzierung ihres einheimischen Kreditgeschäfts aufnehmen. Sie erhielten damit die Mittel zu günstigeren Konditionen, als sie bei konventionellen Kreditaufnahmen erreichbar sind.

Die im internationalen Geschäft gewonnenen Erfahrungen der Banken aus Entwicklungsländern karnen auch ihrem einheimischen Geschäft zugute. Sie konnten sich dadurch nicht nur neue Geschäftszweige aufbauen und Markte erschließen, sie haben auch neue Techniken und Ideen in die Finanzsysteme der Entwicklungsländer eingebracht.



Anmerkung: Die internationale Kreditgewährung der Banken wird hier auf zwei Arten gemessen. Im oberen Teil des Schaubilds ist die Kreditgewährung einer bestimmten Auswahl von Berichtsbanken (und zwar der an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich berichtenden Banken) netto, d. h. nach Abzug von Tilgungen, dargestellt. Ab 1976 sind dabei Bewertungseffekte aufgrund von Wechselkursänderungen ausgeschaltet. Im unteren Teil wird eine wichtige Komponente des internationalen Kreditgeschäfts — die Gewährung von Konsortialkrediten — auf Bruttobasis dargestellt, d. h. T i werden hier nicht berücksichtigt. Allerdings liegen nur über die öffentlich bekanntgemachten Konsortialkredite Angaben vor.

Quelle: Fur die Netto-Kreditgewährung der Banken: Watson, Keller und Mathieson, 1984; für die Konsortialkredite: OECD, Financial Market Trends.

an Entwicklungslander gingen. Im Jahr 1981 erreichte die Neukreditgewahrung 165 Mrd Dollar, wovon 32 Prozent auf Entwicklungslander entfielen. Einen großen Teil dieser Kredite bildeten Euro-Konsortialkredite mit Laufzeiten zwischen fünf und zehn Jahren und zu variablen Zinsen. Die Neugewährung derartiger Kredite an die Entwicklungslander nahm von 7 Mrd Dollar im Jahr 1973 auf 45 Mrd Dollar im Jahr 1981 zu. Die meisten Konsortialkredite wurden von einer inneren Gruppe von fünfundzwanzig bis fünfzig großen Geschaftsbanken (im folgenden als "Banken der

ersten Garnitur" bezeichnet) mit Sitz in den Industrielandern arrangiert. Zeitweise beteiligten sich daran bis zu 3000 andere Banken (die "Banken der zweiten Garnitur"). Zu dieser Gruppe gehorten regional tatige Banken aus den Industrieländern, Banken aus Entwicklungs- und Staatshandelsländern sowie Konsortiumsbanken.

Zu Anfang der siebziger Jahre waren es vor allem die großen amerikanischen Banken, die ihr internationales Kreditgeschäft ausbauten, wobei ein betrachtlicher Teil der Gelder in die Entwicklungslander floß. Im Jahr 1977 erzielten die zwölf größten amerikanischen Banken fast die Hälfte ihrer gesamten Einkünfte im internationalen Kreditgeschaft. das zum uberwiegenden Teil mit Entwicklungslandern getatigt wurde. Als nachste Gruppe weiteten Banken aus verschiedenen anderen Ländern ihr internationales Engagement aus, insbesondere Banken aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Frankreich und aus Großbritannien. Die japanischen Banken iibernahmen ebenfalls eine wichtige Rolle, doch mußten sie zeitweise auf ungiinstige Entwicklungen der japanischen Zahlungsbilanz Rucksicht nehmen. Die Banken der zweiten Garnitur aus den Vereinigten Staaten beteiligten sich allmählich auch in zunehmendem Umfang. In jüngster Zeit war das Auftreten arabischer Banken besonders bemerkenswert (vgl. Sonderbeitrag 8.2), aber auch Banken aus anderen Entwicklungslandern wurden im internationalen Kreditgeschaft immer aktiver. Das Wachstum des internationalen Interbankgeschäftes (vgl. Sonderbeitrag 6.3 im Kapitel 6) erleichterte den nicht-amerikanischen Banken die Teilnahme an einem Markt, der im wesentlichen auf dem Dollar basierte. Dieser Interbankenmarkt ermoglichte die Verteilung von Dollar-Liquiditat uber das gesamte internationale Bankensystem.

Zwei Gründe waren vor allem dafür ausschlaggebend, daß sich die Geschaftsbeziehungen zwischen Banken und Entwicklungslandern in den siebziger Jahren so rasch ausweiteten: Zum einen die Verschiebungen im weltweiten Leistungsbilanzgefüge, zum anderen die zunehmende Bereitschaft und Fähigkeit der Banken, als Kreditvermittler zu fungieren.

Weltwirtschaftliche Ungleichgewichte und **Anlageentscheidungen**

Veranderungen des weltweiten Leistungsbilanzgefuges sollten der Theorie nach die Rolle der Banken

Sonderbeitrag. 8.2 Arabische Banken und das internationale Geschäft

Viele der etablierten arabischen Banken beteiligten sich im Laufe der siebziger Jahre am internationalen Kreditgeschäft, einige von ihnen durch die Gründung von Konsortiumsbanken zusammen mit Partnern aus westlichen Ländern. Zusätzliche Impulse gaben die arabisch beherrschten internationalen Banken und die Errichtung islamischer Banken (die eine Alternative zur riba, dem Zinsnehmen und -geben, anbieten). Manche Banken ließen sich an den neuen regionalen Finanzplätzen — Bahrain, Dubai und Kuwait — nieder und viele expandierten im Ausland. London weist die meisten arabischen Banken (60) auf, gefolgt von Paris (39), New York und Singapur (jeweils 19) sowie der Schweiz und Hongkong (jeweils 15). Arabische Banken haben auch in Entwicklungsländern Niederlassungen eroffnet.

Das Volumen der von arabischen **Banken** gefiihrten Euro-Konsortialkredite wuchs zwischen **1978** und **1980** zunächst langsam, und expandierte dann 1981 sehr kräftig (vgl. Tabelle 8.2A). In den Jahren 1983 und 1984 ging ihre Kreditgewährung — bei allgemein nachlassender Aktivität des Marktes - wieder zurück. Die Kredite der unter arabischer Führung stehenden Konsortien flossen etwa zu einem Viertel in die Industrieländer, den Rest erhielten Entwicklungsländer. In den Jahren 1978 bis 1980 erhielten arabische Entwicklungsländer den Löwenanteil der Kredite der arabischen Banken; in der Folge partizipierten andere Entwicklungsländer verstärkt daran. Die arabischen Banken haben sich überwiegend auf dem internationalen Interbankenmarkt refinanziert, wenngleich auch Gelder von OPEC-Ländern in gewissem Umfang über sie geleitet worden sein dürften. Einige spezialisierte arabische Banken sind im internationalen Emissionsgeschäft und im Bereich der Direktinvestitionen besonders aktiv.

TABELLE 8.2A

Von arabischen **Banken** gefiihrte Konsortialkredite, **1977** bis **1984** (in *Mrd* \$, *soweit nicht anders angegeben*)

Art der Kreditgewährung	1977	1978	1979	1980	1981	7982	1983	1984
Gesamte Kreditgewährung des Marktes	34	74	79	81	91	91	60	52
Arabisch geführte Konsortialkredite ^a	1,0	2,3	2,5	3,6	9,1	9.8	6,9	5,3
An Industrieländer	0,1	0.3	0,7	1,1	2,6	1,9	1,6	
An Entwicklungslander	0,9	2,0	1,8	2,5	6,5	7,9	4,6	
Arabisch geführte Konsortialkredite								
In Prozent der gesamten Kreditgewährung	2,9	3,1	3,2	4,4	10,0	10,8	11,5	10,2

Anmerkung: Die Angaben beziehen sich auf Eurokredite mit einer Laufzeit von mindestens 1 Jahr, die im jeweiligen Jahr öffentlich bekanntgemacht wurden.
a. Konsortialkredite, bei denen mindestens eine arabische Bank als Konsortialführer oder -mitführer fungierte.

Quelle: Für die gesamte Kreditgewährung des Marktes: OECD Financial Market Toerds: für die arabisch geführten Konsortialkredite: Middle East Economic Survey.

als Vermittler zwischen Kreditgebern und Kreditnehmern nicht beeinflussen. Diese Auffassung trifft aber nur dann zu, wenn a) alle Kreditgeber gleiche Portfoliopraferenzen aufweisen, b) die Banken alle potentiellen Kreditnehmer als gleichermafien kreditwiirdig ansehen, c) der Interbankenmarkt die Liquiditat ohne Reibungsverluste umverteilt. Sind diese Bedingungen nicht erfullt, so beeinflufit die Verteilung von Überschüssen und Defiziten in der Tat das Verhalten der Banken ganz erheblich.

Wahrend der siebziger Jahre haben sich sowohl das Ausmaß als auch die regionale Struktur der Leistungsbilanzsalden dramatisch verandert (vgl. Tabelle 3.1 im Kapitel 3). Die OPEC-Lander wiesen wahrend des größten Teils der siebziger Jahre betrachtliche Überschüsse auf und hatten zunachst eine ausgepragte Vorliebe für Bankeinlagen (vgl. Sonderbeitrag 6.2 im Kapitel 6). Sie bevorzugten den Euromarkt gegeniiber den nationalen Bankensystemen, unter anderem weil sie am Euromarkt

hohere Ertrage erzielen konnten. Im Laufe der siebziger Jahre ubertrugen die Ölimporteure umfangreiche Gelder von den nationalen Banksystemen der Industrielander auf die OPEC-Lander und damit letztlich auf die Euromarkte. Diese Verlagerung von Mitteln erhohte das Kreditpotential der Euromarkte.

Die hohere Liquiditat der Interbankenmarkte traf mit einer größeren Bereitschaft der Banken zur internationalen Kreditgewahrung zusammen. Nach der ersten drastischen Ölpreiserhöhung, als die Riickschleusung umfangreicher Gelder notwendig wurde, ernteten die Banken allgemein Lob für das erfolgreiche Recycling. Das Vertrauen in das Bankensystem wurde durch die Zentralbanken und die Einlagensicherungssysteme aufrechterhalten, die den Schutz der Einleger bei den grofieren Banken allmahlich erweiterten. Das Verhalten der Aufsichtsbehorden — genauer gesagt, die in sie gesetzten Erwartungen — gaben den Einlegern ein Gefühl

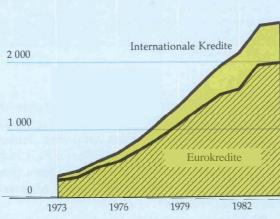
Sonderbeitrag 8.3 Die Entstehung der Euromärkte

Die Euromarkte — d. h. die Markte, auf denen Währungen außerhalb des jeweiligen nationalen Wirtschaftsgebiets gehandelt werden — gehen in ihren Ursprüngen auf die späten fünfziger und die frühen sechziger Jahre zurück. Zu ihrer Entstehung trugen verschiedene Faktoren bei.

- Die Staatshandelsländer hielten nur ungern Bankeinlagen in den Vereinigten Staaten und legten deswegen ihre Dollareinnahmen bei Banken in London an. Dem schlossen sich allmählich auch andere europäische Dollarbesitzer an, eine Entwicklung, die besonders ausgeprägt war, als die Vereinigten Staaten hohe Zahlungsbilanzdefizite verzeichneten.
- Auf Grund seiner Zahlungsbilanzschwierigkeiten beschränkte Großbritannien die Verwendung des Pfund Sterling im Auslandsgeschäft der britischen Banken, wodurch für diese ein starker Anreiz entstand, ihr Fremdwährungsgeschäft auszubauen.
- Ende 1958 hatten die wichtigsten Industrieländer die volle Konvertibilitat ihrer Währungen wiederhergestellt. Die neue Freizügigkeit gab dem intemationalen Bankgeschäft einen starken Impuls.

Schaubild 8.3A Ausstehende internationale Kredite und Eurokredite, 1973 bis 1984

Mrd Dollar 2 800



Anmerkung: Gezeigt ist jeweils der Stand am Jahresende; für 1984 ist der Stand am Ende des dritten Quartals angegeben.

Quelle: BIZ Quartalsberichte, 1974 bis 1985.

Das Wachstum der Euromärkte wurde außerdem durch gewisse geldpolitische Vorschriften in den USA stimuliert. So bestimmte die Regulation Q beispielsweise Obergrenzen für die Zinssatze, die in den Vereinigten Staaten ansässige Banken auf Einlagen von Inländern gewahren durften. Da die Marktsätze häufig die festgesetzten Höchstsätze überschritten, waren Einlagen bei Eurobanken, die durch die Regulation Q nicht gebunden waren, naturgemäß attraktiv. Außerdem mußten Banken in den Vereiniiten Staaten unverzinsliche Mindestreserven halten. Durch die Übertragung von Dollareinlagenauf ihre Auslandsfilialenoder-töchter konnten die amerikanischen Banken die Bindung von Geldern in der unverzinslichen Mindestreserve umgehen.

Allgemeine Kapitalverkehrskontrollen trugen ebenfalls zum Wachstum der Euromärkte bei. Ein Beispiel dafür ist das 1965 in den Vereinigten Staaten eingeführte "Freiwillige Programm zur Beschränkung von Auslandskrediten" (Voluntary Foreign Credit Restraint Program, VFCR). Das VFCR sollte insbesondere das Wachstum der Auslandskredite der amerikanischen Banken begrenzen. An ihrer Stelle nahmen die Auslandsfilialen — die dem VFCR nicht unterlagen — Gelder herein und liehen sie außerhalb des Kreditplafonds wieder aus. Von 1964 bis 1973 nahm die Zahl der amerikanischen Banken mit Filialen im Ausland von 11 auf 125 zu; gleichzeitig stieg die Zahl der Filialen von 181 auf 699.

Gegen Ende der sechziger und zu Anfang der siebziger Jahre dehnten sich die Euromarkte, die zunächst in Westeuropa (mit Schwerpunkt in London) beheimatet waren, auf eine Reihe anderer, "Offshore-Zentren" aus. Dabei handelte es sich in der Regel um kleine Territorien, deren Steuer-, Devisen- und Bankgesetze das internationale Bankgeschäft begünstigten. Die Banken an diesen Plätzen fungierten als Umschlagplatz für Auslandsgeld; sie nahmen von Ausländem Fremdwährungseinlagen herein, die sie an ausländische Kreditnehmer wieder ausliehen. Offshore-Zentrenwurden in der Karibik, in Lateinamerika, im Nahen Osten und in Sudostasiene ingerichtet. Eine neuere Entwicklung dieser Art sind die International Banking Facilities (IBFs) in den Vereinigten Staaten, durch die der Standort des amerikanischen Bankgeschäfts wieder ins Inland zurückverlagert werden soll.

Da die in heimischer Währung herausgelegten Auslandskredite in letzter Zeit stark zugenommen haben, ist nunmehr der Gesamtbetrag aller Auslandskredite der geeignetste Maßstab für das intemationale Kreditgeschäft; die Eurokredite sind in dieser Summe mit enthalten. Das Schaubild 8.3 A zeigt das Wachstum der insgesamt ausstehenden Auslandskrediteder Banken zusammen mit der Entwicklung der Eurokredite.

der Sicherheit und forderten den **Geldzufluß** zu den **Banken**. Dies mag die **Banken ihrerseits dazu** bewogen haben, hohere Kreditrisiken einzugehen, als sie das **sonst getan hätten**.

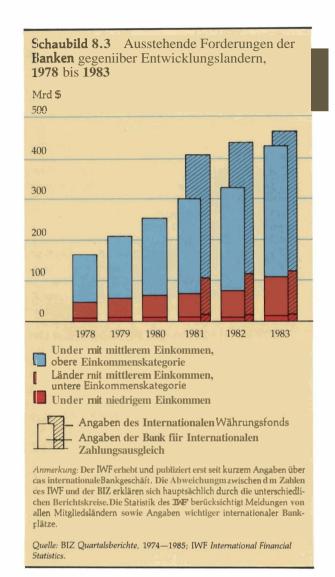
Auch die Präferenzen der Entwicklungslander trugen zum Wachstum der Bankkredite in den siebziger Jahren bei. Zu einer Zeit, da andere Finanzierungsquellen **nur sehr** langsam **expandier**ten, **waren** Bankkredite fiir die Entwicklungsliinder wegen ihrer vielseitigen Verwendbarkeit, ihrer Flexibilitat sowie der Verfiigbarkeit **großer Beträge** attraktiv. Die Entwicklungsliinder **wußten** natiirlich auch die niedrigen bzw. negativen **Realzinssät**ze der **Banken** zu schatzen, verglichen mit der

Konditionalitat mancher offizieller Finanzierungen und den hohen Bonitatsanforderungen der **Anleihe**markte.

Das Angebot der Banken

Zusatzlich zu den gesamtwirtschaftlichen Faktoren, die das Wachstum der Bankkredite wahrend der siebziger Jahre begunstigten, wirkten verschiedene rnit dem Verhalten der Banken zusammenhangende Einfliisse in die gleiche Richtung.

- Die zunehmende Leistungsfähigkeit des intemationalen Bankwesens. Ebenso wie viele andere Wirtschaftsbereicheprofitierte auch das Bankwesen von Innovationen, die seine Produktivitat steigerten. Das Wachstum der Euromarkte (beschrieben in Sonderbeitrag 8.3) war dabei von besonderer Bedeutung, denn die Eurobanken unterlagen keiner Mindestreservepflicht. Sie konnten deshalb sowohl den Einlegern hohere Zinsen bieten als auch von den Kreditnehmern niedrigere Satze verlangen als andere Banken. Der Markt funktionierte auch insoweit effizient, als er sehr große Kredite in kurzer Zeit aufbringen konnte.
- Veranderte Anlageziele und -präferenzen der Banken. In den siebziger Jahren vollzog sich im Anlageverhalten der Banken ein radikaler Wandel; sie legten nunmehr auf das Wachstum ihres Geschaftsvolumens größeren Wert als auf den unmittelbaren Ertrag ihrer Aktiva oder andere Rentabilitatsziffern. Das internationale Kreditgeschäft trug zur Realisierung dieses Ziels bei, da gleichzeitig die heimische Kreditnachfrage schwach war und die Banken durch eine leichte Geldpolitik reichlich rnit Liquiditat ausgestattet waren. Das Auslandskreditgeschaft bot sich außerdem zur Diversifikation des Kreditportefeuilles an, in der man ein Mittel zur Verringerung des Gesamtrisikos sah, denn das heimische Kreditgeschaft wies oftmals hohere Ausfallquoten auf. Die Banken sahen in den Wachstumserfolgen vieler Entwicklungslander ein Indiz dafur, daß Kredite an diese Länder relativ zu den Risikenhohe Ertrage bringen wurden. Abgesehen von den im Kreditgeschaft erwarteten unmittelbaren Ertragen wollten die Banken umfassendere und gewinntrachtigere Geschaftsbeziehungen zu den Entwicklungslandem aufbauen.
- Die Entwicklung von Instrumenten zur Bewaltigung des staatlichen Risikos. Eine wichtige Neuerung, die dazu beitrug, daß die Banken ihre Bedenken hinsichtlich des staatlichen Risikos zuriickstell-



ten, war die Einfuhrung einer reziproken Verzugsklausel fur offentlich garantierte Schulden. Eine reziproke Verzugsklausel bestimmt, daß der Verzugsfall fur den betreffenden Kredit als eingetreten gilt, wenn der Schuldner rnit irgendeinem anderen Kredit in Zahlungsverzug gerat. Dies starkte die Garantien für Kredite an offentliche Schuldner und verwischte die Risikounterschiede zwischen einzelnen Schuldnern oder Projekten innerhalb eines Entwicklungslandes. Die Banken legten dementsprechend auf die Wirtschaftlichkeit der von ihnen finanzierten Einzelprojekte weniger Gewicht als auf die gesamtwirtschaftliche Situation in den Schuldnerlandern. Bei Zahlungsverzug eines Schuldners in einem Entwicklungsland wiirden die reziproken Verzugsklauseln zudem sicherstellen, daß alle kreditgebenden Banken davon betroffen wären. Daraus ergab sich fur einen Schuldner, der Probleme

Sonderbeitrag 8.4 Die Bankenaufsicht und ihr Einfluß auf die Kreditgewahrung an Entwicklungsländer

Die Bankenaufsichtsbehordender Industrieländer versuchen auf verschiedene Weise zu gewahrleisten, daß sich die Banken bei der Kreditvergabe und in ihrer Bilanzpolitik vemiinftig verhalten.

- Die Beurteilung der Angemessenheit des Eigenkapitals. Um für den Fall von Verlusteneine ausreichende Kapitalausstattung der Banken zu gewahrleisten, schreiben die Aufsichtsbehörden in der Regel ein bestimmtes Verhältnis zwischen dem Eigenkapital und den gesamten Aktiva vor. Die Ausgestaltung der Eigenkapitalquote und ihr vorgegebenes Niveau sind in jedem Land verschieden, üblicherweise liegt die Eigenkapitalquote aber zwischen 4 und 6 Prozent d. h., auf der Basis von 4 bis 6 Mio Dollar Kapital können 100 Mio Dollar Kredit gewährt werden. Bei der Berechnung der Eigenkapitalquote werden von manchen Aubichtsbehorden die Aktiva nach ihrem Risikogehalt gewichtet: je hoher das Risiko eines Kredites ist, desto mehr Kapital benötigt eine Bank zu seiner Unterlegung.
- Großkreditbeschränkungen. Die Bankenaufsicht beobachtet besonders aufmerksam, wie die Banken ihre Kredite streuen, denn eine zu hohe Konzentration von Risiken soll vennieden werden. In den letzten Jahren traten verschiedene mit dem internationalen Kreditgeschaft verbundene Risiken gleichzeitig ein, wodurch die Notwendigkeit einer Starkung der Eigenkapitalbasis der Banken unterstrichen wurde. Die Aufsichtsbehorden verlangen in der Regel, daß Kredite an einen einzelnen Schuldnereinen bestimmten Prozentsatz des Eigenkapitals der jeweiligen Bank nicht überschreiten diirfen oder daß die Summe der Großkredite auf ein Vielfaches des

Eigenkapitals beschrankt wird. In einigen Ländern werden die Schuldner bei der Ermittlung der Großkreditkennziffern konsolidiert, d. h. Kredite an zwei oder mehr Tochtergesellschaften eines Konzems zählen als einheitlicher Großkredit. Die in einem bestimmten Land ansässigen Schuldner werden in der Regel nicht konsolidiert, so daß die Banken an eine Vielzahl von Untemehmen eines Landes Kredit gewähren können, ohne die Großkreditgrenze zu erreichen. Die Großkreditvorschriften wurden nicht allgemein verschärft, Da aber die Schulden der Entwicklungslanderdurch neue Finanzierungspakete fiir die jeweiligen Regierungen abgelöst werden und die Regierungen manchmd auch Schulden des privaten Sektors iibernehmen, konzentrieren sich diese Kredite immer mehr bei einem einzelnen Schuldner, so daß moglichenveise die Großkreditgrenzen erreicht werden.

• Rückstellungen für Kreditausfälle. Die Aufsichtsbehörden haben in den letzten Jahren verstärkt darauf geachtet, daß die Bilanzen der Banken ein zutreffendes Bild der Qualität ihrer Aktiva vermitteln, und haben deshalb die Bildung von Rückstellungen auf eventuelle Kreditverluste durch die Banken gefordert. Die Vorschriften über Rückstellungen — d. h. die Einbehaltung von Mitteln, um potentielle allgemeine oder spezifische Forderungsausfälle abzudecken — variieren von Land zu Land betrachtlich. Die bilanzielle und steuerliche Behandlung von Forderungsausfallen kann die Rentabilitat des Kreditgeschäfts der Banken mit bestimmten Ländern, und damit ihr Kreditangebot, erheblich beeinflussen. Bilanziell geht es um die Frage, ob die Ruckstellungen auf das Eigenkapital der Bank anrechenbar sind; dies kann

mit der Bedienung seiner Schuld hatte, ein starker Anreiz, eine Umschuldung zu beantragen, statt in Zahlungsverzug zu geraten. Solche Kredite schienen den Banken somit weniger risikotrachtig zu sein. Zudem war unter den Banken die Meinung weit verbreitet, daß Kredite an offentliche Schuldner weniger riskant seien als Kredite an die einheimische Wirtschaft, da souverane Staaten nicht in Konkurs gehen konnten. Diese Sicht der Dinge trug zur Expansion des Kreditgeschäfts bei und ermöglichte die gunstigen Konditionen (Zinsspanne und Gebiihren), die bei vielen Krediten vereinbart wurden.

• Neuerungen im Bankwesen. Die Banken zeigten sich sehr geschickt in der Entwicklung von Kreditinstrumenten — wie des Konsortialkredits — die ihre Anlagestrategie (namlich Diversifizierung des Landerrisikos und Minimierung des Zinsrisikos) mit den Wunschen der Schuldner (nach langen Laufzeiten und hohen Betragen) in Übereinstimmung brachten. Diese Neuerung insbesondere machte es den Banken moglich, langfristige Kredite auf Basis kurzfristiger Einlagen auszureichen, also

eine Fristentransformation vorzunehmen, ohne selbst ein Zinsanderungsrisiko einzugehen, da die Kreditzinsen an einen kurzfristigen Zinssatz (LI-BOR) gebunden wurden. Allerdings zeigte sich, daß die Schuldner damit starkeren Schwankungen des Schuldendienstes ausgesetzt waren. Eine andere wichtige Innovation bildete das Einlagenzertifikat (und seine Varianten), das es den Banken ermöglichte, ihren Einlegern ein marktfähiges und hochverzinsliches Aktivum anzubieten und zugleich ihre Verbindlichkeiten flexibel zu steuern.

• Wandel des währungs- und kreditpolitischen Umfelds. Die Veranderungen der staatlichen Rahmenbedingungen des Bankgeschäfts waren zumeist der Kreditgewahrung an Entwicklungslander förderlich. Die Industrieländer lockerten ihre Devisenkontrollen oder schafften sie ganz ab, was es den Banken erlaubte, ihre inlandischen Einlagen auch fur Auslandskredite zu verwenden. Das Wachstum der kaum kontrollierten Offshore-Bankplatze (vgl. Sonderbeitrag 8.3) gab dem internationalen Kreditgeschaft ebenfalls einen betrachtlichen Impuls. Vorschriften wie das Erfordernis einer bestimmten

sich auf ihr Kreditpotentialauswirken. Steuerlich geht es um die mögliche Absetzbarkeit der Ruckstellungen oder Wertberichtigungen bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Gewinnes der Banken. In verschiedenen europäischen Ländem profitieren die Banken hier von einer relativ großzügigen steuerlichen Behandlung, in den Vereinigten Staaten und Japan aber war der Spielraum für steuerlich absetzbare Rückstellungen weniger groß.

In Anbetracht der von Land zu Land unterschiedlichen Normenund Praktiken der Bankenaufsicht bemühen sich die Zentralbanken im Rahmen des Cooke Committee¹), das unter der Schirmherrschaft der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zusammentritt, um eine Harmonisierung. Gegenwartig geht es den Aufsichtsbehörden um die Einbeziehung von Filialen und Tochtergesellschaften in die Ausweise der Mutterbanken. Der Übergang zu konsolidierten Ausweisen, mit dem Zwang zur Einhaltung der Eigenkapitalund Großkreditvorschriften auf weltweiter Basis, konnte die Kreditgewährung an die Entwicklungsländer bremsen. Andererseits aber kann eine wirksame Bankenaufsicht, die das Gefüge des internationalen Bankensystems festigt, auf lange Sicht zu einer Verstetigung des Mittelzuflusses in die Entwicklungslander beitragen.

 Das Komitee hat ein revidiertes Konkordatentworfen, das die Grundsätze enthält, nach denen die bankenaufsichtlichen Zuständigkeiten fiir die an verschiedenen internationalen Finanzplätzen tätigen Banken geregelt werden sollen.

Eigenkapitalquote, durch die das Wachstum des Geschaftsvolumens der Banken begrenzt wurde, wirkten sich auf die Entwicklungslander nicht starker aus als auf andere Kreditnehmer.

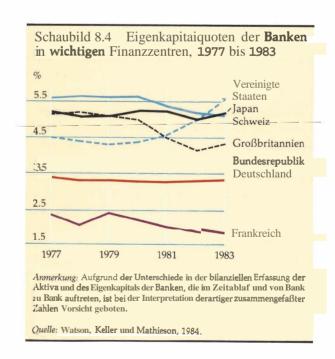
In ihrer Gesamtheit verliehen diese Faktoren der Kreditgewährung an Entwicklungslander eine starke Dynamik. Auch wenn moglicherweise einzelne Banken ihr Kreditlimit fiir bestimmte Entwicklungslander ausschopften, so nahm doch die gesamte Kreditgewährung auch deswegen rasch zu, weil Banken mit freien Kreditspielraumen, die sich bisher noch nicht am internationalen Kreditgeschaft beteiligt hatten, neu am Markt auftraten. In der Tat herrschte zwischen den Banken ein äußerst lebhafter Wettbewerb, wobei sie in ihrem Drang nach neuem Geschaft manchmal ein "herdenahnliches" Verhalten an den Tag legten.

Probleme zwischen Banken und Entwicklungsländern

Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre begannen die Banken, den Kredit- und Refinanzie-

rungsrisiken ihres internationalen Geschafts zunehmend Beachtung zu schenken. So konzentrierte sich beispielsweise ein großer Teil ihrer Kreditgewährung an die Dritte Welt auf eine kleine Zahl von Schuldnerlandern (vgl. Schaubild 8.3). Im Durchschnitt der Jahre 1978/81 gingen 72 Prozent dieser Kredite an die Lander im oberen Bereich der mittleren Einkommensgruppe. Allein auf die funf größten Schuldnerlander entfielen 53 Prozent der gesamten Kreditaufnahme der Entwicklungslander. Die Banken wurden sich zunehmend der Tatsache bewußt, daß sie durch die Weitergabe des Zinsrisikos an die Schuldner im Endeffekt nur eine Risikokomponente (vgl. Sonderbeitrag 3.2 im Kapitel 3) gegen ein hoheres wirtschaftliches und Transferrisiko eingetauscht hatten. Auf der Passivseite waren viele Banken in ihrer Refinanzierung stark von den Interbankenmarkten abhangig geworden. Falls am Markt Zweifel über die Qualität ihrer Aktiva aufkommen sollten, konnten sie dadurch in unerwartete Refinanzierungsschwierigkeiten geraten.

Außerdem war bei vielen Banken in den Industrielandern die Eigenkapitalquote in der Zeit zwischen 1977 und den frühen achtziger Jahren überwiegend rucklaufig (vgl. Schaubild 8.4), was teilweise mit der Ausweitung ihres internationalen Kreditgeschafts zusammenhing, die das Wachstum ihres Eigenkapitals überstieg. In der Sicht der nicht-amerikanischen Banken wurde dieser Trend durch die Stärke des Dollars nach 1980 akzentuiert. Da die Dollaraufwertung den Gegenwert ihrer



ausstehenden Dollarforderungen in Landeswährung hochtrieb, nahmen ihre Aktiva relativ zum Eigenkapitalzu, wodurch sich die Eigenkapitalquote verschlechterte.

Allein schon diese Probleme hätten vielleicht ausgereicht, um in der Geschäftsbeziehung der Banken mit den Entwicklungslandern Schwierigkeiten heraufzubeschworen. Ohnehin konnte das in den siebziger Jahren verzeichnete starke Wachstum der Bankkredite Ausdruck einer einmaligen Schwerpunktverlagerung zugunsten des Auslandsgeschäfts gewesen sein, die gegen Ende des Jahrzehnts zum Abschluß kam. Eine naturliche Verlangsamung der Kreditexpansion wäre dann wohl zu erwarten gewesen.

Drei Entwicklungen führten jedoch zu einem plotzlicheren Wandel in den Geschaftsbeziehungen zwischen Banken und Entwicklungslandern. Erstens traten in einer ganzen Reihe von Entwicklungslandern Schwierigkeiten mit dem Schuldendienst auf, welche die Umschuldung eines beträchtlichen Kreditvolumens notwendig machten. Nach Einschatzung der Banken hatte sich die Kreditwürdigkeit der Entwicklungslander plotzlich verschlechtert, so daß sie weniger bereit waren, ihr Engagement weiter zu erhohen. Die gleichen Bedenken veranlaßten die Bankenaufsichtsbehorden, sich um eine strengere Überwachung der Liquiditätsund Eigenkapitalkennziffern zu bemiihen. Außerdem drangten sie die Banken zu einer größeren Streuung ihrer Kreditgewahrung und unterstutzten oder verlangten die Bildung hoherer Rückstellungen fur Kreditausfalle (vgl. Sonderbeitrag 8.4). Die Notwendigkeit, die Kapitalbasis zu stärken, ließ die Banken wieder starker auf die Rentabilitat ihres Geschafts achten, während das Wachstum der Bilanzsumme an Bedeutung verlor.

Zweitens wurden die Banken in ihrer veränderten Einstellung gegenuber dem internationalen Kreditgeschaft dadurch bestarkt, daß sich attraktive Geschaftsmoglichkeiten auf den Inlandsmarkten einiger Industrielander eroffneten, insbesondere als sich dort das Wachstum belebte. Durch den Abbau staatlicher Vorschriften auf den Finanzmärkten verschiedener Industrielander — besonders der Vereinigten Staaten und Grofibritanniens — sahen sich die Banken einem starkeren Wettbewerb durch andere Finanzinstitutionen ausgesetzt und konzentrierten sich auf die Festigung ihrer Position auf den Inlandsmarkten. In Japan allerdings hat die Liberalisierung der Finanzmiirkte dazu gefiihrt, daß die heimischen Kapitalmärkte für auslandische Kredit-

nehmer, auch aus den Entwicklungslandern, geöffnet wurden und die japanischen Banken bei ihrer Kreditgewährung an das Ausland mehr Spielraum haben werden (vgl. Sonderbeitrag 8.5). Die Gewichtsverlagerung zugunsten des einheimischen Kreditgeschiifts hat unter anderem den Markt für Konsortialkredite in Mitleidenschaft gezogen, auf dem die Aktivitat im Vergleich zu friiheren Jahren stark nachgelassen hat (vgl. Sonderbeitrag 8.6).

Drittens folgte auf die Ära der OPEC-Überschüsse und der Zuflüsse zum Bankensystem eine völlig andere Struktur von Überschüssen und Defiiten, die auch andere Implikationen fur die Finanzmarkte nach sich zog. Die OPEC-Lander verschulden sich nun per saldo bei den internationalen Banken, und die Industrieländer, die bis in die jungste Zeit ebenfalls bedeutende Netto-Geldgeber der Banken gewesen waren, legen nun weniger bei den Banken an (vgl. Schaubild 8.5). Das hauptsachliche Ungleichgewicht in der Weltwirtschaft besteht nun zwischen den Vereinigten Staaten mit ihrem großen Leistungsbilanzdefizit auf der einen Seite und der Bundesrepublik Deutschland und Japan mit ihren großen Überschüssen auf der anderen Seite. Aufgrund der Struktur des amerikanischen Finanzsystems wurde das Defizit vor allem durch Übertragung finanzieller Aktiva und weniger durch die Zwischenschaltung von Banken als Kreditvermittler finanziert. In den Vereinigten Staaten existieren sowohl die Finanzaktiva als auch die Markte, die das moglich machen. Dieser Weg der Finanzierung mag auch fur einige andere Industrielander gangbar sein, den Entwicklungslandern steht er aber nicht offen. Im Ergebnis hat sich damit der Prozeß der Kreditvermittlung vom Bankensystem auf die Märkte fur Finanzaktiva verlagert, wahrend viele Entwicklungslanderweiterhin auf die Finanzierung durch die Banken angewiesen blieben.

Grundsätzlich hatte ihr Bedarf an Bankengeldern befriedigt werden können, wenn der Interbankenmarkt reibungslos funktioniert hatte. Auch wenn die Überschußländer keine zusatzlichen Bankeinlagen tatigten, hätten die internationalen Banken die Refinanzierung für den anhaltenden Kreditbedarf der defizitären Entwicklungslander auf den Geldmärkten besorgen können. Der Spielraum der internationalen Banken wurde jedoch zunehmend durch die Rucksichtnahme auf ihre Eigenkapitalposition und die vorhandenen Landerrisiken eingeengt, so daß sie ihr Engagement gegeniiber Entwicklungsländern oder deren Banken nur zogernd ausweiteten. Viele Entwicklungsländer, selbst einige, die ihre Schulden problemlos bedient hatten, schränk-

ten unter diesen Umstanden die Nachfrage nach Bankkrediten ein.

Als Resultat dieser Einflußfaktoren ging die Netto-Kreditgewährung der Banken an die Entwicklungsländer nach 1981 erheblich zurück (vgl. Schaubild 8.2). Die spontane Kreditgewahrung schrumpfte am starksten, und die "konzertierten", d.h. im Zusammenhang mit IWF-Programmen vergebenen, Kredite gewannen als Finanzierungsquelle für die Entwicklungslander zunehmend an Bedeutung (vgl. Sonderbeitrag 8.6). Die spontan gewährten Kredite gingen zum größten Teil an Entwicklungslander in Ostasien und Europa. Die neuesten Zahlen der BIZ deuten daraufhin, daß die ausstehenden Forderungen der Banken gegeniiber den Entwicklungslandern Ende 1984 mit 433 Mrd

Dollar praktisch den gleichen Stand aufwiesen wie Ende 1983 (vgl. Schaubild 8.3).

Umschuldung und die Banken

Bei ihrem Bemühen, ihr Engagement gegenuber einzelnen Entwicklungslandern nur noch wenig auszuweiten, mußten die Banken Vorsicht walten lassen, um den vorhandenen Bestand an Krediten nicht zu gefahrden. Dementsprechend verhielten sie sich gegeniiber Ländern mit Schuldendienstproblemen flexibel. Sie erkannten bald, daß es nicht genugte, nur fallig werdende oder bereits ausstehende Tilgungen umzuschulden. Die Schuldner brauchten eine stärkere Entlastung, und die Banken schuldeten nicht nur die Kredite um, sondern

Sonderbeitrag 8.5 Liberalisierung der japanischen Finanzmärkte: einige Konsequenzen für die Entwicklungslander

Entwicklungsländer und internationale Entwicklungsbanken haben in Japan betrachtliche Gelder aufgenommen (vgl. Tabellen 8.5 A und B). Ende 1983 entfielen 24 Prozent aller in Japan emittierten, auf Yen lautenden Auslandsanleihen auf Entwicklungsländer, weitere 24 Prozent stammten von den internationalen Entwicklungsbanken. Japanische Banken sagten im Jahr 1983 insgesamt für 16,8 Mrd Dollar mittelund langfristige Kredite zu, von denen 49 Prozent auf ölimportierende Entwicklungsländer entfielen. Gemeinsam mit anderen auslandischen Kreditnehmern konnten die Entwicklungslandervon der schrittweisen Liberalisierung dieses zweitgrößten Kapitalmarktes der Welt profitieren.

Der Abbau staatlicher Vorschriften im japanischen Finanzsystem wurde durch einen markanten Umschwung in den binnenwirtschaftlichen Finanzierungsströmen ausgelost, der mit dem Nachlassen der Wachstumsdynamik seit Mitte der siebziger Jahre zusammenhing. Die Investitionen der Industrie nahmen langsamer zu, der Kreditbedarf des Unternehmenssektorsging zurück, und die Ersparnisse der Haushalte, die früher vor allem den Unternehmen zugeflossen

TABELLE 8.5A **Auf Fremdwährung** lautende Auslandskredite
japanischer Banken, 1980 bis 1983

Jahr	Betrag (in Mrd \$)	Anteil der ölimportierenden Entwicklungs- länder (in %)
1980	6,7	41
1981	12,7	44
1982	18,0	33
1983	16,8	49

Quelle: Japanisches Finanzministerium, International Finance Bureau Annual Reports.

TABELLE 8.5B Emissionen von Yen-Auslandsanleihen, 1980 bii 1983

Jahr	Betrag (in Mrd Yen)	Anteil der Entwicklungs- länder (in %) ^a
1980	261,0	35
1981	612,5	16
1982	856.0	11
1983	899,0	16

a. Entwicklungsländer in der Abgrenzung des DAC.

Quelle: Japanisches Finanzministerium, International Finance Bureau Annual Report 1984.

waren, wurden entweder zur Finanzierung der Haushaltsdefizite verwendet oder zu günstigen Konditionen im Ausland angelegt. Die Devisenkontrollen wurden liberalisiert, und zahlreiche japanische Untemehmen beschafften sich Auslandsgelder, mit denen sie ihre ausländischen Niederlassungen ausbauten. Gleichzeitig gab die Reglerung verschiedene inländische Zinssätze frei, um ihr eigenes Defiiit finanzieren zu komen.

Diesen Maßnahmen folgten in letzter Zeit weitere Schritte in die gleiche Richtung. Das Auslandskreditgeschäft der japanischen Banken unterliegt nun, von den allgemeinen Vorschriften der Bankenaufsicht abgesehen, keinerlei Beschränkungen mehr. Die Regierung hat es ausländischen Emittenten leichter gemacht, in Japan auf Yen lautende Anleihen öffentlich anzubieten oder durch Privatplazierungen unterzubringen. Sie hat auch die Restriktionen im Bereich der Euroyen-Anleihen und der Euroyen-Kredite gelockert. Als Ergebnis konnte der Euroyen-Markt fur Ausländer ebenso leicht zugänglich werden, wie dies der Eurodollar-Markt bereits ist.

Sonderbeitrag 8.6 Aufstieg und Niedergang des Konsortialkredits

Beim Euro-Konsortialkredit handelt es sich um eine relativ neue Erfindung. Zwar wurden schon in den Jahren 1968 und 1969 einige privat plazierte Konsortialkredite kleineren Umfangs arrangiert, doch erst 1972 begann der Markt größeren Umfang anzunehmen (vgl. Tabelle 8.6A). Seitdem wuchs er sehr schnell - vor allem im Bereich der Kredite an Entwicklungsländer in den Jahren 1976 bis 1979. Als die Weltwirtschaft zu Anfang der achtziger Jahre in die Rezession geriet, stieg das Risikobewußtsein der Banken insbesondere im Kreditgeschäft mit den Entwicklungsländern. Immer mehr Banken kamen zu der Auffassung, daß die Zinsspannen bei ihren Krediten den Risiken nicht angemessen waren. Als im Jahr 1982 in zahlreichen Entwicklungsländern Schwierigkeiten beim Schuldendienst auftraten, ging die Kreditgewährung rapide zuriick. Nur die Schuldner mit der höchsten Kreditwürdigkeit - darunter einige Entwicklungsländer in Ostasien - konnten Kredite zu den alten Konditionen aufnehmen.

Die Entwicklungsländer sehen sich nun einem gespaltenen Markt gegenüber. Die ostasiatischen Under erhalten von den Banken weiterhin "spontane" Kredite zu Wettbewerbs-

konditionen. Länder mit Schuldenproblemen aber waren auf die im Rahmen von Umschuldungen vereinbarten "konzertierten" Kredite der Banken angewiesen. Die Zahlen in Tabelle 8.6A enthalten für das Jahr 1983 14,3 Mrd Dollar und für das Jahr 1984 11,3 Mrd Dollar an neuen Krediten, die im Schutz solcher Umschuldungsvereinbarungen gewährt wurden. Überwiegend flossen diese Beträge lateinamerikanischen Ländern zu. Diese Länder konnten sich in den Jahren 1983 und 1984 nur sehr wenig spontane Kredite beschaffen. Vor dem Hintergrund der als positiv beurteilten Anpassungsmaßnahmen in den Ländern, die zuvor Probleme mit ihrem Schuldendienst gehabt hatten, wurden im Jahr 1984 die Konditionen dieser Kredite (im Zusammenhang mit mehrjährigen Umschuldungsvereinbarungen) allgemein gelokkert.

Der Bestand ausstehender Konsortialkredite wurde per Ende 1982 auf etwa 125 Mrd Dollar geschätzt. Bis Ende 1984 war dieser Bestand jedoch fast auf 100 Mrd Dollar gesunken. Wenn die gegenwärtigen Schwierigkeiten an Brisanz verlieren, dürfte das Konsortialkreditgeschäft alten Stils wieder aufleben — doch wird es wohl kaum wieder seinen friiheren

TABELLE 8.6A Euro-Konsortialkredite an Entwicklungsländer, nach Regionen, 1972 bis 1984 (in Mrd \$ soweit nicht anders angegeben)

Region	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Ostasien u. pazifischer Raun	0,40	0,5	2,0	3,3	2,9	2,4	7,5	7,6	8,8	10,7	10,3	7,7	7,4
In % des Gesamtbetrags	11	7	24	28	20	15	22	16	24	24	27	25	33
Europa u. Mittelmeerraum	0,60	0,8	1.2	0,5	0.6	0,9	2,3	6,6	3,9	3,5	3,2	2,9	2,2
In % des Gesamtbetrags	16	11	14	4	4	5	7	13	11	8	8	10	10
Lateinamerika und Karibik	2.00	3,4	4,5	6,0	8,7	9,0	17,4	26,0	19,9	24,9	22,2	15,0	11,4
In % des Gesamtbetrags	53	47	53	51	60	55	51	53	55	55	58	50	50
Andere Regionen ^a	0,80	2,6	0,8	1,9	2,4	4,1	6,9	8,8	3,6	5,8	2,6	4,6	1,7
In % des Gesamtbetrags	20	35	9	16	16	25	20	18	10	13	7	15	7
Entwicklungslander													
insgesamt	3,80	7,3	8,5	11,7	14,6	16.4	34,1	49,0	36,2	44,9	38,3	30,2	22,7

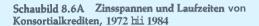
a. Afrika südlich der Sahara. China, Indien, Naher Osten, Nordafrika und Südasien.
 Quelle: OBCD Financial Market Trends.

men zusatzliche Mittel zur Verfügung. An den neuen Krediten beteiligten sich die einzelnen Banken jeweils entsprechend ihrem Anteil an der gesamten Bankverschuldung des betreffenden Landes. Wenn auch nicht ganz problemlos, hat sich doch diese Methode der Lastenverteilung im allgemeinen als erfolgreich erwiesen.

Anfanglich wurden bei einigen Umschuldungen auch kurzfristige Bankkredite neben den im Verlauf von einem oder von zwei Jahren fallig werdenden langfristigen Bankschulden mit einbezogen, Der besondere Charakter der kurzfristigen Schulden und ihre Bedeutung für die Aufrechterhaltung des Außenhandels des Schuldnerlandes wurde jedoch

bald von allen Beteiligten anerkannt. In jüngster Zeit haben die Banken die kurzfristigen Kredite separat behandelt oder kurzfristige Kreditfazilitäten eingeraumt. Die Banken haben auch realisiert, daß hohe Zinsspannen und Gebuhren kontraproduktiv sein konnen. Im Jahr 1983, als größere Umschuldungsvereinbarungen mit Ländern wie Brasilien, Chile, Ecuador, Jugoslawien, Mexiko und Uruguay abgeschlossen wurden, lagen die Zinsspannen bei den umgeschuldeten Krediten zwischen 11/8 und 21/2 Prozentpunkten. Bei den in der zweiten Jahreshalfte von 1984 grundsatzlich vereinbarten Umschuldungen mit Argentinien, Mexiko und Venezuela wurden die Zinsspannen jedoch auf 1/8 bis 11/4 Prozentpunkte reduziert. Die Banken

Umfang erreichen. Wie in den Sonderbeiträgen 8.7 und 8.8 ausgeführt, gibt es eine wachsende Zahl von Finanzierungsinstrumenten, die als Ersatz für den Konsortialkredit dienen konnen. Aus der Sicht vieler erstklassiger Schuldner ist der Konsortialkredit nunmehr eine relativ teure Geldquelle. In der Tat wird davon berichtet, daß einige Banken bereits ihre Konsortialabteilungemufgelöst und ihr Kreditgeschäft organisatorisch auf eine breitere Basis gestellt haben.







Anmerkung: Die Angaben beziehen sich auf neugewährte öffentlich bekanntgemachte Konsortialkredite Quelle: Bond 1985.

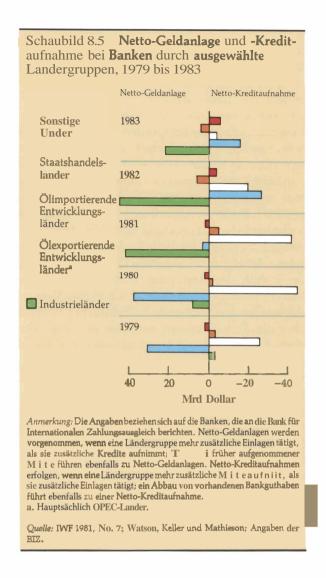
haben ihre Gebuhren verringert oder ganz abgeschafft und manchmal auch auf die teure Zinsbindungsoption an den amerikanischen Zinssatz fur erste Adressen verzichtet. Den Glaubigern wird außerdem die Moglichkeit eingeraumt, bei einem Teil ihrer Dollarkredite anstelle des Dollars ihre jeweilige Heimatwahrung als Kreditwährung zu verwenden, wodurch die Zinskosten fur die Schuldnerlander um einiges verringert werden konnten.

Die vielleicht wichtigste Entwicklung im Bereich der Umschuldung ist der Übergang zu mehrjahrigen Vereinbarungen rnit einigen Ländern, die bei der Anpassung ihrer Wirtschaft deutliche Fortschritte erzielt haben. Eine Haufung von Kreditfalligkeiten behindert die Wiederherstellung einer normalen marktmäßigen Geschaftsbeziehung zwischen einem umschuldenden Land und seinen Gläubigern. Die Vereinbarung rnit Mexiko deckt die Falligkeiten der offentlichen Schulden bis zum Jahr 1990 ab und verteilt die Zahlungen über einen Zeitraum von vierzehn Jahren. Das Umschuldungsabkommen rnit Venezuela erfaßt die Falligkeiten offentlicher Kredite bis zum Jahr 1988 und streckt die Zahlungen uber 12½ Jahre. In beiden Fallen wird das Tilgungsprofil durch die Kombination einer langen Rückzahlungsfrist rnit einer verkurzten tilgungsfreien Periode geglattet. Beide Vereinbarungen sehen vor, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Schuldnerlandes laufend uberwacht wird: die Banken wollten sichergehen, dafi die umschuldenden Lander weiterhin an der Politik der Anpassung und wirtschaftlichen Reform festhalten. Im Falle Mexikos und Venezuelas werden den Banken die halbjahrlichen Berichte über die Konsultationen zwischen den Behorden dieser Lander und dem Internationalen Währungsfonds zuganglich gemacht.

Die Banken der ersten Garnitur haben somit die Schuldendienstprobleme der Hauptschuldnerländer pragmatisch behandelt. Dagegen waren die Banken der zweiten Garnitur, die sich in diesen Ländern nicht so stark engagiert hatten, weniger bereit, den Umschuldungsvereinbarungen zuzustimmen, denn für die einzelne Bank bestand ein starker Anreiz, sich aus dem Kreditgeschaft mit den Problemlandern zuruckzuziehen.

Obwohl bei der Bewaltigung der Schuldenkrise Fortschritte gemacht wurden, bleiben Probleme bestehen. So haben Banken und andere Gläubiger gelegentlich die Aufienhandelsfinanzierung eingeschränkt, wenn ein Entwicklungsland in Schwierigkeiten geriet. Sie bestanden auf Garantien und bevorzugten offentliche Schuldner. Sie zogerten auch deswegen rnit der Kreditgewahrung, weil sie befurchteten, daß die Bedienung der langfristigen offentlichen Schulden bei der Devisenzuteilung Prioritat erhalten konnte und kurzfristige kommerzielle Kredite bei Umschuldungen in langfristige Forderungen umgewandelt würden. Der Rückgang der kommerziellen Kreditgewahrung hat den Schuldnern somit geschadet und die Entwicklungslander bei der Beschaffung notwendiger Importe behindert.

Alles in allem, ist die Gewährung neuer Kredite durch die Banken ein unentbehrlicher Teil eines Finanzierungspaketes zur Unterstiitzung wirtschaftspolitischer Reformen. Auf Basis des jeweiligen Einzelfalles sollten mehrjährige Umschuldungsvereinbarungen in Erwagung gezogen werden, um



das Schuldendienstprofil bei jenen **Ländern** zu glatten, die strukturelle Anpassungsprogramme durchführen.

Zugang zu den Wertpapiermarkten

Während die Banken ihre Geschaftsbeziehung zu den Entwicklungslandern iiberdenken, vollzieht sich ein bedeutsamer struktureller Wandel. Die Wertpapiermarkte — und die auf diesen Märkten tatigen Institutionen — haben an Gewicht gewonnen. Eine Reihe neuer Instrumente, wie die Fazilitat zur Begebung von Notes (vgl. Sonderbeitrag 8.7), wurde entwickelt, die Charakteristika des Bankkredits und des Wertpapiers in sich vereinen. Diese Neuerungen erhohen die Marktfähigkeit und damit die Liquiditat internationaler Finanzaktiva. Vom Standpunkt der Banken aus gesehen, vermindern diese neuen Instrumente einige der Risiken, die mit dem Kreditgeschaft traditioneller Prägung verbun-

den sind. Jene Banken, die sich einen bedeutenden Marktanteil im internationalen Kreditgeschäft erhalten wollen, verlagern den Schwerpunkt ihres Geschäftes auf diese neuen Finanzierungsformen. Im internationalen Kreditgeschäft scheint sich ein Vordringen des Wertpapiers als Kreditinstrument abzuzeichnen, das die Modalitaten der privaten Kreditgewährung an Entwicklungsliinder in Zukunft erheblich beeinflussen dürfte.

Ungeachtet der Entwicklung solcher Mischformen der Finanzierung haben die traditionellen internationalen Anleihemarktein den letzten Jahren. floriert. Der internationale Anleihemarkt setzt sich aus zwei Bereichen zusammen, dem Eurobond-Markt und den Märkten für Auslandsanleihen. Eurobond-Emissionen werden von einem internationalen Konsortium ubernommen und gleichzeitig auf verschiedenen nationalen Märkten plaziert; sie unterliegen keinen offiziellen Kontrollen. Bei den Märkten fur Auslandsanleihen handelt es sich einfach um inlandische Anleihemarkte, zu denen auslandische Schuldner zugelassen sind. Auslandsanleihen lauten a d die Währung des jeweiligen Gastlandes, das von den Emittenten häufig die Erfiillung strenger Zulassungsnormen fordert.

Für Entwicklungslander sind die internationalen Anleihemarkte hauptsachlich deshalb attraktiv, weil hier langfristige Gelder angeboten werden, und zwar entweder zu festen oder zu variablen Zinssätzen. Als Landergruppe verfugen die Entwicklungslander uber einen indirekten Zugang zu den Anleihemarkten, denn die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken nehmen dort in erheblichem Umfang Mittel auf, die sie an ihre Mitgliedsländer weiterleiten. Nur wenigen Entwicklungslandern aber gelang es, Gelder direkt an den Anleihemärkten aufzunehrnen, und dies auch nur in kleinen Betragen. Ausschlaggebend dafür ist vor allem das staatliche Risiko (beschriebenin Kapitel 6, Sonderbeitrag 6.4). Bei der Bewaltigung des staatlichen Risikos befinden sich Anleiheglaubiger in einer weit schwacheren Position als die Banken. Sie haben nur eine ganz vage Verbindung zu den Entwicklungsländern und damit auch praktisch keine Möglichkeit, im Falle einer Schuldenkrise Riickzahlungen einzutreiben. Bemerkenswerterweise haben aber die in Schwierigkeiten geratenen Entwicklungsländer die Bedienung ihrer ausstehenden Anleihen im Besitz von Nichtbanken fortgesetzt, um ihr Standing an den Anleihemarkten nicht aufs Spiel zu setzen.

In den sechziger und **frühen** siebziger **Jahre** machten die von den Entwicklungslandern **emittier**-

Sonderbeitrag 8.7 Größere Flexibilitat im Kreditgeschiift der Banken

Zwei neue Finanzierungsinstrumente des Marktes bilden ein Beispiel für finanzielle Innovationen, die die Liquiditat der Portefeuilles der Banken erhohen komen und dazu beitragen diirften, daß die Banken (insbesondere jene der zweiten Garnitur) weiterhin Kredite an Entwicklungsländer gewähren.

• Das übertragbare Kreditinstrument (transferable loan instrument, TLI). Das TLI ermoglicht in standardisierter Form die Übertragung von Kreditengagements von einem Erstkreditgeber auf den Sekundarmarkt. Letztlich wird durch die TLIs ein Sekundarmarktfür Bankkreditegeschaffen. Hat eine Bank eine Kreditzusage erteilt, so kann sie ein oder mehrere TLIs an eine andere Bank oder eine andere Finanzinstitution verkaufen. Der Besitzer des TLI hat Anspruch auf die Zinsen und die anderen Vorteile aus dem zugrundeliegenden Kreditvertrag, so als ob er der Erstkreditgeber wäre. Das TLI kann in verschiedenen Stückelungen unter Einhaltung eines Mindestbetrags verkauft werden. Üblicherweise wird es durch eine einmalige Zahlung getilgt, und zwar zu einem Zeitpunkt, der sich nach dem Tilgungsplan des zugrundliegenden Kredits bestimmt. Aus der Sicht des Kreditnehmers bleibt der ursprüngliche Kredit nach Betrag, Laufzeit und Konditionen unverbdert. Vom Standpunkt des Geldgebers aus gesehen, eroffnen die TLIs den internationalen Banken eine größere Flexibilitat im Aktivgeschäft. Da die TLIs in Paketen unterschiedlicher Laufzeit und Stückelung verkauft werden komen, sind sie möglicherweise auch fiir die Banken der zweiten Garnitur eine attraktive

Zwar wurden TLIs bisher nur im Kreditgeschäft mit Industrieländern verwendet, doch komten sie auch in der Finanzierung von Entwicklungsländern ihren Platz finden. Schuldner und Gläubiger werden jedoch vorsichtig vorgehen

müssen, damit nicht der Marktwert der Forderungen an Entwicklungsländer abrupt sinkt, wenn es zu einem Handel in TLIs kommt.

• Die Fazilität zur Begebung von Notes (note issuance facility, NIF). Die NIF vereinigt Merkmale des traditionellen Konsortialkredits und der Anleihe; sie gehort damit zu den Mischformen von Finanzierungsinstrumenten, die in jüngster Zeit an den Markt gekommen sind. Bei der NIF handelt es sich um einen mittelfristigen Kredit, der durch Emission kurzfristiger Papiere, üblicherweise mit einer Laufzeit von drei oder sechs Monaten, finanziert wird. Das Aufkommen der Mittel wird dem Kreditnehmerdurch ein Bankenkonsortium garantiert, das zu jedem Prolongationstermin die nicht abgesetzten Notes **übernimmt** oder **dem** Kreditnehmereinen Bereitschaftskredit einräumt. Wenn der Kredit beansprucht wird, verkaufen die Konsortialbanken entweder die Notes oder nehmen sie in den eigenen Bestand. Dem Kreditnehmer wird die Verfügbarkeit langfristiger Mittel garantiert; die Konsorten erhalten ein liquides, marktfähiges Wertpapier, das fir einen großen Kreis potentieller Investoren attraktiv sein mag. Die Fazilitat bietet dem Kreditnehmer den zusätzlichen Vorteil, daß sie erheblich billiger sein kann als der ubliche Eurokredit. Solche Euronotes-Fazilitäten wurden in jüngster Zeit beispielsweisef ir die Korea Exchange Bank und die Republik Portugal vereinbart.

Die rasche Expansion der NIFs und anderer Mischformen — ihr Volumen betrug im Jahr 1983 insgesamt 9,5 Mrd Dollar und erreichte 1984 schatzungsweise 20 Mrd Dollar — hat bei den Aufsichtsbehorden zu Bedenken geführt. Sollte nämlich ein Schuldner (etwa wegen eines plotzlichen Bonitätsverlustes) seine Euronotes nicht am Markt unterbringen konnen, so wären die Banken gezwungen, solche risikoträchtigen Forderungen selbst zu übernehmen.

ten Anleihen im Durchschnitt kaum mehr als 3 Prozent der gesamten Emissionen aus (vgl. Tabelle 8.1). Bis 1978 hatten die Entwicklungslanderden Umfang ihrer Neuemissionen auf 5,2 Mrd Dollar und ihren Marktanteil auf 15 Prozent gesteigert. In den Jahren 1979 und 1980 jedoch fielen ihr Emissionsvolumen und ihr Marktanteil scharf zurück und erholten sich 1981 nur geringfügig. Seitdem waren nur Entwicklungslander, die nicht in Zahlungsschwierigkeiten geraten waren, in der Lage, sich Mittel auf den Anleihemarkten zu beschaffen. Im Jahr 1984 legten sie Anleihen in Hohe von 3,8 Mrd Dollar auf, wovon der Lowenanteil auf zehn Lander entfiel.

Die Emissionschancen der Entwicklungslander auf den Anleihemarkten sind am größten, wenn an den Märkten eine freundliche Grundstimmung herrscht und Emittenten hoherer Bonitat ihnen wenig Konkurrenz machen. Die Markte für festverzinsliche Papiere sind bei relativ niedrigen und stabilen Inflationsraten am aufnahmefahigsten.

Auch die Zinsstruktur beeinflufit die Emissionschancen festverzinslicher Anleihen: Wenn die kurzfristigen Zinssatze die langfristigen ubertreffen, lassen sich Neuemissionen nur schwer unterbringen. Was den Wettbewerb durch andere Emittenten betrifft, so hängt dieser auch vom Verhalten der Regierung des Gastlandes ab. Verschuldet sich der Staat zur Finanzierung seines Haushaltsdefizits in grofiem Umfang, so wird er wahrscheinlich andere Schuldner vom Kapitalmarkt verdrängen. Weist jedoch ein Gastland eine starke Leistungsbilanz auf und will es den Kapitalexport fördern, gewährt es oft auslandischen Schuldnern Zugang zu seinem Kapitalmarkt.

Ein anderer seit langem eingeführter Wertpapiertyp, der fiir die Entwicklungslander zunehmend an Bedeutung gewinnen konnte, ist die variabel verzinsliche Anleihe (floating rate note, FRN). Solche Anleihen waren in den letzten Jahren auf dem Eurobond-Markt und verschiedenen Märkten für Auslandsanleihen sehr erfolgreich (vgl. Tabelle 8.1

TABELLE 8.1

Internationale Anleiheemissionen und -plazierungen, 1965, 1970 und 1975 bis 1984
(in Mrd \$, soweit nicht anders angegeben)

Art der Emission oder Plazierung	1965	1970	1975	1976	1977	1978	1579	1980	1981	1982	1983	1984
Emissionen bzw. Plazierungen auf												
Auslandsmarkten	2,4	2,4	12,3	18,9	16,6	20,7	20,3	17,9	20,5	25,2	27,1	27,8
Betrag der Emissionen von												
Entwicklungsländern	0,1	0,1	0,5	0,9	1,6	2,2	1,2	0,6	1,1	0,6	0,6	1,2
Anteil der Emissionen von												
Entwicklungslandern, in %	4,2	4,2	4,1	4,8	9,6	10,6	5,9	3,4	5,4	2,4	2,2	4,3
Emissionen auf dem Eurobond-Markt	0,9	3,5	10,5	15,4	19,5	14,9	18,6	20,4	31,3	50,3	50,1	81,7
Betrag der Emissionen von												
Entwicklungsländern	0	0,1	0,2	1,1	2,5	3,0	1,9	1,2	3,1	3.7	2,1	2,6
Anteil der Emissionen von												
Entwicklungsländern, in %	0	2,9	1,9	7,1	12,8	20,1	10,2	5,9	9,9	7,4	4.2	3,2
Internationale Anleiheemissionen												
insgesamt	3,3	5,9	22,8	34,3	36,1	35,6	33,9	38,3	51,8	75,5	77,2	109,5
Betrag der Emissionen von												
Entwicklungsländern — — —	0,1	0,2	0,7	2,0	4,1	5,2	3,1	1,8	4,2	4,3	2,7	3,8
Anteil der Emissionen von												
Entwicklungslandem, in %	3,0	3,4	3,1	5,8	11,4	14,6	8,0	4,7	8,1	5,7	3,5	3,5
Emissionen variabel verzinslicher												
Anleihen												
Gesamtbetrag			0,3	1,4	2,2	2,9	4,2	4,8	11,3	15,3	19,5	38,2
Anteil am gesamten												
Emissionsvolumen, in %			1,3	4,1	6,1	8,1	10,8	12,5	21,8	20,3	25,2	34,9

Anmerkung: Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: OECD Financial Statistics 1971; OECD Financial Market Trends 1984.

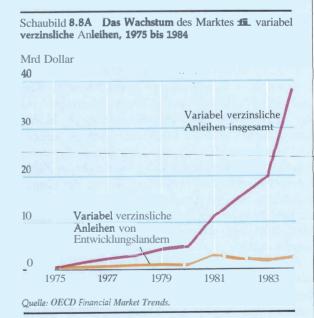
Sonderbeitrag 8.8 Variabel verzinsliche Anleihen

Die erste variabel verzinsliche Anleihe (floating rate note,

FRN) wurde im Jahr 1970 am Eurodollar-Markt aufgelegt. Wie das Schaubild 8.8Å zeigt, nahm das Emissionsvolumen solcher Anleihen bis in die späten siebziger Jahre relativ langsam zu, doch kam es in den letzten vier Jahren zu einem dramatischen Wachstum.

Zu den Emittenten von FRNs gehören private Unternehmen ebenso wie Geschäftsbanken und Regierungen. Nur wenige Entwicklungsländer waren unter den Emittenten: Mexiko und Brasilien, bevor sie 1982 mit ihrem Schuldendienst in Schwierigkeiten gerieten, und seitdem hauptsächlich jene ostasiatischen Länder, die sich aus der Schuldenkrise heraushalten konnten. Einige Entwicklungsländer — wie jüngst Malaysia und Thailand — konnen sich nunmehr durch Emission von FRNs Geld billiger beschaffen als iiber Konsortialkredite. Institutionelle Anleger und Privatpersonen haben FRNs erworben, doch sind die Geschäftsbanken die wichtigste Käufergruppe. Sie haben rund 70 Prozent aller FRNs iibernommen, entweder zu Anlagezwecken (als Gegenposten zu ihren variabel verzinslichen Einlagen) oder als Alternative zur Gewährung von Konsortialkrediten.

Bei einer Verbesserung ihrer Kreditwiirdigkeit diirfte es den Entwicklungsländern moglich sein, diesen Markt noch starker in Anspruch zu nehmen. Durch die Emission einer variabel verzinslichen Anleihe übernimmt freilich der Schuldner das Zinsänderungsrisiko.



Sonderbeitrag 8.9 Kofinanzierung der Weltbank

Seit langem fordert die Weltbank andere Geldgeber — Einrichtungen der bilateralen Entwicklungshilfe, offizielle Exportfinanzierungsstellen und Banken — dazu auf, Finanzierungen gemeinsam mit der Bank vorzunehmen. Von 1975 bis 1984 hat sich die Zahl der Projekte mit Kofinanzierung beinahe verdoppelt; das jährliche Volumen der Kofinanzierung betrug in diesem Zeitraum durchschnittlich 3,6 Mrd Dollar (vgl. Tabelle 8.9A).

Welche Partner sich an der Kofinanzierung beteiligen, hängt weitgehend von dem jeweiligen Kreditnehmer ab. Im Fall der ärmsten Länder stammen die Mittel der Kofinanzierung vor allem von Geldgebem, die konzessionäre Kredite anbieten konnen, während bei kreditwürdigen Entwicklungsländern die Weltbank versucht, Geschäftsbanken und offizielle Exportfinanzierungsstellen als Kofinanziers zu gewinnen. In den letzten Jahren haben die zur Kofinanzierung von Projekten der Weltbank eingesetzten Exportfinanzierungsmittel an Bedeutung gewonnen, doch machen sie bisher nur einen geringen Teil der gesamten langfristigen Exportkrediteaus, die jährlich von Geldgebemder Industrielander an Entwicklungsländer gewährt werden. In Anbetracht der begrenzten Mittel der offentlichen Entwicklungshilfe und des vorsichtigen Verhaltens der Geschäftsbanken bei der Ausweitung ihres internationalen Engagements konnten künftig Mittel des Exportkredits bei der Kofinanzierung eine größere Rolle spielen. Die Bank geht in diesem Bereich nunmehr gezielt vor, um den Kreditnehmern Exportkredite in größerem Umfang und eventuell zu besseren Konditionen zu verschaffen.

Die Kofinanzierung mit Geschaftsbanken ist eine relativ neue Entwicklung. Mitte der siebziger Jahre gewährten die Banken ihre Kredite parallel zu den Standarddarlehen der Weltbank (die in diesem Zusammenhang als A-Darlehen bezeichnet werden), teils mit, teils ohne eine fakultative reziproke Verzugsklausel oder eine förmliche Vereinbarung mit der Weltbank. Im Jahr 1983 führte die Weltbank dann ihre B-Darlehen ein, deren Bedingungen und Konditionen enger auf die Kredite der Kofinanziers abgestimmt sind.

Bei den **B-Darlehen** werden drei Varianten angeboten, welche die Paletteder Kofinanzierungsinstrumente erweitern und **allen** drei **Vertragspartnern** – den Kredimehmem, den Kofinanziers und der Bank - Vorteile bringen sollen. Es handelt sich um folgenden Konstruktionen: (a) Die Weltbank beteiligt sich unmittelbar an den späten Fälligkeiten des B-Darlehens, mit der Option, ihren Anteil ganz oder teilweise zu verkaufen; (b) die Weltbank garantiert die späten Fälligkeiten mit der Moglichkeit, durch Übernahme dieser Fälligkeiten ganz oder teilweise von der Garantie freigestellt zu werden; (c) die Weltbank übernimmt eine bedingte Verpflichtung, den bei Endfälligkeit noch ausstehenden Betrag eines Kredits zu finanzieren, wenn ein gleichbleibender jährlicher Schuldendienst vereinbart wird, der sich aus variablen Zinszahlungen und dementsprechend veränderlichen Tilgungsbeträgen zusammensetzt. Trotz der Finanzprobleme der letzten Jahre fanden diese neuen Kreditinstrumente auf den Märkten im allgemeinen eine günstige Aufnahme. Biiher sind hierdurch Kofinanzierungen von insgesamt uber 1 Mrd Dollar zustande gekommen.

TABELLE 8,9A

Kofinanzierungen der Weltbank, 1975 bii 1984
(in Mrd \$ soweit nicht anders angegeben)

			Beitrag der	Kofinanziers				
Ge- schäfts-	Zahl der Projekte mit Ko-	Geschäfts-	Export- kredit-	Andere öffentliche			nk	Gesamte Projekt-
jahr	finanzierung	banken	stellen	Stellen	insgesamt	IBRD	IDA	kosten
1975	51	0,1	1,0	0,9	1,9	1,0	0,3	8,8
1976	67	0,3	0,9	1,1	2,2	1,6	0,4	9,6
1977	78	0,7	0,2	1,5	2,4	1,9	0,7	10,0
1978	79	0,2	0,5	1,8	2.5	1,7	0,8	11,4
1979	105	0,5	0,3	2,0	2,8	3,0	1,1	13,3
1980	86	1,7	1,6	2,6	5,9	3,0	1,6	20,3
1981	72	1,1	0,5	1,5	3,1	2,6	1,5	15,1
1982	98	1,2	1,8	2,2	5,3	4,1	1,2	20,0
1983	84	1,1	3,0	1,8	5,7	3,3	1,1	20,8
1984	98	1,1	0,9	2,0	4,0	4,6	1,3	21,7

Armerkung: Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. Die angegebenen Beträge beziehen sich auf die privaten Kofinanzierungen wie sie in den Finanzplänen zum Zeitpunkt der Genehmigung von A-Darlehen durch das Exekutivdirektorium vorgesehen sind. Die Angaben beziehen sich nicht auf die wahrend des Jeweiligen Geschäftsjahrs unterzeichneten privaten Kofinanzierungskredite. Nähere Angaben zu den Kofinanzierungen finden sich auch in den Jahresberichten der Weltbank. Quelle: Weltbank.

und Sonderbeitrag 8.8). Sie haben zur Expansion der Anleihemarkte erheblich beigetragen. Da die variabel verzinslichen Anleihen leichter plazierbar sein konnen als festverzinsliche Papiere, eroffnen

solche Emissionen manchen Entwicklungslandem die Moglichkeit, sich für den Markt festverzinslicher Papiere zu qualifizieren.

Insgesamt gesehen hat das Wachstum der internationalen Bankkredite wiihrend der letzten fünfzehn Jahre den Entwicklungslandern Vorteile gebracht, auch wenn sie sich in jungster Zeit schwierigen Anpassungen ihrer Wirtschaft zu unterziehen hatten. Wahrend der siebziger Jahre wendete das Recyclingder OPEC-Überschüsse durch die Banken eine Entwicklung ab, die sonst wohl zu einer noch tieferen Rezession der Weltwirtschaft **geführt** hatte. Dariiber hinaus unterstutzten die Banken die kräftige Expansion des Welthandels, indem sie handelsbegleitende Finanzierungen zur Verfügung stellten. Die Innovationen im Bankgeschäft leisteten auch einen Beitrag zu der flexiblen Reaktion des internationalen Finanzsystemsauf die Kreditnachfrage der Entwicklungsländer wiihrend der siebziger Jahre. Der "Herdentrieb" der Banken untergrub jedoch von Zeit zu Zeit die Stabilitat der Finanzbeziehungen zu den Entwicklungsländern. In der letzten Zeit waren die Banken bereit, im Zusammenhang mit IWF-Programmen zusatzliche Gelder zur Verfügung zu stellen. Außerdem hatte das Vorherrschen der variabel verzinslichen Mittel in der Kreditgewahrung zur Folge, daß die Entwicklungslander von den Schwankungen der Wirtschaftspolitik der Industrielander abhangig wurden.

Die Entwicklung der internationalen Finanzmarkte durfte fiir den Rest dieses Jahrzehnts von mehreren Faktoren beeinflußt werden. Nach zehn Jahren eines einzigartigen Wachstums auf einem äußerst wettbewerbsintensiven Markt überdenken die internationalen Banken nunmehr die Grundsätze ihrer Geschaftspolitik. Es läßt sich noch nicht absehen, ob hinter ihrer gegenwartigen Vorsicht eine nachhaltige Umorientierung in Richtung einer langsameren Ausweitung ihres internationalen Kreditgeschaftes steht oder ob es sich nur um eine Konsolidierungsphase handelt, der eine neue Kreditexpansion folgt. Offensichtlich aber müssen die internationalen Banken neue Wege der Zusammenarbeit finden — und zwar untereinander, mit den Internationalen Währungsfonds, mit ihren jeweiligen Zentralbanken und mit ihren Großschuldnern in der Dritten Welt. Die Banken zeigen auch ein erneutes Interesse an projektgebundener Finanzierung und arbeiten hier mit der Weltbank im Rahmen der Kofinanzierung zusammen (vgl. Sonderbeitrag 8.9). Außerdem suchen die Banken nach Mitteln zur Bewaltigung verschiedener Risiken des internationalen Kreditgeschäfts.

Trotz all ihrer jungsten Probleme brauchen die

Entwicklungslander zur Wiederaufnahme ihres Wachstumsprozesses einen kontinuierlichen Zufluß von Bankkrediten. Damit dieser zustande kommt, müssen die Entwicklungslander ihre Kreditwiirdigkeit wiederherstellen — was sowohl von ihrer eigenen Wirtschaftspolitik als auch von der Dynamik und Stabilitat des weltwirtschaftlichen Wachstumsprozesses abhangt. Da die Banken bei jedem Kredit Ertrag und Risiko sehr genau abwägen, wurde eine verbesserte Kreditwürdigkeit das Risiko vermindern und die Attraktivitat von Krediten an Entwicklungsländer erhohen. Dariiber hinaus sind für die Wiederaufnahme der Kreditgewährung durch die Banken folgende Faktoren entscheidend:

- Die Fiihigkeit der Banken, ihre Kapitalbasis aufzustocken. Dieser Prozeß scheint bei den amerikanischen Banken bereits in Gang gekommen zu sein, was insofern bedeutsam ist, als diese Banken in der Vergangenheitzu den wichtigsten Kreditgebern der Entwicklungslander gehorten. Ihr Eigenkapital wuchs in den Jahren 1982 bis 1984 um etwa 12 Prozent jährlich, und ihre Eigenkapitalquoten sind markant gestiegen. Gemessen am Eigenkapital hat das Engagement der amerikanischen Banken in den Entwicklungslandern von **1982** bis **1984** erheblich abgenommen. Ob diese Entwicklung eine zunehmende Kreditgewahrung an die Lander der Dritten Welt einleitet, wird von der relativen Attraktivitat des heimischen Kreditgeschafts in der gegenwärtigen Liberalisierungsphase der amerikanischen Finanzmärkte abhangen. Die Eigenkapitalposition der nicht-amerikanischen Banken wurde sich ebenfalls verbessern, wenn es zu merklicher Abwertung des Dollars am Devisenmarkt kame.
- Das Ausmaß, in dem die Entwicklungsländer von neuen Finanzierungsinstrumenten Gebrauch machen konnen. Diese Instrumente, wie sie gegenwartig von den internationalen Märkten hervorgebracht werden, durften dazu beitragen, daß Banken der zweiten Garnitur und Institutionen des Nichtbankensektors sich weiterhin am internationalen Kreditgeschäft beteiligen oder sich hier verstarkt engagieren.
- Die Entwicklung eines funktionsfähigen Sekundärmarktes für Bankkredite. Durch die Kreditgewahrung legen sich die Banken, wenn auch zu einem variablen Zinssatz, in der Regel fur die Laufzeit des Kredites fest, so daß sie ihr Engagement nur begrenzt an veränderte Bedingungen anpassen konnen. Dies verstarkt ihre Zuriickhaltung gegenuber einer Ausweitung des Engagements. Ein Sekundarmarkt konnte den Kreditmarkt dadurch

verbreitern, daß zusatzliche Anlegerschichten für die Übernahme von Forderungen gegenuber den Entwicklungslandern gewonnen werden. Ohne einen entwickelten Sekundarmarkt fehlen brauchbare Maßstäbe fur eine Bewertung von Aktiva, welche die kollektive Risikoeinschatzungdes Marktes zum Ausdruck bringt. Letztlich dürfte dies die Schwankungen des Kreditangebots vergrößern. Sekundarmarkte für Kredite an Entwicklungsländer sind jedoch nicht unumstritten. So wollen beispielsweise die Banken die Wertschwankungen ihrer Aktiva nicht publii werden lassen; die Kreditnehmer andererseits machen sich Sorgen über das Management ihrer im Sekundarmarkt plazierten Schulden. Daruber hinaus konnte die am Sekundärmarkt erfolgende Bewertung der Bonitat die Notwendigkeit von Anpassungsmaßnahmen signalisieren, wenn sich ein Schuldenproblem einstellt. Die Ausweitung der Sekundarmarkte ist erwünscht, sie muß sich aber in einem schrittweisen Prozeß vollziehen, der sowohl Glaubigern und Schuldnern als auch den Bankenaufsichtsbehorden genügend Zeit

läßt, ihre jeweiligen Aufgaben abzugrenzen und sich dann darauf einzustellen. Bei einer unkontrollierten Entstehung von Sekundarmarkten konnten beispielsweise die Banken zu umfangreichen Wertberichtigungen gezwungen sein, was ihre Möglichkeiten zur Bereitstellung neuer Mittel einschranken wiirde.

Die internationalen Anleihemarkte dürften weiterhin florieren, wie dies schon in den vergangenen drei Jahren der Fall war. Auf den Märkten für festverzinsliche Papiere wird das gunstige Klima nur bei niedrigen Inflationsraten anhalten. Variabel verzinsliche Anleihen werden wahrscheinlich auf absehbare Zeit ein charakteristisches Element der Anleihemarkte bleiben. Moglicherweise wird sich der Schwerpunkt der Kreditgewährung an Entwicklungslander zu den neuen Finanzierungsinstrumenten im kurzerfristigen Segment der Wertpapiermarkte verlagern. Der Wiederherstellung der Kreditwurdigkeit der Entwicklungslander kommt fur ihren Zugang zu den Wertpapiermarkten eine Schlüsselrolle zu.

9 Direkt- und Portfolioinvestitionen

Wahrend des größten Teils des zwanzigsten Jahrhunderts waren Direktinvestitionen für die in Entwicklung begriffenen Länder eine wichtige Quelle von Kapital, Technologie und Sachverstand. Zu Anfang des Jahrhunderts errichteten auslandische Geldgeber Eisenbahnlinien, grundeten Stromversorgungsunternehmen und investierten in Plantagen und Bergwerken, die fur den Export produzierten. In der Folgezeit wurden Direktinvestitionen zunehmend in der verarbeitenden Industrie und im Dienstleistungssektor vorgenommen. Bei den Portfolioinvestitionen handelt es sich dagegen um ein relativ neues Phänomen, das erst mit dem Aufkommen großer Publikumsgesellschaften in den Entwicklungslandern und der Entstehung von einheimischen Aktienmarkten bedeutsam wurde. Bei Direktinvestitionen erwirbt der Investor ublicherweise eine Beteiligung sowie einen maßgeblichen Einfluß auf die Geschäftsführung des betreffenden Unternehmens, während Portfolioinvestitionen zwar mit einem Anteil am Eigentum, aber nicht mit einem spurbaren Einfluß auf die Geschäftsführung verbunden sind.

Zahlreiche Entwicklungsländer haben in der jüngsten Zeit wirtschaftspolitische Reformen durchgeführt, die unter anderem auch mehr Spielraum fur die privatwirtschaftliche Initiative eröffnen. Sie verhalten sich auch gegeniiber ausländischen Direktinvestitionen aufgeschlossener, nachdem die Kreditgewahrung der Banken zurückgegangen ist. Vor diesem veranderten Hintergrund untersucht das vorliegende Kapitel, ob durch Beteiligungsfinanzierungen verstarkt Auslandsgeld fur die Entwicklungsländer bereitgestellt werden kann. Die Schlußfolgerung lautet, daß die Beteiligungsfinanzierung fur die Entwicklungsländer niitzlich ist und daß sie in der Tat ausgeweitet werden kann, daß sie aber die Kreditgewahrung der Banken in erster Linie ergänzt und nicht ersetzt. Da diese Investitionen sich auf wenige Lander und Sektoren konzentrieren, ist das Potential für ihre Ausweitung begrenzt. Um dieses Potential voll auszuschopfen, müssen die Entwicklungslander eine Wirtschaftspolitik verfolgen, die den Außenhandel fordert, und ein stabiles wirtschaftliches und politisches Umfeld schaffen, in dem Auslandskapital nicht diskriminiert wird. Die Industrieländer ihrerseits konnen die Direktinvestitionen in den Entwicklungslandern durch eine liberale Handels- und Investitionspolitik unterstutzen.

Merkmale und Bedeutung der Direktinvestitionen

Anders als bei der Kreditgewährung der Banken werden durch Direktinvestitionen finanzielle Mittel im Verbund mit Technologie und Management zur Verfugung gestellt, die beide zu einer gesteigerten Kapitalproduktivitat beitragen konnen. Außerdem beteiligt sich Direktinvestitionskapital ebenso wie Portfoliokapital unmittelbar an den Risiken und den Ertragen des jeweiligen Projektes. Der Geldwert von Direktinvestitionen gibt deshalb ublicherweise ihren Gesamtnutzen für das Empfangerland nicht voll wieder.

Direktinvestitionen sind nicht notwendigerweise eine Alternative zu anderen Formen des Auslandskapitals, vielmehr erganzen sie diese. So stammten nur etwa 60 Prozent der Auslandsfinanzierung der lateinamerikanischen Tochtergesellschaften amerikanischer Firmen von den Müttern. Der Rest kam von Geschaftsbanken (sowohl einheimischen als auch ausländischen) und aus Handelskrediten. Etwa drei Viertel der gesamten Kreditaufnahmen dieser Tochtergesellschaften entfielen auf Handelskredite. Andere Formen des Auslandskapitals wie die bilaterale und multilaterale Entwicklungshilfe — haben ebenfalls die Vornahme von Direktinvestitionen erleichtert, da sie zur Entstehung von Investitionsmoglichkeiten beitrugen und die notwendige Infrastruktur finanzierten.

Der ganz überwiegende Teil aller Direktinvestitionen wird von einer relativ kleinen Zahl großer Firmen vorgenommen. Die 380 größten transnatio-

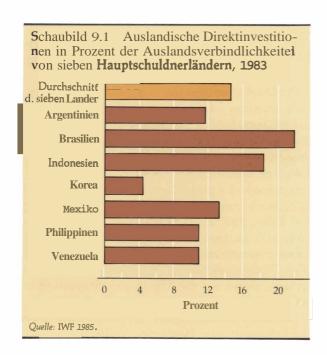
TABELLE 9.1
Auslandische Direktinvestitionen in ausgewahlten Ländergruppen, 1965 bis 1983

	Dure		r jährlicher B Ird \$)ª	etrag	Anteil am Gesamtbetrag (in %)						
Ländergruppe	1965—69	1970 —74	1975 <i>—</i> 79	1980—83	1965 <i>—</i> 69	1970 —74	197579	1980—83			
	5,2	11,0	18,4	31,3	79	86	72	63			
Entwicklungsländer	1,2	2,8	6,6	13,4	18	22	26	27			
Lateinamerika und Karibik	0.8	1,4	3,4	6,7	12	11	13	14			
Afrika	0,2	0,6	1,0	1,4	3	5	4	3			
Asien, einschl. Naher Osten Andere Länder sowie geschatzte	0,2	0,8	2,2	5,2	3	6	9	11			
nicht erfaßte Mittelzufliisse Insgesamt ^b	0,2 6,6	-1,0 12.8	0,6 25.6	4,8 49,4	3 100	—8 100	2 100	10 100			

a. Aus Angaben in Mrd SZR umgerechnet in Mrd US-Dollar auf Grundlage durchschnittlicher Wechselkurse wie in den IFS des IWF angegeben b. Einschließlich der vom IWF geschatzten Beträge nicht erfaßter Direktinvestitionen.

nalen Unternehmen wiesen im Jahr 1980 einen Auslandsumsatz von insgesamt etwa 1000 Mrd Dollar auf, dies entsprach etwa rund 3 Mrd Dollar je Firma. In der Regel werden die Direktinvestitionen dieser Firmen von den natiirlichen Ressourcen eines Landes oder dessen giinstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angezogen; gelegentlich spielen auch besondere Investitionsanreize der Gastlander eine Rolle.

Ein haufiges Motiv fur die Vornahme von Direktinvestitionen ist die Gefahrdung eines bestehenden Exportmarktes. Diese Gefahr kann entweder von einem Wettbewerber oder von Mafinahmen ausge-



hen, durch die auslandischen Anbietern der Zugang zum Markt versperrt wird. Solche Handelsschranken lassen sich nur dadurch umgehen, daß man sich hinter ihnen plaziert. Auch substantielle Kostenvorteile der Auslandsproduktion sind ein wichtiges Motiv fur Direktinvestitionen. In der verarbeitenden Industrie und im Dienstleistungssektor werden Direktinvestitionen oft von Firmen vorgenommen, die über einen bestimmten Wettbewerbsvorteil verfiigen, den sie am besten ausspielen konnen, wenn sie die Kontrolle uber ihre Auslandsniederlassungen behalten. Solche Wettbewerbsvorteile konnen in einem hochwertigen Produkt oder einem uberlegenen Produktionsverfahren bestehen, oder auch in einem Produkt, das gegeniiber dem Angebot der Konkurrenz differenziert werden kann.

Wachstum und Konzentration

Zwar stieg der Nominalwert der Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern zwischen 1967 und 1982 durchschnittlich um 10 Prozent jährlich, doch nahmen die Direktinvestitionen real betrachtet praktisch nicht zu. Im Gegensatz dazu wuchs die mittel- und langfristige private Kreditgewahrung an die Entwicklungslander in der gleichen Zeit, real betrachtet, um 9,5 Prozent jahrlich. Mehr als die Halfte der statistisch erfafiten Direktinvestitionen entfällt gegenwartig auf die reinvestierten Gewinne bestehender Auslandsniederlassungen.

Wie Tabelle 9.1 zeigt, flossen seit 1965 durchschnittlich drei Viertel aller weltweit vorgenommenen Direktinvestitionen in die Industrielander. Der restliche Teil konzentrierte sich ganz iiberwiegend

Quelle: Fur 1965 bis 1979: U.S. Department of Commerce 1984, Tabelle 4; für 1980 bis 1983: IWF Balance of Payments Statistics Yearbook 1984

Sonderbeitrag 9.1 Ausländische Direktinvestitionen in Brasilien

Brasilien hat mehr ausländische Direktinvestitionenerhalten als jedes andere Entwicklungsland. Ende 1983 belief sich der Bestand ausländischer Direktinvestitionen in Brasilien auf insgesamt fast 22,3 Mrd Dollar. Dies ist ein hoher Betrag. auch wenn man berücksichtigt, daß Brasilien viel größer ist als manches andere Entwicklungsland. Das zweitwichtigste Empfängerland, Mexiko, wies nur einen halb so großen Bestand an Direktinvestitionen auf. Brasilien verzeichnete während der letzten zehn Jahre laufend Netto-Kapitalimporte durch Direktinvestitionen, die außerdem fast jedes Jahr ausgenommen 1980 und 1983 - zunahmen. Etwa zwei Drittel dieser Direktinvestitionen waren Neuanlagen, der Rest stammteaus reinvestierten Gewinnen, Zwar expandierten die Direktinvestitionen bei weitem nicht so rasch wie andere Formen des Kapitalimports, doch entwickelten sie sich wesentlich stetiger (vgl. Schaubild 9.1 A).

Für ausländische Investoren ist Brasilien unter anderem wegen seines großen und wachsenden Biienmarktes und seiner im allgemeinen gegeniiber dem Auslandskapital aufgeschlossenen Politik attraktiv. Die meisten ausländischen Investitionen unterliegen keinen Beschränkungen, wenngleich einige Bereiche — wie Produktion und Vertrieb von Mini-und Kleincomputern — streng kontrolliert und zunehmend Firmen im brasilianischen Besitz vorbehalten werden.

Die Vereinigten Staaten sind mit einem Anteil von etwa einem Drittel der gesamten Aktiva das bedeutendsteeinzelne Herkunftsland der Auslandsiivestitionen in Brasilien; ihr Anteil ist in letzter Zeit weiter gestiegen. Die Bundesrepublik Deutschlandliegt mit etwa 13 Prozent auf dem zweiten Platz, gefolgt von Japan mit 9 Prozent.

Fast 75 Prozent **aller** Ditinvestitionen in Brasilien **entfallen auf** die verarbeitende Industrie, deren **ausländische**

F i e n in der Gesamtwirtschaft ein großes Gewicht haben. Nach einer Schatzung des Zentrums für transnationale Gesellschaften der VN stammten im Jahr1977fast 45 Prozent aller auf dem Binnenmarkt verkauften Industrieprodukte von auslandsbeherrschten Gesellschaften. Am Export von Industrieerzeugnissen scheinen sie mit einem ähnlichen Anteil partizipiert zu haben



Quelle: IWF Balance of Payments Yearbook 1978; IWF Balance of Payments Statistics 1984.

auf wenige Entwicklungslander, vor allem auf die asiatischen und lateinarnerikanischen Länder mit hoherem Einkommen. Insbesondere in Brasilien (vgl. Sonderbeitrag 9.1) und Mexiko wurden Direktinvestitionen in großem Umfang vorgenommen. Innerhalb Asiens waren Hongkong, Malaysia, die Philippinen und Singapur die bedeutendsten Ziellander; auf Singapur allein entfiel dabei in den letzten Jahren fast die Halfte aller in Asien vorgenommenen Direktinvestitionen. Zwischen den hoch verschuldeten Entwicklungsliindern gibt es markante Unterschiede im Anteil der Direktinvestitionen an den gesamten Auslandsverbindlichkeiten (vgl. Schaubild 9.1).

Den Ländern mit niedrigem Einkommenist durch Direktinvestitionen nur sehr wenig Kapital zugeflossen. Dies hängt in vielen Fällen mit der geringen Größe ihrer einheimischen Markte oder dem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften zusammen; im Fall Indiens spiegelt sich hierin teils eine Industriepolitik wider, die besonders den offentlichen Sektor forderte, teils aber auch der Wunsch nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit (vgl. Sonderbeitrag 9.2).

Die Direktinvestitionen in den Entwicklungsländem stammen nahezu vollstandig aus den Industrieländern. Firmen aus den Vereinigten Staaten und aus Großbritannien sind zwar die wichtigsten Investoren in den Entwicklungslandem, doch haben sie relativ an Bedeutung eingebüßt. Gesellschaften aus der Bundesrepublik Deutschland und — bis vor kurzem — aus Japan (vgl. Sonderbeitrag 9.3) haben ihre Direktinvestitionen in der Dritten Welt stark ausgeweitet. Die genannten vier Länder haben zusammengenommen mehr als drei Viertel aller Direktinvestitionen in Entwicklungsliindern getatigt, wobei auf die Vereinigten Staaten allein fast die Halfte des Gesamtbetrages entfallt.

Fast alle **Herkunftsländer bevorzugen** bei **ihren** Direktinvestitionen bestimmte **Zielländer** in der

Sonderbeitrag 9.2 Auslandische Direktinvestitionen in Indien

Die Regierung Indiens verhielt sich lange gegenüber dem Auslandskapital reserviert. Seit jüngstem wird jedoch anerkannt, daß Gemeinschaftsunternehmen — oder Kooperationsvereinbarungen — dazu beitragen konnen, neue Technologien ins Land zu bringen, die Exporte zu steigern und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen (vgl. Schaubild 9.2 A). Man hat deshalb begonnen, die Vorschriften zu lockern.

Zwar entfällt auf ausländische Direktinvestitionen bisher erst ein kleiner Teil der gesamten Kapitalimporte Indiens, doch hat in den letzten Jahren die Zahl der Gemeinschaftsunternehmen und der Umfang der genehmigten Investitionen erheblich zugenommen. Eine Vereinfachung des Genehmigungsverfahrens, ein günstigeres industriepolitisches Umfeld und eine positive Neueinschätzung der Wirtschaftspolitik sowie der wirtschaftlichen Aussichten des Landes haben zu diesem Aufschwung vor allem beigetragen.

• Verschiedene Wirtschaftszweige sind dem offentlichen Sektor vorbehalten und bleiben deshalb einheimischen privaten und ausländischen Investoren verschlossen. In anderen Branchen ist der Auslandsbesitzin der Regel auf hochstens 40 Prozent des Kapitals einer Firma begrenzt; allerdings kann ein hoherer Auslandsanteil genehmigt werden, wenn das betreffende Unternehmen iiberwiegend exportorientiert ist oder eine besonders erwunschte Technik mit sich bringt. Gesellschaften, deren Produktion vollständig exportiert wird, durfen ganz im Auslandsbesitzsein.

Die Körperschaftssteuern sind hoch und die Steuergesetze kompliziert. Neugegründete Gesellschaften konnen jedoch verschiedene Vergünstigungen beanspruchen, die ihre potentielle Steuerbelastung während der ersten fünf Geschäftsjahre tendenziell verringern.

• Die Vornahme von Investitionen durch Ausländer und ihre Repatriierung wird durch umständliche und zeitraubende Verwaltungsverfahren geregelt; die Regierung versucht aber gegenwartig, diese Verfahren zu vereinfachen. Alle Anträge auf Genehmigungen im industriellen Bereich, wie die Bewilligung von Lizenzen, die Genehmigung von Kooperationen mit ausländischen Partnern und der Import von Investitionsgiitern konnen nun zentral bei einer Behörde — dem Sekretariat für industrielle Genehmigungen — gestellt werden. Das Indian Investment Centre fungiert zunachst weiterhin als eine eigene Förderungseinrichtung neben der bestehenden Aufsichtsstruktur.

Wenn die Regierung eine ausländische Investition genehmigt hat, unterliegt der Transfer von Lizenzgebühren und

Dividenden keinerlei Beschränkungen. Eine Repatriierung des investierten Betrages ist im Rahmen der Bestimmungen des Foreign Exchange Regulation Act von 1973 moglich. Dieses Gesetz, das von der Reserve Bank of India durchgeführt wird, regelt die Vornahme ausländischer Investitionen, die Aktivitaten von gebietsansassigen Ausländern sowie den Besitz und die Verwendung von Devisen.

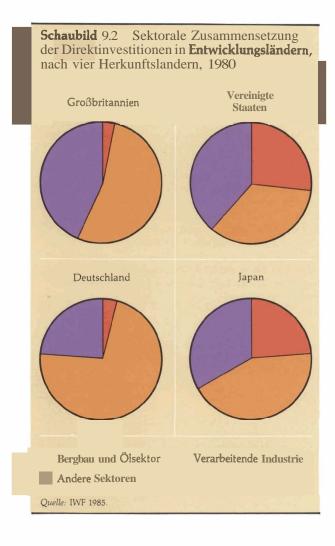
Wegen der Beschränkungen des Auslandsbesitzes und der begrenzten Expansionsmöglichkeiten ausländischer Firmen ziehen es viele multinationale Unternehmen vor. ihre Produkte in Indien auf Lizenzbasis herstellen zu lassen. Lizenzgebühren und andere Nutzungsgebühren, die von indischen Lizenznehmern gezahlt werden, unterliegen freilich ebenfalls einer genauen Prüfung durch die Behorden. Die Lizenzgebühr, die bei einer technischen Kooperationsvereinbarung zulässig ist, hängt von der Art der angewendeten Technik ab, beträgt in der Regel aber hochstens 8 Prozent des Produktionswertes ab Werk.



Dritten Welt. Die Investitionen der Vereinigten Staaten konzentrieren sich vor allem in Lateinamerika, wahrend Japan iiberwiegend in seinen asiatischen Nachbarlandern investiert. In ahnlicher Weise werden die Investitionen Großbritanniens zu einem großen Teil in Ländern des Commonwealth vorgenommen, und Frankreich hat sich vor allem in seinen ehemaligen Kolonialgebieten, insbesondere in Afrika, engagiert.

Die Direktinvestitionen konzentrieren sich auch

in einigen wenigen Wirtschaftszweigen. Schaubild 9.2 zeigt, daß die britischen und speziell die deutschen Firmen iiberwiegend in der verarbeitenden Industrie investiert haben, wahrend die amerikanischen und die japanischen Direktinvestitionen, auch wenn sie sich insgesamt gleichmäßiger über die wichtigsten Sektoren verteilen, schwerpunktmäßig sowohl in der Rohstoffgewinnung als auch in der verarbeitenden Industrie vorgenommen wurden. Innerhalb der verarbeitenden Industrie wurde



vor allem im Fahrzeugbau, in der Chemie und im Maschinenbau (einschließlich Elektrotechnik und Datenverarbeitung) investiert.

Gründe der Stagnation

Die weitgehende Stagnation der Direktinvestitionen während der siebziger Jahrespiegelte die zunehmende Verfugbarkeit von Bankkrediten und die niedrigen realen Zinskosten solcher Kredite wider. Schatzungen der von privaten Investoren geforderten Renditen ergaben, daß diese die Zinssätze von Bankkrediten bei weitem ubertrafen.

Gleichzeitig verscharften viele Entwicklungsländer ihre Restriktionen im Bereich der Direktinvestitionen; sie ließen auslandische Direktinvestitionen in immer weniger Branchen zu und verlangten eine stärkere Beteiligung von Inlandern. Von Politikern der Entwicklungsländer wurde verschiedentlichder Beitrag der Direktinvestitionen zur Entwicklung grundsatzlich in Frage gestellt.

Regelmäßig entsprang solche Skepsis einer politisch begriindeten Abwehrhaltung gegenüber einer auslandischen Kontrolle der heimischen Ressourcen. Darüber hinaus werfen die Kritiker den multinationalen Gesellschaften vor. daß sie eine nicht angepaßte Technik verwenden und daß ihre zentralisierte Führungsstruktur die Entfaltung der einheirnischen Initiative verhindert. Außerdem heißt es, daß die multinationalen Firmen sich häufig auf dem inlandischen Kapitalmarkt finanzieren und dadurch potentielle einheimische Kreditnehmer verdrängen. Schließlich wird unterstellt, daß die Direktinvestoren Verrechnungspreise, Lizenzgebuhren, Zinszahlungenund Konzernumlagen sowie andere Mittel einsetzen, um Preiskontrollen, Devisenbestimmungen, Steuern des Gastlandes und Beschränkungen des Gewinntransfers zu umgehen.

Solche Vorwürfe kamen besonders aus den Ländem, deren Regierungen durch Importbeschränkungen die heimische Produktion zu fördern suchten. Eine verfehlte Handelspolitik verschafft auslandischen Investoren manchmal Kapitalrenditen, die den gesamtwirtschaftlichen Ertrag der Investition für das betreffende Land erheblich übersteigen. Versucht dann die Regierung, solche Profite zu begrenzen, entsteht für die Firmen ein Anreiz zur Urngehung dieser Kontrollen. Weltoffene Handelssysteme lassen die Entwicklungsländer aus ausländischen Direktinvestitionen größeren Nutzen ziehen und verringern gleichzeitig die mit ihnen verbundenen Probleme.

Den Vorbehalten der Entwicklungsländer stand auf seiten der potentiellen Investoren oftmals eine ahnlich negative Einstellung gegenuber. Konfrontiert mit der abweisenden Haltung der Gastlander, einer instabilen Wirtschaftspolitik und widerspriichlichen Kombinationen von Anreizen und Beschränkungen, hiiteten sich die Investoren, ihr Kapital in den Entwicklungslandem anzulegen. Wahrend der siebziger Jahre bemühten sich multinationale Gesellschaften und Regierungen der Entwicklungsländer verstarkt darum, die verschiedenen Funktionen von Direktinvestitionen -Management, Technologietransfer und Finanzierung — voneinander zu trennen. Durch Lizenzverträge und andere Vereinbarungen konnten sich die Entwicklungslandereinige der Vorteile von Direktinvestitionen sichern, ohne die venneintlichen Nachteile des Auslandsbesitzes in Kauf nehmen zu müssen. In jungster Zeit hat jedoch die Aufnahmebereitschaft einiger Lander für ausländische Direktinvestitionen deutlich zugenommen.

Verbesserung der Rahmenbedingungen für Direktinvestitionen

Lander mit einem großen Binnenmarkt, die eine Politik der Importsubstitution verfolgen, gehoren rnit zu den wichtigsten Anlagelandern fur Direktinvestitionen. Gerade in diesen Ländern war die Preisstruktur am starksten verzerrt und die Kritik am Beitrag der Direktinvestitionen zur Wirtschaftsentwicklung am meisten verbreitet. Lander, die eine weltoffenere Entwicklungsstrategieverfolgten, hatten mit den auslandischen Direktinvestitionen weniger Probleme. Diese Entwicklungsstrategie macht die Produktion fur den Export ebenso attraktiv wie fiir den Binnenmarkt und erfordert grundsatzlich Marktpreise, die den relativen Knappheitsverhaltnissen entsprechen. In solchen Ländern sorgen die Regierungen tendenziell fur niedrige Zölle und positive reale Zinssatze. Dies fuhrt dazu, daß sich die dort vorgenommenen Direktinvestitionen enger am komparativen Vorteil dieser Länder orientieren. Der Beitrag der Direktinvestitionen zum Entwicklungsprozeß hangt deshalb wesentlich von den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen des Gastlandes ab.

Die Politik der Gastländer

In allen Entwicklungslanderngibt es eine besondere Politik gegeniiber Direktinvestitionen und Institutionen, die damit befaßt sind. Dazu gehoren die Investitionsanreize, die Dienstleistungen und die Infrastruktur, die den ausländischen Investoren geboten werden. Außerdem gehoren dazu die verschiedenen Beschrankungen, denen die Tatigkeit auslandischer Firmen unterliegt.

• Investitionsanreize. Sie dienen typischerweise dazu, entweder die Einnahmen der auslandischen Firmen zu verbessern oder ihre Kosten zu senken. Zu den Anreizen auf der Einnahmeseite gehoren Importzolle oder -kontingente fiir das betreffende Produkt, Steuervorteile und Vorzugsbehandlungen verschiedener Art. Von diesen Anreizen waren immer Zolle und andere Schutzmaßnahmen zugunsten der Produktion fur den Binnenmarkt am wichtigsten. Zu den kostensparenden Anreizen gehoren Zollermäßigungen beim Import und Befreiungen von Steuern auf Produktionsfaktoren. Welche Anreize ein Land gewahrt, hangt von der Art der Investitionen ab, die es hereinholen mochte, und von der Konkurrenz anderer Länder um diese Art von Investitionen. Esgibt Anhaltspunkte dafür, daß Anreizsysteme an Wirkung verlieren, je komplexer sie sind **und** je haufiger sie geandert werden. Die Auswirkungen spezifischer Anreize fur Direktinvestitionen sind unsicher. Zahlreiche Untersuchungen deuten darauf hin, daß Geschäftsleute bei der Entscheidung über den Standort von Investitionen solche Anreize zumeist ignorieren oder ihnen

Sonderbeitrag 9.3 Japanische Direktinvestitionen in der verarbeitenden Industrie

Die japanischen Auslandsinvestitionenin der verarbeitenden Industrie nahmenerst in den späten sechziger und den frühen siebziger Jahren einen größeren Umfang an. Zwischen 1971 und 1982 addierten sich die japanischen Investitionen in der verarbeitenden Industrie auf etwa 16 Mrd Dollar, während die gesamten Direktinvestitionen im Ausland rund 50 Mrd Dollar betrugen. Die japanischen Investitionen in der verarbeitenden Industrie unterscheidensich von denen der anderen OECD-Länder in mehreren Punkten. Die amerikanischen Direktinvestitionen zum Beispiel wurden überwiegend von bedeutenden multinationalen F i e n in den größeren Industrieländern vorgenommen, um die lokalen Märkte zu bedienen. Die Investitionen erfolgten in der Regel in kapitalintensiven Branchen und waren oft mit dem Einsatz fortgeschrittener Technik verbunden.

Im Gegensatz dazu wurden die japanischen Auslandsinvestitionen in der verarbeitenden Industrie von einer großen Zahl kleinerer und mittlerer Firmen vorgenommen, und zwar in Industriezweigen, die rnit relativ viel Arbeitskraft und einfacher Technik produzieren. Anfänglich konzentrierten sich die Investitionen auf Länder wie Korea und Hongkong, und dienten hauptsächlich dem Export. Diese Merkmale hingen teilweise mit dem Arbeitskräftemangel in Japan und

dem raschen Anstieg der Reallohne zusammen, der die Wettbewerbsfahigkeitder arbeitsintensiven Branchen beeintrachtigte. Hinzu kam, daß die japanische Regierung angesichts großer Leistungsbilanzüberschüsse die Kontrolle der Auslandsinvestitionen lockerte.

Die Struktur der japanischen Diktinvestitionen ist im Wandel begriffen. Die Investitionen in der verarbeitenden Industrie erfolgen nun zunehmend in den Industrieländern speziell in Nordamerika - und weniger in den Entwicklungsländern. Im Zeitraum 1971 bis 1980 entfielen von den gesamten japanischen Auslandsinvestitionen in der verarbeitenden Industrie 68 Prozent auf die Entwicklungsländer und zwar ganz überwiegend auf asiatische Länder. In den Jahren 1981/82 ging dieser Anteil auf 46 Prozent zurück. Die Gewichtsverschiebung ist zum Teil eine Reaktion auf die protektionistischen Maßnahmen, die einige Industrielander gegenüber Importen aus Japan ergriffen haben; die japanischen Firmen versuchten daraufhin, sich hinter den Handelsschranken zu etablieren. Sie spiegelt aber auch die Einschätzung vieler japanischer Firmen wider, daß sich das Investitionsklima in den Entwicklungsländern im Zuge des langsameren Wachstums und der Schuldendienstprobleme mancher Länder verschlechtert hat.

keine große Bedeutung zumessen. Eine Untersuchung der IFC läßt jedoch vermuten, daß Anreize die Investitionsentscheidungin der Tat beeinflussen können: Unter sonst gleichen Umstiinden dürften sich die Finnen bei der Wahl zwischen zwei Ländern an der relativen Attraktivitat der jeweils gebotenen Anreize orientieren.

Investitionsbestimmungen. Solche Bestimmungen konnen vielfältige Formen amehmen. In manchen Ländern — so etwa in Ägypten, Brasilien, Indien und Mexiko — bleiben Schlusselindustrien der heimischen Wirtschaft (und zwar haufig dem offentlichen Sektor) vorbehalten. Manche Länder lassen nur Minderheitsbeteiligungen der ausländischen Investoren zu, es sei denn, dem betreffenden Wirtschaftszweig wird "hohe Prioritat" zuerkannt oder die Produktion ist hauptsachlich fur den Export bestimmt. In anderen Ländern — insbesondere in Lateinamerika — müssen bei ausländischen Untemehmen Eigentumsrechte und Geschäftsführung durch den Verkauf von Anteilen sukzessiv auf Inlander übertragen werden.

Viele Entwicklungsliinder beschränken den Transfer von Zinsen und Dividenden. Dies kann auf auslandische Firmen sehr abschreckend wirken und hat Praktiken wie die Manipulation von Verrechnungspreisen gefordert. Manche Regierungen von Entwicklungsländern (so etwa in Lateinamerika) verlangen auch die Erfüllung von Leistungskriterien, wonach eine Firma eine Mindestexportquote erzielen oder in bestimmten Umfang einheimische Vorleistungen oder Arbeitskräfte einsetzen muß und dergleichen mehr. Länder wie Argentinien, Kenia, Peru und die Turkei haben die Kreditaufnah-

me ausländischer Investoren auf dem einheimischen Markt quantitativ beschrankt. Die Untersuchung der IFC ergab, daß die Unternehmen solche Vorschriften bei ihrer Standortwahl in der Regel beriicksichtigen.

Der Umfang der auslandischen Direktinvestitionen in einem Land wird von den jeweiligen Investitionsanreizen und -bestimmungen weniger beeinflußt als vom allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Klima dieses Landes, von seiner Geldund Kreditpolitik und seiner Wechselkurspolitik. Diese Schlußfolgerung wird von den unterschiedlichen Erfahrungen vieler einzelner Länder illustriert. Obwohl sie erhebliche Anreize für potentielle Investoren boten, haben Lander in Afrika und in der Karibik — mit kleinen Binnenmarkten und begrenzten natürlichen Ressourcen — nur wenige Direktinvestitionen anziehen konnen. Indien, Nigeria und verschiedene Lander Lateinamerikas hatten das Potential. Direktinvestitionen zum Zweck der Importsubstitution zu erhalten. Sie waren ebenfalls nur mäßig erfolgreich, da sie sich dazu entschlossen, ausländischen Finnen Beschränkungen und Leistungskriterien aufzuerlegen.

Im Gegensatz dazu haben einige der ostasiatischen Schwellenlander — beispielsweise Malaysia und Singapur — betrachtliche Kapitalzufliisse durch Direktinvestitionen erzielt, obwohl sie keine zu Buche schlagenden Anreize gewahrten. Ausschlaggebendfur die ausliindischen Investoren war ihre exportorientierte Entwicklungspolitik. Damit bestatigen sie eine allgemeine Regel: Eine Wirtschaftspolitik, die den einheimischen Investoren entgegenkommt, nutzt auch den auslandischen.

Sonderbeitrag 9.4 Die Saatgutproduktion in der Tiirkei

Als die Weltbank 1981 ihr Darlehensprogramm fiir die Landwirtschaft der Tiirkei überprüfte, gelangte sie zu dem Schluß, daß eine verbesserte Saatgutqualitat den Bauern beträchtliche Vorteile bieten würde. Die Bank war der Auffassung, dies ließe sich am besten durch die Förderung einer privatwirtschaftlich organisierten Saatgutindustrie erreichen, an der sich ausländische Finnen beteiligen sollten.

Die staatlichen Eingriffe im Bereich der Saatgutproduktion hatten aber ausländische Firmen von Direktinvestitionen abgehalten und dazu geführt, daß das Angebot an Saatgut für die Bauern nach Menge und Art beschränkt war. Dabei handelte es sich um Maßnahmen wie Preiskontrollen fiir Saatgut, Beschränkungen der Einfuhr von Saatgut zu Testzwecken und zur Marktentwicklung, ein staatliches Monopol der Saatgutprüfung sowie ein langwieriges und kompli-

ziertes Zulassungsverfahren vor dem Verkauf einer neuen Sorte.

Zum Teil aufgrund von Initiativen der Bank und der IFC hat die Regierung viele dieser Mafinahmen modifiziert. Die Preiskontrollen wurden abgeschafft, die Einfuhr von Saatgut in die Tiirkei erleichtert, die Prüfungs- und Zulassungsverfahren liberaler gestaltet.

Elf ausländische Saatgutfirmen haben ihre Tätigkeit in der Tiirkei aufgenommen; sie importieren Saaten und prüfen sie unter den lokalen Bediigungen. Als nächstes wollen sie ein Vertriebsnetz aufbauen, die geeignetsten Varietäten importieren und verkaufen, um den Markt zu testen. Sobald der Markt aufgebaut ist, wollen die Firmen mit dem Anbau und der Verarbeitung vor Ort beginnen. Auf längere Sicht diirften sie auch Forschungsstationen einrichten, um neue Varietaten zu ziichten.

Zwar kommt dem gesamtwirtschaftlichen Klima erstrangige Bedeutung zu, doch kann die sektorund branchenspezifische Wirtschaftspolitik uber das tatsachliche Zustandekommen von Investitionen entscheiden. Der Sonderbeitrag 9.4 beschreibt einen Fall, namlich den der Saatgutindustrie in der Türkei, in dem die staatliche Reglementierung einer Branche eine entscheidende Rolle spielte. Nachdem die Mängel der Saatgutpolitik identifiziert und beseitigt worden waren, kames in dieser Branche zu betrachtlichen Neuinvestitionen des Auslands.

Die Politik der Industrieländer

Nicht anders als in den Gastlandern ist auch in den Industrielandern die allgemeine Wirtschaftspolitik der entscheidende Faktor fur den Umfang der Direktinvestitionen, die in die Entwicklungslander fließen. Ein schwaches Wirtschaftswachstum und ein hohes Kostenniveau im Inland machen Investitionen im Ausland attraktiver.

Zugleich aber haben die Industrielander durch ihre Bemiihungen, die Inlandsproduktion zu fördern und zu schutzen, gelegentlich Investitionen in Entwicklungsliindern verhindert. Manche Industrielander gewahren weitreichende Privilegien, um Auslandsinvestitionen an sich zu ziehen. Zwar sind diese Anreize vielfach auf spezifische Industrien, in der Regel hochtechnologische Branchen, abgestellt, doch konnen sie den von Entwicklungslandem gebotenen Anreizen direkt Konkurrenz machen. Die direkte und indirekte Subventionierung kranker Industrien hat ebenfalls dazu gefuhrt, dafi fur die Firmen dieser Wirtschaftszweige Investitionen in den Entwicklungslandern weniger attraktiv waren. Ähnliche Wirkungen waren mit Eingriffen in den Außenhandel verbunden. Die in den Jahren 1982 bis 1985 angewendeten Beschrankungen der japanischen Automobilexporte in die Vereinigten Staaten machten es fur die amerikanischen Produzenten weniger dringlich, fur die Produktion von Teilen und Komponenten kostengunstigere Produktionsstandorte in Entwicklungsliindern zu suchen. Zur Steigerung der Investitionen in den Entwicklungslandern ware es offensichtlich wünschenswert, daß die Subventionen und Zölle, die die heimische Wirtschaft der Industrielander schützen, abgeschafft werden.

Manche Einzelmafinahmen der Industrielander haben die Investitionen in der Dritten Welt positiv beeinflußt. Von Regierungsstellen und Organisationen der Wirtschaft werden Informationen uber Investitionsmoglichkeiten verbreitet. Sie haben Verfahren zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten mit den Regierungen der Entwicklungslander ausgehandelt. Es gibt Steuergesetze, die fiir Privatpersonen die Auslandstatigkeit im Rahmen multinationaler Unternehmen attraktiv machen. Solche Mafinahmen sind wertvoll. Am starksten aber werden Investitionen in den Entwicklungslandern durch eine liberale Handelspolitik stimuliert, denn sie ermoglicht es den Unternehmen, an ausländischen Standorten für die Markte der Industrieländer zu produzieren. Wie im Sonderbeitrag 9.3 hervorgehoben, nahmen die japanischen Textilfirmen Direktinvestitionen in asiatischen Entwicklungslandern vor, um auf ihren Exportmarkten wettbewerbsfähig zu bleiben.

Investitionsschutz und -versicherung

Als langfristige Anlage, die ublicherweise in Fabrikgebauden und Maschinen vorgenommen wird, sind Direktinvestitionen dem politischen Risiko ausgesetzt - der Gefahrdung durch Enteignung, Devisenbewirtschaftung, Krieg, Umsturz und Rebellion. Um tatsachliche oder potentielle Investoren zu beruhigen, haben viele Entwicklungslander Gesetze verabschiedet, die sie vor Enteignung schiitzen; einige Entwicklungslander haben solche Bestimmungen auch in ihre Verfassung aufgenommen. Zwischen Regierungen von Entwicklungslandern und Industrielandern wurden etwa 200 bilaterale Investitionsschutzverträge abgeschlossen, die unter anderem auch die Transfer- und Enteignungsrisiken abdecken. Außerdem haben zweiundzwanzig Lander - fast alle Industrieländer, aber auch Indien und die Republik Korea - Garantiesysteme fur Investitionen geschaffen.

Diese Programme bieten Gesellschaften und Privatpersonen des jeweils garantierenden Landes eine Gewahrleistung für die politischen Risiken im Ausland. Die nationalen Regelungen unterscheiden sich hinsichtlich Ausgestaltung, Konditionen, Dekkungsumfang und verwaltungsmafiiger Durchführung betrachtlich. Dementsprechend variiert der Umfang, in dem sie Direktinvestitionen in Entwicklungslandern abdecken, von weniger als 5 bis zu mehr als 50 Prozent. Insgesamt wurden im Zeitraum 1977 bis 1981 zwischen 10 und 15 Prozent aller Direktinvestitionen in Entwicklungslandern, die von Ländern mit Gewahrleistungssystemen vorgenommen wurden, auf diese Weise garantiert. Ende 1981 waren etwa 9 Prozent des gesamten Bestandes

Sonderbeitrag 9.5 Eine multilaterale Investitionsgarantie-Agentur

Der Vorschlag, eine multilaterale Stelle zur Absicherung von Auslandsinvestitionen zu schaffen, wurde seit den frühen sechziger Jahren immer wieder diskutiert. Im regionalen Rahmen wurde 1974 die Inter-Arab Investment Guarantee Agency errichtet, die seitdem erfolgreich arbeitet. Ihre Tätigkeit beschränkt sich jedoch auf Investitionen innerhalb ihrer verschiedenen arabischen Mitgliedstaaten. Im Jahr 1981 nahm die Geschäftsführung der Bank die Initiative zur Schaffung einer multilateralen Investitionsgarantie-Agentur (multilateralinvestment guarantee agency, MIGA) unter der Schirmherrschaft der Weltbank wieder auf. Die Geschäftsführung der Bank hat seitdem einen konkreten Vorschlag vorgelegt, der mit den Regierungen der Mitgliedsländer und mit Kreisen der Wirtschaft beraten wurde. Aufgrund dieser Konsultationen hat die Geschäftsführung den Entwurf einer Konvention ausgearbeitet, der als Basis für Verhandlungen dienen kann.

Nach dem Vorschlag soll die MGA das Investitionsklima in den Entwicklungsländern verbessern, indem sie a) Garantien für die nichtkommerziellen Risiken von Auslandsinvestitionen übernimmt und b) die Maßnahmen von Weltbank und IFC zur Förderung solcher Investitionen dadurch ergänzt, daß sie Forschungsvorhaben durchführt, Informationen zur Verfügung stellt, technische Unterstützung leistet und die Zusammenarbeit in der Investitionspolitik fördert. Während die ursprünglich innerhalb der Bank diskutierten Vorschläge eine eng mit der Bank verbundene Einrichtung vorsahen, die von den Industrieländern sowohl finanziert als auch gelenkt werden sollte, wird nunmehr eine selbständige Behörde mit gewissen Verbindungen zur Bank vorgeschlagen, die von den Herkunfts- und den Gastländern der Investitionen gemeinsam finanziert und kontrolliert werden soll. In dieser Weise würde die MIGA vertrauensbildende Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit der Gast- und der Herkunftsländersowie der privaten Investoren schaffen.

Die MIGA soll sich durch eigene Einnahmen finanzieren, insbesondere durch die Prämieneinnahmen fiir ihre Garantien. Die Agentur soll jedoch ein eigenes Kapital erhalten und würde ihre Tätigkeit aufnehmen, sobald eine gewisse Zahl von Kapitalexport- und Kapitalimportländern die Konvention ratifiziert und einen Mindestbetrag des Kapitals gezeichnet hat. Jeder Mitgliedsstaat, auch aus dem Kreis der Entwicklungsländer, hatte eine bestimmte Mindestzahl von

an auslandischen Direktinvestitionen durch **natio**nale Garantien abgesichert.

Eine andere Moglichkeit zur Verringerung des politischen Risikos ist die Versicherung durch private Stellen. In den frühen siebziger Jahren waren Einzelversicherer und Versicherungsmakler von Lloyd's in London Vorreiter bei der Versicherung politischer Risiken von Auslandsinvestitionen und Exportgeschaften. Seitdem hat diese Sparte betrachtlich expandiert. Im Jahr 1973 nahmen die privaten Versicherer zwischen 2 und 3 Mio Dollar an Pramien für die Versicherung politischer Risiken ein, und ihr Zeichnungslimitlag bei maximal 8 Mio Dollar fur das einzelne Projekt. Im Jahr 1982 erreichten die gesamten Prämieneinnahmen schätzungsweise 95 Mio Dollar, das Zeichnungslimitwar auf 450 Mio Dollar hochgeschossen, und die insgesamt abgesicherte Summe wurde auf etwa 8 Mrd Dollar geschatzt.

Die Rolle der Weltbankgruppe

Zusatzlich zum Aufbau der Infrastruktur der Entwicklungslander und der Bereitstellung ergänzender Finanzierungen, versuchen die Weltbank und ihre Schwestergesellschaft, die Internationale Finanz-Corporation, eine Wirtschaftspolitik der Entwicklungsländer zu unterstutzen, die alle Inve-

stitionen — einheimische wie auslandische — steigert. So sollen mit den Strukturanpassungsdarlehen der Bank Regierungen errnuntert werden, durch Kurzung von Subventionen, durch verstärkte Leistungsanreize und die Aufhebung von Schutzmaßnahmen zugunsten unwirtschaftlicher Produzenten Verzerrungen der Wirtschaftsstruktur abzubauen.

Die Bank und die IFC können bei der Formulierung von Maßnahmen zur Anregung produktiver Privatinvestitionen Hilfestellung geben. Die IFC ist dazu in besonderem Maß in der Lage, da sie als selbst Beteiligter unmittelbaren Einblick in den Zusammenhang zwischen Wirtschaftspolitik und Investitionsentscheidungen besitzt. Die von ihren Mitgliedsländern angeforderte wirtschaftspolitische Beratung, die sie auch zusammen mit der Bank durchführt, betrifft Fragen wie:

- Entwurf oder Überprüfung von Investitionsgesetzbüchern, Gesetzen oder Vorschriften, die private Direktinvestitionen oder Auslandsinvestitionen betreffen.
- Überbrückungsmaßnahmen fur Privatfirmen, wenn Sparprogramme oder Programme zur gesamtwirtschaftlichen Umstrukturierung, welche die Nachfrage verringern, das Kreditangebot verknappen und die fur die Gewinnlage entscheidenden Preisrelationen verandern, zu Schwierigkeiten führen.
 - Privatisierung von Staatsbetrieben, die die

Kapitalanteilen zu iibemehmen. Ein kleiner Prozentsatz des gezeichneten Kapitals wäre effektiv einzuzahlen, der Rest wäre bei Bedarf abrufbar. Die Garantieübernahmen durch die MIGA wären dem Umfang nach begrenzt, damit eine angemessene Relation zwischen dem gesamten Obligo und dem Kapital eingehalten wird. Neben ihren eigenen Garantien wäre die MIGA zur Abgabe von Garantien im Namen von, fördernden Mitgliedern"ermächtigt, die solche Garantien empfehlen und deren Risiken anteilig mittragen. Die Garantien von geforderten Investitionen im Rahmen dieser zusätzlichen Fazilität würden keiner Begrenzung unterliegen.

Gemäß dem Entwurf für eine Konventionsoll die MIGA in die entsprechenden Ansprüche der von ihr entschädigten Investoren gegenüber den Gastländern eintreten. Streitigkeiten zwischen der Agentur und den Gastländern uber diese Ansprüche wiirden durch Verhandlungen oder letztlich durch intemationalen Schiedsspruch beigelegt. Die Souveränität der Gastländer würde durch den Grundsatz gewährleistet, daß das betreffende Gaetland sowohl der Investitionals auch ihrer Garantie durch die MIGA zustimmen muß.

Regierung abgeben will. Die IFC kann dabei uber die Fragen der Privatisierungsstrategie beraten: ob verkadt werden soll, ein Leasingvertrag oder ein Betriebsfuhrungsvertrag abgeschlossen werden soll; in welcher Reihenfolge die Unternehmen privatisiert werden sollen; welche Kaufer in Frage kommen und wie man sie findet; wie die Unternehmen zu bewerten sind. Die IFC kann sich außerdem an der Finanzierung beteiligen, wenn bestimmte Unternehmen an private Kaufer verkauft werden.

Indem sie selbst als Investor auftritt, wobei sie freilich immer nur eine Minderheitsbeteiligung ubernimmt, fordert die IFC die Auslandsinvestitionen in den Entwicklungslandern mit dem Ziel, deren einheimische Privatwirtschaft anzuregen. Die 773 Projekte in vierundachtzig Entwicklungsländern, an denen sich die IFC bis Juni 1984 beteiligt hat, reprasentieren eine gesamte Investitionssumme von fast 27 Mrd Dollar; die IFC hat dabei ihre eigenen Investitionen in Hohe von 3,7 Mrd Dollar durch Konsortialbeteiligungen anderer Geldgeber in Hohe von 2,5 Mrd Dollar erganzt. Die IFC hat außerdem dazu beigetragen, daß in diesen Projekten private auslandische Direktinvestitionen von etwa 1 Mrd Dollar erfolgten.

Durch die Dienstleistungen der IFC konnen einheimische und auslandische Investoren Kontakt finden. Ihre Beteiligung tragt oftmals dazu bei, das Vertrauen der auslandischen Investoren zu stärken.

und als ein neutraler Partner hilft sie, die Projektstruktur so zu gestalten, daß die Vorteile zwischen den einheimischen offentlichen und privaten Investoren und den auslandischen Geldgebern gerecht verteilt werden. Drei aktuelle Beispiele der Unterstutzung durch die IFC zeigen, welche Palette von Dienstleistungen sie zusammen mit ihrer Finanzierung anzubieten hat:

- Sie hat Vereinbarungen uber die Projekttechnik ausgearbeitet, wonach die auslandischen Anbieter der Technik starker am Risiko beteiligt werden, wenn ihre Verfahren noch nicht praktisch erprobt sind.
- Bei der Ausarbeitung von Betriebsführungsvertragen zwischen auslandischen Gesellschaften und Firmen der Entwicklungslander hat sie darauf bestanden, daß der Bemessung der Verwaltungsgebühren Leistungskennziffern, wie die Rentabilitat, an Stelle der Umsatze oder anderer weniger relevanter Maßstäbe zugrundegelegt werden.
- Sie hat die Regierungen einiger Entwicklungslander davon abgehalten, auslandischen Gesellschaften unwirtschaftliche Leistungskriterien oder andere Restriktionen aufzuerlegen, wenn diese Maßnahmen den Nutzen der betreffenden Projekte beeintrachtigt hätten.

Die Weltbank hat ebenfalls verschiedene internationale Initiativen auf dem Gebiet der Auslandsinvestitionen ergriffen. Die Gründung des Internationalen Zentrums zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (International Center for the Settlement of Investment Disputes, ICSID) im Jahr 1965 hat zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen fur Direktinvestitionen beigetragen, da hier ein akzeptables Schlichtungsverfahren bei Auseinandersetzungen zwischen den auslandischen Investoren und den Gastländern angeboten wird. Damit wurde in der Beziehung zwischen diesen beiden Partnern ein zusatzliches Vertrauenskapital geschaffen. Die steigende Mitgliederzahl des ICSID, dem nun insgesamt achtundsiebzig Staaten beigetreten sind, wobei vier andere Signatarstaaten in Kürze Mitglieder werden durften, ist Beweis dafür, daß die Bedeutung dieser Institution fur die Investoren und die an ihnen interessierten Länder zunehmend anerkannt wird. Die Geschäftsführung der Bank hat außerdem eine multilaterale Investitionsgarantie-Agentur vorgeschlagen (vgl. Sonderbeitrag 9.5).

Auslandische Portfolioinvestitionen

Bisher sind durch Portfolioinvestitionen noch nicht sonderlich viel Mittel in die Entwicklungslander geflossen, wenn auch ihr Finanzierungsbeitrag wachst. Diese Finanzierungsart ist insofern attraktiv, als die Entwicklungslander dadurch Beteiligungskapital erhalten, ohne daß gleiche Probleme des Auslandseinflusses entstehen wie bei Direktinvestitionen. Zahlreiche Entwicklungslander stehen aber dem Nutzen von Portfolioinvestitionen skeptisch gegenuber und haben sie deshalb beschrankt und reglementiert. Die Anleger in den Industrielandern andererseits kennen die Wertpapiermarkte in den Entwicklungsländern kaum und sehen vor allem die moglichen Risiken solcher Engagements.

Die Erfahrungen der Gastlander

In vielen Entwicklungsländern gibt es Firmen, die uber die lokalen Kapitalmärkte hinausgewachsen sind und von einer Zufuhrung auslandischen Beteiligungskapitals profitieren konnten. Umgekehrt wiirde eine verstarkte Prasenz auslandischer Anleger die Nachfrage nach Aktien auf den einheimischen Märkten erhohen. Eine größere Aktivitat des Marktes konnte schließlich zu neuen Aktienemissionen und vielleicht auch zu neuen Investitionen fuhren. Der Sekundarmarkt wiirde an dringend benotigter Stabilitat hinzugewinnen, wenn Kaufe

und Verkaufe seitens auslandischer Anleger dem zyklischen Verhalten der einheimischen Investoren entgegenwirken würden.

Wenn Entwicklungsländer Portfoliokapital erhalten wollen, so müssen sie Schritte unternehmen, um es hereinzuholen. Gegenwartig gibt es in vielen Entwicklungslandern Hindernisse für Portfolioinvestitionen, und zwar:

- Steuern auf Veräußerungsgewinne und uberhohte Quellensteuern auf Dividendenzahlungen;
 - Mindestanlagefristen fur Auslandsgeld;
- Devisenbestimmungenfiir auslandische **Porte**feuilles;
- Beschrankungen der Aktienarten, die von ausländischen Anlegern erworben oder gehalten werden durfen;
- Diskriminierungen von auslandischen **gegen- über** inlandischen Anlegern.

Die Beseitigung dieser Hindernisse konnte eine Ausweitung der Portfolioinvestitionen erleichtern.

Die Perspektive der internationalen Anleger

Portfolioinvestitionen bieten dem Anleger Erträge auf Dauer und ermoglichen ihm die Streuung von Risiken, ohne daß er Verantwortung fur die Füh-

Sonderbeitrag 9.6 Die IFC und ausländische Portfolioinvestitionen: Das Beispiel Korea

Der Korea-Fonds ist ein Beispiel für die Tätigkeit der IFC bei der Forderung ausländischer Portfolioinvestitionen in den Entwicklungslandern. Zu Anfang der achtziger Jahre entschloß sich die koreanische Regierung, den Wertpapiemarkt des Landes allmählich für auslandische Anleger zu offnen. Als ein erster Schritt wurden Ende 1981 zwei halboffene Investmentfonds (Korea Trust und Korea International Trust) am Euro-Aktienmarkt angeboten. Das Emissionsvolumen von insgesamt 30 Mio Dollar (es wurde spater durch eine zweite Tranche verdoppelt) wurde von führenden internationalen Wertpapierhausern übernommen. Die Mindeststückelung von 10000 Dollar war auf institutionelle Anleger und Privatpersonen mit größeren Portefeuilles abgestellt. Die Fonds werden von zwei namhaften koreanischen Anlagegesellschaften verwaltet.

In einem zweiten Schritt wurde Mitte 1984 der Korea-Fonds dem allgemeinen Publikum und institutionellen Anlegern angeboten. Bei diesem Fonds handelt es sich um einen geschlossenen Investmentfonds, der bei der Börsenaufsichtsbehörde der Vereinigten Staaten angemeldet ist, und dessen Anteile an der New York Stock Exchange notiert werden. Es ist vorgesehen, daß in der Regel mindestens 80 Prozent der Aktiva des Fonds in borsennotierten koreanischen Aktien investiert sind. Der Fonds wird von Scudder, Stevens & Clark, einer amerikanischen Anlageberatungsfirma, verwaltet, die vom Daewoo Research Institute, einer entsprechenden koreanischen Gesellschaft, unterstutzt wird. Die IFC war von Anfang an mit der Emission befaßt und gehorte zur Führungsgruppe des Emissionskonsortiums.

Die Auslandsanlagen in koreanischen borsennotierten Wertpapieren durften in den kommenden Jahren wahrscheinlich noch weiter liberalisiert werden. Nach gegenwärtigem Stand sollen die Richtlinien vorsehen, daß die gesamten Investitionen von Ausländern nicht mehr als 10 Prozent der gesamten Börsenkapitalisierung ausmachen, und daß nicht mehr als 10 Prozent der Stimmrechte einer Gesellschaft im Auslandsbesitz sein sollen, wobei jeder einzelne ausländische Aktionär nicht mehr als 5 Prozent halten darf. Im Zuge dieser Entwicklung wird erwartet, daß die großen koreanischen Gesellschaften ihre Aktien an den international wichtigen Borsen einführen und am Euro-Aktienmarkt offentlich zur Zeichnung anbieten. Außerdem werden die koreanischen Wertpapierhauservoraussichtlich den Erwerb ihrer Aktien durch internationale Emissionsbanken gestatten.

TABELLE 9.2

Renditen von Investitionen auf den neuen Märkten, 1976 bis 1983 (in %)

									Durch- schnittliche jährliche Veränderung
Ländergruppe	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1976—83
Neue Markte									
Argentinien	147,0	-43,6	79,9	233,6	-17,2	-54,5	-66,2	124,5	11,5
Brasilien	4,0	9,0	-1,0	-13,0	4,0	9,0	-15,0	31,5	0,4
Chile	103,4	146,3	56,3	131,6	92,7	48,3	-52,1	20,0	27,4
Hongkong	40,0	-11,0	18,0	80,0	71,0	-16.0	-42,0	8,6	9,2
Indien	34,1	13,7	51,2	21,1	42,3	23,5	5,8	8,2	22,3
Jordanien"	_	_	51,7	28,0	21,1	35,1	8,1	6,5	21,5
Korea	72,4	114,2	23,7	-12,9	-26,6	50,0	8,8	-5,0	20,8
Mexiko	-19,1	22,3	127,8	96,3	17,7	-46.8^{b}	—79,8 ^b	$170,2^{b}$	5,3 ^b
Simbabwe	-11,6	— 5,7	-14,4	179,4	50,3	-56,7	32,4	-24,1	-4,9
Singapur	14,0	6,0	52,0	-12,0	29,0	15,0	-1,0	29,2	15,0
Thailand	0,4	187,7	43,2	-40,7	-12,9	-18,7	21,1	9,7	11,0
Industrieländer									
Vereinigte Staaten	23	-8	6	14	29	-4	21	20	13,5
Japan	25	15	52	-12	29	15	-1	23	16,8
Kumulative Rendite									
Capital International									
Weltindex'	114	116	136	152	192	184	205	250	12,1
IFC-Index der neuen	111	110	100	102	1/2	101	_55		12/1
Markte ^d	131	184	276	432	531	467	341	434	20,1

Anmerkung: Die angegebenen Renditen werden wie folgt berechnet: Angenommen, ein Investor aus den Vereinigten Staaten legt 100 Dollar auf einem neuen Markt an. Nach Konversion in jeweilige Landeswährung werden die Mittel in einem Portefeuille aktiv gehandelter Aktien investiert. Im Verlauf des Jahres konnen Dividenden zufließen und Kapitalgewinne realisiert werden, wenn die Kurse der Aktien steigen. Ertrage aus diesen beiden Quellen werden zum Jahresendkurs in US-Dollar konvertiert, so daß sich ein Ertrag in US-Dollar ergibt. Dieser Ertrag wird in Prozent der ursprünglichen Investition von 100 Dollar aussedrückt.

Quelle: van Agtmael 1984; fur neue Markte: IFC; fur Industrielander: Capital International.

rung und Leitung des Unternehmens übernehmen muß. Bislang erfolgten Portfolioinvestitionen nahezu ausschließlich auf den Märkten der größeren Industrieliinder oder in einigen wenigen Entwicklungslandern (wie Malaysia und Mexiko). Während der letzten fünf Jahre haben sich aber in einigen Entwicklungslandern potentielle Markte für Portfolioinvestitionen herausgebildet. So wurden Aktienfonds mit brasilianischen, indischen, koreanischen und mexikanischen Aktien gegrundet.

Die gesamte Borsenkapitalisierung der Aktienmarkte in den Entwicklungslandernbelief sich 1983 auf 133 Mrd Dollar. Das war mehr als ein Viertel der Kapitalisierung der Markte in Europa und entsprach 10 Prozent aller Aktienmarkte außerhalb der Vereinigten Staaten. Ohne Hongkong und

Singapur gerechnet, **betrug** der Borsenwert in den Entwicklungslandern insgesamt 75 Mrd Dollar.

Die IFC hat die Entwicklung der lokalen Markte gefordert, indem sie die Gründung von Spezialfonds fur Aktien bestimmter Länder unterstutzte. Ein Beispiel dafur ist der Korea-Fonds (vgl. Sonderbeitrag 9.6). Die IFC hat auch die Bildung von Investmentfonds vorgeschlagen, die es den Banken ermoglichen sollen, einen Teil ihrer Kredite an Entwicklungslander gegen Fondsanteile zu verkaufen. Die Fonds sollen dann die von den Banken gekauften Kredite gegen Beteiligungen an den Schuldnerfirmen eintauschen.

Im allgemeinen gelten Engagements in Entwicklungslandern bei den Anlegern von Portfoliokapital aus Industrieländern als hochriskant. Solche Inve-

a. Der jordanische Aktienmarkt wurde im Januar 1978 eröffnet; für frühere Jahre liegen somit keine Angaben vor.

b. Fur 1981 bis 1983 auf Grundlage von Angaben in Capital International errechnet, einschl. Netto-Dividendenerträge.

 $[\]emph{c.}$ Auf Grundlage von Angaben in Capital International; 1. Januar 1976 = 100.

d. Mit dem jeweiligen Marktvolumen gewogener Durchschnitt der Renditen auf den hier genannten neuen Märkten, ausgenommen Hongkong und Singapur (Gewichtung fiir 1975 bis 1980 auf Basis 1980; fur 1981 bis 1983 auf Basis des jeweiligen Jahres); 1. Januar 1976 = 100.

stitionen wurden es den Anlegern jedoch ermöglichen, ihr Portefeuille international breiter zu streuen. Bemerkenswerterweise verlief die Ertragsentwicklung auf den Aktienmarkten der Vereinigten Staaten und anderer grofier Industrieliinder nicht synchron zum Borsengeschehen in den Entwicklungsliindern, so daß die breiteste Streuung der Anlagen zugleich mit dem geringsten Risiko verbunden war. Zudem konnten auf den "jungen" Märkten der Entwicklungslander (ohne Hongkong und Singapur) in den letzten Jahren hohere Erträge erzielt werden - und zwar waren die Renditen, in Dollar und kumulativ über die letzten acht Jahre gerechnet, mehr als doppelt so hoch wie auf den großen internationalen Aktienmarkten (vgl. Tabelle 9.2). Abwertungen und größere wirtschaftliche Turbulenzen in den Entwicklungslandern führten freilich zu ausgepragten Schwankungen der Renditen.

Fazit

Die obige Darstellung der Problematik fuhrt hauptsachlich zu folgenden Ergebnissen:

Investitionen in Form von Beteiligungen können fur die Entwicklungslander offensichtlich vorteilhaft sein, und es ist wünschenswert, daß sie eine größere Rolle spielen. Durch einen hoheren Anteil der Direktinvestitionen an ihrer gesamten Auslandsfinanzierung konnen die Entwicklungslander die Risiken des Kapitalimports reduzieren und gleichzeitig die Vorteile des Transfers von Technologie und Sachverstand erlangen.

Wenn Beteiligungsfinanzierungen angestrebt werden, stellt sich die Frage, wie die Entwicklungsländer solche Gelder an sich ziehen und effizient verwenden konnen. Die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts deuten darauf hin, daß Lander mit einem stabilen wirtschaftlichen und politischen Umfeld in dieser Beziehung am erfolgreichsten sind. Durch Anreize unterschiedlicher Art, mit denen sie eine unsachgemäße Wirtschaftspolitik neutralisierten, gelang es manchen Entwicklungslandern, Direktinvestitionen hereinzuholen, doch fördern solche Mafinahmen in der Regel unwirtschaftliche Investitionen und unerwünschte Praktiken der investierenden Firmen. Spezielle Anreizsysteme konnen fur einzelne Entwicklungsländer teuer werden und sich innerhalb der Gruppe der Entwicklungslander insgesamt aufheben. In der Regel profitieren Entwicklungslander am meisten von der Beteiligungsfinanzierung, wenn ihre allgemeine Wirtschaftspolitik

ein gunstiges Investitionsklima schafft und fur auslandische Investoren die gleichen Rahmenbedingungen gelten wie fur einheimische.

Auch die Politik der Industrieländer kann die internationale Beteiligungsfinanzierung gunstig beeinflussen; eine liberale Handels- und Industriepolitik schafft die besten Voraussetzungen fur Direktinvestitionen in der Dritten Welt. Bilaterale Vereinbarungen und Garantiesysteme haben sich ebenfalls als nutzlich erwiesen, um die mit Direktinvestitionen zwangslaufig verbundenen Risiken zu verringern. Bei der Forderung von Direkt- wie von Portfolioinvestitionen hat die Weltbank eine wichtige Rolle als Katalysator gespielt und in manchen Fallen die notwendige erganzende Finanzierung fur Direktinvestitionsprojekte bereitgestellt. Zwar konnen alle diese Faktoren zu einem breiteren Strom von Direktinvestitionen beitragen, doch diirften die Direktinvestitionen, die von relativ wenigen Firmen in einem begrenzten Kreis von Ländern und Branchen vorgenommen werden, darauf nur allmahlich reagieren.

- Auslandische Portfolioinvestitionen konnten angeregt werden durch die Beseitigung von Beschrankungen, Reglementierungen und steuerlichen Hindernissen, die den Zugang auslandischer Anleger zu den nationalen Aktienmarkten erschweren. Außerdem konnte es grofieren einheimischen Gesellschaften erlaubt werden, ihre Aktien an den internationalen Borsen einzuführen. Ein gunstigeres Klima für auslandische Portfolioinvestitionen dürfte das Anlegerinteresse beleben und konnte die Gründung von Investmentfonds erleichtern, die sich auf die jungen Märkte spezialisieren. Die Pensionskassen in den Industrielandern, die uber Aktiva in Hohe von insgesamt 1500 Mrd Dollar verfiigen, verfolgen in zunehmendem Maß weltweite Anlagestrategien. Bereits eine kleine Gewichtsverlagerung ihrer Investitionen zugunsten der jungen Markte konnte den Kapitalstrom in die Entwicklungslander verbreitern.
- Sowohl Direktinvestitionen als auch Portfolioinvestitionen haben das Potential, einen größeren
 Anteil des gesamten Finanzierungsbedarfs der Dritten Welt abzudecken, als dies bisher der Fall war.
 Damit dieses Potential ausgeschopft wird, ist
 jedoch eine generelle Neubewertung der Vorteile
 dieser Investitionsarten auf seiten der Gast- wie der
 Herkunftsländer erforderlich. Bei der Einschatzung
 der Moglichkeiten von Direkt- und Portfolioinvestitionen, große Summen fur einen weiten Kreis von
 Entwicklungslandern zur Verfugung zu stellen, ist
 allerdings weiterhin Realismus geboten.

Teil IV Aussichten und kiinftige Politik

10 Ausblick und wirtschaftspolitische Agenda

Den Finanzproblemen der letzten Jahre wurde durch eine Kombination von wirtschaftlicher Erholung, entschlossener Anpassung auf seiten der Schuldner und von Mafinahmen der Gläubiger sowie der internationalen Institutionen wirksam begegnet. Die tiefverwurzelten Probleme von Industrie- wie Entwicklungslander müssen aber weiterhin vom Grund her angegangen werden, wenn ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum und normale Beziehungen zwischen Schuldnern und Glaubigem wieder hergestellt werden sollen. Nur unter diesen Bedingungen werden die Entwicklungslander wieder Anschlufi an den erfreulichen Fortschritt finden konnen, den sie in den sechziger und siebziger Jahren erzielt hatten.

Um die Aussichten fur den Entwicklungsprozeß zu bestimmen, werden in diesem Kapitel zunachst zwei allgemeine Szenarien - und zwar ein günstiges und ein ungunstiges - fur die Jahre bis 1995 beschrieben. Im wesentlichen handelt es sich um die im letztjahrigen Weltentwicklungsbericht vorgelegten Szenarien. Im folgenden gilt die Aufmerksamkeit jedoch vor allem dem Zeitraum 1985 bis 1990. In dieser Periode sollte der Übergang auf einen Pfad dauerhaften Wachstums erfolgen, falls alles gut geht. Ein erfolgreicher Übergang setzt voraus, daß die Wirtschaftspolitik der Entwicklungslander sich weiterhin anpaßt, daß die Industrielander ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum erzielen und daß der Protektionismus zuriickgedrangt wird, damit die Märkte der Industrielander fur die Entwicklungslander zugänglich sind.

Die nachsten zehn Jahre

Bei den beiden Szenarien, die im letztjahrigen Weltentwicklungsbericht vorgelegt wurden und hier in ihren Grundzügen erlautert werden, handelt es sich nicht — dies muß betont werden — um Prognosen oder Voraussagen. Was in den nachsten zehn Jahren geschieht, hangt entscheidend von der

Wirtschaftspolitik der Industrie- und der Entwicklungslander ab, über die nur ganz allgemein gehaltene Annahmen möglich sind. Auch tragen diese Projektionen keinerlei zyklischen Schwankungen Rechnung, wie sie wahrscheinlich eintreten werden; und ebenso wird von grofieren Schocks abstrahiert, wie sie durch die Verknappung oder extreme Verteuerung wichtiger Rohstoffe ausgelost werden konnen.

Der ungunstige Fall zeigt, was eintreten konnte, wenn es den Industrielandern nicht gelingt, die Ursachen ihrer erratischen Wirtschaftsentwicklung wahrend der letzten zehn Jahre zu uberwinden. Haushaltsdefizite, Inflation, Arbeitslosigkeit und Zinssatze würden hoch bleiben. Das BIP in den Industrieländern würde im Durchschnitt mit 2.5 Prozent jahrlich wachsen. In den Entwicklungsländern wurde die Wachstumsrate des BIP 4,7 Prozent pro Jahr betragen (und damit deutlich geringer sein als die Rate von 5.5 Prozent im Zeitraum 1973 bis 1980): bei einer Zunahme des Protektionismus in den Industrielandern wurde das Wachstum im Zeitraum 1985 bis 1995 auf nur noch 4,3 Prozent herabgedriickt. Die Kapitalzuflusse jeder Art in die Entwicklungslander wurden nur langsam zunehmen und die Entwicklungshilfe wurde nur wenig aufgestockt. Unter diesen Umstanden wurde bei den meisten Gruppen der Entwicklungslander das Wachstum geringer ausfallen als in den Jahren 1973 bis 1980, und alle wurden sie wesentlich langsamer expandieren als wahrend der sechziger Jahre (vgl. Tabelle 10.1). Die schwierigen Jahre 1980 bis 1985 eingerechnet, ware der ungiinstige Fall fur viele Entwicklungslander gleichbedeutend mit einem aufierst geringen Fortschritt im Verlauf von anderthalb Jahrzehnten.

Im Gegensatz dazu setzt der gunstige Fall ein dauerhaftes inflationsfreies Wachstum in den Industrielandem voraus. Die langfristigen Bestimmungsfaktoren des Produktivitatsfortschritts in den Industrieländern wurden im letztjahrigen Bericht im einzelnen erortert. Die Projektion eines

TABELLE 10.3

Durchschnittsergebnisse fiir Industrie- und Entwicklungslander, 1960 bis 1995 (durchschnittliche jahrliche Veränderung in %)

				1985	5 <i>—9</i> 5
Ländergruppe	1960—73	1973—80	1980—85	Günstiger Fall	Ungünstiger Fall
Industrielander					
BIP-Wachstum	4,9	2,8	2.3	4,3	2,5
Entwicklungslander					
BIP-Wachstum	6,1	5,5	3,0	5,5	4,7
Länder mit niedrigem Einkommen					
Asien	6,0	5,2	6,4	5,3	4,6
Afrika	3,7	2,7	1,4	3,2	2,8
Ölimporteure rnit mittlerem Einkornmen				,	,
Hauptexporteure von Industrieprodukten	6,8	5,9	2,1	6,3	5,2
Sonstige Under	5,2	4,6	1,5	4,3	3,8
Ölexporteure mit mittlerem Einkommen	6,1	5,8	1,8	5,4	4,7
Exportwachstum	5,2ª	4,1	5,7	6,4	4,7
Industrieprodukte	13,8ª	11.0	9,7	9,7	7,5
Rohstoffe	3,6ª	1,3	2,8	3,4	2,1
Importwachstum	5,9ª	5,9	1,2	7,2	5,1

Anmerkung: Die Projektionender Wachstumsraten, die auf einer Auswahl von neunzig Entwicklungsländern beruhen, wurdendem Weltentwicklungsbericht 1984 entnommen. Wachstumsraten für frühere Jahregegenuber dem letztjährigen Bericht revidiert.

a. Wachstumsraten beziehen sich auf die Jahre 1965 bis 1973.

Ouelle: Welthank.

TABELLE 10.2
Wachstum des Pro-Kopf-BIP, 1960 bis 1995
(durchschnittliche jährliche Veränderung in %)

				198	5—95
Liindergruppe	<i>1960—</i> 73	1973—80	1980 —85	Günstiger Fall	Ungünstiger Fall
Industrielander	3,9	2,1	1,8	3,7	2,0
Entwicklungslander	3,6	3,4	0,9	3,5	2,7
Lander rnit niedrigem Einkommen	3,3	3,0	4,0	3,4	2,7
Asien	3,6	3,4	4,5	3,7	3,0
Afrika	1,2	-0,1	-1,7	-0.1	-0,5
Ölimporteure rnit mittlerem Einkommen	3,8	3,3	-0.2	3,6	2,6
Hauptexporteure von Industrieprodukten	4,3	3,7	0,1	4,4	3,3
Sonstige Länder	2,5	2,1	-1,0	1,5	1,0
Ölexporteure mit mittlerem Einkommen	3,5	3,1	-0,8	2,7	2,0

Anmerkung: Die Projektionen wurden dem Weltentwicklungsbericht 1984 entnommen. Wachstumsraten für friihere Jahre gegenuber dem letztjährigen Bericht revidiert.

Ouelle: Welthank.

Wachstums der Industrielander von 4,3 Prozent jahrlich im Zeitraum von 1985 bis 1995 unterstellt, daß die Industrielander mit Erfolg eine Politik betreiben, die ein Wachstum nahe am langfristigen Wachstumspotential erlaubt. Die Arbeitslosigkeit, die Inflationsraten und die Zinssatze wurden alle zusammen zuriickgehen, fast bis auf das Niveau der sechziger Jahre. Die Regierungen wurden die Handelsschranken abbauen und so ein rascheres Wachstum der Exporte der Entwicklungslander ermöglichen. Es ware eine Ausweitung der Kapitalzuflüsse

zu den Entwicklungslandern zu erwarten, und die Aussichten auf eine Anhebung der Entwicklungshilfe fur die Lander rnit niedrigem Einkommen wiirden sich erheblich verbessern. Die Entwicklungslander konnten wieder ein Wachstum wie im Durchschnitt der siebziger Jahre erreichen.

Der Kontrast zwischen dem ungiinstigen und dem günstigen Fall wird noch ausgepragter, wenn das Wachstum in den Entwicklungslandern je Kopf der Bevolkerung betrachtet wird (vgl. Tabelle 10.2). Besonders auffallend sind dabei die truben

Aussichten der afrikanischen Lander mit niedrigem Einkommen. Selbst im gunstigen Fall sinken dort die Pro-Kopf-Einkommen — und dies, nachdem sie bereits in den vorangegangenen zehn Jahren schon scharf zuriickgefallen sind. Nichts konnte die Dringlichkeit eines wirtschaftspolitischen Kurswechsels in Afrika und darauf abgestellter Unterstutzung seitens der internationalen Gemeinschaft klarer erweisen.

Die Tabelle 10.2 hebt zweitens hervor, wie unterschiedlich die Fahigkeit der einzelnen Lander ist, von einer gunstigeren weltwirtschaftlichen Entwicklung zu profitieren oder einer Verschlechterung der Lage zu widerstehen. Wie schon in der Vergangenheit konnten sich einige der Hauptexporteure von Industrieprodukten — wie etwa Korea rasch an die weltwirtschaftlichen Fluktuationen anpassen und das Wachstum ihres BIP aufrechterhalten oder steigern. In einigen der Hauptschuldnerlander, insbesondere in Lateinamerika, würde aber die einsetzende wirtschaftliche Erholung im ungunstigen Fall einen gravierenden Ruckschlag erleiden. Ihre Probleme mit dem Schuldendienst wurden aufierordentlich zunehmen; die von ihnen geforderte zusatzliche Anpassung wurde ihr gesellschaftliches Gefuge stark belasten.

Der gunstige und der ungunstige Fall führen offenbar zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen beziiglich der Leistungsbilanzenund der Kreditwürdigkeit der Entwicklungslander. Der letztjahrige Bericht wies darauf hin, daß die Aussichten auf finanziellem Gebiet besonders unsicher sind. Die liingerfristigen Ergebnisse werden von der Entwicklung im Verlauf der nachsten fiinf Jahre abhangen. Dementsprechend wird dieser Zeitraum im vorliegenden Bericht detaillierter untersucht.

Eine Zeit des Übergangs, 1985 bis 1990

Bei der Bewaltigung ihrer finanziellen Probleme haben viele Entwicklungslander in den letzten Jahren Fortschritte gemacht. Trotz dieser Fortschritte bleibt die wirtschaftliche Lage in einzelnen Entwicklungslandern prekar. Wie aus Tabelle 10.1 ersichtlich, ist die geschatzte Wachstumsrate des BIP der Entwicklungslander im Zeitraum 1980 bis 1985 nach gegenwartigem Stand nur gut halb so hoch wie in den Jahren 1973 bis 1980. Obwohl die Exporte um fast 6 Prozent jährlich gestiegen sind, nahmen die Importe in den letzten Jahren um kaum mehr als 1 Prozent zu. Der Anteil des Zinsaufwandes am gesamten Schuldendienst ist von 36 Prozent im Jahr

1979 auf 52 Prozent in 1983 gestiegen. Zahlreiche Entwicklungsländer erwirtschafteten betrachtliche Überschüsse im Aufienhandel, um ihren stark gestiegenen Zinsverpflichtungen nachzukommen. Die Leistungsbilanzdefiziteder Entwicklungsländer sind (zu jeweiligen Preisen gerechnet) scharf zuruckgegangen, und zwar von 57 Mrd Dollar im Jahr 1983 auf 36 Mrd Dollar in 1984. Das hohe Zinsniveau ist somit eine der kritischen Grofien, von denen die Entwicklung während der nachsten fünf Jahre beeinflufit wird. Selbst wenn die Leistungsbilanz, ohne Zinszahlungen gerechnet, ausgeglichen ist, müssen die Exporte der Entwicklungslander mit einer uber dem Zinssatz liegenden Rate wachsen, damit sich ihre wichtigsten Verschuldungskennziffern verbessern.

Im Verlauf der nachsten funf Jahre wird die Wirtschaftspolitik der Industrie- und der Entwicklungslander daruber entscheiden, ob es den Entwicklungslandern gelingt, ohne Reibungsverluste ihre Kreditwurdigkeit wiederherzustellen und auf einen Pfad des stetigen Wachstums zurückzukehren. Um die wirtschaftspolitischen Optionen und ihre Konsequenzen fur die Entwicklungslander in den Jahren 1985 bis 1990 zu verdeutlichen, wurden zwei Simulationen durchgefuhrt: eine gunstige Simulation auf Basis einer Wirtschaftspolitik, die zu Anpassungsfortschritten führt, und eine ungunstige Simulation, die im wesentlichen keinen weiteren Fortschritt bei der Anpassung unterstellt.

Drei Aspekte der Wirtschaftspolitik der Industrieliinder sind von besonderer Bedeutung.

- Gleichgewicht von Geld- und Finanzpolitik. Die gunstige Simulation unterstellt einen weiteren Abbau der Haushaltsdefizite, speziell in den Vereinigten Staaten. Am Ende des Jahrzehnts sollen die Defizite um etwa ein Drittel niedriger sein als gegenwartig von den Regierungen fur diesen Zeitpunkt geplant. Dies ermoglicht Schritte zu einem ausgewogeneren Verhaltnis von Geld- und Finanzpolitik und zu einer verstarkten internationalen Kooperation, wie sie fur ein inflationsfreies Wachstums in den Industrielandern notwendig ist. Unter diesen Voraussetzungen ware zu erwarten, daß sich die realen Zinssatze bis 1990 auf ein Niveau wie in den sechziger Jahren zurückbilden und die Wechselkursrelationen sich normalisieren. Die ungunstige Simulation nimmt dagegen an, daß die Haushaltsdefizite im Jahr 1990 nicht niedriger sind als offiziell geplant. Damit ware ein Anstieg der realen Zinssätze und eine anhaltende Starke des US-Dollars zu
 - Arbeitsmärkte. Die gunstige Simulation nimmt

TABELLE 10.3

Durchschnittsergebnisse für Industrie- und Entwicklungsländer, 1980 bis 1990

(durchschnittliche jährliche Veränderung in %)

		1985	5—90
Ländergruppe	1980—85	Günstiger Fall	Ungünstiger Fall
Industrieländer			
BIP-Wachstum	2,3	3,5	2,7
Inflationsrate ^a	0,5	7,5	5,0
Realzins ^{bc}	6,8	2,5	6,5
Nominaler Kreditzins ^c	12,6	6,1	11,8
Entwicklungsländer			
BIP-Wachstum	3,0	5,5	4,1
Länder mit niedrigem			
Einkommen	5,9	5,6	5,2
Asien	6,4	5,8	5,4
Afrika	1,4	3,4	2,5
Ölimporteure mit mittl,			
Einkommen	1,9	5,9	3,6
Hauptexporteure von			
Industrieprodukten	2,1	6,4	3,8
Sonstige Länder	1,5	4,2	2,8
Ölexporteure mit mittl.			
Einkommen	1,8	4,7	3,6
Exportwachstum	5,7	6,7	3,5
Industrieprodukte	9,7	10,4	5,4
Rohstoffe	2.8	3,1	1.7
Importwachstum	1,2	8,8	2,4

Anmerkung: Die Projektionen der Wachstumsraten bemhen auf einer Auswahl von neunzig Entwicklungsländern.

an, daß die Industrieliinder beim Abbau von Starrheiten auf ihren Arbeitsmarkten in den nachsten Jahren zunehmende Erfolge erzielen werden — ein Zeichen erfolgreicher Strukturanpassung. Dies führt zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit, und der jährliche Anstieg der realen Lohnkosten in den Industrieliindem nimmt annahmegemäß um zwei Prozentpunkte ab. Die ungunstige Simulation nimmt an, daß das Fortbestehen von Starrheiten auf den Arbeitsmarkten zu einem verstarkten Anstieg der realen Lohnkosten fuhrt und zu anhaltend hoher Arbeitslosigkeit, insbesondere in Europa, beitragt.

• *Protektionismw*. Ein kräftiges und inflationsfreies Wachstum in den Industrielandem — wie in der gunstigen Simulation angenommen — würde es den Regierungenerlauben, protektionistische Maßnahmen im Verlauf der nachsten Jahre zurückzu-

nehmen. Dies würde zu einem rascheren Wachstum des internationalen Handels beitragen, von dem sowohl die Industrielander als auch die Entwicklungslander profitieren konnten. Im Gegensatz dazu nimmt die ungunstige Simulation an, daß Anpassungsschwierigkeitenund schwaches Wachstum einen verstarkten Protektionismus gegeniiber den Exporten der Entwicklungslander nach sich ziehen.

Die Konsequenzen dieser Annahmen sind in Tabelle 10.3 zusammenfassend dargestellt. In der giinstigen Simulation ist das durchschnittliche jährliche Wachstum in den Industrielandern um fast einen Prozentpunkt hoher (3,5 Prozent gegeniiber **2,7**Prozent) als in der ungunstigen Simulation. Es sollte besonders erwahnt werden, daß das raschere Wachstum in den Industrielandern zum Teil damit zusammenhängt, daß sie ihre Exporte in die Entwicklungslander im Durchschnitt um 7,7 Prozent pro Jahr ausweiten können - wahrend in der ungiinstigen Simulation diese Exporte um 1 Prozent pro Jahr zuriickgehen. Der Unterschied ist hauptsächlich im zunehmenden eigenen Protektionismus der Industrielander begrundet — ein eindringliches Beispiel dafür, wie der Protektionismus sowohl die Importe als auch die Exporte der Länder beeinträchtigt, die ihre Handelsschranken erhohen. Der stärkere Protektionismus in der ungunstigen Simulation hat zur Folge, daß das Ausfuhrwachstum der Entwicklungslander auf nur noch 3,5 Prozent jährlich sinkt, verglichen mit 6,7 Prozent in der günstigen Simulation. Dementsprechend müssen sie auch ihre Einfuhren kurzen.

Bemerkenswert ist auch der Unterschied in den realen Zinsniveaus zwischen den beiden Simulationen. Die Differenz entsteht durch eine Kombination von drei Faktoren:

- Das anhaltende Wachstum der Haushaltsdefizite in der ungunstigen Simulation halt die Kreditnachfrage hoch.
- Die Verschlechterung der Leistungsbilanzen der Entwicklungslander hat denselben Effekt.

Diese beiden Nachfragefaktoren treffen auf:

• Einen Rückgang der privaten Ersparnis in den Industrielandern, ausgelost durch das schwachere Wachstum des BIP und eine stärkere Zunahme der realen Lohnkosten.

Folgen für die Entwicklungslander

Die Simulationen zeigen für die nachsten funf Jahre eine Bandbreite von Moglichkeiten fur die Entwick-

a. Deflator des BIP der Industrielander, ausgedrückt in US-Dollar. Die Inflation in den Vereinigten Staaten beträgt im giinstigen Fall 3.5 Prozent pro Jahrund im ungünstigen Fall 5 Prozent pro Jahr.

b. Durchschnitt der Zinssätze für Sechsmonats-Eurodollar, deflationiert mit der Veränderung des BIP-Deflators der Vereinigten Staaten.

c. Zinssatz am Ende der Periode.

Quelle: Weltbank.

lungshilfe auf. In beiden Simulationen wird angenommen, daß die Entwicklungslanderrnit der Politik der Strukturanpassung fortfahren. Die jeweiligen Mafinahmen sind von Land zu Land unterschiedlich, betreffen aber in der Regel Reformen in drei zentralen Bereichen, namlich bei den Preisen rnit volkswirtschaftlicher Schlusselfunktion, beim Wechselkursund in der Außenhandelspolitik sowie bei der inländischen Ersparnis. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, heimische und auslandische Ressourcen wirksamer zu nutzen und sicherzustellen, dafi Auslandskapital die einheimische Finanzierung erganzt, aber nicht ersetzt. Es wird also angenommen, daß die Wirtschaftspolitik der einzelnen Entwicklungslander weiterhin eine zentrale Rolle bei der Bestimmung der kunftigen Wirtschaftsergebnisse einnimmt. In der giinstigen Simulation sind die Investitionen in den Entwicklungslandern im Jahr 1990 um uber 25 Prozent hoher als in der ungünstigen Variante. Das Wachstum des BIP bewegt sich in der giinstigen Simulation bei ansehnlichen 5,5 Prozent, wahrend es in der ungünstigen Variante nur **4,1** Prozent erreichen wurde. Da die Bevolkerung in den Entwicklungslandern jährlich um etwa 2 Prozent zunimmt, wurde das BIP pro Kopf in der gunstigen Simulation mehr als anderthalbmal so rasch wachsen wie in der ungunstigen Variante und zwar rnit 3,7 Prozent pro Jahr gegenuber 2,3 Prozent pro Jahr.

Hinter diesen summarischen Angaben verbergen sich erhebliche regionale Unterschiede. Bei den Ländern rnit niedrigem Einkommen fallt die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des BIP in der ungunstigen Simulation um 0,4 Prozentpunkte niedriger aus als in der giinstigen; bei den afrikanischen Ländern betragt der Unterschied 0,9 Prozentpunkte. Bei den Ölimporteuren rnit mittlerem Einkommen ergibt sich ein noch viel größerer Abstand — namlich von 2,3 Prozentpunkten jahrlich —, dem sie werden von den hoheren Zinssätzen (auf ihre Schulden) und von der Zunahme des Protektionismus (gegenuberihren Exporten von Industrieprodukten) starker getroffen.

Unter den Annahmen der giinstigen Simulation würden die Hauptexporteure von Industrieprodukten ihre Ausfuhren solcher Waren jahrlich um 10,5 Prozent erhohen konnen (vgl. Tabelle 10.4) — ein etwas schnelleres Wachstum, als sie in den Jahren 1980 bis 1985 erzielten. Als Gruppe betrachtet, wurden die Ölimporteure rnit mittlerem Einkommen die Wachstumsrate ihres BIP nach der Flaute der frühen achtziger Jahre im Zeitraum 1985 bis 1990 auf 5,9 Prozent steigern konnen — damit wurden sie fast das Wachstum der sechziger und siebziger Jahre wieder erreichen. Selbst innerhalb dieser Ländergruppe wären aber Unterschiede im wirtschaftlichen Ergebnis zu erwarten. Sowohl nach der gunstigen als auch nach der ungiinstigen

TABELLE 10.4 Wachstum des Handels der Entwicklungslander, 1980 bis 1990 (durchschnittliche jührliche Veränderung in %)

	Exporte von Gütern und Dienstleistungen (ohne Faktoreinkommen)				Exporte von Industrie- produkten			Erporte vo Rohstoffer		Importe von Gütern und Dienstleistungen (ohne Faktoreinkommen)			
		198.	5—90		1985	5—90		1985	5—90		198	5—90	
Ländergruppe	1980-85	Günstiger Fall	Ungünstiger Fall	1980 – 85	Günstiger Fall	Ungünstiger Fall	1980—85	Günstiger Fall	Ungünstiger Fall	1980 – 85	Günstiger Fall	Ungünstiger Fall	
Entwicklungslander	5,4	6,8	3,6	9,7	10,4	5,4	2,8	3,1	1,7	1,1	9,3	2,5	
Lander mit niedrig.													
Einkommen	7,1	5,5	2,6	8,6	9,5	4,5	5,4	2,6	1,3	4,2	7,2	1,6	
Asien	9,2	6,0	2,8	9,6	9,5	4,6	8,0	2,5	1,2	5,9	8,1	2,1	
Afrika Ölimporteure mit	—1,6	2,5	1,5	—12,6	8,6	3,7	-1,2	3,1	1,8	-2,1	2,6	-0,8	
mittl. Einkommen	7,2	8,2	4,3	9,3	10,4	5,5	5,7	3,4	2,1	1,5	10,9	2,9	
Hauptexporteure													
v. Industrieprod.	7,5	8,9	4,7	9,1	10,5	5,5	6,4	3,6	2,3	1,8	12,1	3,7	
Sonstige Länder Ölexporteure mit	6,3	4,8	2,6	12,1	9,6	4,7	4,4	3.1	1,7	0,6	5,9	0,1	
mittl. Einkommen	1,0	4,1	2,1	17,0	11,0	6,0	0,0	2,8	1,5	—1,6	6,4	1,9	

Ouelle: Welthank

TABRLE 10.5 **Leistungsbilanzen** der **Entwicklungsländer** und ihre Finanzierung, 1984 und 1990 (in Mrd \$ von 1980)

	Entwick	lungsländer :	insgesamt		siatische Lar edrigem Einl			ikanische Lä edrigem Einl	
Position	1984"	Günstiger Fall 1990	Ungiinstiger Fall 1990	1984ª	Günstiger Fall 1990	Ungiinstiger Fall 1990	1984"	Günstiger Fall 1990	Ungünstiger Fall 1990
Netto-Exporte von Gütern und									
Dienstleistungen									
(ohne Faktoreinkommen)	14,5	-38,6	6,3	-8,9	19,9	-12,8	-3,9	-3,7	-3,0
Zinsen auf mittel- und langfristige									
Schulden	-59.3	-44,9	-76,3	-1,9	-3,5	-4,2	-1.0	-1,0	-1,5
Öffentlich	-10,8	-12,8	-18,4	-1,1	- 1,4	- 1,8	0,4	-0.9	-1.3
Privat	-48,5	-32,1	—57,9	-0,8	- 2,1	— 2,3	-0.6	-0,1	-0.2
Leistungsbilanzsaldo ^b	-36,4	-60,7	-48,6	-3.2	-15.7	- 9.4	-4.7	-4,3	-4,2
Öffentliche Übertragungen (netto)	12,2	15,2	14.5	2,0	1,9	1,8	2,0	2,4	2,3
Mittel- und langfristige Kredite ^c	51,3	55,1	36,6	6,7	15,7	7,4	2,1	1,9	1,8
Öffentlich	26,2	20,4	20,2	4,3	5,1	5,0	2,3	2,3	2,2
Privat	25,1	34,7	16,4	2,4	10,6	2,4	-0,2	-0.4	-0,4
Ausstehende und ausgezahlte	,		,-	-, -		_, -, -	-,-	0.0	0,2
Schulden	702,5	716,2	741,4	54,1	93,2	78,8	27,2	27,1	29,6
In % des BSP	33,8	24,7	27,8	9,7	11,9	10,3	54,6	44,6	51,5
In % der Exporte	135,4	98,2	133,1	100,0	131,0	148,4	278,1	250,3	328,1
Schuldendienst in % der Exporte	19,7	16,0	28,0	8,4	10,6	15,6	19,9	25,2	37,5

Anmerkung: Die Tabelle beruht auf einer Auswahl von neunzig Entwicklungsländern. Sämtliche Positionen wurden mit dem BIP-Deflator der Industrieländer deflationiert. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. In den Netto-Exportensind hier die Faktoreinkommennicht enthalten; sie weichensomit von den Angaben in Tabelle 10.6 ab. Die Netto-Exportezuzüglich der Zinszahlungen sind nicht identisch mit dem Leistungsbilanzsaldo, da die Netto-Überweisungen der Gastarbeiter, die privaten Übertragungen und die Kapitalerträge nicht berücksichtigt sind. Der nicht durch offentliche Übertragungen und Kredite finanzierte Teil des Leistungsbilanzsaldos wird durch ausländische Direktinvestitionen, sonstige Kapitalbewegungen (darunter kurzfristige Kredite und Restposten) und Reservebewegungen abgedeckt. Die Verhältniszahlen wurden auf Grundlage von Angaben in jeweiligen Preisen berechnet.

Simulation würden die flexibleren Volkswirtschaften Ostasiens weiterhin rascher wachsen als die Länder Lateinamerikas. Die Lander Ostasiens sind im Durchschnitt weniger hoch verschuldet und eher in der Lage, außenwirtschaftliche Schocks aufzufangen. Die große Gruppe der Ölimporteure mit mittlerem Einkommen (ohne die Hauptexporteure von Industrieprodukten gerechnet) wurde in der gunstigen Simulation ein Ausfuhrwachstum erzielen, das nicht nur zur Leistung ihrer Zinszahlungen ausreichen wurde, sondem ihnen auch erlauben würde, wieder verstarkt zu importieren (um 5,9 Prozent jahrlich), ihre Kapazitaten besser auszulasten und rascher zu wachsen. In der ungunstigen Simulation wären die Lander rnit mittlerem Einkommen dagegen gezwungen, die Einfuhrzurückhaltung und die Investitionskurzungen der letzten Jahre weiter fortzusetzen. Dies wurde ihre Bemühungen um Strukturanpassung und Schaffung der Grundlagen fur ein emeutes Wachstum in den neunziger Jahren aufs äußerste gefahrden. Zweifellos bestehen in vielen Ländern mit mittlerem Einkommen noch Moglichkeiten fur einen wirksame-

ren Einsatz der Ressourcen, insbesondere im Energiebereich. Die hier dargestellten Aussichten fur ihre wirtschaftliche Entwicklung lassen aber Zweifel aufkommen, ob die Gesellschaftsstrukturen in vielen dieser Lander einem solchen fortgesetzten Druck standhalten konnen. Die Entwicklungskrise zahlreicher Lander rnit mittlerem Einkommen würde sich weiter verscharfen.

In vielen afrikanischen Ländern mit niedrigem Einkommen sind die wirtschaftlichen Aussichten äußerst schlecht. Die ungunstige Simulation würde für sie einen weiteren Rückgang des Pro-Kopf-Einkommens im Verlauf der nachsten fünf Jahre bedeuten. Die eingeleiteten Wirtschaftsreformen in vielen dieser Lander wären mit Sicherheit zum Scheitern verurteilt, wenn das internationale Umfeld eine Verbesserung der gegenwartig stark gedrückten Rohstoffpreise nicht ermoglichte, eine weitere Einschrankung der Importe notwendig würde, und zusätzliche Entwicklungshilfe ausbliebe. Bedauerlicherweise läßt die gunstige Simulation gerade nur auf eine Erhaltung des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens auf dem niedrigen

			Länder	rnit mittlerem Ei	nkommen			
	Hauptexporteure v Industrieprodukte		S	onstige Ölimporte	nure		Ölexporteure	
1984"	Gunstiger Fall 1990	Ungünstiger Fall 1990	1984"	Günstiger Fall 1990	Ungiinstiger Fall 19 90	1984 ^a	Günstiger Fall 1990	Ungünstiger Fall 1990
20,0	— 4,9	14.6	- 9,8	— 8,2	— 2,2	17,1	— 1,8	9,8
-26,4 - 3,9 -22,5 - 9,6 3,8 17,9 7,8 10,1	19,3 	-33,7 - 6,3 -27,4 -15,0 5,7 12,9 3,7 9,2	 8,2 2,5 5,7 15,4 2,6 11,1 5,5 5,6 	 6,3 2,9 3,5 10,8 2,9 6,2 4,6 1,6 	10,9	-21,7 - 2,9 -18,9 - 3,6 1,9 13,6 6,3 7,3	-14,8 - 3,3 -11,5 -10,2 2,0 10,2 4,8 5,4	-26,2 - 4,9 -21,3 - 9,2 1,9 9,3 4,8 4,5
273,1 37,6 109,1 16,0	274,1 25,9 67,8 12,9	280,6 30,6 97,0 24,2	110,6 53,0 183,9 24,9	107,4 39,9 139,5 22,0	116,8 47,6 189,5 36,9	237,6 43,8 164,3 28,1	214,4 29,5 129,1 22,7	235,6 34,7 163,5 35,9

a. Geschätzt.

Stand des Jahres 1984 hoffen. Zusatzliche Unterstützung von außen ist - für sich genommen nicht der Schlussel zur Lösung der Probleme der afrikanischen Länder mit niedrigem Einkommen. Reformen der internen Wirtschaftspolitik rnit dem Ziel, den Einsatz der heimischen und der auslandischen Ressourcen zu verbessern, sind unumgänglich. Ohne solche Reformen lassen sich die wirtschaftlichen Bedingungen in den afrikanischen Landern auch durch noch so große auslandische Unterstutzung nicht verbessern. Gleichwohl durften solche Reformen nicht ohne eine gleichzeitige Verbesserung der Programme der Geldgeber durchgehalten werden. Die Geldgeber müssen insbesondere bereit sein, zur Unterstutzung derjenigen afrikanischen Lander mit niedrigem Einkommen, die grundlegende Reformen durchfuhren, angemessene finanzielle Hilfe zu leisten — und zwar mehr als in der gunstigen Simulation angenommen.

Die ungünstige Simulation wurde auch fur die asiatischen Lander mit niedrigem Einkommen einen Ruckschlag bedeuten; diese asiatischen Länder erzielen zwar ein hoheres Wachstum als die armen

Länder Afrikas, doch wurden sie gerade dann rnit ungunstigeren Bedingungen im Bereich des Außenhandels und der Auslandsfinanzierung konfrontiert, wenn sie bei der Liberalisierung ihrer Wirtschaft Fortschritte machen. Sie wurden dadurch kaum zu einer weiteren Liberalisierung ermutigt. Wenn sich aber die günstige Simulation verwirklicht, konnten sie rnit einer Rate von 5,8 Prozent pro Jahr wachsen (verglichen rnit einer Wachstumsrate von 6,4 Prozent in den letzten Jahren). Bei diesem Verlauf konnten sie ihre Wirtschaft umstrukturieren, um in den neunziger Jahren ein stabiles und dauerhaftes Wachstum zu erzielen.

Kapitalbewegungen und Schulden

Die finanziellen Implikationen der beiden Szenarien unterscheiden sich von Grund auf (vgl. Tabelle 10.5 und Schaubild 10.1). In der günstigen Simulation nehmen die Zinszahlungen der Entwicklungslander auf ihre mittel- und langfristigen Schulden (in Dollar von 1980 gemessen) von 59 Mrd Dollar im

b. Ohne öffentliche Übertragungen.

c. Netto-Auszahlungen.

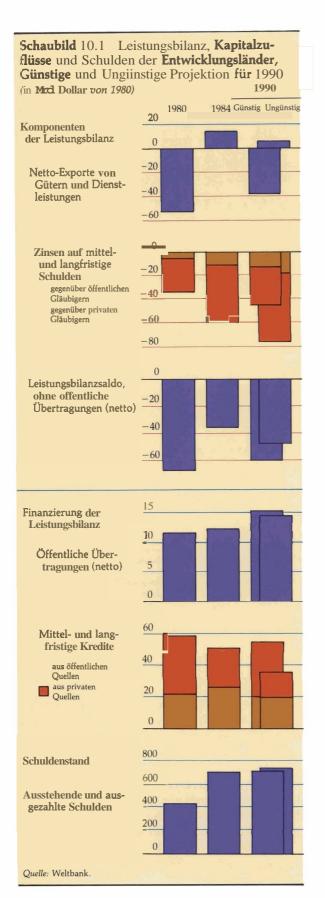
Quelle: Weltbank.

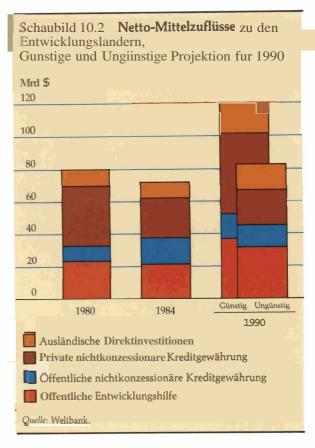
Jahr 1984 auf 45 Mrd Dollar im Jahr 1990 ab. Die Zinszahlungen des Jahres 1990 wurden von den Ausfuhren bei weitem ubertroffen. Als wichtigstes Ergebnis der giinstigen Simulation wiirde sich die Kreditwurdigkeit der Entwicklungslander verbessern, zum Teil weil die wirtschaftspolitischen Reformen, die in vielen Ländern im Gang sind, weitergefuhrt werden. Als Resultat wurde den Entwicklungslandern mehr Auslandskapital zufließen (vgl. Tabelle 10.5) — und zwar genug, um ihre von 36 Mrd Dollar im Jahr 1984 auf 61 Mrd Dollar im Jahr 1990 steigenden Leistungsbilanzdefizitezu finanzieren (jeweils gemessen in Dollar von 1980). Der überwiegende Teil dieser Zunahme entfallt auf die asiatischen Länder mit niedrigem Einkommen, die aufgrund ihrer geringen Schulden und ihrer niedrigen Schuldendienstquotennach den Annahmen der Simulation auch mehr Kapital an sich ziehen werden, sowie auf die Hauptexporteure von Industrieprodukten und die Ölexporteure.

Nach der giinstigen Simulation wurden die gesamten Nettozuflusse von Finanzmitteln (vgl. Tabelle 10.6) zu jeweiligen Preisen von 72 Mrd Dollar im Jahr 1984 auf 121 Mrd Dollar im Jahr 1990 steigen, was einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 11,6 Prozent entspricht. Zu konstanten Preisen von 1980 gerechnet, wurde die Zuwachsrate nur 3,8 Prozent pro Jahr betragen und die gesamten Netto-Zuflusse von Finanzmitteln wären im Jahr 1990 nur geringfügig hoher als 1980. Die Netto-Zuflusse von ÖEH sollen sich nach der Projektion auf 0,37 Prozent des BSP der Industrieländer belaufen; zu jeweiligen Preisen steigen sie jährlich um 10,3 Prozent und zu Preisen von 1980 jährlich um 2,7 Prozent. Damit wurde ein begrenzter Spielraurn zur Abdeckung des Finanzierungsbedarfs der afrikanischen Lander mit niedrigem Einkommen geschaffen, ohne daß es — wie gegenwartig — notig ware, **konzessionäre Mittel** von anderen Ländern rnit niedrigem Einkommen abzuziehen. Eine angemessene Reaktion auf den Finanzierungsbedarf der armen afrikanischen Lander wurde aber einen hoheren Zufluß von Entwicklungshilfe erfordern, als er in der gunstigen Simulation vorgesehen ist. Der Anteil der Netto-Zuflusse privater Mittel (nichtkonzessionarerprivater Mittel und Direktinvestitionen) am gesamten Mittelfluß wird für 1990 etwa ebenso hoch angesetzt wie in 1980. Die nichtkonzessionare Kreditgewahrung private (hauptsachlich durch Geschiiftsbanken) soll nach der Simulation zu jeweiligen Preisen jahrlich um 13,0 Prozent zunehmen (bzw. um 5,1 Prozent zu Preisen von 1980). Fur die privaten Direktinvestitionen wird eine Zunahme um jährlich 12 Prozent zu jeweiligen Preisen (bzw. um 4,2 Prozent zu Preisen von 1980) angenommen.

Trotz der Zunahme der Auslandsfinanzierung in der giinstigen Simulation verbessern sich im Verlauf des Zeitraums alle wichtigen Verschuldungskennziffern. Bei der Gesamtheit der Entwicklungslander nehmen die ausstehenden Schulden, in Prozent der Exporte ausgedriickt, von 135 Prozent im Jahr 1984 auf 98 Prozent im Jahr 1990 ab, und ihre Schuldendienstquote fällt von 20 auf 16 Prozent. Die günstige Simulation bringt deshalb bei ihrer erfolgreichen Verwirklichung betrachtliche Vorteile mit sich ein rascheres Wachstum von Produktion und Ausfuhr, das einhergeht mit einer Verbesserung der Kreditwiirdigkeit und einem Abbau der Schuldendienstbelastung. Die verbesserte Kreditwurdigkeit fuhrt dazu, daß die Zuflüsse privater Mittel in den meisten Regionen bis 1990 starker zunehmen als die Zinszahlungen.

Im Gegensatz dazu bietet die ungunstige Simulation äußerst beunruhigende Aussichten. Obwohl angenommen wird, daß die Entwicklungsländer die bereits in Gang befindlichen wirtschaftspolitischen Reformen fortsetzen, bringen die weniger giinstigen aufienwirtschaftlichen Bedingungen ein langsameres Wachstum und einen geringeren Mittelzufluß rnit sich (vgl. Tabelle 10.6 und Schaubild 10.2). Der gesamte Mittelzufluß wurde von 72 Mrd Dollar im Jahr 1984 auf 82 Mrd Dollar im Jahr 1990 steigen; in Preisen von 1980 gerechnet wiirde er jedoch im Zeitraum von 1985 bis 1990 jahrlich um 1,7 Prozent schrumpfen. Dies ware das Ergebnis eines sehr langsamen Wachstums der offiziellen Mittelvergabe und einer scharfen Kontraktion der Kreditgewahrung der Geschiiftsbanken. In der giinstigen wie in der ungiinstigen Simulation wird die ÖEH mit 0.37 Prozent des BSP der Industrieländer angenommen. Da aber in der ungunstigeren Simulation ihr BSP niedriger ist, fallt die ÖEH im Jahr 1990, zu jeweiligen Preisen gerechnet, um 15 Prozent geringer aus (bzw. um 3,7 Prozent zu Preisen von 1980). Dies wäre fur die Lander mit niedrigem Einkommen, insbesondere in Afrika, rnit erheblichen Konsequenzen verbunden. Eine Umverteilung der konzessionären Mittel innerhalb der Gruppe der amen Länder ware keine angemessene Reaktion auf ihren gestiegenen Bedarf. Die nichtkonzessionare Kreditgewahrung (hauptsachlich durch die Geschäftsbanken) nimmt im gunstigen Fall zu laufenden Preisen jahrlich um 13,0 Prozent zu (bzw. um 5,1 Prozent zu Preisen von 1980), während sie im ungiinstigen Fall zu laufenden Preisen jahrlich um





5.0 Prozent abnimmt (bzw. um 9.5 Prozent zu Preisen von 1980); ausschlaggebend dafur ist die unterschiedliche Entwicklung der Kreditwurdigkeit und der realen Zinssatze. Die privaten Direktinvestitionen nehmen in der ungunstigen Simulation, zu jeweiligen Preisen gerechnet, jahrlich um 8,4 Prozent zu (bzw. um 3,2 Prozent zu Preisen von 1980). Insgesamt expandieren die Netto-Zuflüsse von Finanzmitteln in der gunstigen Simulation, zu jeweiligen Preisen gerechnet, mehr als dreimal so rasch wie im ungunstigen Fall; zu Preisen von 1980 nehmen sie in der gunstigen Simulation um 3,8 Prozent pro Jahr zu, wahrend sie in der ungunstigen um 1,7 Prozent pro Jahrabnehmen. Außerdem sind in der ungunstigen Simulation die Zinssatze merklich höher, so daß die Zinszahlungen auf die mittelund langfristigen Schulden von 58 Mrd Dollar im Jahr 1984 auf 100 Mrd Dollar (bzw. 76 Mrd Dollar zu Preisen von 1980) im Jahr 1990 steigen. In Anbetracht des geringen Kapitalzuflusses müßten die Entwicklungslander ihre Handelsbilanzüberschüsse praktisch verdoppeln, nur um ihren Zinsverpflichtungen nachzukommen. Es ist im großen und ganzen zweifelhaft, ob ihnen dies gelingen

TABELLE 10.6 **Netto-Mittelzuflüsse** zu den Entwicklungslandern in **ausgewählten** Jahren, 1980 bis 1990 (im Mrd \$, soweit nicht anders angegeben)

						Waci	hstumsrate (i	n %) ^a
				1	990		198	5—90
Finanzierungsart	1980	1983	1984	Günstiger Fall	Ungünstiger Fall	1970—80	Günstiger Full	Ungünstige Fall
Öffentliche Entwicklungshilfe ^b								
In jeweiligen Preisen	23,4	19,9	21,3	36,8	31,7	16,8	10,3	7,1
In Dollar von 1980	23,4	20,2	21,8	25,1	24,2	6,1	2,7	2,0
Nichtkonzessionare Kredite								
In jeweiligen Preisen	46,7	40,6	40,8	66,3	35,1	23,6	12,3	-1.2
In Dollar von 1980 Öffentlich	46,7	41,2	41,8	45,2	26,9	12,3	4,4	-5,9
In jeweiligen Preisen	9,8	12,7	16,3	15,4	13,7	25,3	9,9	7,4
In Dollar von 1980	9,8	12,8	16,6	10,5	10,5	13,9	2,3	2,3
Privat								
In jeweiligen Preisen	36,8	28,0	24,6	51,0	21,4	23,1	13,0	-5,0
In Dollar von 1980	36,8	28,4	25,1	34,7	16,4	11,9	5,1	-9,5
Direktinvestitionen								
In jeweiligen Preisen	10,6	10,3	9,4	18,1	15,4	16,4	12,0	8,4
In Dollar von 1980	10,6	10,5	9,6	12,3	11,8	5,8	4,2	3,2
Insgesamt ^c								
In jeweiligen Preisen	80,6	70,9	71,5	121,3	82,1	20,1	11,6	3,2
In Dollar von 1980	80,6	71,9	73,2	82,6	62,9	9,1	3,8	-1.7
Nachrichtlich:								
Netto-Exporte von Gütern und								
Dienstleistungen ^d								
In jeweiligen Preisen	-92,8	-82,2	-61,5	-132.4	-101.0	_	_	_
In Dollar von 1980	-92,8	-83,4	-62,9	- 90,2	— 77,3	_	_	_
Leistungsbilanzsaldo ^e								
In jeweiligen Preisen	-67,8	-56,7	-35,6	— 89,2	-63,4	_	_	_
In Dollar von 1980	67,8	-57,5	-36,4	— 60,7	— 48,6	_	_	_
ÖEH von DAC-Ländern in Prozent								
ihres BSP	0,38	0,38	0,38	0,37	0,37	_	_	_

Anmerkung: Alle Angaben netto, nach Abzug von Tilgungen. Die Angaben beziehen sich auf eine Auswahl von neunzig Entwicklungslandern.

a. Durchschnittliche jährliche Veränderung in %

c. Ohne kurzfristige Gelder und Reservebewegung.

Ouelle: Weltbank.

wurde — oder ob ein zunehmend protektionistisches Handelssystem den Versuch uberhaupt zulassen wurde.

Das Ausmaß der Schwierigkeiten, die mit der ungünstigen Simulation verbunden sind, wird in seinem ganzen Umfang an den Kennziffern der Verschuldungslage der Entwicklungslander deutlich. Wenn ihr Leistungsbilanzdefizitzu Preisen von 1980, wie vorausgeschatzt, von 36 Mrd Dollar im Jahr1984 auf 49 Mrd Dollar im Jahr1990 zunehmen sollte, wurden die ausstehenden Schulden der Dritten Welt von dem gegenwartigen hohen Stand von

135 Prozent der Exporte nur geringfugig zuruckgehen und ihre Schuldendienstquote würde auf 28 Prozent steigen, verglichen mit 20 Prozent im Jahr 1984. Drei Landergruppen — namlich die afrikanischen Länder mit niedrigem Einkommen, die Ölimporteure mit mittlerem Einkommen (ausgenommen die Hauptexporteure von Industrieprodukten) und die Ölexporteure — wurden dann Schuldendienstquoten von etwa 36 Prozent aufweisen. Der Umschuldungsbedarf und der Zwang zur "unfreiwilligen" Kreditgewahrung wurden dann außerordentlich zunehmen.

b. Einschl. Zuschüsse im Rahmen der ÖEH (offentliche Übertragungen). Zuflüsse von ÖEH aus Staatshandelsländern sowie Zuschüsse im Rahmen der technischen Hilfe werden von der Statistik des DAC erfaßt, im Schuldenberichtssystem der Weltbank aber nicht berücksichtigt. Außerdem wird der Kreis der Empfängerländer in beiden Statistiken unterschiedlich abgegrenzt.

d. Netto-Exporte von Gütern und Dienstleistungen (ohne Faktoreinkommen) zuzüglich Netto-Kapitalerträge abzüglich Zinsen auf mittel- und langfristige Schulden.

e. Ohne offentliche Übertragungen.

Die Projektionen dieses Kapitels unterstreichen die zentrale Botschaft dieses Berichtes: Die Welt hat bei der Bewaltigung der Finanzprobleme der fruhen achtziger Jahre Fortschritte erzielt, aber es bleibt noch viel zu tun. Die Schulden durfen nicht als ein isoliertes Phanomen betrachtet werden, aus dem gelegentlich eine "Krise" entsteht, die dann unmittelbare Aufmerksamkeit erfordert. Im Gegenteil, die internationale Finanzierung ist in einer Welt gegenseitiger Abhängigkeiten ein unentbehrlicher Teil des Entwicklungsprozesses. Wenn sie die Dimension einer Krise annimmt, dann deshalb, weil uber Jahre hinweg eine falsche Politik verfolgt wurde.

Die konstruktive Zusammenarbeit von Schuldnern, Glaubigern und internationalen Institutionen rnit dem Ziel einer Streckung der Schuldendienstzahlungen im Rahmen von Anpassungsmaßnahmen der Lander muß fortgesetzt werden. Den Ländern, die eine solide Wirtschaftspolitik verfolgen und einen umfangreichen kurz- und mittelfristigen Schuldendienst zu leisten haben, soll zu einer rascheren Wiederherstellung ihrer Kreditwürdigkeit verholfen werden. Es muß auch geprüft werden, inwieweit mehrjahrige Umstrukturierungen offizieller Kredite sowie andere Vereinbarungen von Fall zu Fall in ein Gesamtpaket zur Unterstützung von Stabilisierung und Anpassung einbezogen werden konnen, insbesondere bei den afrikanischen Ländern mit niedrigem Einkommen, die zu erheblichen Anpassungsbemuhungen entschlossen sind.

Die Aussichten fur die nachsten zehn Jahre schließen die Moglichkeit weiterer Schuldendienstprobleme bei vielen Entwicklungslandern keineswegs aus. Die ungiinstigen Szenarien in diesem Kapitel zeigen, wie dies geschehen konnte. Ein weltweiter Konjunktureinbruch wie in den Jahren 1981/82 ist keine notwendige Voraussetzung fur ein erneutes Auftreten von Schuldendienstproblemen. Wenn die Industrielander in den nachsten funf Jahren nur rnit 2,7 Prozent jahrlich wachsen, wie dies in der ungunstigen Simulation angenommen wird, und wenn dieses Wachstum mit hohen realen Zinssatzen und einem zunehmenden Protektionismus einhergeht, so konnten sich verschiedene Gruppen von Entwicklungslandern am Ende dieses Jahrzehnts rnit einer hoheren Schuldendienstbelastung als zu Anfang der Dekade wiederfinden.

Die finanziellen Resultate der ungunstigen **Szena**rien sind naturlich nur ein Teilaspekt **viel umfassen**derer Fehlentwicklungen. Ein langsames **Wirt**-

schaftswachstum in den Industrielandern wurde dort die Arbeitslosigkeit erhohen und damit den protektionistischen Druck verstarken, der seinerseits, wenn ihm nachgegeben wird, das Wachstum zusatzlich beeintrachtigen wiirde. Die Realisierung des langfristigen Wachstumspotentials der Industrielander im Verlauf der nachsten zehn Jahre wurde immer ungewisser. Den Entwicklungsländern fiele es schwer, ihre Wirtschaftspolitik zu liberalisieren, wenn ihre Exportanstrengungen durch Handelsschranken und durch die begrenzte Verfugbarkeit offizieller Mittel, einschließlich der ÖEH, enttauscht wurden. Ein Ruckzug aus der Liberalisierung wurde aber ihr Wirtschaftswachstum verlangsamen und ihre Schuldendienstprobleme vermehren. In vielen Ländern müßte eine umfassend verstandene Entwicklung – in dem Sinn, daß die Menschen ein langeres, gesiinderes und erfullteres Leben fuhren - hinter den Bedürfnissen des nackten Überlebens zurücktreten.

Solche Ergebnisse lassen sich jedoch vermeiden. Die giinstigen Szenarien offerieren ganzlich verschiedene Aussichten fur ein rascheres und stetigeres Wachstum sowohl in den Industrielandern als auch in den Entwicklungslandern und fur eine verbesserte Kreditwurdigkeit aller Gruppen von Entwicklungsländern. Dabei handelt es sich nicht bloß um eine Hoffnung für die neunziger Jahre; dies konnte schon wahrend der Übergangsphase der nachsten funf Jahre erreicht werden. Es muß auch betont werden, daß die gunstigen Szenarien nicht irgendwelche idealisierten Ergebnisse beschreiben. Sie basieren **auf** den keineswegsideal zu nennenden Gegebenheiten des Jahres 1985 - rnit all seinen uberkommenen Belastungen — und wurden aus einem realistischen Satz von Annahmen uber die künftige Entwicklung abgeleitet.

Diese Annahmen betreffen vor allem die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Regierungen. Im Fall der Industrielander entsprechen diese Annahmen den offentlich verkundeten Zielen ihrer Regierungschefs: Abbau der Haushaltsdefizite, flexiblere Arbeitsmarkte, liberalerer Außenhandel. Eine solche Politik wiirde Ergebnisse bringen, wie sie die Regierungen nach ihrem eigenen Bekunden anstreben: rascheres Wachstum, hohere Beschäftigung, niedrigere reale Zinssatze und stabile Preise. Die Mittel und Ziele der giinstigen Szenarien sind die gleichen, wie sie in den Industrielandern diskutiert und angestrebt werden. Zwischen dem ökonomischen Modell und der politischen Realität besteht kein Widerspruch.

Das gleiche gilt fur die Entwicklungslander. Die

gunstigen Szenarien setzen voraus, daß die in vielen Ländern bereits eingeleiteten wirtschaftspolitischen Reformen fortgesetzt werden. Die Ziele dieser Politik — Umstrukturierung der Wirtschaft, Erleichterung der Schuldendienstbelastung und Wiederherstellung des Wirtschaftswachstums — stimmen mit den Resultaten der giinstigen Szenarien uberein. Wie schwierig auch die Einleitung dieser Reformen gewesen sein mag, sie werden den Entwicklungsländern zu gegebener Zeit wesentlich giinstigere Bedingungen verschaffen als sie bei einer Verwasserung oder einem Abbruch der Reformen herrschen würden.

Die gunstigen Szenarien berechtigen damit zu einem gewissen Optimismus. Die Wirtschaftspolitik hat sich die richtigen Ziele gesetzt und verfolgt den richtigen Kurs; die Regierungen versuchen, die Wirtschaft in eine Richtung zu steuern, die tatsächlich Erfolg bringen wird. Die Leistungen der fünfziger und sechziger Jahre - kriiftiges Wachstum, geringe Inflation, finanzielle Stabilitat — konnen wiederholt werden. Unter diesen Bedingungen einige institutionelle Neuerungen vorausgesetzt konnen zwischen den privaten Geldgebern und den Schuldnerlandern wieder normale Geschäftsbeziehungen aufgenommen werden und kann eine Zunahme der konzessionaren Finanzierung erwartet werden. Das Auslandskapital kam dam von neuem eine produktive Rolle im Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung spielen.

Die Rolle der Weltbank

Die Rolle der Bank als Anbieter von Finanzierungen und anderen Dienstleistungen muß im Zusammenhang mit der gestiegenen Bedeutung der Auslandsfinanzierung im Entwicklungsprozeß gesehen werden. Die Bank unterstutzt in zunehmendem Maß Entwicklungslander bei der notwendigen Reformpolitik. Sie hat ihre Tatigkeit und ihre Finanzierungsinstrumente flexibel an die wachsenden Bedürfnisse ihrer Mitgliedslander angepaßt. Sie erganzt Kapitalzuflüsse aus anderen Quellen und ubt auf sie - im Rahmen des Moglichen - einen konstruktiven Einfluß aus. Um diese Funktionen wahrnehmen zu konnen, muß der eigene Finanzierungsbeitrag der Bank sowohl fur die kreditnehmenden Länder als auch fur die anderen Geldgeber bedeutsam sein.

Vor **allem** durch die Vermittlung der Bank **erhal**ten Entwicklungslander Zugang zum **internationa**len Anleihemarkt und anderen Finanzmarkten.

Diese Funktion der Bank ist besonders fur die Länder von entscheidender Bedeutung, die sich hauptsächlich auf privates Kapital stutzen und gegenuber weltwirtschaftlichen Fluktuationen äu-Berst anfällig sind. In einer ausgewogenen Mischung von privater und offentlicher Finanzierung, von kurzen und langen Laufzeiten sowie von fest- und variabelverzinslichen Kreditinstrumenten bildet die Kreditgewahrung der Bank eine wichtige Komponente.

Zwar hat die weltweite Rezession zu einer temporaren Verzogerung bei vielen Investitionsprojekten und zu Kürzungen privater und offentlicher Investitionsprogramme gefiihrt, doch wird im Zuge eines erneuten Wachstums auch die Fähigkeit zur produktiven Nutzung von Auslandskapital wieder zunehmen. Das private Kapital wird um so eher in einem breiteren Strom **zu fließen** beginnen, je mehr Vertrauen die privaten Investoren in die Politik und die Programme der Empfiingerlander setzen. Hierbei spielt die Bank eine zweifache Rolle. Durch ihre eigene Kreditgewährung besitzt die Bank eine einzigartige Position, um die wirtschaftlichen Aussichten eines Landes und notwendige Reformen seiner Wirtschaftspolitik zu analysieren und ihre Erkenntnisse den politisch Verantwortlichen zur Verfugung zu stellen. Durch ihre Kofinanzierung tragt die Bank dazu bei, das Vertrauen der Investoren in die jeweiligen Projekte und in die Entwicklungsaussichten der Länder zu stärken. Zur Erfullung dieser Aufgaben ist die Fahigkeit der Bank, ihre eigene Kreditgewahrung auszuweiten, entscheidend.

Die auf konzessionäre Mittel angewiesenen Lander mit niedrigem Einkommen machten in den letzten Jahren die Erfahrung, daß die neuen Zusagen relativ stagnierten. Im Blickpunkt stand dabei insbesondere Afrika südlich der Sahara; die Aussicht auf einen drastischen Rückgang des Zuflusses konzessionärer Mittel in diese Region wurde als ein unuberwindliches Hindernis auf dem Weg zu dauerhaften Entwicklungserfolgen hervorgehoben. Dies unterstreicht die Notwendigkeit einer substantiellen Mittelaufstockung der IDA auf mittlere Sicht, damit der Bedarf dieser Region gedeckt wird und die IDA-Kreditnehmer in Asien kontinuierlich unterstutzt werden konnen.

In ihren Vorschlägen zur Bewaltigung eines möglichen Ruckgangsder für Afrika südlich der Sahara verfügbaren Mittel hat die Bank betont, daß eine Aufstockung der Entwicklungshilfe fur diese Region mit einer verbesserten Effektivitat der Hilfe einhergehen muß. Es wurde auch festgestellt, daß die Zuflusse von ÖEH nach Afrika durch neue

Formen der Koordinierung der Hilfe besser genutzt werden konnten, in deren Rahmen die Reformbemühungen der Schuldner von den Geldgebern gezielt unterstutzt werden. Der mögliche Beitrag der Bank zur Verwirklichung dieser doppelten Zielsetzung mittels einer verbesserten Koordination der Hilfeleistungenstieß im Kreis der Entwicklungshilfegeber auf starke Unterstutzung. Bei der Durchführung dieser Aufgabe ist die Bank bereit, den kreditnehmenden Ländern beim Ausbau ihrer bestehenden Mechanismen zur Investitionspriifung zu helfen, um so dazu beizutragen, daß die vorgeschlagenen Projekte mit den aufgestellten Entwicklungsprioritaten vereinbar und die Kapazitaten fur eine rationelle Projektabwicklung und -führung vorhanden sind.

Die Bank hat auch seit langem schon mit Exportkreditstellen und Geschaftsbanken zusammengearbeitet. Verschiedene Instrumente zur Kofinanzierung wurden geschaffen und werden sich in Zukunft bei steigender Nachfrage nach den Mitteln der Bank und anderer Geldgeber weiterentwickeln. Durch ihre Bewertung von Investitionsprogrammen und einzelnen Projekten konnte die Bank die Bemiihungen von Exportkreditstellen wie von Geschaftsbanken um eine Qualitatsverbesserung ihrer Kredite unterstutzen; damit wurde sie den Nutzen dieser Gelder fur den Entwicklungsprozeß erhöhen und zugleich die Portefeuilles der Geldgeber stärken. Über den engeren Bereich der Kofinanzierung hinaus sollte die von der Bank vorgenommene regelmäßige Priifung der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftsleistung einzelner Länder anhand der mittelfristigen Wachstumsziele eine Grundlage dafur bieten, daß neue Kredite fur Sektoren und Investitionen mit hoher Prioritat angeregt werden.

Damit das Wachstum dauerhaft wiederherge-

stellt wird, müssen die anhaltenden Anpassungsbemühungen durch eine stabile Wirtschaft und eine solide mittelfristige Wirtschaftspolitik unterlegt sein. Dies macht es erforderlich, daß die Beziehungen der Bank zum Internationalen Wahrungsfonds beide Institutionen in die Lage versetzen, ihre Mitglieder in konsistenter und wirksamer Weise zu unterstutzen. Bei der Bewaltigung der Stabilisierungsprobleme ist dieses Ziel von entscheidender Bedeutung, ebenso wie bei der Unterstutzung des Übergangs zu einem dauerhaften Wachstum in den Hauptschuldnerlandern mit mittlerem Einkommen. wo in letzter Zeit wieder eine wirtschaftliche Erholung eingesetzt hat. Hierfur ist eine einheitliche Haltung in Fragen der Wirtschaftspolitik und ein abgestimmtes Vorgehen zur Mobilisierung der Unterstiitzung fur die Reformpolitik notwendig.

Die auslandischen Direktinvestitionen schließlich bilden einen wichtigen Teilaspekt der Katalysator-Rolle der Bank und ihrer Aufgabe im internationalen Kapitalverkehr. Die Weltbankgruppe förderte bisher die privaten Investitionen sowohl direkt, namlich durch die Tatigkeit der IFC und bestimmte Einzelprojekte der Bank, als auch indirekt, namlich durch die Finanzierung von Investitionen in physischer Infrastruktur und im Humankapital und durch die Unterstutzung von Regierungen bei der Revision ihrer Bestimmungen über auslandische Investitionen. Auch bei der Unterstützung der Strukturanpassung durch die Bank geht es haufig unmittelbar um die Aussichten fur private Investitionen. Eine wichtige neue Initiative stellt die vorgeschlagene Multilaterale Investitionsgarantie-Agentur dar, die verschiedene Formen von Gewahrleistungen für auslandische — auch multinational finanzierte - Investitionen anbieten und von nationalen Garantiestellen abgegebene Gewahrleistungen riickversichern soll.

Statistischer Anhang

Die Tabellen dieses Statistischen Anhangs enthalten Daten für eine reprasentative Auswahl von Entwicklungsländern, dazu entsprechende Angaben für Industrielander und Ölexporteure mit hohem Einkommen. Die Tabellen zeigen Daten über Bevölkerung, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Außenhandel und Auslandsverschuldung. Die betreffenden Daten sind bei der Erstellung dieses Berichts in besonderem Maße herangezogen worden. Hinsichtlich der in diesen Tabellen verwendeten Definitionen und Konzepte wird der Leser auf die Technischen Erlauterungenzu den, "Kennzahlen der Weltentwicklung" verwiesen.

TABELLE A.I
Bevolkerungswachstum, **1965** bis **1984** und Projektion bis zum Jahr **2000**

	Bevölkerung (in Mio)		Durchschnittlic	nes jährliches V	Vachstum fin %	5)
Ländergruppe	1984	1965—73	1973—80	1980—84	1984—90	1990—2000
Entwicklungslbder insgesamt	3.386	2,4	2,0	2,0	1,8	1,8
Länder mit niedrigem Einkommen	2.263	2,4 2,4	1,8	1,8 1,7	1,8	1,7 1,4
Asien Indien	2.040 749 1.032	2,3 2,4	1,7 2,3 1,2	2,2 1,3	1,6 2,0 1,0	1,7 0,9
China Afrika	223	2,6	2,8	3,1	3,3	3,4
Länder mit mittlerem Einkommen Ölexporteure Ölimporteure	1.123 491 632	2,4 2,5 2,4	2,4 2,6 2,2	2,4 2,6 2,2	2,2 2,5 2,1	2,1 2,4 1,9
Hauptexporteure von Industrieprodukten	413	2,3	2,1	2,0	1,9	1,7
Ölexporteure mit hohem Einkommen	19	4,5	5,3	4,4	3,9	3,4
Marktwirtschaftliche Industrielander	729	0,9	0,7	0,5	0,5	0,4
Welt, ohne osteuropaische Staatshandelslander	4.134	2,1	1,8	1,8	1,6	1,6
Osteuropaische Staatshandelsländer	390	0,8	0,8	0,8	0,7	0,6

TABELLE A.2 **Bevölkerung** und BSP pro Kopf (1980) und Wachstumsraten, 1965 bis 1984

Ländergruppe	BSP (in Mrd \$) 1980	Bevölkerung (in Mio) 1980	BSP pro Kopf (in \$) 1980	Durch:	schnittliches jä 1973–80	hrliches Wae	chstum des B 1982	SP pro Kopf ((in %)
raimei & whhe	1300	1500							
Entwicklungslander insgesamt	2.059	3.119	660	4,1	3,3	0,8	-0,7	-0,1	2,1
Länder mit niedrigem Einkommen Asien China Indien Afrika	547 495 284 162 52	2.098 1.901 980 687 197	260 260 290 240 270	3,0 3,2 4,9 1,7 1,3	3,1 3,5 4,5 1,9 0,0	2,0 2,5 1,6 3,5 —1,7	2,8 3,4 5,8 0,4 -2,6	5,2 6,0 7,6 4,2 —2,6	4,7 5,3 7,7 2,0 —1,5
Ölimporteure mit mittlerem Einkommen Ostasien und Pazifik Naher Osten u. Nordafrika Afrika südlich der Sahara Sudeuropa Lateinamerika u. Karibik	962 212 25 26 214 409	579 162 31 33 91 234	1.660 1.310 830 780 2.350 1.750	4,6 5,6 3,5 2,0 5,4 4,5	3,1 5,7 4,3 0,5 2,9 2,9	-0,8 3,7 -2,5 4,1 0,2 -4,1	-2,0 1,9 2,6 -4,8 0,3 -4,8	-1,6 4,5 0,5 -5,4 -0,5 -4,5	1,1 3,4 -1,3 -5,4 0,2 1,1
Ölexporteure mit mittlerem Einkommen	550	442	1.240	4,6	3,1	1,5	-2,3	-3,6	0,1
Ölexporteure mit hohem Einkommen	229	16	14.050	4,1	6,2	-1,1	— 7,8	—14,1	-6,4
Marktwirtschaftliche Industrielbder	7.477	714	10.480	3,7	2,1	0,7	-1,0	1,5	4,3

a. Geschätzt. b. Prognose.

TABELLE A.3 BIP (1980) und Wachstumsraten, 1965 bis 1984

	BIP (in Mrd \$)		Durchschnitt	liches jährliche	s Wachstum de	s BIP (in %)	
Ländergruppe	1980	1965—73	1973—80	1981	1982	1983"	1984 ^b
Entwicklungsländer insgesamt	2.085	6,6	5,5	3,3	1,9	2,0	4,1
Lander mit niedrigem Einkommen	546	5,5	4,9	4,0	5,0	7,2	6,6
Asien	493	5,7	5,2	4,3	5,4	7,8	7,1
China	284	7,4	5,8	2,9	7,4	9,0	9,0
Indien	162	4,0	4,1	5,8	2,6	6,5	4,2
Afrika	53	3,9	2,7	1,7	0,7	0.7	1,6
Ölimporteure mit							
mittlerem Einkommen	978	7,0	5,6	2,0	0,8	0,7	3,3
Ostasien und Pazifik	214	8,6	8,1	6,5	3,9	6,3	5,4
Naher Osten und Nordafrika	24	5,6	7,1	0,7	6,2	1,5	1,2
Afrika siidlich der Sahara	27	5,1	3,6	6,9	-1,0	-1.8	-2,1
Südeuropa	213	7,0	4,8	2,0	2,4	0,8	1,5
Lateinamerika und Karibik	420	7,1	5,4	-1,0	-1,5	-1.8	3,4
Ölexporteure mit mittlerem							
Einkommen	561	7,1	5,8	4,6	0,9	-1,0	2,7
Ölexporteure mit hohem Einkommen	— 23 0	-9,2	7,7	0,1	-1,7	-7,0	0,6
Marktwirtschaftliche Industrielander	7.440	4,7	2,8	1,4	-0,3	2,6	4,8

a. Geschatzt.b. Prognose.

TABELLE A.4 Bevolkerung und Zusammensetzung des BIP in ausgewahlten Jahren, 1965 bis 1984 (in Mrd \$, falls nicht anders angegeben)

Ländergruppe und Kennzahl	1965	1973	1980	1981	1982	1983 ^a	1984 ^b
Entwicklungslander							
BIP	327	736	2.085	2.210	2.126	2.046	2.111
Inländische Absorption ^c	331	743	2.132	2.282	2.179	2.063	2.099
Nettoexporte ^d	-4	—7	-47	-72	—53	-17	12
Bevölkerung (in Mio)	2.239	2.710	3.119	3.183	3.251	3.319	3.386
Lander mit niedrigem Einkommen							
BIP	141	248	546	537	539	561	593
Inlandische Absorption ^c	143	250	565	553	551	573	606
Nettoexporte ^d	-2	—2	—19	-16	-12	-12	-13
Bevolkerung (in Mio)	1.525	1.845	2.098	2.137	2.180	2.223	2.263
Ölimporteure mit mittlerem Einkommen							
BIP	128	333	978	1.034	1.027	940	963
Inlandische Absorption ^c	130	340	1.018	1.079	1.059	953	954
Nettoexporte ^d	—2	—7	-40	-45	-32	-13	9
– Bevölkerung (in Mio) – – – –	412	496	579	592	605	618	632
Ölexporteure mit mittlerem Einkommen							
BÍP	58	155	561	639	560	545	555
Inlandische Absorption ^c	58	153	549	650	569	537	571
Nettoexporte ^d	0	2	12	-11	—9	8	16
Bevolkerung (in Mio)	302	369	442	454	466	478	491
Ölexporteure mit hohem Einkommen							
BIP	7	28	230	266	255	219	_
Inländische Absorption ^c	5	16	148	174	193	_	_
Nettoexporte ^d	2 8	12	82	92	62		_
Bevolkerung (in Mio)	8	11	16	17	18	19	19
Marktwirtschaftliche Industrielander							
BIP	1.369	3.240	7.440	7.498	7.418	7.672	8.417
Inlandische Absorption ^c	1.363	3.231	7.505	7.526	7.433	7.671	8.417
Nettoexporte ^a	6	9	65	-28	—15	1	0
Bevolkerung (in Mio)	632	680	714	719	723	726	729

a. Geschatzt. b. Prognose. c. Privater Verbrauch zuzüglich Staatsverbrauch und Bruttoinlandsinvestitionen. d. Guter und Dienstleistungen ohne Faktoreinkommen.

TABELLE A.5 Produktionsstruktur des BIP in ausgewählten Jahren, 1965 bis 1982 (in % des BIP)

	19	65	197	73	19	80	19	81	19	82
Ländergruppe	Land- wirt- schaft	Indu- strie	Land- wirt- staft	Indu- strie	Land- wirt- schaft	Indu- strie	Land- wirt- schaft	Indu- strie	Land- wirt- schaft	Indu- strie
Entwicklungslanderinsgesamt	31	29	26	33	20	38	19	37	19	36
Länder rnit niedrigem Einkomrnen	44	27	42	31	36	36	36	34	36	34
Asien	44	28	42	32	35	38	35	36	36	35
Indien	47	22	50	20	37	25	35	26	33	26
China	43	36	37	41	33	48	35	46	37	45
Afrika	47	15	42	19	41	18	41	17	41	17
Länder rnit mittlerem Einkommen	22	31	17	35	14	39	14	38	14	37
Ölexporteure	22	26	18	33	14	42	13	40	14	40
Ölimporteure Hauptexporteure von	21	33	17	35	14	37	14	36	13	36
Industrieprodukten	20	35	15	37	12	39	12	38	12	38
Ölexporteure rnit hohem Einkommen	5	65	2	72	1	77	1	76	1	74
Marktwirtschaftliche Industrieliinder	5	40	5	39	4	38	3	37	3	36
Welt, ohne osteuropäische Staatshandelsländer	10	38	9	38	7	39	7	38	7	37

TABELLE A.6

Wachstumsraten einzelner Wirtschaftssektoren, 1965 bis 1982

	L	andwirtsch	aft		Industrie		Dien	stleistungss	ektor
Ländergruppe	1965—73	1973—80	1980—82	1965—73	1973—80	1980—82	1965—73	1973—80	1980—82
Entwicklungsländer insgesamt	3,4	2,0	3,2	7,9	6,5	0,7	7,7	6,4	4,0
Länder rnit niedrigem Einkommen Asien Indien	3,5 3,7 3,7	1,3 1,2 2,0	4,2 4,6 —0,4	7,0 6,9 3,7 9,0	8,1 8,5 5,0 10,0	4,8 5,3 4,6 5,3	7,7 8,5 4,5 21,4	6,7 7,2 5,7 8,9	4,5 4,6 8,3 0,3
China Afrika	3,8 2,2	0,2 2,2	$7,7 \\ 1,4$	7,8	1,0	-4,1	4,3	4,0	3,4
Länder mit mittlerem Einkommen Ölexporteure Ölimporteure	3,4 3,9 3,1	2,7 2,0 3,1	2,3 1,8 2,5	8,2 8,3 8,2	6,0 5,2 6,5	-0,6 -0,2 -0,9	7,7 7,4 7,8	6,4 7,9 5,6	3,8 5,8 2,8
Hauptexporteure von Industrieprodukten	3,0	2,9	3,1	8,8	7,2	-1,0	8,5	5,7	3,0
Ölexporteure rnit hohem Einkommen Marktwirtschaftliche Industrielander	_ 1,7	0,9	_ 1,2	_ 5,1	2,3 2,3	-16,4 $-1,0$	4,6	_ 3,3	_ 1,5

TABELLE A.7 Kennzahlen für Verbrauch, Ersparnis und Investitionen in ausgewahlten Jahren, 1965 bis 1983 (in~%~des~BlP)

Ländergruppe und Kennzahl	1965	1973	1980	1981	1982	1983 ^a
Entwicklungslander						
Verbrauch	79,8	76,7	75,6	77,2	77,9	76,0
Investitionen	21,1	24,3	26,7	26,0	24,6	24,7
Ersparnis	20,2	23,3	24,4	22,8	22,1	24,0
Asiatische Länder mit niedrigem						
Einkommen						
Verbrauch	79,8	75,1	75,5	76,3	75,8	74,7
Investitionen	21,5	25,4	27,6	25,7	25,7	26,5
Ersparnis	20,2	24,9	24,5	23,7	24,2	25,3
Afrikanische Lander mit niedrigem						
Einkommen						
Verbrauch	88,6	85,7	90,4	92,7	94,1	94,6
Investitionen	14,2	16,8	18,7	17,3	16,2	14,7
Ersparnis	11,4	14,3	9,6	7,3	5,9	5,4
Ölimporteure mit mittlerem Einkomme	en					
Verbrauch	79,1	77,0	77,5	78,7	79,1	77,0
Investitionen	22,0	24,9	26,6	25,7	24,0	24,0
Ersparnis	20,9	23,0	22,5	21,3	20,9	23,0
Ölexporteure mit mittlerem Einkomme	n					
Verbrauch	79,9	76,8	71,0	74,2	76,0	71,2
Investitionen	19,8	22,3	26,7	27,6	25,7	26,2
Ersparnis	20,1	23,3	29,0	25,8	24,0	28,8
Marktwirtschaftliche Industrielander						
Verbrauch	76,7	75,0	78,4	78,4	80,1	80,0
Investitionen	22,9	24,7	22,5	21,9	20,1	20,0
Ersparnis	23,3	25,0	21,6	21,6	19,9	20,0

a. Geschätzt.

TABELLE A.8
Exportwachstum, 1965 bis 1984

					tvolumens (in %)	
Länder- und Warengruppe	1965—73	1973—80	1981	1982	1983"	1984 ^b
Exportvolumen, nach Warengruppen						
Entwicklungslander						
Industrieprodukte	13,8	11,0	14,1	1.0	11.5	15,0
Nahrungsmittel	2,2	5,4	12,4	11,8	4,6	4,8
Sonstige Agrarprodukte	3,6	1,6	0,7	-3.9	1.3	-1.8
Metalle und Mineralien	5,7	5,5	-2.4	5,9	- 5.2	3,9
Brennstoffe	3,9	-1,0	-12.9	1,6	1,6	5,1
Welt, ohne osteuropaische Staatshandelsländer						
Industrieprodukte	10.7	5,8	6,0	- 2.1	4,4	11.7
Nahrungsmittel	4,5	9,0	7,2	9,9	6.0	7.0
Sonstige Agrarprodukte	3,2	3,6	3,1	- 0.9	- 9,7	0,2
Metalle und Mineralien	6,8	7,2	-15.7	- 4,0	— 5,7 — 5,7	0,2
Brennstoffe	9,5	0.7	— 7,9	-4,0 $-11,2$	— 5,7 — 5,7	2,5
Exportvolumen, nach Ländergruppen	7,0	0,7	- 7,7	-11,2	— 3,7	2,3
Entwicklungsländer	5,2	11	2.2	2.2	F 0	0.0
Industrieprodukte	13,8	4,1	3,3	3,2	5,8	8,9
Rohstoffe	3,6	11,0	14,1	1,0	11,5	15,0
	3,0	1,3	-3,4	4,8	1,8	4,2
Entwicklungslander mit						
niedrigem Einkommen	3,1	5,2	7,0	6,6	3,6	11,4
Industrieprodukte	5,3	6,5	17,0	— 4,8	6,2	23,5
Rohstoffe	2,0	4,4	-0,1	16,1	2,3	2,9
Asien	2,3	7,2	13,0	8,1	5,6	12,8
Industrieprodukte	5,2	6,7	20,7	-3,8	6,5	24,0
Rohstoffe	-0,1	7,8	5,6	21,4	4,8	2,8
Afrika	5,1	- 0,5	-14.8	-0.7	— 5,3	3.2
Industrieprodukte	5,6	3,1	-33.4	-30.5	-7.3	2,5
Rohstoffe	5,0	- 0,9	-12,1	2,7	-5,1	3,2
Ölimporteure mit						
mittlerem Einkommen	7.3	8,3	12.5	4.5	7,3	9.1
Industrieprodukte	17.0	12,2	13.8	1.6	11,1	13,2
Rohstoffe	3,1	4,3	10,8	8,7	2,0	3,1
Hauptexporteure	1,200				1000	,
von Industrieprodukten	10.0	9.7	13.7	4.0	8.0	9,6
Industrieprodukte	17,4	12,6	13,8	1,4	10.9	12,9
Rohstoffe	5.1	5,5	13.6	9,2	2,6	2,8
Sonstige Ölimporteure	-,-	- / -	/-		-/-	_,-
mit mittlerem Einkommen	1,6	3,4	7.2	7.0	3.9	6,9
Industrieprodukte	13,5	7,6	13,9	5,2	14,5	17.1
Rohstoffe	0,3	2,4	5,3	7,6	0,7	3,5
Ölexporteure mit	0,0	4,1	0,0	7,0	0,7	5,0
	4.2	0.4	11 /	0.5	2 /	F7 4
mittlerem Einkommen	4,2	- 0,4	—11,6	— 0,5	3,6	7,4
Industrieprodukte	11,5	6,9	13,5	5,0	27,5	24,5
Rohstoffe	4,1	- 0,7	-13,2	- 0,9	1,6	5,5
Olexporteure mit hohem Einkommen	15,9	1,1	— 7,3	-25,5	-15,8	— 7,6
Marktwirtschaftliche Industrielander	9,5	5,6	2,9	— 1,1	2,5	10,0
Welt, ohne osteuropäische						
Staatshandelsländer	9,1	4,7	2,0	— 2,5	1,9	8,7

a. Geschätzt. b. Prognose.

TABELLE A.9

Veranderung der Exportpreise und der Terms of Trade, 1965 bis 1984

(durchschnittliche jahrliche Veränderung in %)

Ländergruppe	1965-73	1973—80	1981	1982	1983"	1984 ^b
Veränderung der Exportpreise						
Entwicklungsländer Industrieprodukte Nahrungsmittel Sonstige Agrarprodukte Metalle und Mineralien Brennstoffe	6,0 5,1 5,8 4,0 1,8 7,9	14,7 10.9 8,0 10,3 5,8 27,2	- 2,5 - 5,0 -12,1 -13,5 -10,5 12,5	- 6,1 - 1,9 -17,4 - 8,1 - 9,5 - 3,2	- 3,7 - 4,2 10,2 4,8 0,5 -12,4	-1,0 -2,8 7,3 -3,4 -4,9 -2,4
Ölexporteure mit hohem Einkommen	7,4	24,8	8,3	- 2,7	—11,3	-1,6
Industrielander Insgesamt Industrieprodukte	4,7 4,7	10,1 0,9	— 4,6 — 6,0	- 4,0 - 2,1	- 3,2 - 4,3	-1,5 $-2,3$
Veränderung der Terms of Trade Entwicklungsländer Länder mit niedrigem Einkommen Asien Afrika Ölimporteure mit mittlerem Einkommen Ölexporteure mit mittlerem Einkommen Ülexporteure mit hohem Einkommen Industrielander	0,5 0,4 0,8 -0,7 -0,2 -0,4 2,9 -0,5	2,0 - 1,5 - 1,6 - 1,0 - 2,3 9,0 12,3 - 3,5	0,5 - 0,2 1,3 - 7,2 - 5,0 11,7 14,6 - 2,1	$ \begin{array}{rrrr} & -1,1 \\ & -1,5 \\ & -2,2 \\ & -2,2 \\ & -2,2 \\ & -1,1 \\ & -2,3 \\ & 2,0 \end{array} $	- 0,6 0,9 0,4 - 3,7 - 8,5 - 8,6 2,1	1,0 4,1 3,5 7,8 0,4 0,9 -1,0 -0,2

a. Geschätzt. b. Prognose.

TABELLE A.10 Wachstum der langfristigen Schulden der Entwicklungslander, 1970 bis 1984 (durchschnittliche jahrliche Veränderung in %)

Ländergruppe	1970—73	1973—80	1981	1982	1983 ^a	1984 ^a
Entwicklungsländer						
Ausstehende und ausgezahlte Schulden	18,3	21,3	13,5	11,9	13,5	10,8
Öffentlich	15,3	17,6	9,7	10,4	9,8	13,2
Privat	21,1	24,0	15,7	12,8	15,6	9,5
Länder mit niedrigem Einkommen						
Ausstehende und ausgezahlte Schulden	12,9	16.0	5,5	8,0	6,3	10,8
Öffentlich	12,5	14,1	7,7	10,2	8,2	10,5
Privat	16.0	24,9	- 2,3	- 1,0	-2.2	12,3
Asien	2070		-,-		-,-	/-
Ausstehende und ausgezahlte Schulden	11.1	13,2	2.9	8,6	7,8	14.1
Offentlich	11,6	11,2	6,2	10,1	7,4	10,6
Privat	4,3	33,2	-12.4	0,1	10.5	36,0
	1,0	00,2	12,1	0,1	10,0	00,0
Afrika	19.7	22,6	10,2	6.9	3,7	4.7
Ausstehende und ausgezahlte Schulden Öffentlich	17,3	24,2	10,2	10,6	10.1	10,2
Privat	24,4	19,7	8,5	-2.0	-13.5	-14.6
	44,4	17,7	0,3	- 2,0	-13,3	-14,0
Olimporteure mit mittlerem Einkommen	10.7	21.0	140	12.0	.11 5	- 10.2
Ausstehende und ausgezahlte Schulden	-1 9,7	21,0	- 14,9 -	12,9	11,5	10,3
Offentlich	17,8	18,5	12,1	11,0	13,4	15,0
Privat	20,8	22,2	16,1	13,7	10,7	8,3
Hauptexporteure von Industrieprodukten						
Ausstehende und ausgezahlte Schulden	22,6	20,8	14,7	13,0	12,1	10,2
Öffentlich	21,0	18,9	10,5	9,1	12,6	18,8
Privat	23,2	21,4	15,9	14,1	12,0	7,9
Sonstige Ölimporteure mit mittlerem						
Einkommen						
Ausstehende und ausgezahlte Schulden	13.4	21.5	15.4	12.8	9,9	10,5
Öffentlich	14,6	18,0	13,9	13,0	14,3	11,0
Privat	11,9	25,8	16,8	12,5	5,8	10,0
Ölexporteure mit mittlerem Einkommen						
Ausstehende und ausgezahlte Schulden	19.6	24.9	14.6	11.8	19,9	11,5
Öffentlich	15,5	20,6	7.9	9,4	4,9	12,8
Privat	22,6	27,1	17,5	12,7	25,8	11,1

a. Die Zunahme der ausstehenden und ausgezahlten Schulden und die Verlagerung von privaten auf öffentliche Schulden ist teilweise durch Umxhuldungen bedingt.

TABELLE A.11 Ersparnis, Investitionen und Leistungsbilanzsaldo, 1965 bis 1983

		Bruttoinlands- investitionen/BSP			Bruttoersparnis der Inländer/BSP			Leistungsbilanzsaldo/BSP ^a		
Land	1965—72	1973—78	1979—83	1965—72	1973—78	1979—83	1965—72	1973—78	1979—8	
Lateinamerika und Karibik										
*Argentinien	20.4	24.6	20 F	20.2	24.2	15.0	0.1			
	20,4	24,6	20,5	20,3	26,2	17,9	-0,1	1,6	-2,6	
Bolivien	17,5	21,1	9,0	12,9	16,1	-7,2	-4,6	— 5,0	-16,2	
*Brasilien	25,8	28,1	22,5	24,0	24,0	17,6	- 0,8	-4,1	-4,9	
*Chile	15,3	15,3	17,2	13,0	11,9	7,0	-2,3	-3,4	-10,2	
Costa Rica	21,2	24,5	27,1	11,9	17,7	11,5	-9,3	— 6,8	-15,6	
Ecuador	18,6	26,4	24,2	11,3	20,4	20,5	-7,3	-6.0	-3.5	
Guatemala	13,2	19,3	15,6	10,2	14,8	11,7	-3.0	-4,5	- 3,9	
Jamaika	32.2	20,3	21,6	22,3	12,8	6,5	- 9,9	-7,5	-15,1	
Kolumbien	19,0	18,8	20,0	15,4	19,1	17,2	-3.6	-0.3	- 2,8	
*Mexiko	21,3	23,4	26,1	19,2	20,2	24,2	-2,1	-3,2	- 1,9	
Peru	16,7	18,0	17.0	15,2	11,4	13.5	$-\frac{2}{1.5}$	-6.6		
Uruguay	11,9			11,8					- 3,5	
Venezuela		14,4	15,2		10,6	10,3	-0,1	-3.8	- 4,9	
	29,1	35,4	26,2	29,8	36,1	29,3	0,7	0,7	3,	
Afrika										
Athiopien	13,1	9,5	10,1	10,7	7,6	3,4	-2,4	— 1,9	- 6,7	
Elfenbeinküste	21,1	25,9	29,3	15,9	23,1	17,4	- 5,2	- 2,8	-11.9	
Ghana	12,4	10,0	4,2	8,8	23,1 9,5	3,9	- 4,3	— 0,6	-0,3	
Kamerun	15.6	21,6	26.0	12,3	17,6	19.4	-3,3	- 4.0	- 6.6	
Kenia	21,7	25,4	26,1	17,0	17,3	15,5	- 4,7	- 8,1	-10,6	
Liberia	24,7	32,6	27,7	27,6	17,0	11,9	2,9	-15,6	-15,8	
Malawi	19,8	29,8	25,0	4,8	17,4	11,2	-15,0	-12.4	-13,8	
Niger	15.9	29,3	30,7	6.5	12,3	15,0	- 9,4	17.1	-15.	
Nigeria	20.0	28,0	25,2	15,2	28,8	23,8	-4,8	0,8	1,4	
Sambia	32,5	31.8	19.1	38.1	24,6	6,7	5,6	 7,2	-12.4	
Senegal	13.7	18,9	17,3	6,4	7,7	-3.1	-7,3	-11.2	-20,4	
Sierra Leone	14.0	10,7		8,0	3,1	-3,1 -2,0		10.1		
Sudan		13,2	14,5				- 6,0		-16,5	
	11,9	17,3	16,0	11,0	9,1	0,9	-0,9	- 8,2	—15,1	
Tansania	19,7	20,5	21,6	17,7	11,3	9,8	— 2,0	- 9,2	11,8	
zaire	27,7	29,3	18,9	20,9	9,1	11,2	— 6,8	—20,2	- 7,7	
Südasien										
'Indien	18,3	21,7	24,6	13,4	19,2	21,0	- 4,9	-2,5	-3,6	
Pakistan	16,3	15.9	15,8	10,2	10,0	12,1	— 6.1	-5,9	— 3,	
Sri Lanka	16.1	16,2	29,9	11.3	11,9	10.9	- 4,8	- 4,3	-19.0	
Ostasien	•		•	•	•	·	•	•	*	
*Indonesien	12,6	20,6	23,0	6,9	18,8	20,1	-5.7	— 1.8	- 2,9	
*Korea	24.1	29,0	30,0	14,9	24,9	23,7	- 9,2	4,1	6,	
	19.6	25,7	33,4	20,8	27,2	26,3	1,2	1,5	- 7,	
Malaysia	31,0	20,1					-29.2			
Papua-Neuguinea		. ,	28,8	1,8	16,3	10,2			18,	
Philippinen	20,9	28,6	29,6	17,1	23,9	23,3	— 3,8	- 4,7	– 6,	
Thailand	23,8	25,4	25,3	21,3	23,6	20,5	— 2,5	— 1,8	-4,	
Europa und Nordafrika										
*Agŷpten	14,1	26,1	29,0	8,8	17,4	18,1	-5,3	— 8,7	-10,9	
Algerien	28,8	46,8	40,2	27,3	39,2	38,2	-1,5	-7,6	-2,0	
'Jugoslawien	30,2	33,1	36,5	27,6	27,3	31,7	-2,6	-5.8	- 4,8	
Marokko	14,5	24,9	22,7	12,5	16,5	11,6	- 2,0	- 8,4	-11.1	
Portugal —	25.9	28,2	34.7	20,3	13,8		— 5.6		20,8	
Tunesien	22,9	28.2	30,5	15,6	21,0	13.9 23,1	- 5,6 - 7,3		- 7,4	
*Türkei	18.0	21,9	20,3	17,1	17,9	17,0	- 0.9	- 4.0	- 3,3	

 $Anmerkung: \ Ein \ Stem \ kennzeichnet ein \ Hauptschuldnerland. \\ a. \ Ohne \ unentgeltliche \ Übertragungen (netto)$

TABELLE A.U Zusammensetzung der ausstehenden Schulden, 1970 bis 1983 (in % der Gesamtschulden)

	Schule	den aus offent Ouellen	lichen	Schulden aus privaten Quellen		Vari <mark>abel</mark> verzinsliche Schulden			
Land	1970—72	1980—82	1983	1970—72	1980—82	1983	1973—75	1980—82	1983
Lateinarnerika und Karibik									
*Argentinien	12,6	8,8	5,7	87,4	91,2	94,3	13.9	53,6	34,0
Bolivien	57,9	51,1	62,4	42,1	48,9	37,6	7,6	36,9	32,5
*Brasilien	29,7	11,8	12,6	70,3	88,2	87,4	43,5	66,0	76,5
*Chile	47,1	11,8	9,9	52,9	88,2	90,1	9,6	58,2	72,0
Costa Rica	39,9	37,6	39,4	60,1	62,4	60,6	24,6	50,2	57,0
Ecuador	54,8	31,5	24,4	45,2	68,5	75,6	11,9	50,5	71,1
Guatemala	47,6	74,8	76,0	52,4	25,2	24,0	5,2	8,6	19,0
Jamaika	7,4	67,2	77,2	92,6	32,8	22,8	35,7	22,7	19,7
Kolumbien	67,1	44,9	42,8	32,9	55,1	57,2	6,2	39,2	42,1
*Mexiko	19.8	11,2	8,2	80,2	88.8	91,8	46.8	74,0	82,4
Peru	15,7	40,5	36,3	84,3	59,5	63,7	31,0	28,0	37,4
Uruguay	48,7	20,8	14,3	51,3	79,2	85,7	11,6	33,5	65,0
*Venezuela	28,5	2,4	1,3	71,5	97,6	98.7	20.6	81.4	87,9
Afrika			-/-	/-	,,,-	/	,-	,-	/
Athiopien	87,8	92,4	92,6	12,2	7,6	7,4	1,5	2,1	1,5
Elfenbeinkiiste	51.3	24,0	27,3	48,7	76.0	72,7	23,3	43,2	47,0
Ghana	56,3	82,5	87,4	43,7	17,5	12,6	0,0	0,7	0,0
Kamerun	81.6	56,9	59,0	18.4	43.1	41.0	3,0	12,8	6,6
Kenia	58,4	52,6	62,7	41,6	47,4	37,3	3,3	11,8	9,1
Liberia	80,8	74,8	76,0	19,2	25,2	24,0	0,0	16,0	18,1
Malawi	77,5	67,8	76,1	22,5	32,2	23,9	2,3	21,2	17,0
Niger	96,5	42,3	55,7	3,5	57,7	44,3	0,0	20,3	19,4
8	69,9	14,2	14,9	30,1	85,8	85,1	0,7	67,2	62,0
Nigeria Sambia	22,0	70,1	76,2	78,0	29,9	23,8	22,6	10,4	12,3
Senegal	59,0	70,6	78,6	41,0	29,4	21,4	26,1	9,8	8,1
Sierra Leone	61.0	70,4	75,6	39,0	29,4	24,4	3,8	0,1	0,1
Sudan	86,3	73,4	74,2	13,7	26,6	25,8	2,2	10,1	14,2
Tansania	63,6	76,6	79,4	36,4	23,4	20,6	0,4	1,1	1,3
Zaire	24,5	65,7	78,2	75,5	34,3	21.8	32,8	11,8	10,5
	24,3	63,7	10,2	13,3	34,3	21,0	32,0	11,0	10,5
Şüdasien	25.2		200						
*Indien	95,2	94,9	91,6	4,8	5,1	8,4	0,0	3,1	5,0
Pakistan	90,9	92,2	91,1	9,1	7,8	8,9	0,0	1,5	1,2
Sri Lanka	81,8	79,4	73,2	18,2	20,6	26,8	0,0	11,9	14,5
Ostasien									
*Indonesien	71,5	51,7	48,0	28,5	48,3	52,0	10,2	18,2	22,7
*Korea	38,8	38,6	40,4	61,2	61,4	59,6	15,1	35,8	42,1
Malaysia	49,1	21,7	16,3	50,9	78,3	83,7	23,0	47,2	62,9
Papua-Neuguinea	7,2	23,9	19,5	92,8	76,1	80,5	0,0	37,4	48,4
Philippinen	21,3	32,4	35,3	78,7	67,6	64,7	15,7	32,2	36,0
Thailand	40,1	40,1	44,3	59,9	59,9	55,7	0,9	30,9	27,5
Europa und Nordafrika									
*Ägypten	66,0	82,2	79,2	34,0	17.8	20.8	4,8	3,1	1,2
Algerien	45,0	16,6	20,8	55,0	83.4	79,2	34,0	24,2	21,3
•Jugoslawien	37,3	24,7	23,8	62,7	75,3	76,2	7,6	32,2	59,4
Marokko	79,2	52,0	60,9	20,8	48.0	39,1	2,7	31,9	28,2
Portugal	39,1	25,7	23,1	60,9	74,3	76,9	0,0	23,5	31,7
Tunesien	72,4	60,8	65,7	27,6	39,2	34,3	0,0	14,1	8,7
*Türkei	92,1	65,9	67,5	7,9	34,1	32,5	0,8	22,7	25,0

Anmerkung: Ein Stern kennzeichnet ein Hauptschuldnerland.

Anmerkungen zu den verwendeten Quellen

Der vorliegende Bericht stutzt sich auf die unterschiedlichsten Weltbank-Arbeiten und auf zahlreiche externe Quellen. Zu den Weltbank-Quellen gehoren laufende Wirtschaftsanalysen und Forschungsvorhaben sowie projektbezogene, sektorale und gesamtwirtschaftliche Arbeiten uber einzelne Lander. Zu den externen Quellen gehoren Forschungsveroffentlichungen und unveroffentlichte Berichte anderer Organisationen, die sich mit weltwirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Fragen befassen. Die ausgewahlten Quellen werden in der Reihenfolge der Kapitel kurz kommentiert und dabei in drei Gruppen eingeteilt. Zu den beiden ersten gehoren Hintergrundpapiere und Länderstudien, die fur diesen Bericht in Auftrag gegeben wurden; sie verknupfen die einschlägige Literatur mit den Arbeiten der Bank. Die meisten Papiere enthalten urnfangreiche Quellenangaben, die im folgenden nicht noch einmal gesondert aufgeführt werden. Die als "Staff Working Papers" nach Veroffentlichung dieses Berichts herausgegebenen Papiere konnen uber die Vertriebsstelle der Bank fur Weltbank-Veroffentlichungen bezogen werden. Die in diesen Papieren zum Ausdruck gebrachten Auffassungen stimmen nicht notwendigerweise mit denen der Weltbank oder mit den im vorliegenden Bericht enthaltenen Ansichten iiberein. Die dritte Gruppe besteht aus ausgewahlten sonstigen Quellen, die bei der Anfertigung dieses Berichts verwendet wurden.

Ausgewählte Quellen nach Kapiteln

Kapitel 1

Die in diesem Überblick-Kapitel verwendeten Literaturangaben und statistischen Quellen werden im einzelnen in den Anmerkungen zu den folgenden Kapiteln behandelt.

Kapitel 2

Die historischen Daten uber den Kapitalverkehr und die entsprechende Analyse stiitzen sich auf ein Hintergrundpapier von Fishlow und auf Maddison 1982. Angaben uber Nettokapitalzuflusse zu den Entwicklungsländern stammen vom OECD Development Assistance Committee (OECD 1984). Die Sonderbeitrage 2.1 und 2.2 greifen auf die World Debt Tables der Weltbank, Ausgabe 1984/85, zuruck. Sonderbeitrag 2.3 basiert auf einem Papier von Krugman. Alle übrigen Daten zu den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, den Zahlungsbilanzen und den Auslandsschulden stammen von der Weltbank.

Kapitel 3

Die in diesem Kapitel verwendeten Daten stammen aus Veroffentlichungen des GATT, des IWF und der OECD sowie von der Weltbank. Die Diskussion der Zusammenhange zwischen makrookonomischen Entwicklungen in den Industrielandern, Kapitalstromen und Eingriffen in den Außenhandel geht auf ein Hintergrundpapier von Dornbusch, auf Bruno und auf Bruno und Sachs zurück. Die Ausfuhrungen über die Finanzpolitik und die Zinssatze basieren hauptsachlich auf der Untersuchung von Layard u. a. und den Hintergrundpapieren von Blanchard und Summers sowie van Wijnbergen. Die Analyse der gesamtwirtschaftlichen Effekte des Protektionismus stutzt sich auf van Wijnbergen 1984, während die Zusammenhange zwischen dem Protektionismus in Industrielandern und dem Schuldenproblem bei Dornbusch und Fischer hervorgehoben und in einem Hintergrundpapier von van Wijnbergen quantifiziert werden. Daten uber das Ausmaß der nichttarifaren Handelsschranken wurden Nogues, Olechowsky und Winters entnommen. Die Sonderbeitrage stutzen sich auf folgende Hintergrundpapiere, die fur diesen Bericht erstellt

wurden: Sonderbeitrag 3.1 basiert auf Fleisig und van Wijnbergen; die Sonderbeitrage 3.2 und 3.3 auf van Wijnbergen; Sonderbeitrag 3.4 auf Zietz und Valdez, wahrend Sonderbeitrag 3.5 sich auf Fleisig und van Wijnbergen, auf van Wijnbergen sowie auf Dornbusch bezieht.

Kapitel 4

Dieses Kapitel stutzt sich vor allem auf die Arbeitserfahrungen der Weltbank und ihre Länderanalysen. Die **Daten** fur die Landergruppen **stammen** aus Veroffentlichungen des GATT, des IWF, der OECD, der BIZ und der VN sowie von der Weltbank. Zur Analyse der Urspriinge und der Dimensionen der externen Schocks in den siebziger und achtziger Jahren vgl. Balassa und McCarthy, Enders und Mattione sowie Mitra. Die Ausführungen uber die wirtschaftspolitischen Reaktionen der Lander und ihre Wirtschaftsstrukturen beruhen hauptsachlich auf internen Unterlagen der Weltbank. Weitere Gesichtspunkte zur Schuldenproblematik und zu den externen Schocks finden sich bei Cline, Donovan, Ffrench-Davis und bei Hasan. Ardito-Barletta, Blejer und Landau sowie Corbo und de Melo bieten eingehende Analysen der Schulden- und Anpassungsprobleme in den siidlichen Ländern Lateinamerikas. Der Sonderbeitrag 4.1 uber die Schuldenzyklus-Hypothese bezieht sich auf ein Hintergrundpapier von Genberg und Swoboda sowie auf Kindleberger, auf Crowther und auf Halevi. Sonderbeitrag 4.9 iiber die Anpassungsdarlehen der Weltbank beruht auf den Jahresberichten 1980 bis 1984 der Weltbank.

Kapitel 5

Die in diesem Kapitel verwendeten Informationen uber die Steuerung des Kapitalimports in verschiedenen Entwicklungslandem wurden vor allem bei jungsten Missionen von Weltbank und IWF in den genannten Ländern gesammelt. Angaben iiber die Struktur der Kapitalimporte basieren auf dem Schuldenberichtssystem der Weltbank, auf Daten der OECD, der BIZ und den International Financial Statistics (IFS) des IWF. Schatzungen der kurzfristigen Schulden wurden aus den BIZ-Daten uber die Falligkeitsstruktur der Forderungen der Geschäftsbanken abgeleitet, die vom Stab der Weltbank entsprechend bereinigt wurden. Angaben uber die Wahrungsreserven stammen aus den IFS.

Kapitel 6

In diesem einleitenden Kapitel 6 werden die in den drei folgenden Kapiteln behandelten Hauptentwicklungslinien des internationalen Finanzsystems und deren Riickwirkung auf die Entwicklungsländer herausgearbeitet. Einige der Faktoren, die dieses Finanzsystem beeinflussen, werden in den Hintergrundpapieren von Llewellyn und Rybczynski erörtert. Der Entwicklung der Darlehensvergabe der Weltbank — Gegenstand des Sonderbeitrags 6.1 liegen Angaben der Bank zugrunde. Sonderbeitrag 6.2, der die Analyse der OPEC-Überschüsse analysiert, basiert auf einem Hintergrundpapier von Sherbiny und auf Mattione. Die Diskussion der Funktionsweise der internationalen Interbankmärkte greift auf eine BIZ-Studie und auf das Buch von Johnston zurück. Der Einfluß des staatlichen Risikos auf die Kapitalbewegungen - Sonderbeitrag 6.4 — wird im Hintergrundpapier von Lessard behandelt.

Kapitel 7

Dieses Kapitel stützt sich hauptsachlich auf die Daten und Analysen, die im Laufe der Jahre vom Development Assistance Committee der OECD erstellt worden sind, insbesondere auf dessen Jahresbericht Development Co-operation. Zusatzliche Informationen uber arabische Entwicklungshilfeprogramme enthalt das Hintergrundpapier von Sherbiny. Der Beitrag, den offentliche Mittel fur den Entwicklungsprozeß leisten, wird in der Studie iiber die Effektivitat der Entwicklungshilfe von Krueger und Ruttan analysiert; diese Studie untersucht die Erfahrungen mit der Entwicklun~shilfan einer Reihe von Sektoren — darunter die Bereiche Infrastruktur, Bevolkerung und Landwirtschaft und fur fünf wichtige Empfangerlander. Mikesell u.a. diskutieren die Rolle, die die Hilfe bei der Forderung der Entwicklung spielen kann. Die grundlegende Kritik an der Entwicklungshilfefindet sich bei Bauer, bei Krauss und bei Hayter. Der Einfluß der Wirtschaftsinteressen der Geberlander auf die Art der Hilfsprogramme, insbesondere die Lieferbindung der Entwicklungshilfe und die Mischfinanzierung, wird bei Jay diskutiert. Morss untersucht den Einfluß einer unkontrollierten Projektvermehrung auf die afrikanischen Länder südlich der Sahara.

Die zwischen den Banken und den Entwicklungsländern entstandenen Geschiiftsbeziehungen sind in der Wirtschaftspresse und in Fachzeitschriften ausfuhrlich untersucht worden. Einige Stadien dieser Entwicklung werden in dem Hintergrundpapier von O'Brien und Calverley behandelt. Das Hintergrundpapier von Llewellyn beleuchtet die einzelnen Faktoren, die diese Beziehung beeinflussen, wobei Änderungen des gesamtwirtschaftlichen Umfelds und das veränderte Angebotsverhaltender Banken herausgearbeitetwerden. Ebenfalls in dieses Kapitel eingeflossen sind Analysen in den Occasional Papers des IWF, die unter dem Gesamttitel "International Capital Markets: Recent Developments and Future Prospects" erschienen, sowie Analysen aus den Financial Market Trends der OECD, dem Quarterly Bulletin der Bank von England und den World Debt Tables der Weltbank. Die Diskussion des Zugangs zu den Wertpapiermärkten basiert auf dem Hintergrundpapier von Fleming und Partoazam. Im Sonderbeitrag 8.2 wird die Tatigkeit der arabischen Banken anhand des Hintergrundpapiers von Sherbiny erortert. Die Ausfuhrungenzur Entstehung der Euromarkte (Sonderbeitrag 8.3), die in der wissenschaftlichen Literatur viel diskutiert wurde, profitierten von der Analyse durch Johnston. Ein Hintergrundpapier von Wallich bildet die Hauptquelle für die Beurteilung des Einflusses der Bankenaufsicht auf die Entwicklungsländer (Sonderbeitrag 8.4). Zusatzliche Überlegungen zur weiteren Liberalisierung der Finanzmarkte in Japan - vgl. Sonderbeitrag 8.5 — sind in dem Hintergrundpapier von Atsumi und Ishiyama enthalten. Sonderbeitrag 8.6 stiitzt sich auf Bond. Die neuen Instrumente, die Sonderbeitrag 8.7 erlautert, werden ausfiihrlicher im Hintergrundpapier von Saini behandelt. Dieses Kapitel stutzt sich auch in erheblichem Umfang auf zusatzliche Arbeiten der Weltbank.

Kapitel 9

Zahlreiche Papiere und Bucher sind in letzter Zeit uber die Beteiligungsfinanzierung geschrieben worden. Die Hauptquelle fur Kapitel 9 bildet ein Hintergrundpapier von Weigel und Miller, das die Bedeutung der auslandischen Direktinvestitionen fur den Entwicklungsprozeß untersucht. Ähnliche Studien auf diesem Gebiet wurden vom U.S. Department of Commerce und vom IWF erstellt.

Eine weitere wichtige Materialquelle ist das Buch von Guisinger, in dessen Mittelpunkt die Investitionsanreize und Leistungsvorgaben stehen. Die Portfolioinvestitionenwaren Gegenstand von Studien der IFC; viele dieser Ergebnisse enthalt das Buch von van Agtmael. Alle Sonderbeitrage im Kapitel 9 basieren auf internen Analysen der Weltbank; Sonderbeitrag 9.3 verwendet Daten des japanischen Finanzministeriums.

Kapitel 10

Die Angaben in diesem Kapitel stutzen sich auf Veroffentlichungendes GATT, des IWF, der OECD und der UNCTAD sowie auf Daten der Weltbank. Eine quantitative Analyse der Auswirkungen der Wirtschaftspolitik der Industrielander auf die Entwicklungslander findet sich in den zwei Hintergrundpapieren von van Wijnbergen.

Hintergrund-Papiere

Aliber, Robert. "Banks, **Financial** Intermediation, and the External Debt Crisis."

Atsumi, Keiko, and YoshihideIshiyama. "Capital Outflows from Japan to Developing Countries."

Blanchard, Oliver J., and Lawrence H. Summers. "Perspectives on High World Real Interest Rates."

Dornbusch, Rudiger. "The Effects of OECD Macroeconomic Policies on Non-Oil Developing Countries: A Review."

Fishlow, Albert. "Lessons from the Past: Capital Markets during the Nineteenth Century and the Inter-War Period."

Fleisig, **Heywood**, and Sweder von **Wijnbergen**. "Primary Commodity Prices, the Business Cycle, and the Real Exchange Rate of the Dollar."

Fleming, Alex, and Hossein Ali Partoazam. "Developing Country Access to the Securities Markets."

Genberg, Hans, and Alexander Swoboda. "The "Stages in the Balance of Payments Hypothesis' Revisited."

Hooper, Peter. "International Repercussions of the U.S. Budget Deficit."

Lessard, Donald. "International Fiance for Less Developed Countries: The Unfulfilled Promise."

Llewellyn, David. "International Financial Intermediation and the Role of Banks in Balance of Payments Financing."

Muller, Patrice, and Robert Price. "Public Sector Indebtedness and Long-Term Interest Rates."

O'Brien, Richard, and John Calverley. "Private Banks and Developing Countries."

Pushpangadan, Kesavan. "Effects of Interest Rates and Terms of Trade on LDC Borrowing: A Cross Country Analysis."

- Rybczynski, T. M. "The Internationalization of the Fiancial System and the Developing Countries The Evolving Relationship."
- Sachs, Jeffrey D., and Warwick McKibbin. "Macroeconomic Policies in the OECD and Developing Countries' External Adjustment."
- Saini, Krishan G. "Capital Market Innovations and Financial Flows to Developing Countries."
- Sherbiny, Naiem A. ,,Arab Finance and Developing Countries."
- van Wijnbergen, Sweder. "Global Interdependence via Trade and Capital Markets: An Empirical Analysis."
- van Wijnbergen, Sweder. "International Repercussions of Trade Intervention and Macroeconomic Policies in the OECD: A Developing Country Perspective."
- Wallich, Christine., The Regulatory Environment for Capital Flows to Developing Countries: A Survey of Seven OECD Countries."
- Weigel, Dale, and Robert Miller. "Foreign Direct Investment in Economic Development."
- Zietz, Jochan, and Alberto Valdez. "The Costs of Protectionism to Less-Developed Countries: An Analysis for Selected Agricultural Products."

Länderstudien

- Äthiopien: Codippily, Hilarian. "International Financial Flows, 1965—84."
- Argentinien: Johnson, John. "Role of International Finance in Argentine Development."
- Brasilien: Batista, **Paulo** Nogueira. ,International Financial Flows to Brazil since the Late **1960s**: An Analysis of Debt Expansion and Current Payments Problems."
- Brasilien: Knight, Peter, and C. Martone. ,International Financial Flows to Development in Brazil, 1965—84."
- Elfenbeinküste: Noel, Michel. "Adjustment Policies in the Ivory Coast."
- Jugoslawien: Pant, Chandraskekar. "External Shocks and Adjustment in the 1970s and 1980s."
- Kenia: Ibrahim, Tigani. "Use of External Resources, 1965—84."
- Korea: Iqbal, Farukh., External Finance and Korean Development."
- Marokko: **Mateus**, Abel M. "External Debt Management and Macroeconomic Policies."
- Philippinen: Khan, Sarshar. "The Philippine External Debt."
- Türkei: Roy, Jayanta. "External Capital and Economic Development, 1963—84."

Ausgewählte Literatur

Ardito-Barletta, Nicholas, Mario I. Blejer, and Luis Landau. 1984. Economic Liberalization and Stabilization Policies in Argentina, Chile, and Uruguay. Washington, D.C.: World Bank.

- Avramovic, **Dragoslav**, and others. 1964. Economic Growth and External Debt. Baltimore, Md.: Johns Hopkins University Press for the World Bank.
- Ayres, R. L. 1983. Banking on the Poor. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Balassa, Bela. 1981. The Newly *Industrializing* Developing Countries after the Oil Crisis. Reprint Series 190. Washington, D.C.: World Bank.
- Balassa, Bela, and C. Balassa. 1984. ,,Industrial Protection in the Developed Countries." World Economy 7: 179—96.
- Balassa, Bela, and F. Desmond McCarthy. 1984. Adjustment Policies in Developing Countries: 1979—83. Washington, D.C.: World Bank.
- Bank for International Settlements. 1983. The International Interbank Market: A *Descriptive* Study. Economic Papers 8. Basle.
- Bank für Internationalen Zahlungsausgleich: vgl. Bank for International Settlements.
- Bauer, P. T. 1972. Dissent on Development: Studies and Debates in Development Economics. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Bauer, P. T. 1981. Equality, the Third World, and Economic Delusion. London: Weidenfeld and Nicholson.
- Bernanke, Ben S. 1983. "Non-Monetary Effects of the Financial Crisis in the Propagation of the Great Depression." American Economic Review 73, 3: 257—76.
- Blanchard, Olivier, and **Rudiger** Dornbusch. 1984. ,,**U.S.** Deficits, the Dollar and Europe." Banca *Nazionale del Lavoro* Quarterly Review 148: 89—113.
- Blanchard, Olivier, and L. Summers. 1984. "Perspectives on High World Real Interest Rates." *Brookings* Papers on Economic Activity 2: 273—324.
- Bond, I. D. 1985. The Syndicated Credits Market. Discussion Paper 22, London: Bank of England.
- Bruno, Michael. 1983. "The Age of Supply Shocks." In George von Furstenberg, ed. International Money and Credit: The Policy Roles. Washington, D.C.: International Monetary Fund.
- Bruno, Michael, and Jeffrey D. Sachs. 1984. The Economics of Worldwide *Stagflation*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Casson, Mark. 1982. "The Theory of Foreign Direct Investment." In John Black and John Dunning, eds. Capital Movements. Surrey, England: Macmillan.
- Caves Richard. 1982. Multinational Enterprise and Economic Analysis. Cambridge: Cambridge University Press.
- Cline, William R. 1983. International Debt and the Stability of the World Economy. Policy Analyses in International Economics 4. Washington, D.C.: Institute for International Economics.
- Cline, William R. 1984. *International* Debt: Systemic Risk *and* Policy Response. Washington, D.C.: Institute for International Economics.
- Colaço, Francis X. 1981. "Capital Requirements in Economic Development: The Decade Ahead." Paper prepared for the International Economic Association Conference on Financing Problems of Developing Countries. Buenos Aires, October 26—30.
- Colaço, Francis X., and Mia A. M. de Kuijper. 1981. Market Borrowings, Reserves Accumulations and Borrowing Costs.

- International Trade and Capital Flows Division Working Paper 1981—5. Washington, D.C.: World Bank.
- Commonwealth Secretariat. 1984. *The Debt Crisis and the World Economy*. Report by a Commonwealth Group of Experts. London.
- Congressional Budget Office. 1984. A Report to the Senate and House Committee on the Budget. Part 1: The Economic Outlook. Part 2: Baseline Budget Projections for Fiscal Years 1985—1990. Washington, D.C.: Government Printing Office.
- Congressional Budget Office. 1984. *The Economic and Budget Outlook: An Update.* Washington, D.C.: Government Printing Office.
- Corbo, Vittorio, and J. de Melo. 1985 "Symposium on Liberalization and Stabilization in the Southern Cone." World Development, erscheint demnächst (August 1987).
- Crowther, G. 1957. Balances and Imbalances of Payments.

 Boston: Harvard Graduate School of Business Administration.
- de Melo, Martha. 1984. "Portugal's Use of External Resources, 1965—83." World Development Report country note. Washington, D.C.: World Bank.
- de Vries, **Barend** A. 1983. *International Ramifications of the External Debt Situation*. World Bank Reprint 294. Reprinted from **AMEX** Bank Review Special Papers 8, November 1983, pp. 1—23.
- Diaz-Alejandro, Carlos F. 1970. Essays on the Economic History of the Argentine Republic. New Haven, Conn.: Yale University Press.
- Diaz-Alejandro, Carlos F. 1984. "Some Aspects of the 1982—83 Brazilian Payments Crisis." *Brookings Papers on Economic Activity* 2: 515—52.
- Donovan, D. J. 1984. "Nature and Origins of **Debt**-Servicing Difficulties: Some Empirical Evidence." *Finance and Development* 21, 4: 22—25.
- Dornbusch, Rudiger, and S. **Fischer**. 1984: "The World Debt Problem." Cambridge, Mass.: MIT.
- Dunning, John. 1973. "Determinants of International Production." Oxford Economic Papers, 289—336.
- Edelstein, Michael. 1982. Overseas Investment in the Age of High Imperialism. The United Kingdom, 1850—1914. New York: Columbia University Press.
- Enders, Thomas **O.**, and Richard P. Mattione. 1984. *Latin***America: The Crisis of Debt and Growth. Washington,

 D.C.: Brookings Institution.
- Ffrench-Davis, R. 1983. *Las Relaciones Financieras Extranas*. Mexico City: **Corporacion** de Investigaciones Economicas Para Latinoamerica.
- Frank, Andre G. 1979. Dependent Accumulation and Underdevelopment. New York: Monthly Review Press.
- Garay, Luis Jorge. 1984. "El Proceso de Endeudamiento Externo de Colombia." World Development Report country note. Washington, D.C.: World Bank.
- **Guisinger**, **Stephen**, and others. 1985. *Investment Incentives* and *Performance Requirements*. New York: Praeger.
- Halevi, N. **1971**. "An Empirical Test of the "Balance of Payments Stages' Hypothesis." *Journal of International Economics*, 103—17.
- Hasan, Parvez. 1984. "Adjustment to External Shocks: Why East Asian Countries Have Fared Better than other LDCs."

- Finance and Development 21, 4: 14—17.
- Hayter, Teresa. **1971.** *Aid* as *Imperialism.* Harmondsworth, England: Penguin Books.
- Hicks, John. 1969. *A Theory of Economic History*. Oxford: Clarendon Press.
- Hung, Tran Q. 1983. The Deceleration and Domestication of International Bank Lending and Funding. New York: Salomon.
- Independent Commission on International Development Issues. 1980. North-South: A Program for Survival. London: Pan Books.
- Independent Commission on International Development Issues. 1983. Common Crisis, North-South: Cooperation for World Recovery. London: Pan Books.
- International Monetary Fund. 1969. The International Monetary Fund 1945—1965: Twenty Years of International Monetary Cooperation. Vol. 1: Chronicle, by J. Keith Horsefield. Vol. 2: Analysis, ed. by J. Keith Horsefield. Vol. 3: Documents, ed. by J. Keith Horsefield, Washington, D:C:
- International Monetary Fund. 1976. The International Monetary Fund 1966—1971: The System under Stress. Vol. 1: Narrative, by Margaret Garritsen de Vries. Vol. 2: Documents, ed. by Margaret Garritsen de Vries. Washington, D.C.
- International Monetary Fund. 1985. Foreign Private Investment in Developing Countries: A Study by the Research Department of the International Monetary Fund. Occasional Paper 33. Washington, D.C.
- Internationaler Währungsfonds: vgl. International Monetary Fund.
- Jay, Keith. 1985. *The Use of Foreign Assistance to Promote Commercial Interests.* Development Policy Issues Series 3. Washington, D.C.: World Bank.
- Johnston, R. B. 1983. *The Economics of the Euro-Market: History, Theory, and Policy*. London: Macmillan.
- Kessides, C. 1984. "Romania and Hungary: Comparative Case Studies of Domestic Policy and Debt Management." World Development Report country note. Washington D.C.: World Bank.
- Kincaid, G. Russell. 1981. "Inflation and the external debt of developing countries." *Finance and Development* 18, 4: 45—48.
- Kindleberger, Charles P. 1980. *Manias, Phobias, and Crashes: A History of Financial Crises.* New York: Basic Books.
- Kindleberger, Charles P. 1981. *International Money: A Collection of Essays.* London: Allen and Unwin.
- Kindleberger, Charles P. 1984. A Financial History of Western Europe. London: Allen and Unwin.
- Kotte, Detlef J. 1984. "Mexico: A Case Study on External Debt Accumulation." Geneva: United Nations Conference on Trade and Development.
- Krauss, M. B. 1983. Development without Aid: Growth, Poverty and Government. New York: McGraw-Hill.
- Krueger, Anne 0.1984. "Aspects of Capital Flows between Developed and Developing Countries." Paper presented at

- the Pinnas Sapir Conference on Development, Tel Aviv, Israel, May 28—31.
- Krueger, Anne O., and Vernon W. Ruttan. 1983. The Development Impact of Economic Assistance to LDCs. 2 vols. Washington, D.C.: Agency for International Development.
- Krugman, Paul R. 1984. "Proposals for International Debt Reform." World Development Report background note. Washington, D.C.: World Bank.
- Lal, Deepak. 1983. The Poverty of Development Economics. London: Institute of Economic Affairs.
- Layard, R., and others. 1984. Europe: The Case for *Unsustainable* Growth. Brussels: Centre for European Policy Studies.
- Leipziger, Danny M. 1983. Lending versus Giving: The Economics of Foreign Assistance. World Bank Reprint 291. Reprinted from World Development 2, 4: **329—35**.
- Maddison, Angus. 1982. Phases of Capitalist Development. Oxford: Oxford University Press.
- Marsden, Keith, and Alan Roe. 1983. "The Political Economy of Foreign Aid." Labor and Society 8: 3—12.
- Mason, Edward S., and Robert E. **Asher**. 1973. The World Bank since Bretton Woods. Washington, D.C.: Brookings Institution.
- Mattione, Richard P. 1985. OPEC's Investments and the International Financial System. Washington, D.C.: **Brookings** Institution.
- **McClintock**, Cynthia, and Abraham F. Lowenthal eds. 1983. The Peruvian *Experiment* Reconsidered. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- McDonald, Donough C. 1982. Debt Capacity and Developing Country Borrowing: A *Survey* of the Literature. Reprinted from International Monetary Fund Staff Papers 29, 4.
- Meier, Gerald M., and Dudley Seers, eds. 1984. Pioneers in Development. New York: Oxford University Press for the World Bank.
- Mellor, J. W. 1976. The New Economics of Growth. Ithaca, N.Y.: Cornel University Press.
- **Melton,** William C. **1980.** "Graduate Payment Mortgages." Federal Reserve Bank of New York Quarterly Review **5**, **1**: 21–28.
- Mentre, Paul. 1984. The Fund, Commercial Banks, and Member *Countries*. Occasional Paper 26. Washington, D.C.: International Monetary Fund.
- Mikesell, R. F., and others. 1982. The Economics of Foreign Aid and Self-Sustaining Development. Washington, D.C.: U.S. Department of State.
- Mitra, P. K. 1983. "Accounting for Adjustment in Selected Semi-Industrial Countries." Report DRD70. Washington, D.C.: World Bank.
- Mitra, P. K. 1984. "Adjustment to External Shocks in Selected Semi-Industrial Countries, 1974—83." Report DRD114. Washington, D.C.: World Bank.
- Moore, Geoffrey H., and Victor Zarnowitz. 1984. The Development and Role of the National Bureau's Business Cycle Chronologies. Working Paper 1394. Washington, D.C.: National Bureau of Economic Research.
- Morss, Elliott R. 1981. **Crisis** in the Third World. New York: **Holmes** and Maier.
- Morss, Elliott R. 1984. "Institutional Destruction Resulting from Donor and Project Proliferation in Sub-Saharan

- African Countries." World Development 12: 465-70.
- Nogues, Julio, A. Olechowski, and L. Alan Winters. 1985. "The Extent of Non-Tariff Barriers to Industrial Countries' Imports." World Bank Report **DRD115.** Washington, **D.C.** World Bank.
- Noel, Michel. 1984. "Adjustment Policies in the Ivory Coast." World Development Report country note. Washington, D.C.: World Bank.
- Noman, Akbar. 1984. "Uranium and the Debt Explosion in Niger." World Development Report country note. Washington, D.C.: World Bank.
- OECD: vgl. Organisation for Economic Co-operation and . Development.
- Organisation for Economic Co-operation and Development. 1984. Development Co-operation: Efforts *and Policies* of the *Members* of the Development Assistance Committee. 1984 *Review*. Report by Rutherford M. Poats, chairman of the Development Assistance Committee. Paris.
- Pecchiolo, R. M. 1983. *Internationalisation* Banking: Policy Issues. Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development.
- **Pfeffermann**, Guy. 1985. "Overvalued Exchange Rates and Development." Finance and Development 22, 1: 17—19.
- Pilvin, H. 1984. "Sri Lanka: Economic Policies and Borrowing Strategies." World Development Report country note. Washington, D.C.: World Bank.
- Sachs, Jeffrey D. 1981. , The Current Account and Macroeconomic Adjustment in the 1970s. Brookings Papers on Economic Activity 1: 201—68.
- Sachs, Jeffrey D. 1983. "Real Wages and Unemployment in the OECD Countries." Brookings Papers on Economic Activity 1: 255—89.
- Schultz, T. W. 1981. Economic Distortions by the *International* Donor Community. Agricultural Economics Paper 81:8. Chicago: University of Chicago.
- Smith, Gordon W., and John T. Cuddington, eds. 1985. International Debt and the Developing Countries. Washington, D.C.: World Bank.
- Solomon, Robert, 1977. The International Monetary System, 1945—1976: An Insider's View. New York. Harper and Row.
- Stanyer, Peter, and Mrs. J. A. Whitley. 1981. "Financing World Payments Balances." Bank of England Quarterly *Bulletin* 21, 2: 187—99.
- Tapley, Mark, and Marc Simmonds. 1982. "International Diversification in the Nineteenth Century." Columbia Journal of World Business 17, 2: 64—70.
- United Nations Center on Transnational Corporations. 1983. *Transnational* Corporations in World Development New York: United Nations.
- United Nations Conference on Trade and Development. 1983. Handbook of International Trade and Development Statistics, 1983. New York: United Nations.
- U.S. Department of Commerce. 1984. *International* Direct Investment. Washington, D.C.: Government Printing Office.
- **U.S.** Department of the Treasury. 1982. United States Participation in the Multilateral Development Bank in the *1980s*. Washington, D.C.: Government Printing Office.
- van Agtmael, Antoine W. 1984. Emerging Securities Markets

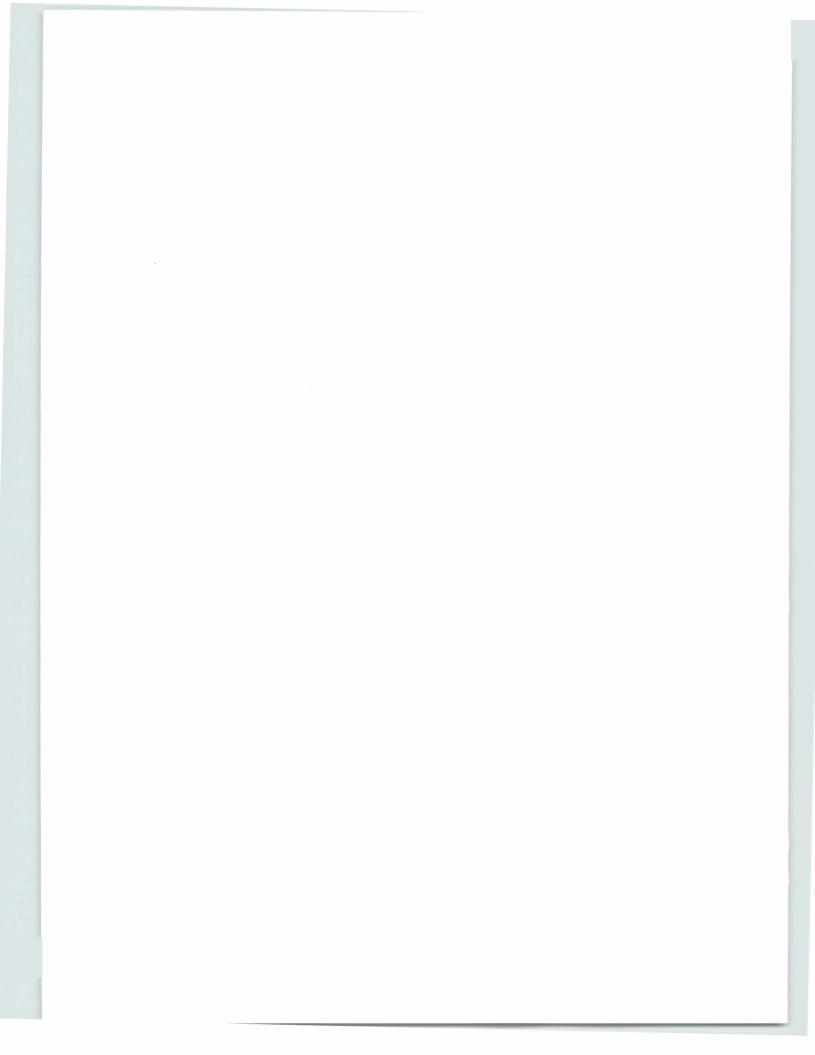
 Investment Banking Opportunities in the Developing

- World. London: Euromoney Publications.
- van Wijnbergen, Sweder, **1984.** *Tariffs, Employment and the Current Account: the Macroeconomics of Protectionism.*Discussion Paper **30.** London: Centre for Economic Policy Research.
- van Wijnbergen, Sweder. 1985., Oil Price Shocks, Investment, Employment and the Current Account: An Intertemporal Disequilibrium Analysis." Review of Economic Studies, erscheint demnachst
- Vereinte Nationen: vgl. United Nations.
- Wachtel Paul, ed. 1982. Crises in the Economic and Financial Structure. Lexington, Mass.: Lexington Books.
- Walstedt, **Bertil. 1980.** *State Manufacturing Enterprise in a Mixed Economy: The Turkish Case.* Baltimore, Md.: Johns Hopkins University Press for the World Bank.
- Watson, Maxwell, Peter Keller, and Donald Mathieson. 1984. International Capital Markets: Developments and Prospects, 1984. Occasional Paper 31. Washington, D.C.: International Monetary Fund.
- Weltbank: vgl. World Bank.

- Wiesner, Eduardo. 1985., Domestic and External Causes of the Latin American Debt Crisis." *Finance and Development* 22, 1: 24–26.
- Williamson, John, **1984.** A New SDR Allocation? Policy Analyses in International Economies 7. Washington, D.C.: Institute for International Economics.
- World Bank. 1981. Accelerated Dwelopment in Sub-Saharan Africa: An Agenda for Action. Washington, D.C.
- World Bank. **1982.** *IDA in Retrospect*. New York: Oxford University Press.
- World Bank. 1983. The Energy Transition in Developing Countries. Washington, D.C.
- World Bank. **1984.** *Toward Sustained Development in Sub-Saharan Africa: A Joint Program* of *Action*. Washington, D.C.
- Zarnowitz, Victor, and Geoffrey H. Moore. 1984. Major Changes in Cyclical Behavior. Working Paper 1395. Washington, D.C.: National Bureau of Economic Research.

Anhang

Kennzahlen der Weltentwicklung



Inhalt

Landerso	chlu	ssel	194
Einführu	ng		195
Karten			196
Tabelle	1:	Grundlegende Kennzahlen	202
		Bevölkerung □ Flache □ BSP pro Kopf □ Inflation □ Lebenserwartung	
Tabelle	2:	Wachstum der Produktion	204
		BIP ☐ Landwirtschaft ☐ Industrie ☐ Verarbeitendes Gewerbe ☐ Dienstleistungen	
Tabelle	3:	Produktionsstruktur	206
		BIP ☐ Landwirtschaft ☐ Industrie 17 Verarbeitendes Gewerbe ☐ Dienstleistungen	
Tabelle	4:	Wachstum von Verbrauch und Investition	208
		Öffentlicher Verbrauch 🗆 Privater Verbrauch 🗅 Bruttoinlandsinvestition	
Tabelle	5:	Struktur der Nachfrage	210
		Öffentlicher Verbrauch ☐ Privater Verbrauch ☐ Bruttoinlandsinvestition ☐ Bruttoinlandsersparnis ☐ Ausfuhr von Giitem und Dienstleistungen (ohne Faktoreinkommen) ☐ Ressourcensaldo	
Tabelle	6:	Landwirtschaft und Nahrungsmittel	212
		Wertschopfung 17 Getreideeinfuhr □ Nahrungsmittelhilfe □ Kunstdüngerverbrauch □ Nahrungsmittelproduktion pro Kopf	
Tabelle	7:	Industrie	214
		Anteil der Wertschopfung in Nahrungsmittelproduktion und Landwirtschaft ☐ bei Textilien und Bekleidung ☐ bei Maschinen, Elektrotechnik und Fahrzeugen ☐ in der chemischen Industrie ☐ im iibrigen Verarbeitenden Gewerbe ☐ Wertschopfung im Verarbeitenden Gewerbe	
Tabelle	8:	Kommerzielle Energie	216
		Wachstum der Energieerzeugung ☐ Wachstum des Energieverbrauchs ☐ Energieverbrauch pro Kopf ☐ Energieeinfuhr in Prozent der Warenausfuhr	
Tabelle	9:	Zunahme des Warenhandels	218
		Ausfuhrwerte ☐ Einfuhrwerte ☐ Ausfuhrwachstum ☐ Terms of Trade	

Tabelle	10:	Struktur der Warenausfuhr	220
		Brennstoffe, Mineralien und Metalle ☐ Sonstige Rohstoffe ☐ Textilien und Bekleidung ☐ Maschinen, Elektrotechnik und Fahrzeuge ☐ Übriges Verarbeitendes Gewerbe	
Tabelle	11:	Struktur der Wareneinfuhr	222
		Nahrungsmittel ☐ Brennstoffe ☐ Sonstige Rohstoffe ☐ Maschinen, Elektrotechnik und Fahrzeuge ☐ Übriges Verarbeitendes Gewerbe	
Tabelle	12:	Regionale Struktur der Warenausfuhr	224
		Marktwirtschaftliche Industrieländer □ Osteuropaische Staatshandelslander □ Ölexportländer mit hohem Einkommen □ Entwicklungslander	
Tabelle	13:	Regionale Exportstruktur für Industrieprodukte	226
		Ausfuhr in marktwirtschaftliche Industrielander ☐ in osteuropaische Staatshandelslander ☐ in Ölexportländer mit hohem Einkommen ☐ in Entwicklungslander ☐ Ausfuhr von Industrieprodukten	
Tabelle	14:	Zahlungsbilanzen und Reserven	228
		Leistungsbilanzsaldo ☐ Zufließende Gastarbeiterüberweisungen ☐ Private Nettodirektinvestition ☐ Bruttowahrungsreserven ☐ Einfuhrdeckung in Monaten	
Tabelle	15:	Zufluß von offentlichem und offentlich garantiertem Auslandskapital	230
		Bruttozufluß offentlicher und offentlich garantierter mittel- und langfristiger Kredite □ Tilgung □ Nettozufluß offentlicher und offentlich garantierter mittel- und langfristiger Kredite	
Tabelle	16:	Öffentliche Auslandsschulden und Schuldendienstrelationen	232
		Ausstehende und ausgezahlte offentliche Auslandsschulden □ in Prozent des BSP □ Zinszahlungen auf die offentlichen Auslandsschulden □ Schuldendienst in Prozent des BSP □ der Ausfuhr von Waren und Dienst - leistungen	
Tabelle	17:	Konditionen der offentlichen Kreditaufnahme	234
		Zusagen □ Durchschnittlicher Zinssatz □ Durchschnittliche Laufzeit □ Durchschnittlicher tilgungsfreier Zeitraum	
Tabelle	18:	Öffentliche Entwicklungshilfe der OECD- und OPEC-Mitgliedsländer	236
		Beträge in Dollar ☐ in Prozent des BSP der Geberlander ☐ in nationalen Währungen ☐ Bilateraler Nettozufluß in Lander mit niedrigem Einkommen	
Tabelle	19:	Bevolkerungswachstum und -projektionen	238
		Bevolkerungswachstum □ Bevolkerungsumfang □ Hypothetischer Umfang der stationaren Bevölkerung □ Angenommenes Jahr, in dem eine Nettoreproduktionsrate von 1 erreicht wird □ Bevolkerungseigendynamik	
Tabelle	20:	Demographische und fruchtbarkeitsbezogene Kennzahlen	240
		Unbereinigte Geburtenziffern □ Unbereinigte Sterbeziffern □ Zusammengefaßte Geburtenziffern □ Quote der verheirateten Frauen, die empfangnisverhiitende Mittel verwenden	

Länderschlüssel

In jeder Tabelle sind die Länder innerhalb ihrer Gruppen in steigender Rangfolge nach der Hohe ihres BSP pro Kopf aufgeführt, außer jenen Ländern, fiir die sich ein BSP pro Kopf nicht berechnen läßt. Letztere sind am Ende ihrer Gruppe kursiv in alphabetischer Reihenfolge wiedergegeben. Die unten ausgewiesenen Ordnungsnummem bestimmen die Reihenfolge in

Die Zahlen in den farbigen Zwischenzeilen sind zusammenfassende Kennzahlen für Ländergruppen. Die Abkürzung w nach einer zusammenfassenden Kennzahl gibt an, daß es sich um einen gewogenen Durchschnitt handelt; der Buchstabe m steht entsprechend für Medianwert und s fiir Summe.

. Nicht verfügbar.

(.) Weniger als die Halfte der angegebenen

Einheit.

Alle Zuwachsraten beziehen sich auf reale Größen.

Kursiv geschriebene Zahlen gelten fiir andere als die angegebenen Zeiträume oder Jahre.

nummem bestimmen die Reihenfo den Tabellen.	olge in				
Afghanistan	29	Irland	101	Pakistan	27
Agypten, Arabische Republik	46	Israel	89	Panama	80
Albanien	120	Italien	102	Papua-Neuguinea	51
Algerien	83	Jamaika	63	Paraguay	65
Angola	68	Japan	108	Peru	58
Argentinien	79	Jemen, Arabische Republik	42	Philippinen	52
Äthiopien	1	Jemen, Demokr. Volksrepublik	41	Polen	124
Australien	112	Jordanien	73	Portugal	81
Bangladesh	2	Jugoslawien	86	Ruanda	15
Belgien	104	Kamerun	54	Rumänien	125
Benin	18	Kamputschea	32	Sambia	44
Bhutan	30	Kanada	114	Saudi-Arabien	97
Birma	7	Kenia	26	Schweden	115
Bolivien	40	Kolumbien	67	Schweiz	118
Brasilien	77	Kongo, Volksrepublik	60	Senegal	36
Bulgarien	121	Korea, Demokr. Volksrepublik	70	Sierra Leone	24
Burkina	6	Korea, Republik	78	Simbabwe	49
Burundi	10	Kuba	69	Singapur	91
Chile	76	Kuwait	98	Somalia	13
China	19	Laos, Demokr. Volksrepublik	33	Sowjetunion	126
Costa Rica	57	Lesotho	37	Spanien	100
Dänemark	113	Libanon	71	Sri Lanka	25
Deutschland, Bundesrepublik	111	Liberia	38	Sudafrika, Republik	84
Deutschland, Demokr. Republik	123	Libyen	96	Sudan	28
Dominikanische Republik	64	Madagaskar	23	Syrien, Arabische Republik	74
Ecuador	66	Malawi	8	Tansania	12
Elfenbeinküste	48	Malaysia	75	Thailand	55
El Salvador	47	Mali Marokko	3	Togo	17
Finnland Frankreich	110 109	Mauretanien	50 39	Trinidad und Tobago	92
				Tschad	31
Ghana	22	Mexiko	82	Tschechoslowakei	122
Griechenland	88	Mongolische Volksrepublik Mosambik	72 34	Tunesien	62
Großbritannien	105 59	Nepal	4	Turkei	61
Guatemala Guinea	20	Neuseeland	103	Uganda	9 119
				Ungarn	
Haiti	21	Nicaragua	56	Uruguay	85
Honduras	45	Niederlande	107	Venezuela	87
Hongkong	90 14	Niger Nigeria	11 53	Vereinigte Arabische Emirate	99
Indien Indonesien	43	Norwegen	116	Vereinigte Staaten	117
				Vietnam, Sozialistische Republik	35
lrak	94	Oman Österreich	95	Zaire	5
Iran, Islam. Republik	93	Osterreich	106	Zentralafrikanische Republik	16

Einführung

Die Kennzahlen der Weltentwicklung vermitteln Informationen über die wichtigsten Grundzüge der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Die von der Bank gesammelten Daten betreffen überwiegend ihre noch nicht entwickelten Mitgliedslander. Die Kennzahlen enthalten aber auch vergleichbare Angaben für marktwirtschaftliche Industrielander, da diese Daten leicht zu beschaffen sind. Angaben iiber Staatshandelsländer, von denen nur wenige Mitglied der Weltbank sind, wurden nur aufgenommen, soweit sie in vergleichbarer Form zur Verfügung stehen.

Es wurden keine Mühen gescheut, um die Daten zu standardisieren. Es ist jedoch keine volle Vergleichbarkeit gewiihrleistet, und die Kennzahlen durfen nur rnit der gebotenen Vorsicht interpretiert werden. Das statistische Material beruht auf Quellen, die als hochst kompetent gelten, aber viele Daten unterliegen betrachtlichen Fehlermargen. Unterschiede der nationalen statistischen Praktiken beeintrachtigen ebenfalls die Vergleichbarkeit der Daten, die daher nur Anhaltspunkte fur Entwicklungstrends und größere Divergenzen zwischen einzelnen Volkswirtschaften vermitteln und nicht als genaue Quantifizierung dieser Unterschiede herangezogen werden konnen.

Die Kennzahlen in Tabelle 1 geben eine zusammenfassende Übersicht uber die einzelnen Volkswirtschaften. Die Angaben in den übrigen Tabellen betreffen die folgenden Bereiche: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Landwirtschaft, Industrie, Energie, Außenhandel, Auslandsschulden, Entwicklungshilfe, sonstige auflenwirtschaftliche Transaktionen, Demographie, Erwerbspersonen, Verstadterung, soziale Kennzahlen, Finanzen der Zentralregierung und Einkommensverteilung. Die Tabelle iiber die Ausgaben der Zentralregierung ist eine erweiterte Version einer früheren Übersicht, die außerdem durch eine Tabelle uber die laufenden Einnahmen der Zentralregierungen erganzt wird.

Die Angaben uber die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungenstammen von Mitgliedslandern

(anläßlich von Konsultationen der Weltbank) und sind in einigen Fallen angepaßt worden, um sie rnit internationalen Definitionen und Konzepten in Übereinstimmung zu bringen und um Konsistenz zu gewiihrleisten. Angaben zu den Auslandsschulden werden der Bank von den Mitgliedslandern im Wege des Schuldenberichtssystemszur Verfügung gestellt. Andere Datenreihen stammen vom Internationalen Wahrungsfonds sowie von den Vereinten Nationen und Sonderorganisationen.

Um die Vergleichbarkeit zu erleichtern, werden Verhaltniszahlen und Zuwachsraten ausgewiesen und absolute Zahlen nur in einigen wenigen Fallen angegeben. Die diesjahrige Ausgabe enthalt neue Zeitraume fur die Verhaltniszahlen und Zuwachsraten. Die meisten Zuwachsraten wurden fur zwei Zeitraume berechnet: 1965 bis 1973 und 1973 bis 1983 oder — **sofern** fur 1983 keine Daten vorlagen - 1965 bis 1982. Alle angegebenen Zuwachsraten sind reale Größen: sie wurden, soweit nichts Gegenteiliges angemerkt ist, rnit Hilfe der Methode der kleinsten Quadrate berechnet. Da dieses Verfahren alle beobachteten Werte innerhalb eines Zeitraums beriicksichtigt, reflektieren die so ermittelten Zuwachsraten Entwicklungstrends, die durch außergewohnliche Werte nicht uber Gebuhr beeinträchtigt werden. Kursiv gedruckte Zahlen gelten fur andere Jahre oder Zeitraume als die angegebenen. Alle Dollar-Angaben beziehen sich auf den US-Dollar. Die verschiedenen Verfahren, die bei der Umrechnung von Angaben in nationaler Währung angewandt wurden, werden bei Bedarf in den technischen Erlauterungen beschrieben.

Ein Teil der Abweichungen zwischen den hier ausgewiesenen Daten und den letztjährigen Angaben beruht nicht nur auf der Fortschreibung, sondern auch a d der Revision historischer Zeitreihen.

Wie im Weltentwicklungsbericht selbst werden die in den Kennzahlen beriicksichtigten Volkswirtschaften zu verschiedenen großen Gruppen zusammengefaßt. Diese Gruppierung gibt Aufschluß uber den unterschiedlichen Entwicklungsstand einzelner Lander. Ein Großteil der erfaßten Volkswirtschaften wird weiterhin nach dominierenden Merkmalen untergliedert — um zwischen Ölimporteuren und Ölexporteuren sowie zwischen marktwirtschaftlich und planwirtschaftlich organisierten Industrieländern zu unterscheiden. In den Tabellen werden die folgenden Hauptgruppierungen verwendet: 35 Entwicklungslander mit niedrigem Einkommen mit einem Pro-Kopf-Einkommen im Jahre 1983 von unter 400 Dollar, 59 Entwicklungslander rnit mitt-

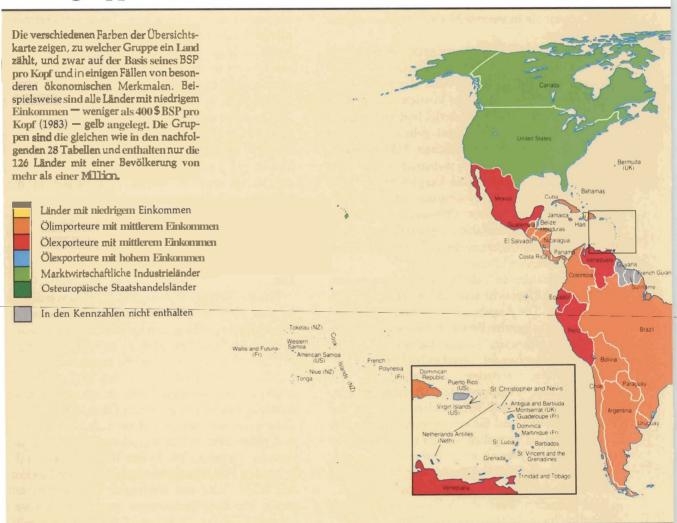
lerem Einkommen mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 400 Dollar oder mehr, 5 olexportierende Lander mit hohem Einkommen, 19 marktwirtschaftliche Industrieländer sowie 8 osteuropaische Staatshandelsländer. Es sei darauf hingewiesen, daß infolge unzureichender Daten und unterschiedlicher Berechnungsverfahren für das Volkseinkommen sowie wegen Schwierigkeiten bei der Umrechnung Schatzwerte fur das BSP pro Kopf nicht fur alle Staatshandelslander zur Verfugung stehen.

Die vorliegende Ausgabe folgt weitgehend der Darstellungsweise in den vorausgegangenen Jahren. In jeder Gruppe werden die Volkswirtschaften nach der Hohe ihres Pro-Kopf-Einkommens in steigender Reihenfolge erfaßt — mit Ausnahme derjenigen, für die solche Angaben nicht berechnet werden können. Solche Volkswirtschaften sind

jeweils am Ende der zugehorigen Einkommensgruppe in alphabetischer Reihenfolge und kursiver Schreibweise aufgefuhrt. Diese Anordnung wird in allen Tabellen angewandt. Die entsprechenden Ordnungsnummern der einzelnen Volkswirtschaften sind in der alphabetischen Übersicht im Länderschlussel ausgewiesen, aus dem auch hervorgeht, welche Lander aufgrund fehlender BSP-pro-Kopf-Daten am Ende der Gruppen aufgefuhrt sind. Lander mit einer Bevolkerungszahl von unter 1 Million werden in den Tabellen nicht erfaßt. Die technischen Erlauterungen zu Tabelle 1 enthalten fur 35 kleine Mitgliedslander der Vereinten Nationen und/oder der Weltbank einige grundlegende Kennzahlen.

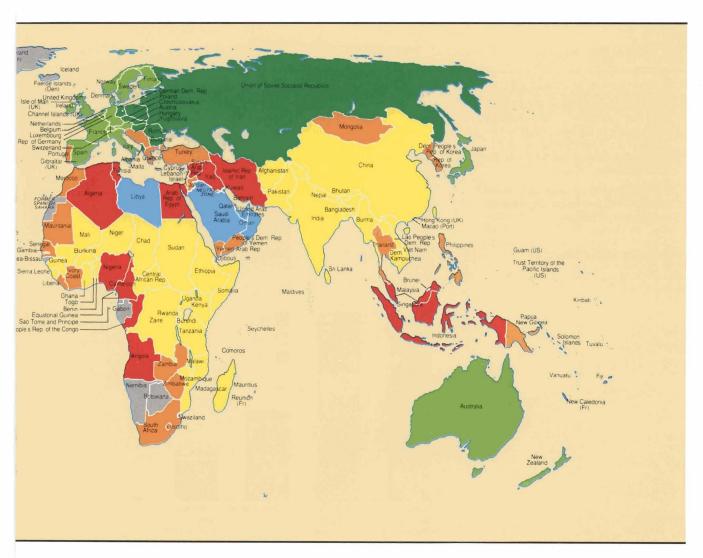
Zusammenfassende **Kennzahlen** in den **farbigen Zwischenzeilen** — **Summen** oder gewogene **Durch**

Ländergruppen

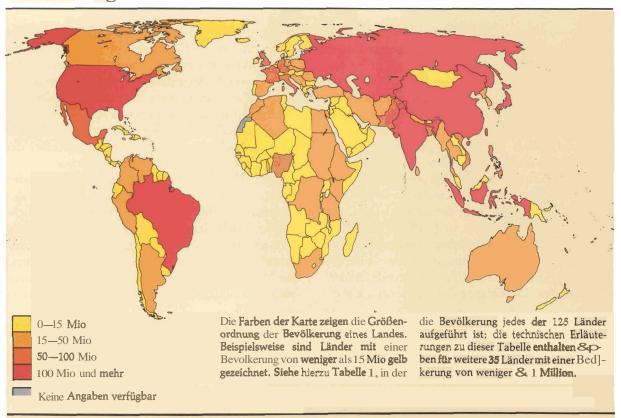


schnitte - wurden fur die Landergruppen dort berechnet, wo geeignete und aussagekräftige Daten zur Verfiigung standen. Da China und Indien die zusammenfassenden Kennzahlen fur die Länder mit niedrigem Einkommen stark beeinflussen, werden fur verschiedene Untergruppen jeweils getrennte Indikatoren ausgewiesen. Diese Untergruppen sind: China und Indien, alle ubrigen Volkswirtschaften rnit niedrigem Einkommen und in der diesjahrigen Ausgabe eine zusatzliche Untergruppe für die Lander rnit niedrigem Einkommen in Afrika sudlich der Sahara. Da sich außerdem der Ölhandel auf die wirtschaftlichen Merkmale und auf die Entwicklung der Länder rnit mittlerem Einkommen auswirkt, wurden auch zusammenfassende Kennzahlen fur olimportierende und olexportierende Lander aufgenommen. Die Gruppe der Volkswirtschaften rnit mittlerem Einkommen ist außerdem in eine untere und obere Kategorie untergliedert, um die Aussagekraft der zusammenfassenden Kennzahlen zu verbessern. Angemerkt sei, daß die diesjahrige Ausgabe auch gesonderte Kennzahlen fur die Länder rnit mittlerem Einkommen in Afrika sudlich der Sahara enthalt. Außerdem sei angemerkt, daß die Region,,südlich der Sahara" alle Lander sudlich der Sahara umfaßt, ausgenommen Sudafrika.

Die bei der Berechnung der zusammenfassenden Kennzahlen venvendeten Verfahren werden in den technischen Erlauterungen beschrieben. Der Buchstabe w nach einer zusammenfassenden Kennzahl gibt an, daß es sich um einen gewogenen Durchschnitt handelt; der Buchstabem steht entsprechend fur Median und s fur Summe. Da die Indikatoren nicht alle Volkswirtschaften einheitlich abdecken

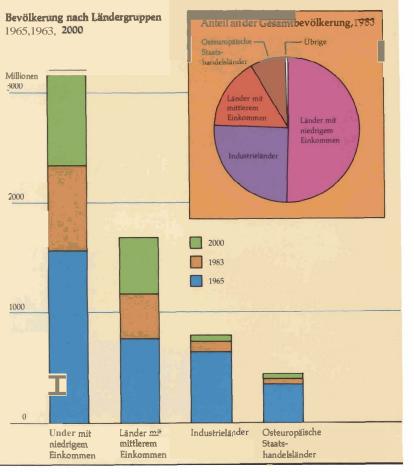


Bevolkerung

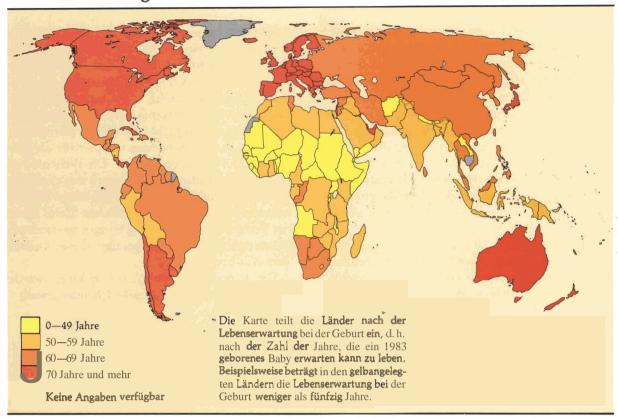


Die Säulendarstellung zeigt die Bevolkerung nach Ländergruppen für die Jahre 1965 und 1983 sowie die projektierte Bevolkerung für das Jahr 2000. Die Ländergruppen entsprechen den in den vorhergehenden Karten und folgenden Tabellen benutzten Gruppen.

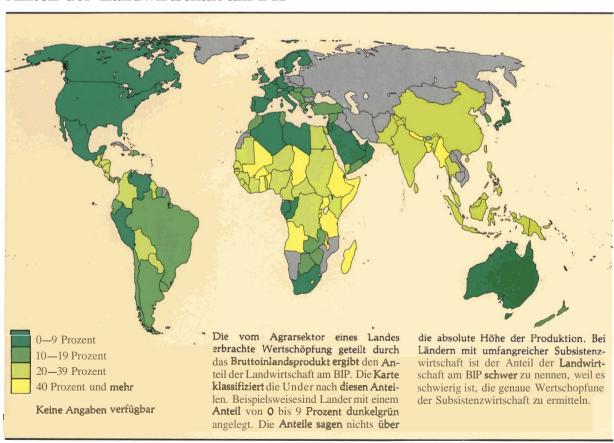
Die Kreisdarstellung zeigt den Anteil jeder Ländergruppe an der Gesamtbevölkerung ohne Länder mit einer Bevolkerung von weniger als 1 Million. Zu den "Übrigen" gehören die ölproduzierenden Länder mit hohem Einkommen.



Lebenserwartung



Anteil der Landwirtschaft am BIP



und große Abweichungen von den mittleren Trends adtreten konnen, sollte der Leser bei Vergleichen zwischen den zusammenfassenden Maßgrößen für unterschiedliche Kennzahlen, Ländergruppen sowie Jahre oder Zeitraume Vorsicht walten lassen.

Bei der Verwendung der Daten sollten in jedem Falle die technischen Erlauterungenzu Rate gezogen werden. Diese Erlauterungenskizzieren die verwendeten Methoden, Begriffe, Definitionen und Datenquellen. Die Bibliographie vermittelt Einzelheiten über die zugrunde liegenden Quellen, die ihrerseits umfassende Definitionen und Beschreibungen der angewandten Konzepte enthalten.

Die diesjährige Ausgabe enthalt vier Weltkarten. Aus der ersten Karte gehen die Länderbezeichnungen sowie die Gruppen hervor, denen die verschiedenen Volkswirtschaften zugeordnet sind. Die Karten auf den folgenden Seiten vermitteln einen

Überblick über Bevolkerung, Lebenserwartung bei der Geburt sowie Anteile der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Diese Karten wurden nach der Eckert-IV-Projektion erstellt, da sie die Landflachen aller Under, wenn auch unter Inkaufnahme gewisser Verzerrungen bei Konturen, Entfernungen und geographischer Lage, korrekt wiedergibt. Die Karten wurden exklusiv fur die Leser dieser Veroffentlichung erstellt. Die Weltbank und ihre Tochterinstitute verbinden mit den verwendeten Bezeichnungen und den dargestellten Grenzen keinerlei Urteil uber den rechtlichen Status einzelner Territorien; ebensowenig bringen sie damit eine Bekräftigung oder Anerkennung dieser Grenzen zum Ausdruck.

Die Kennzahlen der Weltentwicklung werden unter der Leitung von Ramesh Chander erstellt.

		_	

Tabelle 1: Grundlegende Kennzahlen

		-	BSP pro	Nopfa Durch-	-		Lebens-
	Bevöl- kerung (in Mio)	Fl äche (in T sd . Quadrat-	in \$	schnittl, jährlicher Zuwachs (in %)	Inflatio (in		erwartung bei der Geburt (in Jahren
	Mitte 1983	kilometern)	1983	1965—83 ^b	196573	1973—83C	1983
änder mit niedrigem Einkommen China und Indien Übrige Länder Afrika südi. der Sahara	2.335,4 s 1.752,3 s 583,0 s 245,2 s	31.603 s 12.849 s 18.754 s 15.451 s	260 w 280 w 200 w 220 w	2,7 w 3,2 w 0,7 w —0,2 w	1,4 w 0,9 w 4,8 w 3,9 w	5,4 w 3,7 w 13,8 w 17,5 w	59 v 62 v 51 v 48 v
I Athiopien 2 Bangladesch 3 Mali 4 Nepal 5 Zaire	40,9 95,5 7,2 15,7 29,7	1.222 144 1.240 141 2.345	120 130 160 160 170	0,5 0,5 1,2 0,1 —1,3	1,8 7,3 7,6 5,8 18,7	4,4 9,6 10,3 8,1 48,2	43 50 45 46 51
6 Burkna 7 Birma 8 Mala wi 9 Oganda 0 Burundi	6,5 35,5 6,6 13,9 4,5	274 677 118 236 28	180 180 210 220 240	1,4 2,2 2,2 -4,4 2.1	2,6 2,8 4.5 5.6 2.9	10.8 6,5 9,8 62,7 12.4	44 55 44 49 47
1 Niger 2 Tansania 3 Somalia 4 Indien 5 Ruanda	6,1 20,8 5,1 733.2 5.7	1.267 945 638 3.288 26	240 240 250 260 270	-1,2 0,9 -0.8 1.5 2,3	4,0 3,2 3,8 6,3 7,7	11,8 11,5 20,1 7,7 11.2	45 51 45 55 47
6 Zentralafr. Rep. 7 Togo 8 Benin 9 China 0 Guinea	2,5 2,8 3,8 1.019,1 5,8	623 57 113 9.561 246	280 280 290 300 300	0,1 1,1 1,0 4,4 1,1	3,0 3,1 3,6 -1,0 3,0	14.4 8.3 10.8 1,7 4.0	48 49 48 67 37
1 Hairi 2 Ghana 3 Madagaskar 4 Sierra Leone 5 Sri Lanka	5,3 12,8 9.5 3,6 15.4	28 239 587 72 66	300 310 310 330 330	1,1 -2,1 -1,2 1,1 2,9	4,0 8,1 4,1 1,9 5.1	7,8 51,6 13.9 14,7 14,5	54 59 49 38 69
6 Kenia 7 Pakistan 8 Sudan 9 Afghanistan 0 Bhutan	18,9 89.7 20,8 17,2	583 804 2.506 648 47	340 390 400	2,3 2.5 1,3 0,5	2,3 4,8 7,2 3.8	10,8 11,1 18,0	57 50 48 36 43
1 Tschad 2 <i>Kambodscha</i> 3 Laos 4 <i>Mosambik</i> 5 Vietnam	4,8 3.7 13,1 58,5	1.284 181 237 802 330			4.5	8,3	43 44 46 64
Inder mit mittlerem Einkommen Ölexporteure Ölimporteure Afrika südl. der Sahara	1.165,2 s 542,6 s 622,6 s 148,2 s	40.525s 15.511 s 25.014 s 5.822	1.310 w 1.060 w 1.530 w 700 w	3,4 w 3,3 w 3,5 w 1,B w	5,2 w 4,4 w 5,7 w 4,8 w	29,3 w 19,6 w 34,4 w 12,4 w	61 57 64 50
Intere Einkommenskategorie	665,1 <u>S</u>	18.448 s	750 w	2,9 W	5,6 W	17,9 w	57
6 Senegal 7 Lesotho 8 Liberia 9 Mauretanien 10 Bolivien	6,2 1,5 2,1 1.6 6,0	196 30 111 1031 1099	440 460 480 480 510	-0,5 6,3 0.8 0,3 0,6	3,0 4,4 1,5 3,9 7,5	8,9 11,9 7.2 7,8 35.2	46 53 49 46 51
1 Jemen, Dem VR 2 Jemen, Arab Rep 3 Indonesien 4 Sambia 5 Honduras	2,0 7.6 155,7 6,3 4,1	333 195 1919 753 112	520 550 560 580 670	5.7 5,0 —1,3 0,6	63.0 5,2 2.9	13,9 18.0 10,3 8.6	46 44 54 51 60
6 Agypten, Arab Rep 7 El Salvador 88 Elfenbeinküste 99 Simbabwe 60 Marokko	45,2 5.2 9,5 7,9 20,8	1001 21 322 391 447	700 710 710 740 760	4,2 0,2 1,0 1,5 2.9	2.6 1.6 4,1 3,0 2,0	13.2 11,7 11.9 9,7 8.4	58 64 52 56 52
I Papua-Neuguinea 2 Philippinen 13 Migeria 14 Kamerun 15 Thailand	3,2 52,1 93,6 9.6 49.2	462 300 924 475 514	760 760 770 820 820	0.9 2.9 3,2 2,7 4,3	6,6 8,8 10.3 5.8 2,5	6,9 11,7 13.3 12.6 8,7	54 64 49 54
66 Nicaragua 67 Costa Rica 68 Peru 69 Guatemala 60 Kongo, VR	3,0 2,4 17,9 7.9 1,8	130 51 1,285 109 342	880 1,020 1,040 1,120 1,230	-1,8 2,1 0,1 2,1 3,5	3,4 4,7 10,1 1,9 4,6	16.5 23.2 52,3 9,9 12,4	58 74 58 60 63
51 Türkei 52 Tunesien 53 Jamaika 54 Dominikanische Rep	47,3 6.9 2.3 6,0	781 164 11 49	1,240 1,290 1,300 1,370	3.0 5,0 -0,5 3,9	10,5 3.4 5,9 2,7	42,0 9.4 16,0 8,5	63 62 70 63

		_	BSP pro				
	Bevöl- kerung (in Mio) Mine 1983	Fläche (in Tsd. Quadrat- kilometern)	in \$ 1983	Durch- schnittl. jährlicher Zuwachs (in %) 196583b	Inflati	nn. jährliche onsrate n %) 1973—83°	Lebens- erwartung bei der Geburt (in Jahren) 1983
65 Paraguay	3,2	407	1.410	4,5	4,3	12,6	65
66 Ecuador 67 Kolumbien 68 Angola 69 Kuba	8,2 27,5 8,2 9.8	284 1.139 1.247 115	1.420 1.430	4,6 3,2	6,2 10,8	16,6 24,0	63 64 43 75
70 Korea. <i>Dem</i> . Rep. 71. <i>Libanon</i> 72 Mongolische VR	19,2 2,6 1.8	121 10 1.565	::		2,5		65 65 65
Obere Einkomme nskategorie	5() 0, 7 6:	22.079 s	2.05% w	• 3,8 w	5,3 w	34,0 w	65 w
73 Jordanien 74 Syrien, Arab. Rep. 75 Malaysia 76 Chile 77 Brasilien	3,2 9,6 14,9 11,7 129,7	98 185 330 757 8.512	1.640 1.760 1.860 1.870 1.880	6.9 4,9 4,5 -0,1 5,0	3,1 1,2 50,3 23,2	10,0 12,7 6,5 86,2 63,9	64 67 67 70 64
78 Korea. Rep. 79 Argentinien 80 Panama 81. Portugal 82 Mexiko	40.0 29.6 2,0 10,1 75,0	98 2.767 77 92 1.973	2.010 2.070 2.120 2.230 2.240	6.7 0,5 2,9 3,7 3,2	15,5 24.1 2,4 4.9 4.8	19.0 167,8 7,1 20.1 28,2	67 70 71 71 66
83 Algerien 84 Südafrika 85 Uruguay 86 Jugoslawien 87 Venezuela	20,6 31,5 3,0 22,8 17,3	2.382 1.221 176 256 912	2.320 2.490 2.490 2.570 3.840	3.6 1,6 2,0 4,7 1,5	3,8 5,8 51,7 10,9 3,3	12,8 13,3 51.0 22,8 11,7	57 64 73 69 68
88 Griechenland 89 Israel 90 Hongkong 91 Singapur 92 Trinidad und Tobago	9.8 4,1 5,3 2.5 1,1	132 21 1 1 5	3.920 5.370 6.000 6.620 6.850	4.0 2,9 6,2 7,8 3.4	4,4 8.2 6.4 3.1 5.7	16,8 73,0 9,9 4,5 15,6	75 74 76 73 68
93 Iran, <i>Islamische</i> Rep. 94 <i>Irak</i>	42,5 14.7	1.648 435	.,		5,5 3,2	10,0	60 59
Ölexporteure mit hohem Einkommen	17,9 s	4.312 s	12.370 w	3,8 w	6,1 w	13,5 w	59 w
95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait 99 Vereinigte Arab. Emirate	1,1 3,4 10,4 1,7 1,2	300 1.760 2.150 18 84	6.250 8.480 12.230 17.880 22.870	6,5 —0,9 6,7 0,2	7,1 9,4 5,1 4,6	17,9 11,6 16,5 10,2 12,7	53 58 56 71 71
Marktwirtschaftliche Industrieländer	728,9 s	30.935 s	11.060 w	2,5 w	5,2 w	8,0 w	76 w
00 Spanien 01 Irland 02 Italien 03 Neuseeland 04 Belgien	38,2 3,5 56,8 3,2 9,9	505 70 301 269 31	4.780 5.000 6.400 7.730 9.150	3,0 2,3 2,8 1,2 3,1	7,0 8,5 5,1 7,2 4,4	16,7 14,5 17,4 14,2 6,4	75 73 76 74 73
05 Großbritannien 06 Österreich 07 Niederlande 08 Japan 09 Frankreich	56,3 7,5 14,4 119,3 54,7	245 84 41 372 547	9.200 9.250 9.890 10.120 10.500	1,7 3.7 2,3 4,8 3,1	6,2 4,5 6,4 6,0 5,3	14.3 5.4 6,2 4,7 10,8	74 73 76 77 75
10 Finnland 11 Deutschland, Bundesrep. 12 Australien 13 Dånemark 14 Kanada	4.9 61,4 15,4 5,1 24,9	337 249 7.687 43 9.976	10.740 11.430 11.490 11.570 12.310	3,3 2,8 1.7 1.9 2.5	7,2 4,7 5,7 7,6 4.4	1 <u>0,6</u> 4.3 10,5 9,5 9.4	73 75 76 74 76
15 Schweden 16 Norwegen 17 Vereinigte Staaten 18 Schweiz	8.3 4.1 234,5 6,5	450 324 9363 41	12 470 14.020 14110 16290	1,9 3,3 1,7 1.4	5,3 6,3 4,7 5.5	10.3 9,7 7,5 3.9	78 77 75 79
Osteuropäische Staatshandelsländer	386,1 s	23.422 s					70 w
19 Ungarn 20 Albanien 21. Bulgarien 22 Tschechoslowakei 23 Deutsche Dem. Rep.	10,7 2.8 8.9 15,4 16,7	93 29 111 128 108	2.150	6,4	2,6	4,1	70 71 70 70 71
24 <i>Polen</i> 25 <i>Rumänien</i> 26 Sowjetunion	36.6 22,6 272,5	313 238 22.402			= = = = Acces		71 71 69

a Vgl. Technische Erläuterungen. b Da Angaben far die gesamte Periode nicht immer verfügbar waren, gelten die kursiven Zahlen für andere als die angegebenen Zeiträume. c Kursive Zahlen für 1973—82 und nicht für 1973—83.

Tabelle 2: Wachstum der Produktion

				Durchsel	nnittliche	Wachstums	raten (%)			
	BIF 1965—73 ^b	1973—83 ^C	Landwirtso	chaft 973—83 ^C	Industr 1965—73 ^b 1	rie 1973—83 ^C	(Verarbe Gewe 1965—73 ^b	eitendes erbe) ^a 1973—83 ^c	Dienstlei sek	tor
	1300 70	1070 -00	1905—75	973-65	1905—73	1973—83°	1965—73	1973—83°	1965—73 ^b	1973—8
Länder mit niedrigem Einkommen China und Indlen Übrige Under Afrika südi. der Sahara	5,5 w 6,0 w 3,7 w 7,2 w	5,0 w 5,4 w 3,3 w 1,7 w	2,6 w 2,5 w 2,8 w 3,1 w	2,9 w 3,0 w 2,2 W 1,2 W	7,2 w 7,4 w 5,6 w 6,9 w	7.1 w 7,5 w 3,5 w 0,6 w		::	4,2 w 4,2 w 4,6 w	5,0 w 4,4 w 2,9 w
1 Athiopien 2 Bangladesch 3 Mali 4 Nepal 5 Zaire	4,1 (.) 3,1 1,7 3,9	2,3 5,2 4,1 3,0 1,0	2.1 0,4 0.9 1,5	1,2 3,2 5,0 1.0 1,4	6,1 —6.1 5,2	2,6 8,1 0,6 —2.0	8,8	3,5	6,7 1,5 4,7 2,1	3,6 7.4 4,5 -6.9
6 Burkina 7 Birma 8 Malawi 9 Uganda	2,4 2,9 5,7	3.5 6.0 4.2 2.1	2.8	1,3 6,6 4,1 -1,6	3,6	5.1 7.7 -10.1	3,2	6,1	2,8	4,5 -1,0
10 Burundi 11 Niger 12 Tansania 13 Somalia 14 Indien 15 Ruanda	3,6 4,8 -0,8 5,0 3,9 6,3	-2,1 3,6 5.2 3.6 2,8 4,0 5,6	4.7 2,9 3.1 3,7	2.3 1,6 2,6 3,5 2,2	10,4 13,2 6,9 3,7	10.9 0,2 1,1 4,3	4,0	4,2	3,8 3,0 -1,5 6,2 4,2	5,3 5,9 5,4 2,6 6,1
16 Zentralafr. Rep. 17 Togo 18 Benin 19 China 20 Guinea	2.7 5,3 2.2 7.4 3,0	1,0 2,3 4,8 6.0 3.1	2,1 2.6 1,9	2.4 1.1 2,7 3,5 2,4	7,1 6,2 9,1	1,0 2,6 6,9 8,4 6,7			1,6 7,3 	-0,7 3,0 6.0 4,5 1,9
21. Haiti 22 Ghana 23 Madagaskar 24 Sierra Leone 25 Sri Lanka	1.7 3,4 3,5 3,7 4,2	3,0 -1,3 0,3 1,9 5,2	-0.3 4.5 1.5 2,7	0.7 (.) -0,2 2,2 4,1	4,8 4,3 1,9 7,3	5,3 -7,0 -1.8 -2,9 4.8	3,0 6.5 3,3 5,5	6,1 6,2 2,5 3,4	2,5 1,1 7,1 3,8	3,8 -0.3 1,2 4,1 8.0
26 Kenia 27 Pakistan 28 Sudan 29 Afghanistan 30 <i>Bhutan</i>	7,9 5,4 0,2 1,0	4,6 5,6 6,3 2,4	6.2 4,7 0,3 —1.5	3,4 3,4 3,5	12.4 6.6 1.0 4.0	5,3 7,2 6,7	12,4 6,2 	6,3 7,0 	7.8 5,4 0,5 5.1	5,3 6.3 8,6
31. Tschad 32. Kambodscha 33. Laos 34. Mosambik 35. Vietnam	0.5 -2,7	-5,8			# 14 = = = #				, - , - , -	
Länder mit mittlerem filnkommen Ölexporteure Ölimporteure Afrika südl. der Sahara	7,1 <i>W</i> 7,2 w 7,0 w 7,7 w	4,7 w 4,9 w 4,5 w 1,4 w	3,3 w 3,5 w 3,2 w 2,4 w -	2,5 w 1,8 w 3,1 w -1,3 w	9,1 w 10,0 w 8,5 w 17,7 w	4,9 w 5,2 w 4,7 w 1,0 w	9,3 w 9,1 w 9,4 w	4,9 w 6,4 w 4,2 w	7,5 w 7,1 w 7,8 w 7,1 w	5,3 w 5,9 w 4,9 w 3,5 w
Untere Einkommenskategorie	6,6 W	4,1 w	3,4 <i>w</i>	1,9 w	10,6 w	4,4 w	8,5 w	5,4 w	6,8 w	5,3 w
36 Sene gal 37 Lesotho 38 Liberia 39 Mauretanien 40 Bdivien	1,5 3,9 5,5 2,6 4,4	2.6 5,5 0,2 2.5 1,5	0,2 6,5 -2,1 3,5	0,3 2.0 2,6 1.5	3,5 6,2 3,5 5,1	6,1 -1,5 -0,6	132 4.2	0.5 1.7	1,5 3,8 8.7 4,3	2.2 0,8 3,9 2,6
41 Jemen, Dem. VR. 42 Jemen, Arab. Rep. 43 Indonesien 44 Sambia 45 Honduras	8,1 3.0 4.4	8,2 7,0 0,2 4,0	4,8	2.1 3,7 1.4 3.3	13,4 5,8	13,2 8,6 -0,3 5,1	9,0 6,5	12,6 5,5	9,6 5,5	11,3 9.0 0.6 4.0
46 Ägypten, Arab. Rep. 47 El Salvador 48 Elfenbeinküste 49 Simbabwe 50 Marokko	3,8 4,4 7,1 7.3 5,7	8,8 -0.1 4,7 1.8 4,7	2.6 3.6 3,7 4.8	2.5 0,7 4,0 1,2 0.7	3.8 5,2 8,8 5,4	10,6 1,4 7,4 (.) 4,0	5,1 8.9 6,1	-2.4 4.5 4.0	4,7 4,4 8,5 6,1	11,1 0,0 4,1 3,3 6,1
51. Papua-Neuguinea 52 Philippinen 53 Nigeria 54 Kamerun 55 Thailand	6.7 5.4 9.7 4,2 7,8	1,0 5,4 1,2 6,8 6,9	4.1 2.8 4,7 5,2	2.6 4,3 -1.9 1,8 3,8	7,4 19.7 4.7 9.0	3,7 6.4 0,3 13,7 9,0	8,5 15.0 7.5 11,4	5,0 10,7 9,9 8.9	4.8 8,8 3,6 9,1	-0,1 5.2 4,1 7.3 7,6
56 Nicaragua 57 Costa Rica 58 Peru 59 Guatemala 60 Kongo, VR	3.9 7.1 3,5 6.0 6,8	-1,3 2,7 1,8 3,7 7.9	2.8 7,0 2,0 5.8 4,1	1.4 1,7 0,9 2,3 0,4	5,5 9,3 4,1 7,2 9.3	-0,9 3,0 1,6 5,1 12.7	7,2 4.4 7.4	0,8 0,4 4.0	3,6 6,1 3,6 5.8 6.7	-2.9 2.9 2,2 3.8 6,8
61 Türkei 62 Tunesien 63 Jamaika 64 Dominikanische Rep.	6,5 7,3 5,4 8,5	4,1 6,0 -1,7 4,4	2,5 6,9 0,6 - 5 .9	3.4 1,6 –0.2 3,2	7,9 8,6 4,5 14,4	4.2 8,1 4,3 3,9	9.5 10.3 4.0 12.0	3,7 11.1 -3.6 4,4	8,4 6.7 6,8 6,9	4,3 6,3 -0,3 5,2

				Durchsch	nnittliche jährliche	Wachstums		eitendes	Dienstlei	etunge-
	ВІ		Landwirts		Industr		Gewe	erbe)a	sek	tor
	1965—73 ^b	1973—83 ^C	1965—73 ^b	1973—83 ^C	1965—73 ^b	1973—83 ^C	1965—73 ^b	1973—83 ^C	1965—73 ^b	1973—83
65 Paraguay 66 Ecuador 67 Kolumbien 68 <i>Angola</i>	5,1 7,2 6,4	8,2 5,2 3,9	2,7 3,9 4,0	6,0 1,9 3,7	6,8 13,9 8,2	10,6 5,0 2,2	6,1 11,4 8,8	7,4 8,9 1,9	6,5 5,1 6,9	8,5 6,5 4,8
69 Kuba 70 Korea, Dem. Rep. 71 Libanon 72 Mongolische VR	6,2		1,4		5,5				7,1	
Obere Einkommenskategorie	7,4 w	4,9 w	3,2 W	3,2 W	8,4 w	5,0 w			7,8 w	5,2 w
73 Jordanien 74 Syrien, Arab. Rep. 75 Malaysia 76 Chile 77 Brasilien	6,2 6,7 3,4 9,8	11,1 8,0 7,3 2,9 4,8	-0,7 -1,1 3,8	4,3 8,2 4,4 3,7 4,2	14,7 3,0 11,0	14,7 5,9 8,7 1,7 4,7	4,1 11,2	0,5 4,2	6,1 4,4 10,5	10,5 8,9 8,2 3,6 5,0
78 Korea, Rep. 79 Argentinien 80 Panama 81 Portugal 82 Mexiko	10,0 4,3 7,4 7,0 7,9	7,3 0,4 5,3	2,9 -0,1 3,4 5,4	1,5 1,5 1,4	18,4 5,1 9,3	11,2 -0,7 4,2 6,2	21,1 4,6 9,9	11,8 -1,8 -5,5	11,3 5,5 7,8 8,0	6,9 1,1 6,4 5,7
83 Algerien 84 Südafrika 85 Uruguay 86 Jugoslawien 87 Venezuela	7,0 5,2 1,3 6,1 5,1	6,5 3,1 2,5 5,3 2,5	2,4 0,4 3,2 4,5	4,3 1,5 2,2 2,6	9,1 2,0 7,1 4,1	6,4 2,4 6,3 1,5	10,9	12,6	5,3 1,1 6,4 6,0	7,1 2,7 5,4 3,1
88 Griechenland 89 Israel 90 Hongkong 91 Singapur 92 Trinidad und Tobago	7,5 9,6 7,9 13,0 3,5	3,0 3,2 9,3 8,2 5,2	2,5 -0,6 5,7 1,6	1,3 1,1 1,5	11,1 8,4 17,6 2,3	2,3 8,2 8,5	12,0	2,7	7,3 8,1 11,5 4,5	3,8 9,8 8,1
93 Iran, Islamische Rep. 94 Irak	10,4 4,4		5,2 1,7		10,5 4,8			* *	12,7 5,1	
Ölexporteure mit hobem Einkommen	9,0 w	5,2 w	·	6,7 w		0,8 W		K 51 -		12,3 w
95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait 99 Vereinigte Arab. Emirate	21,9 7,7 11,2 5,1	6,5 3,0 6,9 1,4 10,8	11,5 2,6	6,5 6,6 9,1	6,6 13,3	-4,3 3,9 -4,3	12,4 10,6	11,4	13,4 8,3	14,7 12,9 7,8
Marktwirtschaftliche Industrieländer	4,7 w	2,4 w	1,8 w	1,0 W	5,1 w	1,9 w	3,8 w	1,1 w	4,8 w	2,1 w
00 Spanien 01 Irland 02 Italien 03 Neuseeland 04 Belgien	6,4 5,0 5,2 3,7 5,2	1,8 3,2 2,2 0,8 1,8	2,8 0,5 2,2	1.5 1.9	8.6 6.2 6,4	1,9 0,7	7,4	1,0	5,6 5,2 4,4	2.6
LOS Großbritannien LO6 Österreich LO7 Niederlande LO8 Japan LO9 Frankreich	2,8 5,5 5.5 9.8 5,5	1.1 2,8 1,5 4,3 2,5	2,6 1,7 5,0 2,1 1,7	2,4 1,3 -1,6	2,1 6,4 6,5 13,5 6,7	-0.3 2,3 5,5	2,6 6.9	-1,9 2,7	3,3 5,2 5,0 8,3 5,2	1,9 3,5 3,8
10 Finnland 11 Deutschland, Bundesrep. 12 Australien 13 Dänemark 14 Kanada	5,6 3,9 5,2	2,7 2,1 2,4 1,8 2,3	1,0 2,5 1,6 —1.5 1.2	1,1 2,1 3,4 2,2	6,4 4.9 5.7 4,0 5,2	2.9 1,6 0,5 0,9	7,5 5,3 4,7 5,4	3.6 1.8 2,3 0.8	5,6 4,4 5,4 4,3 5,5	2,8 2,6 2,2 3,0
15 Schweden 16 Norwegen 17 Vereinigte Staaten 18 Schweiz	3,6 4,0 3,2 4,2	1,3 3,7 2.3 0.7	-0,5 1,8	-0.1 1,2 1,4	3,9 4.8 2.8	0.2 4,4 1,2	4.1 4.6 2,9	-0.1 (.) 1.4	3.6 4.0 3,5	2,1 3,5 3,0
Osteuropäische Staatshandelsländer										
119 Ungarn ^a L20 <i>Albanien</i> L21 <i>Bulgarien</i> L22 <i>Tschechoslowakei</i>	6.1	3,7	3,1	3,1	6,5	4,4			7,5	3,3
L23 Deutsche Dem. Rep.					. ,					

a Das Verarbeitende Gewerbe ist ein Teil des Industriesektors; sein Anteil am BIP wird jedoch gesondert ausgewiesen, weil es typischerweise der dynamischste Bereich des Industriesektors ist.
D Kursive Zahlen für 1966—73 und nicht für 1965—73.
G Kursive Zahlen für 1973—82 und nicht für 1973—82 und nicht für 1973—82.

Tabelle 3: Produktionsstruktur

		31Pa Mro \$)	Landwi	rtschaft	Indu		inlandspro (Verarbo Gewe	erbe)6	Dienstle	
	1965 ^c	1983 ^d	1965 ^c	1983 ^d	1965 ^c	1983 ^d	1965 ^c	1983 ^d	1965 ^c	19830
Jnder mit nle drigem Einkommen China und Indien Übrige Länder Afrika südl, der Sahara			43 w 42 w 44 w 44 w	37 w 37 w 38 w 41 w	29 w 32 w 16 w 16 w	34 w 38 w 19 w 17 w	14 w 15 w 11 w 9 w	14 w 15 w 12 w 7 w	28 w 26 w 40 w 40 w	29 w 25 w 43 w 42 w
1 Äthiopien 2 Bangladesch 3 Mali 4 Nepal 5 Zaire	1.180 4.360 370 730 1.640	4.270 10.640 980 2.180 5.440	58 53 49 65 22	48 47 46 59 36	14 11 13 11 27	16 13 11 14 20	7 3 17	11 4 2	38 38	36 43
5 Burkina 7 Birrna 3 Malawi 9 Uganda 0 Burundi	250 1.600 220 1.080 160	900 6,190 1.330 3.360 1.020	52 35 50 52	41 48 ···	15 13 13 13	19 13 16	'9 '8	19 	3 2 37 35	49 26
I Niger 2 Tansania 3 Somalia 4 Indien 5 Ruanda	370 790 220 46.260 150	1.340 4.550 1,540 166.170 1.560	63 46 71 47 75	33 52 50 36	9 14 6 22 7	31 15 11 26	'8 3 15 2	9 6 15	28 40 24 31 18	37 33 39 38
5 Zentralafr, Rep. 7 Togo 3 Benin 9 China 0 Guinea	140 190 210 65.360 520	600 720 930 274.630 1.910	46 45 53 40 ^e	37 22 40 37 38	16 21 9 38 ^e	21 28 14 45 23	4 10 	8 6	38 34 38 22 ^e	42 50 47 18 39
L Haiti 2 Ghana 3 Madagaskar 4 Sierra Leone 5 Sri Lanka	350 1.330 730 320 1.770	1.630 3.720 2.850 950 4.770	31 34 28	53 47 32 27	19 16 28 21	7 75 20 26	id '6 17	'4 '5 14	53 38 51	40 44 46 47
5 Kenia 7 Pakistan 3 Sudan 9 Afghanistan 0 Bhutan	920 5.450 1.330 620	4.940 25.880 6.850	35 40 54	33 27 34	18 20 9	20 27 15	11 14 4	12 19 8	47 40 37	46 46 51
L <i>Tschad</i> 2 Kambodscha 3 Laos 4 <i>Mosambik</i> 5 <i>Vietnam</i>	240 870	320	47		12				41	
änder mit mittlerem inkommen Ölexporteure Öllmporteure Afrika südi. der Sahara			21 w 22 w 21 w 39 w	15 W 16 W 14 W 26 W	31 W 28 W 33 W 23 W	36 <i>w</i> 39 <i>w</i> 34 <i>w</i> 33 <i>w</i>	20 w 15 w 22 w 8 w	21 w 16 w 24 w 8 w	47 w 50 w 46 w 38 w	49 w 45 w 52 w 42 w
ntere inkommenskategorie			31 w	22 W	24 w	33 w	15 w	16 w	45 W	45 W
5 Senegal 7 Lesotho 3 Liberia 9 Mauretanien 0 Bolivien	810 50 270 160 920	2.570 300 980 700 3.340	25 65 27 32 21	21 23 36 34 23	18 5 40 36 30	26 22 26 21 26	1 3 4 16	17 6 7	56 30 34 32 49	54 55 38 45 52
L Jemen, Dem. VR. 2 Jemen, Arab. Rep. 3 Indonesien 4 Sambia 5 Honduras	3.630 1.040 460	850 3.710 78.320 3.350 2.640	59 14 40	21 26 14 27	12 54 19	17 39 38 26	8 7 12	17 13 19 15	29 32 41	62 35 48 47
5 Ågypten, Arab. Rep. 7 El Salvador 3 Elfanbeinküste 9 Simbabwe 0 Marokko	4.550 800 960 960 2.950	27.920 3.700 7.090 4.730 13.300	29 29 36 18 23	20 20 27 11 17	27 22 17 34 28	33 21 24 32 32	18 10 20 16	15 13 21 17	45 49 47 48 49	47 59 50 57 51
Papua-Neuguinea 2 Philippinen 3 Nigeria 4 Kamerun 5 Thailand	340 6.010 4.190 750 4.050	2.360 34.640 64.570 7.220 40.430	42 26 53 32 35	22 26 24 23	18 28 19 17 23	36 34 32 27	20 7 10 14	25 5 11 19	41 46 29 50 42	42 40 45 50
6 Niara gua 7 Costa Rica 8 Peru 9 Guatemala 0 Kongo, VR	710 590 4.900 1.330 200	2.700 3.060 17.630 9.030 2.110	25 24 15	22 23 8	24 23 30 	32 27 41 55	18 20	26 26 16	51. 53 55 62	47 50 51
1 Türkei 2 Tunesien 3 Jamaika 4 Dominikanische Rep.	7.660 880 870 960	47.840 7.020 3.140 8.530	34 22 10 26	19 14 7 17	25 24 37 20	33 36 34 29	16 9 17 14	24 14 19 18	41 54 53 53	48 50 60 55

	(in	BIPa Min 9\	Londer	dooboft	Indu		oinlandspro Verarbe Gewe		Dienstle sel	istungs-
	1965 ^C	Mio 8) 1983 ^d	Landwi 1965 ^c	1983 ^d	1965 ^c	1983d	1965 ^c	19830	1965 ^c	19830
55 Paraguay 66 Ecuador Kolumbien 68 Angola 59 <i>Kuba</i>	550 1.150 5.570	4.610 10.700 35.310	37 27 30	26 14 20	19 22 25	26 40 28	16 18 18	16 18 17	45 50 46	48 46 51
70 Korea, Dem . Rep. 71 <i>Libanon</i> 72 Mongolische vн	1.150		12		żi				67	
Obere Elnkommenskategorie			17 w	11 w	35 w	37 w	22 W	24 W	49 w	52 w
73 Jordanien 74 Syrien, Arab. Rep. 75 Malaysia 76 Chile, 77 Brasilien	1.470 3.000 5.940 19.260	3.630 16.850 29.280 19.290 254.660	29 30 9	8 19 2L 10 12	22 24 40 33	31. 25 35 36 35	10 24 26	15 19 20 27	49 45 52 48	61 55 44 55 53
77 Brasilien 78 Korea. Rep. 79 Argentinien 80 Panama 81. Portugal 82 Mexiko	3.000 14.430 660 3.740 20.160	76.640 71.550 4.370 20.340 145.130	38 17 18	14 12 8 8	25 42 19 	39 39 39 40 40	18 33 12 21	27 28 · · ·	37 42 63	47 49 51 52
33 Algerien 34 Südafrlika 35 Uruguay 36 Jugoslawien 87 Venezuela	3.170 10.540 930 11.190 8.290	47.200 80.850 4.750 46.890 8.170	15 10 15 23 7	6 12 7	34 42 32 42 23	54 28 40	11 23 	13 17	51. 48 53 35 71.	40 60 53
38 Griechenland 39 Hongkong 91 Singapur 92 Trinidad und Tobago	5.270 3.590 2.150 970 660	30.770 20.660 27.500 16.640 8.620	24 8 2 3 5	17 6 1 1	26 37 40 24 38	29 27 30 37	16 24 15 19	18 22 24	49 55 58 73 57	53 67 69 62
93 Iran, <i>Islamische</i> Rep. 94 <i>Irak</i>	5: 1 38	<u></u>	26 18		36 46		12 8		38 36	
Ölexporteure mit nohem Einkommen			5 w	2 w	65 w	65 W	5 w	6 W	30 w	33 w
95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait 99 Vereiniate Arab. Emirate	60 1.500 2.300 2.100	7.460 31.360 120.560 21.330 27.520	61 5 8 (.)	2 2 1 1	23 63 60 73	64 66 61 65	3 9 3	4 6 6 10	16 33 31 27	34 32 38 34
Marktwirtschaftliche Industrieländer			5 w	3 W	39 w	35 w	29 w	24 W	56 w	62 w
00 Spanien 01 Irland 01 Irlaien 03 Neuseeland 04 Belgien	23.320 2.690 62.600 5.580 16.840	157.880 18.040 352.840 23.820 80.090	15 11 '5	 6 8 2	36 41 41	40 33 35	25 	23 25	49 48 53	54 59 63
05 Großbrita nnien 06 Österreich 07 Niederlande 08 Japan 09 Frankreich	99.530 9.470 19.700 90.970 97.930	455.100 66.640 136.520 1.062.870 519.200	3 9 '9	2 4 4 4	41 46 43	32 39 33 42	30 33 32	18 27 24 30	56 45 48	66 58 63 55
10 Finnland 11 Deutschland, Bundesrep. 12 Australien 13 Dånemark 14 Kanada	8.190 114.830 23.260 10.180 51.840	49.390 653.080 167.110 56.360 324.000	15 10 8 5	7 2 4 3	33 41 32 34	33 46 23 29	21. 28 20 23	23 36 16 16	52 50 60 61	60 52 72 68
15 Schweden 16 Norwegen 17 Vereinigte Staaten 18 Schweiz	21.670 7.080 688.600 13.920	91.880 55.060 3.275.701 97.120	6 8 3	3 4 2	40 33 38	31 42 32	28 21 29	22 14 21	53 59 59	66 55 66
Osteuropäische Staatshandelsländer										1
		21.020	24	19	37	42	31	35	39	39
19 Ungarn ¹ 20 Albanien 21. <i>Bulgarien</i> 22 <i>Tschechoslowakei</i> 23 <i>Deutsche Dem</i> . Rep.								, .		

^a Vgl. Technixhe Erläuterungen ^b Das verarbeitende Gewerbe ist ein Teil des industriellen Sektors: seiv Anteilam BIP wird jedoch gesondert ausgewessen, da es typischerweise der dynamischste Bereich aes industriellen Sektors ist ^c Kursive Zahlen für 1966 und nicht für 1965. ^d Kursive Zahlen für 1982 und nicht für 1983. ^e Beruht auf Nettoproduktionswert. ^f Auf Basis von Angaben zu konstanten Preisen. Dienstleistungen einschließlich des unaufgeschlüsselten Teils des BIP

Tabelle 4: Wachstum von Verbrauch und Investition

	п		rchschnittliche jährliche			
	Öffentl Verbra		Privat Verbra		Bruttoir inves	
	1965—73 ^a	1973—83 ^b		1973—83 ^b		1973—83 ^b
Länder mit niedrigem Einkommen China und Indien Übrige Länder Afrika südl. der Sahara	5,9 w 4,9 w 4,7 w	6,8 W 3,3 W 2,7 W	3,5 w 3,5 w 3,1 w 2,8 w	4,5 w 4,8 w 3,2 w 0,9 w	8,4 w 7,0 w 3,0 w 6,3 w	5,7 5,9 w 4,4 w 2,2 w
1 Äthiopien 2 Bangladesch 3 Mali 4 Nepal 5 Zaire	3.7 C (.) 5,8	7,1 c 7,5 2,2	4,2 0,9 3,9 2,2	2,6 5,4 2.8	1.5 6,4 1,0	2.6 4,2 4,2 4,9
6 Burkina 7 Birma 8 Malawi 9 Uganda	10,7 3,0 c	3,6 C C	0,4 2,9 4,0 3,8		10,2 13,7 2,5 16.0 2,1	-3,7 14.1 -5,2
10 Burundi 11 Niger 12 Tansania 13 Somalia 14 Indien 15 Ruanda	2,1 c 6,8 2,8	2,3 c 1,5 8,8	4,7 -3.3 5.0 3,3 7,7	6.6 3,0 7,9 3.3	4.6 9,6 3.9 6.3	15,7 3,5 4,4 —8,2 4.2
16 Zentralafr. Rep. 17 Togo 18 Benin 19 China 20 Guinea	1,7 7.9 3,6 c	-1,5 8.4 3.7 C 6,4	3,6 6,0 1,1 3,7	3,2 3,3 3,1 5,5 2,0	2.3 3,3 3,9 8,9	6,7 0,2 10,3 6,6 0.7
21. Haiti 22 Ghana 23 Madagaskar 24 Sierra Leone 25 Sri Lanka	3.1 1,1 3,3 5,3 2,3	5.1 4.8 3,9 2,1 1,6	0,8 2,3 4,0 3,8 3,5	2,9 —1,3 —0,5 3,2 4,3	14,4 -3.5 3,9 -1,4 7.9	8,4 -8,1 -1,0 1,1 15,7
26 Kenia 27 Pakistan 28 Sudan 29 Afghanistan 30 Bhutan	13,1 6,2 1.4 C	6,3 4.7 4,5	5.8 5,9 -1,7 1,1	3,6 6,1 7,6	15,9 0.4 0,2 2,2	3,4 4,9 5,6
31. <i>Tschad</i> 32 Kambodscha 33 Laos 34 <i>Mosambik</i> 35 <i>Vietnam</i>	6,0		0,7		4,5 	
Under mit mittierem Einkommen Ölexporteure Ölimporteure Afrika südi. der Sahara	7,0 w 8,8 w 6,3 w 12,0 w	4,9 w 8,4 w 4,0 w 4,3 w	6,8 w 6,3 w 7,1 w 4,3 w	4,8 w 5,8 w 4,2 w 2,8 w	8.8 w 9,4 w 8,5 w 12,3 <i>w</i>	4,2 w 6,0 w 3,1 w 3,2 w
Untere Einkommenskategorie	8,5 w	6,1 W	5,4 w	4,4 w	8,4 w	5,1 w
36 Senegal 37 Lesotho 38 Liberia 39 Mauretanien 40 Bolivien	-1,2 5,4 4.5 6.1 8.4	6,6 4,1 1,4 2,3	0,1 6,9 0,3 2,7 3,1	3,3 0,1 3.0 2,9	8,1 11,0 5,6 12.5 6,9	-0.7 1,5 7,0 -11,4
11 Jemen. Dem. VR. 42 Jemen, Arab. Rep. 43 Indonesien 44 Sambia 45 Honduras	9,8 10.4 7,0	20,6 11,4 -0,8 6,3	7,1 -1,2 3.8	5,8 9,3 3,9 4,3	17,5 6,2 4,3	18,2 12.3 —12,5 0.7
46 Ågypten, Arab. Rep. 47 B. Salvador 48 Effenbeinküste 49 Simbabwe 50 Marokko	C 8.3 15.2 6.9 5,5	3,3 9,6 10,8 c	5.3 3.0 5,1 7.3 5,1	8.1 0,6 3,7 2.9 5,5	-1 ,5 3,7 10,2 9,2 11,0	12,0 -5.7 6,0 1,9 2,4
51. Papua-Neuguinea 52 Philippinen 53 Nigeria 54 Kamerun 55 Thailand	2.4 8,4 16,1 4,6 9.8	-2.2 3.7 3.3 5.9 9,4	5.2 4,0 4.9 3.4 6,9	3,1 4,6 2,5 5,4 5 . 9	10,9 4,4 15,2 8,6 7,6	4.2 7,3 3,5 10,6 6.2
56 N'caragua 57 Costa Rica 58 Peru 59 Guatemala 60 Kongo, VR	3,2 6,8 5,4 5,7 7,4	13,4 3,7 3,2 6,7 5,0	2,7 5,1 5,6 5,4 3,9	—4,3 1,9 1,9 3,7 10,8	3,3 9,3 2,6 5.3 9,3	-2,7 -3,4 -2,7 1.2 10,2
61 Türkei 62 Tunesien 63 Jamaika 64 Dorninikanische Rep.	5.7 5,7 13,6 —3,6	5,8 8.1 2,6 6,5	6,0 7,0 4,5 8,6	2,2 7,2 2,0 4,5	9.7 3,6 7,5 19.2	2,3 9,5 -6,5 2,5

	Öffent		rchschnittliche jährlich Priva		Bruttoir	nlands-
	Verbi	auch	Verbr		inves	
	1965—73 ^a	1973—83 ^b	1965—73 ^a	1973—83 ^b	1965—73a	1973—83
55 Paraguay	6,2	10,3	5,0	7,0	8,4	14,0
56 Ecuador	7,0	8,5	5,2	6,4	6,0 6,7	3,2 6,0
57 Kolumbien 68 <i>Angola</i>	8,8	6,5	6,5	4,5	0,7	0,0
69 Kuba		* *	# #		***	
70 Korea, Dem. Rep.	1.1					
71 Libanon	3,7		5,4		5,1	
12 Mongolische VR		1 ,				
Obere Einkommenskategorie	6.5 w	4.4 w	7,6 w	5,0 w	8,9 w	3,8 W
3 Jordanien		9,5		11,5 9,2		19.9
4 Syrien. Arab. Rep.	12,5	10.7	6.5	9,2	7,2	11.3
75 Malaysia	6 . 9 6,3	10.2 0.4	4.6 4.8	7,2 2.6	9,1	11,9
76 Chile, 77 Brasilien	7,3	4,4	10.2	6,0	(.) 11,3	-0.3 2,5
'8 Korea. Rep.	7,3 2,4	5.8 2,9	8,7	6,0	19.7	9.1
79 Argentinien	2,4	2,9	4,3 5,2	0.3	6,7	-2.0
80 Panama 31. Portugal	9,7 7,1	6,6		1.7	15.4 8.0	4.0
32 Mexiko	8,7	6,9	8.4 7,7	5,4	8,4	4.5
33 Algerien	5.8	10.8	6,4	9,5	17,4	7,2
34 Südafrika	5.2 2,1	3,7	6,1	1,1	6.1 3,9	7.0
85 Uruguay 86 Jugoslawien	2,1 2,2	3,7	4,1 9,7	1,1 3,9	3,9 4,8	7,0 5 . 2
37 Venezuela	6,8	5,2	5.5	7,1	9,0	2,5
38 Griechenland	5.7	5.2	6.9	3,0	11,1	-1.4
39 Israel	15.8	-1.1	6,9	5.4	13.3	-1.7
10 Hongkong 11 Singapur	6,9 16,3	9,4 6,4	9.5 9.9	10,2 6,1	3,7 22.7	10.8 9,2
2 Trinidad und Tobago	10,3 C	C	4,9	7.7	2,4	13,0
3 Iran, <i>Islamische</i> Rep.	17.3 C	3 *	7,9 3,3		11,2 7.2	, ,
Diexporteure mit			0,0		1,2	
ohem Einkommen	**		8,7 w		4,3 W	
5 Oman	C 19,8	7,3	22,1	9.0	2.7	3,7
96 Libyen 97 Saudi-Arabien	19,0 C	7,3 C	8,8	21,2	9.4	27,1
8 Kuwait	C	.,	4,3		0,8	
99 Vereinigte Arab. Emirate		7.1	¥ 1	1/1		3.3
Aarktwirtschaftliche ndustrieländer	3,2 w	2,6 w	4,8 w	2,6 w	5,4 w	0,8 w
Ø Spanien	4,0	4,4	6,1	1,8	6,7	-2,3
1 Irland 2 Italien	6,4 4.1	4,3 2,3	4,8 5,7	1,5 2,4	8,5 5,9	2,6 —1,0
3 Neuseeland	2.9	1,8	3,2	0,5	2,6	-1,0 -2,7
					4.4	-1.9
	4,9	2,9	5,0	2,2	4,1	1,0
5 Großbritannien	4,9 2,1	1,5	5,0 2,9	1,5	3,1	(.)
5 Großbritannien 6 Österreich	2,1 3,8 3,2	2,9	5,0	1,5 2,5	3,1 6,9	(.) 0,4
5 Großbritannien 6 Österreich 7 Niederlande 8 Japan	4,9 2,1 3.8 3,2 5,3	2,9 1,5 3.1 2,5 4,1	5,0 2,9 4,7 5,1 8,4	1,5 2,5 2,0 3,2	3,1 6,9 5,9 14,1	(.) 0,4 -2,1 3,1
5 Großbritannien 6 Österreich 17 Niederlande 18 Japan 19 Frankreich	2,1 3,8 3,2 5,3 3,0	2,9 1,5 3,1 2,5 4,1 3,0	5,0 2,9 4.7 5,1 8,4 5,3	1,5 2,5 2,0 3.2 3,3	3,1 6,9 5,9 14,1 6.9	(.) 0,4 2,1 3,1 0.3
5 Großbritannien 16 Österreich 17 Niederlande 18 Japan 19 Frankreich 10 Finnland	4,9 2,1 3,8 3,2 5,3 3,0 5,5	2,9 1,5 3,1 2,5 4,1 3,0	5,0 2,9 4,7 5,1 8,4 5,3	1,5 2,5 2,0 3,2 3,3	3,1 6,9 5,9 14,1 6.9	(.) 0,4 -2,1 3,1 0.3 -0,4
5 Großbritannien 6 Österreich 17 Niederlande 8 Japan 9 Frankreich 0 Finnland 1 Deutschland, Bundesrep	2,1 3,8 3,2 5,3 3,0	2,9 1,5 3,1 2,5 4,1 3,0	5,0 2,9 4,7 5,1 8,4 5,3 4,8 4,9	1,5 2,5 2,0 3,2 3,3 2,3 2,0	3,1 6,9 5,9 14,1 6.9 4,9	(,) 0,4 -2,1 3,1 0.3 -0,4 1,9
5 Großbritannien 6 Österreich 7 Niederlande 8 Japan 9 Frankreich 0 Finnland 1 Deutschland, Bundesrep 2 Australien 3 Dänemark	4,9 2,1 3,8 3,2 5,3 3,0 5,5 4,0 4,8 6,0	2.9 1.5 3.1 2.5 4.1 3.0 4.4 2.3 4.3 3.8	5.0 2,9 4.7 5.1 8.4 5.3 4.8 4.9 2.9	1.5 2.5 2.0 3.2 3.3 2.3 2.0 3.0 1.2	3,1 6,9 5,9 14,1 6.9 4,9 4,4 3.7 4,9	(.) 0,4 -2,1 3,1 0.3 -0,4 1,9 0,7 -3.3
14 Belgien 15 Großbritannien 16 Österreich 17 Niederlande 18 Japan 19 Frankreich 10 Finnland 1 Deutschland, Bundesrep 12 Australien 13 Dänemark 14 Kanada	4,9 2,1 3,8 3,2 5,3 3,0 5,5 4,0 4,8 6,0 6,2	2.9 1,5 3.1 2.5 4,1 3,0 4,4 2,3 4.3 3.8 1.5	5.0 2,9 4.7 5.1 8.4 5.3 4.8 4.9 2.9 5,3	1.5 2.5 2.0 3.2 3.3 2.3 2.0 3.0 1.2 2.7	3,1 6,9 5,9 14,1 6.9 4,9 4,4 3.7 4,9 3,8	0,4 -2,1 3,1 0.3 -0,4 1,9 0,7 -3.3 0,8
5 Großbritannien 6 Österreich 7 Niederlande 8 Japan 9 Frankreich 0 Finnland 1 Deutschland, Bundesrep 2 Australien 3 Dänemark 4 Kanada 5 Schweden	4,9 2,1 3,8 3,2 5,3 3,0 5,5 4,0 4,8 6,0 6,2	2.9 1,5 3.1 2.5 4,1 3,0 4,4 2,3 4.3 3.8 1.5	5.0 2,9 4.7 5.1 8.4 5.3 4.8 4,9 4.9 2.9 5,3	1,5 2,5 2,0 3,2 3,3 2,0 3,0 1,2 2,7	3,1 6,9 5,9 14,1 6-9 4,9 4,4 3.7 4,9 3,8 2.1	() 0,4 -2,1 3,1 0.3 -0,4 1,9 0,7 -3.3 0,8
5 Großbritannien 6 Österreich 7 Niederlande 8 Japan 9 Frankreich 0 Finnland 1 Deutschland, Bundesrep 2 Australien 3 Dänemark 4 Kanada 5 Schweden 6 Norwegen	4,9 2,1 3,8 3,2 5,3 3,0 5,5 4,0 4,8 6,0 6,2	2,9 1,5 3,1 2,5 4,1 3,0 4,4 2,3 4,3 3.8 1,5 3,0 3,8	5.0 2,9 4.7 5,1 8.4 5,3 4.8 4,9 4.9 2.9 5,3	1,5 2,5 2,0 3,2 3,3 2,0 3,0 1,2 2,7	3,1 6,9 5,9 14,1 6-9 4,9 4,4 3.7 4,9 3,8 2.1	() 0,4 -2,1 3,1 0.3 -0,4 1,9 0,7 -3.3 0,8
5 Großbritannien 6 Österreich 7 Niederlande 8 Japan 9 Frankreich 0 Finnland 1 Deutschland, Bundesrep 2 Australien 3 Dänemark 4 Kanada 5 Schweden 6 Norwegen 7 Vereinigte Staaten	4,9 2,1 3,8 3,2 5,3 3,0 5,5 4,0 4,8 6,0 6,2 4,9 5,6	2.9 1,5 3.1 2.5 4,1 3,0 4,4 2,3 4.3 3.8 1.5	5.0 2,9 4.7 5.1 8.4 5.3 4.8 4,9 4.9 2.9 5,3	1,5 2,5 2,0 3,2 3,3 2,0 3,0 1,2 2,7	3,1 6,9 5,9 14,1 6.9 4,9 4,4 3.7 4,9 3,8	0.4 -2.1 3.1 0.3 -0.4 1.9 0.7 -3.3 0,8
5 Großbritannien 6 Österreich 77 Niederlande 8 Japan 9 Frankreich 0 Finnland 1 Deutschland, Bundesrep 2 Australien 3 Dänemark 4 Kanada 5 Schweden 6 Norwegen 7 Vereinigte Staaten 8 Schweiz	4,9 2,1 3,8 3,2 5,3 3,0 5,5 4,0 4,8 6,0 6,2 4,9 5,6 1,8	2.9 1.5 3.1 2.5 4.1 3.0 4.4 2.3 4.3 3.8 1.5 3.0 3.8 2.4	5.0 2,9 4.7 5,1 8,4 5,3 4.8 4,9 4.9 2.9 5,3 2.9 5,3	1,5 2,5 2,0 3,2 3,3 2,0 3,0 1,2 2,7 1,0 4,5 2,9	3,1 6,9 5,9 14,1 6.9 4,9 4,4 3.7 4,9 3,8 2,1 4,5 2,7	() 0,4 -2,1 3,1 0.3 -0,4 1,9 0,7 -3.3 0,8 -1,7 -2,7 1,0
5 Großbritannien 6 Österreich 17 Niederlande 18 Japan 19 Frankreich 0.0 Finnland 1 Deutschland, Bundesrep 2 Australien 3 Dănemark 4 Kanada 5 Schweden 6 Norwegen 7 Vereinigte Staaten 8 Schweiz Dsteuropäische Gtaatshandelsländer 7 üngarn	4,9 2,1 3,8 3,2 5,3 3,0 5,5 4,0 4,8 6,2 4,9 5,6 1,8 3,9	2,9 1,5 3,1 2,5 4,1 3,0 4,4 2,3 4,3 3.8 1,5 3,0 3,8 2,4 1,5	5.0 2,9 4.7 5,1 8.4 5,3 4.8 4,9 4.9 2.9 5,3 2.9 3,7 4,0 4,5	1,5 2,5 2,0 3,3 2,3 2,0 3,0 1,2 2,7 1,0 4,5 2,9	3,1 6,9 5,9 14,1 6.9 4,9 4,4 3.7 4,9 3,8 2,1 4.5 2,7 5,3	(.) 0,4 -2,1 3,1 0.3 -0,4 1,9 0,7 -3.3 0,8 -1,7 -2,7 1,0 0,9
5 Großbritannien 6 Österreich 7 Niederlande 8 Japan 9 Frankreich 0 Finnland 1 Deutschland, Bundesrep 2 Australien 3 Dänemark 4 Kanada 5 Schweden 6 Norwegen 7 Vereinigte Staaten 8 Schweiz Deteuropäische itaatshandelsländer 9 Ungarn 0 Albanien	4,9 2,1 3,8 3,2 5,3 3,0 5,5 4,0 4,8 6,0 6,2 4,9 5,6 1,8 3,9	2,9 1,5 3,1 2,5 4,1 3,0 4,4 2,3 4,3 3,8 1,5 3,0 3,8 2,4 1,5	5.0 2,9 4.7 5.1 8.4 5.3 4.8 4.9 2.9 5,3 2.9 5,3 	1,5 2,5 2,0 3,3 2,3 2,0 3,0 1,2 2,7 1,0 4,5 2,9 1,1	3,1 6,9 5,9 14,1 6-9 4,9 4,4 3,7 4,9 3,8 2,1 4,5 2,7 5,3	(.) 0,4 -2,1 3,1 0.3 -0,4 1,9 0,7 -3.3 0,8 -1,7 -2,7 1,0 0,9
5 Großbritannien 6 Österreich 7 Niederlande 8 Japan 9 Frankreich 0 Finnland 1 Deutschland, Bundesrep 2 Australien 3 Dănemark 4 Kanada 5 Schweden 6 Norwegen 7 Vereinigte Staaten 8 Schweiz steuropäische taatshandelsländer 9 Vingarn 0 Albanien 1 Bulgarien	4,9 2,1 3,8 3,2 5,3 3,0 5,5 4,0 4,8 6,0 6,2 4,9 5,6 1,8 3,9	2.9 1.5 3.1 2.5 4.1 3.0 4.4 2.3 4.3 3.8 1.5 3.0 3.8 2.4 1,5	5.0 2,9 4.7 5.1 8.4 5.3 4.8 4.9 2.9 5.3 2.9 3.7 4,0 4,5	1,5 2,5 2,0 3,3 2,0 3,0 1,2 2,7 1,0 4,5 2,9 1,1	3,1 6,9 5,9 14,1 6,9 4,9 4,4 3,7 4,9 3,8 2,1 4,5 2,7 5,3	(.) 0,4 -2,1 3,1 0.3 -0,4 1,9 0,7 -3,3 0,8 -1,7 -2,7 1,0 0,9
5 Großbritannien 6 Österreich 7 Niederlande 8 Japan 9 Frankreich 0 Finnland 1 Deutschland, Bundesrep 2 Australien 3 Dänemark 4 Kanada 5 Schweden 6 Norwegen 7 Vereinigte Staaten 8 Schweiz Deteuropäische taatshandelsiänder 9 üngarn 0 Albanien 1 Bulgarien 2 Tschechoslowakei	4,9 2,1 3,8 3,2 5,3 3,0 5,5 4,0 4,8 6,0 6,2 4,9 5,6 1,8 3,9	2.9 1.5 3.1 2.5 4.1 3.0 4.4 2.3 4.3 3.8 1.5 3.0 3.8 2.4 1,5	5.0 2,9 4.7 5.1 8.4 5.3 4.8 4.9 2.9 5,3 2.9 5,3 	1,5 2,5 2,0 3,3 2,0 3,0 1,2 2,7 1,0 4,5 2,9 1,1	3,1 6,9 5,9 14,1 6-9 4,9 4,4 3,7 4,9 3,8 2,1 4,5 2,7 5,3	(.) 0,4 -2,1 3,1 0,3 -0,4 1,9 0,7 -3,3 0,8 -1,7 -2,7 1,0 0,9
5 Großbritannien 16 Österreich 17 Niederlande 18 Japan 19 Frankreich 10 Finnland 1 Deutschland, Bundesrep 2 Australien 3 Dänemark 4 Kanada 5 Schweden 6 Norwegen 7 Vereinigte Staaten 8 Schweiz Dsteuropäische Staatshandelsländer	4,9 2,1 3,8 3,2 5,3 3,0 5,5 4,0 4,8 6,0 6,2 4,9 5,6 1,8 3,9	2.9 1,5 3.1 2.5 4,1 3,0 4,4 2,3 4,3 3.8 1.5 3,0 3,8 2,4 1,5	5.0 2,9 4.7 5.1 8.4 5,3 4.8 4,9 4.9 2.9 5,3 2.9 3,7 4,0 4,5	1,5 2,5 2,0 3,3 3,3 2,0 3,0 1,2 2,7 1,0 4,5 2,9 1,1	3,1 6,9 5,9 14,1 6,9 4,9 4,4 3,7 4,9 3,8 2,1 4,5 2,7 5,3	(;) 0,4 -2,1 3,1 0,3 -0,4 1,9 0,7 -3,3 0,8 -1,7 -2,7 1,0 0,9

^a Kursive Zahlen für 1966—73 und nicht für 1965—73. ^b Kursive Zahlen für 1973—82 und nicht für 1973—83. ^cGesonderte Angaben für den öffentlichen Verbrauch liegen nicht vor; er wird deshalb unter dem privaten Verbrauch erfaßt.

Tabelle 5: Struktur der Nachfrage

		Verteilung des Bruttoinlandsprodukts (%)										
	Öffenti Verbra			ater rauch 1983 ^b	Bruttoir inves	lands-	Bruttoir ersp:	nlands-	Ausfuh Güteri Dienstl, Faktor	und (ohne		ourcen- Ido 1983b
Länder mit niedrigem Einkommen China und Indlen Übrige Länder Afrika südl, der Sahara	10 w 12 w 13 w	12 w 13 w 16 W	75 w 75 w 78 w 74 w	70 W 68 W 80 W 7 8 W	21 W 22 W 16 W 15 W	26 W 28 W 18 W 16 W	19 w 21 w 11 w 13 w	24 w 28 w 7 w 7 w	6 w 4 w 18 w 24 w	9 w 8 w 15 w	-2 w -1 w -5 w -2 w	-2 W (.) W -11 W -8 W
Athiopien Bangladesch Mali Nepal Zaire	11 9 17 C 18	17 8 27 C 19	77 83 72 100 44	81 91 75 91 <i>55</i>	13 11 23 6 28	11 17 17 20 24	12 8 11 (.) 38	2 2 —2 9 26	12 10 13 8 70	12 8 23 10 <i>33</i>	-1 -4 -11 -6 10	_9 -15 -19 -11 2
6 Burkina 7 Birma 8 Malawi 9 Uganda 10 Burundi	7 C 16 10 7	14 14 16 c	91 87 82 78 89	100 69 70 95 79	10 19 14 11 6	12 22 23 8 21	2 13 2 12 4	—15 17 14 5 7	9 14 16 26 10	17 8 19 5	-8 -6 -12 1 -2	-27 -5 -9 -3 -14
11 Niger 12 Tansania 13 Somalia 14 Indien 15 Ruanda	8 10 8 10 14	10 22 24 11	84 74 84 74 81	79 70 78 67	15 15 11 18 10	25 20 20 25	9 16 8 16 5	11 8 2 22	12 26 17 4 12	22 11 10 6	-7 1 -3 -2 -5	-14 -12 -22 -3
16 Zentralafr. Rep. 17 Togo 18 Benin 19 China 20 Guinea	22 8 14 c	13 17 12 c	67 76 83 75	89 79 91 69 65	2l 22 12 25	11 23 12 31 14	11 17 3 25	→ 4 3 31 16	27 20 14 3	23 31 20 9 29	- 11 -6 -9 (.)	13 19 14 1
21. Haiti 22 Ghana 23 Madagaskar 24 Sierra Leone 25 Sri Lanka	8 14 23 8 13	12 6 15 7 8	90 77 74 83 74	85 90 81 91 78	7 18 10 12 12	16 8 14 9 29	2 8 4 9 13	3 5 4 2 14	13 17 16 30 38	27 5 13 12 26	-5 -10 6 -3	-13 -3 -10 -7 -15
26 Kenia 27 Pakistan 28 Sudan 29 Afghanistan 30 Bhutan	15 11 12 C	20 11 13	70 76 79 99	61 82 88	14 21 10 11	21 17 15	15 13 9 1	19 7 -1 	31. 8 15 11	25 13 11	1 -8 -1 -10	-2 - 11 -16
31. Tschad 32. Kambodscha 33. Leos 34. Mosambik 35. Vietnam	14 16		84 71		9 13	 	2 12		23 12		—7 —1	
Länder mit mittlerem Einkommen Ölexporteure Ölimporteure Afrika südl. der Sahara	11 w 11 w 11 w 11 w	13 W 14 W 13 W 13 W	68 w 68 w 67 w 70 w	66 W 62 W 68 W 68 W	21 w 19 w 22 w 18 w	22 W 22 W 23 W 20 W	21 W 21 W 21 W 19 W	21 w 24 w 20 w 19 w	18 W 19 W 18 W 27 W	24 w 25 w 23 w 21 w	(.) w 2 w -1 w 1 w	-1 w 2 w -3 w -1 w
Untere Einkommenskategorie	11 w	13 w	73 w	70 w	17 w	22 w	16 w	17 w	17 w	21 w	1 w	-5 w
36 Senegal 37 Lesotho 38 Liberia 39 Mauretanien 40 Bolivien	17 18 12 19 10	19 31 23 23 9	75 109 61 54 80	78 146 62 88 94	12 11 17 14 16	17 29 20 18 7	8 26 27 27 11	3 77 14 11 3	24 16 50 42 17	28 14 40 47 19	-4 -38 10 13 -5	~1 3 ~106 ~5 ~29 ~10
41 Jemen, Dem. VR. 42 Jemen, Arab. Rep. 43 Indonesien 44 Sambia 45 Honduras	6 15 10	41 11 26 15	88 44 75	79 69 60 72	7 26 15	29 24 15 17	6 41 15	-20 20 15 13	5 50 27	7 25 31 27	(.) 15 (.)	-50 -4 -1 -4
46 Ägypten, Arab. Rep. 47 El Salvador 48 Elfenbeinküste 49 Simbabwe 50 Marokko	19 9 11 12 12	25 13 17 20 20	67 79 69 65 76	63 81 67 61 69	18 15 19 15 10	28 12 18 22 21	14 12 20 23 12	12 6 16 19	18 27 35 	29 21 34 23	-4 -2 1 8	-16 -7 -2 -3 -9
51 Papua-Neuguinea 52 Philippinen 53 Nigeria 54 Kamerun 55 Thailand	34 9 7 14 10	25 8 11 10 13	64 70 76 73 71	63 71 70 54 67	22 21 19 13 20	31 27 19 27 25	2 21 17 13 19	12 21 19 37 20	18 17 18 25 18	39 20 16 32 22	-20 (.) -2 -1 -1	-18 -7 0 10 -5
56 Nicaragua 57 Costa Rica 58 Peru 59 Guatemala 60 Kongo, VR	8 13 12 7 14	31 16 15 8 13	74 78 69 82 80	61 64 72 83 51	21 20 21 13 22	20 21 13 11 46	18 9 19 10 5	8 20 14 9 35	29 23 16 17 36	21 35 21 13 55	-3 -10 -1 -3 -17	-13 -1 1 -2 -11
61 Türkei 62 Tunesien 63 Jamaika 64 Dominikanische Rep.	12 15 8 18	10 17 21 9	74 71 69 75	73 63 69 73	15 28 27 9	21 29 22 22	13 14 23 7	16 20 9 18	6 19 33 15	16 35 40 15	-1 -13 -4 -2	-4 -9 -13 -4

					Verteilung	des Brutto	inlandspro	odukts (%)				
	Öffent Verbr			ater rauch	Bruttoir inves			nlands- arnis	Ausful Güter Dienstl Fakto	(ohne		urcen- ldo
	1965 ^a	1983 ^b	1965 ^a	1983 ^b	1965 ^a	1983 ^b	1965 ^a	1983 ^b	1965 ^a	1983 ^b	1965 ^a	1983 ^t
65 Paraguay 66 Ecuador 67 Kolumbien 68 <i>Angola</i> 69 <i>Kuba</i>	7 9 8	7 12 12	79 80 75	78 65 73	15 14 16	26 17 19	14 11 17	15 24 15	15 16 11	8 25 10	-1 -133 1 ···	11 7 4
70 Korea. Dem. Rep. 71 Libanon 72 Mongolische VR	10		81		22		9		36		-13	
Obere Elnkornrnenskate orie			65 w	64 w	23 w	22 w	24 w	23 w	19 w	25 w	l w	Ιw
73 Jordanien 74 Syrien, Arab. Rep. 75 Malaysia 76 Chile, 77 Brasilien	14 15 11 11	26 21 18 15 10	76 63 73 62	91 66 53 75 69	10 18 15 25	40 23 34 8 21	10 23 16 27	-16 13 29 11 21	17 44 14 8	43 12 54 24 8	1 4 1 2	-56 -11 -5 2 -1
78 Korea, Rep. 79 Argentinien 80 Panama 81 Portugal 82 Mexiko	9 8 11 12 7	11 12 23 15 11	83 69 73 68 72	62 70 53 69 61	15 19 18 25 22	27 13 29 29 17	8 22 16 20 21	26 18 24 16 28	9 8 36 27 9	37 13 39 32 20	-7 3 -2 -5 -1	-1 5 -5 -13 11
83 Algerien 84 Sudafrika 85 Uruguay 86 Jugoslawien 87 Venezuela	15 11 15 18 12	16 12 15 14	66 62 68 52 54	46 73 49 63	22 28 11 30 24	37 10 35 12	19 27 18 30 34	38 i 4 37 23	22 26 19 22 31	28 24 30 26	(.) 7 (.) 10	1 4 1 10
88 Griechenland 89 Israel 90 Hongkong 91 Singapur 92 Trinidad und Tobago	12 20 7 10	19 30 8 11 C	73 65 64 80 66	70 61 67 47 69	26 29 36 22 23	22 22 27 45 34	15 15 29 10 23	12 9 25 42 31	9 19 71 123 39	19 33 95 176 36	11 13 7 12 (.)	-10 -13 -2 -3 -3
93 Iran, Islamische Rep. 94 Irak	13 20		63 50		17 16	, =	24 31		20 38		6 15	
Ölexporteure mit hohem en	15 w	26 w	32 w	35 w	19 w	29 w	53 w	39 w	61 w	53 w	34 w	10 w
95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait 99 Vereinigte Arab. Emirate	14 18 13	c 34 27 19 22	36 34 26	54 31 33 51 29	29 14 16	29 23 31 23 32	50 48 60	46 35 40 29 50	53 60 68	61 43 54 56 52	2 i 34 45	18 12 8 7 17
Marktwirtschaftliche Industrieländer	15 w	18 w	61 w	63 W	23 w	20 w	23 w	20 w	12 w	18 w	(.) w	(.) w
00 Spanien 01 Irland 02 Italien 03 Neuseeland 04 Belgien	7 14 15 12 13	12 20 19 17 18	71 72 62 63 64	70 59 63 58 65	25 24 20 27 23	20 23 17 25 16	21 15 23 25 23	18 21 18 25 17	11 35 16 22 36	18 53 26 31 74	-3 -9 3 -2 (.)	-2 -2 1 -1
05 Großbritannien 06 Österreich 07 Niederlande 08 Japan 09 Frankreich	17 13 15 8 <i>13</i>	22 19 18 10 16	64 59 59 58 61	60 58 60 59 64	20 28 27 32 26	17 22 18 28 20	19 27 26 33 <i>26</i>	18 23 22 30 20	20 26 43 11 14	27 43 58 14 23	-1 -1 -1 1 (.)	1 1 4 2 —1
10 Finnland 11 Deutschland, Bundesrep. 12 Australien 13 Dänemark 14 Kanada	14 15 11 16 15	19 20 17 27 21	60 56 63 59 60	55 57 63 54 57	28 28 28 26 26	25 21 21 16 19	26 29 26 25 25	25 23 20 18 22	21 18 15 29 19	31 30 15 36 26	-2 (.) -2 -2 (.)	(.) 2 -1 2 3
15 Schweden 16 Norwegen 17 Vereinigte Staaten 18 Schweiz	18 15 17 10	28 19 19 13	56 56 62 60	52 48 66 63	27 30 20 30	17 24 17 24	26 29 21 30	20 33 15 24	22 41 5 29	35 46 8 35	-1 -1 1 -1	2 8 -2 (.)
Osteuropäische Staatshandelsländer												
19 Ungarn 20 Albanien 21 Bulgarien 22 Tschechoslowakei		10	7 Aj	61	26	07	25	20		40		
23 Deutsche Dem. Rep. 24 Polen							, .					- : :
25 Rumänien 26 Sowjetunion												

a Kursive Zahlen für 1966 und nicht für 1965. b Kursive Zahlen für 1982 und nicht für 1983. Gesonderte Angaben für den öffentlichen Verbrauch liegen nicht vor; er wird deshalb unter dem privaten Verbrauch erfaßt

Tabelle 6: Landwirtschaft und Nahrungsmittel

	Wertschöpfung in der Landwirtschaft (in Mio \$ von 1980) 1970 1983a		eeinfuhr metr. t) 1,983	Nahrungsr in Fom Getre (in Tsd. I	n von eide	verbr (in 100 g	Pflanzen- stoffe	Durchschnittsindex der Nahrungsmittel produktion pro Kop (1974—76 = 100) 1981—83
L änder mit niedrigem Einkommen China und Indien Übrige Under Afrika südi. der Sahara		22.899 s 14.437 s 8.462 s 2.232 s	30.553 s 23.447 s 7.106 s 3.277 s	5.661 s 4.079 s 765 s	4.572 s 327 s 4.245 s 1.969 s	179 w 230 w 148 w 23 w	592 w 804 w 387 w 42 w	111 w 115 w 102 w 94 w
1 Åthiopien 2 Bangladesch 3 Mali 4 Nepal 5 Zaire	1.663 1.971 5.427 6.545 403 606 1.102 1255 1.503 1.866	118 1.719 281 19 343	325 1.844 183 72 273	59 2.130 114 0 (.)	344 1.252 88 44 110	4 142 29 30 8	26 512 30 138 8	106 101 106 91 93
6 Burkina 7 Birrna 8 Malawi 9 Uganda 10 Burundi	444 517 1.705 3.256 2.579 2.614 468 585	99 26 17 37 7	59 7 21 19 20	0 14 (.) 16 6	45 10 3 14 7	3 34 52 13 5	42 167 138	100 121 101 91 97
11 Niger 12 Tansania 13 Somalia 14 Indien 15 Ruanda	851 649 1.583 1.886 434 570 45.793 58.981	155 431 42 5.261	45 214 246 4.280 23	75 148 110 1.582 19	12 171 189 282 12	1 30 31 114 3	8 44 9 346 10	1 22 103 72 108 114
16 Zentralafr. Rep. 17 Togo 18 Benin 19 China 20 Guinea	241 325 212 238 415 73.170 116.986 755	7 6 8 9.176 63	29 61 67 19.167 112	1 0 9	5 5 14 45 25	11 3 33 418 18	4 19 17 1.575	94 99 95 119 85
21. Haiti 22 Ghana 23 Madagaskar 24 Sierra Leone 25 Sri Lanka	2.323 2.265 1.111 1.171 261 312 812 1.199	83 177 114 72 951	209 285 240 119 775	25 43 7 10 271	90 58 141 29 369	4 9 56 13 496	51. 98 52 6 713	90 65 90 98 127
26 Kenia 27 Pakistan 28 Sudan 29 <i>Afghanistan</i> 30 Bhutan	1,223 2,253 5,005 7,061 1,610 2,318	15 1.274 125 5 23	160 396 435 156 13	2 619 50 10 0	165 369 330 66 3	224 168 3L 24 (.)	289 616 44 56 10	86 105 94 105 104
31. Tschad 32 Kambodscha 33 Laos 34 Mosambik 35 Vietnam	339	50 223 53 62 1.854	54 83 35 287 239	13 226 13 34 6	36 46 (.) 166 27	7 13 4 27 512	17 36 6 130 506	101 98 125 68 111
Under mit mittlerem Einkommen Ölexporteure Ölimporteure Afrika südi, der Sahara		41.293 s 18.022 s 23.271 s 1.521 s	78.552 s 43.580 s 34.972 s 4.859 s	2.340 s 1.078 s 1.262 s 111 s	4.127 s 2.355 s 1.772 s 411 s	211 w 139 w 254 w 40 w	445 W 468 W 432 W 91 W	105 w 105 w 105 w 93 w
Untere Einkommenskategorie		16.776 s	29.831 s	1.491 s	3.999 s	176 w	398 w	105 w
36 Senegal 37 Lesotho 38 Liberia 39 Mauretanien 40 Bolivien	603 702 94 235 334 259 258 540 643	341 49 42 115 207	591 91 126 227 415	28 14 3 48 22	91 28 57 71 164	20 17 55 6 13	35 151 35 5 8	71 76 92 102 87
41 Jemen, Dem. VR. 42 Jemen, Arab. Rep. 43 Indonesien 44 Sambia 45 Honduras	451 761 12.097 20.225 444 562 477 664	149 158 1.919 93 52	205 556 2.992 247 83	38 0 301 1 31	9 28 155 83 95	(.) 1 119 71 160	109 51 750 185 137	84 80 121 74 107
46 Agypten. Arab. Rep. 47 Il Salvador 48 Elfenbeinküste 49 Simbabwe 50 Marokko	3.282 4.728 736 871 1.733 2.670 557 673 2.783 2.848	3.877 75 172 56 891	8.154 171 562 124 1.896	610 4 4 75	1.816 211 0 6 142	1.282 1.048 71 466 130	3.346 830 85 532 253	92 91 108 79 89
51 Papua-Neuguinea 52 Philippinen 53 Nigeria 54 Kamerun 55 Thailand	655 926 5.115 8.609 17.186 16.001 1.492 1.955 5.631 9.444	71 817 389 81 97	155 1.343 2.336 178 225	89 7 4 0	0 49 0 6 9	76 214 3 28 76	151 288 65 57 183	95 11.3 98 84 11.2
56 Nicaragua 57 Costa Rica 58 Peru 59 Guatemala 60 Kongo, VR	410 608 666 898 1.716 1.649	44 110 637 138 34	109 201 1.772 129 90	3 1 37 9 2	51 194 111 19 9	184 1.086 297 224 112	186 1.134 266 498 19	74 88 82 102 99
61. Tiirkei 62 Tunesien 63 Jamaika 64 DominikanischeRep.	8.701 12.890 697 1.191 204 209 993 1.577	1.276 307 340 252	177 1.131 394 392	70 1 1 16	0 160 127 167	166 82 886 354	535 168 571 353	104 87 95 95

	Wertsch in d Landwii (in M von 1	ler tschaft lio \$	Getreide (in Tsd.		ın For	smittelhilfe m von reide metr. t)	verb (in 100 g n äh r	emittel- rauch Pflanzen- rstoffe baufläche)	Durchschnittsindex der Nahrungsmittel- produktion pro Kopf (1974—76 = 100)
	1970	1983 ^a	1974	1983	1974/75 ^b	1982/83 ^b	1970 ^c	1982	1981—83
65 Paraguay 66 Ecuador 67 Kdumbien 68 Angola 69 Kuba	640 1.054 4.247	1.193 1.343 6.660	71 152 503 149 1.622	94 400 1.017 287 2.105	10 13 28 0	1 8 1 60 2	58 123 310 45 1.539	39 277 538 14 1.726	109 92 106 82 127
70 Korea, <i>Dem</i> . Rep. 71 <i>Libanon</i> 72 Mongolische <i>VR</i>			1.108 354 28	350 407 99	21.	69	1.484 1.279 18	3.382 1.487 109	111 124 88
Obere Einkommenskategorie		- ,	24.51 7 s	48.721 s	849s	128s	242 w	486 W	106 w
73 Jordanien 74 Syrien, Arab. Rep. 75 Malaysia 76 Chile, 77 Brasilien	185 1.057 3.511 1.597 18.425	264 2.751 6.401 2.024 33.202	71 339 1.017 1.737 2.485	572 1.487 1.785 1.370 4.925	63 47 1 331 31	40 28 0 2	20 67 436 317 169	346 270 1.021 189 365	107 129 113 102 113
78 Korea, Rep. 79 Argentinien 80 Panama 81 Portugal 82 Mexiko	8.176 3.947 292	12.250 5.332 344 2.194 16.968	2.679 0 63 1.860 2.881	6.354 0 90 3.031 8.483	234 3 0	53 3 0	2.466 24 391 411 246	2.817 31 469 720 778	109 112 102 82 106
83 Algerien 84 Sûdafrika 85 Uruguay 86 Jugoslawien 87 Venezuela	1.731 897 5.486 1.168	2.693 893 8.310 1.616	1.816 127 70 992 1.270	3.667 1.517 114 409 2.555	54 31	0	174 425 392 766 165	211 831 376 1.199 408	83 93 106 108 91
88 Griechenland 89 Israel 90 Hongkong 91 Singapur 92 Trinidad und Tobago	4.929 321 118 160	6.049 244 143	1.341 1.176 657 682 208	242 1.495 907 1.455 292	53 (.)	o (;)	858 1.394 2.667 640	1.606 1.783 7.833 304	1.02 93 101 1.07 70
93 Iran, <i>Islamische</i> Rep. 94 <i>Irak</i>			2.076 870	4.456 3.512	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	(.)	76 35	656 145	103 110
Ölexporteure mit hohem Einkommen			1.879 s	5.250 s			58 w	55 w	
95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait 99 Vereinigte Arab. Emirate	168 833 42	572 1.713 108	52 612 482 101 132	173 808 3.482 459 328			(.) 64 44 (.) (.)	272 385 832 7.320 3.324	84 34
Marktwirtschaftliche Industrieländer			65.494 s	61.752 s			985 w	1.115 w	107 w
100 Spanien 101 Irland 102 Italien 103 Neuseeland 104 Betgien ^d	10.888 22.099 2.212	25.577 2.798	4.675 631 8.100 92 4.585	6.445 514 6.128 89 6.043			595 3.573 962 8.875 5.686	725 6.438 1.614 9.468 5.206	101 97 112 110 103
105 Großbritannien 106 Österreich 107 Niederlande 108 Japan 109 Frankreich	7.913 2.903 3.986 38.299 24.282	10.269 3.004 6.675 39.554 29.090	7.541 165 7.199 19.557 654	3.416 59 4.254 25.296 1.889			2.521 2.517 7.165 3.849 2.424	3.647 2.159 7.381 4.121 2.993	119 111 112 91 112
110 Finnland 111 Deutschland, Bundesrep. 112 Australien 113 Dänemark 114 Kanada	4.014 15.442 7.102 2.316 8.625	3.923 19.586 8.337 3.381 11.507	222 7.164 2 462 1.513	62 4.209 32 51.0 449			1.931 4.208 246 2.254 192	2.242 4.350 237 2.462 437	101 113 103 117 121
115 Schweden 116 Norwegen 117 Vereinigte Staaten 118 Schweiz	3.983 2.048 62.108	4.252 2.380 66.669	301 713 460 1.458	122 404 594 1.237			1.639 2.471 800 3.842	1.612 3.185 867 4.139	108 114 108 112
Osteuropäische Staatshandelsländer			18.543 s	41.006 s			635 w	1.128 w	100 w
119 Ungarn 120 Albanien 121 Bulgarien 122 Tschechoslowakei 123 Deutsche Dem. Rep.	2.782	4.290	408 48 649 1.296 2.821	87 3 204 778 3.221			1.485 745 1.446 2.402 3.202	2.885 1.550 2.501 3.369 2.815	119 105 117 110 108
124 Polen 125 Rumänien 126 Sowjetunion			4.185 1.381 7.755	3.389 1,192 32.132		83	1.715 559 437	2.134 1.591 867	91 114 98

a Kursive Zahlen für 1982 und nicht für 1983. b Angaben für die Erntejahre 1974175 und 1982/83 c Durchschnitt 1969—71 d Einschließlich Luxemburg.

Tabelle 7: Industrie

	Verte		schdpfung i m Vera r o und Preisen von 1		werbe	Werts	schöpfung
	Nahrungsmittel und Land- wirtschaft 1982 ^a	Textilien und Bekleidung 1982 ^a	Maschinenbau, Elektrotechnik, Fahrzeuge 1982 ^a	Chemische Erzeug- nisse 1982a	Übriges Verarbeitendes Gewerbe 1982 ^a	ım Vera Ge	arbeitenden ewerbe \$ von 1975) 1982
Inder mit niedrigem Inkommen China und Indien Übrige Länder Afrika südi. der Sahara	6.7216						
thiopien 2 Bangladesch 3 Mali 4 Nepal	27 30 30	27 37 53	4 5	17 1	44 12 11	236 647 44	361 1.294 57
5 Zaire		18/6 18/6	1 7 7 7		en en	322	253
6 Burkina 7 Birma 8 Malawi 9 Uganda 0 Burundi	74 31 54 54	7 14 10 25	 	11 4	8 50 36 21	67 287 44 183 32	137 486 76 81 53
1 Niger 2 Tansania 3 Somalia 4 Indien 5 Ruanda	15	16	20	14	35	54 190 42 10.232	158 151 53 16.210 107
6 Zentralafr. Rep. 7 Togo 8 Benin 9 China 0 Guinea	57 	28	0	2	13 	68	29 13 59
L Haiti 2 Ghana 3 Madagaskar 4 Sierra Leone 5 Sri Lanka						364 295 25 556	198 233 38 748
5 Kenia 7 Pakistan 8 Sudan 9 Afghanistan 0 Bhutan	26 46 	10	31 7	8 16 	25 17	167 1.492 253	536 2.967 433
L Tschad 2 Kambodscha 3 Laos 4 <i>Mosambik</i> 5 Vietnam						37	21.
änder mit mittlerem inkommen Ölexporteure Ölimporteure Afrika südl. der Sahara		W. N. F.	Wega 2015	200000		32063	
Intere Einkommenskategorie 6 Senegal	39	22			39	276	443
o Sei legal 7 Lesotho 8 Liberia 9 Mauretanien 0 Bolivien				*** *** **		276 3 25 18 241	10 39 26 344
. Jemen, Dem. VR. 2 Jemen. Arab. Rep. 3 Indonesien 4 Sambia 5 Honduras	29 16	7 24	7 10	12 12	45 38	25 1.517 319 138	118 6.072 427 246
6 Agypten, Arab. Rep. 7 El Salvador 8 Elfenbeinküste 9 Simbabwe 0 Marokko	 21. 31.	19 12	10 9	11 10	 39 38	1.835 252 398 552 1.138	4.847 255 705 925 1.960
L Papua-Neuguinea 2 Philippinen 3 Nigeria 4 Karnerun 5 Thailand	39 33	13 18	9 12 	9	30 26	59 2.659 1.191 199 1.675	138 5.510 4.049 533 4.837
6 Nicaragua 7 Costa Rica 8 Peru 9 Guatemala 0 Kongo, VR	 26 37	13 5	 1 1	 12 7	 38 51	282 261 2.929	382 452 3.963
1 Türkei 2 Tunkeien 3 Jamaika 4 Dominikanische Rep.	24 22 69	II 12 4	14 13	12 16 6	38 37 20	3.678 222 328 483	6.898 841 284 1.005

	Verte		schdpfung im Vera und Preisen von		verbe		schdpfung
	Nahrungsmittel und Land- wirtschaft	Textilien und Bekleidung	Maschinenbau, Elektrotechnik, Fahrzeuge	Chemische Erzeug- nisse	Ubriges Verarbeitendes Gewerbe	Ge	arbeitenden ewerbe \$ von 1975)
	1982ª	1982 ^a	1982ª	1982 ^a	1982 ^a	1970	1982
5 Paraguay	36	12	14	4	34	203	455
6 Ecuador	26 32	15 <i>15</i>	11 <i>11</i>	7 12	41 30	432 1.625	1.247 2.686
7 Kolumbien 8 Angola	32	15	11	12		1.020	2.000
9 Kuba	38	13	1	16	32		
0 Korea, Dem. Rep.							
1 Libanon	4.1				::		
2 Mongolische VR	21	29		5	45		
bere Einkommenskategorie	5000		Aller Street Free				988
3 Jordanien 4 Syrien. Arab. Rep.	27	32	4	4	33	55 706	1.510
5 Malaysia	20	7	22	5	46	1.022	3.287
6 Chile	19	4	11	12	54	1.881	1.694
7 Brasilien	15	10	23	13	39	19.235	43.300
8 Korea, Rep.	15 14	22 11	20 21	11 14	32 40	2.368 9.554	11.492 8.980
9 Argentinien 9 Panama	51	11	2	6	30	204	288
l Portugal	11	18	22	15	34		
2 Mexiko	19	8	20	12	41	14.592	30.217
3 Algerien	16	20	8	3	53	1.068	3.643
l Südafrika 5 Uruguay	15 37	12 18	18 9	11 9	44 27	723	787
5 Oruguay 5 Jugoslawien	37 15	14	20	8	43	4.844	12.605
7 Venezuela	27	6	8	8	51	3.419	5.709
3 Griechenland	21	25	9	9	36	2.558	4.381
9 Israel	15	12	25	8	40	1.01.1	0.070
) Hongkong 1 Singapur	5	3	53	5	34	1.914 827	3.679 2.431
2 Trinidad und Tobago	5					404	434
3 Iran, <i>Islamische</i> Rep.	14	21	10	5	50	2.601 522	
lexporteure mit						322	
5 Oman		(8)87			(6. 6.	454	
6 Li byen 7 Saudi-Arabien	4	19194			96	154 1.726	638 3.817
8 Kuwait						368	894
9 Vereinigte Arab Emirate	4.4	F 1	4.7	47.4	* *		× 9
arktwirtschaftliche dustrieländer							
0 Spanien	13	15	16	10	46	18.331	28.734
1 Irland 2 Italien	24 10	10 15	13 30	15 7	38 38		
2 stallen 3 Neuseeland	24	11	30 16	4	38 45		8.4
Belgien	19	8	28	13	32	14.386	19.192
Großbritannien	13	7	35	10	35	58.677	52 963
6 Österreich	15	8	24	7	46	9 112	13.363
⁷ Ni ederlande 3 Japan	19 7	4 5	28 39	13 8	36 41	18.684 118 403	23 525 252 581
Frankreich	17	7	33	8	35	75 800	106.356
) Finnland	12	7	25	7	49	5.636	9.067
Deutschland, Bundesrep.	10	5	38	10	37	149.113	187.404
2 Australien 3 Dänemark	19 24	8	21 25	9	43 37	20.206 5.858	23.604 8.138
Kanada	15	7	22	7	49	25.748	32.315
Schweden	10	3	35	7	45'	16.743	18 046
Norwegen	14	3	30	8	45	5.322	6 181
Vereinigte Staaten	12	6	32	12	38	328.200	414.600
Schweiz steuropäische	21	8	21	14	36		
aatshandelsländer	11	0	20	10	40	2 244	6.067
) Ungarn) <i>Albanien</i>		9	30		40	3 244	6 267
Bulgarien	24	16	16	6	38		
2 Tschechoslowakei 3 Deutsche Dem Rep	7 17	9 10	38 35	8	38 29		
Polen	5	18	33	9	35		
1 01011							
i Rumănien	11 12	15	31	12	31		, .

a Kursive Zahlen für 1981 und nicht für 1982.

Tabelle 8: Kommerzielle Energie

	Energiepro	Zuwachs	liche jährliche raten (%) Energieve	erbrauch	Energieve pro K (in kg Ölei	opf		eeinfuhr r Waren- fuhr
	1965—73 ^a	1973—83	1965—73	1973—83	1965	1983	1965	1983 ^l
Länder mit niedrigem Einkommen China und Indien Übrige Länder Afrika südl. der Sahara	10,0 w 10,1 w 8,0 w 10,4 w	6,1 W 6,0 W 7,1 W 8,4 W	9,7 w 10,2 w 6,1 w 9,5 w	5,5 w 5,6 w 3,4 w 1,1 w	128 w 143 w 67 w 45 w	276 w 341 w 80 w 56 w	8 w 7 w 8 w	::
1 Äthiopien 2 Bangladesch 3 Mali 4 Nepal 5 Zaire	11,1 80,5 27,2 4,8	6,2 12,6 5,0 7,3 9,1	11,4 	4,4 7,4 4,8 7,3 1,5	10 15 6 67	19 36 22 13 77	8 16 , .	20
6 Burkina 7 Birma 8 Malawi 9 Uganda 10 Burundi	9,6 31.1 3,7	7,2 8,3 —2.6 30,2	8,0 5,9 8,3 8,4 5,6	10,7 5,7 4.3 —5,8 12,5	8 39 25 36 5	22 65 45 23 17	11 4 7 	50
11 Niger 12 Tansania 13 Somalia 14 Indien 15 Ruanda	6,8 3,7 15,7	5,9 7,7 2,0	14,7 10,5 9.3 5.1 11.4	11,7 —2,6 16,8 6,6 13.0	8 37 15 100 8	43 38 84 182 35	9 9 8 10	17
L6 Zentralafr. Rep. L7 Togo L8 Benin L9 China 20 Guinea	10.6 -6.1 11.8 17.1	3,9 27,4 5,7 2,2	9.8 12,9 19,7 11,9 2,3	4,7 13,9 0,3 5,4 1,5	22 25 21 170 56	35 88 39 455 54	7 6 14 	18
ZL Haiti 22 Ghana 23 Madagaskar 24 Sierra Leone 25 Sri Lanka	43.4 8,6	9,7 1,0 2,3	6.2 15.0 13.6 5.1 5,3	6,9 -0.4 1,4 6,9 3,4	25 76 33 90 107	55 111 59 102 143	6 8 11 6	32 40
26 Kenia 27 Pakistan 28 Sudan 29 Afghanistan 30 <i>Bhutan</i>	9.9 5,8 14,7 46,5	15.0 8,6 9,0 -0,3	7,1 1,7 12,4 5,5	1.4 7,8 -3,3 2,4	114 136 67 30 106	109 197 66 46	7 5 8	49 57
31. Tschad 32 Kambodscha 33 Laos 34 Mosambik 35 Vietnam	4,6 3,4	20.2 18,6 5.6	19,8 16,6 9,3 6.7	0,8 7.0 1.5 -2,1	19 22 93	76 95 90	23 7 13	
Länder mit mittlerem Einkommen Ölexporteure Ölimporteure Afrika südi. der Sahara	8.5 w 9,1 w 6,0 w 30,8 w	(.) w -1,5 w 5,4 w -2,5 w	7,9 w 7,2 w 8,2 w 8,9 w	5,2 w 7,1 w 4,2 w 7,0 w	380 w 295 w 448 w 90 w	745 w 606 w 866 w 189 w	8 w 5 w 10 w 5 w	29 v 35 v
Untere Einkommenskategorie	15,9 w	2,2 <i>w</i>	7,4 w	5,5 w	183 w	382 W	8 w	
36 Senegal 37 Lesotho 38 Liberia 39 Mauretanien 40 Bolivien	37,0 17,8	-0,4 -0,2	14,3 16,1 16.0 5,2	-2,8 1,9 3,6 6,1	169 181 48 156	151 357 130 292	8 6 2 1	58
11 Jemen, Dem. VR. 12 Jemen, Arab. Rep. 13 Indonesian 14 Sambia 15 Honduras	12.7 26,3 15,6	2,7 6,4 10,9	-21,7 16,5 6,4 1,6 10,4	7.1 22,4 7,8 1,9 3,9	7 91 464 111	934 116 204 432 204	63 3 5 5	20
16 Ägypten, Arab. Rep. 17 El Salvador 18 Elfenbeinküste 19 Simbabwe 50 Marokko	10,0 2,1 0.5 1.8 2.6	16,4 14.8 45,8 —2.6 (.)	1,9 5,7 10,9 9,9 8,9	11.5 3,3 5,1 0,5 5.4	21 1 140 109 441 124	532 190 186 491 258	11 5 5 (.) 5	12 57 16
IL Papua-Neuguinea 52 Philippinen 53 Nigeria 54 Kamerun 55 Thailand	16.5 4.6 33.4 1.2 10.5	7.8 20.8 -4.4 45,6 13.7	20.3 9,1 9,6 6.5 14.6	3,6 2.3 15.4 8,0 5.4	58 160 33 67 80	223 252 150 128 269	7 12 7 6 11	44 4 39
66 Nicaragua 57 Costa Rica 58 Peru 59 Guatemala 60 Kongo, VR	4,8 10,2 1,9 18.3 33,4	6,4 8,9 11.2 25.1 10,5	9,8 12,2 5,1 7,1 7,5	0,7 4,9 3,6 2.8 11,9	187 267 406 148 90	262 609 550 178 216	6 8 3 9 8	46 22 2 68
51 Türkei 52 Tunesien 63 Jamaika 54 Dominikanische Rep.	5,7 58.7 —1,8 4.9	3,8 4.3 2.2 40,0	10,0 8.7 10,2 18,6	4,6 8.2 → 5 1.8	258 170 707 130	599 473 980 407	12 12 12 7	66 31 71

		Zuwachs	iche jährliche sraten (%)		Energieve pro k	Kopf	ın % de	eeinfuhr r Waren-
	Energiepr 1965—73 ^a	oduktion 1973—83	Energieve 196573	erbrauch 1973—83	(in kg Öle 1965	inheiten) 1983	1965	1983 ^b
65 Paraguay 66 Ecuador 67 Kolumbien 68 Angola 69 Kuba	36,6 2.2 47.1 7,2	6,3 2,5 3,6 -1,0 11,8	9,3 9,3 6,5 10,6 56	7,5 13,6 5,6 4.1 3,8	86 163 416 111 604	187 675 786 226 1,042	14 11 1 2 12	1 21
70 Korea, Dem. Rep. 71 <i>Libanon</i> 72 <i>Mongolische VR</i>	9,3 2,4 11,2	3,1 0,2 8,5	9.5 6.1 9 ,1	3,6 4,2 9,0	504 713 471	2.093 610 1.137	5	
Obere Einkommenskategorie	6,8 w	—0,8 w	8,1 w	5,1 w	646 w	1.225 W	8 w	29 w
73 Jordanien 74 Syrien, Arab. Rep. 75 Malaysia 76 Chile 77 Brasilien	164,4 60,8 4,1 8,7	3,6 15,9 1,5 9,0	4,3 9,7 8,5 7,2 11,5	15,3 13,3 7,1 0,6 4,9	226 212 312 657 287	790 847 702 755 745	33 13 10 5	101 16 24 56
78 Korea, Rep. 79 Argentinien 80 Panama 81 Portugal 82 Mexiko	2,6 6,4 2,7 3,9 4,5	4,6 4,5 17,0 (.)	15,8 5,9 7,6 8,7 7,2	8,8 2,7 —6,3 3,7 8,7	237 977 3,203 506 622	1,168 1,460 2,082 1,194 1,332	18 8 54 13 4	28 9 82 48
83_Algerien 84 Südafrika 85 Uruguay 86 Jugoslawien 87 Venezuela	7,2 3,5 5,2 3,5 0,1	3,3 8,2 18,2 4,1 —3,5	11,2 5,2 1,7 6,8 4,3	12,5 4,2 0,7 4,3 4,5	226 1.695 767 898 2.269	982 2.278 776 1.903 2.295	(.) 13 7 (.)	28 33 1
88 Griechenland 89 Israel 90 Hongkong 91 Singapur 92 Trinidad und Tobago	12,7 53,4 0,6	9,0 -35,6 0,8	11,7 6,1 11,0 11,4 2,7	3,8 2,2 5,8 4,9 3,9	615 1.574 599 2.002 4.132	1.790 1.932 1.647 4.757 5.191	29 13 4 17 59	59 29 7 40 4
93 Iran, Islamische Rep. 94 Irak	16,3 4,5	—12,9 —7,0	13,3 6,2	1,0 8,3	537 399	976 763	(a) (a)	
Ölexporteure mit hohem Einkommen	11,7 w	2,8 w	8,6 w	7,9 w	1.344 W	3.858 w	(.) w	
95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait 99 Vereinigte Arab. Emirate	57.2 8,6 15.7 4.3 24 ,1	0.9 4.4 1.2 9.8 1.7	89,7 14,8 12,4 0,5 65, 3	-4.1 19.6 6,8 0,4 25,4	222 1.759 108	764 2.769 3.536 5.443 7.554	(.) (.)	1 1
Marktwirtschaftliche Industrieländer	3,2 W	1,6 V/	5,2 w	0,1 W	3.764 W	4.733 w	11 w	25 w
100 Spanien 101 Irland 102 Italien 103 Neuseeland 104 Belgien	3,2 -14 2,3 4,5 -9.0	3,6 12,1 0,5 4.3 4,0	8,6 5,8 7,1 4.7 6.0	2.3 2,7 (.) 1,5 —0,7	901 1.504 1.568 2.622 3.402	1.858 2.354 2.458 3.808 4.401	31 14 16 7 9	59 14 34 18
105 Großbritannien 106 Österreich 107 Niederlande 108 Japan 109 Frankreich	-0.7 -0.2 25,7 -3,1 -3,1	8,9 0,4 0,9 5,0 5,5	2,6 6,6 9,0 11,9 6,0	-1.4 0,5 0.6 0,4 0,5	3.481 2.060 3.134 1.496 2.468	3.461 3.083 5.397 2.929 3.429	13 10 12 19 16	12 17 23 40 28
110 Finnland 111 Deutschland. Bundesrep. 112 Australien 113 Dänemark 114 Kanada	0,3 (.) 16,1 -32,5 9,5	12,3 0.3 4,5 36,1 1,4	8,4 4,9 6,4 4,8 6,1	2,1 (.) 2,5 —1,2 2,0	2.233 3.197 3.287 2.911 6.007	4.649 4.156 4.811 3.062 8.847	— 11 	28
115 Schweden 116 Norwegen 117 Vereinigte Staaten 118 Schweiz	2,8 6,0 3,0 3,1	5,6 16,2 0.1 4,3	4.5 5.4 4.1 6,2	0,4 2,6 0,4 0.8	4.162 4.650 6.586 2.501	5.821 8.087 7.030 3.794	12 11 8 8	22 8 30 13
Osteuropäische Staatshandelsländer	4,3 w	3,5 w	4,6 w	3,2 w	2.523 w	4.279 w		
119 Ungarn 120 <i>Albanien</i> 121 <i>Bulgarien</i> 122 <i>Tschechoslowakei</i> 123 <i>Deutsche Dem</i> . Rep.	0,4 14,2 0,8 1,1 0,6	1,5 6.6 4.7 0,9 1,8	3,3 7,2 7.7 3,6 2,5	3,1 6,5 4,3 1,8 2.0	1.825 415 1.788 3.374 3.762	2.968 982 4.390 4.691 5.370	12	30
124 Polen	4.5	1,0	4,8	2.5 3,8	2.027	3.133		24

a Kursive Zahlen für 1966—73 und nrcht für 1965—73. b Kursive Zahlen für 1981 oder 1982 und nicht für 1983,

Tabelle 9: Zunahme des Warenhandels

	(in N	handel lio \$)	Durchsch	nittliche jäh (in	rliche Zuwachs %)	erate ^a	Terms of ⁻	Trade
	Ausfuhr 1983	Einfuhr 1983 ^b	Ausful 1965—7319		Einfui 1965—73 19		(1980 = 1981	100) 1983
änder mit niedrigem Einkommen China und indlen Übrige Länder Afrika südi. der Sahara	45.991 s 31.931 s 14.060 s 7.827 s	57.333 s 34.952 s 22.381 s	1,5 w 1,3 w 2.4 w	0,9 w -0,8 w -4,0 w	-2,0 w 0,2 w 2,3 w	1,4 W 0,6 W -2,2 W	95 m 95 m 88 m	96 m 96 m 94 m
1 Äthiopien 2 Bangladesch 3 Mali 4 Nepal 5 Zaire	422 789 106 94 1.459	875 1.502 344 464 953	3.0 6,5 13,1 	1,4 1,7 5,1 —8.7	-0,2 8,2 8,5 9,6	2.7 4,1 3,9 	68 102 110	86 102 118 92
5 Burkina 7 Birrna 8 Malawi 9 Uganda 0 Burundi	99 382 220 354 76	288 270 312 340 194	-1.0 -4,8 3,8 0,2	1.7 4,9 2,8 —8,0	7,2 -6,7 6,4 -2,5	4.2 -0,6 -0,6 1,9	109 111 106 75	114 84 126 79
. Niger 2 Tansania 3 Somalia 4 Indien 5 Ruanda	301 480 163 9.705 80	443 1.134 422 13.562 279	6,1 0,9 6,7 2,3 6,3	19,0 -4.6 7,3 4.9 2,6	4,4 7,1 1,4 -5,7 4,6	11,5 -2.7 0,0 2,8 12.9	84 88 109 91 65	112 91 118 96 66
5 Zentralafr. Rep. 7 Togo 3 Benin 9 China 0 Guinea	106 242 85 22.226 390	132 284 523 21.390 279	-0,4 4,4 12,4	3,8 3,5 1,4	-0,5 6,6 13.2	2,5 7,4 4,5	73 103 95	97 107 89
. Haiti 2 Ghana 3 Madagaskar 4 Sierra Leone 5 Sri Lanka	412 895 <i>329</i> 202 1.066	620 71.9 439 171 1.788	3.5 5,4 2,2 —4,7	-6,4 -4.3 -5,3 2,6	-3,3 1,5 0,9 -3,2	-8.0 -2.5 -5,0 4.7	69 79 84 95	63 93 94 104
Kenia 7 Pakistan 3 Sudan 3 Afghanistan 3 Bhutan	876 3.075 624 391	1.274 5.341 1.354 798	3,8 3,7 3,8 5,9	-4.8 8,1 -1,5 6.8	5.9 —2.9 4,9 —0.6	-4,6 5,7 1,3 4.7	87 99 103 102	89 101 88 105
. Tschad 2 Kambodscha 3 Laos 4 Mosambik 5 Vietnam	58 26 260	109 96 635	-3.5 -7,9	-3,1 8,3	18,7 —8.9	8,6 4.2	105 96	112 96
änder mit mittierem inkommen Ölexporteure Ölimporteure Afrika südi. der Sahara	333.532 s 146.833 s 186.699 s 27.201 s	350.734 s 132.305 s 218.430 s 25.981 s	5,9 w 5,8 w 6,3 w 6,9 w	0,4 w 5,1 w 7,3 w 5,8 w	8,3 w 5,9 w 9,3 w 6,5 w	4,1 w 7,6 w 1,9 w 8,2 w	95 <i>m</i> 110 <i>m</i> 92 m 95 m	94m 102 m 90 m 99 m
Intere inkommenskategorie	91.138 s	110.575	4,8 w	0,1 _W	4,5 w	1,4 w	94m	94 m
5 Senegal 7 Lesotho ^d 3 Liberia 9 Mauretanien 0 Bolivien	585 841 246 766	984 415 227 424	-1.3 8,9 9,7 5.1	0,9 2,3 0,5 2,4	5,4 3,6 15.4 0,9	-1,2 -4,3 0,8 0,9	104 93 95 84	104 102 84
L Jemen, Dem. VR. 2 Jemen, Arab. Rep. 3 Indonesien 4 Sambia 5 Honduras	449 204 21.145 866 660	1.010 1.521 16.346 690 823	11,1 0,3 4,2	1,4 -0.8 0,6	13,9 3,0 3,1	9,8 -7,3 -1.3	110 81 83	102 82 87
5 Ägypten, Arab. Rep. 7 El Salvador 3 Elfenbeinküste 9 Simbabwe 0 Marokko	4.531 735 2.068 1,273 2.062	10.274 891 1.814 1.432 3.599	3.8 2.7 7.1 6,0	2.3 1.4 -1.4 0,5	-3.9 1.8 7.8 6.2	10,1 2,2 0,1 0,8	113 73 92 108	103 72 102 100
L Papua-Neuguinea 2 Philippinen 3 Nigeria 4 Kamerun 5 Thailand	822 4.932 17.509 1.067 6.368	1.071 7.980 17.600 1.226 10.279	4,2 8,9 4.2 6.9	7.5 -6,2 3,9 9,0	3,1 8,9 6,3 4,4	1,3 13,6 5,1 3,3	88 112 77 96	92 94 76 89
6 Nicaragua 7 Costa Rica 8 Peru 9 Guatemala 0 Kongo, VR	41.1 1.071 3.015 1.220 887	799 993 2.688 1.126 806	2.6 10,3 -2,1 5,1 -2,2	-0.4 2,7 8,5 4,6 4,4	2.0 8,6 2.0 3.6 2,3	-3.7 -2,4 -0.6 -0.1 12,0	70 90 94 76 117	67 95 109 83 104
1 Türkei 12 Tunesien 13 Jamaika 14 Dominikanische Rep.	5.671 1.851 726 648	8.548 3.117 1.518 1.279	8.6 3.9 11,0	6,3 0.2 -3.0 2.2	7.7 6.6 13.3	0,2 5.3 4,7 0,9	67 100 89 125	98 90 85

		nhandel Mio \$)	Durchso		nrliche Zuwachs %)	erate ^a	Terms of	Trade
	Ausfuhr 1983	Einfuhr 1983 ^b	Ausfu 1965—73 1		Einfu 1965—73 19		<u>(1980 =</u> 1981	100) 1983
55 Paraguay 56 Ecuador 57 Kolumbien 68 Angola 59 Kuba	252 2.550 3.081 1.859	506 1.465 4.967 768	5,2 3,4 5,4 5,4 1,3	2,2 -3,4 2,8 -13,3 3,3	3.1 8,5 5.5 8,3 3,6	5,1 4,0 10,5 3,3 —0,6	100 97 87 110	103 114 90 99
70 Korea, <i>Dem.</i> Rep. 71 <i>Libanon</i> 72 <i>Mongolische</i> VR	767 	3.390	14,3	—3,4 	6,5	3,2	98	93
Obere Einkommenskategorie	242.394 s	240.159 S	5,7 w	0,5 w	9,7 w	4,0 w	98 m	97 m
73 Jordanien 74 Syrien, Arab. Rep. 75 Malaysia 76 Chile 77 Brasilien	739 1 875 14 130 3 836 25 127	3217 4.180 13 234 2 754 16 844	5,0 1.0 8,0 —1 4 10.1	17,8 -3,3 4.9 9.7 8,2	3.8 8,8 4,4 2.3 18.4	13.3 9,1 7.3 1,2 —4,6	109 112 91 79 85	101 105 87 90 92
78 Korea. Rep 79 Argentinien 80 Panama 81. Portugal 82 Mexiko	24 445 7.910 480 4 602 21 168	26.192 4666 1412 8257 8201	31,7 2.4 1.1 2,8 1,0	14,8 8.6 —6,6 14,4	22,4 5,4 6,5 15,1 5,7	7.5 -0,3 -4,4 5,5	93 102 95	100 91 84 105
83 Algerien 84 Südafrika ^d 85 Uruguay 86 Jugoslawien 87 Venezuela	11 158 18 608 1008 9.914 15.040	10 332 15 693 787 12 154 6 667	1,4 1.6 -2,9 7,7 0.2	-1,1 5.6 9,2 -6,8	12,1 6.6 2.9 12.3 4,8	6,5 -0,3 -1,5 4,7	116 71 91 101 119	102 81 103
88 Griechenland 89 Israel 90 Hongkong 91 Singapur 92 Trinidad und Tobago	4 412 5.112 21.951 21.833 2 353	9,500 8,500 24,009 28,158 2,582	13,4 12.2 11,7 11,0 —1,0	9,7 9,0 10.3 —7,7	9.6 12.9 10.5 9,8 2.1	2.8 -0,2 12.0	88 93 97	100 93
93 Iran, Islamische Rep 94 Irak	16 <i>445</i> 10 250	11 539 21 280	12,4 1.1	-17.2 -8,5	12,6 4,6	3,6 21,2	113 125	91 110
Ölexporteure mit hohem Einkommen	120.832 s	68.868 s	11,4 w	—5,8 w	10,1 w	18,7 W	119 <i>m</i>	105 <i>m</i>
95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait 99 Vereinigte Arab Emirate	4 058 13 252 79 125 10.447 13 950	2.492 9.500 40473 8.283 8 127	10,1 15,0 5,5 19,6	-8,7 -4,5 -11,5 -2,1	14,2 10,4 6,3 8,5	7,2 27,6 13,3 14,3	117 120 125 117	98 115 106 105
Marktwirtschaftliche Industrieländer	1.128.132 s	1.183.257 s	9,4 w	4,2 w	10,0 w	3,0 w	99 m	100 m
00 Spanien 01 Irland 02 Italien 03 Neuseeland 04 Belgien ^e	19.711 8.609 72.670 5.270 51.676	28 926 9.169 78.323 5.327 53.654	15.8 8.4 10.2 6,0 10,3	8.1 4.7 4.4 3,1	7.0 7.8 10.7 4,0 10,9	5.2 2.4 0,1 2,5	92 97 91 99 95	139 97 96 94
05 Großbritannien 06 Österreich 07 Niederlande 08 Japan 09 Frankreich	91.419 15.423 65.676 146.804 91.145	99.240 19.322 61.585 125.017 105.272	5,0 11,2 12,7 14,7 11.4	4,7 6,2 2,8 7,4 4.6	6,5 10,6 10,3 14,9 11,8	3,8 4,7 1,9 1,3 4,7	101 96 100 103 96	98 102 101 106 99
10 Finnland 11 Deutschland. Bundesrep. 12 Australien 13 Dänemark 14 Kanada	12.510 168.748 20 651 15.601 72.420	12.846 152.011 19.420 16.179 60.477	7.6 10.7 9,3 6.6 9,5	5,1 4,4 2,7 4,7 3,6	7.6 11.3 6.8 7,1 9.4	1.5 4.1 0.8 1.5	99 93 100 97 95	102 98 97 100 97
15 Schweden 16 Norwegen 17 Vereinigte Staaten 18 Schweiz	27.377 17.972 199.144 25.307	26.090 13.494 267.971 28.934	7,9 8,3 6,8 6,7	0,7 6,3 2,8 3,6	5,4 8,2 9,4 11,8	0,9 3.0 3,1 4,2	98 111 103 106	96 110 112 111
Osteuropäische Staatshandelsländer	176.222 s	160.545 s	8,3 w	5,9 w	7.0 w	2,4 w		
	0.722	8 481	10.4	6,2	9,8	3,8	99	95
19 Ungarn 20 Albanien 21 Bulgarien 22 Tschechoslowakei 23 Deutsche Dem. Rep.	8 722 12 690 16 477 23 793	13 380 16 324 21 524	11,4 6,8 9,5	12,1 5.7 6,5	9,3 6,7 10.1	5.7 2,5 3,8	96	

a Vgl. Technische Erläuterungen.
 b Kursive Zahlenfur 1982 und nicht für 1973—82 und nicht für 1973—83.
 d Angaben fur die Südafrikanische Zollunion, der Südafrika, Namibia, Lesotho, Botswana und Swasiland angehören. Der Handel zwischen diesen Teilgebieten wurde vernachlässigt.
 e Einschließlich Luxemburg.

Tabelle 10: Struktur der Warenausfuhr

Länder mit niedrigem Einkommen China und Indien Übrige Länder Afrika südl. der Sahara	11 w	1982 ^a 20 w 21 w	Rohs 1965	1982 ^a	1965 1965	1982 ^a	Fahrze 1965	1982 ^a	1965	1982 ⁸
Einkommen China und Indien Übrige Länder Afrika südl. der Sahara	12 w			30 w	16 W					The state of the s
Übrige Länder Afrika südl. der Sahara Āthiopien Bangladesch Mali Nepal	20 w	15 w 22 w	78 w 75 w	23 w 55 w 69 w	5 w (.) w	18 w 17 w 20 w 1 w	1 w (.) w (.) w	5 W 6 W 2 W 2 W	7 w 4 w 4 w	28 w 33 w 8 w 5 w
	(.)	8	99	91	(.)	(.) 47	(.)	(.)	(.)	.1
3 Mali	1	2	96	36	1	4/	1	4	1	11
4 Nepal 5 Zaire	72	(.)	20	72		10	1.1	(.)		17
6 Burkina	1	(.)	94	85	(.)	2	(.)	6	8	7
7 Birma	5	9.00	94	9.30	(.)		(.)		(.)	x x
8 Malawi 9 Uganda	(.) 13	(.)	99 86	88	(.)	6	(.)	3	1	3
0 Burundi	(.)	(4)(4)	94		(.)	3.9	(.)		5	11
1 Niger 2 Tansania	(.)	81 5	95 86	17 82	1	1 3	1	1	3	1
3 Somalia	(.)	(.)	86	99	(.) (.)	(.)	(.)	2	13 10	7
4 Indien 5 Ruanda	10 40	7	41 60	33	36	24	1	(.) 7	12	29
6 Zentralafr. Rep.			00	W K	(.)	24.243	(,)	3.9	1	7.9
7 Togo	33	52	62	33	(.)	1	1	1	4	13
8 Benin 9 China	1	26	94	20	(.)	15	2	6	3	34
20 Guinea	**								4.6	
21 Haiti	10			* *	::	8.8	- :	900	- 4	
22 Ghana 23 Madagaskar	13 4	12	85 90	81	(.)	4	1	1	2	2
4 Sierra Leone		11	4.9	* *	* *		4.8	9.4		24.565
5 Sri Lanka 6 Kenia	13	14 29	97	59 57	(.)	17	(.)	2	9	8
7 Pakistan	2	6	62	34	(.) 29	(.) 46	(.) 1	2	6	12 12
8 Sudan 9 <i>Afghanistan</i>	1 (.)	5	98 87	93	(.) 13	1	1	1	(.)	(.)
0 Bhutan	(.)		07			* *	0		(.)	
1 Tschad	5	.00	92	0.102	(.)		(.)	3.8	3	
32 Kambodscha 33 Laos	(.) 62	**	99 32	9.00	(.)		(.) (.)	* *	(.) 6	* *
4 Mosambik	14	200	84		1	.,	(.)		1	* *
5 Vietnam			.,	• •			10.4	.,		11
änder mit mittlerem inkommen	36 w	37 w	48 w	21 W	4 w	8 w	3 w	11 w	10 w	23 v
Ölexporteure	60 W	79 W	34 W	12 w	2 W	1 W	1 w	3 W	3 w	4 v
Ölimporteure Afrika südl. der Sahara	19 w 40 w	13 w	57 w 52 w	27 W	6 w	12 w	4 w	15 w	4 w 5 w	33 v
Intere Inkommenskategorie	26 w	47 w	66 w	34 w	2 w	6 w	1 w	2 w	5 w	11 N
6 Senegal	9	52	88	29	1	5	1	4	2	11
7 Lesotho ^b				1.7				4.6		14.141
8 Liberia 9 Mauretanien	72 94	67	25 5	31	(.) (.)	(.)	1	1	2 (.)	1
0 Bolivien	93	3.0	3	3.8	(,)		(.)		4	
1 Jemen, Dem. VR. 2 Jemen, Arab. Rep.	79	* *	15	2.0	2	* *	2	* *	2	(6) 6
3 Indonesien	43	85	53	11	(.)	1	3	1	1	2
4 Sambia 5 Honduras	97 6	4	3 90	87	(.)	2	(.) (.)	(.)	(.)	7
6 Ägypten, Arab. Rep.	8	70	71	22	15	6	(.)		5	2
7 El Salvador	2	5	81	55	6	15	1	(.)	10	22
8 Elfenbeinküste 9 Simbabwe	2 24	13	93 47	76	1 6	2	1 6	3	3 17	6
0 Marokko	40	39	55	26	1	12	(.)	1	4	21
1 Papua-Neuguinea 2 Philippinen	(.)	51 12	90 84	40 38	(.)	(.) 7	(.) (.)	2	10 5	7
	32		65		(.)		0	40.0	2	3.3
3 Nigeria	17	49 7	77 84	44 64	(.) (.)	2 10	3 (.)	1 6	2	13
4 Kamerun								(.)	5	7
54 Kamerun 55 Thailand	11	1	90	91	(.)	(.)	(.)	(-)	0	/
64 Kamerun 65 Thailand 66 Nicaragua 67 Costa Rica	4 (.)	1	84	71	(.)	(.)	(.)	4	13	21
4 Kamerun 5 Thailand 6 Nicaragua 7 Costa Rica 8 Peru	4 (.) 45				(.) 2 (.) 4	3 8 5	1 (.) 1	1 2		
4 Kamerun 5 Thailand 6 Nicaragua 7 Costa Rica 8 Peru 9 Guatemala 0 Kongo, VR	4 (.) 45 (.)	1 69 2	84 54 86	71 17 69	(.) 4	8 5	1 (.)	4 1 2	13 1 9	21 5 22
4 Kamerun 5 Thailand 6 Nicaragua	4 (.) 45 (.)	1 69 2	84 54 86	71 17 69	(.) 4	8 <i>5</i>	1 (.)	4 1 2	13 1 9	21 5 22

					renausfuhr i en	Maschin		Übri	ges
Minera und M e	etalle	Sons Rohsi	tige toffe	und Bekle id	l lung	Elektrot Fahrze		Verarbei Gewe	tendes erbe
1965	1982 ^a	1965	1982 ^a	1965	1982 ^a .	1965	1982 ^a	1965	1982
(.)		92		(.)		(.)		8	
	64	96	33			(.)			2
				(.)		1			15
4		92		(.)		(.)	- ::	'4	- 11
								. ,	
				2		14		18	
				26 1			- 69		
41 w	34 w	38 w	17 w	5 w	9 w	3 w	14 w	12 w	26 v
27	23	54	27	1	4	11	17	6	29
1		89	1.2	.7		1	4.5		٠.
					(.)				5 5
				1	3			6	19
									43
1	9	93	67	7.')	1	1	7	4	16
	23	0.4	64	0.4	00			2.4	7
									32 7
					(1
	14	44	12		(3)		3	28	70
(.)	(.)	95	67	2	13	(.)	1	3	18
			16	8	10	24			37 2
									25
		78 28	31 17			2	18	54	56
2		11	6	43	34	6	19	37	39
									28
	87		2		(.)		3		8
95		8		4 (·)		(.)		1	
98 w	96 w	1 w	(.) w	(.) w	(.) w	1 w	1 w	(.) w	2 1
	92		1	· · ·	(.)				1
			(.)		(.)				(.)
98	84	1	1	(.)	1	i	5	10.5	(.) 9
99	94	1	1	(.)	1	(.)	2	(.)	2
9 w	12 w	21 w	14 w	7 w	4 w	31 w	37 w	32 w	32 \
0	11	51	18	6	4	10	27	24	40
9			0.0	Ö					
3	3	63	32 8	7	7 11	5	25 31	22	34 41
3 8 1			32 8 71	7 15 (.)	11		25 31 8		34 41 14
3	3 8	63 14	8	7		5 30	31	22 33	41
3 8 1 13	3 8 5 13	63 14 94 11	8 71 13 9	7 15 (.) 12	11 2 7	5 30 (.) 20	31 8 23	22 33 5 44 35	41 14 45 31
3 8 1 13 7 8	3 8 5 13 24 5	63 14 94 11 10 17	8 71 13 9 10	7 15 (.) 12 7 12	11 2 7 4 10	5 30 (.) 20 41 20	31 8 23 33 28	22 33 5 44 35 43	41 14 45 31 47
3 8 1 13 7 8 12	3 8 5 13	63 14 94 11	8 71 13 9	7 15 (.) 12	11 2 7	5 30 (.) 20	31 8 23	22 33 5 44 35 43 26	41 14 45 31 47 29
3 8 1 13 7 8	3 8 5 13 24 5 26	63 14 94 11 10 17 32	8 71 13 9 10 24	7 15 (.) 12 7 12 9	11 2 7 4 10 4	5 30 (.) 20 41 20 21	31 8 23 33 28 16	22 33 5 44 35 43	41 14 45 31 47
3 8 1 13 7 8 12 2 8	3 8 5 13 24 5 26 1 7	63 14 94 11 10 17 32 7 21	8 71 13 9 10 24 2 19	7 15 (.) 12 7 12 9 17 10	11 2 7 4 10 4 4 5	5 30 (.) 20 41 20 21 31 26	31 8 23 33 28 16 56 35	22 33 5 44 35 43 26 43 35 43	41 14 45 31 47 29 36 35 45
3 8 1 13 7 8 12 2 8	3 8 5 13 24 5 26 1 7	63 14 94 11 10 17 32 7 21 40 5	8 71 13 9 10 24 2 19	7 15 (.) 12 7 12 9 17 10	11 2 7 4 10 4 4 5	5 30 (.) 20 41 20 21 31 26	31 8 23 33 28 16 56 35 26 47	22 33 5 44 35 43 26 43 35 43 37	41 14 45 31 47 29 36 35 45 35
3 8 1 13 7 8 12 2 8	3 8 5 13 24 5 26 1 7	63 14 94 11 10 17 32 7 21	8 71 13 9 10 24 2 19	7 15 (.) 12 7 12 9 17 10	11 2 7 4 10 4 4 5	5 30 (.) 20 41 20 21 31 26	31 8 23 33 28 16 56 35	22 33 5 44 35 43 26 43 35 43	41 14 45 31 47 29 36 35
3 8 1 13 7 8 12 2 8 3 7	3 8 5 13 24 5 26 1 7 7	63 14 94 11 10 17 32 7 21 40 5	8 71 13 9 10 24 2 19 16 7	7 15 (.) 12 7 12 9 17 10 2 5	11 2 7 4 10 4 4 5 6 5	5 30 (.) 20 41 20 21 31 26 12 46.	31 8 23 33 28 16 56 35 26 47 5	22 33 5 44 35 43 26 43 35 43 37 9	41 14 45 31 47 29 36 35 45 - 35 16
3 8 1 13 7 8 12 2 8 8 3 7 7 3 2 28	3 8 5 13 24 5 26 1 7 7 7 6 37 4 24	63 14 94 11 10 17 32 7 21 40 5 73 55 35	8 71 13 9 10 24 2 19 16 7 41 40 22 12	7 15 (.) 12 7 12 9 17 10 25 1 4 1	11 27 4 10 4 4 5 6 5 1 5 1	5 30 (,) 20 41 20 21 31 26 12 46. 5 22 15	31 8 23 33 28 16 56 35 26 47 5 24 32 43	22 33 5 44 35 43 26 43 35 43 -37 9 17 21	41 14 45 31 47 29 36 35 45 35 16 27 21
3 8 1 13 7 8 12 2 8 3 7 3 2 2 28 9 21	3 8 5 13 24 5 26 1 7 7 7 6 37 4 24 9 60	63 14 94 11 10 17 32 7 21 40 5 73 55 35 23 28	8 71 13 9 10 24 2 19 16 7 41 40 22 12 9	7 15 (.) 12 7 12 9 17 10 2 5 1 4 1	11 27 4 10 4 4 5 6 5 1 5 1	5 30 (.) 20 41 20 21 31 26 12 46 5 22 15 35	31 8 23 33 28 16 56 35 26 47 5 24 32 43 15	22 33 5 44 35 43 26 43 35 43 37 9 17 21	41 14 45 31 47 29 36 35 45 35 16 27 21 35 16
3 8 1 13 7 8 12 2 8 8 3 7 7 3 2 28	3 8 5 13 24 5 26 1 7 7 7 6 37 4 24	63 14 94 11 10 17 32 7 21 40 5 73 55 35	8 71 13 9 10 24 2 19 16 7 41 40 22 12	7 15 (.) 12 7 12 9 17 10 25 1 4 1	11 27 4 10 4 4 5 6 5 1 5 1	5 30 (,) 20 41 20 21 31 26 12 46. 5 22 15	31 8 23 33 28 16 56 35 26 47 5 24 32 43	22 33 5 44 35 43 26 43 35 43 -37 9 17 21	41 14 45 31 47 29 36 35 45 35 16 27 21
3 8 1 13 7 8 12 2 8 8 3 7 -3 2 2 28 9 21 8	3 8 5 13 24 5 26 1 7 7 7 6 37 4 24 9 60 9	63 14 94 11 10 17 32 7 21 40 5 73 55 35 23 28 27	8 71 13 9 10 24 2 19 16 7 41 40 22 12 9 21	7 15 (.) 12 7 12 9 17 10 2 5 1 4 1	11 27 4 10 4 4 5 6 5 1 5 1	5 30 (1) 20 41 20 21 31 26 12 46 22 15 35 17	31 8 23 33 28 16 56 35 26 47 5 24 32 43 15 44	22 33 5 44 35 43 26 43 35 43 37 9 17 21 30 32 26	41 14 45 31 47 29 36 35 45 35 16 27 21 35 16 24
3 8 1 13 7 8 12 2 8 3 7 7 3 2 28 9 21 8 3	3 8 5 13 24 5 26 1 7 7 7 6 37 4 24 9 60 9 3	63 14 94 11 10 17 32 7 21 40 5 73 55 35 23 28 27 7	8 71 13 9 10 24 2 19 16 7 41 40 22 12 9 21 4	7 15 (.) 12 7 12 9 17 10 25 1 4 1 2 2 3 10	11 27 4 10 4 4 5 65 1 5 1 2 7	5 30 (1) 20 41 20 21 31 26 12 46 22 15 35 17 37 30	31 8 23 33 28 16 56 35 26 47 5 24 32 43 15 44 35	22 33 5 44 35 43 26 43 35 43 37 9 17 21 30 32 26 50	41 14 45 31 47 29 36 35 45 35 16 27 21 35 16 24 52
3 8 1 13 7 8 8 12 2 8 3 7 7 2 28 9 21 8 3	3 8 5 13 24 5 26 1 7 7 7 6 37 4 24 9 60 9 3	63 14 94 11 10 17 32 7 21 40 5 73 55 35 23 28 27 7	8 71 13 9 10 24 2 19 16 7 41 40 22 12 9 21 4	7 15 (.) 12 7 12 9 17 10 25 1 4 1 2 2 3 10	11 27 4 10 4 4 5 65 1 5 1 2 7	5 30 (.) 20 41 20 21 31 26 12 46 22 15 35 17 37 30	31 8 23 33 28 16 56 35 26 47 5 24 32 43 15 44 35	22 33 5 44 35 43 26 43 35 43 37 9 17 21 30 32 26 50	41 14 45 31 47 29 36 35 45 35 16 27 21 35 16 24 52
3 8 1 13 7 8 12 2 8 8 3 7 3 2 2 28 9 21 8 3 3	3 8 5 13 24 5 26 1 7 7 7 6 37 4 24 9 60 9 3	63 14 94 11 10 17 32 7 21 40 5 73 55 35 23 28 27 7	8 71 13 9 10 24 2 19 16 7 41 40 22 12 9 21 4	7 15 (.) 12 7 12 9 17 10 2 5 4 1 2 2 3 3 10	11 27 4 10 4 4 5 6 5 1 1 2 7	5 30 (.) 20 41 20 21 31 26 12 46. 5 22 15 35 17 37 37 30	31 8 23 33 28 16 56 35 26 47 5 24 32 43 15 44 35	22 33 5 44 35 43 26 43 35 43 37 9 17 21 30 32 26 50	41 14 45 31 47 29 36 35 45 35 16 27 21 35 16 24 52
3 8 1 13 7 8 8 12 2 8 8 3 7 7 3 2 2 8 9 21 8 3 3	3 8 5 13 24 5 26 1 7 7 7 6 37 4 24 9 60 9 3	63 14 94 11 10 17 32 7 21 40 5 73 55 35 23 28 27 7	8 71 13 9 10 24 2 19 16 7 41 40 22 12 9 21 4 27 7	7 15 (.) 12 7 12 9 17 10 25 1 4 1 2 2 3 10	11 27 4 10 4 4 5 6 5 1 5 1 2 7	5 30 (1) 20 41 20 21 31 26 12 46 22 15 35 17 37 30	31 8 23 33 28 16 56 35 26 47 5 24 32 43 15 44 35	22 33 5 44 35 43 26 43 35 43 37 9 17 21 30 32 26 50	41 14 45 31 47 29 36 35 45 35 16 27 21 35 16 24 52
3 8 1 13 7 8 12 2 8 8 3 7 3 2 2 28 9 21 8 3 3	3 8 5 13 24 5 26 1 7 7 7 6 37 4 24 9 60 9 3	63 14 94 11 10 17 32 7 21 40 5 73 55 35 23 28 27 7	8 71 13 9 10 24 2 19 16 7 41 40 22 12 9 21 4	7 15 (.) 12 7 12 9 17 10 2 5 4 1 2 2 3 3 10	11 27 4 10 4 4 5 6 5 1 1 2 7	5 30 (.) 20 41 20 21 31 26 12 46. 5 22 15 35 17 37 37 30	31 8 23 33 28 16 56 35 26 47 5 24 32 43 15 44 35	22 33 5 44 35 43 26 43 35 43 37 9 17 21 30 32 26 50	41 14 45 31 47 29 36 35 45 35 16 27 21 35 16 24 52
	41 w 27 135 89 9 15 1 1 22 57 24 (.) 10 97 8 6 2 21 84 88 95 98 98 98 98 99	18 8 6 4 4	18 8 75 6 76 4 92 14 52 41 w 34 w 38 w 27 23 54 1 89 35 35 59 89 65 7 9 18 83 15 1 25 1 9 93 23 4 5 34 22 78 62 57 99 39 24 14 44 (.) (.) 95 10 6 33 97 97 1 8 18 78 6 2 28 2 2 11 21 30 44 (.) (.) 95 10 6 33 97 97 1 8 18 78 6 2 28 2 2 2 11 21 30 44 84 87 9 88 8 95 4 98 w 96 w 1 w 92 98 99 1 98 99 (.) 98 89 91 (.) 98 89 99 (.) 98 89 99 (.) 98 89 99 (.) 98 89 99 (.)	18 8 75 68 6 76 4 92 14 52 14 52 14 27 23 .54 27 1 89 15 1 25 7 27 9 18 83 43 15 1 25 7 27 9 18 83 43 15 1 25 7 27 9 18 83 43 15 1 25 7 27 9 18 83 43 15 1 25 7 27 9 18 83 43 15 1 25 7 27 99 39 1 1 2	18 8 75 68 2 6 76 (.) 4 92 (.) 14 52 2 14 52 2 27 23 54 27 1 1 89 7 7 35 35 59 42 (.) 89 65 7 27 (.) 9 18 83 43 1 15 1 25 7 27 (.) 9 18 83 43 1 15 1 25 7 27 (.) 1 9 93 67 (.) 1 9 93 67 (.) 1 9 93 67 (.) 2 7 8 62 10 3 3 7 99 39 1 (.)	18 8 75 68 2 7 6 76 (.) 4 92 (.) 14 52 2 14 52 2 14 14 14 14 14 15 1 1 1 <t< td=""><td>18 8 75 68 2 7 () 6 76 () 1 4 92 () 1 14 52 2 14 27 23 54 27 1 4 11 1 1 89 7 1 355 35 59 42 (.) 3 2 89 65 7 27 (.) (.) 1 1 9 18 83 43 1 3 2 15 1 25 7 27 21 3 1 9 93 67 (.) 1 1 23 64 4 5 34 20 24 29</td><td>18 8 75 68 2 7 () 3 6 76 () 1 4 92 () 14 52 2 14 27 23 54 27 1 4 11 17 1 89 7 1 35 35 59 42 () .3 2 15 89 7 1 89 65 7 27 () ()) 1 3 2 15 89 65 7 27 () () () 1 3 2 17 15 1 25 7 27 27 21 3 28 1 1 9 93 67 () 1 <td< td=""><td>18 8 75 68 2 7 () 3 4 6 76 () 1 17 4 92 () () 17 14 52 2 14 18 </td></td<></td></t<>	18 8 75 68 2 7 () 6 76 () 1 4 92 () 1 14 52 2 14 27 23 54 27 1 4 11 1 1 89 7 1 355 35 59 42 (.) 3 2 89 65 7 27 (.) (.) 1 1 9 18 83 43 1 3 2 15 1 25 7 27 21 3 1 9 93 67 (.) 1 1 23 64 4 5 34 20 24 29	18 8 75 68 2 7 () 3 6 76 () 1 4 92 () 14 52 2 14 27 23 54 27 1 4 11 17 1 89 7 1 35 35 59 42 () .3 2 15 89 7 1 89 65 7 27 () ()) 1 3 2 15 89 65 7 27 () () () 1 3 2 17 15 1 25 7 27 27 21 3 28 1 1 9 93 67 () 1 <td< td=""><td>18 8 75 68 2 7 () 3 4 6 76 () 1 17 4 92 () () 17 14 52 2 14 18 </td></td<>	18 8 75 68 2 7 () 3 4 6 76 () 1 17 4 92 () () 17 14 52 2 14 18

^a Kursive Zahlen für 1981 und nicht für 1982. ^b Angaben für die Südafrikanische Zoliunion, der Südafrika, Namibia. Lesotho, Botswana und Swasiland angehbren. Der Handel zwischen diesen Teilgebieten wurde vernachlässigt. ^c Einschließlich Luxemburg.

Tabelle 11: Struktur der Wareneinfuhr

	Nahm			Al	nteile an der \		Maschin	enbau,	Übriges Verarbeitendes	
	Nahri mit 1965		Brenn 1965	stoffe 1982 ^a	Sons Rohs 1965		Elektrot Fahrz 1965		Verarbe Gew	
	1303	1502-	1303	1902-	1303	13025	1903	1902	1303	1302
änder mit niedrigem Inkommen	21 w	17 w	5 w	18 w	8 w	I I w	32 w	20 w	0.4	0.4
China und Indien	ZIW	17 w	3 W	15 w	O W	15 w	32 W	20 W	34 w	34 v 36 v
Übrige Under	20 w	16 W	5 w	24 w	4 w	4 W	28 w	25 w	43 w	30 V
Afrika südl. der Sahara	17 w	15 w	6 w	23 w	4 w	3 W	28 w	28 w	45 W	31 \
1 Ãthiopien	7	10	6	25	5	3	37	31	44	31
2 Bangladesch		26		12		8		22		32
3 Mali	21		6		3	3	23		47	
4 Nepal 5 Zaire	19	16	7	13	4	3	33	18	37	50
5 Burkina	25	25	4	16	12	3	19	24	40	- 11
7 Birma	15	20	4	10	5		18	24	58	32
3 Malawi	16	11	5	17	2	2	21	24	57	46
9 Uganda		5	• :	23	· <u>· ·</u>	1		42		29
) Burundi	18		6	4.5	7		15	+ 5.	55	
1 Niger	13	24	6	15	4	4	21	26	55	32
2 Tansania 3 Somalia	33	7 20	 5	31 2	 5	2 6	24	35 50	33	25 21
1 Indien	22	9	5	35	14	10	37	18	22	28
5 Ruanda	12		7		4		28		50	
Zentralafr. Rep.	13		7		- 2		- 29 -		-49	
7 Togo	18	26	4	8	2	.3	32	21	45	42
B Benin P China	23	23	6	1	2	18	17	17	53	41
) Guinea		43		1		Το		±/ , .		41
. Haiti		26	• • •	12		4		21		37
2 Ghana	13		4		2		33		48	37
Madagaskar	20	16	5	24	2	3	25	30	48	27
4 Sierra Leone 5 Sri Lanka	19 41	24	9	14	1	1	29	18	41	42
	41	13	8	31	4	3	12	24	34	30
5 Kenia 7 Pakistan	20	8 14	3	37 31	5	3 7	38	27 23	34	25 26
3 Sudan	24	19	5	19	3	3	21	22	47	37
9 Afghanistan	17		4		1		8	, .	69	
0 Bhutan										
L Tschad	13		20		3	* 1	21	. ,	42	
2 Karnbodscha 3 Laos	6 32		7		2 I		26 19		58 34	
4 Mosambik	17		1# 8	, .	7	- ,	24		45	71.1
5 Vietnam		4.5		1.5		0.10				
ander mit mittlerem					A CAN					10
inkommen	16 w	12 W	8 w	21 W	9 w	6 W	29 w	30 w	38 w	31 \
Ölexporteure	16 w	15 w	6 w	10 w	6 w	4 W	33 w	39 w	39 w	32 v
Olimporteure Afrika südl. der Sahara	17 w	10 w 20 w	B w 5 w	26 w 7 w	1 w	6 w 3 w	27 w 32 w	26 w 35 w	37 w 47 w	31 v 35 v
Allika Suul. dei Saliala	13 W	20 W	3 77	7 77		U 17	32 W	33 W	47 VV	33 1
ntere	4	4.4	7	10	e	F	20	24	44	20.
Inkommenskategorie	1 vv	14 w	7 w	19 w	5 w	5 w	29 w	31 w	41 w	32 v
Senegal Senegal	37	27	6	30	4	1	15	18	38	23
7 Lesotĥo ^b 8 Liberia	18	22	8	27	1	2	33	25	39	24
9 Mauretanien	9		4		1		56	20	39	24
Bolivien	20	12	1	2	2	1	34	45	42	40
Jemen, Dem. VR.	21		39		3		10		26	
2 Jemen, Arab. Rep		32		8		1		25		34
3 Indonesien 4 Sambia	6 10	7 9	3 10	21 19	2 2	5 1	39 33	38 34	50 45	29 37
5 Honduras	12	10	6	22	1	2	26	20	56	46
5 Ãgypten, Arab. Rep.	28	31	7	4	10	5	23	29	31.	30
7 El Salvador	16	18	5	25	3	3	28	12	48	42
8 Elfenbeinküste	18	19	6	21	2	2	28	23	46	34
9 Simbabwe 0 Marokko	7 36	16	(.) 5	27	<u>4</u> 9	10	41 18	24	47 31	23
Papua-Neuguinea	25	20	4	19	1	1	25	30	45	30
2 Philippinen	20	10	10	26	7	4	33	22	30	38
3 Nigeria	9	21	6	3	3	3	34	38	48	35
4 Kamerun 5 Thailand	12 7	10 5	5 9	4 31	3 5	2 7	28 31	35 24	51. 49	49 33
5 Nicaragua	13	12	5	23	1	1	30	23	51	40
7 Costa Ri ca	9	9	5	23	2	3	29	23 15	54	53
8 Peru	17	18	3	2	5	3	4 1	44	34	34
9 Guatemala	11	6	7	38	2	3	29	16	50	37
Kongo, VR	15	17	6	15	1	1	34	25	44	42
L T ürke i 2 Tunesien	6 16	3 14	10 6	44 21	10 6	6	37 31	26 27	37 41	22 30
		19	9	29		4	23	18		30
3 Jamaika	22	19	9	29	4	3	23	TO	42	30

				Ar	nteile an der V	Vareneinfuh	rin %			
	Nahrur mitte		Brenns		Sonst Rohst	ige	Maschin Elektrote Fahrze	echn.,	Übriç Verarbei Gewe	tend e s
	1965	1982 ^a	1965	1982 ^a	1965	1982 ^a	1965	1982 ^a	1965	1982 ^a
65 Paraguay 66 Ecuador 67 Kolumbien 68 Angola	14 10 8 18	13 5 11	14 9 1 2	24 2 12	2 4 10 2 3	(.) 5 5	37 33 45 24	37 43 39	33 44 35 54	26 45 33
68 Angola 69 Kuba 70 Korea, Dem. Rep. 71 Libanon	29 29		10	.,	9		15		36	::
72 Mongolische VR Obere		- regions	TOTAL STREET				. 7 16	A-0-1 CO.		24
Einkommenskategorie	16 w	11 W	8 w	22 W	I I W	6 w	29 w	30 W	36 W	31 w
73 Jordanien 74 Syrien, Arab Rep. 75 Malaysia 76 Chile 77 Brasilien	30 22 27 20 20	18 12 12 8	6 10 12 6 21	21 15 15 54	6 8 7 9	5 3 4	18 16 22 35 22	28 40 37 17	42 43 32 30 28	30 29 33 17
78 Korea. Rep. 79 Argentinien 80 Panama 81 Portugal 82 Mexiko	15 7 16 5	12 4 9 14 10	7 10 8 2	30 13 27 27 -12	26 21 18 —————————————————————————————————	15 9 1 8	13 25 27 50	23 35 26 27 45	38 38 30 	20 38 37 24 31
83 Algerien 84 Südafrika ^b 85 Uruguay 86 Jugoslawien 87 Venezuela	27 5 10 16 12	21 3 7 6	(.) 5 17 6	2 (.) 32 26 1	5 10 14 19 5	4 4 5 12 4	15 42 24 28 44	40 43 32 28 43	52 37 36 32 39	34 50 25 28 35
88 Griechenland 89 Israel 90 Hongkong 91 Singapur 92 Trinidad und Tobago	16 16 26 24 12	13 11 14 8 12	8 6 3 13 49	29 23 8 34 25	11 11 11 11 18 2	6 5 5 4 3	35 28 13 14	26 27 22 28 32	30 38 46 30 21	27 33 52 26 27
93 Iran, <i>Islamische Rep.</i> 94 <i>Irak</i>	16 24		(.)	20	6 7		36 25		42 44	
Ölexporteure mit hohem Einkommen	24 w	13 w	2 w	2 w	3 w	2 W	32 w	42 W	40 w	41 W
95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwan 99 Vereinigte Arab Emirate	14 31 26	13 18 13 25 10	4 1 1	10 1 (.) 1	3 4 2	2 2 2 2 2	36 27 32	42 38 43 41 41	43 37 39	33 41 42 42 42
Marktwirtschaftliche Industrieländer	20 w	11 w	llw	26 w	19 w	8 w	19 w	24 w	31 w	31 w
00 Spanien 01 Irland 02 Italien 03 Neuseeland 04 Belgien ^c	20 19 24 8 14	12 13 14 7 12	10 8 16 7 9	40 15 32 17 21	14 9 24 9 21	9 4 11 5	27 25 15 33 24	19 27 20 33 22	28 39 21 43 32	20 41 24 39 36
05 Großbritannien 06 Österreich 07 Niederlande 08 Japan 09 Frankreich	32 15 16 23 20	14 7 16 13 11	11 7 10 20 15	13 16 26 50 27	24 12 12 38 18	9 9 6 16 7	11 31 25 9 20	29 28 19 6 24	23 35 37 11 27	36 40 34 15 32
10 Finnland 11 Deutschland, Bundesrep. 12 Australien 13 Dänemark 14 Kanada	10 24 6 15 10	7 13 5 12 8	10 8 8 11 7	27 - 24 14 23 10	11 20 9 10 9	7 9 3 6 5	35 13 37 25 40	28 20 39 21 48	34 35 41 39 34	30 35 38 38 38 29
15 Schweden 16 Norwegen 17 Vereinigte Staaten 18 Schweiz	12 11 20 17	7 6 8 9	11 7 10 6	24 13 27 12	11 12 20 9	6 6 6 5	30 38 14 24	28 37 29 26	36 32 36 43	35 38 31 47
Osteuropäische Staatshandelsländer						4				
19 Ungarn 20 <i>Albanien</i>	12	7	11	21	21	10	27	29	28	34
21 <i>Bulgarien</i> 22 <i>Tschechoslowakei</i> 23 Deutsche Dem. Rep.	. ,	8		28		13	• • • • • • • • • • • • • • • • • • • •	31		19
24 Polen 25 Rumänien 26 Sowjetunion		18		20		10		31	, .	21
LU GUTTJUMINUN		1.4		4.4	7 5	(*) (*)		2.0	200	200

^a Kursive Zahlen für 1981 und nicht für 1982. ^b Angaben für die Sudafrikanische Zollunion, der Südafrika, Namibia. Lesotho, Botswana und Swasiland angehören. Der Handel zwischen diesen Teilgebieten wurde vernachlässigt. ^c Einschließlich Luxemburg.

Tabelle 12: Regionale Struktur der Warenausfuhr

					enausfuhr (in %		usfuhr)	
	Mar wirtscha	aftliche	Osteurop	ats-	Ölexport mit ho	hem	Entwick	
Ursprungsland	Industrie 1965	1983 ^a	handels 1965	1983 ^a	Einkom 1965	1983 ^a	länd 1965	1983 ^a
Länder mit niedrigem Einkommen China und Indien Übrige Länder Afrika südl. der Sahara	56 w 51 w 61 w 71 w	48 W 46 W 54 W 63 W	10 w 14 w 6 w 5 w	7 w 7 w 6 w 5 w	2 w 2 w 2 w 1 w	5 w 3 w 8 w 4 w	32 w 33 w 31 w 23 w	40 w 44 w 32 w 27 w
1 Äthiopien 2 Bangladesch 3 Mali 4 Nepal 5 Zaire	78 7 93	66 43 72 42 89	3 4 (.)	1 8 2 (.) (.)	6 0 (.)	6 1 (.) (.)	14 89 	28 47 26 58 10
6 Burkina 7 Birma 8 Malawi 9 Uganda 10 Burundi	17 29 69 69	48 34 68 84 78	0 8 0 2	(.) (.) (.) 4	0 (.) 1	(.) 2 (.) (.) 0	83 62 30 28	51 61 31 15 19
11 Niger 12 Tansania 13 Somalia 14 Indien 15 Ruanda	61 66 40 58 96	59 16 55 92	(.) (.) 17 0	(.) 12 (.]	(.) 1 3 2 0	1 66 7 0	39 32 57 23 4	37 18 26 8
16 Zentralafr, Hep. 17 Togo 18 Benin 19 China 20 Guinea	71 92 88 47	82 52 79 42 89	0 2 (.) 12	1 (.) 5 (.)	0 0 0 2	0 0 0 2 (.)	29 6 12 40	16 46 20 52 11
21 Haiti 22 Ghana 23 Madagaskar 24 Sierra Leone 25 Sri Lanka	97 74 85 92 56	98 47 72 66 46	(.) 18 1 (.) 9	(.) 34 3 (.) 5	(.) (.) (.) (.) 3	(.) (.) (.) (.) 6	3 9 14 8 33	2 20 25 34 44
26 Kenia 27 Pakistan 28 Sudan 29 <i>Afghanistan</i> 30 Bhutan	69 48 56 47	47 35 36 33	2 3 13 27	1 4 7 55	1 4 4 0	1 22 28 1	28 45 27 25	51 39 29 10
31 Tschad 32 Kambodscha 33 Laos 34 Mosambik 35 Vietnam	64 36 9 24	72 37	0 6 0 (.)	0	2 0 0 (.)	(.) 1	34 58 91 76	28 62
Länder mit mittlerem Einkommen Ölexporteure Ölimporteure Afrika südl. der Sahara	69 w 70 w 68 w 81 w	62 w 69 w 57 w 73 w	7 w 5 w 8 w 2 w	3 w I w 5 w I w	1 w 1 w 1 w (.) w	3 w () w 4 w (.) w	23 w 24 w 23 w 17 w	32 W 30 W 33 W 26 W
Untere Einkommenskategorie	70 w	69 w	9 w	2 w	1 w	2 w	20 w	27 w
36 Senegal 37 Lesotho ^b 38 Liberia 39 Mauretanien 40 Bolivien	92 98 96 97	54 94 94 41	(.) 0 (.) 0	1	0 0 0	(.) 1 	7 2 4 3	45 5 6 58
41 Jemen, Dem. VR. 42 Jemen, Arab. Rep. ————————————————————————————————————	38 72 87 80	56 26 73 65 81	(.) 5 2 0	(.) 6 1 1 2	1 (.)	1 17 (.) 2	61 	43 50 26 34 15
46 Ågypten, Arab. Rep. 47 El Salvador 48 Elfenbeinküste 49 Simbabwe 50 Marokko	28 73 84 50 80	73 53 70 53 65	44 1 2 1 7	9 0 3 1 5	1 0 1 (.) (.)	2 (.) (.) (.) 3	27 26 13 48 12	16 47 27 46 28
51 Papua-Neuguinea 52 Philippinen 53 Nigeria 54 Kamerun 55 Thailand	98 95 91 93 44	85 77 74 85 56	0 0 3 (.)	1 2 (.) (.) 2	(:)	(.) 1 (.) (.) 5	2 5 6 7 53	14 20 26 15 37
56 Nicaragua 57 Costa Rica 58 Peru 59 Guatemala 60 Kongo, VR	81 79 86 75 86	74 72 76 53 98	(.) (.) 3 0	2 (.)	0 (.) (.)	(;) 1 (;) 0	19 20 12 25 13	24 25 21 41 2
61 Türkei 62 Tunesien 63 Jamaika 64 Dominikanische Rep.	71 61 93 99	47 80 78 84	15 5 1 0	4 1 1 7	(.) 3 (.) 0	12 3 (.) (.)	14 31 6 1	37 16 21 9

			Bestimmungs	and der War	enausfuhr (in % o	der Gesamta	iusfuhr)	
	Mar wirtscha Industrie	aftliche	Osteurop Staa handels	aische ts-	Ölexportl mit hol Einkom	änder nem	Entwickl lånd	
Ursprungsland	1965	1983 ^a	1965	1983 ^a	1965	1983ª	1965	1983 ^a
65 Paraguay	58	51.	0	14	0	,0	42	35
66 Ecuador 67 Kolumbien	89 86	6 <u>1</u> 78	(.) 2	14	(.)	(.) (.)	11 12	38 18
68 Angola	55	66	1	2	(-)	(.)	45	32
69 Kuba	14		62		(.)		24	
70 Korea, Dem. Rep. 71 Libanon	43	12	4	(.)	35	47	18	41
72 Mongolische VR			* *					
Obere Einkommenskategorie	68 w	60 w	6 w	4 w	1 w	3 w	25 w	33 w
73 Jordanien	20	6	4	3	22 8	23 5	54 42	68 42
74 Syrien, Arab. Rep. 75 Malaysia	26 56	37 50	2 <u>4</u> 7	16 3	(.)	1	36	47
76 Chile	90	75	(.)	1	0	2	10	22
77 Brasilien 78 Korea, Rep.	77 75	66 65	0	(.)	(.)	10	18 25	26 25
79 Argentinien	67	40	8	23	(.)		26	30
80 Panama	65	69 82	1	(.) 2	(.)	(.)	34	31 16
81 Portugal 82 Mexiko	82	86	6	Ĭ	(.)	(.)	13	14
83 Algerien	90	92	1	(.) (.)	(.)	(.) O	8	8
84 Südafrika ^b 85 Uruguay	96 76	45 34	0 5	(.) 8	(.)	3	4 19	55 55
86 Jugoslawien	40	32	42	46	(.)	3	17	18
87 Venezuela 88 Griechenland	63	60	(.)	(.)	(,)		37	39 18
89 Israel	72	63 71	23 4	7	0	¹¹ 0	12 24	28
90 Hongkong 91 Singapur	67 28	61 42	(.) 6	(.)	1 2	3	32 64	35 52
92 Trinidad und Tobago	92	74	0	0	0	5 (.)	8	26
93 Iran, <i>Islamische</i> Rep. 94 Irak	67 83	66 31	3 1	(.)	(.)	(.) (.)	28 16	3 4 68
clexportedre mit hohem Einkommen	70 w	66 w	(.) W	1 w	3 w	4 w	27 w	30 w
95 Oman		69		(.)		0		31.
96 Libyen 97 Saudi-Arabien	97 71	7 <u>4</u> 66	(.) O	(.) 3 (.)	(.)	(.) 5	3 21	23 30
98 Kuwait	56	40	Ö	1	1	6	44	53
99 Vereinigte Arab Emirate	69	80	0	(.)	5	2	26	18
Marktwirtschaftliche Industrieländer	71 w	69 W	3 w	3 w	1 w	4 w	26 w	24 w
100 Spanien 101 Irland	73	<u>ഖ</u> 88	3	3	(.) (.)	5	24	31 10
102 Italien	91. 71.	65	1 5	1 4	(.) 2 (.)	2 9	8 23	22
103 Neuseeland 104 Belgien ^c	88 86	6 <u>4</u> 83	1	5	(.)	2	11	30
105 Großbritannien	63	73	2	2	2	6	12 33	13 19
106 Österreich	71	70	15	12	(.)	3	13	15
107 Niederlande 108 Japan	83 49	04 50	2 3	2	1 2	2 8	14 47	13 39
109 Frankreich	68	68	3	4	(.)	4	28	25
110 Finnland 111 Deutschland, Bundesrep.	7 <u>1</u> 77	61. 74	2 <u>1</u> 3	28 5	(.)	1 3	9 19	10
1 12 Australien	69	60	4	3	1	3	26	18 34
1 13 Dänemark 1 14 Kanada	85 87	80 86	4	1	(.)	3	11	16
1 14 Kanada 1 15 Schweden	85	81	3 4	3	(.)	3	10 11	11
1 16 Norwegen	82	90	4	1	(.)	(.)	13	8
117 Vereinigte Staaten 118 Schweiz	ഖ 76	58 72	3	1 3	1 1	4 5	37 20	36 20
Osteuropäische Staatshandelsländer		31 W	V-1000000	51 w		3 w		14 w
1 19 Ungarn	22	25	66	49	(.)	2	12	23
120 Albanien 121 Bulgarien		11		69		8		12
121 Bulgarien 122 Tschechoslowakei 123 Deutsche Dem. Rep.	18	15	72	68	1	2	9	12 15
124 Polen	1.	32		51		2		16
125 Rumänien 126 Sowjetunion		25 39	24236	45 46	* *	2	4.1	29 12
120 GOWJGIUIIIOH		22		40		٥		14

^a Kursive **Zahlen für 1982** und **nicht für 1983.** ^b **Angaben für die Südafrikanische Zollunion, der Südafrika,** Namibia, Lesotho. Botswana und Swasiland **angehören**. Der **Handel zwischen diesen** Teilgebieten wurde vernachlässigt. ^c Einschließlich Luxemburg.

Tabelle 13: Regionale Exportstruktur für Industrieprodukte

	Mar		nungsland der Os europä	t-	Ölexpor				Aus Vo Indu	on
Jrsprungsland	wirtscha Industrie	ıftliche	Staa handels 1965	its-	mit ho Einkon 1965	hem	Entwick land 1965		produ (in M	ukten
Länder mit niedrigem Einkommen China und Indien Übrige Under Afrika südl. der Sahara	54 w 51 w 69 w	48 w 48 w 29 w	9 w 1 w 1 w	5 w (.) w	2 w 2 w () w	10 w 10 w 3 w	35 w 46 w 29 v,	36 w 36 w 68 v _/		
1 Athiopien 2 Bangladesch 3 Mali 4 Nepal 5 Zaire	67 14 93	76 39 50	(.) 8	9 9	20	2 1 (.)	13 78 	13 52 50	(.) (.) 28	417 39
6 Burkina 7 Birma 8 Malawi 9 Uganda 10 Burundi	2 73 3 7 (.)	19	0 1 0 (.)	0	0 (.) 0 0	0	98 26 97 93 100	81 94	1 (.)	31
11 Niger 12 Tansania 13 Somalia 14 Indien 15 Ruanda	43 93 21 55 95	30 65 54	(;) (;) (;) 12 0	(.) (.) 0	0 (.) 2 2 0	(.) (.) 6	57 7 77 31 5	70 34 39	1 23 4 828 (.)	70 71 4.470
16 Zentralafr. Rep. 17 Togo 18 Benin 19 China 20 Guinea	37 15	9	(.) O	1	0 0		62 85	90	1 1	12.225
21 Haiti 22 Ghana 23 Madagaskar 24 Sierra Leone 25 Sri Lanka	60 80 99 59	80 84	10 0 (.) 7	(.) (.)	(.) (.) (.)	;; ;; 1	29 20 1 34	20	 7 5 53 5	24 277
26 Kenia 27 Pakistan 28 Sudan 29 Afghanistan 30 Bhutan	23 40 79 98	9 49 62	2 (.) (.)	(.) 6 8	2 3 2 0	5 17 19	73 57 20 2	86 28 11	13 190 2 11	138 1.417 10
31 Tschad 32 Kambodscha 33 Laos 34 Mosambik 35 Vietnam	6 28 13 27	= = +0 101	0 1 0 (.)		25 0 0 (.)		69 71 87 73	9(a	1 (.) 3	
Länder mit mittlerem Einkommen Ölexporteure Ölimporteure Afrika südi. der Sahara	52 w 43 w 54 w 23 w	48 W 60 W 47 W	9 W 10 W 9 W (.) W	5 w 2 w 5 w	2 w 4 w w (.) w	5 W 3 W 5 W	37 w 44 w 36 w 77 w	42 w 34 w 43 w		
Untere Einkommenskategorie	26 ***	50	10 w	2 w	3 w	5 w	51 w	41 w		
36 Senegal 37 Lesotho ^b 38 Liberia 39 Mauretanien 40 Bolivien	48 77 61 86	24 47 	1 0 0 0	1 (.)	0 0 0	(.) 0	52 23 39 14	75 53 	4 4 1 6	110 13
41 Jemen, Dem. VR. 42 Jemen, Arab. Rep. 43 Indonesien 44 Sambia 45 Honduras	32 25 14 2	42	(.) 1 0 0	(.j 0	6 (.) 0	'7 '0	62 74 86 98	51 67	11 27 1 6	868 58
46 Agypten, Arab. Rep. 47 El Salvador 48 Elfenbeinküste 49 Simbabwe 50 Marokko	20 1 50 12 63	38 8 34 56	46 0 (.) (.) 2	40 0 (.) 	4 0 (.) (.) (.)	8 (.) (.)	30 99 5 0 88 35	14 92 66 37	126 32 15 116 23	256 162 247 707
51 Papua-Neuguinea 52 Philippinen 53 Nigeria 54 Karnerun 55 Thailand	100 93 85 46 39	85 75 39 56	0 0 (.) 0 (.)	(.) (.)	(;) (;) (;) (;)	0 1 (.) 7	(.) 7 15 54 61	15 23 61 36	5 43 17 6 30	7: 2.49: 9: 7: 2.01
56 Nicaragua 57 Costa Rica 58 Peru 59 Guatemala 60 Kongo, VR	4 6 51 9	3 15 54 4	(.) (.) 0	(.) (.) 0	0 0 0 0	(.)	96 94 49 91	97 85 45 96	8 18 5 26	3 24 38 <i>32</i> :
61 Türkei 62 Tunesien 63 Jamaika 64 Dominikanische Rep.	83 19 93 95	43 68 74 77	8 3 1 0	2 2 2 0	(.) 5 0	11 7 0 0	9 73 6 5	45 23 24 23	11 23 64 3	2.47 83 44 10

	Mai	rkt-	Os	äische	Ölexpoi	rtländer			Ausfuhr von Industri e-	
	wirtscha Industrie		Sta: handels		mit he Einkor			klungs- der		ukten 1io \$)
Jrsprungsland	1965	1982 ^a	1965	1982 ^a	1965	1982 ^a	1965	1982 ^a	1965	1982
65 Paraguay	93	· - 7	0	2.5	0	12	_7		5 3	(
66 Ecuador 67 Kolumbien	25 43	7 31	0	(.) (.)	(.)	(.)	75 57	93 69	3 35	69 75
68 Angola	3 27	1.	1	1.1	(.) 0		96		36	,
69 Kuba	27		70		U		3		27	
70 Korea, Dem. Rep. 71 <i>Libanon</i>	19		1	. 1	61	17	19		29	:
72 Mongolische VR		9.9	4.3	11	F 4	7.4				
Obere Einkommenskategorie	55 w	48 w	9 w	5 w	l w	5 w	34 w	42 w		
73 Jordanien	49	22	(.)	(.)	23	25	28 50	53	5	36
74 Syrien, Arab. Rep. 75 Malaysia	ج 17	67	(.)	(.)	25 2	2	81	31	16 75	2.78
76 Chile	38	27	(.)	(.)	0	0	62	73	28	30
77 Brasilien	40	50	1	1	(,)	2	59	47	134	797
78 Korea, Rep 79 Argentinien	68 45	62 48	0 3	0 4	(.) (.)	$\frac{11}{(.)}$	32 52	27 47	104 84	1923 1 84
80 Panama			,							3
81 Portugal 82 Mexiko	59 7 <u>1</u>	83	(2) _	_ 1	<u>41</u> 29 –	_ 14	355 165 -	3 13 2.50
83 Algerien	50	59	1	18	1	(.) O	48	23 100	24	8
84 Südafrika ^b 85 Uruguay	94 71	0 46	0 6	0 7	(.)	0	6 23	100 48	443 10	13.08
86 Jugoslawien	24	22	52 ()	5,3 (,)	1	ð	24	22	617	8.39
87 Venezuela	59	59			(.)		41	41	51	41
88 Griechenland 89 Israel	56 67	56 63	8	5	9	16 0	27 29	23 37	44 281	2.15 4.24
90 Hongkong	71	62	4(.)		1	4	28	34	995	19.27
91 Singapur 92 Trinidad und Tobago	9 78	49 72	•	(.) (.)	3	6 (.)	88 22	44 28	338 28	11.83
93 Iran, <i>Islamische</i> Rep	61	= ,	1		17	7 1	21	- 20	58	
94 /rak	. 24	F v	1		16	.,	Æ		8	
Ölexporteure mit hohem Elnkommen	30 w	21 w	(.) w	(.) W	21 w	29 w	49 w	49 w		
95 Oman 96 Libyen	57	11 64	()	(.)	(.)	70 I	43	18 35	7	30 62
97 Saudi-Arabien	31	10	(,) O	(.)	18	16	52	73	19	82
98 Kuwait 99 Vereinigte Arab Emirate	18	28 13	(.)	(.) (.)	33	<i>21</i> 55	49	51 32	17	2.45 77
Marktwirtschaftliche			,213.60		\$ 14.4A		Man de			71
Industrieländer	67 W	64 w	3 w	3 w	1 w	5 w	29 w	28 W		
00 Spanien 01 Irland	57 82	53 91	1 (.)	2 (.)	(.)	5 1	42 17	39 7	382 203	14.52 5.22
02 Italien	68	64	5	4	(.)	8	25	24	5.587	61.31
.03 Neuseeland .04 Belgien ^c	90 86	70 83	(.)	1 2	(.)	1 2	10 13	28 13	53 4.823	1.32 38.26
05 Großbritannien	61	62	2	2.	2	8	35	29	11.346	65.44
06 Österreich	67	68	18 18	12	2 (.)	3	15	17	1.204	13.33
07 Niederlande	81 47	81 48	2 2	2 3	1 2	3 8	16 49	14 41	3.586 7. 704	32.73 1 34.20
08 Japan				3	1	4	33	30	7.139	6861
09 Frankreich	64	63	3							400
09 Frankreich 10 Finnland	64	56	26	33	(.)	2	11	9	815	
09 Frankreich 10 Finnland 11 Deutschland, Bundesrep 12 Australien	64	56 72 35	26 3 (.)	33	(.)		11 20 43	9 20 63	815 	- 15 2. 77
09 Frankreich 10 Finnland 11 Deutschland, Bundesrep 42 Australien 13 Dänemark	64 63 76 57 79	56 72 35	26 3 (.)	33	(.) 1 (.)	2 4 2 3	20 43 16	20 63 20	15.764 432 967	- 1 52. 77 4.73 8.45
09 Frankreich 10 Finnland 11 Deutschland, Bundesrep 12 Australien 13 Dänemark 14 Kanada	64 63 76 57 79 88	56 72 35 75 88	26 3 (.) 4 (.)	33 4 (.) 2 (.)	(.) 1 (.) (.) (.)	2 4 2 3 I	20 43 16 12	20 63 20 10	15.764 432 967 2.973	- 1 52.77 4.73 8.45 36.06
09 Frankreich 10 Finnland 11 Deutschland, Bundesrep 42 Australien 13 Dänemark 14 Kanada 15 Schweden 16 Norwegen	64 63 76 57 79 88 82 78	56 72 35 75 88 76 71	26 3 (.) 4 (.)	33 4 (.) 2 (.) 3 2	(.) 1 (.)	2 4 2 3 I 4 1	20 43 16 12 14 19	20 63 20 10 17 25	15.764 432 967 2.973 2.685 734	- 152.77 4.73 8.45 36.06 21.22 5.57
08 Japan 09 Frankreich 10 Finnland 11 Deutschland, Bundesrep 12 Australien 13 Dänemark 14 Kanada 15 Schweden 16 Norwegen 17 Vereinigte Staaten 18 Schweiz	64 63 76 57 79 88 82	56 72 35 75 88 76	26 3 (.) 4 (.)	33 4 (.) 2 (.)	(.) 1 (.) (.) (.)	2 4 2 3 I	20 43 16 12	20 63 20 10	15.764 432 967 2.973 2.685	10.06 - 152.77 4.73 8.45 36.06 21.22 5.57 147.83 23.77
09 Frånkreich 10 Finnland 11 Deutschland, Bundesrep 42 Australien 13 Dånemark 14 Kanada 15 Schweden 16 Norwegen 17 Vereinigte Staaton 18 Schweiz Osteuropäische	64 63 76 57 79 88 82 78	56 72 35 75 88 76 71 53	26 3 (.) 4 (.)	33 4 (.) 2 (.) 3 2 1	(.)	2 4 2 3 1 4 1 6	20 43 16 12 14 19 40	20 63 20 10 17 25 40	15.764 432 967 2.973 2.685 734 17.833	- 152.77 4.73 8.45 36.06 21.22 5.57 147.83
09 Frankreich 10 Finnland 11 Deutschland, Bundesrep 42 Australien 13 Dänemark 14 Kanada 15 Schweden 16 Norwegen 17 Vereinigte Staaten 18 Schweiz Osteuropäische Staatshandelsländer	64 63 76 57 79 88 82 78	56 72 35 75 88 76 71 53	26 3 (.) 4 (.)	33 4 (.) 2 (.) 3 2 1	(.)	2 4 2 3 1 4 1 6	20 43 16 12 14 19 40	20 63 20 10 17 25 40	15.764 432 967 2.973 2.685 734 17.833	- 152.77 4.73 8.45 36.06 21.22 5.57 147.83
09 Frankreich 10 Finnland 11 Deutschland, Bundesrep 12 Australien 13 Dänemark 14 Kanada 15 Schweden 16 Norwegen 17 Vereinigte Staaten 18 Schweiz Osteuropäische Staatshandelsländer 19 Ungarn 20 Albanien	64 63 76 57 79 88 82 78 58 75	56 72 35 75 88 76 71 53 68	26 3 (.) 4 (.) 4 3 (.) 3	33 4 (.) 2 (.) 3 2 1 3	(.)	2 4 2 3 I 4 1 6 5	20 43 16 12 14 19 40 21	20 63 20 10 17 25 40 23	15.764 432 967 2.973 2.685 734 17.833 2.646	152.77 4.73 8.45 36.06 21.22 5.57 147.83 23.77
09 Frånkreich 10 Finnland 11 Deutschland, Bundesrep 42 Australien 13 Dänemark 14 Kanada 15 Schweden 16 Norwegen 17 Vereinigte Staaten 18 Schweiz Osteuropäische Staatshandelsländer	64 63 76 57 79 88 82 78 58 75	56 72 35 75 88 76 71 53 68	26 3 (.) 4 (.) 4 (.) 3 (.) 3	33 4 (.) (.) (.) (.) 3 2 1 3	()	2 4 2 3 I 4 1 6 5	20 43 16 12 14 19 40 21	20 63 20 10 17 25 40 23	15.764 432 967 2.973 2.685 734 17.833 2.646	152.77 4.73 8.45 36.06 21.22 5.57 147.83 23.77
09 Frankreich 10 Finnland 11 Deutschland, Bundesrep 12 Australien 13 Dänemark 14 Kanada 15 Schweden 16 Norwegen 17 Vereinigte Staaten 18 Schweiz Osteuropäische Staatshandelsländer 19 Ungarn 20 Albanien 21 Bulgarien 22 Tschechoslowakei 23 Deutsche Dem. Rep.	64 63 76 57 79 88 82 78 58 75	56 72 35 75 88 76 71 53 68	26 3 () 4 () 4 3 () 3	33 4 (.) (.) 3 2 (.) 3 2 1 3	(.) (.) (.) (.) (.) (.) (.)	2 4 2 3 1 4 1 6 5	20 43 16 12 14 19 40 21	20 63 20 10 17 25 40 23	15.764 432 967 2.973 2.685 734 17.833 2.646	- 152-77 4.73 8.45 36.06 21.22 5.57 147.83 23.77
09 Frankreich 10 Finnland 11 Deutschland, Bundesrep 12 Australien 13 Dänemark 14 Kanada 15 Schweden 16 Norwegen 17 Vereinigte Staaten 18 Schweiz Osteuropäische Staatshandelsländer 19 Ungarn 20 Albanien 21 Bulgarien 22 Tschechoslowakei	64 63 76 57 79 88 82 78 58 75	56 72 35 75 88 76 71 53 68	26 3 (.) 4 (.) 4 3 (.) 3	33 4 (.) 2 (.) 3 2 1 3 56 70	(.) (.) (.) (.) (.) 1 1	2 4 2 3 1 4 1 6 5	20 43 16 12 14 19 40 21	20 63 20 10 17 25 40 23	15.764 432 967 2.973 2.685 734 17.833 2.646	- 152-77 4.73 8.45 36.06 21.22 5.57 147.83 23.77

^a Kursive Zahlen für 1981 und nicht für 1982. ^b Angaben fur die Südafrikanische Zollunion, der Südafrika, Namibia. Lesotho, Botswana und Swasiland angehoren. Der Handel zwischen diesen Teilgebieten wurde vernachlässigt. ^c Einschließlich Luxemburg,

Tabelle 14: Zahlungsbilanzen und Reserven

	Leistu bila		Zufliel Gastar		Private dire			Bruttowährun	gsreserven Einfuhr-
·	sale (in M		überwei (in M		invest (in Mi		In	Mio \$	deckung in Monater
	1970	19838	1970	1983 ^a	1970	1983 ^a	1970	1983a	1983ª
änder mit niedrigem Inkommen China und Indien Übrige Länder Afrika südl. der Sahara									6,4 w 8,2 w 3,0 w 2,2 w
I Åthiopien 2 Bangladesch 3 Mali 4 Nepal 5 Zaire	-32 -2 64	-171 -77 -103 -143 -559	6	629 36	42	(.) 2 331	72 1 94 189	206 546 23 191 269	2,5 2.6 0,6 4,1
6 Burkina 7 Birma 8 Malawi 9 Uganda 0 Burundi	9 63 35 20	-343 -72 -256	18		(.) 9 4		36 98 29 57 15	89 185 29	2,6 0,8
1 Niger 2 Tansania 3 Somalia 4 Indien 5 Ruanda	(.) -36 -6 -394	—150 —2.780 —49	113 1	22 2.617 2	1 5 6 (.)	(.) 11	19 65 21 1.023 8	57 19 16 8.242	0,4 5.4 4,1
6 Zentralafr. Rep. 7 Togo 8 Benin 9 China 0 Guinea	-12 3 -1 	-28 -32 4.460	2	• •	1 1 7	4	1 35 16 	51 178 8 19.698	2.4 7.1 10.5
L Haiti 2 Ghana 3 Madagaskar 4 Sierra Leone 5 Sri Lanka	2 68 10 16 59	-100 -218 -369 -33 -472	17	89 1 294	3 68 10 8 0	15 6 2 38	4 58 37 39 43	16 291 29 16 321	0,4 4,3 1,0 1,7
6 Kenia 7 Pakistan 8 Sudan 9 Afghanistan 0 Bhutan	—49 —667 —42	—174 21 —213 	86	2.925 275	14 23 	50 31. 	220 194 22 49	406 2.883 17 582	2,8 4,5 0,2
1 Tschad 2 Kambodscha 3 Laos 4 Mosambik 5 Vietnam	2	38			1	(.)	2 6 243	32	2,2
Inder mit mittierem Inkommen Olexporteure Olimporteure Afrika südl. dw Sahara	ř.								2,8 w 3,3 w 2,6 w 1,0 w
Intere Inkommenskategorie									2,2 w
6 Senegal 7 Lesotho 8 Liberia 9 Mauretanien 0 Bolivien	-1 6 -5 4	-14 -135 -196 -183	3 1	í 1	5 1 —76	., 4 3 1 43	22 3 46	23 67 20 110 509	1.4 0,4 2,1 5,2
1 Jemen, Dem. VR. 2 Jemen, Arab. Rep. 3 Indonesien 4 Sambia 5 Honduras	-4 -310 108 -64	-309 -558 -6.294 -252 -225	60	451 1.161	83 —297 8	8 289 21	59 160 515 20	297 369 4.902 137 120	3.6 2,1 2,2 1,3 1,3
6 Agypten, Arab. Rep. 7 El Salvador 8 Elfenbeinküste 9 Simbabwe 0 Marokko	—148 9 —38 —124	-785 -152 -743 -459 -889	29 63	3.293 41 916	4 31 20	845 —1 —2 46	165 64 119 59 141	1.699 344 37 300 376	1,8 <i>3,5</i> 0,2 2,0 0,9
L Papua-Neuguinea 2 Philippinen 3 Nigeria 4 Kamerun 5 Thailand	-368 -30 -250	-372 -2.760 4.752 -289 -2.886		I80 23 847	-29 205 16 43	137 104 354 156 348	255 223 81 912	474 896 1.252 170 2.556	3,8 0,9 1,0 1,1 2,5
6 Nicaragua 7 Costa Rica 8 Peru 9 Guatemala 0 Kongo, VR	-40 -74 202 -8	-451 -317 -871 -226 -400		, , ,	15 26 —70 29	8 50 37 45 56	49 16 339 79 9	171 345 1.898 409 12	2,1 2,7 4,6 3,4 0,1
1 Türkei 12 Tunesien 13 Jamaika 14 Dominikanische Rep.	—44 —53 —153 —102	-1.880 -561 -355 -442	273 29 29 25	1.514 359 42 190	58 16 161 72	72 186 —19 —1	440 60 139 32	2.710 639 63 171	2,8 2,1 0,4 1,1

	Leistungs-					Bruttowährungsreserven			
	bilanz- saldo	überwe	rbeiter- eisungen	inves	ekt- stition			Einfuhr- deckung	
-	(in Mio \$) 1970 1983		/lio \$) 1983 ^a	(in IV)	1983 ^a	lr 1970	1983 ^a	in Monate r 1983 ^a	
65 Paraguay	—16 —247	F F	(.)	4	5	18	694	10,1	
66 Ecuador 67 Kdumbien	-113 -104 $-293 -2.738$	6		89 39	50 285	76 207	802 3.512	3,4 5,9	
68 Angola									
69 Kuba 70 Korea. <i>Dem. Rep.</i>						- 11			
71 Libanon		11		1.2	7.4	405	5.421		
2 Mongolische VR		Direction Section			14045				
Obere Einkommenskategorie			2/					3,2 w	
73 Jordanien	-20 -390 -69 -815	7	1.110 461		30	258	1.240 318	3,7 0,7	
74 Syrien, Arab. Rep. 75 Malaysia	8 -3.350		401	94	1.370	57 667	4.673	2,9	
76 Chile 77 Brasilien	-91 -1.068 -837 -6.799	4.4	2	—79 407	152 1.374	392 1.190	2.620 4.561	5,3 1,8	
78 Korea, Rep.	-623 -1.578	33		66	—57	610	2.463	0,9	
79 Argentinien	-163 - 2.439	* *		11	182	682	2.840	2,8	
30 Panama 31 Portuga l	-64 194 983	67	2.120	33	49 123	16 1.565	207 8.179	0,4 9,8	
32 Mexiko	<u>-1.068</u> 5.223	123		323	490_	<u>75</u> 6	4.794	2,5	
33 Algerien 34 Südafrika	-125 -86 -1.215 291	211	383	45 318	-14 349	352 1.057	4.010 3.795	3,5 2,1	
35 Uruguay	-45 -60	. 11	2.00	310	6	186	1.200	9,3	
36 Jugoslawien 37 Venezuela	-372 275 -104 3.707	441	3.427	-23	_62	143 1.047	1.686 12.015	1,2 10,7	
88 Griechenland 89 Israel	-422 -1.868 -562 -2.240	333	914	50 40	439 49	318 452	2.381 4.038	2.6 3,2	
90 Hongkong		21							
91 Singapur 92 Trinidad und Tobago	-572 -956 -109 - <i>909</i>	3	1	93 83	1.389 341	1.012	9.264 3.105	3,5 <i>9,6</i>	
93 Iran, <i>Islamische Rep.</i>	 507	, .		25 24	- ,	217 472	. %		
Ölexporteure mit hohem Einkommen	105			2.		172	380	4,6 W	
95 Oman	572		44		154	13	872	3,1	
96 Libyen 97 Saudi-Arabien	645 —1.682 71 —1 8.433			139 20	-335 3.653	1.596 670	6.584 29.040	6.1 4.4	
98 Kuwait	4.590				-241	209	6.161	6,5	
99 Vereinigte Arab. Emirate Marktwirtschaftliche	4.550	William P				THE I	2.384	3,2	
ndustrieländer	70 0 400	400	200	170	1.000		10.071	3,9 w	
00 Spanien 01 Irland	79 —2,428 —198 —1.867	469	930	179 32	1.382 <i>242</i>	1.851 698	12.974 2.786	4,2 2,7	
02 Italien 03 Neuseeland	902 647	446	1.136	498	-943	5.547	45.540	5,6	
03 Neuseeland 04 Belgien	-232 -1.074 717 -747	40 154	218 390	137 140	114 489	258 2.94 7	787 17.754	2,8	
05 Großbritannien	1.975 3.429	::		-439	-167	2.919	18.592	1,7	
06 Osterreich 07 Niederlande	75 161 483 3.747	13	188	104 —15	106 862	1.806 3.362	12.575 26.934	5,5 4,1	
08 Japan	1.980 20.942			-260	-3.196	4.877	33.845	2.5 4,2	
9 Frankreich 0 Finnland	50 —4.801 —239 —949	130	337	248 —41	—243	5.199 455	51.077 1.722	1.3	
1 Deutschland, Bundesrep.	850 3.99	8350_		29 0	-1.561	13.879	78.986	4,9	
2 Australien	-837 -5.774 -544 -1 177			785	2.235	1.709	11. 8.95	4:8	
3 Dänemark 4 Kanada	-544 -1.177 821 1:380			566	-3.480	4.733	14:760	2,2	
5 Schweden 6 Nerwegen	-265 -929 -242 2.221	::	10	-104 32	-1.006 -93	775 813	6.349 7.081	3,5	
	2.320—41.915 72 3.526			-6.130	<u>6.382</u>	15:337	123.110		
8 SENWEIZ	72 3.526	,23	81	00	220	5.317	46:805	14,0	
Osteuropäische Staatshandelalinder									
9 Ungarn 10 <i>Albanien</i>	 25 46						2.148	2,5	
1 Bulgarien	.,								
2 Tschechoslowakei 3 Deutsche Dem, Rep.							, -	- ,	
4 Polen							20.0		
5 Rumänien	1.160						1.906	2,0	
6 Sowjetunion						, .			

a Kursive Zahlen für 1982 und nicht für 1983. .

Tabelle 15: Zufluß von offentlichem und offentlich garantiertern Auslandskapital

			(in M	rte mittel- und lang lio \$)	mango relocato	
	Brutto	zufluß	Schulde	ntilgung	Netto	zufluß ^a
	1970	1983	1970	1983	1970	1983
änder mit niedrigem				0.00		REI
Einkommen China und Indien						
Übrige Länder Afrika südl. der Sahara						
1 Äthiopien	27	242	15	42	13	200
2 Bangladesch	::	568		80		488
3 Mali 4 Nepal	21 1	109 70	(.)	6	21 —2	103 66
5 -Zaire	31	210	28	39	3	171
6 Burkina	2	89	2	7	(.)	83
7 Birrna 8 Malawi	16 38	333 66	18	86	-2	247
9 Uganda	26	93	3 4	29 65	36 22	38 29
0 Burundi	1	98	(.)	4	1	93
1 Niger	12	127	1	36	10	91
12 Tansania 13 Somalia	50 4	303 95	10	30 13	40 4	274 82
14 Indien	890	2.765	307	770	583	1.995
5 Ruanda	I.)	38	(.)	2	(.)	37
6 Zentralafr. Rep.		32 76	2	— <u>11</u> 17	1	<u> 22</u> 60
17 Two 18 Benin	2	121	1	13	1	108
19 China	1.					
20 Guinea	90	79	10	48	79	31
21 Haiti 22 Ghana	4 40	45 72	4 12	8 42	1 28	37 30
23 Madagaskar	10	216	5	77	5	139
24 Sierra Leone	8	21	10	7	-2	14
25 Sri Lanka	61	373	27	81	34	292
26 Kenia 27 Pakistan	32 485	258 985	16 114	178 759	17 371	80 226
28 Sudan	52	439	22	54	30	385
29 Afghanistan 30 Bhutan	34	, .	15		19	
31 Tschad	6	3	2	(.)	3	2
32 Kambodscha		3		(.)		
33 Laos		(a)(a)	8.9			
34 Mosambik 35 Vietnam			* *			
Länder mit mittlerem Einkommen Ölexporteure Ölimporteure Afrika südl. der Sahara						
Jntere Einkommenskategorie						
36 Senegal	15	429	5	17	10	412
37 Lesotȟo 38 Liberia	(.) 7	38 66	(.) 12	6 10	(.) —4	32 56
38 Liberia 39 Mauretanien	4	195	3	14	—4 1	181
40 Bolivien	54	86	17	102	37	-16
41 Jemen, Dem. VR.	1	306 326	(.)	32	1	274 297
42 Jernen, Arab. Rep. 43 Indonesien — — — —	441	326 4,965	59	29 1. 295	382	3.670
14 Sarnbia	351	176	33	48	318	-128 -
45 Honduras	29	236	3	38	26	199
46 Agypten, Arab. Rep. 47 El Salvador	394 8	2.221 287	297 6	1.456 29	97 2	765 258
48 Elfenbeinküste	77 (.)	667	27	378	50	289
49 Sirnbabwe 50 Marokko	(.) 163	710 840	5 36	330 610	—5 127	381 229
51 Papua-Neuguinea			0	44		
52 Philippinen	25 128	225 2.224	72	602	25 56	181 1.623
53 Nigeria 54 Kamerun	62 28	4.845 162	36 4	1.066 112	26 24	3.779 50
54 Kamerun 55 Thailand	51	1.315	23	419	27	896
	44	322	17	46	28	276
56 Nicaragua	30	418	21	92	9	326
56 Nicaragua 57 Costa Rica	4 40	1.622	101	347 65	47 17	1.275 249
58 Peru	148 37	314	20			
58 Peru 59 Guatemala	148 37 21	314 244	20 6	161	15	83
58 Peru 59 Guatemala 60 Kongo, VR 61 Türkei	37 21 328	314 244 1.598	6 128	1.175	15 200	423
56 Nicaragua 57 Costa Rica 58 Peru 59 Guatemala 60 Kongo, VR 61 Türkei 62 Tunesien 63 Jamaika	37 21	314 244	6	161	15	

		Öffentliche und	döffentlich garantie (in N	erte mittel- und langt Nio \$)	fristige Kredite	
		ozufluß		entilgung		zufluß ^a
	1970	1983	1970	1983	1970	1983
65 Paraguay 66 Ecuador 67 Kdumbien 68 <i>Angola</i> 69 <i>Kub</i> a	15 42 252	288 745 1.357	7 16 78	40 508 388	7 26 174	248 237 970
70 Korea, Dem. Rep 71 <i>Libanon</i> 72 <i>Mongolische VR</i>	12	22	2	35 	 9	—13 —13
Obere Elnkornrnenskategorle						
73 Jordanien 74 Syrien. Arab. Rep. 75 Malaysia 76 Chile, 77 Brasilien	14 59 43 397 884	450 325 3.028 1.808 7.095	3 30 45 163 255	125 232 286 328 1,979	12 30 —1 234 629	325 94 8741 1.480 8.117
78 Korea, Rep. 79 Argentinien 80 Panama 81 Portugal 82 Mexiko	441 487 67 18 772	3.634 2.390 358 2.238 6.908	198 342 24 63 476	1.999 1.000 188 1.010 3.104	242 146 44 —45 297	1.635 1.390 170 1.228 3.804
83 Algerien 84 Südafrika 85 Uruguay 86 Jugoslawien 87 Venezuela	292 38 180 224	2.921 500 1.307 1.825	33 47 168 42	3.292 94 526 937	259 9 12 183	-371 406 781 889
88 Griechenland 89 Israel 90 Hongkong 91. Singapur 92 Trinidad und Tobago	164 410 58 8	2.255 1.236 6 152 256	61. 25 0 6 10	562 840 28 278 123	102 385 52 —2	1.692 396 22 1 26 132
93 Iran, Islamische Rep. 94 Irak	940 63		235 18		705 46	
Ölexporteure rnit hohern Einkornrnen						
95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait 99 Vereinigte Arab. Emirate	- 1	506	* 2	91	**	416
Marktwirtschaftliche Industrieländer						
100 Spanien 101 Irland 102 Italien 103 Neuseeland 104 Belgien						
105 Großbritannien 106 Österreich 107 Niederlande 108 Japan 109 Frankreich						
110 Finnland 111 Deutschland. Bundesrep. 112 Australien 113 Dänemark 114 Kanada						
115 Schweden 116 Norwegen 117 Vereinigte Staaten 118 Schweiz						
Osteuropäische Staatshandelsländer						
120 Albanien 121 Bulgarien 122 Tschechoslowakei 123 Deutsche Dem. Rep.	9.5	1.429	**	1.272		156
124 Polen 125 Rumänien 126 Sowjetunion		1.345		1.141		204

a Der Bruttozufluß minus Schuldentilgung weicht mitunter infolge von Rundungen der Zahlen vom Nettozufluß ab.

Tabelle 16: Öffentliche Auslandsverschuldung und Schuldendienstrelationen

	Aussteh		isgezahlte öffe schulden	ntliche	Zinszahl auf die öffe	entlichen		Schuldendie	nst in % von: Ausführ vo	on Waren
	in N	/lio \$ 1983	ln % de 1970	1983 ^a	Auslandss (in Mi 1970		BS	SP 1983 ^a	Dienstlei: 1970	
Länder mit niedrigem Einkornmen China und Indlen Übrige Under Afrika südl. der Sahara			17,4 w 21,3 w 18,0 w	22,5 42,3 w 52,3 w			1,2 W 1,5 w 1,3 w	1.4 w 2,6 w 2,5 w	12.8 w 8,9 w 5,4 w	14.4 W 18,7 W 14,5 W
1 Åthiopien 2 Bangladesch 3 Mali 4 Nepal 5 Zaire	169 238 3 311	1.223 4.185 881 346 4.022	9,5 88,1 0,3 17,6	25,9 37,7 89,3 14,1 91,5	6 (.) (.) 9	24 63 6 4 87	1,2 0,2 0,3 2,1	1,4 1,3 1,3 0,3 2,9	11,4 1,3 4,4	11,5 14,7 6,1 3,0
6 Burkina 7 Birma 8 Malawi 9 Uganda 10 Burundi	21 101 122 138 7	398 2.226 719 623 284	6,4 4,7 43,2 7,5 3,1	38,2 36,3 55,2 17,9 26,2	(.) 3 3 4 (.)	7 64 30 17 3	0,6 0,9 2,1 0,4 0,3	1,3 2,4 4,5 1,9 0,7	6,3 15,8 7,1 2,7	33,8 20,3
11 Niger 12 Tansania 13 Somalia 14 Indien 15 Ruanda	32 250 77 7.940 2	631 2.584 1.149 21.277 220	8.7 19,5 24,4 14,9 0,9	48,7 58,9 <i>62,0</i> 11,2 13,9	1 6 (.) 189 (.)	36 36 10 553 2	0,6 1,2 0,3 0,9 0,2	5,6 1,5 1,2 0,7 0,3	3,8 4,9 2,1 22,0 1,3	13,1 10,3 2,6
16 Zentralafr. Rep. 17 Togo 18 Benin 19 China 20 Guinea	24 40 41 314	215 805 615	13,3 16,0 16,0	33,1 113,9 59,2 69,2	1 (.)	7 28 13	1,6 0,9 0,7	2,7 6,3 2,5	4,8 2,9 2,3	11,3 16,8
21 Haiti 22 Ghana 23 Madagaskar 24 Sierra Leone 25 Sri Lanka	40 .489 93 59 317	433 1.095 1.490 359 2.205	10,3 24,2 10,8 14,3 16,1	26,8 28,3 52,3 34,5 43,7	(.) 12 2 2 12	7 30 64 3 86	1,0 1,2 0,8 2,9 2,0	0,9 1,9 4,9 0,9 3,3	7,7 5,0 3,5 9,9 10,3	5,0 14,2 7,2 11,9
26 Kenia 27 Pakistan 28 Sudan 29 Afghanistan 30 Bhutan	3-19 3.060 306 547	2.384 9.755 5.726	20,6 30,5 15,2 58,1	43,1 31,3 77,8	12 76 13 9	127 309 37	1,8 1,9 1,7 2,5	5,5 3,4 1,2	5,4 23,6 10,7	20,6 28,1 11,2
31. Tschad 32 Kambodscha 33 Laos 34 Mosambik 35 Vietnam	32	129	11,9	43.5	(.)	(·) of a vi = = ,	1,0	0,1	3,9	0,6
Länder mit mittlerem Einkommen Ölexporteure Ölimporteure Afrika südl. der Sahara			12,7 w 13,4 w 12.3 w 12,4 w	31,3 W			1 6 W 1,8 W 1,5 W 1,2 W	4,5 W 5,4 W 4,0 W 4,2 W	10,5 W 10,7 W 10,4 W	18,1 w 21,1 w 16,1 w 19,7 w
Untere Einkommenskategorie			15,3 w	33,6 w			1.6 w	4.2 w	9,9 w	19,7 W
36 Senegal 37 Lesotho 38 Liberia 39 Mauretanien 40 Bolivien	100 8 158 27 479	1.496 145 699 1171 2.969	11,9 7,8 49,6 13,9 33,8	61,2 23.0 72,1 158,2 77.7	2 (.) 6 (.) 6	31 6 21 23 165	0,8 0.4 5,5 1,7	1,9 1,9 3,2 5,0 7,0	2,8 3,2 11,3	2,5 6,6 10,0 30.5
41 Jemen, Dem, VR 42 Jemen, Arab. Rep 43 Indonesien 44 Samba 45 Honduras	2.443 623 90	1263 1 574 21.685 2.638 1570	27,1 37,0 12,9	118,5 38.4 26.9 83,9 56.3	2 <u>4</u> 26 3	14 13 1 256 78 83	0,9 3,5 0,8	4,3 1.0 3.4 4.0 4,3	6,9 5,9 2,8	25,1 13,9 12,8 12,6 14,9
46 Ägypten, Arab Rep. 47 El Salvador 48 Elfenbeinküste 49 Simbabwe 50 Marokko	1 750 88 256 233 711	15 229 1.065 4.824 1.497 9445	23.2 8,6 18.3 15,7 18,0	49,4 29,2 78,8 27,9 69,6	54 4 11 5 23	540 37 413 105 510	4,6 0,9 2,7 0.6 1,5	6,5 1,8 12,9 8,1 8,3	36,4 3.6 6,8 8,4	27,5 6,4 31,0 31.6 38,2
51. Papua-Neuguinea 52 Philippinen 53 Nigeria 54 Kamerun 55 Thailand	36 572 480 131 324	911 10.385 11 757 1.883 7.060	5,8 81 4,8 12.1 4,9	40,4 30,4 17,7 26,7 18,0	1 23 20 4 16	63 650 974 107 531	0.1 1,4 0,6 0,8 0.6	4.7 3.7 3.1 3.1 2.4	7,2 4,2 3,1 3,4	11.2 15.4 18.6 13.9 11.3
56 Nicaragua 57 Costa Rica 58 Peru 59 Guatemala 60 Kongo, VR	156 134 856 106 144	3.417 3,315 7.932 1.405 1 487	15.7 13.8 12.6 5,7 53.9	133.3 126,3 48,1 15,8 76,1	7 7 44 6 3	37 504 406 76 77	2,4 2,9 2,1 1.4 3.3	3,2 22.7 4.6 1.6 12,2	11,1 10,0 11,6 7,4	18,3 50,6 19,6 11,7 20,5
61 Türkei 62 Tunesien 63 Jamaika 64 Dominikanische Rep.	1 854 541 160 226	15 396 3.427 1.950 2.202	14,4 38,2 11.8 15.5	30,2 42,4 65,2 26,7	42 18 9 5	1.169 195 101 110	1,3 4.5 1,1 0.8	4,6 7,4 6.9 2,8	22,0 19,0 2,7 4.7	28,9 22,3 15.4 22.7

	Ausstel		usgezahlte öffe sschulden	entliche	Zinszah auf die öff	fentlichen		Schuldendie		on Waren
	ın N	√lio \$	In % de	es BSP	Auslands (in M		BS	SP		nd istungen
	1970	1983	1970	1983 ^a	1970	1983	1970	1983 ^a	1970	1983 ^a
65 Paraguay 66 Ecuador 67 Kolumbien 68 <i>Angola</i>	112 217 1.293	1.161 6.239 6.899	13,1 13,2 18,4	28,6 63,0 18,3	4 7 44	45 365 516	1,2 1,4 1,7	2,1 8,8 2,4	11,9 9,1 12,0	14,9 32,5 21,3
69 Kuba	¥ ×	7.7	78.141	* *	9.0	* *		X X	¥ ¥	3.3.
70 Korea, Dem. Rep. 71 Libanon 72 Mongolische VR	64	182	4,2	2.5	1	15	02		, - 	4.9
Obere Einkommenskategorle			11,5 w	31,7 w			1,7 w	4,7 w	10,8 w	17,4 w
73 Jordanien 74 Syrien. Arab. Rep. 75 Malaysia 76 Chile 77 Brasilien	118 232 390 2.066 3.234	1.940 2.305 10.665 6.827 58.068	23,5 10.6 10,0 25,8 7,7	47.9 13.7 38.6 39.2 29.3	2 6 21 78 133	88 73 669 557 5.004	0,9 1,6 1.7 3,0 0.9	5,2 1,8 3,5 5,1 3,5	3,6 11,0 3.6 18.9 12,5	11,3 11,2 5,9 18.3 28,7
78 Korea, Rep. 79 Argentinien 80 Panama 81 Portugal 82 Mexiko	1.797 1.878 194 485 3.206	21.472 24.593 2.988 9.951 66.732	8,6 19,5 7,8 9,1	32,1 73,6 50,8 49,1	70 121 7 29 — 216	1.744 1.343 283 843 6.850	2,1 3,1 1.5 2,0	3,1 11,6 9,5 -7,3	19.4 21,5 7,7	12,3 24,0 6,8 26,7 35,9
83 Algerien	937	12.942	19,3	28,0	10	1.212	0,9	9,8	3,8	33,1
84 Sudafrika 85 Uruguay 86 Jugoslawien 87 Venezuela	269 1.198 728	2.523 9.077 12.911	11,1 8.8 6,6	48,4 19,9 19,8	16 72 40	198 483 1.658	2,6 1,8 0,7	5,6 2,2 4,0	21,6 9,9 2,9	19,8 7,6 15,0
88 Griechenland 89 Israel 90 Hongkong 91 Singapur	905 2.274 2 152	8.193 15.149 224 1.244	8,9 41,3 0,1 7,9	23,5 70,4 0,8 7,6	41 13 6	755 1.109 18 116	1.0 0,7 	3.8 9.1 0,2 2,4	9,3 2.7 0,6	18.3 19,6 1,3 2,8
92 Trinidad und Tobago 93 Iran, <i>Islamische</i> Rep.	2.193	887	20,8	10,7	6 85	101	3,0	2,7	12,2 2,2	2,8
Ölexporteure mit hohem Einkommen	274		8,8		9		0,9	Contract of	2,2	
95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait 99 Vereiniate Arab. Emirate		1.125		16.1		52		2,1		3.2
Marktwirtschaftliche industrieländer	fight.							let a	No.	12.00
100 Spanien 101 Irland 102 Italien 103 Neuseeland 104 Belgien										
105 Großbritannien 106 Österreich 107 Niederlande 108 Japan 109 Frankreich										
110 Finnland 111 Deutschland, Bundesrep 112 Australian 113 Dänemark 114 Kanada										
115 Schweden 116 Norwegen 117 Vereinigte Staaten 118 Schweiz										
Osteuropäische Staatshandelsländer										
119 Ungarn 120 Albanien 121 Bulgarien 121 Tschechoslowakei 123 Deutsche Dem. Rep.	* *	6.573	###	30,1	a a	655		9,3	* 8	18,5
124 Polén 125 Rumänien 126 Sowjetunion		7.576			473			9,0		

a Kursive Zahlen für 1982 und nicht für 1983.

Tabelle 17: Konditionen der offentlichen Kreditaufnahme

		agen fio \$)	Durchso Zinss (in 9	atz	Durchso Laufz (in Jah	zeit	Durchso tilgungs Zeitra (in Jah	sfreier ium
	1970	1983	1970	1983	1970	1983	1970	1983
Länder mit niedrigem Einkommen China und Indien Übrige Under	3.035 s	7.978 s 6.093 s	2,8 w 3,0 w	3,9 w 3,5 w	31 w 29 w	30 w	9 w	7 w
Afrika südl. der Sahara	983 s	3.036s	3,1 w	3,4w	27 w	29 w	8 w	7 W
1 Äthiopien 2 Bangladesch	21	505 593	4,3	2,1	32	25 39	7	6
3 Mali 4 Nepal	30 17	72 183	0,3	3,1	27 27	26 40	11	9 7 10
5 Zaire 6 Burkina	257	144	2.8 6,5	1,6	13	42	6 4	9
7 Birma	9 57	89 218	2.3 4,3 3,8	3.0 1.4	37 16	31. 40	8	7 10
8 Malawi 9 Uganda	13 12	103 204	3,7	2,4 3,9	30 28	28 34	6 7	9 7
10 Burundi 11 Niger	18	107	2.9	5,4	5 40	26 28	2 8	7
12 Tansania 13 Somalia	283	307 81	1.2 1,2 ()	3,9 2,7	40	24 32	11 3	5
14 Indien 15 Ruanda	933 9	1 885 56	2.4 0,8	5,0 1,6	35	30 37	8	5 6 8
16 Zentralafr Rep	7	75	2,0		50 36	29	11	8
17 Togo 18 Benin	3	152 71	4,6 1,8	1.9 2,7 2,3	17 32	36 38	4 7	8
19 China 20 Guinea	66	122	2.9	4,6	13	24	5	6
21. Haiti	5	91	6,7	1,3	9	46	1	10
22 Ghana 23 Madagaskar	50 23	72 283	2,4 2,3	0,7 3,7	39 40	50 27	10 9	10 7
24 Sierra Leone 25 Sri Lanka	24 79	22 281	3,5 3,0	0,8 1,9	27 27	47 40	6 5	10 10
26 Kenia 27 Pakistan	49 942	147 1 691	26 27	5,5 5,4	37 32	31. 26	8 12	7
28 Sudan	95	349	18 1,7	5,5	17 33	21 21	9	5
29 Afghanistan 30 Bhutan	19				33		0	
31. Tschad 32 Kambodscha	4	6	4,8	3,0	7	23	2	7
33 Laos 34 <i>Mosambik</i>					. ,			
35 Vietnam								- 1.
Länder mit mittlerem Einkommen Ölexporteure	10.684 s 4.232 s	71.716 s 33.867 s	6,2 w 6,3 w	10,2 w 10,2 w	17 w 16 w	12 W 11 W	4 w 4 w	4 w
Olimporteure Afrika südi. der Sahara	6.452 s 790 s	37.849 s 7.305 s	6,2 w 4,5 w	10,2 w 10,3 w	17 w 25 w	12 w 10 w	5 w 8 w	4 w 3 w
Untere Einkommenskategorie	3.768 s	31.119 s	5.0 <i>w</i>	8,9 w	23 w	15 w	6 w	4 w
36 Senegal 37 Lesotho	6 (.)	271 33	3,7 5.1	5,3	25 25	22 24	7 2	6
38 Liberia 39 Mauretanien	11 7	36 154	5,1 5,4 6.6	5.9 8,7 5,6	19 11	14 16	2 5 3	6 5 4
40 Bolivien	24	439	3.7	4,9	26	28	6	7
41. Jemen, Dem. VR. 42. Jemen, Arab. Rep.	62 9	287 101	(.) 5.2	2.5 1,6	<u>21.</u> 5	22 36	11 3	5 8 5 7
43 Indonesien 44 Sambia	518 555	5.597 120	2.7 4,2	8,8 4.8	34 27	15 26	9	
45 Honduras	23	340	4,1 7,7	5,9 8,8	30	25 22	7	6
46 Agypten, Arab. Rep. 47 El Salvador	448 12	2.698 121	4.7 5,8	2.9	17 23	34	2	4 8 4
48 Elfenbeinküste 49 Simbabwe	71	634 477		10.8 9.7 7,4	19	16 13	6	4
50 Marokko 51 Papua-Neuguinea	182 58	1.786 284	4,6 6.0	7,4	20 24	16 14	8	5 4
52 Philippinen 53 Nigeria	158 65	1.814 4.994	7,4 6.0	9.1	11 14	16 7	2 4	5 2
54 Kamerun 55 Thailand	4 <u>1</u> 106	201 1.189	4,7 6.8	11,0 8,9 8,3	29 19	18 20	8 4	5 7
56 Nicaragua	23	371	7,1	6,8	18	14	4	
	58	413 1.782	5.6 7.4	8,3 9,9	28 13	11 12	6 4	4 5 3
57 Costa Rica 58 Peru	125			8,4	200	13	6	4
57 Costa Řica 58 Peru 59 Guatemala	125 50 33	350 386	5.2 2.6	10,0	26 18	10	7	3
57 Costa Rica 58 Peru	50	350						

		agen (io \$)	Durchs Zins: (in		Durchsch Laufze (in Jahr		Durchso tilgungs Zeitra (in Jah	freier ium
-	1970	1983	1970	1983	1970	1983	1970	1983
65 Paraguay 66 Ecuador 67 Kolumbien 68 Angola 69 Kuba	14 78 362	195 975 1.391	5,7 6,1 5,9	7,7 10,6 10,8	25 20 21	21 10 14	6 4 5	6 3 4
70 Korea, Dem. Rep. 71 Libanon 72 Mongolische VR	7		2,7		21		1	
Obere Einkommenskategorie	6.916 s	40.598 s	6,9 w	11,0 w	13 w	10 w	4 w	3 w
73 Jordanien 74 Syrien, Arab. Rep. 75 Malaysia 76 Chile, 77 Brasilien	33 14 83 343 1.400	532 443 3.101 2.132 7.640	3.9 4,4 6,1 6,9 7,1	7,3 6,0 9.5 11,9 11,4	12 9 19 12 14	14 20 11 9	5 2 5 3 3	3 2 6 4 3
78 Korea, Rep. 79 Argentinien 80 Panama 81 Portugal 82 Mexiko	677 489 111 59 826	3.320 1.854 689 2.103 7.517	6,0 7,4 6,9 4,3 8,0	9.8 12.5 11,3 10.4 11,9	19 12 15 17 12	12 5 10 9	5 3 4 4 3	4 2 3 4 3
83 Algerien 84 Südafrika 85 Uruguay 86 Jugoslawien 87 Venezuela	288 72 198 198	3.705 501 1.953 1.600	6,5 7,9 7.1 8.2	9.8 12.0 10.9 11.6	10 12 17 8	7 7 11 7	3 6 2	1 2 3 3
88 Griechenland 89 Israel 90 Hongkong 91 Singapur 92 Trinidad und Tobago	242 439 (.) 69 3	2.169 1.000 (.) 82 226	7.2 7,3 (.) 6,8 7,5	10,2 12,8 7,5 9,7 10,8	9 13 (.) 17 10	9 29 13 9 8	4 5 (.) 4 1	4 10 4 2 3
93 Iran, Islamische Rep. 94 Irak	1.342 28		6,2 3,3	• ii	12 11		3 . 2	
Ölexporteure mit hohrm Elnkommen			12			100	Discount .	
95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait 99 Vereinigte Arab. Emirate		415		10,6		8		3
Marktwirtschaftliche Industrieländer			61					
100 Spanien 101 Irland 102 Italien 103 Neuseeland 104 Belgien								
105 Großbritannien 106 Österreich 107 Niederlande 108 Japan 109 Frankreich								
110 Finnland 111 Deutschland, Bundesrep. 112 Australien 113 Dänemark 114 Kanada								
115 Schweden 116 Norwegen 117 Vereinigte Staaten 118 Schweiz								
Osteuropäische Staatshandelsländer								
119 Ungam ^a 120 Albanien 121 Bulgarien 122 Tschechoslowakei 123 Deutsche Dem. Rep.		1.434		10.1		7		3
124 Polen 125 Rumănien 126 Sowjetunion		750						

a Berücksichtigt sind nur Schulden in konvertibler Währung.

Tabelle 18: Offentliche Entwicklungshilfe der OECD- und OPEC-Mitgliederländer

					Betra	g				
	1965	1970	1975	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
OECD				-	in Milo US	-Dollar				
02 Italien	60	147	182	376	273	683	666	811	827	1 10
03 Neuseeland 04 Belgien	102	14 120	66 378	55 536	68 643	72 595	68 575	65 499	61 480	5 41
05 Großbritannien	472	500	904	1465	2156	1854	2.192	1800	1605	143
06 Österreich	10	11	79	154	131	178	220	236	158	18
07 Niederlande	70	196	608	1074	1472	1630	1510	1472	1195	126
08 Japan	244	458	1 148	2.215	2.685	3353	3 171	3 023	3 761	4 31
09 Frankrach 10 Finnland	752 2	971 7	2093 48	2.705 55	3449 90	4162 111	4.177 135	4034 144	3815 153	379 17
11 Bundesrepublik Deutschland	456	599	1689	2.347	3 393	3567	3.181	3.152	3 176	2.76
12 Australien	119	212	552	588	629	667	650	882	753	7
13 Dänemark	13	59	205	388	461	481	403	415	395	44
14 Kanada	96 38	337	880 566	1.060	1.056 988	1.075 962	1.189 919	1 197	1 429 754	1.5
15 Schweden 16 Norwegen	36 11	117 37	184	783 355	429	486	467	987 559	754 584	7: 5:
17 Vereinigte Staaten	4.023	3153	4161	5663	4.684	7.138	5782	8.202	7.992	8.6
18 Schwaz	6 480	30 6 968	104	173 19.992	21.3	253	237 25 542	252	320 27.458	28.51
Insgesamt	6 480	0 900	13.04/					27.730	27.436	20.3
OECD		0.10			s BSP de			0.04	0.01	0.4
02 Italien 03 Neuseeland	0,10	0,16	0,11 0.52	0,14	0,08	0,17	0,19	0,24 0,28	0,24	0,3
.04 Belgien	0,60	0,23	0,52	0,55	0,53	0,50	0.59	0,28	0,28	0,2
.05 Großbritannien	0,47	0,41	0,39	0,46	0,52	0.35	0.43	0,37	0,35	0,
06 Österreich	0,11	0,07	0,21	0,27	0,19	0,23	0,33	0,35	0,23	0.
07 Niederlande	0,36	0,61	0,75	0,82	0.98	1,03	1,08	1,08	0,91	1,
08 Japan	0,27 0,76	0,23	0,23 0,62	0,23 0.57	0.27 0.60	0,32 0.64	0,28 0.73	0,28 0.75	0,33 0,74	0,
09 Frankreich 10 Finnland	0,78	0,06	0,18	0.57	0.22	0,22	0,28	0,30	0,33	Ö,
11 Bundesrepublik Deutschland	0,40	0.32	0.40	0,37	0,45	0,44	0,47	0,48	0,49	0,4
12 Australien	0,53	0,59	0,65	0,55	0.53	0,48	0.41	0.57	0,49	0,4
13 Dänemark	0,13	0,38	0.58	0.75	0,77	0,74	0.73	0,76	0,73	0.
14 Kanada	0,19 0,19	0.4 <u>1</u> 0.38	0,54 0,82	0,52 0, 90	0,48 0,97	0,43 0.79	0.43 0.83	0,41 1,02	0,45 0,85	0,
15 Schweden 16 Norwegen	0,16	0,32	0.66	0,90	0,93	0,85	0.82	0,99	1.06	0,9
17 Vereinigte Staaten	0,58	0,32	0,27	0,27	0,20	0,27	0,20	0,27	0,24 0,32	0,3
18 Schweiz	0,09	0,15	0,19	0,20	0,21	0,24	0.24	0,25	0,32	0,
OECD				In na	ationalen		en			
02 Italien (Mrd Lira)	38	92	119	319	227	⁵ i85	757	1.097 86	1.256	1 94
.03 Neuseeland (Mio Doll;ar) .04 Belgien (Mio Francs)	5.190	13 6.000	54 13.902	53 16.880	66 18852	74 17400	78 2L 350	22.800	91 24.543	1 23 7
.05 Großbritannien (Mio Pfund)	169	208	407	763	1 016	797	1081	1 028	1 058	1 0
06 Österreich (Mio Schilling)	260	286	1.376	2 236	1 751	2 303	3 504	4.026	2838	3.6
.07 Niederlande (Mio Gulden)	253	710	1 538	2324	2953	3 241	3 768	3 931	3 411	40
08 Japan (Mrd Yen)	88	165	341	466	588	760	699	753	893	10
.09 Frankrach (Mio Franc) 10 Finnland (Mio Finmark)	3.713 6	5393 29	8.971 177	12207 226	14.674 351	17589 414	22 700 583	26513 694	29.075 852	33 1
11 Bundesrepublik Deutschland	0	29	1//	220	221	414	303	034	034	1.0
(Mio DM)	1824	2192	4155	4714	6.219	6484	7189	7649	8109	78
12 Australien (Mio Dollar)	106	189	421	514	563	585	566	867	834	8
13 Dänemark (Mio Kronen)	90	443	1 178	2 140	2425 1.237	2 711 1257	2871 1425	3.458 1.477	3 612 1 761	4 6 1.9
.14 Kanada (Mio Dollar) .15 Schweden (Mio Kronen)	104 197	353 605	895 2 350	1209 3 538	4.236	4 069	4 653	6 201	5 781	6 0
116 Norwegen (Mio Kronen)	79	264	962	1861	2 172	2.400	2680	3608	4 261	4 2
17 Vereinigte Staaten (Mio Dollar)	4.023 52	3153 131	4161 268	5663 309	4684 354	7138 424	5782 466	8202 512	7992 672	86 6
18 Schweiz (Mio Franken)	52	1,11	200		Zusammer					
				1 12 12 1						4/27
OECD										
Öffentliche Entwic	6.48	6.97	13,85	19,99	22,82	27,27	25.54	27,73	27,46	
	6,48 0,48	6.97 0,34	0.35	0,35	0,35	0,38	0,35	0.38	0,36	0
Öffentliche Entwid ın Mrd US-Dollar, Ifd. Preise										28. 0. 28 7

				1	Betrag				
•	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983°
OPEC				In Mio US-I	Oollar				
53 Nigeria 83 Algerien 87 Venezuela	14 41 31	83 54 108	50 42 24	26 41 87	29 281 107	33 103 125	141 97 67	58 128 126	35 44 141
93 Iran, <i>Islamische</i> Rep 94 Irak	593 215	753 231	169 62	240 174	-34 659	-83 768	-93 140	-121 9	139 —3
96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait 99 Vereinigte Arab Emirate Katar	259 2 756 946 1 046 338	94 3028 531 1.021 195	101 3 086 1.292 1 052 189	131 5 464 978 885 105	140 4.238 971 970 291	382 5943 1140 909 270	293 5.664 1154 811 250	43 4028 1168 402 50	85 3 916 995 100 22
OAPEC insgesamt ^d OPEC insgesamt	5601 6.239	5.154 6.098	5 824 6.067	7.778 8131	7.550 7.652	9 515 9590	8.409 8.524	5.828 5891	5 159 5.474
OPEC			ln % d	es BSP der	Geberlände	er			Will the
54 Nigeria 83 Algerien 87 Venezuela 93 <i>Iran, Islamische</i> Rep. 94 <i>Irak</i>	0,04 0,28 0.11 1,12 1,62	0 19 0,33 0.34 1.16 1,44	0.10 0,21 0,07 0.22 0,33	0,05° 0.16 0,22 0.33 0,77	0,04 0,88 0,22 1,97	0.04 0,25 0.21 2,09	0,18 0,23 0,10	0,08 0,29 0,18	0,05 0,09 0.20 0,13
96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait 99 Vereinigte Arab. Emirate Katar	2.29 7,76 7,18 11,68 15.58	0,63 6,46 3,63 8.88 7,95	0.57 5.24 8,13 7,23 7,56	0,77 8,39 5,40 6,23 3,62	0.58 5,55 3.52 5,09 6,26	1.18 5,09 3,52 3.30 4,05	1,11 3.54 3,60 2,72 3,77	0.18 2,61 4,49 1,46 0,89	0.35 3,53 4,46 0.42 0.42
OAPEC insgesamt ^d OPEC insgesamt	5,73 2,92	4.23 2.32	3.95 1 ,96	4,69 2.48	3.49 1,83	3,73 2,41	2,82 1,94	2,02 1,37	2,10 1.45

_	Bilaterale Nettozuflüsse in Wnder mit niedrigem Einkommen								
	1965	1970	1975	1978	1979	1980	1981	1982	1983
OECD	In % des BSP der Geberländer								
102 Italien 102 Neuseeland 104 Belgien 105 Großbritannien 106 Österreich	0.04 0,56 0,23 0.06	0.06 0,30 0,15 0.05	0,01 0,14 0,31 0.11 0,02	0,01 0.01 0,23 0.14 0,01	0.01 0,01 0.27 0,16 0,03	0.01 0,01 0.24 0,11 0.03	0,02 0.01 0,25 0,13 0,03	0,04 (.) 0,21 0,07 0.01	0,05 (.) 0.21 0.10 0,02
07 Niederlande 108 Japan 109 Frankreich 10 Finnland 11 Bundesrepublik Deutschland	0,08 0,13 0,12	0.24 0,11 0.09 0,10	0.24 0,08 0.10 0,06 0.12	0.28 0.05 0.07 0,04 0,09	0,26 0,09 0,07 0,06 0,10	0.30 0,08 0,08 0,08 0,08	0,37 0,06 0.11 0.09 0.11	0.31 0,11 0.10 0,09 0,12	0.26 0,09 0,09 0.12 0,13
12 Australien 13 Dänemark 14 Kanada 15 Schweden 16 Norwegen	0,08 0,02 0,10 0 07 0.04	0,09 0,10 0.22 0,12 0,12	0.10 0,20 0.24 0,41 0,25	0,04 0,29 0,17 0.36 0.34	0,06 0,28 0.13 0,41 0,37	0.04 0,28 0,11 0.36 0,31	0,06 0.21 0.13 0,32 0,28	0.07 0.26 0,14 0.38 0.37	0.05 0.31 0.13 0.33 0.39
117 Vereinigte Staaten 18 Schweiz	0.26 0,02	0.14 0,05	0,08 0.10	0.03 0,07	0,02 0,06	0.03 0.08	0,03 0.07	0,02 0,09	0,03 0,10
Insgesamt	0,20	0,13	0,11	0.07	0,08	0.07	0,08	0,08	90,0

a Vorläufige Schätzungen. b Vgl. Technische Erlauterungen. c Vorläufig. d Organisation Arabischer Ölexportierender Lander.

Tabelle 19: Bevolkerungswachshun und -projektionen

	Be	chschnittlich jährliches evölkerungs wachstum (in %) 973—83 1	3*	1983	evölkerung (in Mio) 1990 ^a	2000 ^a	Hypothetischer Umfang der BENIRATING (in Mio)	Voraus- sichtliches Jahr dner dekto-Repre von 1	อิซูเราใบๆกเกล 196"ม
Länder mit niedrigem Einkommen China und Indien Übrige Länder Afrika südl. der Sahara	2,6 w 2,5 w 2,6 w 2,6 w	2.0 w 1,8 w 2,6 w 2,8 w	1,8 w 1,5 w 2,6 w 3,0 w	2.342s 1.752s 590s 245 s	2.663 s 1.950s 713s 304 s	3.154 s 2.236s 918s 408 s			
1 Äthiopien 2 Bangladesch 3 Mali 4 Nepal 5 Zaire	2,6 2.6 2,6 2.0 2,1	2,7 2,4 2.5 2,6 2.5	2.6 2.3 2,5 2,6 3,1	41 95 7 16 30	48 114 9 19 37	64 141 11 24 50	181 310 37 74 145	2035 2025 2035 2040 2030	1,9 1,9 1,9 1,8
6 Burkina	2,0	1,9	2,0	6	7	9	32	2040	1,8
7 Birma	2.3	2.0	2,3	35	43	53	115	2025	1,9
8 Malawi	2,8	3,0	3,1	7	8	11	38	2040	2,0
9 Uganda	3,4	2,8	3,3	14	18	25	83	2035	2,0
10 Burundi	1,4	2,2	2,9	4	5	7	24	2035	1,9
11 Niger	2,6	3,0	3,2 3,4 3.0 1,8 3,4	6	8	11	40	2040	2.0
12 Tansania	3,1	3,3		21	27	37	125	2035	2.0
13 Somalia	3,5	2,8		5	6	8	31	2040	1.9
14 Indien	2,3	2,3		733	844	994	1.700	2010	1,8
15 Ruanda	3,1	3,4		6	7	10	40	2040	2,0
16 Zentralafr. Rep.	1,6	2,3 2,6 2,8 1.5 2,0	2,7	2	3	4	12	2035	1,9
17 Togo	2,8		3,2	3	4	5	16	2035	2,0
18 Benin	2,6		3.1	4	5	6	21	2035	2.0
19 China	2,7		1,2	1.019	1.106	1.242	1571	2010	1,6
20 Guinea	1,8		2,1	6	7	8	25	2045	1.8
21 Haiti	1,5	1,8	1,8	5	6	7	14	2025	1,9
22 Ghana	2.2	3,1	3,5	13	17	23	64	2025	2,0
23 Madagaskar	2.4	2,6	3,1	9	12	16	55	2035	1,9
24 Sierra Leone	1,7	2,1	2,3	4	4	5	17	2045	1,8
25 Sri La nka	2,0	1,7	1,8	15	18	21	32	2005	1,7
26 Kenia	3,7	4,0 3 ,0 3,2 2,6 1,9	3.9	19	25	36	120	2030	2,1
27 Pakistan	3,1		2,4	90	106	133	330	2035	1,9
28 Sudan	2,6		2.6	21	25	33	102	2035	1,9
29 Afghanistan	2,3		2.3	17	20	25	76	2045	1,9
30 Bhutan	1,3		2.2	1	1	2	4	2035	1,8
31 Tschad 32 Kambodscha 33 Aos 34 Losambik 35 Vietnam	1.8 1.8 1,4 2,3 3,1	2,1 2,2 2,6 2,7	2,4 2,5 2,9 2,4	5 4 13 59	6 4 16 70	7 6 88	22 18 70 170	2040 2040 2035 2015	1,8 1,9 2,0 1,9
Länder mit mittlerem Einkommen Ölexporteure Ölimporteure Afrika südl. der Sahara	2,5 w 2.6 w 2,4 w 2,6 w	2,4 w 2,7 w 2,2 w 2,9 w	2,2 W 2,5 W 1,9 W 3,1 W	1.166s 543 s 623 s 148 s	1.374s 652 s 722 s 178 s	1.690s 830 s 860 s 256 s			
Untere Einkommenskategorie	2,5 w	2,5 w	2,3 w	665 s	787 s	977 s			
36 Senegal	2,4	2,8	2,9	6	8	10	30	2035	1,9
37 Lesotho	2.1	2,5	2,6	1	2	2	6	2030	1,8
38 Liberia	2,8	3,3	3,1	2	3	3	11	2035	1,9
39 Maurdanien	2,3	2,2	2,6	2	2	3	8	2035	1.8
40 Bolivien	2,4	2.6	2,4	6	7	9	22	2030	1,9
41 Jemen, Dem. VR	2,1	2,2	2.4	2	2	3	8	2035	2,0
42 Jemen, Arab. Rep.	2.6	2,9	2,8	8	9	12	40	2040	2,0
43 Indonesien	2,1	2,3	1,9	156	179	212	368	2010	1.8
44 Sambia	3,0	3.2	3,3	6	8	11	33	2030	2,0
45 Honduras	2,9	3.5	3,0	4	5	7	15	2020	2,0
46 Ägypten, Arab. Rep.	2,3	2,5	2.0	45	52	63	113	2015	1,8
47 El Salvador	3,4	3,0	2,6	5	6	8	17	2015	1.9
48 Elfenbeinküste	4,6	4,6	3,6	9	13	17	47	2030	2,0
49 Simbabwe	3.4	3.2	3,6	8	10	14	39	2025	2,1
50 Marokko	2,4	2,6	2,4	21	25	31	70	2025	2.0
51 Papua-Neuguinea	2,5	2.1	2.1	3	4	5	9	2025	1,9
52 Philippinen	2,9	2.7	2.1	52	61	73	126	2010	1,9
53 Nigeria	2.5	2,7	3.3	94	118	163	532	2035	2.0
54 Kamerun	2,4	3,1	3.2	10	12	17	52	2030	1,9
55 Thailand	2,9	2,3	1,7	49	56	65	100	2000	1,8
56 Nicaragua	2.9	3.9	3.0	3	4	5	12	2025	2,0
57 Costa Rica	3.0	2,4	2,1	2	3	3	5	2005	1,8
58 Peru	2,8	2.4	2,2	18	21	26	49	2020	1,9
59 Guatemala	3,0	3,1	2,6	8	10	12	25	2020	1,9
60 Kongo, VR	2,6	3,1	3,7	2	2	3	9	2020	1,9
61 Türkei	2.5	2,2	1,9	47	55	65	111	2010	1,8
62 Tunesien	2,0	2.5	2.2	7	8	10	19	2015	1,9
63 Jamaika	1,5	1.3	1,4	2	2	3	5	2005	1,6
64 Dominikanische Rep.	2,9	2 ,4	2,2	6	7	9	15	2010	1,9

	В	chschnittlic jährliches evölkerung wachstum (in %) 1973—83		Be	evőlkerung (in Mio) 1990 ^a	2000 ^a	Hypothetischer Umfang der stationåren Bevölkerung (in Mio)	Voraus- sichtliches Jahr einer Netto-Repro duktiinsrate von 1	Bevölkerungs- eigendynamik 1985
65 Paraguay 66 Ecuador 67 Kolumbien 68 Angola 69 Kuba	.2,7 2,7 2,6 2.2 1,8	2.5 2.6 1.9 2,6 0,8	2,2 2.5 1,8 2,8 1,0	3 8 28 8 10	4 10 31 10 11	5 13 37 13 12	8 25 60 44 15	2010 2015 2010 2040 2010	1,9 1,9 1,8 1,9 1.5
70 Korea, Dem. Rep. 71 <i>Libanon</i> 72 <i>Mongolische VR</i>	2,8 2,6 3,1	2,5 -0,3 2,8	2.1 1,2 2,4	19 3 2	22 3 2	27 3 3	46 6 5	2010 2005 2015	1,8 1,8 1.9
Obere Einkommenskategorie	2,4 w	2,3 w	2,1 w	501s	587s	713 \$			
73 Jordanien 74 Syrien, Arab. Rep 75 Malaysia 76 Chile 77 Brasilien	3,0 3,4 2,6 1,9 2,5	2,7 3.3 2,4 1.7 2,3	3,8 3,4 2,0 1,5	3 10 15 12 130	4 13 17 13 150	6 17 21 15 179	17 41 33 21 298	2020 2020 2005 2005 2010	2,0 2,0 1,8 1,6 1,8
78 Korea, Rep. 79 Argentinien 80 Panama 81 Portugal 82 Mexiko	2,2 1.5 2.7 -0,2 3,3	1,6 1,6 2,3 1.1 2,9	1.4 1,3 1.9 0,5 2,3	40 30 2 10 75	45 33 2 10 89	50 37 3 11 109	70 54 4 13 1 99	2000 2010 2005 2010 2010	1,6 1,5 1.8 1,3 1,9
83 Algerien 84 Südafrika 85 Uruguay 86 Jugoslawien 87 Venezuela	2,9 2.6 0.6 0.9 3.6	3,1 2,4 0,5 0,8 3,5	3,5 2,7 0,7 0,6 2.6	2L 32 3 23 17	27 39 3 24 21	38 49 3 25 26	107 104 4 30 46	2025 2020 2005 2010 %10	2,0 1,8 1,3 1,3 1,9
88 Griechenland 89 Israel 90 Honakona 91 Singapur 92 Trinidad und Tobago	0.5 3,1 2,0 1,8 0.9	1,1 2,3 2,5 1,3 0,6	0,4 1,6 1,3 1,0 1,7	10 4 5 3	10 5 6 3 1	10 5 7 3 2	12 8 7 3 2	2000 2005 2010 2010 2010	1,2 1,6 1,4 1,4
93 Iran, Islamische Rep. 94 Irak	3.3 3,3	3,1 3 . 6	3.0 3.4	43 15	53 19	7 <u>1</u> 26	1 66 73	2020 2025	19 2,0
Ölexporteure mit hohem Einkommen	4,5 w	5,1 w	3,8 W	18s	24s	33 s	The State of the S		535
95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait 99 Vereinigte Arab Emirate	2,9 4,1 4,0 8 ,3 11,8	4,8 4,3 4,7 6,4	2.9 4,1 3,6 3,5 3,7	1 3 10 2 1	1 5 14 2 2	2 7 19 3 2	4 19 56 5 4	2020 2025 2030 2010 2015	1,9 2,0 1,9 1.9
Marktwirtschaftliche Industrieländer	1,0 w	0,7 w	0,4 w	729s	752 s	782 <i>s</i>		Fig. 64	
100 Spanien 101 Irland 102 Italien 103 Neuseeland 104 Belgien	1,0 0.8 0,6 1,4 0.4	1,0 1,3 0,3 0,6 0,1	0,6 1,0 0,1 0,7 0,1	38 4 57 3 10	40 4 57 3 10	42 4 58 4 10	49 6 56 4 10	2010 2000 2010 2010 2010	1,3 1,5 1,1 1,3 1,1
105 Großbritannien 106 Österreich 107 Niederlande 108 Japan 109 Frankreich	0.4 0,4 1.1 1,2 0.8	(.) (.) 0.7 0.9 0,4	(.) 0,1 0,4 0,5 0.4	56 8 14 119 55	56 8 15 123 56	57 8 15 128 59	58 8 15 128 63	2010 2010 2010 2010 2010	1,1 1,1 1,2 1, 2
110 Finnland 111 Deutschland, Bundesrep. 112 Australlien 113 Dänemark 114 Kanada	0.2 0,7 2,1 0,7 1.4	0.4 -0,1 1.3 0,2 1,2	-0,13 -0,1 1(.) 0,9	5 61 15 5 25	5 61 17 5 27	5 61 18 5 29	6 54 21 5 32	2010 2010 2010 2010 2010 2010	1;6 1,4 1,1 1,4
115 Schweden 116 Norwegen 117 Vereinigte Staaten 118 Schwt _{ijz}	0,7 0,8 1,1 1,0	0,2 0,4 1(.)	0,1 0,3 0,7	234 6	8 4 247 6	8 261 6	8 4 289 6	2010 2010 2010 2010	1,1 1,2 1,6
Osteuropäische Staatshandelsländer	0,8 w	0.8 w	0,6 w	386 s	407s	429 s		-166 1	1.42
119 Ungarn 120 Albanien 121. Bulgarien 122 Tschechoslowakei 123 Deutsche Dem. Rep.	0,3 2,6 0,6 0.3 (.)	0,3 2,1 0,1 0,6 -0,1	(.) 1,8 0.2 0,4 0,1	11 3 9 15 17	11 3 9 16 17	11 4 9 16 17	11 6 10 19 18	2010 2000 2010 2000 2010	1,1 1,8 1,2 1,3 1,1
124 Polen 125 Rumänien 126 Sowjetunion Insgesamt ^o	0,7 1,2 0.9	0,9 0,8 0.9	0.7 0.6 0,7	37 23 273 4.641	39 24 288 5 220	41 25 306 6.088	50 30 377	2000 2 999	1.3 1,3

a Zu den Annahmen, die den Projektionen zugrunde liegen, vgl. Technische Erläuterungen. b Ohne Länder mit einer Bevölkerung von weniger als 1 Million,

Tabelle 20: Demographische und fruchtbarkeitsbezogene Kennzahlen

	Unbereini Geburtenzi je Tsd. Einwohn 1965 1:	ffem	Ster	pereinigte beziffern e Tsd. hwohner 5 1983	%-Verånd Unberei- nigten Geburten ziffern 1965—83	nigten Sterbe- ziffern	Zusam gefa Gebu ziffe	ßte rten-	Prozents verheir gebärfi Alter empfänd hütend verwe 1970 ^b	ateten Ahigen , der gnisver- e Mittel
Länder mit niedrigem Einkommen China und Indien Übrige Länder Afrika südl. der Sahara	42 w 3	30 w 25 w 43 w	17 16 21 22	w 9 w w 16 w	-30,3 w -39,3 w -7,3 w -2,0 w	-38,7 w -44,1 w -26,5 w -20,2 w	4,0 w 3,3 w 6,0 w 6,6 w	3,1 w 2,4 w 4,6 w 5,6 w	* * * * * * * * * * * * * * * * * * *	::
1 Äthiopien 2 Bangladesch 3 Mali 4 Nepal 5 Zaire	47 50 46	41 42 48 42 46	19 22 27 24 23	20 16 21 18 16	-6,9 -11,9 -4,6 -9,0 -4,0	6,8 - 27,0 - 22,2 - 25,5 - 32,6	5,5 6,0 6,5 6,3 6,3	5,1 3,7 5,9 5,4 5,3		2 25 1 7 3
6 Burkina 7 Birma 8 Malawi 9 Uganda 10 Burundi	42 56 49	47 38 54 50 47	24 19 29 19 24	21 13 23 17 19	3,3 -9,6 -3,6 2,2 -1,1	- 12,5 - 33,5 - 20,1 - 12,4 - 22,6	6,5 5,3 7,6 7,0 6,5	6,0 3,6 6,4 5,8 5,9	**	1 5 1 1
11 Niger 12 Tansania 13 Somalia 14 Indien 15 Ruanda	49 50 45 52	52 50 50 34 52	25 22 28 21 17	20 16 20 13 19	7,3 2,5 -0,4 -25,0 0,8	-22,4 -27,3 -27,0 -39,6 11.8	7,0 7,0 6,8 4,8 8,0	6,4 5,8 6,2 2,9 6,7	12	1 1 1 32 1
16 Zentralafr. Rep 17 Togo 18 Benin 19 China 20 Guinea	50 49 39	41 49 49 19 19	24 23 25 13 30	17 18 18 7 27	-4.7 -1,2 0.4 -51,2 2,2	-31,7 -20,4 -26,8 -50,8 -9.8	5,5 6,5 6,5 2,3 6.0	5,5 5,4 5,4 2,0 5,6		18 71 1
21. Haiti 22 Ghana 23 Madagaskar 24 Sierra Leone 25 Sri Lanka	50 4 44 4 48	32 49 47 49 27	18 16 21 33 8	13 10 18 27 6	-16,2 -1,8 6,9 2,3 -20.2	-26,8 -35.9 -17.0 -19,2 -26,8	4,6 7,0 6,5 6,5 3,4	3,4 4,8 5,9 6,1 2.3		20 10 4 55
26 Kenia 27 Pakistan 28 Sudan 29 <i>Afghanistan</i> 30 Bhutan	48 47 54	55 42 46 54 43	17 21 24 29 32	12 15 17 29 21	7,3 -12,7 -2,1 0.6 -0,2	-29.4 -29.4 -27.2 -2,7 -34.6	8,0 5,8 6,6 8,0 6,2	5,7 4,2 5,5 5,6 5.3	6 6 12	8 14 5
31. Tschad 32 Kambodscha 33 Laos 34 Mosambik 35 Vietnam	44 45 49	42 42 46 35	26 20 23 27 17	2L 20 19 8	5,2 -5.5 -6,1 -22.2	-19,2 -14,1 -29,6 -53,5	5.5 6,4 6,5 4.9	5.6 5,5 5.9 3,1		1 21
Länder mit mittierem Einkommen Ölexporteure Ölimporteure Afrika südl. der Sahara	46 w 38 w	34 w 39 w 30 w 49 w	15 18 13 22	w 12 w w 9 w	-17,8 W -15,4 W -20,7 W -1.8 W	-33,1 w -36,1 w -29,6 w -26,1 w	4,6 w 5,2 w 4,8 w 6,8 w		::	11
Untere Einkommenskategorie	45 w	36 w	18	w 12 w	-18,4 w	-34,5 w	4,9 w	3,6 W		
36 Senegal 37 Lesotho 38 Liberia 39 Mauretanien 40 Bolivien	42 46 44	46 42 49 43 44	21	19 15 18 19 16	1,7 (.) 6,1 -3,0 -4,8	-19.2 -17,0 -18.2 -26,2 -23,8	6,6 5.8 6,9 6.0 6,2	5,6 4,8 5,7 5,9 4,2		4 5 1 24
41 Jemen, Dem. VR. 42 Jemen, Arab. Rep. 43 Indonesien 44 Samba 45 Honduras	49 43 49	48 48 34 50 44	27 27 20 20 17	19 22 13 16 10	-4.0 -1,6 -20,9 1,7 -12,8	-29,3 -19,6 -37,3 -21,4 -41.7	6.3 68 4,3 6,7 6.5	4.4 5,8 2,8 5.5 3.8		1 58 1 27
46 Ågypten, Arab. Rep. 47 El Salvador 48 Elfenbeinküste 49 Simbabwe 50 Marokko	46 <i>44</i> 55	34 40 46 53 40	19 14 22 14 19	11 8 14 13 14	-18,9 -14.3 51 -4,4 -19.3	-42,6 -44,0 -34,9 -9,3 -22.7	4,6 5.5 6,6 7,0 5,8	3,0 3,3 4.9 4,8 3,8	, .	24 34 22 26
51. Papua-Neuguinea 52 Philippinen 53 Nigeria 54 Kamerun 55 Thailand	46 51 40	35 31 50 46 27	20 12 23 20 12	7 17 15	- 18,6 - 32,6 - 3,5 16,3 - 37,2	-30.7 -43.7 -26,8 -25,0 -35.5	5.0 4,2 6,9 6,5 3.4	3.5 2,7 5,7 5.6 2,2	15 15	5 48 6 11 59
56 Nicaragua 57 Costa Rica 58 Peru 59 Guatemala 60 Kongo, VR	45 45 <i>4</i> 8	45 30 34 38 43	16 8 17 16 14	4 11 9	-9,3 -33,9 -25.6 -18.0 5,6	-32,1 -50,0 -36,1 -44,4 -43,9	6,3 3,5 4.5 5,2 6,0	4.0 2.3 3,2 3.4 5.5		9 65 41 18
61. Türkei 62 Tunesien 63 Jamaika 64 Dominikanische Rep.	38	3 <u>1</u> 33 28 33	14 18 9 14	9	-25.7 29,3 26,6 29,2	-40,3 -48,6 -22,8 -44,8	4.1 4.9 3,5 4,2	2,7 3,1 2,3 2.7	32 	38 41 51 46

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen.

	Unbere Geburter Je Ts Einwol 1965	ziffern d	Unbere Sterbe je T Einwo 1965	ziffern sd	%-Verände Unberei- nigten Geburten- ziffern 1965—83	rungen der Unberei- nigten Sterbe- nffern 1965—83	Zusam gefa Gebui ziffe 1983	ßte rten-	Prozents verhan Fraue gebärfa Alter, empfäng hutende verwe 1970 ^b	ateten en im ähigen , der gnisver- e Mittel
65 Paraguay 66 Ecuador 67 Kolumbiin 68 Angola 69 Xuba	41. 45 43 49 34	31 37 28 49 17	11 15 12 29 8	7 8 7 22 6	-25.9 -18,1 -34.9 -1,6 -50,3	-37,3 -45,3 -37,6 -25,3 -26,3	4.2 5,4 3.5 8.5 2.0	2.7 3,2 2.5 6.0 2,0		35 40 55 79
70 Korea, Dem Rep. 71 Libanon 72 Mongolische VR	39 <u>41</u> 42	30 29 34	12 13 12	7 9 7	-22.7 -28.8 -18,2	-38 5 -28 3 -43,1	4.0 3.8 4,8	2,6 2,4 3,1	53	
Obere Einkommenskategorie	38 W	31 W	12 w	8 w	-16,8 w	-29,9 W	4,1 w	3,1 W		
73 Jordanien 74 Syrien, Arab Rep. 75 Malaysia 76 Chile 77 Brasilien	48 48 41 32 39	45 46 29 24 30	18 16 12 11 12	8 7 6 6 8	-6,7 -3,4 -29,4 -25,7 -22,9	-55,4 -56,3 -46,8 -44,4 -28,7	7,4 7,2 3,7 2,9 3,8	5,3 4,0 2,4 2,2 2,6	33 25	26 23 42 43 50 58
78 Korea, Rep. 79 Argentinien 80 Panama 81. Portugal 82 Mexiko	36 22 40 23 45	23 24 28 15 34	12 9 9 10 11	6 9 5 9	-36,3 12,0 -30,0 -34,8 -23,7	-46,1 1,1 -43,2 -13.5 -36,1	2,7 3,4 3,5 2,0 4,6	2,5 2,3 2.0 2,8		61 66 39
83 Algerien 84 Südafrika 85 Uruguay 86 Jugoslawien 87 Venezuela	50 40 21 21 43	47 40 18 17 35	18 13 10 9	13 9 9 10 6	-6.8 (.) - 14.6 -21,0 -19,7	-32,1 -30,8 -4,2 9,1 -40,2	7.0 5.1 2,6 2,1 4,3	5,4 3.5 2.2 2.1 2.7	59	55 49
88 Griechenland 89 Israel 90 Hongkong 91 Singapur 92 Trinidad und Tobago	18 26 28 31 33	14 24 17 17 29	8 6 6 7	9 7 5 5 7	-23,2, -6,6 -39,3 -44,6 -10,8	15,2 95 -13,8 -9,1 -1.4	2,1 3,1 1.8 1.7 3.3	2,1 2,3 2,0 1,9 2,4	42 60 44	80 71 52
93 Iran, Islamische Rep 94 Irak	50 49	40 45	17 18	10 11	-19.5 -9,2	=38;8	5.6	4:3 5:2	14	23
Ölexporteure mit hohem Einkommen	49 w	42 w	19 w	11 w	-13,8 w	-45,0 w	6,9 w	5,2 w		
95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait 99 Vereinigte Arab Emirate	50 49 49 47 41	47 45 43 35 27	24 18 20 8 15	15 11 12 3 4	-6,0 -8,5 -11,1 -25,5 -34,1	-37,5 -39,8 -41,4 -60,5 -73,3	7,1 7,2 7,1 5,7 5,9	4,0 5,5 5,7 3,0 4,1	9 9 * * * * * *	* * * * * * * * * * * * * * * * * * *
Marktwirtschaftliche Industrieländer	19 w	14 w	10 w	9 w	-28,6 W	-7,3 w	1,7 w	1,9 w		
100 Spanien 101 Irland 102 Italien 103 Neuseeland 104 Belgien	21 22 19 23 17	13 20 11 16 12	8 12 10 9 12	7 9 10 8	-38,1 -9,1 -44.5 -31,0 -27,9	-16,7 -20,9 1.0 -6,9 -7,4	2,0 3,0 1.5 2,0 1,6	2.0 2,1 1,9 2,0 1,9	= 1 2 d = 2	51 78
105 Großbritannien 106 Österreich 107 Niederlande 108 Japan 109 Frankreich	18 18 20 19 18	13 12 12 13 14	12 13 8 7 11	12 12 8 6 10	- 29.3 - 33,5 - 40,7 - 30.5 - 23.0	2,6 -5.4 2,5 -15,5 -8.9	1,8 1,6 1,5 1.7 1,8	1,9 1.9 1.8 1.9 2,0	69 56 64	77 56 79
110 Finnland 111 Deutschland, Bundesrep. 112 Australien 113 Dänemark 114 Kanada	17 18 20 18 21	14 10 16 10 15	10 12 9 10 8	9 12 7 11 7	- 18,1 - 45,2 - 19,4 - 45,0 - 29.6	-7.2 1.7 -17.0 10.9 -7,9	1,8 1,4 2.0 1.4 1,7	2,0 1.8 2,0 1.8 1,9	67	80
115 Schweden 116 Norwegen 117 Vereinigte Staaten 118 Schweiz	16 18 19 19	11 12 16 11	10 10 9 10	11 10 9 9	-30,8 -32,6 -20,1 -40,3	7,9 7,4 -8,5 -2,1	1,7 1,7 1.8 1,9	1,9 1,9 2,0 2.0	65	78 71 76
Osteuroplische Staatshandelslinder	18 w	19 w	O VV	11 77	7,3 w	32,9 w	2,3 w	2,1 w		
119 Ungarn 120 Albanien 121 Bulgarien 122 Tschechoslowakei 123 Deutsche Dem. Rep.	13 35 15 16 17	12 28 14 15	11 9 8 10 14	14 6 11 12 13	-9,2 -21,0 -11,1 -9,8 -15,2	31,1 -33,3 39,0 20,0 -1,5	1,8 3,6 2,0 2,1 1,9	2,0 2,2 2,1 2,1 2,0	67 	74 76 95
124 Polen 125 Rumänien 126 Sowjetunion	17 15 18	20 15 20	7 9 7	10 10 10	13,9 2,7 9,8	29,7 12,8 41,1	2,4 2,4 2,4	2,1 2,1 2,1	60 	75 58

^a Angaben einschließlich Frauen, deren Ehemanner Empfängnisverhütung praktizieren. Vgl. Technische Erläuterungen b Kursive Zahlen für andere als die angegebenen Jahre. Vgl. Technische Erläuterungen.

Tabelle 21: Erwerbspersonen

	Quote der völkerung arbeitsfähi Alter	im gen	<u>-</u>	%-Ante	il der Erwerb	spersone			jährliche	hschnittlich Zunahme	der
	(15–64 Ja in %		Landwirtso		Industri		Dienst- leistungsse	ktor	1965—73 19	spersonenz in %	
	1965	1983	1965	1981	1965	1981	1965	1981	1900-73 19	73-63 19	5U-ZU()()
Under mit niedrigem Einkommen China und Indien Übrige Under Afrika südi. der Sahara	54 w 57 w 48 w 53 w	59 w 60 w 53 w 51 w	77 w 81 w 84 w	73 w 73 w 72 w 78 w	9 w 7 w 7 w	13 w 13 w 11w 10 w	14 w 12 w 9 w	15 w 14 w 16 w 13 w	2,2 w 2,2 w 2,1 w 2,2 w	21 w 1,5 w 4,1 w 2.1 w	2,0 w 1,8 w 2,8 w 3,1 w
1 Åthiopien 2 Bangladesch 3 Mali 4 Nepal 5 Zaire	53 51 53 56 53	52 54 50 54 51	86 87 93 95 81	80 74 73 93 75	6 3 4 2 10	7 11 12 2 13	8 10 3 3 9	13 15 15 5 12	2,2 2,3 2,2 1,6 1,8	1,4 2,8 2,0 2,3 2,2	2,2 2,9 2,6 2,5 3,0
6 Burkina 7 Birma 8 Malawi 9 Uganda 10 Burundi	54 57 51 53 54	52 55 49 50 53	90 91 88 89	82 67 86 83 84	6 4 5 4	13 10 5 6 5	4 5 7 7	5 23 9 11 11	1,6 1,3 2,4 3,0 1,2	1,5 1,4 2,8 1,7 1,6	2,1 2,2 2,8 3,4 2,5
11 Niger 12 Tansania 13 Somalia 14 Indien 15 Ruanda	51 53 49 54 52	51 50 53 57 51	94 88 87 74 94	91 83 82 71 91	1 4 5 11 1	3 6 8 13 2	5 8 8 15 5	6 11 10 16 7	2,4 2,5 3,8 1,8 2,7	3,0 2,5 2,0 2,1 3,0	3,1 3,1 1,7 2,1 3,2
16 Zentralafr. Rep. 17 Togo 18 Benin 19 China 20 Guinea	57 53 53 55 55	55 50 50 63 53	93 81 52 87	88 67 46 74 82	3 10 10	4 15 16 13 11	4 9 38 6	8 18 38 13 7	1,1 2,2 2,1 2,4 1,2	1,6 1,9 2,0 1,2 1,3	2,4 2,9 2,7 1,8 2,4
21 Haiti 22 Ghana 23 Madagaskar 24 Sierra Leone 25 Sri Lanka	54 52 54 54 55	55 49 50 55 60	77 61 92 75 56	74 53 87 65 54	7 16 3 14 14	7 20 4 19 14	16 23 5 11 30	19 27 9 16 32	0,7 1,6 1,9 0,7 2,0	1,5 2,0 1,7 1,2 2,1	2,0 3,8 3,0 1,7 2,2
26 Kenia 27 Pakistan 28 Sudan 29 <i>Afghanistan</i> 30 <i>Bhutan</i>	49 50 53 55 56	46 53 52 53 56	84 60 84 84 95	78 57 78 79 93	6 19 7 7 2	10 20 10 8 2	10 21 9 9	12 23 12 13 5	3,2 2,3 2,5 1,9 1,0	2,9 3,2 2,5 2,3 1,9	4,0 2,7 2,9 2,4 2,1
31 Tschad 32 Kambodscha 33 Laos 34 Mosambik 35 Vietnam	56 52 56 56	56 52 52 55	93 80 81 77 79	85 75 66 71	3 4 5 10 6	7 6 18 10	4 16 14 13 15	8 19 16 19	1,6 1,3 0,6 2,2	2,3 0,9 3,0	2,3 2,5 2,9 2,9
Lander mit mittierem Elnkommen Ölexporteure Ölimporteure Afrika südl. der Sahara	53 W 52 W 55 W 53 W	56 w 54 w 58 w 50 w	57 w 61 w 53 w 70 w	44 w 48 w 41 w 60 w	16 w 15 w 18 w 11w	22 W 21 W 22 W 16 W	27 w 25 w 29 w 19 w	35 w 32 w 37 w 24 w	2,2 w 2,3 w 2,1 w 2,0 w	2,6 w 2,6 w 2,6 w 2,1 w	2,5 W 2,9 W 2,2 W 3,2 W
Untere Einkommenskategorie	53 w	55 w	66 w	54 w	13 w	17 w	22 W	29 w	2,1 w	2,5 w	2,5 w
36 Senegal 37 Lesotho 38 Liberia 39 Mauretanien 40 Bolivien	54 56 51 52 54	53 54 53 53	82 92 78 90 58	77 60 70 69 50	6 3 11 4 20	10 15 14 8 24	12 5 11 6 22	13 25 16 23 26	1,7 1,7 2,0 1,9 1,8	2,2 1,9 3,9 2,4 2,5	2,6 2,5 2,8 2,0 2,8
41 Jemen, Dem. VR. 42 Jemen, Arab. Rep. 43 Indonesien 44 Sambia 45 Honduras	52 54 54 52 51	52 51 56 49 50	68 81 71 76 68	45 75 58 67 63	16 8 9 8 12	15 11 12 11 20	16 11 20 16 20	40 14 30 22 17	1,1 1,0 1,9 2,3 2,4	1,8 2,1 2,3 2,1 3,3	3,3 3,3 2,4 3,3 3,5
46 Ägypten, Arab. Rep. 47 El Salvador 48 Elfenbeinküste 49 Simbabwe 50 Marokko	55 51 55 51 51	57 52 53 46 52	56 59 87 67 60	50 50 79 60 52	15 18 3 12 15	30 .22 4 15 21	29 23 10 21 25	20 28 17 25 27	2,2 3,2 4,2 2,7 1,6	2,4 2,8 3,8 1,4 2,8	2,3 3,4 3,3 4,4 3,1
51 Papua-Neuguinea 52 Philippinen 53 Nigeria 54 Kamerun 55 Thailand	56 52 52 56 51	54 56 50 51 59	88 57 67 86 82	82 46 54 83 76	5 16 12 6 5	8 17 19 7 9	7 27 21 8 13	10 37 27 10 15	1,9 2,1 1,8 1,9 2,4	1,4 3,0 2,0 1,8 3,1	2,2 2,5 3,3 3,2 2,1
56 Nicaragua 57 Costa Rica 58 Peru 59 Guatemala 60 Kongo, VR	49 49 52 51 55	51 59 56 54 51	57 47 50 64 47	39 29 40 55 34	16 20 19 16 19	14 23 19 21 26	27 33 31 20 34	47 48 41 24 40	2,8 3,6 2,4 2,9 1,9	4,0 3,6 2,9 3,0 1,8	3,8 2,8 3,0 2,9 3,8
61 Türkei 62 Tunesien 63 Jamaika 64 Dominikanische Rep.	54 50 51 48	58 56 56 55	74 53 34 64	54 35 35 49	11 20 25 13	13 32 18 18	15 27 41 23	33 33 47 33	1,8 1,4 0,7 2,7	2,0 2,9 2,6 3,2	2,1 2,9 2,6 2,8

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen-

	Quote de võlkerun arbeitsfäh Alter (15–64 J	g I m igen		%-Ante	eil der Erwerb	spersoner	ı ın Dienst		jährliche	schnittlich Zunahme personenz	der
	1965		Landwirts 1965	1981	industri 1965	e 1981	leistungsse 1965			in %	
65 Paraguay	50	55	55	49	19	19	26	32	2,6	3,3	3,0
66 Ecuador	51	53	54	52	21	17	25	31	2,6	2,6	3,3
67 Kolumbien	50	59	45	26	20	21	35	53	3,1	2,8	2,6
68 Angola	55	53	67	59	13	16	20	25	1,7	2,8	2,8
69 Kuba	59	64	35	23	24	31	41	46	1,0	2,1	1,7
70 Korea, Dem. Rep.	52	57	59	49	25	33	16	18	2,6	2,9	2,7
71 <i>Libanon</i>	51	56	28	11	25	27	47	62	2,5	-0,1	21
72 <i>Mongolische VR</i>	54	55	66	55	15	2 2	19	23	2.2	2.6	2,9
Obere Einkommenskategorie	\$14 w	58 w	45 w	30 W	21 w	28 w	34 w	42 W	2,3 w	2,7 w	2,5 w
73 Jordanien	1	48	41	20	16	20	43	60	2.6	1,4	4,6
74 Syrien, Arab Rep.	47	49	53	33	20	31	27	36	3.1	3,5	4,0
75 Malaysia	50	58	60	50	13	16	27	34	2,9	3.2	2,7
76 Chile	56	63	26	19	21	19	53	62	1.3	2,6	2,0
77 Brasilien	54	59	49	30	17	24	34	46	2,5	3,1	2,4
78 Korea. Rep	54	64	58	34	13	29	29	37	2,9	2,7	1.9
79 Argentinien	64	6L	18	13	34	28	48	59	1.4	1,0	1,4
80 Panama	52	57	46	33	15	18	39	49	3.1	2,6	2,4
81. Portugal	63	64	39	28	31	35	30	37	0,1	0,9	0.6
82 Mexiko	50	53	50	26	21	26	29	38	3,1	3,1	3,2
83 Algerien	50	50	59	25	14	25	27	50	1,6	3,6	4,5
84 Südafrika	54	56	32	30	30	29	38	41	2,7	3,2	2,9
85 Uruguay	63	63	18	11	30	32	52	57	0,3	0,5	0,9
86 Jugoslawien	64	67	57	29	21	35	22	36	0,7	0,5	0,6
87 Venezuela	50	56	30	18	24	27	46	55	3.7	4,1	3,4
88 Griihenland	66	64	51	37	22	28	27	35	0,1	0,9	0,5
89 Israel	59	59	12	7	35	36	53	57	3,2	2,3	2,2
90 Hongkong	56	69	6	3	54	57	40	40	3,6	4,1	1,3
91 Singapur	54	67	6	2	26	39	68	59	3.4	2.3	1,1
92 Trinidad und Tobago	54	61	23	10	35	39	42	51	1,8	1,2	2,3
93 Iran, Islamische Rep.	51	53	50	39	26	34	24	27	3,1	3,0	3,7
94 Irak	51	51	50	42	20	26	30	32	2,9	3,1	
Ölexporteure mit hohem Einkommen	53 w	55 w	58 w	46 w	15 w	19 w	27 w	35 w	4,0 w	5,7 w	3,3 w
95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait 99 Vereinigte Arab. Emirate	53 53 60	53 52 54 57 68	42 69 1	19 61 2	20 11 34	28 14 34	20 65	53 25 64	3,6 3,9 5,3	4,3 5,8 7,1	4,3 3,2 3.2
Marktwirtschaftliche Industrieländer	63 w	67 w	14 w	6 W	39 w	38 w	48 w	56 w	1,2 w	1,2 w	0,5 w
100 Spanien	64	64	34	14	35	40	31.	46	0,4	1,2	0,8
101 Irland	58	59	31	18	28	37	41.	45	0.5	1,5	1,5
102 Italien	66	66	24	11	42	45	34.	44	0,0	0,6	0.2
103 Neuseeland	59	65	13	10	36	35	51.	55	2,0	1,2	1.0
104 Belgien	64	67	6	3	46	41	48	56	0.5	0.7	0,2
105 Großbritannien	65	65	3	2	46	42	51.	56	0,2	0.4	0.2
106 Österreich	64	66	19	9	45	37	36	54	-0,2	0,9	0,3
107 Niederlande	62	68	9	6	43	45	48	49	1,4	1.4	0,5
108 Japan	68	68	26	12	32	39	42	49	1,7	1,1	0.7
109 Frankreich	62	66	18	8	40	39	42	53	0.7	1,0	0,6
110 Finnland	65	67	28	11	33	35	39	54	0,5	0.4	0,4
111 Deutschland, Bundesrep	66	69	10	4	48	46	42	50	0,3	0,8	-0,1
112 Australien	62	66	10	6	38	33	52	61	2,5	1.6	1,2
113 Dänemark	65	66	14	7	37	35	49	58	0,8	0,6	0,4
114 Kanada	59	68	11	5	33	29	56	66	2,7	2,0	1,1
115 Schweden	66	65	11	5	43	34	46	61	0,7	0,4	0,4
116 Norwegen	63	64	15	7 ·	37	37	48	56	0.6	0,7	0,6
117 Vereinigte Staaten	60	67	5	2	36	32	59	66	1,9	1,7	0,9
118 Schweiz	65	67	10	5	50	46	40	49	1,5	0,4	0,1
Osteuropäische Staatshandelsländer	63 w	66 w	35 w	17 w	34 w	44 w	32 w	39 w	0,9 W	1.0 w	0,5 w
119 Ungarn	66	65	32	21	39	43	29	36	0 5	(.)	0,1
120 Albanien	52	59	69	61	19	25	12	14	2,4	2,6	2,4
121 Bulgarien	67	66	52	37	28	39	20	24	0,6	0,1	0,2
122 Tschechoslowakei	65	64	21	11	48	48	31	41	0.8	0,6	0,6
123 Deutsche Dem. Rep.	62	66	15	10	49	50	36	40	0,4	0,8	0.3
124 Polen	62	66	44	31	32	39	24	30	1.7	1,2	0,8
125 Rumänien	66	64	58	29	19	36	23	35	0,8	0.5	0,7
126 Sowjetunion	62	66	33	14	33	45	34	41	0,8	1,1	0,6

Tabelle 22: Verstadterung

	In % Gesa	der amt-	evölkerung Durchsch jährli Zuwach	che	Grö	Anteil an de Stadtbevölk	er gesamten erung in % Städt über 5		Anzah Städte über 50	e mit
	1965a	erung 1983	1965—73		1960		Einwo 1960		Einwol 1960	
Länder mit niedrigem Einkommen China und Indien Übrige Länder Afrika südi. der Sahara	17 w 18 w 13 w 11 w	22 w 22 w 21 w 20 w	4,4 w 5,2 w 6,2 w	4.5 W 5,0 W 6,0 W	10 w 7 w 25 w 33 w	16 w 6 w 28 w 41 w	31 W 33 W 19 W 2 W	55 t. 59 W 40 W 35 W	55 s 49 s 6 s 1 s	146 s 114 s 32 s 13 s
1 Äthiopien 2 Bangladesch 3 Mali 4 Nepal 5 Zaire	8 6 13 4 19	15 17 19 7 38	7,4 6,6 5,4 4.3 5,9	6,0 7.6 4,4 8.2 6.9	30 20 32 41 14	37 30 24 27 28	0 20 0 0	37 51 0 0 38	0 1 0 0	1 3 0 0 2
6 Burkina 7 Birma 8 Malawi 9 Uganda 0 Burundi	6 2L 5 6 2	11 29 11 7	6,5 4,0 8.2 8.3 1.4	4,8 3,9 7,3 0.3 3.2	23	41 23 19 52	0 23 0 0	0 23 0 52	0 1 0 0	0 2 0 1 0
1 Niger 2 Tansania 3 Somalia 4 Indien 5 Ruanda	7 6 20 18	14 14 33 24 5	7.0 8,1 6,4 4,0 6,0	7.0 8.6 5,5 4.2 6.6	34 7	31 50 34 6 0	0 0 0 26 0	0 50 0 39	0 0 0 11 0	0 1 0 36 0
6 Zentralafr. Rep. 7 Togo 8 Benin 9 China 0 Guinea	27 11 11 18 12	44 22 16 21 26	4.4 6.4 4,5	4,6 6.6 4,7	40 6 37	36 60 63 6	0 0 0 42 0	0 0 63 45 80	0 0 0 38 0	0 0 1 78 1
1 Haiti 2 Ghana 3 Madagaskar 4 Sierra Leone 5 Sri Lanka	18 26 12 15 20	27 38 20 23 26	3,8 4,5 5,3 5,0 3,4	4.2 5,3 5.5 3,3 2.9	42 25 44 37 28	56 35 36 47 16	0 0 0 0	56 48 36 0 16	0 0 0 0	1 2 1 0
6 Kenia 17 Pakistan 8 Sudan 9 Afghanistan 10 Bhutan	9 24 13 10 4	17 29 20 17	7,3 4,3 6,3 5,6 —2,1	8,0 4,3 5,5 6,2 4,6	40 20 30 33 0	57 21 31 17 0	0 33 0 0	57 51 31 17 0	0 2 0 0	1 7 1 1 0
1. Tschad 12 Kambodscha 13 Laos 14 Mosambik 15 Vietnam	9 11 8 5	20 15 17 20	6,9 3,4 4,6 8,2 5,5	6,6 5,7 10,2 2,4	69 75 32	39 48 83 21	0 0 0 32	0 0 83 50	0 0 0 1	0 0 1 4
Under mit mittlerem Einkommen Ölexporteure Ölimporteure Afrika südi. der Sahara	36 w 30 w 41 w 16 w	48 w 41 w 54 w 27 w	4,5 w 4,4 w 4,5 w 6,4 w	3,9 w 4,4 w 3,6 w 5,9 w	28 W 27 W 28 W 21 W	29 W 30 W 28 W 26 W	35 w 32 w 36 w 14 w	48 W 48 W 48 W 51 W	54 s 15 s 39 s 2 s	127 42 85 15
Intere Einkommenskategorie	26 w	36 w	5,1 w	4,1 w	27 W	32 W	28 W	47 W	22s	57
6 Senegal 17 Lesotho 18 Liberia 19 Mauretanien 10 Bolivien	27 2 23 7 26	34 13 38 25 43	4,3 7,8 5,3 16,0 8,9	3,8 21,4 6,1 4,6 3,3	53 47	65 39 44	0 0 0 0	65 0 0 0 44	0 0 0 0	1 0 0 0
1 Jemen, Dem. VR. 2 Jemen, Arab. Rep. 3 Indonesien 4 Sambia 5 Honduras	30 6 16 24 26	37 -18- 24 47 38	3,4 -9,7 4,1 7,6 5,4	3,5 -8,8 -4,8 6,5 5,8	20	49 25 23 35 33	0 0 34 0 0	0 0 50 35 0	0 0 3 0 0	0 0 9 1 0
6 Ägypten, Arab. Rep. 7 El Salvador 8 Elfenbeinküste 9 Simbabwe 0 Marokko	41 39 23 14 32	45 42 44 24 43	3,0 3,6 8,2 6,8 4,0	2,9 3,6 8,5 6,0 4,2	38 26 27 40 16	39 22 34 50 26	53 0 0 0 16	53 0 34 50 50	2 0 0 0	2 0 1 1 4
1 Papua-Neuguinea 2 Philippinen 3 Nigeria 4 Kamerun 5 Thailand	5 32 15 16 13	14 39 22 39 18	14,3 4,0 4,7 7,3 4,8	5,1 3,8 5,1 8,4 3,6	27 13 26 65	25 30 17 21 69	0 27 22 0 65	0 34 58 21 69	0 1 2 0 1	0 2 9 1 1
6 Nicaragua 77 Costa Rica 8 Peru 99 Guatemala 10 Kongo, VR	43 38 52 34 35	55 45 67 40 55	4,4 3,8 4,7 3,8 4,4	5,2 3,2 3,6 4,1 5,5	41 67 38 41 77	47 64 39 36 56	0 0 38 41 0	47 64 44 36 0	0 0 1 1 0	1 1 2 1 0
61 Türkei 62 Tunesien 63 Jamaika 64 Dominikanische Rep.	31 40 36 35	45 54 52 54	4,9 4,1 4,3 5,6	3,7 3,7 2,7 4,7	18 40 77 50	24 30 66 54	32 40 0 0	42 30 66 54	3 1 0 0	4 1 1

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeitder Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen.

		Stadtbe	evölkerung			Anteil an de				
	In % Gesa bevölk	ımt-	Durchsch jährlid Zuwach in G	che sraten			erung in % Städte über 50 Einwol	00000	Anzah Städte über 50 Einwoh	e mit 00000
	1965 ^a	1983	1965—73		1960	1980	1960	1980	1960	1980
65 Paraguay 66 Ecuador 67 Kolumbien 68 Angola 69 Kuba	36 37 54 13 58	41 46 66 23 70	3,2 3,9 4,4 5,9 2,8	3,3 3,9 2,9 6,0 1,9	44 31 17 44 32	44 29 26 64 38	0 0 28 0 38	44 51 51 64 32	0 0 3 0 1	1 2 4 1 1
70 Korea, Dem. Rep. 71 Libanon 72 Mongolische VR	50 42	78 54	6,2 4,6	1,6 4,2	64 53	79 52	64	79 0	1 0	1 0
Obere Einkommenskategorie	49 w	64 w	4,0 w	3,8 W	28 W	29 w	38 w	51 w	32 s	70 s
73 Jordanien 74 Syrien, Arab, Rep. 75 Malaysia 76 Chile 77 Brasilien	47 40 26 72 51	72 48 31 82 71	4,7 4,8 3,3 2,8 4,5	4,8 4,2 3,5 2,4 4,1	31 35 19 38 14	37 33 27 44 15	0 35 0 38 35	37 55 27 44 52	0 1 0 1 6	1 2 1 1 14
78 Korea, Rep. 79 Argentinien 80 Panama 81 Portugal 82 Mexiko	32 76 44 24 55	62 84 50 30 69	6,5 2,1 4,1 1,2 4,8	4,8 2,1 3,0 2,5 4,1	35 46 61 47 28	41 45 66 44 32	61 54 0 47 36	77 60 66 44 48	3 3 0 1 3	7 5 1 1 7
83 Algerien 84 Südafrika 85 Uruguay 86 Jugoslawien 87 Venezuela	38 47 81 31 72	46 55 85 45 85	2,5 2,6 0,8 3,1 4,8	5,4 3,9 0,8 2,8 4,3	27 16 56 11 26	12 13 52 10 26	27 44 56 11 26	12 53 52 23 44	1 4 1 1	1 7 1 3 4
88 Griechenland 89 Israel 90 Hongkong 91 Singapur 92 Trinidad und Tobago	48 81 89 100 22	64 90 92 100 22	2,5 3,8 2,1 1,8 0,6	2,6 2,7 2,7 1,3 1,0	51 46 100 100	57 35 100 100	51 46 100 100	70 35 100 100 0	1 1 1 1 0	2 1 1 1 0
93 Iran, Islamische Rep. 94 Irak	37 50	53 69	5,4 5,7	5,1 5,3	26 35	28 55	26 35	47 70	1	6 3
Ölexporteure mit hohem Einkommen	37 w	68 w	8,9 w	7,9 w	29 w	28 w	0 w	34 w	0 s	3 s
95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait 99 Vereinigte Arab. Emirate	4 29 39 75 56	25 61 71 92 79	10,8 8.9 8,4 9.3 16,7	17.6 8.1 7,4 7.8 11,2	57 15 75	64 18 30	0 0 0	64 33 0	0 0 0	1 2 0
Marktwirtschaftliche Industrieländer	7	77 W	1,7 w	1, 0 w	18 w	18 w	48 w	55 w	104 s	152 s
100 Spanien 101 Irland 102 Italien 103 Neuseeland 104 Belgien	61 49 62 79 68	76 56 7L 83 89	2.5 2,0 1,4 1,9 0,9	2.0 2,2 1,1 0,8 1,3	13 51 13 25 17	17 48 17 30 14	37 51 46 0 28	44 48 52 30 24	5 1 7 0 2	6 1 9 1 2
105 Großbritannien 106 Österreich 107 Niederlande 108 Japan 109 Frankreich	87 51 79 67 67	91 56 52 76 80	0.7 0,8 0.8 2.4 2.0	0,3 0,6 -1,1 1,3 1,2	24 51 9 18 25	20 39 9 22 23	61 51 27 35 34	55 39 24 42 34	15 1 3 5 4	17 1 3 9 6
110 Finnland 111 Deutschland, Bundesrep 112 Australien 113 Dänemark 114 Kanada	44 79 83 77 73	60 86 86 85 75	2,8 1,2 2.6 1.3 1,9	1,9 0,3 1,5 0,7 1,2	28 20 26 40 14	27 18 24 32 18	0 48 62 40 31	27 45 68 32 62	0 11 4 I 2	1 11 5 1 9
115 Schweden 116 Norwegen 117 Vereinigte Staaten 118 Schweiz	77 37 72 53	85 55 74 59	1,6 3.4 1,6 1,9	0.7 2,4 1,2 0,7	15 50 13 19	15 32 12 22	15 50 61 19	35 32 77 22	1 I 40 1	3 1 65 1
Osteuropäische Staatshandelsländer	51 w	64 w	48 W	—2,2 w	9 w	7 w	23 w	32 w	36 s	65 s
119 Ungarn 120 Albanien 121 Bulgarien 122 Tschechoslowakei 123 Deutsche Dem Rep	43 32 46 51 73	55 38 67 65 76	2.2 3.5 3,2 1,8 0,2	1,4 3.2 2.1 1.8 0.2	45 27 23 17 9	37 25 18 12 9	45 0 23 17 14	37 0 18 12 17	1 0 1 1 2	1 0 1 I 3
124 Polen 125 Rumänien 126 Sowjetunion	50 34 52	59 51 65	1.5 4.2 5,9	1.9 3.1 —3,4	17 22 6	15 17 4	4 <u>1</u> 22 21	47 17 33	5 1 25	8 1 50

^a Kursive Zahlen sind fur andere als die angegebenen Jahre

Tabelle 23: Kennzahlen zur Lebenserwartung

-	5 d n -	Lebenser bei der Gebur	t (in Jahren)		Säuglin sterblichkeit	tsziffern	Kindersterb	eziffern
-	Männe 1965	1983	Fraue	1500	(Alter unter	1 Janr) 1983	(Alter 1—4 1965	Jahre) 1983
Länder mit niedrigem Einkommen China und Indien Übrige Länder Afrika südl. der Sahara	49 w 51 w 44 w 42 w	58 W 61 W 50 W 46 W	51 w 53 w 45 w 45 w	60 w 63 w 52 w 49 w	122 w 115 w 147 w 156 w	75 w 61 w 115 w 119 w	19 w 16 w 27 w 35 w	9 v 6 v 18 v 23 v
1 Äthiopien 2 Bangladesch 3 Mali 4 Nepal	43 45 37 40	49 43 47	47 44 39 39	50 47 45	166 153 184 184	132 148 143	37 24 47 30 30	19 31 21
5 Zaire 6 Burkina 7 Birma 8 Malawi 9 Uganda	43 40 45 37 46	49 43 53 43 48	46 42 48 40 49	52 46 57 45 50	142 193 143 201 126	106 148 93 164 108	52 21 55 26	20 31 11 38 21 25
10 Burundi 11 Niger 12 Tansania 13 Somalia 14 Indien 15 Ruanda	42 40 41 46 47	45 43 49 43 56 45	45 42 44 44 51	48 47 52 46 54 48	169 181 138 166 151 159	123 139 97 142 93 125	38 46 29 37 23 35	28 18 30 11 26
16 Zentralafr Rep 17 Togo 18 Benin 19 China 20 Guinea	40 40 41 55 34	46 47 46 65 37	41 43 43 59 36	49 50 50 69 38	184 158 193 90 197	142 112 148 38 158	47 36 52 11 53	29 17 31 2 36
21 Haiti 22 Ghana 23 Madagaskar 24 Sierra Leone 25 Sn Lanka	46 49 41 32 63	53 57 49 37 67	47 52 44 33 64	56 61 50 38 71	160 132 99 230 63	107 97 66 198 37	37 25 18 69 6	15 12 10 54 2
26 Kenia 27 Pakistan 28 Sudan 29 <i>Afghanistan</i> 30 Bhutan	48 46 39 34 34	55 51 47 44	51 44 41 35 32	59 49 49	124 150 161 223 184	81 119 117	25 23 37 39 30	14 16 19
31 Tschad 32 Kambodscha 33 Laos 34 Mosambik 35 Vietnam	39 43 39 36 47	42 42 44 62	41 45 42 39 50	45 45 47 66	184 135 196 148 89	142 159 109 53	47 19 34 31 8	29 25 16 4
Länder mit mittlerem Einkommen Ölexporteure Ölimporteure Afrika südl. der Sahara	51 w 47 w 55 w 41 w	59 w 55 w 62 w 48 w	55 w 49 w 59 w 44 w	63 W 58 W 66 W 51 W	112 w 129 w 98 w 150 w	75 w 91 w 61 w 112 w	18 w 23 w 15 w 32 w	9 12 6 17
Untere Einkommenskategorie	47 w	55 w	50 w	59 <i>w</i>	127 w	87 w	22 w	11 \
36 Senegal 37 Lesotho 38 Liberia 39 Mauretanien 40 Bolivien	40 47 41 39 42	44 51 47 44 49	42 50 43 41 46	47 55 50 47 53	172 138 149 171 161	140 109 111 136 123	42 20 32 41 37	28 14 17 16 21
41 Jemen, Dem VR. 42 Jemen, Arab Rep. 43 Indonesien 44 Samba 45 Honduras	38 37 43 42 48	45 43 52 49 58	39 38 45 46 51	47 45 55 52 62	194 200 138 137 131	137 152 101 100 81	52 55 20 29 24	27 33 13 19 8
46 Ågypten, Arab Rep 47 El Salvador 48 Elfenbeinküste 49 Simbabwe 50 Marokko	48 52 43 50 48	56 62 50 52 51	49 56 45 58 51	59 66 53 60 54	123 120 160 106 149	102 70 121 69 98	21 20 37 15 32	14 6 20 7 12
51 Papua-Neuguinea 52 Philippinen 53 Nigeria 54 Kamerun 55 Thailand	44 55 40 44 53	54 63 47 52 61	44 58 43 47 58	53 66 50 55 65	148 90 152 155 90	97 49 113 116 50	23 11 33 34 11	12 4 17 19 4
56 Nicaragua 57 Costa Rica 58 Peru 59 Guatemala 60 Kongo, VR	49 63 49 49 52	56 72 57 58 62	51 66 52 51 56	60 76 60 62 65	129 74 131 109 116	84 20 98 67 82	24 8 24 16 19	9 1 12 5 8
61 Türkei 62 Tunesien 63 Jamaika 64 Dominikanische Rep.	52 51 63 52	61 60 68 61	55 52 67 56	66 63 72 65	157 145 51 103	82 83 28 63	35 30 4 14	8 8 2 5

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen

		Lebenserv bei der Gebur l	(in Jahren)		Säuglin sterblichkeit	sziffern	Kinderster	
-	Manne 1965	1 983	Fraue	en 1 983	(Alter unter 1965	1 Jahr) 1983	(Alter 1—4 1965	1983
65 Paraguay 66 Ecuador 67 Kolumbien 68 Angda 69 Kuba	56 52 53 34 65	63 61 62 42 73	60 55 59 37 69	67 65 66 44 77	74 124 80 193 54	45 76 53 148 20	7 22 8 52 4	3 7 3 3L 1
70 Korea. <i>Dem,</i> Rep. 71 <i>Libanon</i> 72 <i>Mongolische</i> VR	55 60 55	ଲ୍ୟ 63 63	58 64 58	67 67 67	64 57 89	32 48 49	6 4 11	2 3 4
Obere Einkommenskategorie	57 W	63 w	60 w	68 w	92 w	59 w	13 w	5 w
73 Jordamen 74 Syrien, Arab. Rep. 75 Malaysia 76 Chile 77 Brasilien	49 52 56 56 55	63 66 65 68 6L	51. 54 59 62 59	65 69 69 72 66	117 116 57 103 104	62 56 29 40 70	19 19 5 14 14	5 4 2 2 6
78 Korea. Rep. 79 Argentinien 80 Panama 81. Portugal 82 Mexiko	55 63 62 61 58	64 66 69 68 64	58 69 65 67 61	71. 73 73 74 68	64 59 59 65 82	29 36 26 25 52	6 4 4 6 9	2 1 1 1 3
83 Algerien 84 Südafrika 85 Uruguay 86 Jugoslawien 87 Venezuela	49 54 66 64 58	55 62 71 66 65	51. 57 72 68 63	59 65 75 72 71	155 124 47 72 71	107 91 38 32 38	34 22 3 7 6	15 10 2 2 2
88 Griechenland 89 Israel 90 Hongkong 91 Singapur 92 Trinidad und Tobago	69 70 66 63 63	73 72 74 70 66	72 74 71 68 67	77 76 78 75 70	34 27 28 26 47	15 14 10 11 28	2 2 2 1 3	1 1 1
93 Iran, <i>Islamische</i> Rep. 94 <i>Irak</i>	52 50	60 57	.j2 53	60	150 121	199	32 21	13 6
Ölexporteure mi't hohem Einkommen	46 W	57 w	49 w	60 w	153 w	90 w	34 w	11 w
	46 w 40 48 45 61 57	57 w 51. 56 55 69 68	49 w 42 51. 47 65 61	60 w 54 59 58 74 73	153 w 175 143 164 66 104	90 w 121 91 101 29 44	34 w 43 29 38 5	21 10 13 1 2
hohem Einkommen 95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait	40 48 45 61	51 56 55 69	42 51 47 65	54 59 58 74	175 143 164 66	121 91 101 29	43 29 38 5	21 10 13 1
hohem Einkommen 95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait 99 Vereinigte Arab Emirate Marktwirtschaftliche	40 48 45 61 57	51. 56 55 69 68	42 51 47 65 61	54 59 58 74 73	175 143 164 66 104	121 91 101 29 44	43 29 38 5 14	21 10 13 1 2
hohem Einkommen 95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait 99 Vereinigte Arab Emirate Marktwirtschaftliche Industrieländer 100 Spanien 101 Irland 102 Italien 103 Neuseeland	40 48 45 61 57 68 w 68 68 68	51. 56 55 69 68 72 w 73 70 73 71. 70 71. 70 71. 70 71. 70	42 51. 47 65 61 74 w	54 59 58 74 73 79 W 78 76 79 77	175 143 164 66 104 24 w 38 25 36 20 24 20 28 14 18 22	121 91 101 29 44 10 w 10 11 12 13 11 10 12 8 7	43 29 38 5 14 1 w	21 10 13 1 2 [.] w
hohem Einkommen 95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait 99 Vereinigte Arab Emirate Marktwirtschaftliche Industrieländer 100 Spanien 101 Irland 102 Italien 103 Neuseeland 104 Belgien 105 Großbritannien 106 Österreich 107 Niederlande 108 Japan 109 Frankreich 110 Finnland 111 Deutschland, Bundesrep. 112 Australien 113 Dänemark 114 Kanada	40 48 45 61 57 68 w 68 68 68 68 68 68 68 68 67 71 68 68 67 68	51. 56 55 69 68 72 w 73 70 73 71 70 71 70 73 74 72 69 72 73 72 73 73 72 73 73 72 73 73 74 73 73 74 75 75 75 75 75 75 75 75 75 75 75 75 75	42 51. 47 65 61 74 w 73 73 74 74 74 75 75 75	54 59 58 74 73 79 W 78 76 79 77 77 77 77 77 77 77 80 79 79 79 78 78 79 79	175 143 164 66 104 24 w 38 25 36 20 24 20 28 14 18 22 17 24 19 19 19 24	121 91 101 29 44 10 w 10 11 12 13 11 10 12 8 7 9	43 29 38 5 14 1 w 3 1 1 2 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	21 10 13 1 2 (.) w
hohem Einkommen 95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait 99 Vereinigte Arab Emirate Marktwirtschaftliche industrieiänder 100 Spanien 101 Irland 102 Italien 103 Neuseeland 104 Belgien 105 Großbritannien 106 Österreich 107 Niederlande 108 Japan 109 Frankreich 110 Finnland 111 Deutschland, Bundesrep. 112 Australien 113 Dänemark 114 Kanada 115 Schweden 116 Norwegen 117 Vereinigte Staaten 118 Schweiz	40 48 45 61 57 68 w 68 68 68 68 68 68 68 68 68 68 67 71 68 68 67	51. 56 55 69 68 72 w 73 70 71. 70 71. 70 72. 69 72 73 72	42 51. 47 65 61 74 w 73 73 74 74 74 75	54 59 58 74 73 79 W 78 76 79 77 77 77 77 77 77 77 80 79 79 79 78 78 78 78 79 79	175 143 164 66 104 24 w 38 25 36 20 24 20 28 14 18 22 17 24 19 19	121 91 101 29 44 10 w 10 11 12 13 11 10 12 8 7 9	43 29 38 5 14 1 w 3 1 1 2 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	21 10 13 1 2 [.] w
95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait 99 Vereinigte Arab Emirate Marktwirtschaftliche industrieländer 100 Spanien 101 Irland 102 Italien 103 Neuseeland 104 Belgien 105 Großbritannien 106 Österreich 107 Niederlande 108 Japan 109 Frankreich 110 Finnland 111 Deutschland, Bundesrep. 112 Australien 113 Dänemark 114 Kanada 115 Schweden 116 Norwegen 117 Vereinigte Staaten 118 Schweiz Osteuropäische Staatshandelsländer	40 48 45 61 57 68 w 68 68 68 68 68 68 66 71 68 68 67 67 69 72 71 67 69	51. 56 55 69 68 72 w 73 70 71. 70 71. 70 73 74 72 69 72 73 72 73 74 72 77 78 79 79 79 70 70 71 71	42 51. 47 65 61 74 w 73 73 73 74 74 74 75 73 75 75 76 73 74 75 75 76 76 77 77 78 78 79 79 79 79 79 79 79 79 79 79 79 79 79	54 59 58 74 73 79 w 78 76 79 77 77 77 77 77 77 80 79 79 79 78 78 79 78 79 79 80 79 79 80 79 80 79 80 80 80 80 80 80 80 80 80 80 80 80 80	175 143 164 66 104 24 w 38 25 36 20 24 20 28 14 18 22 17 24 19 19 19 24 13 17 25 18	121 91 101 29 44 10 w 10 11 12 13 11 10 12 8 7 9 7 11 10 8 9 8 8 11 8	43 29 38 5 14 1 w 3 1 1 2 1 1 1 1 1 1 1 2 1 1 1 1 1 1 1 1	21 10 13 1 2 [.] w
95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait 99 Vereinigte Arab Emirate Marktwirtschaftliche Industrieländer 100 Spanien 101 Irland 102 Italien 103 Neuseeland 104 Belgien 105 Großbritannien 106 Österreich 107 Niederlande 108 Japan 109 Frankreich 110 Finnland 111 Deutschland, Bundesrep. 112 Australien 113 Dänemark 114 Kanada 115 Schweden 116 Norwegen 117 Vereinigte Staaten 118 Schweiz	40 48 45 61 57 68 W 68 68 68 68 68 68 66 71 68 68 67 67 69 72 71 69	51. 566 555 669 68 72 w 73 70 73 71. 70 72. 69 72 73 72 73 75 74 72 77	42 51. 47 65 61 74 w 73 73 73 74 74 74 73 75 75 75 76 77 75 75 76 76 77 77 77 78 79 79 79 79 79 79 79 79 79 79 79 79 79	54 59 58 74 73 79 W 78 76 79 77 77 77 77 77 80 79 79 78 79 78 79 78 79 80 80 80 80 79 81	175 143 164 66 104 24 w 38 25 36 20 24 20 28 14 18 22 17 24 19 19 24 13 17 25 18	121 91 101 29 44 10 w 10 11 12 13 11 10 12 8 7 9 7 11 10 8 9	43 29 38 5 14 1 w 3 1 1 1 1 2 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	21 10 13 1 2 [.] w

Tabelle 24: Gesundheitsbezogene Kennzahlen

		Einwoh	ner je		Tägliches Kalori pro Ko	
	Λ		Beschäftigt		pro no	In % de
	Ar. 1965 ^a	1980 ^a	Kranker 1965 ^a	1980 ^a	Insgesamt 1982	Bedarfs 1982
Länder mit niedrigem Einkommen China und Indien Übrige Länder Afrika südl. der Sahara	12.419 w 26.097 w 38.268 w	5.556 W 1.858 W 17.990 W 27.922 W	6.762 W 7.296 W 4.627 W	4.564 W 3.279 W 8.697 W 3.148 W	2.408 W 2.503 W 2.118 W 2.098 W	105 w 109 w 93 w 91 w
1 Äthiopien	70.190	69.390	5.970	5.910	2.162	93
2 Bangladesch 3 Mali	49.010	7.810 22.130	3.200	22.570 2.380	1.922	83
4 Nepal	46.180	30.060	3.200	33.420	1.731 2.018	74 86
5 Zaire	39.050	13.940	* *	1.810	2.169	98
6 Burkina	74.110	48.510	4.170	4.950	1.879	79
7 Birma 8 Malawi	11.660 46.900	4.680 41.460	11.410 12.670	4.770 3.830	2.483 2.242	115 97
9 Uganda	11.080	26.810	3.130	4.180	1.807	78
10 Burundi	54.930	45.020	7.310		2.206	95
11 Niger	71.440	38.790	6.210	4.650	2.456	105
12 Tansania 13 Somalia	21.840 <i>35.060</i>	17.740 15.630	2.100 <i>3.630</i>	3.010 2.550	2.331 2.102	101 91
14 Indien	4.860	3.690	6.500	5.460	2.047	93
15 Ruanda	74.170	31.340	7.450	9.790	2.202	95
16 Zentralafr. Rep. 17 Togo	44.490 24.980	26.750 18.100	3.000 4.990	1.740 1.430	2.194 2.167	97 94
18 Benin	28.790	16.980	2.540	1.660	2.154	101
19 China	54.610	1.740	4.750	1.710	2.562	109
20 Guinea 21 Haiti	12.580	17.110	4.750	2.570	1.987	86
21 Haiti 22 Ghana	12.580	8.200 7.160	3.460 3.710	2.490 770	1.903 1.573	84 68
23 Madagaskar	9.900	10.220	3.620	3,670	2.577	114
24 Sierra Leone 25 Sri Lanka	18.400 5.750	<i>17.520</i> 7.170	4.890 3.210	<i>2.040</i> 1.340	2.049 2.393	85 107
26 Kenia	12.840	7.890	1.780	550	2.056	88
27 Pakistan	3.160	3.480	9.900	5.820	2.277	99
28 Sudan	23.500	8.930	3.360	1.430	2.250	96
29 Afghanistan 30 Bhutan	15.770 3.310	16.730 18.160	24.450	26.000 7.960	2.285	94
31 Tschad	73.040	47.640	13.620	3.860	1.620	68
32 Kambodscha	22.490	* *	3.670	9.00	1.792	81
33 Laos 34 Mosambik	26.510 18.700	39.140	5.320 4.720	5.610	1.992 1.844	90 79
35 Vietnam		4.190		2.930	2.017	93
Länder mit mittlerem						
Einkommen Ölexporteure	11.388 W 20.016 W	5.995 w 8.089 w	3.651 w 5.436 w	1.945 W 2.053 W	2.661 W 2.612 W	114 w
Ölimporteure	4.146 W	3.870 W	2.162 W	1.840 W	2.703 W	114 W
Afrika südl. der Sahara	35.517 W	11.929 w	4.745 w	2.650 W	2.370 W	101 W
Untere Einkommenskategorie	18.399 w	7.555 w	4.891 w	2.292 w	2.495 w	109 w
36 Senegal	21.130	13.780	2.640	1.390	2.392	101
37 Lesotho	22.930	18.640	4.700		2.285	100
38 Liberia 39 Mauretanien	12.450 36.580	<i>8.550</i> 14.500	2.300	2.940 2.100	2.267 2.228	98 97
40 Bolivien	3.310	14.000	3.990	2.700	2.158	90
41 Jemen, Dem. VR.	12.870	7.120	1.850	820	2.329	97
42 Jemen, Arab. Rep. 43 Indonesien	58.240 31.820	11.670 11.530	9.500	4.580 2.300	2.346 2.393	97 111
44 Sambia	11.390	7.670	5.820	1.730	2.054	89
45 Honduras	5.450	3.120	1.540	700	2.156	95
46 Ägypten, Arab. Rep.	2.260 4.630	970 3.220	2.030 1.300	1.500 <i>910</i>	3.210 2.060	128 90
47 El Salvador 48 Elfenbeinküste	20.690	3.220	1.850		2.652	115
49 Simbabwe	5.190	5.900	<i>990</i> 2.290	940 1.830	2.119 2.671	89 110
50 Marokko	12.120 12.520	10.750 13.590	620	960	2.109	79
51 Papua-Neuguinea 52 Philippinen	1.310	7.970	1.130	6.000	2.393	106
53 Nigeria	44.990	12.550 13.990	<i>5.780</i> 1.970	3.010 1.950	2.443 2.102	104 91
54 Kamerun 55 Thailand	29.720 7.230	7.100	5.020	2.400	2.296	103
56 Nicaragua	2.490	1.800	1.390	550	2.268	101
57 Costa Řica	2.040	1.460	630	450	2.635	118
58 Peru 59 Guatemala	1.620 3.830	1,390 8,610	880 8.250	970 1.620	2.114 2.115	90 97
60 Kongo, VR	14.210	5.510	950	790	2.504	113
61 Türkei	2.860	1.630	6.340	1.130	3.077	122
	8.040	3.690	1.150	890	2.656	111
62 Tunesien 63 Jamaika	1.930	2.830	340	630	2.489	111

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen.

		Einwoh	ner je		Tägliches Kalori pro Ko	enangebot pf
	Arz	•	Beschäftig Kranke		Insgesamt	In % des Bedarfs
	1965 ^a	1980 ^a	1965 ^a	1980 ^a	1982	1982
65 Paraguay	1.840	1310	1.550	1.100	2.820	122
66 Ecuador	3.020	760 1.710	2.320 890	570 800	2.072 2.551	9 <u>1</u> 110
67 Kolumbien 68 Angola	2.530 12.000	1.710	3.820	800	2.041	87
69 Kuba	1.150	720	820	370	2.997	130
70 Korea, Dem. Rep.	1 040	430	0.500	700	3.051	130
71 Libanon 72 Mongolische VR	1.240 710	540 450	2.500 310	730 240	3.000 2.798	121 115
Obere Einkommenskategorie	2.507 w	2.018 w	2.076 w	995 w	2.880 w	119 w
73 Jordanien	4.670	900	1.810	1.990	2.882	117
74 Syrien, Arab. Rep.75 Malaysia	4.050 6.220	2.240	11.760 1.320	1.390 <i>940</i>	3.040 2.688	123 120
76 Chile	2.080	1.930	600	450	2.669	109
77 Brasilien	2.180		1.550		2.623	110
78 Korea, Rep.	2.740 640	1.440 430	2.990 610	350	2.936 3.363	125 127
79 Argentinien 80 Panama	2.170	980	680	420	2.498	108
81. Portugal	1.170 2.060	540	1.320 950	660	3.176 2.976	130 128
82 Mexiko	8.400	2.630	11.770	740	2.639	110
83 Algerien 84 Südafrika	2.140		530		2.840	116
85 Uruguay	870	540	590	190	2.754	103
86 Jugoslawien87 Venezuela	1.190 1.270	550 990	850 560	280 380	3.642 2.557	143 104
88 Griechenland	710	430	790	600	3.554	142
89 Israel	41.0	370	300	130	3.059	119
90 Hongkong 91 Singapur	2.400 1.910	1.210 1.150	1.220 600	790 320	2.774 2.954	121 128
92 Trinidad und Tobago	3.820	1.360	560	380	3.083	127
93 Iran. Islamische Rep. 94 Irak	3.770 4.970	6.090 1.800	4.170 2.910	2.520 2.160	2.855 2.840	119 118
Ölexporteure mit hohem Elnkommen	8.774 W	1.360 w	4.582 w	836 <i>w</i>	3.271 w	
95 Oman	23.790	1.900	6.380	500		
96 Libyen	3970	730	850	400 1.170	3.581 3.111	152 129
97 Saudi-Arabien 98 Kuwait	9.400 830	1.670 570	6.060 270	180	3.423	125
99 Vereinigte Arab Emirate		910		340	3.591	
Marktwirtschaftliche Industrieländer	752 w	554 w	302 W	180 W	3.400 w	133 w
L00 Spanien	810	450	1.770	330	3.341	136
01 Irland L02 Italien	<i>960</i> 590	780 <i>340</i>	170	120	4.054 3.520	162 140
103 Neuseeland	820	640	980	120	3.549	134
.04 Belgien	690	400	590	120	3.743	142
LOS Großbritannien	860	650	200	140	3.232	128
06 Osterreich .07 Niederlande	550 860	400 <i>540</i>	470	230 <i>130</i>	3.524 3.563	134 133
08 Japan	930	780	240	240	2.891	124
09 Frankreich	810	580	300	120	3.572	142
10 Finnland 11 Deutschland, Bundesrep	1.280 630	530 <i>450</i>	160 350	100 170	3.098 3.382	114 127
12 Australien	720	560	110	120	3.189	120
13 Dänemark 14 Kanada	740 770	480 550	190 130	210 90	4 023 3 428	150 129
.15 Schweden	910	490	90	60	3 224	120
16 Norwegen	790	520	340	90	3 184	119
.17 Vereinigte Staaten	670	520	120	140	3 616	137
18 Schweiz Osteuropäische	750	410	340	160	3.451	128
Staatshandelsländer	584 w	345 w	300 W	130 W	3.419 w	133 w
.29 Alibaaian	2 630	400	250	150	3 520 2 907	134
21 Bulgarien	600	410	410	190	3711	148
22 Tschechoslowakei 23 Deutsche Dem. Rep.	540 870	360 <i>5</i> 2 <i>0</i>	200	130	3613 3.787	146 145
24 Polen	800	570	410	240	3.288	126
.25 Rumänien	740	680	400	270	3.348	126
26 Sowjetunion	480	270	280	100	3.400	132

^a Kursive Zahlen sind für andere als die angegebenen Jahre. Vgl. Technische Erläuterungen.

Tabelle 25: Erziehungswesen

	Insges	samt 1982 ^a	Anzahl der G in % ihrer Al Mänr 1965	tersgruppe	r <u>Weib</u> 1965	lich 1982 ^a	Anz der Bes weiterfül Schu In % Altersg	sucher render ilen ibrer	Anza der Besi hbherer S und Un sitäten i der Bevöll im Alter 20—24 J	ucher chulen iver- n % kerung
Under mit niedrigem Einkommen China und Indien Übrige Länder Afrika südl. der Sahara	. 62 w 45 w 40 w	85 W 98 W 70 W 69 W	77 W 59 W 52 W	103 W 111 W 80 W 79 W	47 W 31 w 28 w	77 W 83 W 58 W 56 W	20 w 9 w 4 w	30 w 33 w 19 w 14 w	3 w 1 w (.) w	4 w 4 w 2 w 1 w
1 Äthiopien 2 Bangladesch 3 Mali 4 Nepal 5 Zaire	11 49 24 20 70	46 60 27 73 90	16 67 32 36 95	60 68 35 102 104	6 31 16 4 45	33 51 20 42 75	2 13 4 5	12 15 9 2 L 23	(.) 1 (.) 1 (.)	1. (.) 3 1
6 Burkina 7 Birma 8 Malawi 9 Uganda 10 Burundi	12 71 <i>44</i> 67 26	28 84 62 60 33	16 76 55 83 36	28 87 73 69 41	8 65 32 50 15	16 81 51 51 25	1 15 2 4 1	3 20 4 8 3	(.) 1 (.) (.) (.)	1 4 () 1 1
11 Niger 12 Tansania 13 Somalia 14 Indien 15 Ruanda	11 32 10 74 53	23 98 30 79 70	15 40 16 89 64	29 101 38 93 72	7 25 4 57 43	17 95 21 64 67	1 2 2 27 2	5 3 11 30 2	(.) (.) 5 (.)	?) 1 ?)
16 Zentralafr Rep 17 Togo 18 Benin 19 China 20 Guinea	56 55 34 31	70 106 65 110 33	84 78 48	92 129 87 123 44	28 32 21 19	50 84 42 97 22	2 5 3 5	14 27 21 35 16	(.) (.) (.)	1 2 2 1 3
21. Haiti 22 Ghana 23 Madagaskar 24 Sierra Leone 25 Sri Lanka	50 69 65 29 93	69 76 100 40 103	56 82 70 37 98	74 85	44 57 59 21 86	64 66	5 13 8 5 35	13 34 14 12 54	(.) 1 I (.) 2	1 1 3 1 4
26 Kenia 27 Pakistan 28 Sudan 29 Afghanistan 30 Bhutan	54 40 29 16 7	104 44 52 35 23	69 59 37 26 13	114 57 61 56 30	40 20 2L 5	94 31 43 13 16	4 12 4 1	20 14 18 12 3	(.) 2 1 (.)	1 2 2 1 (.)
31. Tschad 32 <i>Kambodscha</i> 33 Laos 34 <i>Mosambik</i> 35 Vietnam	34 77 40 37	97 104 113	56 98 50 48	105 119 120	13 56 30 26	89 72 105	1 9 2 3	3 18 6 48	()	0
Länder mit mittlerem Einkommen Ölexporteure Ölimporteure Afrika der Sahara	84 w 70 w 95 w 44 w	102 W 102 W 103 W 96 W	90 w 79 w 99 w 54 w	109 w 111 w 107 w 99 w	77 w 60 w 91 w 34 w	99 w 103 w 96 w 81 w	20 w 15 w 24 w 5 w	42 w 36 w 48 w 17 w	4 w 2 w 5 w (.) w	12 W 8 W 15 W 3 W
Untere Einkommenskategorie	74 w	103 W	82 w	109 w	65 w	98 w	16 w	35 w	4 w	10 w
36 Senegal 37 Lesotho 38 Liberia 39 Mauretanien 40 Bolivien	40 94 41 13 73	48 112 66 33 86	52 74 59 19 86	58 95 82 43 93	29 114 23 6 60	38 129 50 23 78	7 4 5 1 18	12 20 20 10 34	1 5	3 2 2
41. Jemen, Dem. VR. 42. Jemen, Arab. Rep. 43. Indonesien 44. Sambia 45. Honduras	23 9 72 53 80	64 59 120 96 99	35 16 79 59 81	94 99 124 102 100	10 1 65 46 79	34 17 116 90 98	11 12 7 10	18 7 33 16 32	1 1	2 1 4 2 10
46 Ägypten, Arab. Rep. 47 El Salvador 48 Elfenbeinküste 49 Simbabwe 50 Marokko	75 82 60 110 57	78 61 76 130 80	90 85 80 128 78	90 61 92 134 98	60 79 41 92 35	65 61 60 125 62	26 17 6 6 11	54 20 17 23 28	7 2 (.) (.)	15 6 3 1 6
51. Papua-Neuguinea 52 Philippinen 53 Nigeria 54 Kamerun 55 Thailand	44 113 32 94 78	65 106 98 107 96	53 115 39 114 82	73 107 117 98	35 111 24 75 74	58 105 97 94	4 41 5 5 14	13 64 16 19 29	19 (.) (.) 2	2 27 3 2 2
56 Nicaragua 57 Costa Rica 58 Peru 59 Guatemala 60 Kongo. VR	69 106 99 50 114	104 106 114 73	68 107 108 55 134	101 105 119 78	69 105 90 45 94	107 108 109 67	14 24 25 8 10	41 48 59 16 69	2 6 8 2	13 27 21 7 6
61. Türkei 62 Tunesien 63 Jamaika 64 Dominikanische Rep.	101 91 109 87	102 111 99 103	118 116 112 87	110 123 99 98	83 65 106 87	95 98 100 108	16 16 51 12	39 32 58 41	4 2 3 2	6 5 6 10

Anmerkung: Zur Vergleichbarkeit der Daten und ihrer Abgrenzung vgl. Technische Erläuterungen.

			Anzahl der G in % ihrer A				Anz der Bes weiterfül Schu in %	sucher hrender ulen	Anz der Bes höherer und U sitäten der Bevö im Alte	sucher Schulen niver- in % olkerung er von
	Insges	1982 ^a	1965	nlich 1982 ^a	1965	1982 ^a	Altersg 1965	1982 ^a	20—24 1965	Jahren 1982 ^a
65 Paraguay 66 Ecuador 67 Kolumbien 68 <i>Angola</i> 69 <i>Kuba</i>	102 91 84 39 121	103 114 125 109	109 94 83 53 123	107 116 129	96 88 86 26 119	99 112 <i>132</i> 105	13 17 17 5 23	36 56 46 72	4 3 3 (.) 3	7 35 12 (.) 19
70 Korea, Dem. Rep. 71 Libanon 72 Mongolische VR	106 98	118 106	118 98	122 105	93 97	114 108	26 66	58 89	14	28 26
Obere Einkommenskategorie	96 w	102 w	100 w	108 w	92 w	100 w	26 w	51 w	5 w	14 w
73 Jordanien 74 Syrien, Arab. Rep. 75 Malaysia 76 Chile 77 Brasilien	95 78 90 124 108	103 101 92 112 96	105 103 96 125 109	105 111 93 113 98	83 52 84 122 108	100 90 91 100 93	38 28 28 34 16	77 51 49 59 32	2 8 2 6 2	32 16 5 10 12
78 Korea, Rep. 79 Argentinien 80 Panama 81 Portugal 82 Mexiko	101 101 102 84 92	100 119 110 <i>121</i> 121	103 101 104 84 94	102 120 112 <i>120</i> 123	99 102 99 83 90	99 119 108 <i>121</i> 119	35 28 34 42 17	89 59 63 50 54	6 14 7 5 4	24 25 23 11 15
83 Algerien 84 Südafrika 85 Uruguay 86 Jugoslawien 87 Venezuela	68 90 106 106 94	93 122 101 105	81 91 106 108 93	105 124 100 105	53 88 106 103 94	81 120 100 104	7 15 44 65 27	36 63 82 40	1 4 8 13 7	5 20 21 22
88 Griechenland 89 Israel 90 Hongkong 91 Singapur 92 Trinidad und Tobago	110 95 103 105 93	106 95 105 108 99	111 95 106 110 97	106 96 107 111 98	109 95 99 100 90	105 96 103 105 99	49 48 29 45 36	81 74 67 66 61	10 20 5 10 2	17 30 11 11 5
93 Iran, Islamische Rep. 94 Irak	63 74	97 109	85 102	112 114	40 45	81 103	18 28	40 59	2 4	4 10
Ölexporteure mit hohem Einkommen	43 w	76 w	60 w	86 w	25 w	65 w	10 w	44 w	1 w	9 w
95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait 99 Vereinigte Arab. Emirate	78 24 116	74 67 91 132	111 36 129	90 <i>79</i> 92 133	44 11 103	57 54 91 131	14 4 52	22 67 32 77 67	1 1 (.)	6 9 15 7
Marktwirtschaftliche Industrieländer	110 w	102 w	107 w	102 w	110 w	102 w	71 w	87 w	21 w	37 w
100 Spanien 101 Irland 102 Italien 103 Neuseeland 104 Belgien	115 108 112 106 109	110 100 101 101 98	117 107 113 107 110	110 100 101 102 97	114 108 110 104 108	109 100 101 100 98	38 51 47 75 75	88 95 74 81 94	6 12 11 15	24 22 25 26 28
100 Spanien 101 Irland 102 Italien 103 Neuseeland 104 Belgien	92 106 104 100 134	102 99 98 100 111	92 106 104 100 135	102 99 97 100 112	92 105 104 100 133	103 98 99 100 111	66 52 61 82 56	83 74 98 92 87	12 9 17 13 18	19 24 31 30 27
110 Finnland 111 Deutschland, Bundesrep. 112 Australien 113 Dänemark 114 Kanada	92 99 98 105	98 100 108 <i>98</i> 104	95 99 97 106	99 100 109 <i>98</i> 105	89 99 99 104	98 100 108 <i>98</i> 103	76 62 83 56	98 50 90 105 95	11 9 16 14 26	32 30 26 <i>28</i> <i>39</i>
115 Schweden 116 Norwegen 117 Vereinigte Staaten 118 Schweiz	95 97 118 87	99 <i>99</i> 100 100	94 97 87	98 <i>99</i> 100 100	96 98 87	99 100 100 100	62 64 86 37	85 <i>95</i> 97	13 11 40 8	38 <i>27</i> <i>58</i> 19
Osteuropäische Staatshandelsländer	103 w	104 w	103 w	98 w	103 w	98 w	66 w	90 w	26 w	20 w
119 Ungarn 120 Albanien 121 Bulgarien 122 Tschechoslowakei 123 Deutsche Dem. Rep.	101 92 103 99 109	100 102 100 89 94	102 97 104 100 107	100 105 101 88 93	100 87 102 97 111	100 99 100 90 96	33 54 29 60	73 <i>66</i> 82 46 88	13 8 17 14 19	14 6 15 17 30
124 Polen 125 Rumänien 126 Sowjetunion	104 101 103	100 100 106	106 102 103	101 101	102 100 103	100 99	58 39 72	75 71 97	18 10 30	18 11 21

^a Kursive Zahlen sind für andere als die angegebenen Jahre. Vgl. Technische Erläuterungen.

Tabelle 27: Laufende Einnahmen der Zentralregierung

					i <mark>n den lau</mark> Steuereinr		iesamtein	inanmen	in %					
	Steuerr Einkomr Gewinn Kapit erträg	men, ne u. al- ne	siche	alver- rungs- äge	Inlands em auf und Di leistun	Güter enst- gen	Steuerr Außenh u. interr nale Ti aktion	andel natio- ram nen	Sonsti Steuer	rn ^a	Laufe nich steuer Einnah	it- liche imen	Ges einna (in %	fende samt- ahmen % des SP)
	1972	1982 ^b 1	1972	1982 ^b	1972	1982 ^b	1972	1982 ^b	1972	1982 ^b	1972	1982 ^b	1972	1982
änder mit niedrigem Einkommen	21,5 w	19,5 w			23,8 w	36,9 w	38,9 w	25,3 w	3,6 w	1,3 w	12,2 w	17,0 w	16,4 w	13,2 w
Ubrige Lander Afrika südl. der Sahara	21,5 w 21,9 w	20,8 W 26,3 W			23,8 W 23,8 W		38,9 w 38,9 w	28,1 w 25,9 w			12,2 w 12,2 w			12,7 w
1 Athiopien	23,0				29,8		30,4		5,6		11,1		10.5	
2 Bangladesch 3 Mali	474	15,4	::	4,3	00.5	38,9	20.7	18,7	40.0	145	40.7	8,2		15,5
4 Nepal 5 Zaire	4,1 22,2	7,2 32,5	2,2	1,4	26,5 12,7	38,5 22,3	36,7 57,9	31,3 25,0	19,0 1,4	7.1 6,5	1 3,7 3,7	15,9 12,3	5,2 27,9	8,7 21,6
6 Burkina 7 Birma		15,9 3,2		6,5		17,1 39.5		42,4 19,2		6,8		11,3 38,2		14,0 16.2
8 Malawi	31,4	34,3			24,2	31.9	20,0	22.7	0,5	8,0	23,8	10,4	16,0	17.4
9 Uganda 0 Burundi	22,1	9,7 22,4		2.9	32,8	31.5 28.7	36,3	56,0 24,0	0,3	0,1 11,2	8.5	2.7 10.8	13,7	3,1 13,4
1 Niger	29,9	31.1	8) B)	8.00	29.1	50.6	21,7	10,2	0,5	0.9	18.8	7,2	15,8	19,6
2 Tansania 3 Somalia	10,7	2.3	* *	11	24,7		45,3		5,2		14,0		13,7	
4 Indien 5 Ruanda	100	18,7	**	E 0	1.1	39,0	4.5	23,5	15.05	0,6	2.8	18,2		13,6
6 Zentralafr, Rep.		16,1		6,4 6,4		<i>20,8</i> 15,3		<i>39</i> ,8 33,0		7,8 —1.0		9,1 12.7		16,4 29,1
7 Togo 8 Benin 9 China 10 Guinea		33,7		0,4		10,0				-1.0		12.7		2011
21 Haiti	170	17,9		0,3	10.0	19,1		26,2		27,8		8,7		13,9
22 Ghana 23 Madagaskar	18,2 12,7	28,7 15,5	7,0	13,7	29,1 29,1	39,2 41,7	40,8 35,3	19,0 22,2	0,4 5.3	(.) 3.3	11,4 10,5	13,0 3,6	15,1 18,8	5,4 13,6
24 Sierra Leone	* *	24,1 17,4	* *			23,5 34,1	* *	49,5 39,8		1,1 1,9		1,8 6,8		11,6 17,2
25 Sn Lanka 26 Kenia	35,6	26,8			19,9	37,8	24,3	25,4	1,4	0,6	18,8	9,3	18,0	22,8
27 Pakistan 28 Sudan	11,8	16,5 15,8	**	**	30,4	33,4 14,1	40,5	31,4 49,7	1,5	0,3	15,7	18,4 19,7	18,0	14,6 11,8
29 Afghanistan 30 Bhutan	X 8	4.4			K 10	100		* *						
B1 Tschad	16,7				12,3		45,2		20,5		5,3	9.3	13,1	00.2
32 Kambodscha 33 Laos	* *	4.4		* *		2.2	3.3		**	1.0		3.3	14.9	
34 Mosambik 35 Vietnam	**				11	111	1970	3.3		* *	***	4.4	14.14	
änder mit mittlerem		446		1111-11				1111		Ale bas	Lifet			
Einkommen Ölexporteure	25,5 W 30,4 W	28,8 W 35,3 W	::		26,8 W 19,8 W		v 13,2 w v 14,5 w		17,5 W		v 17,0 w v 27,1 w		v 17,8 v v 15,8 v	
Ölimporteure Afrika südl. der Sahara	23,1 w 41,2 w	24,2 w 39,2 w			29,8 w 25,3 w		v 12,6 w v 18,6 w		21,9 w 2,3 w		v 12,6 w v 12,6 w		v 18,8 v v 13,3 v	
Jntere Einkommenskategorie	27,8 w	39,5 w			29,8 w	22,2 /	v 19,3 w	14,7 w	10,4 w	8,2	v 12,7 w	15,4	v 14,8 v	v 19,8
36 Senegal 37 Lesotho	17,6 14,3	22,8	200	3,5	24,5 2,0	25,8	30,9 62,9	35,0	23,8 9,5	5,3	3,2 11,3	7,4	16,8 11,7	20,1
38 Liberia	14,3	35,3		.,	2,0	29,6	02,3	31,3		1,9	11,0	1,9		25,2
39 Mauretanien 40 Bolivien	14,5	17,3		***	28,4	40,8	46,0	25,3	5,3	5,7	5,7	11,0	7,8	5,6
41 Jemen, Dem. VR. 42 Jemen, Arab. Rep.	14(14	11,7				7,3	* *	49,8	***	13,5		17,6		20,4
43 Indonesien	45,5	76,9 32,9		1.4	22,7 20,2	10,4 48,3	17,5 14,3	4,7 8,8	3,6 0,1	1,4	10,6 15,6	6,7 6,6	14,4 24,2	22,2 24,9
44 Sambia 45 Honduras	49,7 19,2	24,2	3,0		33,8	25,9	28,2	42,4	2,3	1,9	13,5	5,7		14,8
46 Ägypten, Arab. Rep. 47 El Salvador	15,2	17,1 20,4		11,5	25,6	10,8 35,7	36,1	18,7 25,7	17,2	6,9 6,0	6,0	35,0 12,1	11,6	37,9 12,0
48 Elfenbeinküste				4.1		* 1		11,1		1,0		9,8		31,3
49 Simbabwe 50 Marokko	16,4	46,7 15,7	5.9	5.2	45.7	31,4 32,9	13,2	20,4	6,1	7,0	12,6	18.8	18,1	26,5
51 Papua-Neuguinea 52 Philippinen	1	49,2 21,8			24,3	13,9 40,9	23,0	22,7 23,9	29,7	1,2 3 ,1	9.3	129 10,4	12,4	21.8 112
53 Nigeria 54 Kamerun	43,0	39,0		6,2	26.3	14,5	17,5	26,0	0,2	3,9	13,0	10,3	11,6	18,5
55 Thailand	12,1	21.4			46.3	47,7	28.7	18.9	1,8	19	112	10,1	12,9	13.9
56 Nicaragua 57 Costa Rica	9,6 17,7	10,2 17,4	14.0 13.4	11,3 23,2		40,6 25.3	24,3 18,1	15,9 29.4	8,9 1.6	9,7 0,6	5,8 11,1	12,4 4,2		27,6 20,4
58 Peru 59 Guatemala	17.5	15,1			32,2	45,9	15,7	25,7	22,1	4,3	12,4	9.0 14,8	16,0	16,8
	12,7 19.3	11,8		117	I 40,3	33.1	26.2 26,5	15.0	1 5,6 6,4	13.7	9,4 7,4		18.4	- 1
60 Kongo, VR		en 4 mm			31.1	19,9	14,5	5.3	6,1	6.7	17,6	16,4	19,7	
61 Türkei	30,8 15,9	51,7 14.7	7 1	8.0	316		21.8			1/1	15.7	23.6	23.0	33 (
	30,8 15,9 17.9	51,/ 14.7 21,8_	7,1 3,9	8,9	31,6	21,0	21,8	27,3	7.8	4,4 2.5		23,6		

					<mark>n den lau</mark> Steuereinr		Gesamtei	nnahmen	ıın %					
	Einkom Gewinr	Steuem auf Einkommen, Gewinne u		lver- ungs-	Inlands ern auf und Di leistun	steu- Güter enst-	Steuer Außenl u inte nale 1	nandel rnatio- l' rans -	Sonstige Steuem ^a		Laufende nicht- steuerliche Einnahmen		Laufende Gesamt- einnehmen BSP)	
	1972	1982 ^b	1972	1982 ^b	1972	1982 ^b	1972	1982 ^b	1972	1982 ^b	1972	1982 ^b	1972	1982 ^l
65 Paraguay 66 Ecuador 67 Kolumbien 68 Angola 69 Kuba	8.8 37,2	15,4 55.7 23,1	10,4	12,9 11,6	26,2 16,0	21.4 17:0 25,8	24,8	14.6 21.2 17,8	17,0 72	21,9 6,8	12,8 5,5	12,0 14,9	11,5 10,6	11;3 11,7
70 Korea, Dem. Rep. 71 Libanon 72 Mongolische VR		::						13						
Obere Einkommenskategorie	24,7 w	25,2 /	v 19,8 w	14,6 %	25,8 W	24,4 W	11,4 w	10,2 W	(.) w	1,0 v	v 18,3 w	24,6	v 19,0 v	23,3 w
73 Jordanien 74 Syrien, Arab. Rep. 75 Mal aysia 76 Chile 77 Brasilien	6,8 25,2 12,9 18.3	12,4 12,5 36,9 19,6 13.3	0,1 27,1 27,4	8;5 28.8	10,4 24,2 28,6 37,6	8,8 6,2 15,4 43,8 26,2	17,3 27,9 10,0 7,0	40,9 14,6 28.3 3,6 2.6	12,1 1,4 4,3 3.7	10,7 6,1 1,8 3,8 4,6	53,4 21,2 17,1 _6,0	27,3 60.7 1 7.0 20,5 24,6	24.5 21,2 30,2 19,0_	25,4 22.1 29.2 32.0 26,1
78 Korea, Rep. 79 Argentinien 80 Panama 81 Portugal 82 Mexiko	29,2 7,4	23,9 5,5 22,5 30.5	0,8 25,9	1,1 13,6 21,8	41,7 14,8	44,5 44.7 14,8	10,7 18,5	13.3 11.9 10,0	5,2 —3,7 —9.9	3,6 5.7 3,5 —14.9	12,3 37,0	13,6 18,5 27.4	13,2 13,1 	19,1 16,5 29,7
83 Algerien 84 Südafrika 85 Uruguay 86 Jugoslawien 87 Venezuela	36,5 54,8 4,7 54,2	53,3 5,8 62,2	19,4 1,2 30,0 52,3 6,0	14.1 1,2 26,2	21,5 24,5 24,5 24,5 6,7	26,1 43,2 68,2 4,8	4,6 6,1 19,5 6,1	4,5 10,3 30,1 8,4	5,0 22,0	3,0 5,8	12,9 12,6 3,7 25,9	11,9 8,7 1,7 19,2	21,3 22,7 20,7 21,8	22,3 21,6 8,4 29,3
88 Griechenland 89 Israel 90 Hongkong 91 Singapur	12,2 36,2 24,4	15,6 40,2 37,6	24,5	30,0 9,2	35,5 23,0 17,6	33,9 26,4 I 4.1	6,7 21,6 11,1	3,3 5,2 5,5 6.5	12,0 6,8 15,5	7,1 6,6 15,0 0.6	9,2 12,4 31,4	10,1 12,4 27,4 16.8	25,4 31,8 21,6	28,5 58,8 28,5 44,1
92 Trinidad und Tobago 93 Iran, Islamische Rep. 94 Irak	7,9	70,0 7,3	2.7	7,3	6,4	4.0	14,6	8,0	4,9	4,1	63.6	69.4	26.2	
Ölexporteure mit hohem Einkommen														
95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait 99 Vereinigte Arab. Emirate	71.1	27,9 2.1	8. 8 6. 8 9. 4		19,7	0,5	3,0	1,5 2,0	2,3	0,4	23,6	69,8 95,0	47,4 55,2	41,2 57,4 0,2
Marktwirtschaftliche Industrieländer	41,1 w	37,5	w 28,0 w	33,3	v 20,4 w	18,3	v 1,9 w		v 2,2 v/	0,9	w 6,4 w	8,8	w 22,7 v	v 28, 1 w
100 Spanien 101 Irland 102 Italien 103 Neuseeland 104 Belgien	15,9 28,1 31,3	20.7 32,2 34,6 66,5 39.5	38,9 8,9 32,4	47,7 13,8 34.4	23,4 32,6 28,9	18,3 26,6 23,1 19,2 23,9	10,0 16,6	5,9 13.7 0.2 3,4	0,7 3,2	0,3 2,3 2.6 1,2 1,8	11,1 10.5	7.8 11,4 5,2 9,7 4,7		25,4 46,6 39,4 36,1 45,7
1 05 Großbritannien 106 Österreich 107 Niederlande 108 Japan	39,4 20,6	38.7 20,2 27,5	15,1 30,3	16,6 35.9 38,9	27,1 28,2	28,0 253 18,4	1,7 5.3	1.3	5.6 10,1	5,0 8.6 2.1	11,2 5,5	11,7 8,7 13,1	33,5 29,8	38,4 35,4 51,7
09 Frankreich 10 Finnland 11 Deutschland, Bundesrep. 12 Australien 113 Dänemark 114 Kanada	16,9 30,0 19,7 58,3 40,0	17,9 29,1 17,1 63,6 35,4 48,4	37,1 7,8 46,6 5,1	9,8 55,4 3,6 11,3	37,9 47,7 28,1 21,9 42,0	30,0 48,6 21,4 22,0 45,7 21,9	0,3 3,1 0,8 5,2 3,1	(.) 1,5 (.) 5,2 0,8 4,4	2,9 5,8 0,8 2,1 3,0	3,4 3,0 0,1 0,2 2,3 (.)	5,5 4,0 12,5 6,8	5,7 8,1 6,0 9,1 12,2 14,0	33,6 27,1 25,2 21,4 35,5	28,6 29,7 26,2 35,9 20,6
115 Schweden 116 Norwegen 117 Vereinigte Staaten 118 Schweiz	27,0 22,5 59,4 13,9	15,6 27,4 52,7 15,6	21,6 20,5 23,6 37,3	33,9 22,5 29,9 48,0	34,0 47,9 7,1 21,5	29,6 38,1 5,5 19,2	1,5 1,6 1,6 16,7	0,6 0,6 1,4 8,4	4,7 1,0 2,5 2,6	4,6 1,1 1,2 2,5	11,3 6,6 5,7 8,0	15,8 10,4 9,4 6,3	32,5 37,0 18,0 14,5	38,4 43,8 21,3 18,9
Osteuropäische Staatshandelsländer													·	
119 Ungarn 120 Albanien 121 Bulgarien 122 Tschechoslowakei 123 Deutsche Dem. Rep.					**		6.6 6.6 6.6		4.5	2.2	• • • • • • • • • • • • • • • • • • • •			
124 Polen 125 Rumänien 126 Sowjetunion	6,3	5.1	7,9	16,7			11	11	* 1	11,6	85,8	71,7		

a Vgl. Technische Erläuterungen. b Kursive Zahlen für 1981 und nicht für 1982.

Tabelle 26: Ausgaben der Zentralregierung

	Verte	g	<u>Erzieh</u> 1972 1	ung_	eil an de Gesund 1972 1	G e theit	amtausg Wohnu demeinsc inricht: S versiche u Wohl: 1972 1	ing; chafts- Sozial- rung fahrt	Wirtsci förder 1972	rung	Sonsti 1972		Gesa ausga (In % BSI 1972 1	ben des 2)	Ges übers -de (in % BS	chuß/ fizit des
Länder mit niedrigem Einkornmen China und Indien Übrige Länder Afrika südl. der Sahara		16,2w	15,2w 15,2w 15,5w	10,6w	200	3,0w 4,0w 5,3w	3,8w 3,8w 3,9w	6,0w	26,3w 26,3w 25,2w	26,6w	35,8w	36,6w	20,8w 20,8w 21,7w	7,3w	-4,0 w	-5,4
1 Äthiopien 2 Bangladesch 3 Mali 4 Nepal 5 Zaire	14,3 7.2	8,4 5,4	14,4 7,2	10,4 99	5,7 4,7	2,8 4,5	0,7	5,0 4.3	22,9 57,2	8,1 53,1	38,3	65,3 22,7	13,8 8,5 38,6	33,7 17.2 35,6	-1,4 -1,2 -7,5	-9,3 -5,2 -10,6
6 Burkina 7 8irma 8 Malawi 9 Uganda 10 Burundi	3,1 23,1	17.1 19,0 7.7 19,8	15,8 15,3	15.7 11,2 14,3 14,9	5,5 5,3	6,6 7,0 5,2 5,2	5,8 7,3	5,9 9,3 2,3 6,5	33,1 12,4	16.4 35.2 33.5 11,7	36.8 36,6	38,2 18.4 37,1 42,0	22.1 21,8	16,2 17,1 27,0 5,0 23,9	-6.2 -8,1	-1.6 0,7 -7.1 -1.5 -5,6
11 Niger 12 Tansania 13 Somalia 14 Indien 15 Ruanda	11,9 23,3	11,2 202	17.3 5,5	12,1 1.9	7,2 7,2	<i>5,5</i>	2,1 1,9	2,4 4,3	39,0 21,6	37,4 24,3	22,6 40,5	<i>31,5</i> 47,1	19,7 13,5	<i>32,2</i> 15,1	-5,0 0,6	-6,6
16 Zentralafr, Rep. 17 Togo 18 Benin 19 China 20 Guinea		9,7 7.1		17,6 22.9		<i>5,1</i> 6.1		6,3 11,0 		19,6 22,2		<i>41,7</i> 30,8	, .	21.9 32,8 		-3.5 1,8
21. Haiti 22 Ghana 23 Madagaskar 24 Sierra Leone 25 Sri Lanka	8,0 3,6	6,2	20,1	18,7	6,2 4,2	5,8	4,1 9,9	6,8	15,0 40,5	19,2	46,6 32,7	43,4	14,5 19,5 20,8	18,5 10,8 22,7 34,4	-5,8 -2,5	-3, -5, -10, -14,
26 Kenia 27 Pakistan 28 Sudan 29 <i>Afghanistan</i> 30 <i>Bhutan</i>	6,0 24,1	13,2 33,5 9,5	21,9 9,3	19,9 2,2 6,1	7,9 5,4 	7,3 1,1 1,3	3,9 1,4	0,8 6,8 2,3	30,1 15,8	26,9 31,0 23,5	30,2 44,1	31,7 25,3 57,3	21,0 19,2	29,7 16,1 16,9	-3,9 -0,8	-8, -4, -4,
31 <i>Tschad</i> 32 <i>Kambodscha</i> 33 <i>Laos</i> 34 <i>Mosambik</i> 35 Vietnam	24,6	***	14,8	* 8 * 6 * 8 * 8	4,4	8 8 * * * *	1,7	2 4 2 4 2 4	21,8	8 F 8 F 8 F 8 F	32,7	* * * * * *	18,1	9 9 9 9 • 9	-3,2 	*
Länder mit mittlerem Einkommen Ölexporteure Ölimporteure Afrika südl. der Sahara	15,1w 16,3w 14,6w		/ 13,0w / 15.5w / 11,1w /w		5,7w 7,0w	4,7w 3,6w 6,2w 5,8w	11,2w 24,3w	17,7v 10,5v 24,1v 4,9v			22,3 W	40,8	/ 19,8w / 17,5w / 21;8w / 13,3w	39,4 _W	-3;8w	-9 ;
Untere Einkommenskategorie	16,9 w	14,2	17,9w	13,7 w	4,5W	3,7w	4,9 w	6,8	28,8 w	23,5 w	27,0 w	38,1 M	16,5 w	23,7 w	-2,4w	-5]
36 Senegal 37 Lesotho 38 Liberia 39 Mauretanien	15.0	9,1 13.5	19,5	15,8 15,3	8,0	3,6 7,2	6,5	7,0	24,5	29.9	41,5	44,1 33,4	17.4 16,6	30,9 39,4	- 8;8	-9, -12,
40 Bolivien 41 Jemen, Dem VR 42 Jemen, Arab Rep 43 Indonesien 44 Samba 45 Honduras	12.4	7,4 35,5 13,9	30,6 19.0 22,3	13,6 16,4 8,4 15.2	7'4 10,2	2,0 4,5 2,5 8,4	2,9 1,3 8,7	1.0 1.1 1.8	12.4 26,7 28,3	8,8 31,3 23,9	29,3_ 	69,8 34,7 42,8 50,7	9,2 16,2 35,4 15,4	45,5 ⁷	-1,4 -2.6 -14,4 -2,7	-19. - <u>29</u> -20
46 Ågypten, Arab Rep 47 El Salvador 48 Elfenbeinküste 49 Simbabwe	6,6	12,7 11.9 17,3	21,4	9 2 16,9 21,9	10,9	2.4 7,1 6.4	7,6	14,2 5,0 6,7	14,4	6,6 21.1 23,3 30,5	390	54,8 38.1 24,4 27,0	12,8	48.2 19,1 39,0	-1,0 -3,8	-1 4 -7 -1 1 -12
50 Marokko 51. Papua-Neuguinea 52 Philippinen 53 Nigeria 54 Kamerun 55 Thailand	12,3 10.9 40,2 20,2	16.5 3,9 13,6 5,1 20,6	19.2 16.3 4.5 19.9	16,2 17,9 16,0 7.5 20,7	3,2 3.6 3.7	2,8 9,2 5,3 2,7 5.0	8,4 4,3 0,8 7.0	6.9 2,7 4,2 5,1	17.6 19,6	19,7 53.7 10,0 22,2	29,7 47,7 31,4 23,5	46,6 7,2 69,6 26,5		38.7 38,7 12,2 21,9 19,9	-3,9 -6,9	-64 -3 -5
56 Nicaragua 57 Costa Rica 58 Peru 59 Guatemala 60 Kongo, VR	12.3 2,8 14,8 11 0		16.6	22,6	4.0 3,8 6,2 9,5	32,8	16,4 26,7 2,9 10,4	14,1	27,1	14,9	23,6 16,7 23,1 25.8	12.6	15,5	49.2 21,6 18,0 14.8		-20 -1 -1 -4
61 Türkei 62 Tunesien 63 Jamaika 64 Dominikanische Rep.	15,4 4.9	15,2 10,6 9,8	18,2 30,5	16,8 14,2 15,9	3,3 7,4	2,1 6,7 10,7	3,3	8,9		25,7 29.9	17.9 25:1	31.3 68,5	21,8 22,5 18,5	23.3 36,9	=2,1 =0;9 =0,2	-1 -5 -3

				Ant	eil an d	en Ges	amtauso	naben ir	1%							
	Verte	ng	Erzieh	iung	Gesun	(Wohn Gemeins einricht.; versich u.Woh	ung; schafts- Sozial- erung Ifahrt	Wirtsc förde 1972		Sonsti 1972	ges ^a 1982 ^b	Gesa ausga (in % BS 1972	aben des P)	übers -de (in %	samt- schuß/ efizit 6 des SP) 1982 ^b
65 Paraguay 66 Ecuador 67 Kolurnbien 68 Angola 69 Kuba	13,8	12,5 10.7	12.1	12.0 26,5	3,5	3,7	18,3	32.2	19.6	14.0 17,7	32.7	25,7 36.4	13,1	11.8 16,7 14,0	-1,7 -2,5	0,4 -4,8 -3.0
70 Korea, Dem. Rep. 7L Libanon 72 Mongolische VR	6 6 4 V 16 6	2.3 3.3 6.6	\$7. B 47. B 43. 42	9 8 19 19 919	28 1462 28 1260 860 4	6 p	9.34 8.35 8.4	* * * *	0.00	8 B						
Obere Einkommenskategorie	14,6w	11,5 _W	11,6w	10,9w	7,0 w	5,1w	24,2 w	21,0 w	22,9w	ī · · · v	19,7 w	30,7 W	21,0 w	26,7 <i>w</i>	-3,3 w	-6,6 w
73 Jordanien 74 Syrii. Arab. Rep. 75 Malaysia 76 Chile, 77 Brasilien 78 Korea, Rep. 79 Argentinien 80 Panama	37,2 18.5 6,1 8,3 25,8 8,8	24,8 37.7 15,1 11,5 4,3 31,3 11,0	11,3 23,4 14,3 6,8 15,9 8,8	10.4 7,1 15,9 14,7 4,6 19,5 6,2 11,0	1,4 6,8 8,2 6,4 1,2 2,9	3.8 1.1 4,4 6.8 7,8 1.4 1.1	3,6 4.4 39,8 36.0 5,8 23,5	17,8 11,4 10,5 45.1 35,6 10,5 29.4 12,2	39,9 14,2 15,3 24,6 25,6 14,7	28,6 30,9 29.0 9.0 21,9 13.3 17,5 13,5	6,7 32.7 16,3 17.9 25,7 41,2	14.7 11.8 25.2 12.9 25.7 24.0 34.8 50.2	28,1 27.7 42,3 17,8 18,1 16.5	46.8 37,8 41,0 37,6 21,8 19,5 21,6 39,7	4,4 -9,8 -13,0 -0.4 -3,9 4,4	-9.5 6,2 -15.9 -1,1 -2,7 -3,2 -7,5 -11,9
81. Portugal 82. Mexiko	4,2	1,6	16,6	13,1	5,1	1,3	24,9	12,9	34,3	24,9	15,0	46,2	12,1	31,7	-3,1	-16,3
83 Algerien 84 Südafrika 85 Uruguay 86 Jugoslawien 87 Venezuela	5,6 20,5 10,3	13,6 50,4 5,8	9,5 18,6	7,7	1.6 24.8 11,7	3,3 7,6	52,3 35,6 9,2	54,3 7,2 9,4	9,8 12,0 25,4	9,4 16,6 24,0	21,2 7,0 24,8	11,8 25,8 37,4	21,9 25,0 21,1 21.3	23,5 30,1 <i>8,5</i> 29.6	-4,2 -2,5 -0,4 -0,3	-3,9 -9,2 -0,1 -5,4
88 Griechenland 89 Israel 90 Hongkong 91 Singapur	14,9 39,8 35,3	10,8 30,3	9,0 9,0 15,7	9.6 8.3	7.3 3.5 7.8	10.5 4,3 6,4	30.2 7,8	33,1 21.1 8,2	26,4 16,3 9,9	17,1 6.3 14,2	12.3 23,5 27,3	18,8 29.9	27,5 44,0 16,8	<i>39,2</i> 79,0 22,6	-1,7 -16,3	-10,7 -22,3
92 Trinidad und Tobago 93 Iran, Islamische Rep.	24,1	2,0	10,4	11,2	3,6	5,9	6,1	17,3	30,6	31,1	25,2	32,4	30,8	31,0	-4,6	3,3
94 Irak	2-1,1	10,2		10,0				12,0		24,0						
Olexporteure mit	13,0 w	24,8 %	13,6 w	8,2 W	5,6 w	5,5 w	12,6 w	9,1 _W	17,7 W	20,9 w	37 5w	31.5w	36.6 _W	3 1,1w		
95 Oman 96 Libyen 97 Saudi-Arabien 98 Kuwait	39,3	10,9	3.7 15.0	7.7 8,8 7,5	5,9 5,5	3.1 5.4 7,1	3.0	1,7	24,4 16,6 18,2	23.9 27.2 7,0	23,6 40,1 30,2	14,1 33,5 38,4	62,1	40,7	-15,3 17,4	-9,3 7,6
99 Vereinigte Arab. Emirate Marktwirtschaftliche Industrieländer	24,5 23,3w	36,4 13,9	16,2 4,3w	Heiser	4. 5		36.84	3,7	11,6w				21 814/	18.4	_1 Ow	-4,5w
100 Spanien 101 Irland 102 Italien 103 Neuseeland 104 Belgien	6.5 6,7	3,9 3,6 5.3	8,3	7,1 8,9 12,7	0,9	0,6 10,6 13.5	49,8	62,3 33,6 30.4	17,5	11,3 10,4 15,4	17,0	14,8 32,9 22.7	19,8 33,0 39,2	29,1 61,1 49,8 41,5 57,4	-0,5 -5,5 -4,3	-7,1 -17,3 -11,7 -7,7 -12,5
105 Großbritannien 106 Österreich 107 Niederlande 108 Japan 109 Frankreich	16,7 3.2	2,9 5,4 7,4	2,6 10,2	9,6 11,9 <i>8,3</i>	12,2	12,2 11.6 14,7	26,5 53,7	48,7 40,9 47,1	11,1 11,2	12,2 11,0 7.4	30,8	14,4 19,1 15,0	32,7 29,7 12,7 32.5	42,4 39,6 58,0 18.9 42,1	-2,7 -0.1 0,7	-4,4 -4,5 -7,7 -2.8
110 Finnland 111 Deutschland, Bundesrep. 112 Australien 113 Dänemark 114 Kanada	6,1 12,4 14,1 7,2	5.2 9,1 9,8 7,8	15.3 1,5 4,4 15,9	14.0 0,8 8.2 3,2	10,6 17.5 8,2 10,0	10,9 19,3 10,0 5,2	28.4 46,9 21,0 41,3	30,7 50,0 29.8	27,9 11,3 13,1 11,8	26.2 7,4 7,8 	11,6 10.4 39,2 13.8	13,0 13,4 34,4 28,4	24,8 24.2 19,5 32.9	31,5 31.5 25.9 45.6 26,0	1,3 0,7 -0.3 2.7	-2,2 -1,9 -0,3 -8,5 -6,0
115 Schweden 116 Norwegen 117 Vereinigte Staaten 118 Schweiz	12,5 9,7 32.2 15.1	7,3 8,5 23,1 10,4	14,8 9.9 3,2 4.2	10,1 8,6 2,1 3,1	3,6 12,3 8,6 10,0	2,1 10,6 10,8 12,8	44,3 39.9 35,3 39,5	50,4 35.7 36,1 50.2	10,6 20,2 10,6 18,4	10.5 21,3 9.0 12,4	14.3 8,0 10,1 12,8	19,6 15,3 18,9 11,0	28.0 35,0 19,4 13,3	44,9 39.7 25,0 19.3	-1,2 -1,5 -1,6 0,9	-9,7 0,8 -4,1 4,2
eteuropäische taatshandelsländer							* 1		* *			1.1	1.1	1.1		1.1
119 Ungarn 120 Albanien 121 Bulgarien 122 Tschechoslowakei 123 Deutsche Dem. Rep.	b 6	4, 4 4 4 6 4 8 6	\$1.50 \$1.50 \$1.50 \$1.50 \$1.50	197 H	808 808 408 408	# #2 7 10,36, 1 #	91141 8 9 9 1	7. 2 2 2 3 4 4 4	67 (J) = = = 585 (9 + +	80,64 0,764 0 0 4 = 4 =			0 b	• •	1 1 4 4 4 4 4 1	18 18 1 4 4 4 4 4 4
124 Polen 125 Rumänien 126 Sowjetunion	6,2	4,9	3,2	3,2	0,5	0,8	16,5	20,3		54,3	73,5	16,5				

a Vgl. Technische Erläuterungen. b Kursive Zahlen für 1981 und nicht für 1982

Tabelle 28: Einkommensverteilung

	Jahr	Unterste 20%-Gruppe	ale Anteile am H 2 20%-Gruppe	aushaltseinkomm 3. 20%-Gruppe	nen nach prozent 4 20%-Gruppe	tualen <u>Haushalt</u> sg H öchste 20%-Gruppe	gruppen ^a Höchste 10%-Grupp
Länder mit niedrigem Einkommen China und Indien Übrige Under Afrika südl. der Sahara							
1 Athiopien 2 Bangladesch	1976—77	6,2	10,9	15,0	21,0	46.9	32.0
3 Mali 4 Nepal	1976—77	4,6	8,0	11,7	16,5	59,2	46,5
5 Zaire		- 1			4.4	- 1	
6 Burkina 7 Birma							
8 Malawi 9 Uganda	1967—68	10,4	11,1	13,1	14,8	50,6	40,1
10 Burundi 11 Niger	,			1.1			
12 Tansania	1969	5,8	10,2	13,9	19,7	50,4	35,6
13 Somalia 14 Indien	1975—76	7,0	9.2	13,9	20,5	4934	33,6
15 Ruanda 16 Zentralafr, Rep.							
17 Togo 18 Benin							
19 China							
20 Guinea 21 Haiti					• • • • • • • • • • • • • • • • • • • •		
22 Ghana 23 Madagaskar							
24 Sierra Leone 25 Sri Lanka	1 967—69 1969—70	5,6 7,5	9,5 11,7	12,8 15,7	19,6 21,7	52,5 43,4	37,8 28,2
26 Kenia	1976	2.6	6.3	11.5	19,2	60,4	45,8
27 Pakistan 28 Sudan	1967—68	4,0	8,9	16,6	20.7	49.8	34,6
29 Afghanistan 30 Bhutan	1707 00						
31 Tschad							
32 Kambodscha 33 Laos						* *	
34 <i>Mosambik</i> 35 Vietnam							
Under mit mittlerem Einkommen Ölexporteure Ölimporteure Afrika südl. der Sahara Untere							78 T 77 E 20 E
Einkommenskategorie					-11	والمراجع والأنداد المراجع	
36 Senegal 37 Lesotho			X .				
38 Liberia 39 Ma uretanien				**		* *	1.1
40 Bolivien							- 11
41 Jemen, Dem. VR. 42 Jemen, Arab. Rep.							
43 Indonesien 44 Sambia	1976 1976	6,6 3,4	7,8 7,4	12,6 11,2	23,6 16.9	49,4 61.1	34,0 46.3
45 Honduras	1074	5,8	10.7	14.7		40.0	
46 Agypten. Arab. Rep. 47 El Salvador	1974 1976—77	5.5	10,7 10.0	14.7 14 .8	20,8 22,4	48.0 47,3	33,2 29,5
48 El fenbe ink üste 49 Simbabwe				, .			
50 Marokko 51 Papua-Neuguinea							1 -
52 Philippinen 53 Nigeria	1970—71	5,2	9,0	12,8	19,0	54,0	38,5
54 Kamerun 55 Thailand	1975—76	5,6	9,6	13,9	21,1	49,8	34,1
56 Nicaragua			(#C#)	* *			4.4
57 Costa Řica 58 Peru	1971 1972	3,3 1,9	8,7 5,1	13,3 11,0	19,9 21,0	54,8 61,0	39,5 42,9
59 Guatemala 60 Kongo, VR		* *	4.4				
61 Türkei	1973	3,5	8,0	12,5	19.5	56,5	40,7
62 Tunesien 63 Jamaika		* *	, .				
64 Dominikanische Rep.							

						nach prozentualen Haushaksgi 4. Höchste			
	Jahr	Unterste 20%-Gruppe	2. 20%-Gruppe	3. 20%-Gruppe	4. 20%-Gruppe	Höchste 20%-Gruppe	Höchste 10%-Grupp		
65 Paraguay		4.4				* *			
56 Ecuador			* *			* *			
67 Kolumbien 68 <i>Angola</i>									
69 Kuba									
70 Korea, <i>Dem</i> . Rep.									
71 Liban on 72 Mongolische VR			3.9	12.6		4.0	* *		
Obere Einkommenskategorie									
73 Jordanien							T.		
74 Syrien. Arab. Rep. 75 Malaysia	1973	3,5	7,7	12,4	20,3	56,1	39,8		
75 Malaysia 76 Chile	1968	4.4	9,0	13,8	21,4	51,4	34,8		
77 Brasilien	1972	2,0	5,0	9,4	17,0	66,6	50,6		
78 Korea, Rep.	1976 1970	5,7 4,4	11,2 9,7	15.4 14,1	22,4 21.5	45.3 50.3	27,5 35.2		
79 Argentinien 80 Panama	1970	2,0	5,2	11,O	20,0	61,8	44,2		
81 Portugal	1973-74	5,2	10,0 7,0	14,4 12,0	21,3	49,1	33.4		
82 Mexiko 83 Algerien	1977	2.9			20,4	57,7	40.6		
84 Siidafrika									
85 Uruguay	1070					20.7	22.9		
86 Jugoslawien 87 Venezuela	1978 1970	6.6 3.0	12,1 7.3	18,7 12,9	23.9 22,8	38,7 54,0	35,7		
88 Griechenland	1070 00	6,0	40.0	477	24.4	20.0			
89 Israel 90 Hongkong	1979—80 1980	5,4	12,0 10,8	17,7 15,2	24.4 21,6	3 9,9 47.0	22,6 31,3		
91 Singapur	1700				21,0				
92 Trinidad und Tobago	1975—76	4,2	9,1	13,9	22,8	50.0	31,8		
93 Iran, <i>Islamische</i> Rep. 94 <i>Irak</i>		4.4							
Ölexporteure mit hohem Einkommen									
95 Oman									
96 Libyen 97 Saudi-Arabien		18.1	- 10 m		2.2	6.4			
98 Kuwait				* *	* * *	* *			
99 Vereinigte Arab. Emirate		25 15 26 13	and the second	V V	* *	V E			
Marktwirtschaftliche Industrieländer									
00 Spanien	1980—81	6,9 7,2	12,5	17,3	23,2	40,0	24,5		
01 Irland 02 Italien	1973 1977	6,2	13,1 11,3	16,6 15,9	23,7 22,7	39.4 43 .9	25.1 28 ,1		
03 Neuseeland	1981-82	5,1	10,8	16,2	23,2	44,7	28,7		
04 Belgien	1978—79	7,9	13,7	18,6	23,8	36.0	21,5		
05 Großbritannien 06 Österreich	1979	7,0	11,5	17,0	24.8	39,7	23,4		
07 Niederlande	1981	8,3 8,7	14.1	18,2	23,2	36,2	21,5		
08 Japan 09 Frankreich	1979 1975	8,7 5,3	13,2 11.1	17.5 16.0	23 ,1 21.8	37,5 45.8	22,4 30.5		
10 Finnland	1973	6,3	12,1	18,4	25,5	37.6	21,7		
11 Deutschland, Bundesrep	1978	7,9	12,5	17,0	23.1	39,5	24,0		
12 Australien	1975—76	5.4	10.0	15.0	22.5	47.1	30.5		
13 Dänemark 14 Kanada	1981 1981	5,4 5,3	12,0 11,8	18,4 18,0	25,6 24,9	38,6 40.0	22,3 23,8		
	1981	7,4	13.1	16,8	21,0	41,7	28,1		
15 Schweden			12,9	18.3	24.6	38.2	22.8		
16 Norwegen	1982	6.0	1-1/			39.9	00.0		
16 Norwegen 17 Vereinigte Staaten	1982 1980 1978	5.3 6.6	11,9 13,5	17,9 18,5	25,0 23,4	38,0	23,3 23,7		
16 Norwegen 17 Vereinigte Staaten 18 Schweiz Osteuropäische	1980	5.3	11,9	17,9 18,5	23,4		23,7		
15 Schweden 16 Norwegen 17 Vereinigte Staaten 18 Schweiz Osteuropäische Staatshandelsländer	1980	5.3	11,9	17,9 18,5	23,4		23,7		
16 Norwegen 17 Vereinigte Staaten 18 Schweiz Osteuropäische Staatshandelsländer 19 Ungarn 20 Albanien	1980 1978	5.3 6.6	13,6	19,2	24,5	35,8	23,7		
16 Norwegen 17 Vereinigte Staaten 18 Schweiz Osteuropäische Staatshandelsländer 19 Ungam 20 Albanien 21 Bulgarien 22 Tschechoslowakei	1980 1978	5.3 6.6	11,9 13,5	19,2	23,4	35,8	23,7		
16 Norwegen 17 Vereinigte Staaten 18 Schweiz Osteuropäische Staatshandelsländer 19 Ungam 20 Albanien 21 Bulgarien 22 Tschechoslowakei 23 Deutsche Dem. Rep.	1980 1978	6,9 	11,9 13,5	19,2	23,4	35,8	23,7		
16 Norwegen 17 Vereinigte Staaten 18 Schweiz Dsteuropäische Staatshandelsländer 19 Ungarn 20 Albanien 21 Bulgarien 22 Tschechoslowakei	1980 1978	6,9 	11,9 13,5	19,2	24,5	35,8 	20,5		

^a Diese Schätzwerte sollten mit Vorsicht behandelt werden. Vgl. Technische Erläuterungen

Technische Erlauterungen

In der vorliegenden achten Ausgabe der Kennzahlen der Weltentwicklung werden wirtschaftliche und soziale Indikatoren fur mehrjährige Zeitabschnitte bzw. ausgewählte Jahre auf eine Weise prasentiert, die sich für den Vergleich einzelner Volkswirtschaften und Landergruppen eignet. Die Statistiken und Maße wurden sorgfaltig ausgewahlt, um ein umfassendes Bild der wirtschaftlichen Entwicklung zu vermitteln. Trotz beträchtlicher Bemuhungen um Standardisierung der Daten bestehen erhebliche Unterschiede im Hinblick auf statistische Verfahren, Reichweite, Praktiken und Definitionen. Hinzu kommt, daß die Statistik in vielen Entwicklungslandern immer noch unzulänglich ist, was die Verfugbarkeit und Verläßlichkeit der Daten beeintrachtigt. Den Lesern wird deshalb dringend empfohlen, diese Einschränkungen bei der Auswertung der Kennzahlen, vor allem soweit Vergleiche zwischen den Volkswirtschaften vorgenommen werden sollen, in Rechnung zu stellen.

Alle Zuwachsraten sind in realen Größen ausgewiesen und, soweit nichts Gegenteiliges angemerkt wird, mit Hilfe der Methode der kleinsten Quadrate berechnet. Bei diesem Verfahren erhalt man die Zuwachsrate r durch Anpassung eines linearen Trends an die Logarithmen der Jahreswerte der Variablen innerhalb des Untersuchungszeitraums. Genauer gesagt hat die Regressionsgleichung die Form $\log X_t = a + bt + e_t$; dies ist das Äquivalent der logarithmischen Umformung der exponentiellen Wachstumsgleichung $X_t = X_o (1 + r)^t$. In diesen Gleichungen bezeichnet X, die Variable, t die Zeit, und $a = \log X_o$ sowie $b = \log (1 + r)$ sind die zu schatzenden Parameter; et ist die Fehlergröße. Wenn b* der nach der Methode der kleinsten Quadrate geschatzte Wert von b ist, dam ergibt sich die durchschnittliche jahrliche Wachstumsrate r als [antilog (b^*)]-1.

Tabelle 1: Grundlegende Kennzahlen

Die Schatzwerte fur die *Bevölkerungszahlen* Mitte 1983 beruhen uberwiegend auf Daten der Abteilung

fur Bevolkerungsfragen der VN. In vielen Fällen berucksichtigen diese Daten die Ergebnisse der letzten Volkszahlungen. Fluchtlinge, die sich in dern asylgewahrenden Land nicht auf Dauer niedergelassen haben, werden im allgemeinen als Teil der Bevolkerung des Herkunftslandes betrachtet. Die Angaben zur Fläche wurden dern Datenband fur das Jahrbuch der Produktion 1983 der FAO entnommen.

Das Bruttosozialprodukt (BSP) mißt die gesamte in- und auslandische Erzeugung, die den Bewohnern eines Landes zur Verfugung steht. Es schließt das Bruttoinlandsprodukt (vgl. Erlauterungen zu Tabelle 2) zuzüglich des Netto-Faktoreinkommens aus dern Ausland ein. Letzteres besteht aus dern Einkommen, das Inlander aus dern Ausland fur Faktorleistungen zufließt (Arbeit, Investitionen und Zinsen) abzuglich ähnlicher Zahlungen an Ausländer, die zum Inlandsprodukt beigetragen haben. Bei der Berechnung werden Abschreibungen auf den Kapitalbestand nicht abgezogen.

Die Angaben zum BSP pro Kopf wurden nach dern unlangst revidierten Weltbank Atlas-Verfahren berechnet. Die Bank raumt ein, daß eine volle internationale Vergleichbarkeit der Schatzungen fur das BSP pro Kopf nicht erreichbar ist. Neben dern klassischen, schwer zu lösenden, "Indexzahlen-Problem" stehen einer angemessenen Vergleichbarkeit zwei Probleme im Weg. Eines betrifft die BSP-Zahlen selbst. Es gibt zwischen den einzelnen Ländern Unterschiede bei den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und im Umfang und der Verläßlichkeit der zugrundeliegenden statistischen Informationen. Das andere ergibt sich aus der Umrechnung der in verschiedenen nationalen Währungen ausgedruckten BSP-Daten mittels eines gemeinsamen numeraire, iiblicherweise der US-Dollar. Das Umrechnungsverfahren der Bank von BSP-Daten in US-Dollarwerte basiert im wesentlichen auf der Anwendung von Dreijahresdurchschnitten des amtlichen Wechselkurses. In einigen Ländern spiegelt jedoch der vorherrschende amtliche Wechselkurs den bei tatsachlichen Fremdwährungstransaktionen effektiv angewandten Kurs nicht voll wider; in diesen Fallen wird ein alternativer Umrechnungsfaktor benutzt.

Aus der Einsicht, daß diese Unzulanglichkeiten die Vergleichbarkeit der Schatzwerte des BSP pro Kopf beeintrachtigen, hat die Weltbank verschiedene Verbesserungen des Schatzverfahrens vorgenommen. Im Zuge der regelmafligen Überprüfung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ihrer Mitgliedslander berechnet die Weltbank systematisch BSP-Schatzwerte, wobei sie sich besonders auf die zugrundeliegende Abgrenzung und Konzeption konzentriert und erforderlichenfalls Anpassungen vornimmt, um die Vergleichbarkeit zu verbessern. Die Bank überprüft auch systematisch die Angemessenheit der Wechselkurse als Umrechnungsfaktoren. Fur eine sehr kleine Zahl von Ländern wird ein alternativer Umrechnungsfaktor dann angewendet, wenn der amtliche Wechselkurs zu stark von dem Kurs abweicht, der den Auslandstransaktionen tatsachlich zugrundeliegt.

Um eine bessere Vergleichbarkeit zu erreichen, hat das Internationale Vergleichs-Projekt der VN (IVP)Meßziffern fur das BIP entwickelt, denen statt Wechselkursen Kaufkraftparitaten zugrundeliegen. Bisher wird von dem Projekt nur eine begrenzte Zahl von Ländern erfaßt, und einige damit verbundene methodische Probleme sind ungelost. Dennoch wird die Bank die zusammengefaften Ergebnisse der vierten Phase des IVP, die sich auf einem BIP-Vergleich fur das Jahr 1980 beziehen, publizieren, sobald diese Daten verfügbar sind. Die Leser werden venviesen auf die Schrift von Irving Kravis, Alan Heston und Robert Summers World Product and Income: International Comparisons of Real Gross Product (Baltimore, Md.: Johns Hopkins University Press, 1982), die uber die Phase drei des Projektes berichtete.

Die Schatzungen des BSP sowie des BSP pro Kopf fur 1983 beruhen auf den Daten der Jahre 1981 bis 1983. Bei diesem Verfahren besteht der erste Schritt in der Ermittlung des Umrechnungsfaktors. Dabei werden das einfache arithmetische Mittel des tatsachlichen Wechselkurses im Jahr 1983 und die deflationierten Wechselkurse der Jahre 1981 und 1982 herangezogen. Um letztere zu erhalten, wird der tatsachliche Wechselkurs fur 1981 mit der Relation der Inflationsraten des betreffenden Landes und der Vereinigten Staaten zwischen 1981 und 1983 multipliziert; der tatsachliche Wechselkurs fur 1982 wird mit der Relation der Inflationsraten des Landes und der Vereinigten Staaten zwischen 1982

und 1983 multipliziert.

Mit Hilfe des Durchschnitts der tatsachlichen und deflationierten Wechselkurse sollen die Auswirkungen der Preis- und Wechselkursfluktuationen geglattet werden. Der zweite Schritt besteht in der Umrechnung des BSP zu Marktpreisen und in nationaler Wahrung des Jahres 1983 unter Anwendung des oben abgeleiteten Umrechnungsfaktors. Das so ermittelte BSP in US-Dollar von 1983 wird durch die Bevolkerungszahl von Mitte des Jahres dividiert, um das BSP pro Kopf des Jahres 1983 in laufenden US-Dollar zu erhalten. Die vorläufigen Schatzungen fur das BSP pro Kopf im Jahr 1983 werden in dieser Tabelle wiedergegeben.

Die folgende Formel beschreibt das Verfahren zur Berechnung des Umrechnungsfaktors fur das Jahr t:

$$(e_{t-2,t}^{\star}) = \frac{1}{3} \left[e_{t-2} \left(\frac{P_t}{P_{t-2}} \middle| \frac{P_t^{\$}}{P_{t-2}^{\$}} \right) + e_{t-1} \left(\frac{P_t}{P_{t-1}} \middle| \frac{P_t^{\$}}{P_{t-1}^{\$}} \right) + e_t \right]$$

sowie fiir die Berechnung des BSP pro Kopf in US-Dollar fur das Jahr *t*:

$$(Y_t^s) = Y_t / N_t \div e_{t-2,t}^*$$

dabei ist:

 Y_t = laufendes BSP (in heimischer Wahrung) im Jahr t

 $P_t = BSP-Deflator fiir das Jahr t$

e_t = jahresdurchschnittlicher Wechselkurs (heimische Währung/US-Dollar) im Jahr t

 N_t = Bevolkerung Mitte des Jahres t

 P_t^s = BSP-Deflator der Vereinigten Staaten im Jahr t

Wegen der mit der Verfügbarkeit von Daten und mit der Bestimmung der Wechselkurse verbundenen Probleme werden fur die meisten planwirtschaftlichen Lander Osteuropas keine Angaben uber das BSP pro Kopf gemacht.

Die durchschnittliche jährliche Inflationsrate ist identisch mit der Zuwachsrate des impliziten Deflators des Bruttoinlandsprodukts (BIP), die nach der Methode der kleinsten Quadrate fur die jeweils ausgewiesenen Zeitabschnitte ermittelt wurde. Bei der Berechnung des BIP-Deflators wird zunachst der Wert des BIP zu jeweiligen Marktpreisen fur jedes Jahr der einzelnen Zeitabschnitte durch den Wert des BIP zu konstanten Marktpreisen dividiert, wobei die Bewertung jeweils in nationaler Wahrung erfolgt. Hieran anschlieflend wird die Zuwachsrate des BIP-Deflators fur die einzelnen Zeitraume unter Verwendung der Methode der kleinsten Quadrate errechnet. Die Aussagefahigkeit dieser Kennzahl,

wie jeder anderen Maßgröße der Inflation, ist begrenzt. Sie wird hier jedoch in einigen Fällen als Indikator für den Preisauftrieb verwendet, da sie — indem sie die jahrlichen Preisänderungen für alle Guter und Dienstleistungen erfaßt, die in einer Volkswirtschaft produziert werden — der am breitesten fundierte Deflator ist.

Die Lebenserwartung bei der Geburt gibt die Anzahl der Jahre an, die ein neugeborenes Kind leben wurde, wenn die Sterblichkeitsrisiken, die zum Zeitpunkt seiner Geburt bei der Gesamtbevölkerung vorherrschen, wahrend seines Lebens gleich bleiben wurden. Die Angaben stammen aus der Abteilung für Bevolkerungsfragen der VN, erganzt um Daten der Weltbank.

Die zusammenfassenden Kennzahlen fur das BSP pro Kopf und die Lebenserwartungwerden in dieser Tabelle rnit der Bevolkerung gewichtet. Die Kennzahlen fur die jahresdurchschnittlichen Inflationsraten werden rnit dern BIP-Anteil des Landes im gesamten Zeitraum in der speziellen Einkommensgruppe gewogen. Dieses Verfahren unterscheidet sich von den in früheren Ausgaben vorgenommenen Berechnungen der Durchschnittskennzahlen; zuvor sind Medianwerte berechnet worden.

Die folgende Tabelle enthalt grundlegende Kennzahlen fur 35 Länder mit einer Bevolkerungszahl von weniger als einer Million, die Mitglieder der Vereinten Nationen und/oder der Weltbank sind.

Tabellen 2 und 3: Wachstum und Struktur der Produktion

Die verwendeten Definitionen sind uberwiegend identisch mit den Definitionen in der *Systematik für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen* der VN.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) mißt die gesamte Enderzeugung von Gütern und Dienstleistungen, die von der Wirtschaft eines Landes erstellt wird; d.h., alle Leistungen innerhalb der Landesgrenzen sowohl von Gebietsansassigen als auch von Ausländern werden erfaßt, ohne Rucksicht darauf. ob das Verfügungsrecht über diese Leistungen Inländern oder Auslandern zusteht. Bei der Berechnung des BIP werden keine Abzüge fur Abschreibungen vorgenommen. Fur die meisten Länder wird der Beitrag der Industrie zum BIP zu Faktorkosten bewertet; fur einige Länder ohne vollstandige Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zu Faktorkosten wurden hingegen Zeitreihen zu Marktpreisen verwendet. Das BIP zu Faktorkosten entspricht dern BIP zu Marktpreisen, abzuglich indirekter Steuern und ohne Subventionen. Die BIP-Angaben sind Dollar-Werte, die rnit Hilfe amtlicher Wechselkurse eines einzelnen Jahres aus heimischer Währung umgerechnet wurden. Fur einige Lander, bei denen der amtliche Wechselkurs die bei den Fremdwahrungstransaktionen tatsachlich angewandten Kurse nicht voll widerspiegelt, wird ein alternativer Umrechnungsfaktorbenutzt. Es sei angemerkt, daß bei diesem Verfahren nicht die Dreijahres-Durchschnittsberechnungangewandt wird, wie sie bei der Ermittlung des BSP pro Kopf in Tabelle 1 benutzt wurde.

Der landwirtschaftliche Sektor umfaßt Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischfang. In Entwicklungslandern rnit ausgepragter Subsistenzwirtschaft im Agrarsektor wird ein Grofiteil der landwirtschaftlichen Erzeugung weder getauscht noch gegen Geld gehandelt. Dies erhoht die Schwierigkeit, den Beitrag der Landwirtschaft zum BIP zu messen. Zum Industriesektor gehoren Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Bauwirtschaft, Strom-, Wasser- und Gasversorgung. Alle ubrigen Wirtschaftszweige werden dern Dienstleistungssektor zugeordnet.

Die in diesen Tabellen ausgewiesenen Kennzahlen wurden unter Zuhilfenahme von Zeitreihen in nationaler Wahrung aus den nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelt. Die Zuwachsraten in Tabelle 2 wurden auf der Basis von Angaben zu konstanten Preisen berechnet, während den sektoralen Anteilen am BIP in Tabelle 3 Angaben zu jeweiligen Preisen zugrunde liegen.

Fur jede Kennzahl werden konstante US-Dollarwerte zuerst fur die angegebenen Zeitraume berechnet. Fur jedes Jahr innerhalb des Zeitraums werden dann die Werte aggregiert. Sodann wird eine Trendschatzung nach der Methode der kleinsten Quadrate vorgenommen, um die zusammenfassenden Kennzahlen zu errechnen. Man beachte, daß dieses Verfahren von dern früherer Ausgaben abweicht, in denen die Gewichte einzelner Jahre verwendet wurden. Die durchschnittlichen sektoralen Anteile in Tabelle 3 wurden mit dern BIP der jeweiligen Jahre gewichtet.

Tabellen 4 und 5: Zunahme von Verbrauch und Investition; Struktur der Nachfrage

Das BIP wird in den Erlauterungen zu Tabelle 2 definiert.

Der öffentliche Verbrauch (oder allgemeine Staatsverbrauch) erfaßt alle laufenden Ausgaben

auf **allen** offentlichen Verwaltungsebenen fur den **Erwerb** von Giitern **und** Dienstleistungen. Auch Investitionsausgaben fur nationale Verteidigung und Sicherheit werden als Verbrauchsausgabe behandelt.

Der *private Verbrauch* setzt sich zusammen aus dem Marktwert aller Guter und Dienstleistungen,

die von privaten Haushalten und gemeinnutzigen Institutionen gekauft oder als Einkommensersatz bezogen werden. Er schließt die kalkulatorische Eigenmietefur Wohnraum ein, der vom Eigentumer genutzt wird.

Die Bruttoinlandsinvestition umfaßt alle Ausgaben für die Aufstockung des Anlagevermogens in

Grundlegende Kennzahlen für Mitgliedslander der VN/Weltbank mit einer Bevolkerung von unter einer Million

			BSP pi	ro Kopf ^a			
VN/Weltbank-Mitglieder	Bevöl- kerung (in Tsd) Mitte 1983	Fläche (in Tsd. Quadrat- kilometer)	In \$ von 1983	Durch- schnittliches jährliches Wachs- tum in % 1965—83 ^b	Durchschni Inflation 1965—73	ttliche jahrliche 15rate in % 1973—83°	Lebens- erwartung bei der Geburt (in Jahren) 1983
Guinea-Bissau	863	36	180			6,9	38
Gambia	697	11	290	1,4	3,0	10,4	36
São Tomé und Principe	103	1	310	-1,3		8,8	65
Cap Verde	315	4	320			11,9	64
Guyana	802	215	520	0,5	4,3	7,7	69
Salomonen	254	28	640		4,8	10,4	57
Grenada	92	(.)	840	0,9			69
St. Vincent und die Grenadinen	102	(.)	860	1,8	6,1	11,6	69
Swasiland	705	17	870	2,6	4,3	14,1	55
Botsuana	998	600	920	8,5	4,4	9,8	61
St. Christopher und Nevis	46	(.)	950	2,4	6,4	10,0	63
Dominica	81	1	980	-0,4	6,1	15,1	
St. Lucia	125	1	1.060	3,1	5,5	10,5	69
Belize	153	23	1.140	3,6		8,1	66
Mauritius	993	2	1.160	2,8	5,6	13,1	67
Antigua und Barbuda	78	(1,)	1.710	-0,4	6,6	9,1	
Fiji	670	18	1.790	3,4	5,6	9,2	68
Seschellen	65	(.)	2.400	3,4			
Surinam	374	163	3.420	4,5		10,1	65
Malta	360	(.)	3.490	8,7	2,4	5,8	73
Zypern	655	9	3.680	5,5	1,6	10,8	75
Gabun	695	268	3.950	3,2	5,8	18,5	50
Barbados	253	(.)	4.050	3,8	6,5	12,9	72
Bahamas	222	14	4.060	-1,8			69
Island	237	103	10,260	2,6	15,1	45,2	77
Bahrain	391	1	10.510				69
Luxemburg	365	3	14.650	3,9	5,0	6,6	73
Brunei	209	6	21.140				
Katar	281	11	21.210	-7,0			72
Komoren	368	2		-0,6			48
Dschibuti	399	22		-3,6			50
Aquatorial-Guinea	359	28			3,6		44
Malediven	168	(.)					47
Vanuatu	127	15					55
Westsamoa	161	3					65

 $\label{lem:anner kung} \textit{Anmerkung: } \textit{F\"{u}r} \; \textit{kursiv} \; \textit{gedruckte} \; \textit{L\"{a}nder} \; \textit{kann} \; \textit{kein} \; \textit{BSP} \; \textit{pro} \; \textit{Kopf} \; \textit{errechnet} \; \textit{werden.}$

a. Vgl. Technische Erläuterungen, b. Da fiir den gesamten Zeitraum Daten nicht immer verfügbar sind, beziehen sich die kursiven Zahlen auf andere als die angegebenen Zeitabschnitte. c. Kursive Zahlen fiir 1973 bis 1982 und nicht fiir 1973 bis 1983.

der Volkswirtschaft, zuzuglich des Nettowertes von Lagerbestandsveranderungen.

Die *Bruttoinlandserspamis* wird errechnet durch Subtraktion des gesamten Verbrauchs vom Bruttoinlandsprodukt.

Die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen (ohne Faktoreinkommen) erfaßt den Wert aller Waren- und Dienstleistungsexporte in die ubrige Welt; hierzu gehoren Waren, Fracht, Versicherung, Reisen und sonstige Dienstleistungen. Der Wert von Faktoreinkommen wie Investitionsertrage, Zinsen und Arbeitseinkommen ist in dieser Summe nicht enthalten.

Der *Ressourcensaldo* ist die Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen ohne Faktoreinkommen.

Zur Berechnung der Kennzahlen in diesen Tabellen wurden Zeitreihen aus den nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendet. Die Wachstumsraten in Tabelle 4 basieren auf Angaben in konstanten Preisen, die BIP-Anteile in Tabelle 5 auf Angaben in jeweiligen Preisen.

Die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten fur die zusammenfassenden Kennzahlen in Tabelle 4 sind mit dem BIP gewogen. Das neue Wagungsschema von Tabelle 2 wurde hier ebenfalls angewandt. Die durchschnittlichen Ausgabenanteile in Tabelle 5 wurden fur die betreffenden Jahre mit dem BIP gewichtet.

Tabelle 6: Landwirtschaft und Nahrungsmittel

Die Ausgangsdaten zur Wertschopfung in der Landwirtschaft stammen aus Zeitreihen der Weltbank uber nationale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen in nationalen Wahrungen. Dabei wird die Wertschopfung von 1980 in jeweiligen Preisen und nationaler Wahrung unter Anwendung des in den technischen Erlauterungen fur Tabelle 2 und 3 beschriebenen Umrechnungsverfahren in US-Dollar umgerechnet. Zur Berechnung der Werte von 1970 und 1983 in US-Dollar von 1980 werden die Zuwachsraten der Werte zu konstanten nationalen Preisen auf die Wertschopfung von 1980 in US-Dollar bezogen.

Die Getreideeinfuhr und Nahrungsmittelhilfe in Form von Getreide sind in Getreideeinheiten ausgedriickt und so definiert, daß sie alle Getreidesorten in den Gruppen 041—046 des Internationalen Warenverzeichnisses fur den Außenhandel (SITC — Standard International Trade Classification, Revision 1) umfassen. Die Angaben sind nicht ohne

weiteres vergleichbar, da die Getreideimporte auf Kalenderjahren und auf **Angaben** der **Empfänger**lander beruhen, wahrend sich die Nahrungsmittelhilfe in Getreide auf Erntejahre und Informationen der Geberlander stutzt.

Der Düngemittelverbrauch ist auf die vorhandenen Anbauflachen bezogen, die definitionsgemäß ackerfahiges Land und Dauerkulturen umfassen. Hierzu zahlen Flachen mit wechselnden Kulturen (Böden mit Mehrfachernten werden nur einmal gezählt) sowie zeitweilig angelegte Wiesen zum Mähen oder Weiden, der Gartenanbau fur den Markt oder Eigenbedarf und voriibergehend brachliegendes oder ungenutztes Land sowie Dauerkulturen.

Die Nahrungsmittel- und Dungemittelangaben stammen von der Organisation fur Ernahrung und Landwirtschaft (FAO). In einigen Fällen beziehen sich die Angaben auf das Jahr 1974, da keine fruheren Daten vorliegen.

Der Index der Nahrungsmittelproduktion pro Kopf mißt die durchschnittliche jahrliche Nahrungsmittelmenge pro Kopf, die in den Jahren 1981 bis 1983 erzeugt wurde, bezogen auf die durchschnittliche Jahresproduktion im Zeitraum 1974 bis 1976. Die Schatzwerte wurden aus Angaben der FAO abgeleitet, die durch Division der Indizes der mengenmäßigen Nahrungsmittelerzeugung durch Bevölkerungsindizes errnittelt sind. Der Begriff Nahrungsmittel umfaßt Getreide, starkehaltige Wurzeln und Knollen, Zuckerrohr und -rüben, Hulsenfruchte, Pflanzen zur Erzeugung von Speiseol, Nusse, Früchte, Gemiise, Viehbestand und Tierprodukte. Unberucksichtigt bleiben Viehfutter, Saatgut fur die Verwendung in der Landwirtschaft sowie Verluste bei Verarbeitung und Vertrieb.

Tabelle 7: Industrie

Die prozentuale *Verteilung der Wertschopfung* zwischen den Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes wurde auf der Grundlage von Daten der Organisation für Industrielle Entwicklung der Vereinten Nationen (UNIDO) berechnet; die Ausgangswerte sind in Dollar von 1975 ausgedrückt.

Die Untergliederung des Verarbeitenden Gewerbes stimmt mit dem Internationalen Verzeichnis der Wirtschaftszweige der Vereinten Nationen für alle wirtschaftlichen Aktivitäten (ISIC — International Standard Industrial Classification) überein. Nahrungsmittel und Landwirtschaft umfassen die Hauptgruppen 311, 313 und 314 der ISIC; Textilien und

Bekleidung die Hauptgruppen 321 bis 324, Maschinen, Elektronik und Fahrzeuge die Hauptgruppen 382 bis 384 und chemische Erzeugnisse die ISIC-Hauptgruppen 351 und 352. Das übrige Verarbeitende Gewerbe umfaßt im allgemeinen die ISIC-Hauptabteilung 3, abziiglich der vorstehend genannten Gruppen; im Falle einiger Volkswirtschaften, fur die keine vollständigen Daten vorliegen, sind jedoch auch andere Gutergruppen einbezogen.

Die Ausgangsdaten fur die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe stammen aus den Zeitreihen uber Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Weltbank in nationalen Währungen. Dabei wird die Wertschopfung von 1975 in jeweiligen Preisen und nationaler Wahrung unter Anwendung des in den technischen Erläuterungen für Tabelle 2 und 3 beschriebenen Verfahrens in US-Dollar umgerechnet. Zur Berechnung der Werte fur 1970 und 1981 in US-Dollar von 1975 werden die Zuwachsraten der Werte zu konstanten nationalen Preisen auf die Wertschopfung von 1975 in US-Dollar bezogen.

Tabelle 8: Kommerzielle Energie

Die Angaben zur Energie stammen uberwiegend aus Ouellen der Vereinten Nationen. Sie umfassen die handelsublichen primaren Energieformen Erdol, Erdgas und verflüssigtes Erdgas, feste Brennstoffe (Stein- und Braunkohle u.a.) sowie Primarstrom (mit Wasser- und Kernkraft sowie geothermisch erzeugte Elektrizitat), jeweils umgerechnet in Erdoleinheiten. Die Angaben zum Verbrauch flussiger Brennstoffe schließen Erdölerzeugnisse ein, die nicht als Energietrager verbraucht wurden. Bei der Umrechnung von Primarstrom in Erdoleinheiten wurde ein fiktiver thermischer Wirkungsgrad von 34 Prozent unterstellt. Die Verwendung von Brennholz und anderen herkömmlichen Brennstoffen wurde, obwohl sie in einigen Entwicklungslandern von erheblicher Bedeutung ist, nicht beriicksichtigt, da hierüber keine verläßlichen und umfassenden Angaben vorliegen.

Die zusammenfassenden Kennzahlen der Energieproduktion und des -verbrauchs sind durch Aggregation der jeweiligen Mengen fur jedes Jahr im
betreffenden Zeitraum und durch Anwendung einer
Trendschatzung nach der Methode der kleinsten
Quadrate ermittelt worden. Fiir den Energieverbrauch pro Kopf wurden Bevolkerungsgewichte
benutzt, um Kennzahlen fur spezifische Jahre zu
errechnen.

Die Energieeinfuhr bezieht sich auf den Dollar-Wert der Energieimporte gemäß Abschnitt 3 der revidierten SITC, ausgedriickt als Prozentsatz der Warenausfuhrerlose. Die zusammenfassenden Kennzahlen sind mit der Warenausfuhr in laufenden Dollar gewogen.

Die verfugbaren Daten zur Energieeinfuhr ermoglichen keine Unterscheidung zwischen Rohöleinfuhren fur den Brennstoffverbrauch und für den Einsatz in der Petrochemie. Dementsprechend konnten diese Prozentzahlen die Abhangigkeit von der Energieeinfuhr uberbewerten.

Tabelle 9: Wachstum des Warenhandels

Die statistischen Angaben zum Warenhandel in den Tabellen 9 bis 13 stammen aus VN-Veröffentlichungen und der Handelsdatensammlung der VN. Sie werden erganzt um statistische Daten der Konferenz fiir Handel und Entwicklung der VN (UNC-TAD), des Internationalen Wahrungsfonds (IWF) sowie in einigen wenigen Fallen um Daten aus der Landerdokumentation der Weltbank. Die Wertangaben in diesen Tabellen sind in jeweiligen US-Dollar, umgerechnet zu amtlichen Wechselkursen.

Die Warenausfuhr und -einfuhr umfaßt mit wenigen Ausnahmen alle Transaktionen, die einen internationalen Wechsel des Eigentums an Waren nach sich ziehen und die Zollgrenzen uberschreiten. Die Exporte werden, soweit die vorgenannten Quellen nichts anderes besagen, auf fob-(free on board-) Basis und die Importe auf cif-(cost, insurance and freight-)Basis bewertet und in Dollar ausgedriickt. Man beachte, daß grenziiberschreitende Dienstleistungen in diesen Werten nicht enthalten sind.

Die Zuwachsraten der Warenausfuhr und -einfuhr werden in realen Größen angegeben und basieren auf Mengen-(Volumen-)Indizes der Ausfuhr und der Einfuhr. Diese Indizes sind Verhaltniszahlen aus dem wertmäßigen Ausfuhr- oder Einfuhrindex und dem entsprechenden Index der Durchschnittswerte.

Fur die meisten Entwicklungslander wurden diese Indizes dem *Statistischen* Handbuch für *Außenhan*del und *Entwicklung* der UNCTAD sowie ergänzenden Angaben entnommen. Für die Industrielander kommen diese Indizes aus dem Statistischen *Jahr*buch des *Außenhandels* und dem Statistischen *Monatsheft* der VN. Die zusammenfassenden Kennzahlen sind ermittelt durch Aggregation der Einzelwerte auf Grundlage konstanter Dollarpreise von

1980 fur jedes Jahr und durch die Anwendung einer Trendschatzung nach der Methode der kleinsten Quadrate fur die angegebenen Zeitraume. Auch hier ist wieder zu beachten, daß grenzüberschreitende Dienstleistungen in diesen Werten nicht enthalten sind.

Die Terms of Trade oder Nettoaustauschverhältnisse im Außenhandel messen die relative Hohe der Ausfuhrpreise gegenuber den Einfuhrpreisen. Diese Kennzahl wird als Verhaltnis der Durchschnittswerte der Ausfuhr eines Landes zu den Durchschnittswerten seiner Einfuhr berechnet und bringt damit Veränderungen des Exportpreisniveaus als Prozentsatz der Importpreise gegenuber einem Basisjahr zum Ausdruck. Die Terms of Trade-Indexwerte werden auf der Basis 1980 = 100 für die Jahre 1981 und 1983 ausgewiesen. Die Indizes der Durchschnittswerte stammen aus den gleichen Quellen, die bereits für die Zuwachsraten der Ausfuhr und Einfuhr zitiert wurden.

Tabelle 10 und 11: Struktur des Warenhandels

Die Anteile in diesen Tabellen wurden aus den in laufenden Dollar ausgedriickten Handelswerten abgeleitet, die auf VN-Magnetbandern mit Handelsdaten gespeichert und im Jahrbuch für Außenhandelsstatistik der VN enthalten sind; ergänzend wurden auch andere regelmäßige statistische Veröffentlichungen der VN und des IWF herangezogen.

Der **Begriff** der *Warenausfuhrund -einfuhr* wird in den Erlauterungen zu Tabelle 9 definiert.

Die Untergliederung der Ausfuhren und Einfuhren entspricht dem Revidierten Internationalen Warenverzeichnis fur den Außenhandel (SITC).

In Tabelle 10 bezieht sich die Gruppe *Brennstoffe*, Mineralien und Metalle auf die Güter in Abschnitt 3, Teile 27 und 28 der SITC (mineralische Brennstoffe, Mineralien, Rohdunger und eisenhaltige Erze), sowie auf Teil 68 (NE-Metalle). Die Gruppe Sonstige Rohstoffe umfaßt die Abschnitte 0, 1, 2 und 4 der SITC (Nahrungsmittel und lebende Tiere, Getranke und Tabak, unverzehrbare Rohmaterialien, Öle, Fette und Wachse), abzuglich der SITC-Teile 27 und 28. Textilien und Bekleidung bezieht sich auf die SITC-Teile 65 und 84 (Textilien, Garne, Gewebe und Bekleidung). Maschinen, Elektrotechnik und Fahrzeuge schliefit die in Abschnitt 7 der SITC aufgefuhrten Guter ein. Das übrige Verarbeitende Gewerbe, als Restposten ermittelt aus dem Gesamtwert der Exporte des Verarbeitenden Gewerbes,

bezieht sich auf die Abschnitte 5 bis 9, ohne Abschnitt 7 sowie die Teile 65, 68 und 84 der SITC.

In Tabelle 11 umfaßt die Gruppe Nahrungsmittel die SITC-Abschnitte 0, 1 und 4 sowie Teil 22 (Nahrungsmittel und lebende Tiere, Getranke und Tabak, Öle und Fette, Ölsaaten und Nusse). Die Gruppe Brennstoffe bezieht sich auf die Guter in Abschnitt 3 der SITC (mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Produkte). Sonstige Rohstoffe umfassen SITC-Abschnitt 2 (Rohmaterialien ohne Brennstoffe), abzuglich Teil 22 (Ölsaaten und Nusse), zuzuglich Teil 68 der SITC (NE-Metalle). Maschinen, Elektrotechnik und Fahrzeuge entsprechen den in Abschnitt 7 der SITC aufgeführten Gütern. Das übrige Verarbeitende Gewerbe, als Restposten des Gesamtwerts der Importe des Verarbeitenden Gewerbes ermittelt, bezieht sich auf die SITC-Abschnitte 5 bis 9 ohne Abschnitt 7 und Teil 68

Die zusammenfassenden Kennzahlen in Tabelle 10 sind mit der Warenausfuhr und die in Tabelle 11 und der Wareneinfuhr jeweils in laufenden Dollar gewogen. (Vgl. Anmerkung in Tabelle 9.)

Tabelle 12: Regionale Struktur der Warenausfuhr

Die Warenausfuhr wird in den Erlauterungen zu Tabelle 9 definiert. Die Handelsanteile in Tabelle 12 basieren auf VN- und IWF-Statistiken uber den wertmäßigen Außenhandel in laufenden Dollar. Die marktwirtschaftlichen Industrieländer schließen auch Gibraltar, Island und Luxemburg und die olexporfierenden Länder mit hohem Einkommen auch Bahrain, Brunei und Katar ein. Die zusammenfassenden Kennzahlen sind mit den Werten der Warenausfuhr in laufenden Dollar gewogen.

Tabelle **13:** Regionale **Exportstruktur** fiir verarbeitete Erzeugnisse

Die in dieser Tabelle ausgewiesenen Daten stammen von den Vereinten Nationen; sie werden u.a. auch für die Aufstellung der Spezialübersicht B im Jahrbuch für Außenhandelsstatistik der VN verwendet. Industrieprodukte umfassen die Guter in den Teilen 5 bis 9 der SITC, Revision 1 (chemische Erzeugnisse; industrielle Grundstoffe und bearbeitete Waren; Maschinenbauerzeugnisse, elektrotechnische Erzeugnisse und Fahrzeuge; sonstige bearbeitete Waren und anderweitig nicht erfaßte Waren) ohne Abschnitt 68 (NE-Metalle).

Die Einteilung in Landergruppen ist mit der in Tabelle 12 identisch. Die zusammenfassenden Kennzahlen sind mit der Ausfuhr des Verarbeitenden Gewerbes in laufenden Dollar gewogen.

Tabelle 14: Zahlungsbilanzen und Reserven

Die Wertangaben in dieser Tabelle lauten auf jeweilige US-Dollar, **umgerechnet** zu amtlichen Wechselkursen.

Der Leistungsbilanzsaldo (auch Bilanz der laufenden Posten) mißt die Differenz zwischen (1)den Exporten von Gütern und Dienstleistungen, einschliefilich des Zustroms unentgeltlicher öffentlicher und privater Übertragungen, und (2) den Importen von Gütern und Dienstleistungen, einschließlich unentgeltlicher Übertragungen an die übrige Welt. Die Schatzwerte fur die Leistungsbilanzen stammen aus der Datensammlung des IWF.

Gastarbeiterüberweisungen beinhalten Einkommenstransfers von Wanderarbeitern, die tatsächlich oder voraussichtlichlänger als ein Jahr in ihrer neuen wirtschaftlichen Umgebung beschaftigt sind, in der sie als Gebietsansassige gelten.

Die private Nettodirektinvestition ist der Nettobetrag, der von Gebietsfremden eines Landes in Unternehmen investiert oder reinvestiert wird, deren Geschäftspolitik sie oder andere Gebietsfremde in signifikanter Weise beeinflussen. Diese Nettogröße, die Eigenkapital, die Wiederanlage von Erträgen und sonstige Finanzierungsmittel einschließt, beriicksichtigt auch den Wert der Direktinvestitionen, die von Gebietsansassigen des berichtenden Landes im Ausland getatigt werden. Zur Berechnung dieser Schatzwerte wurde in erster Linie die Datensammlung des IWF herangezogen.

Die Bruttowahrungsreseroen setzen sich zusammen aus Goldbestanden, Sonderziehungsrechten (SZR), Reservepositionen von IWF-Mitgliedsländem und Beständen an Devisenreserven, über die die Wahrungsbehorden verfügen. Die Angaben zu den Beständen an Wahrungsreserven stammen aus der Datensammlung des IWF. Die Goldkomponente dieser Reserven ist durchweg zum Londoner Goldpreis am Jahresende bewertert. Dies entspricht 37,37 Dollar je Unze fur 1970 und 381,50 Dollar je Unze fur 1983. Die fur die Jahre 1970 und 1983 angegebenen Reservenbestände beziehen sich jeweils auf das Jahresende und sind in laufenden Dollar zu den jeweils vorherrschenden Wechselkursen ausgedrückt. Aufgrund von Abweichungen bei

der Bewertung der Währungsreserven und der Goldkomponente sowie unterschiedlicher Praktiken bei der Reservenverwaltung sind die in nationalen Quellen veroffentlichten Reservenbestände nur bedingt vergleichbar. Fur die Reservenbestande von Ende 1983 wird auch angegeben, wie viele Monatsimporte von Gütern und Dienstleistungen mit ihnen bezahlt werden könnten, wobei Durchschnittsimportwerte fur die Jahre 1982 oder 1983 verwendet wurden. Die zusammenfassenden Kennzahlen sind mit der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in laufenden Dollar gewogen.

Tabelle **15: Zufluß** von offentlichem **und** offentlich garantiertem Auslandskapital

Die Angaben zur Verschuldung in dieser Tabelle und in den nachfolgenden Übersichten stammen aus dem Schuldenberichtssystem der Weltbank. Dieses Berichtssystem befaßt sich ausschliefilich mit Entwicklungslandern und sammelt fur andere Ländergruppen keine Angaben uber die Auslandverschuldung. Fur letztere sind auch aus anderen Quellen keine umfassenden und vergleichbaren Daten verfugbar. Die Dollarzahlen uber die Schulden in den Tabellen 15 bis 17 beziehen sich auf US-Dollar, umgerechnet zu amtlichen Wechselkursen.

Die Daten fur den *Bruttozufluß* und die *Tilgung* (Amortisation) beziehen sich auf offentliche und offentlich garantierte mittel- und langfristige Kredite. Der *Nettozufluß* erfaßt die um die Tilgung verringerten Bruttozuflüsse.

Öffentliche Kredite sind Verbindlichkeiten staatlicher Schuldner, einschliefilich nationaler Regierungen, ihrer Behorden und autonomer offentlicher Stellen. Öffentlich garantierte Kredite sind Auslandsverbindlichkeiten privater Schuldner, wobei die Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten durch eine staatliche Stelle garantiert ist.

Die Angaben in dieser und in folgenden Tabellen lassen die nicht garantierte private Verschuldung, die fur einige Schuldnerlander betrachtlich ist, außer acht, da hieriiber keine umfassenden Daten länderweise zur Verfügung stehen. Auch die Kreditaufnahme für Kaufe militarischer Ausriistungen bleibt unberiicksichtigt, da einige Länder dariiber nicht berichten.

Tabelle 16: Offentliche Auslandsschulden und Schuldendienstrelationen

Die ausstehende und ausgezahlte offentliche Auslandsschuld erfaßt den Betrag der offentlichen und

offentlich garantierten Kredite, der tatsächlich ausgezahlt wurde, abzuglich Tilgungen und Abschreibungen am Jahresende. Bei der Ermittlung des prozentualen Anteils der offentlichen Auslandsschulden am BSP wurden die Angaben uber die nicht auf Dollar lautenden Schulden rnit amtlichen Wechselkursen vom Jahresende in Dollar umgerechnet. Das BSP wurde jedoch von nationalen Wahrungen in US-Dollar durch Anwendung des Verfahrens umgerechnet, das in den technischen Erlauterungen zu den Tabellen 2 und 3 beschrieben wird. Die zusammenfassenden Kennzahlen sind rnit dern BSP in laufenden Dollar gewogen.

Zinszahlungen beziehen sich auf ausgezahlte und ausstehende offentliche und offentlich garantierte Verbindlichkeiten, die auf Devisen, Guter oder Dienstleistung lauten; sie umfassen Bereitstellungsgebuhren auf noch nicht ausgezahlte Kredite, soweit entsprechende Informationen vorlagen.

Der Schuldendienst ist die Summe aus Zinszahlungen und Tilgung a d die offentlichen und öffentlich garantierten Auslandsschulden. Das Verhaltnis der Schuldendienste zur Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen ist einer von mehreren herkömmlichen Maßstäben zur Beurteilung der Schuldendienstkapazitat. Die durchschnittlichen Verhaltniszahlen aus Schuldendienst und BSP für die Ländergruppen sind mit dem BSP der Lander in laufenden Dollar gewogen. (Vgl., die obenenvahnte Umrechnung des BSP.) Die Durchschnittsquoten aus Schuldendienst und Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen sind mit der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen in laufenden Dollar gewichtet.

Tabelle 17: Konditionen der offentlichen Kreditaufnahme

Die Zusagen beziehen sich auf offentliche und offentlich garantierte Kredite, fur die im jeweils angegebenen Jahr Darlehensvertrage unterzeichnet wurden. Sie werden in Tilgungswährungen gemeldet und zu jahresdurchschnittlichen amtlichen Wechselkursen in US-Dollar umgerechnet.

Die Angaben uber Zinssätze, Laufzeiten und tilgungsfreie Zeiträume sind Durchschnittswerte, die rnit den Kreditbetragen gewogen sind. Der Zins ist die größte Kreditkostenkomponente und wird gewohnlich auf der Grundlage der bereits beanspruchten und noch ausstehenden Kreditbetrage berechnet. Die Kreditlaufzeit entspricht dern Intervall zwischen dern Zeitpunkt, zu dern ein Darle-

hensvertrag unterzeichnet oder eine Anleihe begeben wird, und dern Zeitpunkt der letzten Tilgungszahlung. Der tilgungsfreie Zeitraum ist identisch rnit dem Intervall zwischen Kreditabschluß und erster Tilgungsrate.

Die zusammenfassenden Kennzahlen in dieser Tabelle sind rnit den Kreditbetragen gewogen.

Tabelle 18: **Öffentliche Entwicklungshilfe** der OECD- und OPEC-Mitgliedslander

Die offentliche Entwicklungshilfe (ÖEH) setzt sich zusammen aus Nettoauszahlungen in Form von Zuschüssen und Krediten zu konzessionaren finanziellen Bedingungen, die seitens offentlicher Stellen der Mitglieder des Entwicklungshilfeausschusses (DAC)—der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie der Mitgliedslander der Organisation ölexportierender Staaten (OPEC) mit dern Ziel gewahrt werden, die wirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand zu fördern. Sie schließt den Wert der technischen Zusammenarbeit und technischen Hilfe ein. Alle wiedergegebenen Daten stammen von der OECD, und samtliche US-Dollar-Werte sind mit amtlichen Wechselkursen umgerechnet worden.

Die ausgewiesenen Beträge sind Nettoauszahlungen an Entwicklungslander und multilaterale Institutionen. Die Auszahlungen an multilaterale Institutionen werden inzwischen einheitlich fur alle DAC-Mitglieder zum Stichtag der Begebung von Schuldscheinen erfaßt; bislang berichteten einige DAC-Mitglieder zum Stichtag des Zahlungstransfers. Die bilateralen Nettozuflüsse in Länder mit niedrigem Einkommen vernachlassigen unaufgeschlusselte bilaterale Transfers und alle Auszahlungen an multilaterale Institutionen.

Die Nominalwerte der offentlichen Entwicklungshilfe, die in der Zusammenfassung für die OECD-Ländergruppe ausgewiesen werden, wurden mit Hilfe des Dollar-BSP-Deflators in Preise von 1980 umgerechnet. Dieser Deflator basiert auf dern Preisanstiegin den OECD-Landern (ohne Griechenland, Portugal und Turkei), jeweils gemessen in Dollar. Er beriicksichtigt Paritatsanderungen zwischen dern Dollar und anderen nationalen Währungen. Wertet zum Beispiel der Dollar ab, so sind die in nationalen Wahrungen gemessenen Preissteigerungsraten um den Betrag der Dollar-Abwertung nach oben zu korrigieren, um den Preisanstieg, ausgedruckt in Dollar, zu erhalten.

Außer den Summenangaben fur die OPEC **ent**halt die Tabelle zusammenfassende**Angaben** fur die

Organisation arabischer olexportierender Lander (OAPEC). Zu den **Geberländern** der OAPEC gehoren Algerien, Irak, Katar, Kuwait, **Libyen**, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Die **Angaben** zur **Entwicklungshilfe** der OPEC und OAPEC **stammen** ebenfalls von der OECD.

Tabelle 19: Bevolkerungswachstum und -projektionen sowie Bevolkerungseigendynamik

Die Wachstumsraten für die Bevolkerung sind Periodendurchschnitte, die auf der Grundlage der Bevolkerungsstande zur jeweiligen Jahresmitte berechnet wurden. Die zusammenfassenden Kennzahlen sind mit den Bevolkerungszahlen von 1970 gewogen.

Die Schatzwerte fur die Bevölkerungszahlen Mitte 1983 beruhen uberwiegend auf Daten der Abteilung fur Bevolkerungsfragender VN und der Weltbank. In vielen Fallen berucksichtigen diese Daten die Ergebnisse der letzten Volkszahlungen. Man beachte abermals, daß Fluchtlinge, die sich in dern asylgewährenden Land nicht auf Dauer niedergelassen haben, im allgemeinen als Teil der Bevolkerung des Herkunftslandes betrachtet werden.

Die Bevolkerungsprojektionen fur die Jahre 1990 und 2000 sowie das Jahr, in dern die Bevolkerung schließlich stationar wird, wurden fur jedes Land gesondert durchgefiihrt. Ausgehend von Informationen über die Gesamtbevolkerung hinsichtlich Alter und Geschlecht, Fruchtbarkeits- und Sterbeziffern sowie des Anteils internationaler Wanderungsbewegungen im Basisjahr 1980, wurden diese Parameter unter verallgemeinernden Annahmen in Fünfjahresintervallen in die Zukunft projiziert, bis die stationare Bevolkerung erreicht war. Die Schatzungen fur das Basisiahr stammen aus aktualisierten Computer-Ausdrucken der VN-Veroffentlichung World Population Prospects as Assessed in 1982, aus den letzten Ausgaben der VN-Reihen Population and Vital Statistics Report und International Migration: Levels and Trends, außerdem von der Weltbank, vom Rat fur Bevolkerungsfragen (Population Council) sowie aus dern US Bureau of the Census, *Demographic Statistics* (Eurostat 1984) sowie aus nationalen Volkszahlungen.

Die Nettoreproduktionsziffer(NRR — Net Reproduction Rate) gibt die Anzahl von Tochtern an, die ein neugeborenes Madchen im Verlauf seines Lebens gebaren wird, wenn feste altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern und eine gegebene Struktur von Sterbeziffern unterstellt werden. Die NRR mißt dementsprechend das Ausmaß, in dern sich eine

neugeborene Gruppe von Madchen bei gegebener Fruchtbarkeit und Sterblichkeit selbst reproduziert. Eine Nettoreproduktionsziffer von 1 gibt an, daß sich die Fruchtbarkeit auf dern Reproduktionsniveau befindet. Bei dieser Ziffer bringen gebarende Frauen im Durchschnitt nur so viele Tochter zur Welt, um sich selbst innerhalb der Bevolkerung zu reproduzieren.

Eine *stationäre Bevolkerung* ist eine Bevolkerung, deren alters- und geschlechtsspezifische Sterbeziffern iiber einen langen Zeitraum hinweg unverandert geblieben sind, wahrend gleichzeitig die altersspezifischen Geburtenziffern auf dern Reproduktionsniveau (NRR=1) verharrten. In einer solchen Bevolkerung ist die Geburtenziffer konstant und identisch mit der Sterbeziffer; auch der Altersaufbau verändert sich nicht, und die Zuwachsrate ist Null.

Die Bevolkerungseigendynamikmißt die Tendenz einer Bevolkerung, auch dann noch weiterzuwachsen, wenn die Fruchtbarkeit das Reproduktionsniveau, d.h. NRR den Wert von 1 erreicht hat. Die Bevolkerungseigendynamik im Jahr t wird als Verhaltnis der endgultigenstationaren Bevolkerung zur Bevolkerung im Jahr t unter der Annahme gemessen, daß die Fruchtbarkeit ab dern Jahr t auf dern Reproduktionsniveau verharrt. So betragt etwa die Bevolkerung Indiens im Jahre 1985 765 Millionen, fur seine endgültige stationare Bevolkerungerrechnet sich unter der Annahme von NRR = 1 ab 1985 eine Zahl von 1349 Millionen, was eine Bevolkerungseigendynamik von 1,76 ergibt.

Eine Bevolkerung wird in der Regel auch dann noch weiterwachsen, nachdem die Fruchtbarkeit auf das Reproduktionsniveau gesunken ist, da die hohen Geburtenziffern aus der Vergangenheit zu einem Altersaufbau mit einem relativ hohen Anteil von Frauen gefuhrt haben, die sich im reproduktionsfahigen Alter befinden oder in dieses noch hineinwachsen. Dementsprechend wird die Geburtenziffer auch weiterhin iiber der Sterbezifferliegen, so daß die Wachstumsrate noch mehrere Jahrzehnte lang positiv bleibt. Je nach Ausgangslage benotigt eine Bevolkerung 50 bis 75 Jahre, bis sich ihre Altersverteilung vollstandig an die geanderten Geburtenziffern angepaßt hat.

Die Projektionen beruhen auf Annahmen uber die kunftigen Sterbeziffern, die aus der weiblichen Lebenserwartung bei der Geburt abgeleitet wurden (d. h. aus der Anzahl der Jahre, die ein neugeborenes Madchen leben würde, wenn es den Sterblichkeitsrisiken ausgesetzt ware, die zum Zeitpunkt seiner Geburt im Querschnitt der Bevolkerung

vorherrschen). Die Volkswirtschaften wurden zunachst danach unterteilt, ob ihre weibliche Einschulungsquote für Grundschulen iiber oder unter 70 Prozent liegt. Für die so ermittelten Ländergruppen wurden jeweils in Abhängigkeit von der weiblichen Lebenserwartung im Zeitraum 1980 bis 1985 feste jährliche Zuwachse für die weibliche Lebenserwartung angenommen. Ausgehend von einer gegebenen Lebenserwartung bei der Geburt sind diese jährlichen Zuwächse innerhalb des Prognosezeitraumes in Volkswirtschaften mit einer höheren Einschulungsquote für Grundschulen und einer Lebenserwartung von bis zu 62,5 Jahren ebenfalls hoher. Bei noch hoherer Lebenserwartung wurden die gleichen jährlichen Zuwachse unterstellt.

Bei der Projektion der Geburtenziffem bestand der erste Schritt darin, das Jahr zu schätzen, in dem die Fruchtbarkeit das Reproduktionsniveau erreicht. Diese Schatzungen sind spekulativ und beruhen auf Informationen über trendmäßige Entwicklungen der unbereinigten Geburtenziffern (wie in den Erläuterungen zu Tabelle 20 definiert), der zusammengefaßten Geburtenziffem (ebenfds definiert in den Anmerkungen zu Tabelle 20), der weiblichen Lebenserwartung bei der Geburt und auf Ergebnissen von Familienplanungsprogrammen. Für die meisten Volkswirtschaften wurde angenommen, daß die zusammengefaßten Geburtenziffern zwischen 1980 und dem Jahr, in dern eine Nettoreproduktionsziffer von 1 erreicht wird, zurückgeht und die Fruchtbarkeit danach a d dern Reproduktionsniveau verharrt. Für die meisten Länder Afrikas südlich der Sahara und einige Länder Asiens und des Nahen Ostens wurden jedoch einige Zeit lang unveränderte zusammengefaßte Geburtenziffern und ein anschließender Rückgang auf das Reproduktionsniveau unterstellt; für einige wenige Länder gehen die Annahmen davon aus, daß diese Ziffem bis 1990-95 steigen, um danach zurückzugehen.

In einigen Ländern liegt die Fruchtbarkeit bereits heute unter dem Reproduktionsniveauoder sie wird in den nachsten 5 bis 10 Jahren darunter sinken. Da eine Bevölkerung nicht stationär bleiben wird, sofern ihre Reproduktionsziffer von 1 abweicht, wurde unterstellt, daß die Fruchtbarkeit in diesen Volkswirtschaften erneut auf das Reproduktionsniveau ansteigen wird, um für sie Schätzungen uber den hypothetischen stationären Bevölkerungsstand ableiten zu konnen. Um die Konsistenz mit den übrigen Schätzungen zu wahren, wurde für die Industrieländer angenommen, daß ihre zusammengefaßten Geburtenziffern bis 1985—90 konstant

bleiben und dann bis zum Jahre 2010 auf das Reproduktionsniveausteigen.

Die internationalen Wanderungsquoten beruhen auf vergangenen und aktuellen Entwicklungstrends der Wanderungsbewegungen. Die Schatzwerte fur die kunftige Nettozu- und -abwanderung sind spekulativ. Fur die meisten Volkswirtschaften wurde unterstellt, daß diese Nettobewegungen bis zum Jahre 2000 und in einigen wenigen Fallen erst bis 2025 auf Null zurückgehen.

Die Schatzwerte fur den hypothetischen Umfang der stationaren Bevolkerung und fur das Jahr, in dern die bestandsneutrale Fruchtbarkeit erreicht wird, sind spekulativ. Sie sollten nicht als Voraussagen aufgefaßt werden. Sie wurden mit dern Ziel aufgenommen, unter stark vereinfachenden Annahmen allgemeine Anhaltspunkte fur die langfristigen Implikationen jungerer Fruchtbarkeits- und Sterblichkeitstrends zu vermitteln. Eine ausführlichere Beschreibung des Verfahrens und der Annahmen, die den Schatzungen zugrunde liegen, kann der Weltbank-Veroffentlichung World Population Projections 1984 — Short-and Long-term Estimates by Age and Sex with Related Demographic Statistics entnommen werden.

Tabelle 20: Demographische und fruchtbarkeitsbezogene Kennzahlen

Die unbereinigten Geburten- und Sterbeziffern geben die Zahl der Lebendgeburten bzw. Sterbefalle je tausend Einwohner und Jahr an. Sie stammen aus den gleichen Quellen, die in den Erlauterungen zu Tabelle 19 erwähnt wurden. Die prozentualen Veränderungen wurden aus ungerundeten Daten berechnet.

Die zusammengefaßte Geburtenziffer mißt die Zahl der Kinder, die eine Frau bekommen wurde, falls sie bis zum Ende ihres gebärfähigen Alters lebte und in jeder Altersstufe in Übereinstimmung mit den vorherrschenden altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern Kinder zur Welt bringen wurde. Die angegebenen Ziffern stammen aus den gleichen Quellen, die in den Erlauterungen zu Tabelle 19 genannt werden.

Die Quote der verheirateten Frauen im gebärfähigen Alter, die empfängnisverhütende Mittel verwenden, bezieht sich auf die Frauen, die — oder deren Ehemanner — irgendeine Form der Empfängnisverhiitung praktizieren. Hierzu gehoren Sterilisierung von Männern und Frauen, Intrauterinpessare, Kondome, zu injizierende und orale Verhiitungsmittel,

Spermizide, Pessare, unfruchtbare Tage der Frau, Coitus interruptus und Enthaltsamkeit. Frauen im gebärfähigen Alter sind in der Regel Frauen von 15 bis 49 Jahren, obgleich in einigen Ländern die Verhutungspraxis für andere Altersgruppen erfaßt wird.

Die Daten stammen vorwiegend aus dem World Fertility Survey, dem Contraceptive Prevalence Survey, von der Weltbank sowie aus dem VN-Bericht Recent Levels and Trends of Contraceptive Use as Assessed in 1983. Soweit diese Berichte fur einige Lander keine Daten enthalten, wurden Programmstatistiken verwendet; zu diesen Ländern zahlen Indien, Bangladesch, Indonesien und einige afrikanische Lander. Die Programmstatistiken konnten allerdings die Verbreitung der Empfängnisverhütung zu niedrig ausweisen, da die Anwendung von Verfahren wie Ausnutzung der unfruchtbaren Tage, Coitus interruptus oder Enthaltsamkeit ebensowenig erfaßt werden wie Empfängnisverhütungsmittel, die nicht uber das offizielle Familienplanungsprogramm zu beziehen sind. Die Daten gelten fur verschiedene Jahre, die jedoch in der Regel um nicht mehr als zwei Jahre von den angegebenen abweichen.

Alle zusammenfassenden Kennzahlen sind mit den Bevolkerungszahlen gewogen.

Tabelle 21: Erwerbspersonen

Die Bevölkerung im arbeitsfahigen Alter ist die Gesamtbevolkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. Die Schatzwerte basieren auf den Bevölkerungsschatzungen der Weltbank fur 1983 und frühere Jahre. Die zusammenfassenden Kennzahlen sind mit den Bevolkerungszahlen gewogen.

Die Erwerbspersonen (im Text auch als "Arbeitskräfte" oder "Arbeitskräftepotential" bezeichnet) umfassen alle Personen im Alter von zehn und mehr Jahren, die wirtschaftlich tatig sind, einschließlich der Streitkräfte und Arbeitslosen, jedoch ohne Hausfrauen, Schiiler und Studenten sowie andere wirtschaftlich inaktive Gruppen. Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungssektor sind in den Erlauterungen zu Tabelle 2 definiert. Die Schätzwerte für die sektorale Verteilung der Erwerbspersonen stammen vom Internationalen Arbeitsamt (ILO) Labour Force Estimates and Projections, 1950—2000, und von der Weltbank. Die zusammenfassenden Kennzahlen sind rnit den Erwerbspersonenzahlen gewogen.

Die Zuwachsraten fur die Erwerbspersonen wur-

den aus den Bevolkerungsprojektionen der Bank und aus ILO-Unterlagen uber altersspezifische Erwerbsquoten aus der voranstehend zitierten Quelle abgeleitet. Die zusammenfassenden Kennzahlen für 1965 bis 1973 und 1973 bis 1983 sind mit den Erwerbspersonenzahlen im Jahre 1973 und die für 1980 bis 2000 mit den Schatzwerten für die Anzahl der Erwerbspersonen im Jahre 1980 gewogen.

Für einige Länder, in denen bedeutende Veränderungen der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung und/oder der Binnen- und Außenwanderung eingetreten sind, könnte die Anwendung der ILO-Daten uber die wirtschaftlich aktive Bevolkerung auf die jungsten Bevolkerungsprojektionen der Bank unzweckmäßig sein. Die Schatzwerte fur die Erwerbspersonenzahlen im Zeitraum 1980 bis 2000 sollten deshalb rnit Vorsicht behandelt werden.

Tabelle 22: Verstadterung

Die Angaben zum prozentualen Anteil der Stadtbevolkerung an der Gesamtbevolkerung stammen aus der VN-Publikation Estimates and Projections of Urban, Rural and City Populations 1950—2025: The 1982 Assessment, 1985, erganzt um Informationen der Weltbank, des Statistischen Bundesamtes der USA und Daten in verschiedenen Ausgaben des Demographischen Jahrbuchs der VN.

Die Zuwachsraten für die Stadtbevolkerung wurden aus den Bevolkerungsschatzungen der Weltbank und die Schatzwerte fur die Anteile der Stadtbevolkerung aus den vorstehend genannten Quellen abgeleitet. Die Angaben zur stadtischen Agglomeration stammen aus der VN-Veröffentlichung Patterns of Urban and Rural Population Growth, 1980.

Da die Schatzwerte in dieser Tabelle auf unterschiedlichen nationalen Definitionen des Begriffs "städtisch" beruhen, sollten Länderquervergleiche rnit Vorsicht interpretiert werden,

Die zusammenfassenden Kennzahlen fur den prozentualen **Anteil** der Stadtbevolkerung an der Gesamtbevolkerung sind mit den **Bevölkerungszah**len und die **übrigen** Kennzahlen dieser Tabelle **mit** den stadtischen Einwohnerzahlen gewogen.

Tabelle 23: Kennzahlen zur Lebenserwartung

Die *Lebenserwartung bei der Geburt* ist in den Erlauterungen zu Tabelle 1 definiert.

Die Sauglingssterbeziffer mißt die Anzahl der Sauglinge, die je tausend Lebendgeburten pro Jahr vor Vollendung des ersten Lebensjahres sterben. Die Daten stammen aus den verschiedensten Quellen, einschließlich unterschiedlicher Ausgaben des Demographischen Jahrbuchsund des Popuiation and Vital Statistics Report der VN sowie der VN-Veroffentlichung, Infant Mortality: World Estimates and Projections, 1950—2025", Population Bulletin of the United Nations, 1983, sowie von der Weltbank.

Die Kindersterbeziffer mißt fur ein gegebenes Jahr die Anzahl der Sterbefälle bei Kindern im Alter von ein bis vier Jahren je 1000 Kinder der gleichen Altersgruppe. Die ausgewiesenen Schatzwerte beruhen auf den Angaben fur die Säuglingssterblichkeit und der Kindersterbeziffer, die sich aus den jeweils entsprechenden Coale-Demeny Sterbetafeln ableitet. (Vgl. hierzu Ansley J. Coale und Paul Demeny, Regional Model Life Tables and Stable Populations, Princeton University Press, Princeton, N.J., 1966.)

Die zusammenfassenden Kennzahlen dieser Tabelle sind mit den Bevolkerungszahlen gewogen.

Tabelle 24: Gesundheitsbezogene Kennzahlen

Die Schatzungen uber die Einwohner je Arzt und je Beschäftigtem in der Krankenpflege stammen aus Unterlagen der Weltgesundheitsorganisation (WHO); sie wurden teilweise revidiert, um neue Informationen zu beriicksichtigen. Sie tragen auch aktualisierten Bevolkerungsschatzungen Rechnung. Die in der Krankenpflege Beschaftigten urnfassen graduierte Mitarbeiter sowie das praktische, Assistenz- und Hilfspersonal; die Einbeziehung des Hilfspersonals ermoglicht eine bessere Einschatzung des Umfangs der vorhandenen Krankenpflege. Die Angaben fur die beiden Kennzahlen sind strenggenommen nicht zwischen den Ländern vergleichbar, da die Definition der in der Krankenpflege Beschäftigten von Land zu Land abweicht und da sich die Daten auf die verschiedenstenJahre beziehen, die allerdings im allgemeinen nicht um mehr als zwei Jahre von den angegebenen abweichen.

Das tägliche Kalorienangebot pro Kopf wurde durch Division des Kaloriengegenwertes des Nahrungsmittelangebots in einem Land durch seine Bevolkerungszahl ermittelt. Zum Nahrungsmittelangebot gehoren Inlandsproduktion, Einfuhr abzuglich Ausfuhr sowie Bestandsveränderungen. Nicht beriicksichtigt werden Tierfutter, landwirtschaftliches Saatgut und die Nahrungsmittelmengen, die bei Verarbeitung und Vertrieb verlorengehen. Der tagliche Kalorienbedarf pro Kopf mint die Kalorien, die erforderlich sind, um in der Bevölkerung ein normales Maß an Betatigung und Gesundheit aufrechtzuerhalten, wobei ihrem Alters- und Geschlechtsaufbau, dem durchschnittlichen Körpergewicht und der Lufttemperatur Rechnung getragen wird. Die Schatzwerte für beide Kennzahlen stammen von der Organisation fur Ernahrung und Landwirtschaft (FAO).

Die zusammenfassenden Kennzahlen dieser **Ta**belle sind mit den Bevolkerungszahlen gewogen.

Tabelle 25: Erziehungswesen

Die in dieser Tabelle ausgewiesenen Daten beziehen sich auf mehrere Jahre, die jedoch im allgemeinen um nicht mehr als zwei Jahre von den angegebenen abweichen; sie wurden uberwiegend von der UNES-CO iibernommen.

Die Angaben zur Zahl der Grundschiller beziehen sich auf Schatzungen über die Gesamtzahl aller Grundschiller sowie uber die Anzahl der weiblichen und mannlichen Grundschuler aller Altersstufen: sie sind als Prozentsatze der gesamten sowie der mannlichen und weiblichen Bevolkerung im Grundschulalter ausgedriickt, um Bruttorelationen fur den Grundschulbesuch auszuweisen. Zwar sehen viele Lander das Alter von sechs bis elf Jahren als grundschulfahiges Alter an, doch ist dies keine allgemeine Praxis. Die zwischen den Ländern bestehenden Unterschiede hinsichtlich des Schulalters und der Dauer der Ausbildung schlagen sich in den angegebenen Relationen nieder. In einigen Ländern mit einer umfassenden Grundschulerziehung können die Bruttorelationen für den Schulbesuch den Wert 100 ubersteigen, sofern das amtliche Grundschulalter von einigen Schulern unter- oder überschritten wird.

Die Angaben zum Besuch weiterführender Schulen sind entsprechend aufgebaut, wobei ein Alter von zwolf bis siebzehn Jahren als typisches Schulatter angenommen wird.

Die Daten uber den *Besuch hoherer Schulen und Universitäten* stammen von der UNESCO.

Die zusammenfassenden Kennzahlen dieser **Ta**belle sind mit den Bevolkerungszahlen gewogen.

Tabelle 26: Ausgaben der Zentralregierung

Die Angaben zur Finanzierung der Zentralregierung in den Tabellen 26 und 27 stammen aus dem

Government Finance Statistics Yearbook des IWF, aus dessen Datensammlung und der Länderdokumentation der Weltbank. Die Haushaltspositionen werden für jedes Land unter Verwendung der Systematik gebrauchlicher Definitionen und Untergliederungen ausgewiesen, die das Draft Manual on Government Finance Statistics des IWF enthalt. Bedingt durch die uneinheitliche Abgrenzung der verfugbaren Daten sind die einzelnen Bestandteile der Ausgaben und laufenden Einnahmen der Zentralregierungen, die in diesen Tabellen ausgewiesen werden, nicht ohne weiteres zwischen allen Volkswirtschaften vergleichbar. Die Anteile der verschiedenen Positionen an den Gesamtausgaben und -einnahmen wurden auf der Grundlage nationaler Wahrungen berechnet.

Die Begrenzung der Angaben auf die Ausgaben der Zentralregierungen wurde durch die unzulängliche statistische Erfassung der Behorden auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene erzwungen. Das statistische Bild über die Verteilung der finanziellen Mittel auf verschiedene Bereiche kann hierdurch vor allem in großen Ländern, in denen die nachgeordneten Behorden weitgehend autonom und für eine Vielzahl sozialer Leistungen zustandig sind, stark verzerrt werden.

Hervorzuheben ist, daß die angegebenen Daten vor allem fur Gesundheit und Erziehung aus mehreren Grunden zwischen den einzelnen Ländern nicht vergleichbar sind: Viele Länder verfügen im Gesundheits- und Erziehungswesen uber ein betrachtliches Angebot an privaten Leistungen. In anderen Ländern hingegen sind die offentlichen Leistungen zwar die wichtigste Ausgabenkomponente; sie werden jedoch u. U. von nachgeordneten Verwaltungsebenen finanziert. Aus diesen Gründen sollten die Angaben nur mit großer Vorsicht fur Länderquervergleiche verwendet werden.

Die Ausgaben der Zentralregierung umfassen die Ausgaben aller Ministerien, Ämter, staatlichen Einrichtungen und sonstigen Stellen, die ausführende Organe oder Instrumente der zentralen Verwaltungsbehorde eines Landes sind. Sie schließen sowohl laufende als auch Investitions-(Entwicklungs-)Ausgaben ein.

Verteidigungsausgaben sind, unabhangig davon, ob sie durch die Verteidigungsministerien oder andere Ämter erfolgen, alle Ausgaben für die Streitkrafte, einschließlich der Ausgaben fur militärische Versorgung und Ausrüstung, Bauten, Rekrutierung und Ausbildung. Hierzu zahlen außerdem Ausgaben fur verbesserte offentliche Vorkehrungen zur Bewaltigung kriegsbedingter Notlagen sowie

Ausgaben fur die Ausbildung ziviler Verteidigungskräfte, fur militarische Auslandshilfe und Beiträge an militarische Organisationen und Bundnisse.

Die Ausgaben fur *Erziehung* umfassen Ausgaben der Zentralregierung fur die Bereitstellung, Leitung, Überwachung und Unterhaltung von Vor-, Grundund weiterfuhrenden Schulen, Universitaten und Hochschulen sowie von berufsbezogenen, technischen und sonstigen Ausbildungseinrichtungen. Erfaßt werden außerdem Ausgaben für die allgemeine Administration und Lenkung des Erziehungswesens, für Forschung über dessen Ziele, Organisation, Verwaltung und Konzeption sowie Ausgaben fur erganzende Leistungen wie Transport und Schulspeisung wie auch fur allgemein- und zahnmedizinische Behandlung an den Schulen.

Die Ausgaben fur *Gesundheit* erfassen die offentlichen Ausgaben fur Krankenhauser, allgemeinund zahnmedizinische Behandlungszentren, fur Kliniken, soweit die Versorgung mit medizinischen Leistungen wesentlicher Bestandteil ihrer Tatigkeit ist, sowie Ausgaben fur nationale gesundheitspolitische Maßnahmen und offentliche Krankenversicherungen und schließlich auch fur Familienplanung und medizinische Vorsorgeleistungen. Erfaßt werden darüber hinaus Ausgaben für die allgemeine Administration und Lenkung von zustandigen Behorden, Krankenhausern und Kliniken, von Gesundheit und Hygiene sowie nationalen gesundheitspolitischen Programmen und Krankenversicherungen.

Wohnungswesen und Gemeindeeinrichtungen, Sozialversicherung und Wohlfahrt umfassen (1) offentliche Ausgaben fur den Wohnungsbau, wie etwa einkommensabhängige Forderung, außerdem Ausgaben fur Wohnraumbeschaffung. Mietzuschüsse und Sanierung von Elendsvierteln, fur Gemeindeentwicklung und sanitare Leistungen sowie (2) offentliche Ausgaben fur Beihilfen an Kranke und voriibergehend Arbeitsunfahige zum Ausgleich von Einkommenseinbufien, fur Beihilfen an Alte, dauernd Arbeitsunfahige und Arbeitslose sowie fur Familien-, Mutterschafts- und Kindergeld, Zur zweiten Kategorie zahlen außerdem die Aufwendungen fur Wohlfahrtsleistungen wie Alten- und Invalidenpflege, Versorgung von Kindern, außerdem die Aufwendungen fur allgemeine Verwaltung, Lenkung und Forschung, die mit den Leistungen der Sozialversicherung und Wohlfahrt zusammenhän-

Die Wirtschaftsförderung umfaßt die offentlichen Ausgaben, die mit der Lenkung, Unterstiitzung und Leistungsverbesserung der Wirtschaft in Verbindung stehen, außerdem Ausgaben fur die wirtschaftliche Entwicklung, den Ausgleich regionaler Ungleichgewichte sowie fur Arbeitsplatzbeschaffungsmafinahmen. Zu den berucksichtigten Aktivitäten gehoren Forschung, Handelsforderung, geologische Erhebungen sowie die Überwachung und Steuerung bestimmter Wirtschaftszweige. Die fünf wichtigsten Teilbereiche der Wirtschaftsforderung sind Brennstoffe und Energie, Landwirtschaft, Industrie, Verkehrs- und Nachrichtenwesen sowie sonstige Wirtschaftsangelegenheiten und -leistungen.

Die Position Sonstiges umfaßt die Ausgaben für die allgemeine staatliche Verwaltung, soweit sie nicht bereits unter anderen Positionen berücksichtigt sind; im Falle einiger Volkswirtschaften gehören hierzu auch Beträge, die anderen Positionen nicht zugerechnet werden konnten.

Die Position Gesamtüberschuß/Defizit ist definiert als laufende Einnahmen und Investitionserträge, zuzuglich empfangener unentgeltlicher Leistungen, abzüglich Gesamtausgaben, vermindert um Kreditgewahrung minus Kreditriickzahlung.

Die zusammenfassenden Kennzahlen fur die einzelnen Ausgabenkomponenten der Zentralregierung sind mit den Ausgaben der Zentralregierung in laufenden Dollar gewogen und die fur die Gesamtausgaben als Prozentsatz des BSP wie auch die fur den gesamten Überschuß/Fehlbetrag als Prozentsatz des BSP mit dem BSP in laufenden Dollar gewichtet.

Tabelle 27: Laufende Einnahmen der **Zentralregierung**

Herkunft und Vergleichbarkeit der verwendeten Daten werden in den Anmerkungen zu Tabelle 26 beschrieben. Die laufenden Einnahmen aus den einzelnen Quellen sind als Prozentsatz der gesamten laufenden Einnahmen ausgedruckt, die sich aus dem Steueraufkommen und den laufenden Einnahmen ohne Steuern zusammensetzen; die Berechnung erfolgte auf der Grundlage nationaler Währungen.

Die *Steuereinnahmen* umfassen definitionsgemafi alle Regierungseinnahmen aus obligatorischen, unentgeltlichen und nicht rückzahlbaren Zahlungen fur offentliche Aufgaben, einschliefilich Zinseinnahmen auf ruckstandige Steuern sowie eingenommene Strafgebuhren auf nicht oder zu spat entrichtete Steuern.

Die Steuereinnahmen werden abzuglich Rückerstattungen und bereinigt um andere korrigierende

Transaktionen ausgewiesen. Steuern auf Einkommen, Gewinne und Kapitalertrage sind Steuern, die auf das tatsachliche oder mutmafiliche Nettoeinkommen von Einzelpersonen, auf Unternehmensgewinne sowie auf Kapitalertrage erhoben werden, im letzten Fall unabhangig davon, ob sie aus Grundstücksverkäufen, Wertpapieren oder anderen Vermogenswerten realisiert wurden. Beitriige zur Sozialversicherung umfassen die Sozialversicherungsbeitrage von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wie auch der Selbstandigen und Arbeitslosen. Inländische Steuern auf Güter und Dienstleistungen umfassen allgemeine Verkaufs-, Umsatz- oder Mehrwertsteuern, selektive Abgaben auf Guter, selektive Steuern auf Dienstleistungen, Steuern auf die Nutzung von Gütern oder Eigentum sowie die Gewinne staatlicher Monopole. Zu den Steuern auf Außenhandel und internationale Transaktionen gehoren Einfuhr- und Ausfuhrzolle, die Gewinne von Ausfuhr- oder Einfuhnrermarktungsstellen, Übertragungen an die Regierung, Wechselkursgewinne und Devisensteuern. Die sonstigen Steuem umfassen die Lohn- oder Beschaftigtensteuern der Arbeitgeber, Vermogensteuern sowie andere Steuern, die sich den ubrigen Positionen nicht zurechnen lassen.

Zu den *laufenden nicht steuerlichen Einnahmen* gehoren alle staatlichen Einnahmen ohne die obligatorischen nicht ruckzahlbaren Leistungen fur offentliche Zwecke. Nicht eingeschlossen sind Zahlungseingange aus Übertragungen und Kreditaufnahmen, finanzielle Mittel, die aus der Rückzahlung friiher gewahrter Regierungskredite zurückfliefien, das Eingehen von Verbindlichkeiten sowie Einnahmen aus dem Verkauf von Investitionsgütern.

Die zusammenfassenden Kennzahlen fur die Bestandteile der laufenden Einnahmen sind mit den gesamtenlaufenden Einnahmen in jeweiligen Dollar und die fur die laufenden Einnahmen als Prozentsatz des BSP mit dem BSP in jeweiligen Dollar gewogen.

Tabelle 28: Einkornrnensverteilung

Die Angaben in dieser Tabelle betreffen die Verteilung des verfugbaren Gesamteinkommens aller Haushalte auf prozentuale Haushaltsgruppen, die nach ihrem gesamten Haushaltseinkommen geordnet sind. Die Verteilungen umfassen landliche und stadtische Gebiete und beziehen sich auf verschiedene Jahre zwischen 1967 und 1982.

Die Angaben fur die Einkommensverteilung stammen aus verschiedenen Quellen, darunter die Wirtschafts- und Sozialkommission fur Asien und den Pazifik (ESCAP), die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC), das Internationale Arbeitsamt (ILO), die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Weltbank, nationale Quellen sowie die VN-Veröffentlichung Survey of National Sources of Income Distribution Statistics, 1981, und neuere Daten der VN.

Da die Erhebung von Daten uber die Einkommensverteilung in vielen Ländern nicht systematisch organisiert und auch nicht in das amtliche statistische Erfassungswesen integriert ist, wurden die Schatzungen in der Regel aus Untersuchungen mit einer anderen Aufgabenstellung abgeleitet — in den meisten Fallen aus Erhebungen uber Verbraucherausgaben —, die jedoch auch Informationen uber die Einkommen erfassen. Diese Untersuchungen verwenden die unterschiedlichsten Einkommensbegriffe und Stichprobenabgrenzungen. Daruber hinaus ist der Reprasentationsgrad dieser Erhebungen in vielen Fallen für den Zweck, verläßliche landesweite Schatzungen uber die Einkom-

mensverteilung zu gewinnen, zu begrenzt. Wenn auch davon auszugehen ist, daß die ausgewiesenen Daten die besten verfiigbaren Schatzwerte sind, so schließen sie diese Probleme nicht vollig aus; sie sollten deshalb mit aufierordentlicher Vorsicht interpretiert werden.

Die Aussagekraft der Kennzahlen ist ahnlich begrenzt. Da sich die Haushalte in ihrer Größe unterscheiden, ist eine Verteilung, die die Haushalte nach dem Haushaltseinkommen pro Kopf untergliedert, fiir viele Zwecke besser geeignet als eine Verteilung nach deren Gesamteinkommen. Diese Unterscheidung ist von Bedeutung, da Haushalte mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen häufig große Haushalte sind, deren Gesamteinkommen relativ hoch sein kann. Angaben iiber die Verteilung der Haushaltseinkommen pro Kopf stehen allerdings nur fur wenige Länder zur Verfiigung. Im Rahmen eines Forschungsvorhabens zur Messung des Lebensstandards (Living Standards Measurement Study) versucht die Weltbank, Verfahren und Anleitungen zu entwickeln, mit deren Hilfe die Lander die Erhebung und Auswertung von Daten iiber die Einkommensverteilung verbessern können.

Verzeichnis der Datenquellen

YY 11	
Volkswirtschaft- liche Gesamt- rechnung und wirtschaftliche Kennzahlen	Intemationaler Währungsfonds, Draft Manual on Government Finance Statistics, 1974, Washington, D.C. Government Finance Statistics Yearbook, 1983, Bd. VII, Washington, D.C. Sawyer, Malcolm, 1976, Income Distribution in OECD Countries, OECD Occasional Studies, Paris. UN Department of International Economic and Social Affairs, Statistical Yearbook, verschiedene Jahre, New York. A System of National Accounts, 1968, New York. A Survey of National Sources of Income Distribution Statistics, Statistical Papers, Reihe M, Nr. 72, New York, 1981. Datensammlungen von FAO, IWF und UNIDO. Nationale Quellen. Länderdokumentation der Weltbank. Datensammlung der Weltbank. UN Department of International Economic and Social Affairs, World Energy Supplies, Statistical Papers, Reihe J, verschiedene Jahre, New York.
II I-I	Datensammlung der Weltbank.
Handel	Internationaler Währungsfonds, Direction of Trade, verschiedene Jahre, Washington, D.C. International Financial Statistics, verschiedene Jahre, Washington, D.C. Konferenz der VN fiir Handel und Entwicklung, Handbook of International Trade and Development Statistics, verschiedene Jahre, Genf. UN Department of International Economic and Social Affairs, Monthly Bulletin of Statistics, verschiedene Jahre, New York. Yearbook of International Trade Statistics, verschiedene Jahre, New York. Handelsdatenbänder der Vereinten Nationen. Landerdokumentation der Weltbank.
Zahlungsbilanzen, Kapitalbewegungen und Verschuldung	Internationaler Währungsfonds, Balance of Payments Manual, 1977, 4. Auflage, Washington, D.C. Organisation fiir Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Development Co-operation, verschiedene Jahre, Paris. Zahlungsbilanzdatensammlung des IWF. Schuldenberichtssystem der Weltbank.
Erwerbs- personen	Internationales Arbeitsamt , Labour Force Estimates and Projections, 1950—2000, 2. Auflage , 1977, Genf . Datenbänder des Internationalen Arbeitsamtes . Datensammlung der Weltbank.
Bevölkerung	Statistisches Amt der Europaischen Gemeinschaften (Eurostat), 1984, Demographic Statistics, Luxemburg. UN Department of International Economic and Social Affairs, Demographic Yearbook, verschiedene Jahre, New York. Population and Vital Statistics Report, verschiedene Jahre, New York. Patterns of Urban and Rural Population Growth, 1980, New York. "Infant Mortality: World Estimates and Projections, 1950—2025", Population Bulletin of the United Nations, 1982, Nr. 14, New York. World Population Prospects as Assessed in 1982, aktualisierte Version, New York. World Population Trends and Policies: 1983 Monitoring Report, 1983, New York. Recent Levels and Trends of Contraceptive Use as Assessed in 1983, 1984, New York. Estimates and Projection of Urban, Rural and City Populations, 1950—2025; The 1982 Assessment, 1985, New York. Statistisches Bundesamt der USA, 1983, World Population: 1983, Washington, D.C. Datensammlung der Weltbank.
Soziale Kennzahlen	Organisation für Ernährung und Landwirtschaft, Food Aid Bulletin, Oktober 1980, Oktober 1984, Rom. Fertilizer Yearbook, 1983, Rom. Production Yearbook, 1983. "Standard-Datenband. Trade Yearbook, 1983. "Standard-Datenband. UN Department of International Economic and Social Affairs, Demographic Yearbook, verschiedene Jahre, New York. Statistical Yearbook, verschiedene Jahre, New York. UNESCO, Statistical Yearbook, verschiedene Jahre, Paris. Weltgesundheitsorganisation, World Health Statistics Annual, verschiedene Jahre, Genf. World Health Statistics Report, 1976, Bd. 29, Nr. 10, Genf. Datensammlung der Weltbank.



Im Mittelpunkt des Weltentwicklungsberichts 1985 steht der Beitrag des Auslandskapitals zur wirtschaftlichen Entwicklung. Die finanziellen Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungslandern sind zu einem ebenso unverzichtbaren Bestandteil der Weltwirtschaft geworden wie der Außenhandel. Diese zunehmende Interdependenz ist eine Entwicklung von grundsatzlicher Bedeutung. Der Bericht stellt fest, daß sowohl die konjunkturelle Erholung der Industrielander in den Jahren 1983/84 als auch wirtschaftspolitische Kursanderungen in vielen Entwicklungsländern und eine flexible Behandlung der Schuldendienstprobleme durch die Geschaftsbanken zu einer Beruhigung der krisenhaften Atmosphare beigetragen haben. Dies bedeutet freilich nicht, daß die Weltwirtschaft die Dynamik der sechziger Jahre zurückgewonnen hat oder der Entwicklungsprozeß wieder rasch voranschreitet. In den meisten Entwicklungsländern mit Schuldendienstschwierigkeiten und ebenso in vielen Wndern, die nicht in solche Schwierigkeiten geraten waren, hat sich das Wachsturn verlangsamt. Dutzende von Ländern der Dritten Welt haben zehn oder mehr Jahre ihrer Entwicklung eingebüßt.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben viele Fragen zur Rolle des Auslandskapitals im EntwicklungsprozeB aufgeworfen. Der Bericht untersucht diese Fragen in einer übergreifenden und langfristigen Perspektive. Es wird betont, daß das Auslandskapital zu einer hoheren Leistungsfahigkeit der Weltwirtschaft beitragen und es Ländern mit Defiziten ermoglichen kann, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Defizitabbau und Defizitfinanzierung zu finden. Die Inanspruchnahme von Auslandskapital bringt aber auch das Risiko mit sich, daß Wnder Kredite aufnehmen, um eine notwendige Anpassung ihrer Wirtschaftspolitik hinauszuschieben, oder sich zu stark verschulden, wenn sie die kunftige Wirtschaftsentwicklung falsch einschätzen.

Die Finanzbeziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungslandern hängen von drei Faktoren ab: (a) der Politik der Industrielander, (b) der Politik der Entwicklungslander und (c) den Finanzierungsmechanismen, uber die Kapital in die Entwicklungslander fließt. Die Analysen dieses Berichtes berucksichtigen alle drei Faktoren. Dabei wird das breite Spektrum der Erfahrungen einzelner Länder aufgezeigt und die Frage behandelt, weshalb einige Lander sich verschuldet haben und in Schuldendienstschwierigkeiten gerieten, wahrend dies bei anderen nicht der Fall war.

Bei der Überprüfung der Aussichten fur die nachsten funf Jahre gelangt der Bericht zu dem Schluß, daß den Regierungen wirtschaftspolitische Optionen offenstehen, die sowohl in den Industrielandern als auch in den Entwicklungslandern zu einem starkeren und stabileren Wachstum beitragen und allen Gruppen von Entwicklungslandern zu einer verbesserten Kreditwurdigkeit verhelfen wiirden. Die Wirtschaftspolitik der Industrielander sollte sich zum Ziel setzen, die Haushaltsdefizite abzubauen, mehr Flexibilitat auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen und im Außenhandel größere Freizügigkeit zu verwirklichen. Die Entwicklungslander müssen mit wirtschaftspolitischen Reformen fortfahren, um ihre Wirtschaftsstruktur zu verbessern, ihre Schuldendienstlast zu erleichtern und das Wachsturn wiederherzustellen. Diese Wirtschaftspolitik muß ergänzt werden durch die Zusammenarbeit von Schuldnern und Glaubigern, auch durch mehrjahrige Umschuldungsvereinbarungen, im Rahmen der Anpassungsbemiihungen der einzelnen Lander.

Der Bericht enthalt einen statistischen Anhang und mehrfarbige Karten und Graphiken, die den Text ergänzen. Der Schlußteil des Berichts, die "Kennzahlen der Weltentwicklung", umfaßt 28 doppelseitige Tabellen mit wirtschaftlichen und sozialen Querschnittsdaten für 126 Lander.

Der Weltentwicklungsbericht wird von der Weltbank seit 1978 jährlich veroffentlicht. Jede Ausgabe untersucht die jeweilige Situation und die Aussichten der Weltwirtschaft in ihrem Bezug zum Entwicklungsprozeß und bietet eine ausfuhrliche Analyse bestimmter Themen oder Wirtschaftssektoren, die für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung bedeutsam sind.